

SILVIO GESELL

**GESAMMELTE
WERKE**

Band 16 · 1926 – 1927

VERLAG FÜR
S O Z I A L
Ö K O N O M I E

SILVIO GESELL | GESAMMELTE WERKE

© 1988 - 2009 Gauke GmbH | Verlag für Sozialökonomie
Hofholzallee 67, 24109 Kiel | Deutschland
Telefax: [49]0431-6793651 | www.gauke.net | eMail: mail@gauke.net

Internet: www.silvio-gesell.de
www.sozialoekonomie.info | www.sozialoekonomie.de [Shop]

Herausgegeben von der "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung",
Hamburg [www.stiftung-geld-boden.de]

Lektorat: Werner Onken

ISBN-GESAMTÜBERSICHT der Printausgabe:

ISBN 3-87998-410-7 (Gesamtausgabe)

ISBN 3-87998-411-5 (Band 1)

ISBN 3-87998-412-3 (Band 2)

ISBN 3-87998-413-1 (Band 3)

ISBN 3-87998-414-X (Band 4)

ISBN 3-87998-415-8 (Band 5)

ISBN 3-87998-416-6 (Band 6)

ISBN 3-87998-417-4 (Band 7)

ISBN 3-87998-418-2 (Band 8)

ISBN 3-87998-419-0 (Band 9)

ISBN 3-87998-420-4 (Band 10)

ISBN 3-87998-421-2 (Band 11)

ISBN 3-87998-422-0 (Band 12)

ISBN 3-87998-423-9 (Band 13)

ISBN 3-87998-424-7 (Band 14)

ISBN 3-87998-425-5 (Band 15)

ISBN 3-87998-426-3 (Band 16)

ISBN 3-87998-427-1 (Band 17)

ISBN 3-87998-428-X (Band 18)

ISBN 3-87998-429-8 (Register)

Übersicht

- 9_ Zum Geleit
- 24_ Silvio Gesell
Foto aus dem Jahr 1926
- 25_ Die allgemeine Enteignung im Lichte physiokratischer Ziele
Potsdam-Rehrbrücke 1926
- 68_ Wird Schacht den Dollarkurs halten können?
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 1/1926
- 72_ Der vereinigte Unsinn von Europa – Gegen den europäischen Zollverein
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 2/1926
- 78_ Gossen?
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 2/1926
- 80_ Der Mechanismus der Kapitalbildung durch Sparen
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 3/1926
- 84_ Woher kommt das Geld der sogenannten amerikanischen Anleihen?
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 4/1926
- 88_ Was verstehen Luther und Reinhold unter Preisabbau?
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 5/1926
- 92_ 5000 Dollar für die Lösung eines ökonomischen Widerspruchs
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 5/1926
- 93_ Wie wir Deutschland im Völkerbund vertreten würden
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 6/1926
- 101_ Jüterbog und die Inflation
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 6/1926
- 102_ Nachwort zur Diskussion über „Sozialkapital und wirtschaftliche Freizügigkeit“ zwischen Paul Klemm und Georg Hanisch
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 7/1926
- 104_ In den Klauen des Proletariats
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 10/1926
- 107_ Material für die Revision der deutschen Reparationsschuld
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 11/1926
- 109_ Immer langsam voran!
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 13/1926
- 112_ Ist die IVA-Note überflüssig oder gar schädlich?
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 15/1926
- 117_ Die Triebkräfte der amerikanischen Mongolenpolitik
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 16/1926
- 126_ Die rumänische Agrarreform und ihre Lehren
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 17/1926

- 131_ Die Reichsbank unter Koch – Havenstein – Schacht
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 20/1926
- 140_ Schuldbürgerstreiche
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 23/1926
- 145_ Hinweis auf „Schutzzoll oder Freihandel“ von Alexander Rüstow
Letzte Politik Nr. 1/1926
- 146_ Wie man die Kreditnot bekämpfen soll!
Letzte Politik Nr. 4/1926
- 149_ Können wir noch Achtung vor dem Eigentum in Deutschland haben?
Letzte Politik Nr. 6/1926
- 153_ Kriegsplakate der Reichsbank
Letzte Politik Nr. 7/1926
- 156_ Sadistische Währungs- und Steuerpolitik
Letzte Politik Nr. 12/1926
- 159_ Der deutsche Pazifist und die Abrüstung
Letzte Politik Nr. 14/1926
- 161_ Glänzende Erfolge des Gebets
Letzte Politik Nr. 18/1926
- 164_ Was tust du für deine Befreiung?
Letzte Politik Nr. 23-24/1926
- 166_ Die Landwirtschaft – ein Luxus des Deutschen Reiches
Letzte Politik Nr. 25/1926
- 171_ Die glänzenden Erfolge der staatlichen Erziehung des deutschen Volkes
Letzte Politik Nr. 30/1926
- 174_ Die Aussichten der kommunistischen und physiokratischen
Revolution in Deutschland
Letzte Politik Nr. 37-38/1926
- 178_ Die kommunistische Seele auf die Probe gestellt
Letzte Politik Nr. 40/1926
- 181_ Die Verherrlichung des Proletariats
Letzte Politik Nr. 42/1926
- 186_ Fürsten- oder Kriegsbeschädigten – Entschädigung?
Letzte Politik Nr. 43/1926
- 190_ Ein Fürstendiener als Präsident der Republik
Letzte Politik Nr. 45/1926
- 193_ Spanische Wohltätigkeitsgesellschaft
Letzte Politik Nr. 53/1926
- 194_ Die auf der deutschen Industrie schmarotzende Landwirtschaft
Letzte Politik Nr. 58/1926
- 196_ Ein neues Instrument für Börsenspekulationen
Letzte Politik Nr. 65-66/1926

- 202_ Billige Reden
Letzte Politik Nr. 68/1926
- 205_ Der Proletarier war wieder am Ende seines Lateins
Letzte Politik Nr. 70-71/1926
- 210_ Wie man für unsere Zeitung werben kann
Letzte Politik Nr. 72-73/1926
- 211_ Der Begriff „große Masse“
Letzte Politik Nr. 74/1926
- 216_ Schacht vor dem Geld- und Kreditausschuß der Wirtschaftsenquete
Letzte Politik Nr. 80/1926
- 221_ In Deutschland wird gestohlen
Letzte Politik Nr. 81/1926
- 225_ Die Sterblichkeit unter den unehelichen Säuglingen
Letzte Politik Nr. 83/1926
- 226_ Neue Zeugnisse fortgesetzter Währungspfuscherei
Letzte Politik Nr. 87/1926
- 232_ Ein amtierender preußischer Minister als Schundfabrikant
Letzte Politik Nr. 88/1926
- 234_ Die Beseitigung der Berliner Stadt- und Ringbahn
Letzte Politik Nr. 88/1926
- 239_ Flucht
*Der Ring – Monatshefte für Jugendbewegung und Politik
Nr. 5/1926*
- 242_ Pazifistischer oder physiokratischer Frieden
*Der Ring – Monatshefte für Jugendbewegung und Politik
Nr. 6/1926*
- 245_ Bedarf die physiokratische Ordnung noch gerichtlicher Strafen?
*Tao – Monatsblätter für Verinnerlichung und Selbstgestaltung
Nr. 27/1926*
- 250_ Deutschlands Wirtschaft und Währung
Freiwirtschaftliche Zeitung (Bern) Nr. 6/1926
- 252_ Der abgebaute Staat – Leben und Treiben in einem gesetz- und
sittenlosen hochstrebenden Kulturvolk
Berlin: A. Burmeister Verlag, 1927
- 347_ An alle Freunde der Freiheit
Prospekt des A. Burmeister Verlags Berlin

Zum Geleit

Als Silvio Gesell Anfang 1926 aus Argentinien zurückkehrte, hatte sich die innenpolitische Lage in Deutschland auf der Grundlage der kreditfinanzierten wirtschaftlichen Scheinblüte vordergründig stabilisiert. Seit den Reichstagswahlen vom Dezember 1924 regierte der "Bürgerblock" aus der Deutschen Volkspartei (DVP), der Bayerischen Volkspartei (BVP), dem Zentrum, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und zeitweise der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Als Interessenvertreter von Finanzkapital und Großindustrie betrieben die DVP und das Zentrum eine durchweg konservative Politik mit sozialen Akzenten wie der Verbesserung der Lage von Erwerbslosen. Die DNVP artikuliert die Interessen des Großgrundbesitzes; sie war das Sammelbecken der konservativen Gegenrevolution, die sich zwar vorübergehend mit der Republik arrangierte, aber noch immer von einer Restauration des Kaiserreiches oder von einer nationalen Diktatur träumte.

Die Auslandskredite bewirkten einen spürbaren konjunkturellen Aufschwung. Die Arbeitslosigkeit sank Mitte 1925 auf 200 000. Anfang 1926 stieg sie noch einmal auf das Zehnfache, sank dann aber wieder auf unter eine Million. Dank steigender Steuereinnahmen des Staates konnten die im Dawes-Plan festgelegten Reparationsraten bezahlt werden. Alles in allem war die Lage in Deutschland so 'stabil', daß der "Bürgerblock" ohne Ermächtigungsgesetz und ohne militärischen Ausnahmezustand regieren konnte. Zudem waren die KPD und die NSDAP sehr geschwächt. Und die SPD stand – anders als in Preußen – außerhalb der Regierung. Doch auch in der Opposition trug sie den Dawes-Plan und die Auslandskredite mit.

Zwei Ereignisse waren symptomatisch für die damalige Lage in Deutschland und ließen die Verschiebung der politischen Gewichte nach rechts erkennen: die Wahl von Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg zum Nachfolger von Friedrich Ebert (SPD) als Reichspräsident und die Auseinandersetzung über die Frage, was mit den 1918 beschlagnahmten, aber nicht enteigneten Vermögen der abgedankten deutschen Fürstenhäuser geschehen sollte.

Bei der Reichspräsidentenwahl unterlag im ersten Wahlgang der SPD-Kandidat Otto Braun dem von der DVP aufgestellten und von der DNVP unterstützten Kandidaten Karl Jarres. Da Jarres jedoch nicht die absolute Stimmenmehrheit erreichte, wurde ein zweiter Wahlgang notwendig. Das Zentrum, die Deutsche Demokratische Partei und die SPD einigten sich auf den Zentrumspolitiker und früheren Reichskanzler Wilhelm Marx als gemeinsamen Kandidaten, während die DVP und die DNVP anstelle des nicht genügend bekannten Jarres nunmehr mit dem Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg antraten, der aufgrund seiner Rolle im ersten Weltkrieg als "unbestrittener Nationalheld" und als "Deutschlands heimlicher Kaiser" galt. [Arthur Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt 1984, S. 183. – Helmut Heiber, Die Republik von Weimar, München 1985, S. 170.] Obwohl Marx mit knapp 14 Millionen Stimmen besser abschnitt als Jarres und Braun im ersten Wahlgang, fehlten ihm die von Ernst Thälmann (KPD) errungenen rund 1,9 Millionen Stimmen, so daß Hindenburg dank der Unterstützung von DVP, DNVP, NSDAP und vieler bisheriger Nichtwähler mit knapp 15 Millionen

die einfache Stimmenmehrheit erreichte. Das Wahlergebnis machte deutlich, daß die Werte von Demokratie und Republik noch nicht so fest in der deutschen Bevölkerung verwurzelt waren wie die Sehnsucht zurück nach der 'guten alten' Kaiserzeit. Das Resultat kommentierte Silvio Gesell mit den Worten: "Hindenburg ist eine Gefahr für die Republik." [Silvio Gesell, Ein Fürstendiener als Präsident der Republik, in: SGW Band 16, S. 192. – Vgl. auch ders., Das deutsche Verbrechen, in: SGW Band 15, S. 343-346.] Viel zu tief stecke jener in der Hohenzollerntadition, als daß er das in einem revolutionären Umbruch befindliche deutsche Volk als seinen obersten Herrn anerkennen könne.

Das Problem der Fürstenvermögen war in den frühen Nachkriegsjahren unerledigt geblieben. Nach der Stabilisierung der Reichsmark wollten auch die Fürstenhäuser an dem neu entstehenden Wohlstand teilhaben. Sie verlangten große Entschädigungen und Renten; und wenn ihre Forderungen nicht erfüllt wurden, verklagten sie die Länder, in deren Händen sich die beschlagnahmten Vermögen befanden. Oftmals gaben ihnen noch immer monarchisch gesinnte Richter Recht. So geriet die Weimarer Republik in ein Dilemma: Einerseits mußte sie auch die früheren Regenten rechtsstaatlich behandeln – andererseits war es für die von der Inflation enteigneten unteren und mittleren Schichten eine Provokation, wenn ausgerechnet jene Kreise, mit deren Politik ihr Ruin begonnen hatte, nicht endgültig enteignet wurden. Die ungenierten Geldforderungen der Fürstenhäuser weckten innerhalb der Arbeiterschaft die Forderung nach ihrer entschädigungslosen Enteignung. Sie wurde zunächst von der KPD und dann auch von der SPD erhoben, die gemeinsam einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Reichstag einbrachten. Nach der Ablehnung im Parlament führten sie einen Volksentscheid über diese Frage herbei. In die öffentliche Auseinandersetzung um diesen Volksentscheid schaltete sich Gesell mit dem Argument ein, daß nicht den Fürsten eine Entschädigung zustehe, sondern den Kriegsbeschädigten, "... die wir unseren verbrecherischen nationalistischen Plänen opferten." [Silvio Gesell, Fürsten- oder Kriegsbeschädigtenentschädigung, in: SGW Band 16, S. 188. – Vgl. auch ders., Glänzende Erfolge des Gebets, in: SGW Band 16, S. 161.] Darüber hinaus plädierte Gesell nicht nur für eine Enteignung der Fürsten, sondern auch der Großgrundbesitzer. Die "agrarischen Reaktionäre" bildeten eine Brutstätte des Militarismus und des Nationalismus. "Nur dadurch, daß wir diese Gesellschaft ohnmächtig machen, können wir die Republik vor ihr schützen und uns selbst vor einem neuen, ebenso blödsinnigen Krieg." [Silvio Gesell, Der deutsche Pazifist und die Abrüstung, in: SGW Band 16, S. 159.] Während der Fysiokratische Kampfbund (FKB) das Volksbegehren einer entschädigungslosen Enteignung der Fürsten ohne Vorbehalte unterstützte, entzündete sich daran im Freiwirtschaftsbund (FWB) eine Kontroverse zwischen Befürwortern um Peter Bender und Gegnern um Otto Maaß, die zur KPD auf Distanz gingen und in der Fürstenenteignung "... bestenfalls einen Versuch (sahen), altes Unrecht durch ein neues gutzumachen." Der Angriff auf das Eigentum schaffe Rechtsunsicherheit und führe über eine Kapitalflucht zu einem Kapitalmangel, was den Kapitalismus eher stärke als schwäche. Überdies vermißte Maaß im Entwurf des Gesetzes über die Fürstenenteignung eine Regelung, wonach die Erträge zur Reparationszahlung und Beseitigung der Kriegsfolgen herangezogen werden könnten. Schließlich stellte der FWB-Vorstand fest, daß eine Mehrheit der Mitglieder für die Enteignung sei, und überließ ihnen die Stimmabgabe als persönliche

Entscheidung. [Zur Haltung des FKB vgl. die Letzte Politik Nr. 15 und 45/1926. – Hans Timm, Allmähliche Enteignung der Fürsten, in: Letzte Politik Nr. 48/1926. – Zur Diskussion innerhalb des FWB vgl. Otto Maaß, Die Enteignung der Entthronten, in: Freiwirtschaftliche Zeitung Nr. 7 und 8/1926, sowie Peter Bender, Für die entschädigungslose Enteignung der Entthronten, in: Freiwirtschaftliche Zeitung Nr. 10 und 11/1926. – Zur Haltung des FWB-Vorstandes siehe die Freiwirtschaftliche Zeitung Nr. 25/1926.] Beim Volksentscheid im Juni 1926 hätte das Volksbegehren 20 Millionen Ja-Stimmen erhalten müssen, um ein Gesetz zur Fürstenenteignung zu erreichen. Tatsächlich wurden 15,5 Millionen Ja-Stimmen abgegeben – zu wenig also, aber immerhin mehr Stimmen als Hindenburg bei seiner Wahl zum Reichspräsidenten erhalten hatte. Die ganze Aktion war in den Augen Rosenbergs “eine starke republikanische Demonstration, aber ohne jeden Erfolg.”[Arthur Rosenberg (wie Anm. 1), S. 185, und Helmut Heiber (wie Anm. 1), S. 181-183.] Auch weiterhin blieb es Sache der deutschen Länder, sich mit den Fürsten zu einigen. –

Besonders die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten machte die rechte Schieflage der Weimarer Republik offenkundig. Das große Finanz- und Industriekapital und der Großgrundbesitz setzten ihre Interessen gegen die unteren und mittleren Schichten durch. Unter Historikern ist zwar unbestritten, daß es keinen Automatismus gab, der die Republik zwangsläufig in den Untergang trieb. Zu den falschen Weichenstellungen gehörte aber ebenso zweifellos, daß Politik und Wirtschaft nicht für einen gerechten, d. h. nicht von Privilegien verfälschten Interessenausgleich sorgten und daß die deutsche Wirtschaft als Ganzes vom Zufluß ausländischen Kapitals abhängig gemacht wurde. So konnte kein in sich stabiles Sozialgefüge entstehen, das die innere Zerrissenheit Deutschlands hätte überwinden und die Republik festigen können.

Die von Gruppeninteressen geleitete Parteipolitik verwarf Silvio Gesell ebenso entschieden wie die mit dem Dawes-Plan, Anleihen und Goldwährung vollzogene Auslieferung der deutschen Wirtschaft an ausländisches Kapital. “Damit” – so warnte er 1926 vorausschauend, ohne die Folgen im einzelnen auszumalen – “beginnt wieder der alte Kampf, der erfahrungsgemäß zu Krisen, Schutzzöllen, zur nationalistischen Wirtschaftspolitik und schließlich zum Krieg führt.” [Silvio Gesell, Schacht vor dem Geld- und Kreditausschuß der Wirtschaftsenquete, in: SGW Band 16, S.220. In der Beurteilung der damaligen Wirtschaftspolitik gab es Übereinstimmungen zwischen Gesell und dem marxistischen Historiker Arthur Rosenberg, der ebenfalls feststellte, daß “das Geschick Deutschlands von jeder Schwankung der amerikanischen Prosperität abhängig war ... Der ungesunde und abnorme Charakter der deutschen Wirtschaft in diesen Jahren zeigte sich in dem Übergewicht der Finanzierungstechnik über das eigentliche Warengeschäft.” (Arthur Rosenberg, wie Anm. 1, S. 163 und 167). M. a. W. die Spekulation herrschte über die eigentlichen Produktions- und Handelstätigkeiten. Vgl. dazu Silvio Gesell, Wird Schacht den Dollarkurs halten können?, in: SGW Band 16, S. 68.]

Angesichts ihrer Gefährlichkeit stellte Gesell der Politik des “Bürgerblocks” und der parlamentarischen Opposition immer wieder seine Forderungen gegenüber:

- die Reichsmark mit einer vom Ausland unabhängigen und jeglicher Spekulation entzogenen Indexwährung zu stabilisieren [Silvio Gesell, Wird Schacht den Dollarkurs halten können?, in: SGW Band 16, S. 68.],

- Bilanzungleichgewichte in einem von jeglichem Protektionismus freien Welt- handel mit Hilfe eines von einer "Internationalen Valuta-Assoziation" verwalte- ten Weltgeldes zu beheben [Silvio Gesell, Ist die IVA-Note überflüssig oder gar schädlich?, in: SGW Band 16, S. 112. Vgl. dazu ders., SGW Band 12, S. 149-190.], und
- einen Frieden mit den Nachbarn Deutschlands durch soziale Gerechtigkeit im Inneren vorzubereiten.

Schon während des ersten Weltkriegs hatte Gesell ein Konzept für einen föde- rativen Bund souverän bleibender europäischer Staaten entworfen und dieses 1924 nochmals veröffentlicht. [Silvio Gesell, Weltkraftzentrale VIER und ihre Verfassung, in: ders., SGW Band 8, S. 295-306. – Ders., Statuten der Vereinigten Staaten von Europa, in: SGW Band 15, S. 97-104.] Als bald darauf in der Öffentlichkeit der Gedanke einer euro- päischen Zollunion als Mittel der Friedenssicherung diskutiert wurde, wandte Gesell ein, daß ein paneuropäischer Zollverein den Frieden gefährde statt ihn zu sichern, weil er das ganze Europa in ein für die übrige Welt geschlossenes Wirtschaftsgebiet verwandle. Mit einer solchen Festung Europa werde die Saat zu neuem Imperialismus und Militarismus sowie zu Auseinandersetzungen zwi- schen Europa und amerikanischen, asiatischen und afrikanischen Wirtschafts- blöcken gelegt. Frieden setze einen Weltfreihandel ohne künstliche Zollgrenzen voraus. [Silvio Gesell, Der vereinigte Unsinn von Europa – Gegen den europäischen Zollverein, in: SGW Band 16, S. 72. – Zur Europapolitik nach dem zweiten Weltkrieg vgl. Hans Hoffmann, Interna- tionale Tendenzen moderner Währungs- und Konjunkturpolitik, Basel 1958. – Hans Hoffmann, Die Evolution der internationalen Währungs- und Wirtschaftspolitik, in: mensch-technik-gesellschaft – Zeitschrift für Sozialökonomie 8. Folge (1966), S. 2-32. Hans Hoffmann, Voraussetzungen einer Euro- päischen Währungsunion, Hamburg 1970. – Hans Hoffmann, Woran scheitert die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion?, Hamburg 1974. – Elimar Rosenbohm, Supranationale oder föde- rative Europapolitik, in: mensch-technik-gesellschaft – Zeitschrift für Sozialökonomie 7. Folge (1966), S. 39-48. – Elimar Rosenbohm, Internationale Währungsordnung – 25 Jahre Bretton Woods, in: mensch- technik- gesellschaft – Zeitschrift für Sozialökonomie 18. Folge (1970), S. 7-23. – Elimar Rosenbohm, Der Kummer mit dem Wechselkurs – Vom Goldstandard zum EWS, in: mensch-technik-gesellschaft – Zeitschrift für Sozialökonomie 40./41. Folge (1979), S. 3-21. – Karl Walker, Das Währungssystem – Eine Kritik an den theoretischen Grundlagen und ein Entwurf zur Reform, Hann.-Münden 1979. Zur Diskussion über den europäischen Binnenmarkt und den ECU als gemeinsame europäische Wäh- rung vgl. Dirk Lühr, Europäische Zentralbank und Europäische Währungsunion – Das Ende der Stabilitätskultur, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 93. Folge (1992), S. 3-20.]

Skeptisch war Gesell auch, ob der Völkerbund den Weltfrieden sichern könne, weil er kein "Menschheitsbund" sei, sondern nur ein Zusammenschluß von Staaten, denen es im Inneren um den Erhalt von Macht und Privilegien geht und die nach außen Grenzen errichten, Zölle erheben und nach einer Ex- pansion ihrer Hoheitsgebiete streben. [Silvio Gesell, Deutsche Vorschläge zur Neugrün- dung des Völkerbundes und zur Überprüfung des Versailler Vertrages, in: ders., SGW Band 12, S. 275 ff.] Bevor Deutschland im Herbst 1926 im Rahmen von Stresemanns Lo- carno-Diplomatie dem Völkerbund beitrug und damit wieder in den Kreis der Großmächte zurückkehrte, entzündeten sich schwere innenpolitische Konflikte (vor allem mit den Deutschnationalen) an den Fragen nach der Schuld am ers- ten Weltkrieg und nach der endgültigen Festlegung der deutschen Grenzen

zu Belgien und Frankreich, zur Tschechoslowakei und zu Polen. Während der Verzicht auf Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy relativ unproblematisch war, blieben die "blutenden Grenzen im Osten" umstritten. [Helmut Heiber (wie Anm. 1), S. 174, und Arthur Rosenberg (wie Anm. 1), S. 160-163.] Dem wiederauflebenden Hegemonialstreben Deutschlands stellte Gesell seine Fundamentalkritik an jeglicher staatlichen Machtpolitik entgegen. "Das Elsaß und die polnischen Provinzen sollten die 'Macht' des Reiches mehren." Stattdessen müßten künstliche Interessengegensätze wie Monopole und Zölle abgebaut und wirtschaftliche wie kulturelle Beziehungen zu den Nachbarn auf freiheitlicher Basis gepflegt werden. Staatliche Machtpolitik mit Gebietsannexionen und Kolonien müßten aufgegeben werden, "... sonst kommt der Tag, wo schöne Reden nichts mehr nützen und wo dann die Diskussion wieder 'mit anderen Mitteln' fortgesetzt wird" [Silvio Gesell, Wie wir Deutschland im Völkerbund vertreten würden, in: SGW Band 16, S. 93.] – womit das spätere Scheitern des Völkerbunds bereits vorweggenommen war. –

Trotz der relativen Stabilisierung der deutschen Wirtschaft in der Mitte der 20er Jahre blieb es für Silvio Gesell eine Gewißheit, daß die Prosperität auf Treibsand gebaut war. Er hielt darum auch an seiner revolutionären Taktik fest, welche der Fysiokratische Kampfbund (FKB) nach der Abspaltung vom Freiwirtschaftsbund (FWB) zu seinem Programm erhoben hatte. Anstatt die Gründe für den Zerfall der Einheitsorganisation zu suchen und die verschiedenen politischen Wege einer kritischen Revision zu unterziehen – wie es Eduard Bernstein für die Sozialdemokratie getan hatte –, verhärtete Gesell die Fronten mit seinem einseitigen Eintreten für den FKB, was die Gesamtbewegung nach außen sehr schwächte.

Innerhalb des FKB stieg der von der Philosophie Max Stirners beeinflusste, radikal individualistisch-antistaatlich eingestellte Hans Timm zur dominierenden Figur auf. Vor der Spaltung von FWB und FKB war er bereits Geschäftsführer der Einheitsorganisation gewesen; er führte die Geschäfte des FKB und war als Inhaber des Stirn-Verlags zugleich Schriftleiter der darin erschienenen Bundeszeitschrift "Letzte Politik". Hans Timm wurde praktisch der Generalsekretär des Bundes und "... machte Silvio Gesell fast zur Gallionsfigur vor dem Bug des FKB, brachte es aber gleichwohl fertig, ein gutes Einvernehmen mit ihm aufrechtzuerhalten." [Günter Bartsch, Die NWO-Bewegung Silvio Gesells – Geschichtlicher Grundriß 1891-1992/93, Lütjenburg 1994, S. 52. Vgl. auch Günter Bartsch, Stirners Antiphilosophie – Die revolutionären Fysiokraten – Zwei Essays, Berlin 1993, S. 33 ff über Hans Timm als "Gesells Flügeladjutant".]

Da Gesell und Timm dem Parlamentarismus wegen der Manipulation der öffentlichen Meinung durch das Geld der Mächtigen keine Lösung der wirtschaftlichen Kernprobleme zutrauten [Silvio Gesell, Wahlkomödie, in: ders., SGW Band 15, S. 148-151.], warteten sie weiterhin auf die Gunst einer revolutionären Stunde. Deutlicher als viele Linke und ihre antikommunistischen Gegner sah Gesell indessen, daß ein Übergreifen der russischen Revolution auf Deutschland undenkbar war, weil sie an der menschlichen Natur scheitern und in einem Industriestaat anders als in einem Agrarstaat wie Rußland nur zur Zerstörung führen würde: "Wenn wir nach russischem Rezept revolutioniert hätten, dann hätte die

Revolution vollendet, was der Krieg in unserem Wirtschaftsapparat begonnen hatte ... Je rückständiger ein Volk in Bezug auf Arbeitsteilung, Industrie und Handel ist, um so einfacher ist die Revolution. Oft wird gesagt, das deutsche Volk sei 'noch nicht reif für die Revolution'. Man müßte sagen: Deutschland war einmal reif (Bauernkrieg), jetzt ist es nicht mehr reif. Wir haben uns mit der stark entwickelten Arbeitsteilung und dem dazugehörigen Welthandel immer mehr von jenem Reifezustand entfernt ... Für uns ist die russische Revolution nur in der allerdings sehr wichtigen Frage der Machtorganisation interessant und lehrreich." [Silvio Gesell, Die Aussichten der kommunistischen und der physiokratischen Revolution in Deutschland, in: SGW Band 16, S. 174-175.] Dementsprechend sah das Programm des FKB die Aufklärungsarbeit in proletarischen Kreisen und die Bildung klassenbewußter revolutionärer Kadergruppen vor. Mit direkten Aktionen wie Streiks und Geldstreiks sollten sie einen Generalstreik vorbereiten, in dem die Kapitalisten aus dem Sattel gehoben würden. Die zur Macht kommenden physiokratischen Kader sollten dann in einer Übergangsdiktatur die Boden- und Geldreform durchführen. "Gleich nach der Einsetzung der Diktatur kehrt alles zur gewohnten Arbeit zurück ... Die Diktatur erlischt, sobald das Programm in die Wirklichkeit umgesetzt ist." [Fysiokratischer Kampfbund (Hg.), Das Programm des Fysiokratischen Kampfbundes, Berlin 1924. – Vgl. Silvio Gesell, Die Diktatur der Not, in: SGW Band 14, S. 59-94, sowie den in Anmerkung 17 genannten Aufsatz.]

Ist es nicht ein Widerspruch, mit bolschewistischen Mitteln einschließlich der revolutionären Gewalt zu freiheitlichen und individualistischen Zielen gelangen zu wollen? Immerhin widersetzte sich Gesell jenen Kräften innerhalb des FKB, die auch noch die Ziele des Bundes an bolschewistische Vorstellungen anpassen wollten, damit der FKB leichter in proletarischen Kreisen Fuß fassen könne. Eine Neuauflage des 1919 diskutierten Aufteilungsplans von Georg Blumenthal lehnte er als bolschewistisch und kontraproduktiv ab. Wenn statt der 75%igen Sachwertsteuer Boden und Kapital zu 100 % ohne Entschädigung enteignet würden, sei nach der Liquidation der Kriegsfolgen kein Neubeginn auf privatwirtschaftlicher Basis mehr möglich. [Silvio Gesell, Die allgemeine Enteignung im Lichte physiokratischer Ziele, in: SGW Band 16, S. 25-67. Vgl. auch den Anhang zu SGW Band 10. Die hier ausgeführten Gedankengänge sind auch im Zusammenhang neuerer Transformationsprobleme in Mittel- und Osteuropa von Interesse.] Die Kapitalflucht würde das Zinsniveau in die Höhe treiben; das Ausbleiben von Investitionen führe zu einem Rückgang der Arbeitsproduktivität, und vom Sinken des allgemeinen Lebensstandards würden letztlich die reaktionären Kräfte profitieren. [Silvio Gesell, Die allgemeine Enteignung ..., in: SGW Band 16, S. 63.] Große Teile des Fysiokratischen Kampfbundes neigten dennoch zu der Ansicht, daß eine 100%ige Enteignung gerade notwendig sei, um die Revolution zu sichern. Auf Initiative von Hans Schumann hatten sie schon Ostern 1924 mit einer Tagung auf der Leuchtenburg in Thüringen begonnen, physiokratische Gedanken in proletarische Gruppen der deutschen Jugendbewegung hineinzutragen, welche in der Nachfolge des Wandervogels und im Geiste der Meißner-Formel am Aufbau einer neuen Gesellschaft mitwirken wollten. Mit einem "Kampfurf der Freiwirte in der Jugendbewegung" sammelten sie Anhänger und bildeten einen "Revolutionären Jugend-Ring" (RJR) mit einer eigenen Zeitschrift "Die neue Zeit", die Ende 1925 in "Der Ring – Monatshefte für Jugendbewegung und Politik" umbenannt wurde. [Walter Laquer, Die deutsche Jugendbewegung,

Köln 1983. – Der Kampfpruf erschien als Beilage zu "Der neue Kurs" Nr. 20 und 22/1924.] Die Agitation des RJR stieß allerdings auf den Widerstand der Zeitschrift "Junge Menschen", die von Walter Hammer redigiert wurde und einen großen Einfluß auf die Jugendbewegung hatte. [Vgl. einen offenen Brief von Helmut Schoepke an Walter Hammer, in: Der neue Kurs Nr. 52/1923, S. 3 und eine Auseinandersetzung zwischen Hammer und Friedrich Karl Hellwig, in: Die neue Zeit Nr. 4/1924, S. 9–11; außerdem Nr. 8/1925, S. 91-93 und Nr. 9-10/1925, S. 221-223.]

Ihren Höhepunkt erreichten die Bestrebungen des RJR bei der Ostertagung 1926 in Kassel mit einer Diskussion zwischen dem radikalen Physiokraten Martin Hoffmann alias Diogenes und dem KPD-Reichstagsabgeordneten Karl Korsch. [Tagungsbericht in: Der Ring Nr. 8/1926, S. 248-249. – Der Tagung war ein intensiver schriftlicher Gedankenaustausch zwischen Diogenes und Korsch vorausgegangen: Diogenes, Marx – Gesell, in: Der Ring Nr. 1/1925, S. 4-13 (Teil I) und Nr. 2/1925, S. 39-44 (Teil II). – Karl Korsch, Der geschichtliche Charakter der marxistischen Wissenschaft, in: Der Ring Nr. 3/1926, S. 71-81. – Diogenes, Marx – Gesell, in: Der Ring Nr. 4/1926, S. 109-113. – Karl Korsch, Die gesellschaftliche Wirklichkeit des Werts, in: Der Ring Nr. 5/1926, S. 139-146. – Diogenes, Randbemerkungen zu den Glossen des Genossen Korsch, in: Der Ring Nr. 6/1926, S. 172-176.] Diogenes zufolge sollte das Proletariat nicht nur ein Werkzeug zur Entmachtung der Kapitalisten sein – wie es im FKB-Programm stand –, sondern auch der "Träger der von uns erstrebten klassenlosen Gesellschaft". [Diogenes, Um die proletarische Linie, in: Der Ring Nr. 9/1926, S. 266-276.] Als Gegenpol zu Hans Timm wandte sich Diogenes gegen dessen extremen Individualismus und verband einen gemäßigten Individualismus mit kollektivistischem Klassenbewußtsein. In seinem Kasseler Vortrag "Marx, Lenin, Gesell – Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" [Windischleuba/Thür. 1926.] verschmolz er Gesells Wirtschaftstheorie (als Ersatz für die falsche Marxsche Mehrwerttheorie) mit dem historisch-dialektischen Materialismus von Marx und Lenins politischer Strategie und Taktik zu einem Konzept für die Rettung der russischen Revolution, die ihm durch die staatskapitalistische "Neue ökonomische Politik" Lenins gefährdet erschien. Nach der Kasseler Tagung bildeten Diogenes und Schumann mit zahlreichen Anhängern des RJR einen "Proletarischen Block" (PB) innerhalb des FKB. Dieser PB, den Günter Bartsch als "kommunistisch-bolschewistische Variante der Freiwirtschaft" bezeichnete, richtete einen Aufruf an das russische Volk – offenbar in der Hoffnung, daß eine physiokratisch vollendete Revolution mit seiner Hilfe schließlich doch noch von Rußland auf Deutschland übergreifen könnte. Ein von Diogenes, Richard Batz und Helmut Haacke unterzeichneter Brief einer "Rußland-Studiengesellschaft" an den Obersten Volkswirtschaftsrat der UdSSR zu Händen von Trotzki blieb unbeantwortet. [Günter Bartsch, Stirners Antiphilosophie (wie Anm. 15), S. 58-59, sowie ders., Die NWO Bewegung Silvio Gesells (wie Anm. 15), S. 56. – Hermann Parzyjgla, Rußland- das Amerika der Zukunft, in: Der Ring Nr. 14/1926, S. 353-357. – Über den Brief an Trotzki vgl. die "Letzte Politik" Nr. 29/1926, S. 3-4.] Silvio Gesell nahm zwar an der Tagung in Kassel teil; er stand aber Hans Timm näher als Diogenes und blieb auf Distanz zum PB. [Diogenes bedauerte, daß Gesell trotz einiger Aufsätze im "Ring" eher abseits stand; in: Neue Arbeiterpolitik (Nachfolgezeitschrift von "Der Ring") Nr. 11-12/1927, S.162.] Auch gelang Diogenes keine weitere Annäherung an Karl Korsch, Karl August Wittvogel und Fritz Weiß. Sein Versuch, die kommunistische Bewegung mit physiokratischen Ideen zu infiltrieren, schlug fehl. 1927 lösten sich der "Revolutionäre

Jugend-Ring" und der "Proletarische Block" auf. Diogenes und Schumann schlossen sich der SPD an. [Korsch wollte möglicherweise auch eine weitere Spaltung der KPD vermeiden, da sich schon die KAPD von ihr abgespalten hatte. Im KAPD-Organ "Proletarier" (Nr. 10/1926, S. 179-184) distanzierte sich Paul Klein von den Lehren des "Wunderdoktors" Silvio Gesell, die "... den Klasseninteressen des Proletariats unversöhnlich gegenüberstehen." Zu Schumanns Rolle in der SPD vgl. das Geleitwort zum SGW Band 17. Auf die Jugendbewegung konnte Werner Zimmermann noch längere Zeit mit seiner Zeitschrift "Tao – Monatsblätter für Verinnerlichung und Selbstgestaltung" einwirken; sie verlegte – wie der Untertitel erkennen läßt – das Schwergewicht vom Klassenkampf auf die Lebensreform.] –

Während sich der linke Flügel des FKB mit Kommunisten verbinden wollte, bemühte sich der Wiener Lehrer Georg Hanisch um einen Brückenschlag zum "Freiheitlichen Sozialismus" des österreichisch-ungarischen Journalisten Theodor Hertzka. Hanisch hatte sich in der von Hertzka ausgegangenen österreichisch-ungarischen Freilandbewegung engagiert und einen "Freiheitlich-Sozialistischen Volksverein" gegründet, bevor er die Theorien Gesells kennengelernt und sich mit deren Angängern in Wien verbunden hatte. [Gerhard Senft, Chronik einer Legende – Die Freiwirtschaftsbewegung in Österreich, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 91. Folge (1991), S. 19-29. – Vgl. den anonym erschienenen Nachruf auf Hertzka 1845 -1924, in: Neue Zeitung der Arbeit Nr. 4/1925. – Zu Hertzkas Einfluß auf Franz Oppenheimer, Theodor Herzl und den Zionismus vgl. Franz Neubacher, Freiland – eine liberalsozialistische Utopie, Wien 1987. Außerdem Gerhard Senft, Weder Kapitalismus noch Kommunismus, Berlin 1990, S. 77-79.] Mit Beiträgen in der Theoriezeitschrift des deutschen FKB wollte er ein geistiges Band zwischen Hertzka und Gesell knüpfen – was jedoch eine vehemente Kritik von Paul Klemm auslöste. Nach dessen Ansicht waren Hertzkas freisozialistische Genossenschaften auf unpraktikablen Grundsätzen aufgebaut. Gesell teilte Klemms Vorbehalte, ließ aber in einem abschließenden Votum die Möglichkeit offen, daß in einer physiokratischen Ordnung neben privaten Unternehmen auch freisozialistische, anarchistische und kommunistische Betriebsformen nebeneinander bestehen könnten. [Georg Hanisch, Freiheitlicher Sozialismus, in: Die Freiwirtschaft Nr. 8/1925, S. 158-167 und Nr. 15/1925, S. 301-304. – Ders., Freie Berufswahl, in: Die Freiwirtschaft Nr. 16/1925, S. 325-328. – Paul Klemm, Freisozialismus, in: Die Freiwirtschaft Nr. 20/1925, S. 419-420. – Georg Hanisch, Sozialkapital und wirtschaftliche Freizügigkeit, in: Die Freiwirtschaft Nr.22/1925, S. 474-479. – Ders., Antwort auf Timms kritische Randbemerkungen in Heft 22/1925, in: Die Freiwirtschaft Nr. 3/1926, S. 44-51. – Paul Klemm, Zu Sozialkapital und wirtschaftlicher Freizügigkeit, in: Die Freiwirtschaft Nr. 7/1926, S. 138-142.]

Im Sommer 1926 unternahm Silvio Gesell eine letzte größere Reise, die ihn über Wien [Laut einem Brief des Wiener Kaufmanns Eduard Ziesel an Bertha Heimberg vom 17.12.1962(im Archiv der Freiwirtschaftlichen Bibliothek in D-26316 Varel) wohnte Gesell bei Will Richter, einem kaufmännischen Leiter der "Reunion Adriatica", den er aus dessen Aufhalten in Eden/Oranienburg kannte. Auch die anderen führenden Personen der österreichischen Freiwirtschaftsbewegung entstammten dem Mittelstand. Georg Hanisch war Lehrer und Realschuldirektor, Ludwig Bock war Finanzbeamter in der Wiener Verwaltung und Anton Dietl in Innsbruck war Dipl.-Ingenieur. Vgl. dazu Gerhard Senft (Anm. 29). Nicht bekannt ist, ob es während Gesells Aufenthalt in Wien auch zu einer Begegnung mit dem dort lebenden Pierre Ramus (d. i. Rudolf Großmann) gekommen ist; zu ihm vgl. die Anmerkung 35.] nach Klausenburg (Cluj) in Siebenbürgen/Rumänien führte, wo der ihm freundschaftlich verbundene Paul Klemm als Holzfabrikant lebte. Klemm hatte sich schon während des ersten Welt-

kriegs den Berliner Stirner-Freunden um John Henry Mackay angeschlossen. In diesem individualanarchistischen Zirkel war er Georg Blumenthal und Rolf Engert begegnet und hatte über sie den Weg zu den Physiokraten gefunden. Durch die räumliche Entfernung an aktiver Mitarbeit gehindert, hatte Klemm jedoch des öfteren "Mammonsmanna" nach Deutschland geschickt, um den Druck physiokratischer Bücher und Broschüren zu ermöglichen. [Postkarte Silvio Gesells an Georg Blumenthal vom 30.1.1918. – Einen kleinen Eindruck von Klemm geben seine beiden Aufsätze "Wirtschaft und Freiheit" und "Die Gezähmten" in der Zeitschrift "Die Freiwirtschaft" (Nr. 6/1925, S. 113-117 und Nr. 8/1925, S. 152-154).] In Siebenbürgen interessierten Gesell zunächst die Erfahrungen, die Rumänien nach dem ersten Weltkrieg mit einer Agrarreform gemacht hatte. Die Überwindung des Großgrundbesitzes erwies sich nicht nur als ein Problem der Neuverteilung des Bodens, sondern dem ländlichen Proletariat fehlten sowohl die zum selbständigen Wirtschaften nötigen Kenntnisse als auch das Kapital für die Ausstattung mit landwirtschaftlichen Gebäuden und Maschinen, Saatgut und Dünger. Die rumänische Agrarreform zeigte, daß jede weitere Neuverteilung von akkumuliertem Vermögen ein sehr komplexer und langdauernder Prozeß sein würde. [Silvio Gesell, Die rumänische Agrarreform und ihre Lehren, in: Die Freiwirtschaft Nr. 17/1926, S. 325-330. – Auch die Landreformen in Lateinamerika, Afrika und Asien stehen vor der Schwierigkeit, daß sie zugleich die Probleme der Bildung und dezentralen Kapitalbildung lösen müssen. Ähnlich liegen die Schwierigkeiten der Privatisierung der Landwirtschaft in den ehemals kommunistischen Ländern.]

An Silvio Gesells Reise zu Paul Klemm nahmen auch Hans Timm und Grete Siermann vom Vorstand des FKB sowie Blumenthals Tochter Charlotte teil. Hinzu kamen der in Rumänien lebende Ire Philip Pye, der die "Natürliche Wirtschaftsordnung" in die englische Sprache übersetzte, und Pawel Stanisic aus Jugoslawien, der einige Aufsätze Gesells ins Serbokroatische übersetzt hatte und in sozialdemokratischen Kreisen um Mitglieder für eine von ihm geleitete physiokratische Organisation warb. [Stanisic veröffentlichte 1914 eine serbokroatische Übersetzung von Gesells "Die neue Lehre vom Geld und Zins" und gab eine Schriftenreihe "Fiziokratska biblioteka" heraus (ab 1920). In Vinkovci erschien 1923 seine Broschüre "Valuta i Savremene Ekonomske Nevolje". – In einer von Marie Goilav-Pye besorgten rumänischen Übersetzung erschien 1929 in Botosani Theophil Christens Broschüre "Ausbeutungslose Freiwirtschaft – Frei von privater Ausbeutung und frei von staatlicher Bevormundung".]

Ein intensiver Gedankenaustausch in diesem Freundeskreis gab Gesell den Anstoß für sein Spätwerk "Der abgebaute Staat", das Paul und Ilse Klemm gewidmet war. Der Untertitel "Leben und Treiben in einem gesetz- und sittenlosen hochstrebenden Kulturvolk" läßt bereits erahnen, daß die schon seit längerem spülbaren antistaatlichen Neigungen nicht nur fortgesetzt, sondern im zweiten Teil des Buches bis in ein Extrem gesteigert wurden. Eine Gesellschaft ohne Justiz, Polizei und Militär (allerdings mit einem Minimalstaat) hatte auch Theodor Hertzka in seinem Roman "Freiland" vor Augen. Schließlich hatten auch Marx und Engels ein allmähliches "Absterben des Staates" als Folge einer Diktatur des Proletariats erwartet. Nichtsdestoweniger ist die Vorstellung eines gesetz- und sittenlosen Zusammenlebens der Menschen geradezu absurd und sie übersieht vollständig die Notwendigkeit herrschaftsfreier Institutionen.

Zunächst bezeichnete Silvio Gesell seine Vorstellung von einer entstaatlichten, herrschaftsfreien Gesellschaft bewußt nicht als Anarchie, sondern als Akra-

tie, um eine Verwechslung vor allem mit dem Anarcho-Kommunismus Bakunins und Kropotkins oder auch mit dem Anarchismus der Attentate und Bomben zu vermeiden. [Silvio Gesell, Der abgebaute Staat, in: SGW Band 16, S. 257. Leider setzte sich Gesell nicht detaillierter mit Bakunin und Kropotkin auseinander. Stattdessen diskutierte der Physiokrat Alfred Bader mit dem Wiener Anarcho-Kommunisten Pierre Ramus; vgl. Der Physiokrat Nr. 9/1913, S. 7-8. – Kommunistische Anarchisten können – so Ramus – "... überhaupt nicht einsehen, wozu eine monopollose Produktion und ihr freier Verkehr überhaupt eines Geldmittels bedürfen sollten." (Pierre Ramus, Freigeld-Illusion oder direkter Kampf gegen jegliche Herrschaft und Knechtung?, in: Erkenntnis und Befreiung Nr. 18/1923, S. 4). – Pierre Ramus, Wir Anarchisten und die Freigeldbewegung, in: Erkenntnis und Befreiung Nr. 33/1924. – Ohne Verfasser, Anarchismus und Freigeld, in: Der neue Kurs Nr. 26/1924. – Martin Hoffmann-Diogenes, Freiwirtschaft oder kommunistischer Anarchismus, in: Der neue Kurs Nr. 33/1924. – Vgl. auch Diogenes' Kritik an Ramus, in: Der Entscheidungskampf Nr. 58-60/1924.] Bemerkenswert ist außerdem, daß der Übergang vom Kapitalismus zur Physiokratie nun nicht mehr mit Hilfe einer "Diktatur der Not", sondern auf parlamentarischem Weg erfolgt. In einer unerhört turbulenten, gleichsam apokalyptischen Parlamentsdebatte bringt der akralische Abgeordnete Andreas Müller (ein Pseudonym für Gesell) einen Gesetzentwurf zur Entprivatisierung des Bodeneigentums und zur Verwendung der Bodenpachten als Mütterrente ein. Müller geht es darin um die Befreiung der Mütter aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Vätern und um ein von jeglicher staatlichen Einmischung freies Liebes- und Sexual-, Kultur- und Wirtschaftsleben – letztlich um eine natürliche "Hochzucht" der Menschheit und jedes einzelnen Menschen zur Gottebenbildlichkeit. [Silvio Gesell, Der abgebaute Staat, in: SGW Band 16, S. 257. Vgl. hierzu den Vortrag "Der Aufstieg des Abendlandes" im Band 14, S. 199-218, und die darauf bezogenen Ausführungen im Geleitwort zum entsprechenden Band.] Deutschnationale und agrarische Abgeordnete leisten heftigen Widerstand gegen diesen Gesetzentwurf, während Sozialdemokraten und Kommunisten sich nicht zu Wort melden. Hingegen lobt der demokratische Abgeordnete den "echt mosaischen Geist" von Müllers Rede. [Silvio Gesell, Der abgebaute Staat, in: SGW Band 16, S. 275.] Zum Zünglein an der Waage wird schließlich der Zentrumsabgeordnete Kaplan Gasten, der in einer ergreifenden Rede vom machtpolitischen Verrat des Christentums abrückt und sich auf dessen wahren Kern zurückbesinnt. Hieraus schöpft er die Kraft, aus sich bislang bekämpfenden Mitgliedern aller Parteien eine überparteiliche und überkonfessionelle Koalition zu bilden, "... geeint durch den Geist der Gerechtigkeit und die Liebe zu allen Menschen". [Silvio Gesell, Der abgebaute Staat, in: SGW Band 16, S. 281 ff, hier: S. 289.] Diese christliche Koalition verhilft einer wissenschaftlichen statt parteipolitischen Lösung der sozialen Frage im Parlament zum Abstimmungssieg.

Auffällig ist die stärkere Bezugnahme auf das Christentum beim 'späten' Gesell, dessen Denken in weltanschaulicher Hinsicht lange Zeit sehr stark von der Philosophie Max Stirners bestimmt war. Mit ihr kamen vielleicht frühere Prägungen wieder zum Vorschein, die von Stirners Einflüssen nur überlagert waren. Tatsächlich hatte es in Gesells Kindheit und Jugend einen Kaplan Gasten gegeben, der Einfluß auf seine religiöse Erziehung genommen hatte. [Dies berichtete Gesells jüngste Schwester Laura in unveröffentlichten Lebenserinnerungen, die sich im Archiv der Freiwirtschaftlichen Bibliothek befinden. Bis etwa 1904 gibt es bei Gesell Hinweise auf frühere christliche Prägungen. Stirners "Einziger" war ihm bereits vor der Jahrhundertwende in Argentinien be-

gegnet, doch verstärkte erst Georg Blumenthal dessen Einfluß auf Gesell nachhaltig. Der Widerstreit christlicher und stirnerscher Einflüsse spiegelt sich auch am Ende des Aufsatzes "Die herrschaftslose Gesellschaft" wider. Dieser Aufsatz (im Band 17) steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem "Abgebauten Staat" und sollte bei dessen Untersuchung mitbedacht werden.] Auch Paulus Klüpfels Einflüsse auf Gesell könnten hier nachgewirkt haben. Allerdings waren diese neuerlichen christlichen Impulse zu schwach, um Gesells Vorstellungen über das Leben in einer zukünftigen Physiokratie noch grundlegend zu ändern. Seine prophetische Vision eines abgebauten Staates war zwar indirekt auch eine Ab-sage an autoritäre Präsidialherrschaften und rechte Diktaturen, wie sie sich damals in Süd- und Osteuropa anbahnten; aber sie blieb durchsetzt von Elementen der Stirnerschen Philosophie.

Während Gesell 1919 im "Abbau des Staates" das Geld- und Verkehrswesen noch in staatlicher Hand gelassen hatte [Silvio Gesell, Der Abbau des Staates nach Einführung der Volksherrschaft, in: SGW Band 10, S. 240. – Als Stufen zwischen dem "Abbau des Staates" und dem "Abgebauten Staat" vgl. Hans Timm, Freiwirtschaft und Staat, in: Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 11/1924, S. 308-322, sowie Webb Waldron, Das Faustrecht entscheidet, ebenda Nr. 16/1924, S. 437-440 und Nr. 17/1924, S. 447-451. Außerdem Silvio Gesell, Aufbau und Abbau des Staates, in: SGW Band 15, S. 265-271, und ders., Strandgut des Lebens, in: SGW Band 15, S. 214. Ders., Bedarf die physiokratische Ordnung noch gerichtlicher Strafen?, in: SGW Band 16, S. 245, sowie ders., Über Strafe, in: SGW Band 17.], riß er nunmehr in seinem physiokratischen Utopia auch diese letzten Grundmauern des Staates nieder. Die Verwaltung des entprivatisierten Bodens und die Verteilung der Pachtein-nahmen an die Mütter geht darin vom Staat auf einen "Mütterbund" über, der anstelle des früher konzipierten staatlichen Reichswährungsamtes auch die Ver-waltung des Geldwesens übernimmt. Restlos abgeschafft werden die staatliche Ehe sowie staatliche Bildungs- und Kultureinrichtungen. An ihre Stellen treten Schulen, Universitäten und Kirchen in freier Trägerschaft. Abgeschafft werden auch das staatliche Gesundheits- und Militärwesen. Der Sozialstaat wird durch individuelle Daseinsvorsorge und gegenseitige Hilfe abgelöst, die staatliche Klassenjustiz durch private Vertragsfreiheit und Faustrecht: "Es ist viel besser, wenn der Revolver, der doch letzten Endes auch die ultima ratio des Staates ist, in den Händen der direkt interessierten Parteien bleibt." [Silvio Gesell, Der abgebaute Staat, in: SGW Band 17, S. 339. Vgl. auch die Anmerkung 49.]

"Der abgebaute Staat" erschien nicht im Stirn-Verlag von Hans Timm, der vermutlich inhaltliche Bedenken hatte, sondern im A. Burmeister Verlag in Berlin [Gesells Freundschaft mit Hans Timm war inzwischen wegen sachlicher Differenzen und auch wegen Timms Trennung von Gesells Tochter Anita zerbrochen. Die 'Frauenfraktion' im FKB um Anna-Maria Burmeister, Hanna Blumenthal und Grete Siemann sorgte mit der Gründung des A. Burmeisters Verlags dafür, daß der "Abgebaute Staat" als Buch erscheinen konnte.] und wurde sowohl im Fysiokratischen Kampfband als auch im Freiwirtschaftsbund mit ratlosem Schweigen übergangen. Nur Friedrich Landmann und Karl Walker fanden den Mut zum offenen Widerspruch. [Friedrich Landmann, Faustrecht und Revolver als gesellschaftliche Regulative, in: Letzte Politik Nr. 9/1928, S. 5. – Karl Walker, Die Physiokraten und der Staat, in: Letzte Politik Nr. 15/1929, S. 3.] Bertha Heimberg berichtete später zwar von einigen selbstkritischen Äußerungen Gesells zu seiner Schilderung des Liebeslebens in der Siedlung Frauenberg [Briefe Bertha Heimbergs an Gesells Schwieger-tochter Elsi vom 13.9.1952 sowie an den Niederländer Willem P. Roelofs vom 27.4.1963. – Über

die Rolle Bertha Heimbergs in Gesells letzten Lebensjahren vgl. das Geleitwort zum Band 17.] – es blieb jedoch dabei, daß dieses heiße Eisen nicht angefaßt wurde.

Es ist durchaus denkbar, daß eine ausbeutungsfreie, gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung einen großen Teil sozialstaatlicher Umverteilungsmaßnahmen überflüssig machen kann, daß sie ein nicht auf staatliche Förderung angewiesenes freies Bildungswesen und Kulturleben ermöglicht und daß ein sozialer Frieden den Völkerfrieden besser garantieren kann als militärische Rüstungen. Gesells Ausblicke auf ein zukünftiges Liebesleben bleiben jedoch genauso unbefriedigend wie seine Annahme, daß die staatliche Klassenjustiz durch ein Faustrecht ersetzt werden könnte. Zu klären bleibt, wie Gesell auf solche abwegigen Vorstellungen kommen konnte. Möglicherweise ließ er sich infolge der schmerzlichen Geringschätzung, welche die Wissenschaftler und Politiker seiner Zeit seinen epochalen ökonomischen Einsichten entgegenbrachten, von der Hoffnung leiten, mehr Unterstützung in anarchistischen Kreisen zu finden. Im Gegensatz zu seinen Vorstellungen, die Gesell anfangs von einem "sozialen Staat" bzw. einem "Freilandstaat" und einem "Volksstaat" gehabt hatte [Silvio Gesell, Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat, in: SGW Band 1, S. 25-68, und ders., Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, in: SGW Band 11, S. 226. – SGW 10, S. 173-174, 243 und 299. – SGW 14, S. 70.], betrachtete er den Staat jetzt ohne Rücksicht auf seine monarchische oder republikanische Form wie Stirner und Bakunin nur noch als "Machtstaat"[Silvio Gesell, Der abgebaute Staat, in: SGW Band 16, S. 254.]. So blieb unberücksichtigt, daß sich der Staat unter dem Einfluß des Denkens von Bodin, Hobbes und Macchiavelli, Locke, Montesquieu, Rousseau, Kant, Fichte und Hegel allmählich von einem absolutistischen Machtstaat zu einem noch von Macht verfälschten Rechtsstaat entwickelt hatte und daß die Entwicklung zu einem herrschaftsfreien Rechtsstaat noch nicht abgeschlossen war. Gesells Empörung über den Mißbrauch des Staates (und der Kirche) zu Herrschaftszwecken war so stark, daß er den unter einer machtpolitischen Schale verborgenen positiven Kern des Staates als Garanten des Rechts aus dem Blick verlor. Während er einerseits für das "Recht (!) auf den vollen Arbeitsertrag" eintrat, setzte sich andererseits immer stärker Stirners Ansicht in ihm fest, daß Recht und Gesetz nur neue Formen der Macht seien. [Silvio Gesell, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag durch Einführung der Geld- und Bodenreform, in: SGW Band 4, S. 65. – Zu dem durch Stirner gebrochenen Rechtsbegriff vgl. auch den Aufsatz "Krieg und Bodenmonopol", in: SGW Band 3, S. 321.] Dennoch hätte ihn nachdenklich machen müssen, daß der Verlust jeglicher metaphysischer und rechtlicher Bindungen den Menschen bereits in Stirners staatenlosem "Verein der Egoisten" zu einer Verabsolutierung des "allmächtigen Ichs" und zur Gewalt aller gegen alle führte. [Max Stirner, Der Einzige und sein Eigentum, Stuttgart 1981, S. 181 und 288. Stirners Ich kennt "keine heilige Scheu" mehr – weder vor den Mitmenschen noch vor der Natur; alles ist ihm nur noch "... Material ..., mit welchem Ich anfangen, was Ich will." (S. 402 und 356) Zur Gewaltbereitschaft vgl. S. 181 ff, S. 206 ff und S. 284ff. – Im Zusammenhang mit dem Faustrecht muß auch Gesells Einstellung zu einer allgemeinen Volksbewaffnung analysiert und revidiert werden; vgl. dazu den Aufsatz "Soldaten oder Lakaien", in: SGW Band 7, S. 228-233.] Vielleicht hat das Gesell in Argentinien begegnete Lebensgefühl der amerikanischen Pioniere ihn auch in der Ansicht bestärkt, Konflikte im gesellschaftlichen Leben ließen sich wie im Wilden Westen besser durch Colts als durch eine staatliche Justiz regeln.

[Günter Bartsch, *Freiwirtschaft, Liberalismus und Sozialismus*, in: Werner Onken und Günter Bartsch, *Silvio Gesell – Zwei Texte zur Geschichte der Freiwirtschaft*, Aarau 1992, S. 46-48. – In einem Brief an Konrad Schuchardt vom 8.9.1913 erwähnte Gesell, daß sein in Nordamerika und Kanada lebender Bruder Hermann "... immer behauptet (habe), daß unser physiokratisches Wirtschaftssystem dem amerikanischen Volkscharakter mehr als irgendeinem angepaßt sei." – Der zweite Zusatzartikel zur amerikanischen Verfassung garantiert dem Bürger das Recht, eine Waffe zu besitzen und zu tragen. Seit der Entstehung dieser Verfassung vor 200 Jahren haben sich jedoch die allgemeinen Lebensverhältnisse grundlegend gewandelt. Der Abbau des zwischenzeitlich gefestigten staatlichen Gewaltmonopols und die Verallgemeinerung der Gewalt haben erschreckende Ausmaße angenommen: "Seit Anfang des Jahrhunderts sind in den USA 200 Millionen Schusswaffen verkauft worden. Nach neuesten Schätzungen sind zur Zeit etwa 40 – 50 Millionen Handfeuerwaffen im Umlauf. Die Statistiker gehen davon aus, daß jeder zweite amerikanische Haushalt ein Gewehr oder eine Pistole besitzt." (Das Parlament Nr. 37/1993, S. 8). Diese Realität zeigt, daß nicht die Selbstvollstreckung eines Rechts der Stärkeren die Alternative zum machtpolitisch deformierten Recht sein kann, sondern ein tendenziell herrschaftsfreies Recht als Grundlage allgemeiner Gewaltfreiheit – dies auch als Alternative zu der von Gesell präferierten sicherheitspolitischen Volksbewaffnung (siehe dazu Anmerkung 48).] Gesells Erwartung, daß sich das menschliche Leben in einer akralischen Gesellschaft ohne Gesetze und ohne Sitten "... abspielt wie bei den Tieren der Wildnis" [Silvio Gesell, *Der Gebärstreik im Lichte der Physiokratie*, in: SGW Band 17, S. 70.], erinnert an Diderots Verklärung des 'edlen Wilden'; sie ist ein gedanklicher Rückgriff auf jenes Stadium der Menschheitsentwicklung, das John Locke und andere Staatstheoretiker den "Naturzustand" nannten – auch wenn Gesell sich einen durch Arbeitsteilung und Geldwirtschaft 'erhöhten Naturzustand' vorstellte. Gerade auf einer durch Arbeitsteilung und Geldwirtschaft erhöhten Entwicklungsstufe kommt das menschliche Zusammenleben nicht ohne Gesetze, Institutionen und Sitten aus, weil es nicht von Instinkten 'automatisch' geregelt wird. Es bedarf eines rechtlichen Rahmens, der die Freiheiten der Individuen aufeinander abstimmt. Außerdem braucht – wie Martin Buber dem extremen Individualismus entgegengehalten hat – auch dasjenige Ich, das sich nicht mehr den Mächten von Thron und Altar, Kapital und Parteien unterwirft, eine Verbindung mit einem ebenbürtigen Du. [Martin Buber, *Ich und Du*, in: ders., *Werke – Erster Band – Schriften zur Philosophie*, München o. J., S. 77-170. – Martin Buber, *Pfade in Utopia*, in: ders., *Werke – Erster Band – Schriften zur Philosophie*, München o. J., S. 833-1002.] Wenn es nicht zu Hybris und Gewaltherrschaft tendieren soll, bedarf das Ich eines herrschaftsfreien Rückbezugs zur Transzendenz und einer ebenfalls herrschaftsfreien Rechtsordnung für die Regelung seiner sozialen Beziehungen. Nach dem bisherigen, von Recht und Macht widersprüchlich geprägten "Gesellschaftszustand" (Locke) sollte kein Naturzustand auf höherer Ebene wiederkehren, sondern es sollte ihm ein Gesellschaftszustand mit einem Rechtsstaat folgen, der Macht möglichst weit zerstreut und sie kontrolliert. Herrschaftslosigkeit setzt gerade nicht eine Abschaffung von Staat und Kirche voraus, sondern eine von machtpolitischer Ideologisierung freie Kirche und einen nicht mehr von feudalen und kapitalistischen Privilegien verfälschten Rechtsstaat mit einer adäquaten rechtsstaatlichen Verwaltung von Boden und Geldwesen. [Immerhin stellte sich Gesell auch das "von den Frauen verwaltete Privatgeld" noch als ein "einheitliches Geldwesen" vor (Abgebauter Staat, in: SGW Band 16, S. 308) und nicht als eine anarchistische Vielfalt konkurrierender Privatgelder wie Friedrich August von Hayek in seinem Buch über die "Entnationalisierung des Geldes" (Tübingen 1977).]

Eine systematische Zusammenstellung aller Aussagen Gesells zum Staat dürfte zeigen, daß sich der völlige Abbau des Staates nicht zwangsläufig aus seinem Modell der Boden- und Geldreform ergibt und daß er dem Liberalismus letztlich doch näher stand als dem Anarchismus. In der Fortführung seiner Gedanken könnte sich miteinander verbinden lassen, was Ferdinand Lassalle und Friedrich A. Lutz als "Nachtwächterstaat" und "Schlafmützenkonkurrenz" verurteilt haben, nämlich ein vollständiger mono- und oligopolfreier Wettbewerb und ein schlanker Rechtsstaat. Gesells Ansichten über den Staat sollten außerdem im Vergleich mit den Staatstheorien von Locke, Montesquieu, Rousseau, Kant, Fichte und Hegel korrigiert und weiterentwickelt werden. [John Locke, Zwei Abhandlungen über die Regierung, Frankfurt 1967. – Montesquieu, Vom Geist der Gesetze, Stuttgart 1965/1989. – Jean-Jacques Rousseau, Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts, Frankfurt 1978. – Immanuel Kant, Politische Schriften, herausgegeben von O. H. von der Gablentz, Köln 1965. – Johann Gottlieb Fichte, Schriften zur Revolution, herausgegeben von B. Willms, Köln 1967. – Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, herausgegeben von Eva Moldenhauer und Karl Markus Michel, Frankfurt 1970. – Wilhelm von Humboldt, Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit zu bestimmen, Stuttgart 1962 (vgl. hierzu das Geleitwort zum Band 10). – John Stuart Mill, Über die Freiheit, Frankfurt 1968. – Lothar Döhn, Liberalismus, in: Franz Neumann (Hg.), Politische Theorien und Ideologien, Baden-Baden 1975, S. 1-44. – Ermenhild Neusüss, Demokratie: Theorien und politische Praxis, in: Franz Neumann (Hg.), Politische Theorien und Ideologien, Baden-Baden 1975, S. 81-146.] Gerade bei Locke und Montesquieu fällt auf, daß sie die Rolle der Bodenprivatisierung und des Geldes beim Übergang vom Natur- zum Gesellschaftszustand bereits gesehen haben. [John Locke, Zwei Abhandlungen (wie Anm. 47), § 20 über die Landnahme in England und § 44-51 über das Geld, sowie Montesquieu, Vom Geist der Gesetze, § 340-345 über das Geld.] In diesem Zusammenhang sollten beispielsweise auch der politische Föderalismus Proudhons, die Staatstheorien Oppenheimers und neuerer Autoren berücksichtigt werden. [Zu Proudhons Staatstheorie vgl. Karl Hahn, Föderalismus – Die demokratische Alternative, München 1974, sowie Gerhardus Lang, Die Idee des konsequenten Föderalismus bei Proudhon, Gasser und Mahraun als Grundlage für die Überwindung der Demokratiemüdigkeit, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 90. Folge (1991), S. 16-24 (Teil 1) und 91. Folge (1991), S. 14-18 (Teil 2). – Franz Oppenheimer, Der Staat, Berlin 1990. – Rüdiger Voigt (Hg.), Abschied vom Staat – Rückkehr zum Staat?, Baden-Baden 1993. – Ernst Maste, Vom Staat zum Gemeinwesen, Baden-Baden 1993. – Dieter Suhr, Entfaltung der Menschen durch die Menschen, Berlin 1976. Dieter Suhr, Gleiche Freiheit, Augsburg 1988. – Jaroslav Langer, Grenzen der Herrschaft – Die Endzeit der Machthierarchien, Opladen 1988 (insbesondere S. 27 ff, 129 ff und 287 ff). – Hans Herbert von Arnim, Demokratie ohne Volk, München 1993. – Hans Herbert von Arnim, Der Staat als Beute, München 1993. – Iring Fetscher und H. Mückler, Pipers Handbuch der politischen Ideen, München und Zürich 1985. – U. Steinvorh, Stationen der politischen Theorie, Stuttgart 1981. – W. Röhrich, Sozialgeschichte politischer Ideen – Die bürgerliche Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1979. – Karl A. Schachtschneider, Res publica res populi – Grundlegung einer Allgemeinen Republiklehre, Berlin 1994. – Norbert Hörster, Klassische Texte der Staatsphilosophie, München 1994.] Und schließlich ergibt sich aus einem geänderten Staatsbegriff auch die Notwendigkeit, die ökonomische Theorie der öffentlichen Güter zu überdenken und die dem Rechtsstaat in einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft verbleibenden Aufgaben neu zu definieren. [Die herrschende Finanzwissenschaft unterstellt ein Marktversagen und leitet daraus die Notwendigkeit staatlicher Interventionen in den Markt ab. Als ein geradezu zwangsläufiger Prozeß gilt ihr der Übergang vom Nachtwächterstaat des klassischen

Liberalismus zu einem demokratisch legitimierten Wohlfahrtsstaat, der auf vielfältige Weise in den Markt interveniert, der Einkommen umverteilt, soziale Sicherheit schafft und öffentliche Güter bereitstellt, die von Privaten nicht gewinnbringend oder wenigstens kostendeckend angeboten werden können. Ist es nicht ein Widerspruch, dem Markt einerseits seine prinzipielle Überlegenheit zuzugestehen und ihm andererseits Versagen zu attestieren? In den ordnungspolitischen Fundamenten der Finanzwissenschaften fehlt die Einsicht, daß nicht der Markt, sondern das Geld bei der Steuerung des wirtschaftlichen Geschehens versagt. Infolge des "Geldversagens" haben sich Relikte aus den Zeiten des Absolutismus und Merkantilismus in modernem Gewand in den Rechtsstaat und in die Demokratie eingeschlichen; deren Bekämpfung mit interventionistischen Mitteln ermöglicht allenfalls eine vorübergehende Scheinstabilität, die auf die Dauer finanziell nicht tragbar ist. Eine grundlegende Korrektur des Geldwesens könnte demgegenüber eine gerechtere Primärverteilung von Einkommen und Vermögen bewirken, die soziale Sicherheit per se erhöhen und auch ermöglichen, daß 'öffentliche' Güter wie Bildung und Kultur, Gesundheit und Verkehr von privaten und genossenschaftlichen Unternehmen zu wirtschaftlichen (nicht rentablen!) Bedingungen angeboten werden können. (Gemeint ist also etwas anderes als die Privatisierung von Staatsbetrieben unter kapitalistischen Bedingungen, die von den Finanznöten überschuldeter Staaten und den Renditeinteressen privater Aktionäre geleitet wird.) Nach einer Boden- und Geldreform könnte der Staat allmählich auf seine klassischen Aufgaben des Garanten der Rechtsordnung zurückgeführt werden. Die Konturen seines Steuersystems sowie seiner Tätigkeit in den Bereichen des Sozialen und des Umweltschutzes sollten in kritischer Auseinandersetzung mit der einschlägigen Standardliteratur erarbeitet werden. Vgl. hierzu R. A. Musgrave u. a., *Die öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis*, 4 Bände Tübingen 1978-1990. – Dieter Brümmerhoff, *Finanzwissenschaft*, München und Wien 3. Aufl. 1988, S. 197-204. – Horst Zimmermann und Klaus Dirk Henke, *Finanzwissenschaft*, München 6. Auflage 1990, S. 1-7 und 31-47. Hans-Georg Petersen, *Finanzwissenschaft*, Stuttgart 3. Auflage 1993, S. 25-40, 65 f und 139-147.]



Silvio Gesell
in Rumänien bei Klemm/Juli 1926

Die Allgemeine Enteignung

im Lichte

Physiokratischer Ziele

von

Silvio Gesell

★

Die Allgemeine Enteignung im Lichte Physiokratischer Ziele

Vorwort

Es ist bisher noch nicht gelungen, die *Physiokratische Bewegung* zu einer Massenbewegung zu entwickeln, trotzdem daran schon 30 Jahre gearbeitet wird. Zählt man die Anhänger dieser Bewegung, die überall auf der Welt verteilt sind, zusammen, dann hat man zwar eine Masse, aber nur eine sporadische, nicht die nötige kompakte Masse. Die Erklärung für diese langsame Entwicklung braucht man nicht weit zu suchen. Die aus dem Christentum hervorgegangene kommunistisch-sozialistische Gedankenwelt beherrscht heute vollkommen die Massen und die Pfaffen dieser neuen Religion machens wie alle Pfaffen; sie hüten ängstlich ihre Schäfchen vor dem Kontakt mit der bösen Welt, um sich so leichter vor kritischen Fragen zu schützen. Das geschieht, indem man die Massen vor den Physiokraten warnt, indem man von ihren Bestrebungen nur Zerrbilder veröffentlicht, (wenn man überhaupt sich schon herbeiläßt, die Physiokratie zu erwähnen) und schließlich indem man die Physiokraten als kapitalistische Söldlinge darstellt, die den Auftrag haben, die so gefährliche Einheitsfront des Proletariats zu sabotieren. Wenn man bedenkt, wie für das Proletariat alles vom Zustandekommen der Einheitsfront abhängt, wie sehr das Proletariat unter der Verräterei zu leiden hat, so kann man sich vorstellen, wie schwer es den Physiokraten sein muß, mit dem so gewarnten Proletarier Fühlung zu gewinnen. Wobei dann noch der Umstand erschwerend wirkt, daß der Weg zu den physiokratischen Erkenntnissen ganz besonders schwer durch das christliche Weltbild, durch uralte Schlagworte und Vorurteile verbarrikadiert ist und schon einen von Natur freien Menschen voraussetzt. Wenn die Massen nicht so unzufrieden wären mit ihrer Führung und Erfolgen, wenn die Sozialdemokraten neben den ungeheuren Passiven in der Bilanz ihrer Politik auch nur einen einzigen Aktivposten anführen könnten, so müßten wir jede Hoffnung fahren lassen, den Kontakt mit den Massen in absehbarer Zeit zu gewinnen. Aber wir haben

die Hoffnung niemals verloren und diese gründet auf unserer Erkenntnis, daß mit dem sozialdemokratischen Programm nicht das geringste für das Proletariat erreicht werden *kann*, daß der Sozialdemokrat bestenfalls nur pfuschen kann und so die Lage der Arbeiter in dem Maße sich verschlechtern *muß*, wie die Sozialdemokraten an Macht gewinnen, wie wir auch umgekehrt wissen, daß die Kapitalisten die Wirtschaftskrisen, die Arbeitslosigkeit und andere neben der kapitalistischen Ausbeutung zur proletarischen Empörung stetsfort aufrufenden Nebenerscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft niemals werden beseitigen *können*.

Je schwerer es für die Physiokraten ist, Fuß in den proletarischen Massen zu fassen, umso leichter wiederum ist es, in freiheitlich orientierten bürgerlichen Kreisen zu werben. Hier ist uns der Weg viel weniger durch Schlagworte und Vorurteile gesperrt, hier ist auch die christliche Ethik als Basis einer Gesellschaftsordnung bereits zu einer Frage geworden, und mit ihr natürlich auch der Sozialismus schlechthin. Hier findet man auch Menschen, die sich nicht blindlings einer Partei- und Bonzendisziplin unterwerfen und die gewöhnt sind, Theorien auf ihre logische Richtigkeit zu prüfen, die ihr Urteil nicht davon abhängig machen, daß ihre Meinung von anderen oder gar von der Masse geteilt wird.

Aber die Leichtigkeit, womit in diesen Kreisen für die physiokratischen Ziele geworben werden kann, hat vom Standpunkt der Schaffung einer Massenbewegung den Nachteil, daß die Proletarier sich aus gesellschaftlichen Gründen keiner Organisation anschließen können, in der das sogenannte bürgerliche Element überwiegt. Warum das so ist, braucht wohl hier nicht erklärt zu werden. Nur dann kann sich eine Organisation zur Massenbewegung entwickeln, wenn in ihr das proletarische Element so stark vorherrscht, daß es sich in ihr stets zu Hause fühlt. Wird dieser Grundforderung nicht Genüge getan, dann kann es nie zur Massenbewegung kommen.

In Erkenntnis dieser Dinge wurde beschlossen, zur Schaffung eines proletarischen Kristallisationskernes das Hauptgewicht der Werbung auf die proletarischen Kreise zu verlegen unter Zurückstellung der Werbung in anderen Kreisen. Erleichtert wird

dadurch die gestellte Aufgabe (Kontakt mit den Arbeitermassen) zunächst in keiner Weise. Aber es wird wenigstens der Gefahr vorgebeugt, daß die gesellschaftliche Struktur der zu schaffenden Physiokratischen Organisationen nicht von vornherein im Hinblick auf die weitere Entwicklung verdorben wird.

Nun kann man sich vorstellen, wie niederdrückend es für die Propagandisten der physiokratischen Idee sein muß, wenn sie in der heutigen aufgeregten Zeit, wo alle Welt geradezu nach neuen Formeln für das Gesellschaftsleben schreit, auf das von den Parteileitungen geschürte proletarische Mißtrauen stoßen und wie oft sie sich die Frage stellen, wie sie diese Mauer durchstoßen können. Und da soll man sich nicht wundern, wenn hier und da der Gedanke auftaucht, das physiokratische Programm durch scheinbar unbedeutende Konzessionen an die kommunistisch-sozialistische Ideenwelt dem Proletariat mehr mundgerecht zu machen, ähnlich wie umgekehrt auch oft genug der Vorschlag gemacht wurde zur Erleichterung der Werbung in den bürgerlichen Massen, programmatische Konzessionen zu machen. Und so wurde der Vorschlag gemacht und in weiteren Kreisen der physiokratischen Organisationen diskutiert, ob nicht statt der 75% Vermögensabgabe, die im Programm vorgesehen ist, die restlose, entschädigungslose Enteignung zu stellen sei. Der Schritt von 75% zu 100% scheint doch nicht so bedeutend, daß man seinetwegen auf ein Mittel verzichten sollte, durch das wir uns vor den Massen als echte Bolschewisten vorstellen und das uns entgegengebrachte Mißtrauen zerstreuen könnten.

Den hier schlummernden Trugschluß aufzudecken, ist der Zweck der vorliegenden Darstellung.

Bei einer allgemeinen Enteignung muß man fragen, was mit dem enteigneten Gut geschieht. Auf diese Frage kann man aber nur zwei Antworten geben: Entweder man verteilt das Gut neu und gleichmäßig unter alle Einwohner des Landes, oder man übergibt es dem *Staat* zur Verwaltung. Da wir den Staat ablehnen und ihn soweit irgend möglich abzubauen gedenken, da der Abbau des Staates auch im Programm vorgesehen ist, so ist für den Physiokraten nur die erste Frage, die Frage der Neuaufteilung des konfiszierten Gutes diskutabel. Aus dem gleichen Grunde braucht auch hier eine andere Forderung – weitgehende Kon-

fiszierung der Produktionsmittel zum Zwecke einer politischen Schwächung der Gegner – nicht weiter diskutiert zu werden, denn auch hier erhebt sich die Frage: *Was tun mit den konfiszierten Produktionsmitteln?* Sollen wir sie dem Staat, den wir abbauen wollen, zu seiner Stärkung, zur Korruption aller Arbeiterführer, überantworten? Besser wäre es dann schon, die enteigneten Produktionsmittel, wenn man sie durchaus nicht in den Händen der heutigen Besitzer aus politischen Gründen lassen darf, in Flammen aufgehen zu lassen. Lieber allgemeine Verarmung als allgemeine Korruption, die uns mit der Zeit doch noch mehr als Verarmung bringen könnte. Und was ist die *allgemeine Verstaatlichung der Produktionsmittel mehr als allgemeine Korruption?*

Für die wirtschaftliche Schwächung der Politischen Gegner zum Zwecke der Sicherung der Revolution sorgt in ausgiebiger Weise die im Programm vorgesehene 75% Sachwertsteuer, mit deren Ertrag alle Reparations- und Kriegslasten von den Reichskassen abgewälzt werden sollen. Außerdem ist im Programm die restlose Auflösung des politisch gefährlichsten Eigentums, des Privatgrundbesitzes, vorgesehen. Die Grundbesitzer liefern 75% des Landes entschädigungslos ab und für den Rest erhalten sie als Entschädigung aus dem Ertrag der allgemeinen 75% Vermögensabgabe Schuldbriefe ausgehändigt, deren Sicherheit absolut davon abhängig sein wird, daß der Bürgerfrieden nicht durch Putscherei der Reaktionäre gestört wird. Bedenkt man außerdem, daß die große Mehrheit der durch die 75% Sachwertsteuer Betroffenen zur größten Sparsamkeit gezwungen sein wird, so kann man sich vorstellen, wie leer die Kassen der Fememordparteien sein werden, wie schnell die bezahlten Organe dieser Parteien sich mausern werden. *Pas d'argent pas de suisses!* so wird es auch hier heißen. Darum kann man wohl sagen, daß im Programm alles, was zur Sicherung der Revolution in wirtschaftlicher Hinsicht getan werden muß, bedacht und vorgesehen worden ist.

Was in physiokratischen Kreisen immer und immer wieder diskutiert werden muß, das ist die Frage der Organisation der Machtmittel zur Ergreifung der politischen Gewalt, aber das gehört nicht in

ein Programm. Diese Organisation wird übrigens in der Hauptsache an dem Tage schlagbereit sein, wo das physiokratische Programm zum Programm der proletarischen *Einheitsfront* erhoben wird. Da die Physiokraten die einzigen Gegner des Kapitalismus sind, die eine Theorie des Kapitals haben und über ein wirtschaftliches Programm verfügen, so werden am Ende die aus der theoretischen Unzulänglichkeit entspringenden praktischen Schwierigkeiten die proletarischen Bonzen zur Kapitulation zwingen, so daß die erstrebte Einheitsfront über Nacht zur Tatsache werden kann. Auch aus diesem Grunde empfiehlt es sich, der Propaganda wegen den aus falschen Theorien erwachsenen falschen und darum gefährlichen Forderungen der Kommunisten und Sozialdemokraten auch nicht einen Buchstaben des Programmes zu opfern. Es wird sich das alte Wort gewiß wieder bewahrheiten: Wer in unruhiger Zeit fest auf seinem Sinn beharrt, der bildet die Welt *sich*. Bisher, seit 30 Jahren, sind wir den Proletariern nachgelaufen, wie eine Mutter dem verlorenen Sohn, mit dem einzigen Erfolg, daß wir verhöhnt und ausgelacht wurden. Doch wer zuletzt lacht, der lacht am besten.

Silvio Gesell.

Wäre eine allgemeine Enteignung unseren Bestrebungen förderlich?

Der FKB. vertritt die theoretisch begründbare Anschauung, daß mit der Beseitigung der Hemmungen, die das heutige Geldwesen und das heutige Bodenrecht der Produktion von Kapital entgegenstemmen, nicht nur die Krisen und die chronische Arbeitslosigkeit verschwinden müssen, sondern daß auch auf diese Weise der Kapitalzins in all seinen Erscheinungsformen unter dem Drucke eines schnell und unaufhaltsam wachsenden Kapitalangebots schnell sinken und schließlich ganz verschwinden muß. Freiland-Freigeld sollen diese Hemmungen beseitigen. Das Mittel aber, um mit Freiland-Freigeld den Kapitalismus zu überwinden, ist die ausdauernde, intelligente, auf höchste Produktivität eingestellte menschliche Arbeit, verbunden mit vernünftigstem Verbrauch der produzierten Güter.

Da wir selbstverständlich wünschen, die zu solcher Entwicklung nötige Zeitspanne und damit die Leidenszeit der durch das Kapital ausgebeuteten Massen nach Möglichkeit abzukürzen, so schauen wir uns nach Mitteln um, die wir als Vorspann für unsere Forderungen (Freiland-Freigeld) verwenden können.

Als ein solches Nebenmittel betrachten wir den in unserem Programm stehenden *Freihandel* und den *Abbau des Staates*. Genau betrachtet sind aber diese beiden Forderungen schon in den beiden Hauptforderungen enthalten, insofern, als mit der Durchführung der Freilandforderung niemand mehr ein Interesse an der Zollwirtschaft und an der Erhaltung und am weiteren Ausbau des Staates ein persönliches Interesse haben kann, so daß die Zollwirtschaft wie auch der Staat wegen Mangel an Interessenten der Schwindsucht verfallen müssen. Immerhin, da Organisationen von selber bei Lebzeiten ihrer Beamten nicht zu stürzen pflegen, wurde im Programm der Abbau des Staates und der Zollwirtschaft noch besonders erwähnt, nach dem Grundsatz: Was wankt, das stoße man, damit es stürze. Dadurch soll die Entwicklungszeit zur ausbeutungslosen Wirtschaft abgekürzt werden.

Wer nach weiteren Abkürzungsmöglichkeiten Ausschau hält, der findet, daß die Bekämpfung des Alkoholismus unseren Zielen sehr förderlich sein müßte, denn würde man die Millionen (es sollen sogar Milliarden sein), die hier direkt und indirekt ohne sichtbaren, bleibenden Nutzen verausgabt werden, in Produktionsmitteln verausgaben, so müßte deren Angebot bald einen Druck auf den Kapitalzins auslösen, uns also unserem Ziele nähern. Überhaupt wird es sehr davon abhängen, wie das Volk das Geld verausgabt, ob wir schnell oder langsam mit den physiokratischen Reformen unser Ziel erreichen, d. h. die den Kapitalismus bedingende *Kapitalarmut* überwinden werden. Jedoch, da es zum physiokratischen System gehört, daß Privatangelegenheiten keiner öffentlichen Kontrolle unterliegen sollen, auch dann nicht, wenn, wie in diesem Fall, die Privatangelegenheiten auf den Kapitalzins wirken, also von eminent öffentlicher Wirksamkeit sind, so ist im Programm Abstand genommen, Forderungen, wie die erwähnten, zu stellen. Übrigens ist es auch wahrscheinlich, daß, wenn wir Forderungen, wie das Alkoholverbot, stellten, die Durchführung unserer Revolution vielleicht um Jahrzehnte verschleppt werden würde.

Anmerkung. Man kann allerdings auch zu einem entgegengesetzten Urteil kommen. Es ist z. B. fraglich, ob die russische Revolution auch gelungen wäre, wenn Lenin das Alkoholverbot nicht durchgeführt hätte. Gebt der Bestie Schnaps zu saufen, um sie besser beherrschen zu können – das ist ein bewährtes Rezept. In manchen Ländern werden die Parlamentswahlen ausschlaggebend mit Schnaps beeinflusst. Wenn die Wähler so besoffen gemacht sind, daß sie nicht mehr lesen können, dann sind sie in der richtigen Verfassung, um die Parlamentarier zu wählen. Und es hat noch kein Parlamentarier die Wahl darum abgelehnt, weil seine Wähler betrunken waren. Von solcher Erkenntnis bis zum gesetzlichen Alkoholverbot ist aber doch noch ein weiter Schritt. Die Erfolge, die man in Amerika mit dem Alkoholverbot erzielt hat, haben doch schon viele Freunde des Verbotes stützig gemacht. Eine andere Sache ist die private Bekämpfung des Alkohols auf dem Wege der Aufklärung. Bisher waren die Alkoholgegner ganz auf die hygienischen und privatwirtschaftlichen Folgen des Alkoholismus als Werbemittel angewiesen. Wenn hierzu der Physiokrat noch des Weiteren sagen kann, daß der Alkoholismus den antikapitalistischen Entwicklungsprozeß, den Befreiungskampf des Proletariats

verzögert, daß der Alkoholiker virtuell einer der ärgsten Feinde des Proletariats ist, dann, so ist es anzunehmen, wird sich der private Alkoholkrieg viel wirksamer erweisen als die ekelhafte Anrufung des Staates.

Der Physiokrat, der, weil ihm das Eigentum heilig ist, keine Achtung für das heutige Eigentum haben kann und darum auch durchaus Proudhon recht gibt, wenn er sagt: Eigentum ist Diebstahl, der Physiokrat, der überzeugt ist, daß nur die Revolution, d. h. die gewaltsame Aneignung der öffentlichen Macht, ihm die Möglichkeit verschaffen kann, seine Reformvorschläge zu verwirklichen, der fragt sich natürlich, *ob er nicht die Revolution benutzen soll, um auf dem Wege einer großzügigen Enteignungspolitik die Entwicklung zur physiokratischen Ordnung zu beschleunigen*. Wer etwas will, der will natürlich auch die zielstrebigen Mittel. Wenn also die allgemeine Enteignung des heutigen, in weitem Umfang verachtenswürdigen Eigentums ein solches zielstrebiges, physiokratisches Mittel wäre, dann natürlich müßten wir solche allgemeine Enteignung auch auf unser Programm stellen. Aus politischen Gründen fordert heute das Volksbegehre die Enteignung der Fürsten. Aus welchen Gründen sollten wir nun davon abgehen, die allgemeine Enteignung nicht zu fordern? Gewiß nicht aus moralischen Gründen. Im Gegenteil, die Moral, so wie sie zwar nicht gemeint, aber doch immer gepredigt wird, fordert, daß das geraubte Gut weggenommen werde. Wenn wir darum davon absehen sollten, die allgemeine Enteignung zu fordern, so könnten es nur politische Gründe sein, die uns dazu bestimmen könnten, also reine Zweckmäßigkeitsgründe. Erschwert uns die allgemeine Enteignung die Ergreifung der politischen Macht, wird der Zeitpunkt der Revolution dadurch hinausgeschoben, nun dann lassen wir ab von solcher Forderung. Und sollte eine genaue Betrachtung der Praxis einer allgemeinen Enteignung uns gar zu der Überzeugung bringen, daß eine allgemeine Enteignung uns außerdem von unserem Hauptziel, der Sättigung des Kapitalmarktes und der dadurch herbeigeführten Beseitigung des Zinses abdrängen, nun dann würden wir erst recht davon absehen. Aus moralischen Gründen werden wir nichts tun und nichts unterlassen, was unserem Ziele abträglich

ist und insofern, als man unsere physiokratische Ordnung als Ausfluß moralischer Empfindlichkeit bezeichnet, können wir, wenn es uns Spaß macht, alles als unmoralisch bezeichnen, was unserem Ziel entgegensteht oder entgegenzustehen scheint.

Ich selbst bekenne, daß mir der Gedanke einer allgemeinen Enteignung durchaus sympathisch ist, daß ich mich bei der Betrachtung der Entstehungsgeschichte der meisten Vermögen sogar für solche allgemeine Enteignung begeistern würde. In München als Finanzminister der Räteregierung habe ich auch eine 75% allgemeine Enteignung und eine 100% Enteignung aller 300 000 Mark übersteigenden Restvermögen gefordert und hätte sie auch durchgeführt, wenn ich dazu die Zeit gehabt hätte. Seitdem bin ich auch bei dieser Forderung geblieben, die es ermöglichen würde, alle Kriegs- und Reparationslasten von den Staatskassen abzuwälzen und die Unzahl der heutigen den Verkehr drosselnden Steuern abzubauen. Wer aber schon 75% fordert, wird gewiß moralisch genügend verdorben sein, um auch 100% zu nehmen. Ich beschränkte meine Forderung auf die 75%, weil sie mir für den Zweck zu genügen schienen und weil der Rest nötig war, um das System der auf dem Privateigentum aufgebauten Wirtschaft aufrecht zu erhalten, also nicht aus moralischen Bedenken, sondern aus den gleichen Gründen, warum wir heute die 100% Fürstenenteignung fordern, aus politischen, aus Zweckmäßigkeitsgründen. Auch ganz zu Anfang, als ich mich mit der politischen Formulierung meiner wirtschaftlichen Reformen zu befassen begann, habe ich die völlige Enteignung, namentlich die der Großgrundbesitzer, in den Kreis meiner Betrachtungen gezogen. Zweckmäßigkeitsgründe bewogen mich damals, eine volle Entschädigung bei der Enteignung der Grundbesitzer vorzuschlagen. Das war etwa 15 Jahre vor Kriegsausbruch. Die Vermögensabgabe, die ich dann 1919 in München forderte, steht mit dieser ursprünglichen Stellungnahme zur Enteignungsfrage in keinem Widerspruch, da es sich in München nicht um eine Enteignung zugunsten der Enterbten handelte, sondern nur um eine Konsolidierung der auf dem deutschen Kapital ruhenden Kriegs- und Reparationslasten. Die 75% Vermögensabgabe hätte die deutschen Kapitalgegenstände, in erster Linie auch die Sparkassen-

einlagen und die mündelsicheren Papiere weniger entwertet, als wie es die direkten und indirekten Steuern, wozu auch die Inflation zu rechnen ist, später getan haben, ohne aber die Finanzen des Reiches von den Kriegslasten zu befreien. Solche Vermögensabgaben für rein fiskalische Zwecke müssen gesondert betrachtet werden von den etwaig zu fordernden Enteignungen zur Förderung der physiokratischen Ziele. Sie haben einen ganz anderen Zweck und ihre Erwähnung gehört auch nur darum hierher, um zu verhüten, daß man beide Dinge verwechsle. Die Vermögensabgabe, die ich in München forderte, hätte auch ein kapitalistischer Finanzminister im Interesse der Kapitalisten gefordert, wenn er intelligent genug gewesen wäre, die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu überschauen. In München sah ich meine Aufgabe darin, den kapitalistischen Betrieb zunächst von den Wunden des Krieges zu kurieren, um ihn dann der physiokratischen Entwicklung zu überantworten, etwa so, wie man einen bei der Verhaftung verwundeten Verbrecher zunächst sorgfältig heilt, um ihm dann den Kopf abzuschlagen.

Kurz vor der Münchener Episode hatte Blumenthal in Berlin seinen bekannten Aufteilungsplan veröffentlicht, wonach eine allgemeine Enteignung zum Zweck einer allgemeinen, gleichen Verteilung aller Vermögensgegenstände gefordert wurde. Ich habe ihm damals bei den Korrekturbogen geholfen, auch einige praktische Abänderungsvorschläge gemacht, doch war ich entschieden gegen die Veröffentlichung. Blumenthal war aus politischen Gründen für die Veröffentlichung, ich aus gleichen Gründen dagegen. Wir konnten uns nicht einigen. Ich sah wohl die Möglichkeit, mit solcher Forderung schnell eine große Masse des Volkes zur Tat zu sammeln, mir schien es aber ein Ding der Unmöglichkeit, eine solche Masse zu solchem Zwecke zusammengeballter Menschen in die physiokratische Ordnung einzuführen. Blumenthal schien in dieser Hinsicht weniger pessimistisch, doch hat er in der Folge die Propaganda für seinen Plan eingestellt.

Man kann den Plan der Aufteilung von vielen Gesichtspunkten aus befürworten und von vielen Gesichtspunkten aus bekämpfen. Um einen Überblick zu gewinnen, der uns zu einer entschiedenen Stellungnahme befähigen kann, ist es nötig, die

Gedanken systematisch zu ordnen und zu sieben. Bei meinen Besprechungen mit Blumenthal war es mir nicht möglich gewesen, meine Bedenken in solcher systematischen Ordnung vorzutragen, weshalb ihnen wohl Blumenthal gegenüber die durchschlagende Kraft abging. Diese Arbeit, für die ich damals keine Zeit hatte, habe ich nachgeholt und will ich in folgendem ausführen, warum ich die Forderung einer entschädigungslosen Enteignung und Neuverteilung ablehne, warum ich sie für kontraproduzent und darüber hinaus für gefährlich halte für die Verwirklichung unserer Ziele.

Gleich zu Anfang sei hier erwähnt, daß für uns die Enteignung nicht gleichbedeutend mit Konfiskation, Verstaatlichung oder Kommunistisierung sein kann. Die Enteignung für kommunistische Zwecke, wie man sie in Rußland plante und zum Teil ausgeführt hatte, ist eine uralte kommunistische Forderung, wie sie schon Christus seinen Jüngern gegenüber vertrat. Aber die Enteignung, wie sie Blumenthal forderte zum Zweck einer neuen Verteilung, kann man als eine völlig neue, noch niemals ausführlich bearbeitete Forderung bezeichnen. Wir müssen nämlich beachten, daß es sich hier nicht um eine Neuaufteilung des Bodens, denn dieser soll Gemeineigentum bleiben, sondern um eine Neuaufteilung der beweglichen Habe, der Wohnungen und der Produktionsmittel einer in voller Entwicklung befindlichen arbeitsteiligen Wirtschaft handelt. Der Blumenthalsche Vorschlag lief darauf hinaus, das ganze deutsche Reich in unzählige, kleine und große Aktiengesellschaften zu verwandeln und die Aktien dieser Gesellschaften gleichmäßig auf alle zu verteilen. Der Plan erscheint auf den ersten Blick durchaus ausführbar. Bedenkt man, daß unsere größten Industrien auf dieser finanziellen Grundlage arbeiten, daß das Eigentumsrecht bei den meisten Mietshäusern und landwirtschaftlichen Betrieben verteilt ist auf die Inhaber der Hypotheken und Pfandbriefe, so liegt ja die Frage nahe, warum ein System, das sich in solchem Umfang bewährt hat, nicht restlos für die ganze Wirtschaft durchgeführt werden könnte. Namentlich für das Hauptstück des deutschen Kapitals, das Gebäudekapital, wäre eine solche Aktienwirtschaft sehr wohl denkbar, weil das Gebäudekapital das am leichtesten zu verwaltende Kapital ist. In dieser

Formulierung des Gedankens einer allgemeinen Enteignung sah ich also keine praktische Schwierigkeit für die Ausführung des Blumenthalschen Vorschlages. Die Praxis der Aufteilung eines Berliner Wohnhauses z. B. hätte man sich etwa wie folgt vorzustellen gehabt: Das Haus wäre nach den Baukosten und seinem baulichen Zustand auf etwa 100 000 Mark geschätzt worden und der auf den Kopf jedes Einwohners des deutschen Reiches entfallende Teil des deutschen Kapitals sei mit 10 000 Mark berechnet worden. Dann hätte man das in Rede stehende Haus in 100 Aktien von je 1000 Mark aufgeteilt und diese Aktien Liebhabern a conto ihrer Forderung von 10 000 Mark ausgehändigt. Liebhaber für solche Hausaktien wären wahrscheinlich ähnliche Personen gewesen, die heute eine Vorliebe für Häuser als Kapitalanlage haben, meistens Leute, die nicht viel von Wirtschaft und Börse verstehen und lieber, wie der Börsenausdruck dafür ist, gut schlafen als gut essen. Mit der Übernahme der Aktie wird der Inhaber Mitbesitzer des Hauses und ihm fällt die Aufgabe zu, das Haus zu verwalten und mit den Mietern zu verhandeln. Auch der blindeste Gegner der Aufteilung wird zugeben, daß in diesem Blumenthalschen Vorschlag, soweit es sich um das Gebäudekapital und um die Technik der Aufteilung handelt, keine praktischen Schwierigkeiten liegen, die die Durchführung schwierig oder gar unmöglich machen könnten. Hier sei noch erwähnt, daß der schwierigste Punkt beim Kauf eines Hauses heute in der Einschätzung des Bodens liegt, auf dem das Haus steht. Da aber bei der Blumenthalschen Aufteilung der Boden Eigentum des Volksganzen bleibt, so wäre das Problem noch um ein Bedeutendes dadurch einfacher geworden. Schon etwas schwieriger ist die Praxis der Aufteilung bei bäuerlichem Besitz. Bei den Kleinbauern, deren Vermögen nach Abzug des Bodens oft kaum an den oben genannten Aufteilungsanteil heranreichen mag, wäre dem Bauern sein Eigentum als sein Anteil ausgeliefert worden, mit Ausnahme des Bodens, der ihm enteignet worden wäre. Dafür hätte seine Frau die Mutterrente bezogen. Bei den Großbesitzungen, die nicht gleich hätten parzelliert werden können, hätte man den Knechten, sofern sie damit einverstanden waren, Aktien des Betriebes als Anteil ausgehändigt und

ihnen dann die Sorge der Wirtschaft überlassen.

Bei denjenigen Großbesitzungen, die ohne ernstliche Betriebsstörungen aufgeteilt werden können, können die Bodenparzellen den in der Nachbarschaft ansässigen Bauern verpachtet und das eingehende Geld der Mutterrente zugeführt werden. Das lebende und tote Inventar wäre denselben Bauern verkauft worden und das hierfür eingehende Geld hätte man denjenigen Anteilsberechtigten ausgehändigt, die ihren Anteil in bar vorziehen. Die Herrenhäuser, sofern dafür keine Verwendung gefunden worden wäre, hätte man auf Abbruch den Bauern verkauft, die nun mit den neu gepachteten Parzellen ihre Betriebe vergrößern müssen und dazu neue Ställe und Scheunen brauchen. Die für den Großbetrieb bestimmten Maschinen hätten die Bauern für genossenschaftliche Zwecke erwerben können. Das alles ist verhältnismäßig noch sehr einfach und bietet, sofern die revolutionäre Regierung, die solche Neuverteilung vornimmt, über das zuverlässige Personal verfügt, gewiß keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Wer das Problem hier als Pessimist betrachtet, wird sagen, daß es daran scheitern muß, daß die zuverlässigen Personen zur Aufteilung fehlen, daß die Mehrzahl sich bestechen lassen wird und daß dann die ganze Sache an der allgemeinen Unzufriedenheit scheitern muß. Außerdem würde eine solche willkürliche und allgemeine neue Aufteilung den Bebauungsplan der meisten Bauern stören und für eine ganze Reihe von Jahren Mindererträge zeitigen. Weiter sagt der Kritiker, daß der Kleinbetrieb dem Großbetrieb gegenüber nur in Bezug auf die Viehhaltung Vorzüge habe. Woher aber plötzlich so viel Vieh für die zu Kleinbetrieben aufgeteilten Großbesitzungen auftreiben? Es sind völlig neue Einrichtungen zu treffen, die ein in die Milliarden gehendes neues Kapital erfordern. Und so lange dieses Kapital nicht zur Stelle ist, wird die Aufteilung der ganzen Bevölkerung eher Nachteile als Vorteile bringen. Der Optimist dagegen, der diese Dinge überschaut, wird sagen: Es gehören zur Aufteilung durchaus nicht so viele zuverlässige Personen, als wie es uns auf den ersten Blick vorkommen mag. Die Aufteilung braucht durchaus nicht im ganzen Reich zu gleicher Zeit zu erfolgen. Es kann auch nacheinander geschehen. Eine

Gemeinde, ein Kreis, ein Regierungsbezirk und eine Provinz nach der andern. Dann schafft man sich einen Stamm von einigen Tausend zuverlässigen Personen, die von Dorf zu Dorf ziehen und so das ganze Reich in wenig Jahren ganz aufteilen. Die Erfahrung und Autorität, die diese unbestechlichen Männer mit der Zeit sammeln werden, wird es ihnen ermöglichen, mit einem Blick die Situation zu überschauen und die Aufteilung zu allseitiger Zufriedenheit zu bewerkstelligen. Hierzu will ich hier erwähnen, daß in den Besprechungen, die ich hierüber mit Blumenthal hatte, er mehr den optimistischen, ich mehr den pessimistischen Standpunkt einnahm. Blumenthal legte besonderes Gewicht auf die durch die allgemeine Aufteilung gehobene Stimmung der Volksmassen, die die praktische Arbeit der Aufteilung bedeutend erleichtern mußte. Ich sah in der Borniertheit, Engstirnigkeit, in der Habgier, Kurzsichtigkeit, Rohheit der bäuerlichen Bevölkerung Deutschlands, in der Rechthaberei und Prozeßsucht (man denke hier an die berühmten Prozesse wegen der Feldraine) den Stein des Anstoßes, an dem die Geschichte scheitern würde. Mir scheint noch heute die Mehrzahl der auf den Gütern aufgewachsenen Knechte nach jeder Richtung unfähig zu sein, selbständig mit Erfolg zu wirtschaften. Es kam hinzu, daß dieser Aufteilungsplan in die Zeit nach dem Krieg fiel, wo es darauf ankam, alles auf eine möglichst rationelle Produktion einzustellen, um sofort Höchsterträge für die halbverhungerte Gesellschaft zu sichern. Das aber kann man nur, indem man zunächst alles läßt, wie es ist, denn jede Änderung in der Verteilung des Bodens bedeutet eine Störung des Bebauungsplanes und damit auch, zunächst wenigstens, verminderte Erträge. Heute, wo wieder Schiffe zur Stelle sind, um die Hilfe des Weltmarktes auszunutzen, würden die durch eine revolutionäre Aufteilung des Bodens bedingten Mindererträge nicht mehr so hoch in Rechnung zu stellen sein. Auf alle Fälle muß aber dieser Umstand bei jeder Neuordnung auf dem Land in Rechnung gezogen werden. Man darf nicht vergessen, daß das Volk nur dann zur Revolution steht, wenn sich sofort eine Besserung der Lebenshaltung bemerkbar macht, daß umgekehrt jede Verschlimmerung die Reaktion stärkt. Darum werden wir auch, sobald wir soweit

erstarkt sein werden, um den Umsturz zu wagen, einen Plan ausarbeiten müssen, wonach die Aufteilung der Rittergüter erfolgen soll. Meiner Ansicht nach dürfte eine solche Aufteilung wenigstens einen Zeitraum von 10 Jahren in Anspruch nehmen, wenn man die Verproviantierung und damit die Revolution sichern will.

Neben der Aufteilung in bäuerliche Kleinbetriebe wurde von Blumenthal und mir auch die genossenschaftliche Bewirtschaftung der Rittergüter in Betracht gezogen. Hier waren wir, wie ich mich zu erinnern glaube, beide gleichmäßig pessimistisch. Zum Genossenschaftswesen gehört vor allen Dingen, genau wie zum kommunistischen Betrieb ein von Herzensgüte, von Verständnis für die menschlichen Schwächen, von Hilfsbereitschaft triefender Mensch, ein Typus, den die Freiwirtschaft sicher einmal in größerer Zahl züchten wird, den aber die kapitalistische Wirtschaft so gut wie ausgerottet hat. Ich glaube, daß es heute im ganzen deutschen Reich nicht einmal vorkommt, daß zwei oder mehrere Bauern den Plan erörtern, ihre Betriebe zusammenzulegen, um die so zum Großbetrieb gewordene Wirtschaft genossenschaftlich fortzuführen, nicht ein einziges mal, obschon der Gedanke doch naheliegt und rein technisch große Vorteile bietet. Diese aus der Knechtschaft hervorgegangenen, in ihr gezüchteten Bauern sind nach allen Richtungen hin unfähig, als Genossen zu arbeiten, und es werden sicher Generationen vergehen, ehe es in dieser Beziehung anders wird. Wir können ja immerhin Versuche machen, wie man auch schon solche Versuche in der Industrie gemacht hat. Aber auf den Erfolg solcher Versuche können wir nicht bauen, um etwa nach der Revolution die Rittergüter ohne weiteres an die Knechtschaft auszuliefern. Diese Bande würde in den meisten Fällen das Inventar des Gutes, die fetten Schafe, die trächtigen Rinder und Schweine in Orgien verzehren und nach wenigen Jahren aus Hunger sich gegenseitig abmurksen. Dann würde eine Hungernot in Deutschland nach der militärischen, reaktionären Diktatur rufen und den physiokratischen Träumen für lange Zeit ein Ende machen. Vor den befreiten Knechten müssen wir uns eben so hüten wie vor den Rittern selber. Um aus dem Knecht einen Menschen zu machen, muß er erst durch die Schule des Eigentums, der Selbst-

ständigkeit, der Selbstverantwortung gehen, dann, vielleicht, wenn er nicht schon im Kern verdorben wurde, wird die Zeit kommen, wo sich größere Gruppen von Menschen finden werden, die geistig auf der Höhe stehen, um genossenschaftlich zu wirtschaften. Ich persönlich glaube nicht, daß es je viele sein werden, aber dennoch bin ich der Meinung, daß es ein Gewinn für alle sein wird, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen den freiwilligen Zusammenschluß aller kommunistisch-genossenschaftlich gesinnten Menschen ermöglichen. Ich sehe aber in der Genossenschaft kein Problem der Revolution, sondern ein solches der freien Entwicklung. Der Erfolg und die Sicherung der Revolution fordern im Gegenteil, daß wir nicht das Geringste von den Genossenschaften erwarten, oder gar Einrichtungen für die genossenschaftliche Produktion treffen. Die Revolution schwächt auf alle Fälle das Sicherheitsgefühl der Menschen und mit dem Sicherheitsgefühl wird auch das feinere Empfinden, das für den genossenschaftlichen Betrieb so nötig ist, geschwächt, genau wie es der Krieg tut. Durch den Krieg und die Revolution zum Kommunismus und zur Genossenschaft streben, ist vollkommener Unsinn. Rau ist das Handwerk der Revolution und des Krieges und rau wird in ihr die Natur des Menschen. In der Selbstverantwortung, in der Selbständigkeit der Wirtschaft, im Eigentumsbegriff und namentlich im Wohlstand verfeinert sich dann allmählich der Mensch und befähigt ihn allmählich zu höheren Kultur- und Gesellschaftsformen. Die russische Revolution glaubte in dieser Beziehung den umgekehrten Weg einschlagen zu können. Ohne den Erfolg abzuwarten, glaube ich ihr in dieser Beziehung ein vollkommenes Fiasko prophezeihen zu müssen. Und ich bin auch überzeugt, daß, wenn wir Meßwerkzeuge für diese Dinge hätten, wir jetzt schon in den führenden Köpfen der Revolution eher eine Verrohung als eine Verfeinerung des Gemütes würden nachweisen können.

Ich glaube nicht, daß ich mit diesen Ausführungen von meinem Thema abgewichen bin. Der Aufteilungsplan muß sich unbedingt auch in der Natur des Menschen orientieren und darum gehört auch eine Einschätzung des Menschen in seiner allgemeinen Eignung als Kommunist hierher. Wer das nicht tut, der baut auf Sand, der setzt sich den

allergrößten Enttäuschungen aus. Sagt uns die vorurteilslose Betrachtung des aus der kapitalistischen Zucht hervorgegangenen Menschen, daß wir mit diesem Subjekt keine Genossenschaften, keinen Kommunismus betreiben können, nun so müssen wir auch folgerichtig den Aufteilungsplan ganz auf die individualistische Wirtschaft aufbauen, und das stellt uns dann vor Probleme, an die natürlich kein Kommunist und Revolutionär je dachte noch denken konnte.

Der Kommunismus stellt die Wirtschaft unter eine Behörde, die nach einem allgemeinen Produktionsplan die Anordnungen trifft, denen sich die Genossen zu unterwerfen haben, nolens volens.

Ich gebrauche hier das Wort *unterwerfen* mit Absicht, nicht mit hämischer Absicht, wohl aber, um meine Ansicht auszudrücken, daß in einer kommunistischen Wirtschaft, die mit Menschen ohne kommunistischen Geist betrieben werden muß, nur der Terror die äußere Ordnung wahren kann. Diese zentralistische Leitung würde, sofern sich die Genossen unterwerfen, gewisse Vorteile bieten. In solcher Ordnung könnte, rein theoretisch betrachtet, jeder Idiot von den kommunistischen Behörden an seinen Platz gesetzt werden und aus einer Summe von $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Idioten könnte noch ein erkleckliches Arbeitsprodukt herausgeholt werden. In mancher Beziehung würde solcher autoritäre Kommunismus noch am besten mit willenlosen Vollidioten betrieben werden können. Mit Menschen aber, die an Wohlstand gewöhnt waren, die eine gewisse Bildung mitbringen und individualistisch orientiert sind, also mit Vollmenschen, wäre mit solchem autoritären Kommunismus absolut nichts zu machen und es bliebe, sofern man die Menschen dem Kommunismus zu opfern gewillt ist, tatsächlich nichts anderes übrig, als solche Vollmenschen als Fremdkörper totzuschlagen. Nach dem Begräbnis hätten dann die kommunistischen Behörden Ruhe und freie Bahn. Die Idioten würden dann weiter Idioten züchten und die kommunistischen Behörden würden solche Idiotenzucht sicherlich mit vieler Liebe fördern, genau wie das die religiösen Organisationen bis heute immer gern getan haben. Ist die Kirche, ist die Staatsschule heute denn etwas anderes als ein Institut zur Idiotisierung der Massen? Warum das? Weil man Idioten leicht lenken kann,

weil die Behörden hier vor revolutionären Bestrebungen sicher sind. Auf alle Fälle, einen autoritären, kommunistischen *Idiotenstaat* kann ich mir sehr gut vorstellen, um so schwerer dagegen einen freiheitlich kommunistischen Staat aus geistig normalen Menschen.

Nun übernimmt die physiokratische Revolution die Menschen, wie sie die kapitalistische Ordnung seit 6000 Jahren gezüchtet hat, also mit dem ganzen Troß von minderwertigen Menschen, die als Knechte geboren wurden und niemals selbständig das geringste zu disponieren hatten, die also immer nach Befehl handelten. Und diese Menschen sollen selbstverständlich nach dem Vorschlag der Aufteilung in allen Beziehungen, also auch in Beziehung zur Größe des auf sie entfallenden Anteils den anderen gleichgestellt werden.

Was geschieht nun mit dem auf diese unselbständigen, hilflosen Menschen entfallenden Anteil des aufgeteilten allgemeinen Vermögens? Wie hoch muß man die Zahl der hier in Betracht kommenden Menschen einschätzen? Man beachte, daß allen großjährigen Einwohnern des Landes, Männern wie Frauen, ohne Ausnahme der auf sie entfallende Teil des Vermögens in irgend einer Form ausgehändigt wird, daß in der physiokratischen Ordnung niemand sich für das Wohlergehen der anderen verantwortlich fühlt, daß also keinerlei Einschränkung über das Verfügungsrecht geduldet wird, daß jeder nach freiem Ermessen seinen Anteil verwalten wird und verwalten muß. Wenn nun die Zahl der Personen, die wir als unfähig bezeichnen, ein Vermögen zu verwalten, etwa ein Drittel oder ein Viertel der Masse ausmachen würde, dann käme mit der Aufteilung ein Vermögen von etwa 100 Milliarden Mark in die Hände von Personen, von denen wir annehmen müssen, daß sie unfähig sind, solches Vermögen sachgemäß zu verwalten, von denen wir also annehmen, daß sie es über kurz oder lang verwirtschaften werden, daß also ein Vermögen von 100 Milliarden aus dem deutschen Reich verschwinden wird, wenn es den zahllosen Bauernfängern nicht gelingt, den Hilflosen das Vermögen noch rechtzeitig zu stehlen.

Da wir als Physiokraten die Beseitigung des Kapitalismus nicht durch Gesetze und Verfügungen erstreben, sondern sie von der freien Konkurrenz,

von der hemmungslosen Produktion erwarten, letzten Endes also daher, daß das Angebot von Kapital über die Nachfrage hinauswachsen wird, so müssen wir uns sagen, daß alles, was die Kapitalbildung hemmt, auch den Zeitpunkt hinauschiebt, wo wir triumphierend sagen können: Wir sind jetzt soweit; das Kapital haben wir durch unseren Fleiß, durch unsere Sparsamkeit, durch den Geist, den wir bei der Produktion verwendeten, also durch die Intelligenz, durch das Gegenteil von dem, was wir Idiotismus nennen, in ein wahres Meer verwandelt, in das die Nachfrage nach Kapital und infolge dessen auch der Zins und der Kapitalismus untertauchten und ertrunken sind. Und so gewinnt denn für uns die Frage, ob die Aufteilung, wie sie vorgeschlagen worden ist, ein wirksames Mittel ist zur Förderung unserer Ziele, wenn solche Aufteilung von Erscheinungen begleitet sein dürfte wie die, von denen ich eben sprach?, d. h. wenn wir von der Aufteilung Minderung statt Mehrung des Kapitalangebots erwarten müssen? *Blumenthal* meinte, daß ich hier entschieden schwarzseherisch die Dinge betrachte. Mag sein, aber ich bin dafür, daß wir sie mit offenen Augen betrachten, ehe wir irgend etwas in dieser Beziehung unternehmen. Wir müssen die Frage nach allen Seiten beleuchten: *Was geschieht mit dem Kapital, das die Aufteilung von einem Tag zum anderen in die Hände ökonomisch unmündiger Menschen spielen wird?* Wer die Revolution wirklich will, d. h. das Ziel der Revolution und nicht nur das Schauspiel der Revolution, die Knallerei, das Massengrab und die schönen Begräbnisreden, der wird die Sicherung der revolutionären Ziele selbstverständlich an erster Stelle nennen. Und der wird dann auch sagen: Wir werden nie schwarz genug sehen können. Die Sicherheit, daß wir auf den ersten, wohldurchdachten Stoß das Ziel der Revolution erreichen, das ist es, was wir vor allem wollen. Wir haben jetzt seit 6000 Jahren den Kapitalismus ertragen. Soll uns es da auf einige Jahre mehr ankommen? Was ein Fehlschlag bedeuten würde, das können wir ahnen. Mit uns würde man wenig Federlesens machen. Nicht wegen des Freigeldes, denn hier haben wir es mit weniger rohen Gegnern zu tun (darum auch umso verschlagener), aber wegen Frei-

land. Wie Thomas Münzer im Bauernkrieg, so würden wir alle gerädert werden, die ganze Bewegung mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, wenn unsere Revolution fehlschlägt.

Die erste Frage, die alle die stellen werden, denen durch die Revolution Eigentum in die Hände gespielt wird, ist die Frage nach der Sicherheit dieses Eigentums. Und die Sicherheit dieses Eigentums wird ausschließlich von der Sicherheit der Revolution abhängen. Wie jetzt bei der Enteignung der Fürsten diese durch ihre Lakaien verkünden lassen, daß die Enteignung Raub ist, daß bei einer eventuellen dynastischen Restauration die Erwerber solchen fürstlichen Gutes als Diebe und Hehler verfolgt werden, so werden die von der allgemeinen Enteignung Betroffenen es laut verkünden, daß alle diejenigen, die von der revolutionären Regierung Eigentum angenommen haben, kurzerhand als Bandenräuber gehängt werden. Nun stelle man sich vor, daß aus irgend einem Grunde das Vertrauen in die Revolution bei den Massen ins Schwanken geraten würde, würde es da nicht mit dem Eigentum heißen: rette sich, wer kann, was soviel heißt, daß die Anteilscheine massenhaft zum Verkauf angeboten und zu Schleuderpreisen losgeschlagen werden, was so viel dann auch heißt, daß so lange keine absolute Sicherheit über das Schicksal der Revolution herrscht, das Eigentumsrecht auch nicht besteht und die Aufteilung leeres Wort bleibt.

So denke ich, wird es gut sein, wenn ich die oben gestellte Frage, *was geschieht mit dem aufgeteilten Kapital*, zu beleuchten suche, denn wie ich zeigte, wird es von der Beantwortung dieser Frage wesentlich abhängen, ob wir die entschädigungslose allgemeine Enteignung als zielstrebiges Mittel betrachten und demnach in unser Programm aufnehmen können. Die Frage der allgemeinen Enteignung werden wir ja auch noch von anderen Seiten, namentlich von der propagandistischen Seite her betrachten müssen, aber diese Frage, die ich eben stellte, ist eine spezifisch physiokratische Frage und darum stelle ich sie auch in den Vordergrund. Für alle anderen Revolutionäre ist die gestellte Frage ohne Interesse, ja, niemand außer uns wird ihre Bedeutung begreifen. Aber für die Physiokraten ist sie direkt eine Lebensfrage.

Versetzen wir uns in Gedanken in das *volle Menschenleben*, wie wir es uns am Tage der Aufteilung vorzustellen haben. Ich werde Ihnen hier das Bild entrollen, wie ich es sehe. Ich werde die Bilder nummerieren, um eine Kritik zu erleichtern.

Nr. 1: In Deutschland werden 10% der Sterbefälle durch die Tuberkulose verursacht. Wir schließen daraus, daß 10% der Bevölkerung tuberkulös sind. Das sind 6 Millionen Menschen. Nun bitte schön: fragen Sie diese Menschen, was sie tun werden, wenn sie morgen durch die Vermögensaufteilung in den Besitz von Vermögensobjekten gelangen? Sie erraten ohne Schwierigkeit die Antwort, die auf solche Frage kommen wird: Zur Börse mit den Titeln dieser Vermögensobjekte, damit sie bestens für mich verkauft werden. Ich will mich mit dem Geld in Arosa, in Ägypten, in Leysin kurieren. Seit Jahren warte ich auf einen Glücksfall, der es mir ermöglicht, aus dieser proletarischen Wohnung, 3. Hof, drei Treppen rechts, in die reine Gebirgsluft zu flüchten. Jetzt bringt mir die Aufteilung die Mittel dazu. Hoch die Physiokraten. So wird es aus 6 Millionen Kehlen tönen. Und was würden wir nun solchen armen Teufeln als ehrliche Männer antworten müssen? Lieber Freund, würden wir sagen, das, was Du da sagst, sagen heute in Deutschland 6 Millionen Leidensgenossen. Nun überlege lieber, was geschehen wird, wenn morgen auf der Börse solche Flut von Verkaufsaufträgen eintrifft? Wegen Mangel an Nachfrage und bei dem gewaltigen Verkaufsandrang werden die Kurse der Anteilscheine zunächst einmal auf Null sinken. Ich verstehe, wird da der hoffnungsfreudige Kranke antworten, aber nach und nach wird sich dennoch Nachfrage zeigen. Und so geben sie bitte den Auftrag weiter, daß, sobald der Kurs der Anteilscheine auf 10% des nominellen Betrages gestiegen sein wird, der Schein losgeschlagen werden soll. Sie sehen, ich sterbe hier dahin und habe es eilig, sehr eilig, hier heraus zu kommen. Mit den 10% kann ich doch vielleicht mein Leben noch retten.

Ziehen wir aus diesem Beispiel die sozialpolitische Konsequenz: 10% der Bevölkerung erwarten mit fieberhafter Ungeduld den Tag, wo ihnen der Aufteilungsschein ausgehändigt wird, um diesen Schein sofort zu irgend einem Preis loszuschlagen. 10%

des aufgeteilten Vermögens geht so ohne nennenswerte Gegenleistung auf die anderen 90% über. Schon am Tage der Aufteilung haben wir bereits 10% eigentumslose Proletarier. Der Proletarisierungsprozeß hat am Tage der Revolution wieder begonnen.

Vielleicht wendet man hier ein, daß es nicht nötig sein würde, die Titel zu verkaufen, daß man sie auch auf der Bank lombardieren könnte und daß dann die 6 Millionen Kranken sich mit dem Darlehensgeld in Arosa kurieren könnten. Dann wäre der Verkaufsandrang auf der Börse weniger groß und der Kurs erheblich besser, als wie geschildert. Ganz recht. Der Andrang auf der Börse wird weniger groß sein, aber wird der Andrang dann nicht bei den Darlehensbanken in demselben Verhältnis wachsen? Und wird dann der Zinsfuß der Lombarddarlehen nicht ungefähr so hoch sein, wie der Kurs auf der Börse tief stand? Und wo wäre dann noch der Vorteil für die Kranken, die ungeduldig auf das Geld warten? In dem einen Fall gehört zum Verkauf ein Käufer mit Bargeld, und in dem anderen ein Darlehensgeber mit Bargeld.

Nun überlegen wir auch noch den Fall vom Standpunkt der Hoteliers in Arosa. Würden diese menschenfreundlichen Seelen nicht gleich bei Anmeldung solchen Massenbesuches Morgenluft wittern und den Tarif erhöhen, verdoppeln und verdreifachen; ja dies sogar als einzig gerechtes Abwehrmittel tun müssen? So daß die armen Schwindsüchtigen von zwei Seiten gleichzeitig ihres Patrimoniums beraubt würden und neue Aufteilungskonjunkturgünstlinge entstehen würden, die das durch die Aufteilung erstrebte Ziel der allgemeinen Gleichmacherei wieder verflüchtigen würden, gleich am Tage der Aufteilung.

Bild Nr. 2: An der Aufteilung ist jeder beteiligt. Selbstverständlich auch die Alten, die die Tage zählen, wo sie noch auf Erden wandeln, darunter manche, die diese wundervolle Erde aus Mangel an Reisegeld niemals kennen gelernt haben. Fragen wir nun die alten Insassen der Armenhäuser, die pensionierten Lehrer, die auf dem Altenteil hungernden alten Bauern, was sie mit dem ihnen zugeflogenen Anteilschein zu machen gedenken? Her mit dem Geld, werden sie sagen. Verkauft den Anteilschein. Ich habe mein ganzes Leben nichts

vom Leben gehabt, jetzt will ich die Gelegenheit benutzen und den Rest meiner wenigen Tage als grand seigneur verleben. Hoch die Physiokraten.

Der Erfolg ist dann der Gleiche, wie beim vorhergehenden Bild. Gewaltiger Andrang von Verkaufsaufträgen, zu einer Zeit, wo es so gut wie keine Käufer geben kann, Kurssturz.

Nun aber gibt es nicht nur Schwindsüchtige und Greise im Deutschen Reich, Menschen, die alles vom Verbrauch des Geldes, nichts von seinem Gebrauch in der Produktion erwarten, Menschen, die ihr Leben lang irgend einen Wunsch hegen, zu dessen Erfüllung nichts fehlte als bares Geld. Fragen wir die Leute, die auf der Lotterie spielen, was sie tun würden, falls ihnen ein Gewinn zufiele etwa in der Höhe des Aufteilungsscheines? Sie werden dann erfahren, in welchen Kreisen die Wünsche und Gedanken der Volksmassen sich bewegen. Ein Auto, ein Auto ruft gleich unisono eine ganze Schar. Eine kleine Villa mit Obstgarten, ruft ein anderer Schwarm. Eine Hochzeitsreise nach Norwegen, nach Italien und eine schöne Ausstattung antworten 100 000 Liebspärchen, die knapp das Alter der Mündigkeit erreicht haben. Und wir, sagen ebensoviele, wir wollen unseren Anteil beim Juwelier versilbern. Nein sagen dagegen eine Million braver Elternpaare: Wir haben außerordentlich intelligente Kinder (die Kinder braver Eltern sind immer außerordentlich intelligent), die jetzt in der Fabrik ihr Brot verdienen. Wir nehmen sie jetzt da heraus und schicken sie auf die Hochschule. Sie sollen studieren, Theologie, Medizin, Jura, Technik.

Ich will Sie nicht ermüden mit weiteren Beispielen. Die Antwort auf unsere Frage: was geschieht mit dem aufgeteilten Vermögen, haben Sie nun: ein sehr bedeutender Teil dieses Vermögens wandert auf die Börse, um liquidiert zu werden zur Befriedigung eines nur mit Bargeld zu deckenden Bedürfnisses. Was so viel heißt, daß dieser große Teil des Vermögens verschleudert wird und so ohne nennenswerte Gegenleistung in die Hände anderer wandert, wodurch die Ungleichheit der Vermögen sofort wieder hergestellt wird. Zu beachten ist dann auch wieder, daß solche Aufteilungsgewinnler sich ähnlich benehmen werden, wie die Kriegsgewinnler, die das mühelos gewonnene Geld verpraßten, oder über die Grenze

schafften und dies mit umso größerer Eile taten, als sie sich nicht ganz sicher im Besitze dieses Vermögens fühlten.

Einen Einwand, den ich gegen meine Darstellung erwarte, will ich gleich entkräften. Man wird mir vorhalten, daß der Kurssturz, den ich von der massenhaften Liquidation von Anteilscheinen ableite, durchaus nicht einzutreten braucht, indem man bei der Verteilung der Vermögensgegenstände auf die persönlichen Wünsche der Anteilberechtigten Rücksicht nimmt, so daß jeder schon das erhält, was er sich wünscht und nicht erst seinen Anteilschein zu verkaufen braucht, um sich das Gewünschte zu verschaffen. Denen, die Autos wollen, wird man aus den enteigneten Autobeständen das Auto geben, denen, die goldenes Geschmeide wünschen, wird man solches geben, denen, die eine Villa mit Obstgarten wollen, werden solche Villen aus den Beständen gegeben. Und schließlich den Schwindsüchtigen und den Hochzeitspärrchen, den Studenten, wird man aus den Barbeständen der Aufteilung das benötigte bare Geld aushändigen. So hat jeder gleich, was er braucht, und es wird nicht nötig, den Weg über die Börse dahin einzuschlagen.

Dieser Einwand übersieht, daß die kapitalistische Ordnung auf die vielen Wünsche, die sich wegen Mangel an Geld nicht in klingende Nachfrage auswirken konnte, keinerlei Rücksicht nahm, daß also die zur Befriedigung solcher Wünsche nötigen Dinge gar nicht produziert wurden und also bei der Aufteilung auch gar nicht vorhanden sein können. Der Kapitalist baute, solange es sich rentierte, Häuser für die Proletarier, aber er baute keine Hotels und Kurhäuser für die proletarischen Massen, weil er wußte, daß keine Nachfrage dafür bestand, so groß auch der Wunsch der Proletarier war, eine Hochzeitsreise nach Norwegen oder eine Kur in Ägypten zu machen. Und so ähnlich verhielt es sich mit allen Dingen, die der Proletarier seit den Tagen seiner Geburt auf seinem Wunschzettel stehen hat. Alles, was zur Befriedigung solcher Wünsche nötig wäre, man denke z. B. an die ungeheure Nachfrage nach besseren Wohnungen, die mit der Aufteilung entstehen wird, muß erst hergestellt werden und kann darum auch nicht bei der Aufteilung den Interessenten zugestellt werden. Alle solche Wünsche, über die die kapitalistische Wirt-

schaft glatt zur Tagesordnung ging, als ob sie Luft seien, können darum auch durch die Aufteilung nicht befriedigt werden und den Ungeduldigen wird der Kurs der zum Verkauf angebotenen Anteilscheine beweisen, daß sie nur nach und nach im Rahmen der Produktivkraft einer neu orientierten Industrie Befriedigung finden können. Die kapitalistische Mangelwirtschaft hat uns nicht nur auf dem Wege einer 6000 jährigen chronischen Arbeitslosigkeit ein Defizit an Realkapital hinterlassen, das in die hunderte von Milliarden geht (man denke hier an den ungeheuren Wohnungsmangel), sondern auch noch einen Bestand an unbefriedigten, heftigen Wünschen, der auch nur durch Aufwendung von Milliarden neu zu schaffender Güter befriedigt werden könnte. Ob und wie weit sie dann überhaupt befriedigt werden können, das wird davon abhängen, wie groß die Produktivkraft der physiokratischen Wirtschaftsordnung sein wird, welche Richtung die Interessen der Einzelnen der Produktion geben werden, d. h. ob die Massen nicht doch noch dringendere Bedürfnisse haben werden als Hochzeitsreisen und Autos.

Diese Betrachtung könnte nun manchen recht pessimistisch stimmen, deshalb halte ich es für nötig, gerade hier zu erwähnen, daß die Aufteilung auch einen recht ansehnlichen Aktivposten für die Befriedigung mancher Wünsche schaffen wird, und zwar der Posten, der den persönlichen Ausgaben unserer heutigen Rentner entspricht. Vor dem Kriege bezogen die Rentner ein Kapitaleinkommen von etwa 20 Milliarden Goldmark, von dem sie etwa $\frac{1}{3}$ für produktive Anlagen, den Rest von $\frac{2}{3}$, also rund 13 Milliarden Mark, für persönliche Bedürfnisse verwenden mochten. Mit der Aufteilung werden auch diese Einnahmen verteilt, sie kommen in einem entsprechend erhöhten Arbeitsertrag zum Vorschein. Auch der dauernde Vollbetrieb, in dem die physiokratische Wirtschaft stehen wird, sowie die mit dem Freigeld sich einstellenden Ersparnisse am Handelsprofit werden das Arbeitseinkommen mehren und manchen alten Wünschen die Mittel zur Befriedigung verschaffen. Aber alles das muß dynamisch, als Entwicklungsprodukt betrachtet werden. Die Aufteilung selbst liefert für die unmittelbaren Bedürfnisse so gut wie nichts.

Die Diskrepanz zwischen den bestehenden Wünschen und den Mitteln, sie zu befriedigen, bleibt bestehen. Ein gewaltiger Verkaufsandrang an der Börse von Anteilscheinen muß unter allen Umständen von der Aufteilung zu gewärtigen sein, mit allen von mir bezeichneten Folgen.

Bild Nr. 3: 1. Teilung Polens, 2. Teilung Polens und 3. Teilung Polens.

1. Aufteilung, 2. Aufteilung und 3. Aufteilung. So werden die sagen, die Bescheid wissen. Bei der ersten Teilung hat man mich erwischt. Bei der zweiten Teilung aber wird man mich nicht erwischen. Ich weiß, was ich tue. Meinen Anteilschein werde ich, so gut es geht, liquidieren und den Erlös ins Ausland verschieben, damit bei der zweiten Aufteilung, die wahrscheinlich bereits in den nächsten Jahren stattfinden dürfte, man bei mir nichts zu teilen findet. Dann erhalte ich zwar meinen Anteil wie alle anderen, brauche aber selber nicht zur Gesamtmasse beizutragen. Und diesen zweiten Anteilschein werde ich dann, in Erwartung der dritten Teilung Polens auch wieder ins Ausland verschieben.

Bin ich hier wieder zu den Schwarzsehern übergetreten? Was wird geschehen, wenn als Folge der beschriebenen Vorgänge das Kapital wieder nach wenigen Jahren den Händen der Massen entschwunden ist und sich bei einigen Kapitalisten zusammen gefunden hat? Werden die Enterbten sich da nicht der ersten Aufteilung entsinnen und sagen: Wir sind schmäzlich betrogen worden, es ist bei der Aufteilung nicht ehrlich zugegangen. Beweis die Tatsache, daß wir nichts haben, daß die anderen wieder alles haben. Wir fordern eine neue Aufteilung. Ganz gewiß wird es so kommen. Der zweiten Aufteilung wird dann die dritte folgen usw. und das Spiel wird sich so lange wiederholen, bis daß niemand noch an die Sicherheit des Eigentums glaubt und dann die Arbeit endgültig niedergelegt wird, und die militärische Diktatur die Physiokraten mit der Physiokratie vertreibt und die alte bewährte Ordnung wieder herstellt.

Die hier berührte Entwicklungsmöglichkeit erinnert mich daran, daß ich noch den Einfluß der Vermögensaufteilung auf den Wechselkurs (Valuta) nicht vergessen darf.

Die Entwicklung des *physiokratischen Kampfbundes* zu einem Machtfaktor allerersten

Ranges (und das erwarten wir doch alle), die Aussicht, daß dieser Kampfbund die Macht an sich reißen kann, der Umstand, daß dieser Kampfbund die allgemeine Vermögensaufteilung auf dem Programm hat, wird natürlich von denen, die etwas haben, nicht unbeachtet gelassen werden. Man wird sich rechtzeitig auf solche Aufteilung einrichten, wie sich die vorausschauenden deutschen Kapitalisten seit Kriegsende durch die Kapitalflucht auf die kommende, für die Sanierung der Reichsfinanzen nicht zu umgehende Vermögensabgabe einzurichten verstanden. Diese Kapitalflucht drückt heute unausgesetzt auf den Wechselkurs, der seit der sog. Stabilisierung nur durch Auslandsanleihen gehalten werden kann. Eine andere Folge dieser Kapitalflucht ist der in Deutschland außerordentlich hohe Zinsfuß und der durch das deutsche Kapital im Ausland niedrig gehaltene Zinsfuß. Der hohe Zinsfuß hier und der verhältnismäßig niedrige Zinsfuß dort ist dann wieder der Grund, warum den deutschen Industriellen der Wettbewerb auf dem Weltmarkt erschwert ist, was Arbeitslosigkeit zur Folge hat.

Dieselben Dinge, nur in mächtig vergrößerter Proportion, werden sich zeigen, wenn die politische Entwicklung den Kampfbund hochzubringen verspricht. Während wir dem Volk prophezeien, daß wir mit unseren Reformen den Zinsfuß senken werden, wird umgekehrt das mit der Aufteilung einsetzende Unsicherheitsgefühl der Kapitalflucht rufen und statt zu sinken wird umgekehrt der Zinsfuß steigen. Dann wird die kapitalistisch orientierte Presse triumphieren: Fiasko, Fiasko, wird es heißen. Der praktische Beweis ist jetzt erbracht, daß die physiokratische Kapitaltheorie falsch ist. Zurück, zurück zur Goldwährung. Und alle die wegen der Aufteilung gegen uns Eingenommenen werden sich zusammenschließen, um uns zu stürzen, und diesen werden sich die Kommunisten anschließen, teils weil die von uns prophezeite Besserung der Verhältnisse, durch Freigeld und Freiland, trotz der Aufteilung durchaus nicht den phantastischen Erwartungen der Masse entsprach und sich auch in der kurzen Zeit nicht auswirken konnte, teils auch aus ideologischen Gründen, weil die immerhin etwas frostige Physiokratie mit der phantastisch aufgebauchten kommunistisch-christlichen Religion wenig

stens in der Phraseologie und damit bei den Massen nicht konkurrieren kann.

Wenn sich die Physiokraten in der Macht erhalten wollen, dann müssen sie, wie jeder andere Revolutionär, der seine Arbeit nicht verpuffen lassen will, für schnelle und merkbare allgemeine Besserung der Verhältnisse sorgen. Solche Besserung kann aber nur der Hochbetrieb der Wirtschaft bringen. Denen, die durch die Aufteilung der größere Teil des Vermögens genommen wurde, müssen wir schon recht ansehnliche Besserung der Verhältnisse unter die Nase reiben können, ehe sie sich zum Bekenntnis bequemen werden, daß es ihnen jetzt trotz des Verlustes des Vermögens und dank der gesünderen wirtschaftlichen Grundlagen eigentlich doch besser geht als früher. Und allen anderen, den Proletariern, denen wir in der Propaganda schon viel versprochen, um sie für unsere Ziele zu begeistern, denen müssen wir das Versprechen einlösen und zwar mit der Schnelligkeit, die der Ungeduld entspricht, die jeder entwickelt, der etwas von einem Ereignis erwartet, dessen Dynamik er nicht kapiert. Von dem Vermögen, das die Aufteilung den gewesenen Proletariern gebracht hat, wird man in kurzer Zeit nicht mehr reden. Es ist zu wenig, was eine solche Aufteilung an sich bedeutet, besonders, wenn man seinen Anteil nicht richtig zu verwalten versteht. Als Maßstab für die Besserung der Verhältnisse werden die Proletarier nicht ihren von der Aufteilung herrührenden Besitz ansehen, sondern ihr Arbeitseinkommen. Hat sich das seit der Revolution ständig und merklich gebessert, dann werden sie geduldig auf die weitere Besserung hoffen und darum auch treu zur Revolution stehen. Anderenfalls schwenken sie ab, *irgendwohin*.

Und gerade diese für unseren Erfolg so nötige schnell und sicher einsetzende allgemeine Besserung des Arbeitseinkommens wird durch die Aufteilung gestört. Niemand wird vernünftigerweise hoffen können, daß gleich nach einem Ereignis von der Bedeutung einer Aufteilung die Wirtschaft, die deutsche Weltwirtschaft, sich wieder in Vollbetrieb setzen wird, als ob nichts neues passiert sei. Im Gegenteil, lange vor der Aufteilung und lange nach dieser Eisenbartkur wird es im deutschen Reich un

gefähr aussehen wie in einem Tollhaus, wo die allgemeine Tobsucht ausgebrochen ist, ähnlich wie in Berlin zur Zeit der Inflation. Der deutsche Spießbürger hat acht Jahre gebraucht, um sich einigermaßen in der Inflation zurechtzufinden. Die Behörden mit Einschluß der Gerichte haben sich heute noch nicht zurechtgefunden und werden es vielleicht nie erlernen. Und ich glaube, daß die Mehrzahl der Personen, die durch die Aufteilung zum ersten mal im Leben in den Besitz von Eigentum geraten, sich ebenso dumm benehmen werden wie die deutschen Richter sich dumm der Inflation gegenüber benommen haben. Sie werden Monate, Jahre brauchen, ehe sie das ihnen zugeteilte Vermögen wieder produktiv arbeiten lassen. In der Zwischenzeit wird aber die Industrie still liegen, und woher sollen dann die Mittel für eine Besserung des Arbeitseinkommens kommen? Und woher soll das Kapital kommen, das den Zinsfuß drücken, d. h. unser Hauptversprechen einlösen soll, wenn der Betrieb nicht zum Hochbetrieb wird?

Wer alle diese Dinge sich vor Augen hält und alles richtig abwägt, der wird wohl seine Antwort auf unsere Frage: nähert uns die Vermögensaufteilung dem von uns erstrebten Zustand der Parität von Nachfrage und Angebot auf dem Kapitalmarkt, gefunden haben. Wer aber noch schwankend sein sollte, den bitte ich, sich in die Verhältnisse hineinzudenken, die die Aufteilung in der Industrie, namentlich in der heute schon von Aktiengesellschaften betriebenen Schwerindustrie schaffen würde.

Wie es heute da zugeht, das wissen wir. Die, die die Mehrheit der Aktien besitzen, die leiten durch die Ernennung des Direktoriums das Unternehmen. Die wissen zumeist auch Bescheid. Die studieren die Verhältnisse auf dem Markt. Sie suchen sich rechtzeitig den Änderungen anzupassen. Sie sorgen dafür, daß unfähige Beamte durch bessere ersetzt werden und machen auch Stichproben, ob bei den Einkäufen der Rohstoffe oder bei den Verkäufen der Fabrikate die Angestellten, die Direktoren sich nicht zum Schaden der Dividenden bestechen lassen. Wo Waren durch Angestellte gekauft und verkauft werden, da wird, sofern es an wirksamer ununterbrochener Kontrolle fehlt, aller Regel nach gestohlen. Bismarck benutzte seinen Einfluß auf die politischen

Ereignisse zu Börsenspekulationen. Ein anderer hoher Beamter im auswärtigen Amt, der kürzlich verstorbene von Holstein, ahmte Bismarck getreu nach und hunderttausende tun dasselbe in der ganzen Welt. Ein anständiger Mensch verwaltet ohne Kontrolle kein öffentliches Geld.

Wie wird es nun nach der Aufteilung mit solcher Kontrolle? Ein Untemehmen von 10 Millionen Kapital hätte, wenn bei der Aufteilung auf den Kopf 10 000 Mark entfallen, mit 1000 Aktionären zu rechnen, vorausgesetzt, daß sich diese Personen damit einverstanden erklären, daß ihr Vermögensanteil auf eine einzige Karte, hier also auf eine Aktie von 10 000 Mark, gesetzt wird, sonst sind es entsprechend mehr Aktionäre. Von diesen 1000 Aktionären wird vielleicht kein einziger eine blasse Ahnung haben von dem, was die Gesellschaft eigentlich produziert, keiner, der die Bilanz nachzuprüfen versteht. Wer wird hier die Kontrolle der Beamten durchführen, damit sie nicht stehlen wie die Raben? Wer wird beim Verkauf von Lokomotiven nach Rußland oder nach Südafrika die Verträge studieren? Man wird einwenden, daß solche Aktien vorwiegend den Arbeitern des Unternehmens bei der Aufteilung ausgehändigt werden könnten. Schön. Aber glaubt jemand, daß der Arbeiter im Bergwerk, der Arbeiter am Hochofen etwas mehr vom Geschäftsbetrieb versteht als irgend ein anderer Mensch im Deutschen Reich, mehr etwa als irgend ein Bauer? Wenn aber diese Arbeiter, die den kaufmännischen Betrieb nicht durchschauen können und vom technischen Betrieb nicht mehr verstehen als den Handgriff, den sie jahraus, jahrein auszuüben haben, als Aktionär den Betrieb führen sollen, werden sie nicht da ganz bestimmt von Maulhelden geleitet werden, wie das in der Politik der Fall ist? Werden sie nicht anstelle des tüchtigen, aber vielleicht barschen und wortkargen Direktors einen Salontiroler einsetzen, der das ganze Werk in kürzester Zeit so herunterbringt, daß der Betrieb statt der Dividenden oder statt gehobener Löhne Zuschüsse aus der Tasche der Aktionäre erfordert, und eine Herabsetzung der Löhne sich als notwendig erweist? Solches kommt doch vor, sogar heute, wo die Direktoren unter Aufsicht geschäftstüchtiger Kapitalisten stehen. Was macht nun der Aktionär, der statt Dividenden einzukassieren, Zuschüsse zu

zahlen hat? Wird ein solcher Mann, der nichts von Börsentricks versteht, sich nicht einschüchtern lassen und zwar so weit, daß er die Aktien zu irgend einem Preise losschlägt? Und werden die Börsenleute, die sich in den Besitz der Aktien zu setzen wünschen, nicht unter einer Decke mit den Direktoren und Buchhaltern arbeiten und eine Bilanz ausarbeiten, die den Aktienbesitzern die Haare zu Berge sträuben läßt? Das ist doch immer leicht möglich und wird auch heute überall dort gemacht, wo man weiß, daß die Aktien in Händen von Analphabeten sind. In Deutschland haben wir gewiß genügend Leute, die solche Bauernfängerei verstehen. Sobald dann die Börsenleute die Aktien an sich gebracht haben, wird an Stelle des Salontirolers wieder der frühere Direktor eingesetzt und die scharfe Kontrolle von früher wieder eingeführt und dann fließen die Dividenden wieder bei gleichzeitig steigenden Löhnen.

Mit der Aufteilung entreißen wir bewährten Wirtschaftlern die Leitung des Unternehmens und legen sie in die Hände von Unerfahrenen, die von Schwindlern umschwirrt sind. Wir zerstören hier ein ungeheures Kapital an Erfahrungen, Kenntnissen, Beziehungen und Organisation. Sehr viele, wichtige Geschäfte werden direkt unmöglich, weil den Unternehmern und Kaufleuten die Mittel entrissen wurden, mit denen sie das Risiko des Geschäftes zu tragen vermochten und ohne die sie solche Geschäfte nicht mehr wagen können. Die Produktivität der Arbeit nimmt entsprechend ab, die Kapitalbildung, von der wir die Beseitigung des Kapitalismus erwarten, geht zurück. Und statt zu sinken, steigt der Zinsfuß. Wenn wir aber das erleben sollten, dann haben wir bereits verspielt.

Wir erwarten nichts vom Parlament für unsere Ziele. Im Programm steht, daß wir revolutionär vorzugehen gedenken. Ganz recht. Wann aber werden wir bereit zum Losschlagen sein? Nach Ansicht der ungeduldigen Masse sicher schon dann, wenn in Berlin eine schwarze Masse unseren Fahnen folgt, eine Masse, die zwar sehr drohende Gebärden zeigt, die aber bei den ersten Flintenschüssen zerstiebt.

Es wird nicht leicht sein, die Ungeduldigen zurückzuhalten. Schießt da unsere sogenannten Führer vom Stuhl herunter, sie sind zu feig. So wird

es bald genug heißen, denn die Erwartung der Aufteilung wird die Ungeduld noch mächtig fördern und zu diesen Ungeduldigen gehören dann nicht die, die die Physiokratie begriffen haben, sondern die Elemente, die immer nur von der *Teilung* alles erhofften und von der Physiokratie nicht das Geringste begriffen haben. So könnten die Physiokraten durch die mit Hilfe des Aufteilungsplanes angelockten Massen zu übereilten Schritten gedrängt werden. Nicht die Physiokraten übernehmen dann die Führung, sondern die urteilslosen, hungrigen und ungeduldigen Massen, die heute den Anarchisten, morgen den Kommunisten, übermorgen aber wieder Ludendorff zujubeln. Mit der Übernahme des Aufteilungsplanes in das Physiokratische Programm erreichen wir möglicherweise, daß sich die Plünderer unter unsere Fahne organisieren, die dann los schlagen, nicht wenn wir für den Enderfolg genügend erstarkt sind, sondern, die sich mit einem Zeiterfolg, unter Umständen auch schon mit einem Tageserfolg, begnügen. Ja, wenn hinter der sogenannten großen Masse auch wirklich die Masse steckte! Aber es ist nicht so. Diese sogenannte, auf der Straße sich zusammenrottende Masse ist ein Scheingebilde. Sie verduftet nicht nur beim ersten Schuß (wie wir das wieder im Potemkin-Film so gut beobachten konnten), sie ist auch numerisch keine Masse. Als in München die sogenannte „große Masse“ kommandierte, waren alle Straßen leer. Als Noskes Bajonette die „Ordnung“ wieder hergestellt hatten, waren die Straßen schwarz von jubelnden Massen. Woher kamen diese Massen? Genau dasselbe würde sich in Berlin zeigen. Die wirklich große Masse, die überwältigend große Masse, die werden wir erst bilden müssen. Sie ist heute zersplittert, darum tritt sie nicht auf. Sie besteht aus der Mehrzahl derjenigen Arbeiter, die heute noch etwas zu beißen haben, weil sie nicht arbeitslos sind. Zu dieser Arbeiterauslese kommen dann als Bestandteile der großen Masse die Handwerker und unabhängigen Gewerbetreibenden, die kleinen Händler, die technischen und kaufmännischen Angestellten, die Eisenbahner, die Postbeamten, die Droschkenkutscher, überhaupt die Verkehrsmenschen, die Reichs- und Staatsbeamten, die Lehrer, die Ärzte, die Gastwirte, die Techniker, Kinobesitzer und die

Bauern. Das alles zusammen bildet die wirklich große Masse und für unsere Revolution, die kein Putsch sein soll, brauchen wir diese Masse nicht nur als Machtfaktor gegenüber der organisierten Macht der Kapitalisten, sondern auch für die Fortführung der Wirtschaft, von der die Sicherung der Revolution durchaus abhängig ist. Mit dieser Masse können wir alles erreichen und der Erfolg unserer Revolution ist dann auch gesichert, ohne diese Massen können wir nichts tun. In den Händen dieser Massen liegt die Wirtschaft, liegt für uns also die ausschlaggebende Macht. Sie müssen wir uns sichern.

Nun erhebt sich für uns die Frage: wie wirkt der Vorschlag der allgemeinen Vermögensaufteilung propagandistisch auf diese, gerade diese Masse? Locken wir sie mit der Aufteilung an uns oder stoßen wir sie gar damit ab? Werden diese Menschen mit uns oder gegen uns marschieren? Für unsere Ziele ist diese Masse zweifellos zu haben. Auch unsere im Programm bezeichneten Mittel wird diese große Masse sicher nicht ablehnen. Diese große, werktätige Masse hat heute die Grundrente und den Zins für die Kapitalisten aufzubringen, sie leidet unter den Krisen, sie empfindet es, daß etwas nicht in Ordnung ist und in ihr finden wir die Elemente, die unsere Lehre innerlich begreifen, die auch imstande sind, sie nach außen zu vertreten. Hier in dieser Masse finden wir auch genügend Männer, die imstande sind, sich ein Bild von den Zuständen zu machen, die die Aufteilung schaffen würde, die also nicht nur das ihnen durch die Aufteilung in die Hände gespielte Gut, sondern auch die Kehrseite der Medaille durchschimmern sehen. In dieser Masse sind alle bedächtigen Elemente des Volkes enthalten, die Elemente, die, wenn sie einmal begriffen haben, das Ziel mit Zähigkeit verfolgen und sich auch nicht bestechen lassen. Und gerade diese Elemente sind es, die wir brauchen. Diese Elemente mit völlig harmonisierenden Interessen, politisch jedoch zersplittert, müssen wir politisch zusammen bringen.

Ich bin nun der Meinung, daß bei dieser so gekennzeichneten großen Masse die Forderung der Aufteilung in der Mehrzahl der Fälle auf entschiedenem Widerstand stoßen würde, daß unsere Werbekraft in diesen Kreisen durch den Aufteilungs

vorschlag nicht gestärkt würde, sondern im Gegenteil vermindert würde. Wer die Gefahren erkannt hat, die die Aufteilung für unsere Revolution bedeutet, der wird selbstverständlich auch dann sich gegen die Aufteilungsforderung aussprechen, wenn es sich zeigte, daß diese Forderung starke Werbekraft in sich trägt, ja gerade dann würde er sie mit umso größerem Eifer bekämpfen, weil ihre propagandistische Kraft die Gefahr eines Versuches mehrt. Die meisten aus dieser Klasse sind für die Aufteilung schon darum weniger zu begeistern, weil sie selbst nicht völlig frei von Eigentum sind, manche mögen sogar ausrechnen, daß ihnen die Aufteilung das eigene Gut mindern könnte, statt es zu mehren. Die meisten aber werden sagen: Ein Kalb am Strick ist besser als eine Kuh auf dem Berg. Zu diesen müssen wir schon die Inhaber der Sparkassenbücher rechnen, dieselben, denen wir heute lang und breit vorrechnen müssen, daß sie durch die Beseitigung der Zinswirtschaft gewinnen werden, trotzdem sie den Zins ihres Sparkassenbuches einbüßen werden. Diese Einstellung der Kleinbesitzer müssen wir umso mehr beachten, als der Erfolg der Revolution allen immer zweifelhaft erscheinen wird, daß also auch die Aufteilung vorläufig für sie nur auf dem Papier steht, während sie ihr persönliches Eigentum sicher in der Hand zu halten glauben. Natürlich werden wir auch viele finden, denen die Aufteilung sehr sympathisch erscheinen wird, teils weil sie sich freuen, auch einmal etwas zu besitzen, sehr oft aber auch, weil sie vom Gedanken der christlichen Gerechtigkeit, der Gleichmacherei, oft auch der Rache besessen sind. Sammeln oder zerstreuen wir nun mit der Aufteilungsforderung die von Natur zu uns gehörenden Menschen? Und auf diese Frage müssen wir die Antwort geben: wir werfen mit der Aufteilung zu dem heute schon bestehenden, überreichlichen Haderstoff, der diese Masse zersplittert, neue und gefährliche Spaltpilze. Aber sei dem auch wie es sei: Sollte es auch möglich sein, mit dem Schlagwort „Aufteilung“ das Proletariat zum Sturm zu einigen – so müßten *wir* die Forderung dennoch ablehnen – weil diese so geeinigte Front zum Aufbau von dem, was wir wollen, *nicht zu gebrauchen* ist.

Die Frage der Aufteilung müssen wir aber noch von einem anderen Gesichtspunkt betrachten, um ein

zur Urteilsbildung brauchbares Bild zu schaffen. Ich frage: *Haben wir solche der Physiokratie doch ziemlich wesensfremde Propagandamittel, wie sie die Aufteilung darstellt, wirklich nötig? Ist unser Werbematerial so arm, daß wir uns nicht mit dem begnügen können, was im Programm steht?* Kann sich der Plunder einer einmaligen Aufteilung überhaupt vergleichen mit dem, was wir ehrlich und wahrhaftig dem Volk versprechen können? Wird nicht die Wirkung unserer Versprechungen durch das Anhängsel der Aufteilung verkleinert statt vergrößert, etwa so, wie wenn ein Weib, das dem Manne nach jeder Richtung hin als ein Prachtexemplar erscheint, von einem Kuppler mit den Worten angepriesen wird: sie bringt eine Kuh in die Ehe mit. Und mehr als eine Kuh ist doch vergleichsweise das Aufteilungsprodukt nicht. Man bedenke: Die Aufteilung soll eine einmalige sein. Was wir dagegen versprechen, ist eine ewig sprudelnde Quelle köstlicher Güter, den Abbau des Staates, Frieden und Freiheit. Es ist auch zu berücksichtigen, daß gerade das Beste des Volksvermögens, *der Boden*, von der Aufteilung ausgeschlossen werden soll. Das beraubt den Aufteilungsplan seiner propagandistischen Kraft bei all denen, die auch für unsere Behandlung des Bodens kein Verständnis gewinnen können. Und wenn wir dann noch sagen: Hört, wir verteilen zwar das Vermögen gleichmäßig auf alle. Ehrlicherwise müssen wir Euch aber sagen, daß das, was wir Euch geben, eine ausgehöhlte Nuß ist. Durch unsere Reformen werden wir dem Kapital, das ihr erhalten sollt, die Kraft nehmen, Zinsen zu hecken. Ihr könnt das gut gebrauchen und verbrauchen, aber mehr als Arbeitseinkommen dürft Ihr davon nicht erwarten.

Wird man uns da nicht antworten, daß wir sie betrügen oder wenigstens verulken? Ausgerechnet dann soll das Kapital kein Einkommen mehr verschaffen, wenn es aus den Händen der Ausbeuter in die Hände des Volkes gelegt wird! Das soll einer verstehen, das soll eine proletarische Reform sein? Nein, wird die Menge sagen: wir sind zwar für die Aufteilung, aber nicht für die Reformen, die den Zins des uns zufallenden Kapitals beseitigen. Jetzt sind wir endlich auch einmal Ka-

pitalisten, jetzt wollen wir Kapitalisten bleiben. Streicht vom Programm alles, was dem Zins abträglich ist.

Ja, so kann es kommen, auf alle Fälle sehen wir, daß der Aufteilungsplan propagandistisch sehr verschieden bewertet werden kann. Aber noch eins dürfen wir ehrlicherweise nicht zu erwähnen vergessen: die Kriegslasten und Reparationen belasten das Vermögen und nehmen für sich etwa 75% des Ertrages direkt und indirekt in Anspruch. Was also zur Verteilung kommen würde, ist $\frac{1}{4}$ des Vermögens, die übrigen $\frac{3}{4}$ sind bereits so gut wie beschlagnahmt. Selbstverständlich würde eine solche Enthüllung die propagandistische Kraft der Aufteilung auch wieder stark herabsetzen müssen.

Mit der in unserem Programm vorgesehenen Vermögensabgabe von 75% wälzen wir alle Kriegs- und Reparationslasten von allen Reichskassen direkt auf die Sachwerte ab, so daß dann alle direkten und indirekten Steuern abgeschafft, der Steuerapparat zerschlagen werden kann. Diese 75% kann die Wirtschaft tragen; sie ist übrigens von altersher gewöhnt, solche Lasten zu tragen. Daraus aber dürfen wir nun ja nicht folgern, daß wir auch die 100% nehmen können. Dieses letzte $\frac{1}{4}$ verbindet die Wirtschaft mit dem Menschen noch zu einer Einheit. Dieses letzten Viertels wegen hütet der Unternehmer, der Kaufmann, der Bauer das Ganze, die $\frac{4}{4}$ genau so, als ob sie sein Eigentum geblieben wären. Um zu dem letzten Viertel, seinem Eigentum zu kommen, muß er die vorangehenden $\frac{3}{4}$ unangetastet lassen. Wenn durch Nachlässigkeit, durch falsche Maßnahmen etwas von den ersten $\frac{3}{4}$, die ihm nicht gehören, verloren geht, dann muß dafür *das letzte Viertel haften*. Weil es so ist, können wir 75% des Vermögens beschlagnahmen, ohne eine einzige der Gefahren zu wecken, die für die Substanz des Vermögens zu gewärtigen sind, falls wir zur vollen Enteignung übergehen würden. Mit dem einen Viertel halten wir die Privatwirtschaft mit all ihren Vorzügen aufrecht. Opfern wir aber auch noch dieses letzte Viertel der allgemeinen Enteignung, dann sind wir mitten drin in all den Schwierigkeiten des Kommunismus, des Staatssozialismus, des Bolschewismus. Mit der Enteignung des letzten Viertels werfen uns alle Bauern, Unternehmer und Kaufleute ihren Kram

mit den Worten des Königs von Sachsen vor die Füße, während sie bei den ersten $\frac{3}{4}$ sich überlegen, ob sie durch Fleiß und mit der Zeit den Schaden nicht gut machen können. Die Durchführung unseres Programmes, die Beschränkung der Enteignung auf 75% enthebt die revolutionäre Leitung der Notwendigkeit, sich überhaupt um die Wirtschaft zu kümmern. Das Publikum verrichtet im eigenen Interesse alles das, was wir wünschen, das zur Sicherung der Revolution getan werde. Alle wirtschaftlichen Kräfte, auch die der Reaktionäre, werden automatisch in den Dienst der Revolution gespannt. Ob er will oder nicht, wer im persönlichen Interesse arbeitet, schwitzt und spekuliert, der arbeitet und schwitzt für die Revolution, die nichts anderes verlangt als Arbeit. Darum aber, weil die Leitung der Revolution von allen wirtschaftlichen Sorgen befreit ist, kann sie den Machtverhältnissen ihre volle Aufmerksamkeit schenken, und so in ganz anderer Weise für die Sicherung der Revolution sorgen.

Das Gesagte will ich nun kurz rekapitulieren:

1. Die Aufteilung führt zunächst wenigstens zu einem Massenverbrauch von Gütern von Seiten von Millionen von Menschen, die zurückgestellte Wünsche nunmehr befriedigen wollen. Das treibt den Zins hoch statt ihn zu senken.
2. Die Aufteilung stört außerordentlich alle wirtschaftlichen Betriebe, mindert auf lange Zeit die Produktivität der Arbeit, erhöht den Zins, statt ihn zu senken.
3. Die Aufteilung führt der Börse ungeheure Massen von Anteilscheinen zu. Der zu erwartende katastrophale Kurssturz hebt sofort die durch die Aufteilung künstlich herbeigeführte Gleichheit der Vermögen wieder auf.
4. Dadurch wird die Stimmung für eine zweite und dritte Teilung geschaffen, wodurch das Sicherheitsgefühl der Eigentümer und der Sparer verloren geht und eine Kapitalflucht unvermeidlich wird. Diese setzt dann den Zinsfuß herauf, statt ihn zu senken. Diese Kapitalflucht wird auch schon von dem Augenblick an einsetzen, wo die Aufteilung in das Programm des Ph.K.B. aufgenommen ist und der Kampfbund anfängt, die Kapitalisten zu beunruhigen. Sehr große Schwierigkeiten würden

dadurch der physiokratischen Währungsverwaltung bereitet werden.

5. Statt der für die Sicherung der Revolution so nötigen schnellen Besserung der Lage, statt des geschäftlichen Aufschwunges haben wir mit einer Verschlechterung der Lebenshaltung zu rechnen, wodurch den reaktionären Elementen starker Agitationsstoff in die Hände gegeben wird.

6. Die ungezählten Beschwerden über die Praxis der Aufteilung, die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die überall zutage treten, lenken die Aufmerksamkeit der revolutionären Leitung von den Machtverhältnissen ab und setzen die Revolution der Gefahr der reaktionären Überrumpelung aus.

7. Propagandistisch setzt die Aufteilung unsere Bestrebungen bei der wirklich großen Masse herab und nur bei einem Teil dieser Masse, der den Wirtschaftskörper nicht in der Hand hat und der auch kaum befähigt wäre, den Wirtschaftsbetrieb aufrecht zu erhalten, wird die Forderung der Aufteilung wirklich ziehen. Das aber auch nur so lange, als wir verschweigen, daß von dem aufzuteilenden Vermögen allein 75% für die Reparationen und für die Kriegslasten abzuziehen sind, daß dieser Abzug bereits in unserem Programm vorgesehen ist, und daß außerdem durch unsere Reformen das aufgeteilte Gut ausgerechnet dann den Kapitalcharakter verlieren soll, wo es dem Proletariat ausgehändigt wird.

8. Aus diesen von der Aufteilung zu erwartenden Übelständen und Schwierigkeiten muß man m. E. den Schluß ziehen, daß uns die Aufteilung unsere Aufgabe erschwert, den Erfolg und die Sicherheit unserer Revolution aufs Äußerste gefährdet und wegen der propagandistischen Schwierigkeiten, die sie schafft, den Zeitpunkt für das Losschlagen um Jahrzehnte hinausschiebt, falls auf diesem Wege die zu unserem Erfolg unerläßliche Einheitsfront der werktätigen Massen überhaupt zu erreichen ist.

9. Der physiokratische Kampfbund hat in dem, was wir ehrlich dem Volk mit der Durchführung unseres Programmes versprechen können, einen Propagandastoff von großer Werbekraft, der gerade auf die Elemente den stärksten Eindruck macht, auf deren Mitwirkung wir in erster Linie angewiesen sind, die wirtschaftlich tüchtigsten, die nach Freiheit, Selbständigkeit und Eigentum strebenden,

ohne deren freudige Mitarbeit wir von vornherein verloren sind. Eine Erweiterung unseres Programmes aus propagandistischen Dingen erübrigt sich. Die Schwierigkeiten, auf die wir bei der Propaganda stoßen, liegen zumeist in der Unzulänglichkeit unserer Literatur, in der intellektuellen Unzulänglichkeit bei der zu gewinnenden großen Masse, in der Hauptsache aber im Widerstand der proletarischen Führer der K.P.D. wie der S.P.D., die selbstverständlich solange uns bekämpfen werden, als sie unsere Theorie nicht genügend beherrschen, um sie theoretisch vertreten zu können. Die Überwindung dieser Schwierigkeiten erfordert keine Erweiterung des Programmes, sondern Ausdauer. Je größer die Schwierigkeiten sind, umso schärfer müssen unsere Waffen geschliffen werden.

Der Vorschlag der Aufteilung ist eine Konzession auf Kosten unseres Programmes, die wir zu dem Zwecke machen sollen, den schon so lange vergeblich gesuchten Anschluß an die proletarischen Massen zu erreichen. Hier ist vieles zu bedenken. Zunächst der Umstand, daß der Anschluß an die Massen nur über deren politische Organisationen geschehen kann, wenn man als Anschluß nicht die Gewinnung einzelner Individuen bezeichnen kann. Anschluß an die Massen heißt praktisch die Verfolgung der gleichen Ziele mit den gleichen Mitteln, heißt aufgehen in die Masse, und Unterwerfung unter deren politisches Programm. Namentlich im jetzigen Entwicklungsstadium des Bundes bei seiner numerischen Winzigkeit ist die Gefahr, bei Aktionen einfach mitgerissen zu werden, besonders groß, ist auch die Hoffnung, solche Aktionen auf unsere Geleise abbiegen zu können, gleich null. Ungefähr so, wie wenn im Kriegsfall unsere Antimilitaristen mitgehen in der Hoffnung, auf dem Schlachtfeld die beiden Parteien versöhnen zu können. Da wir mit den Kommunisten in der Befreiung vom Schmarotzertum unsere Aufgabe sehen, aber mit gerade entgegengesetzten Mitteln das Ziel erreichen wollen, so kann man sich kaum eine Aktion der Kommunisten denken, der wir nicht widersprechen müssen. Umso problematischer erscheint der Anschluß oder auch nur der Kontakt mit den Kommunisten, nicht mit den Kommunisten als Parteimänner, sondern mit den kommunistischen Menschen. Wird uns das jemals gelingen? Wir werden immer nur

einzelne gewinnen, die dann aus der kommunistischen Partei austreten oder aus ihr abgestoßen werden. Seit 20 Jahren haben Blumenthal und ich diese Frage ventiliert. Regelmäßig kamen wir zum Schluß, daß wir von links her an die Massen herantreten müssen, *daß aber links keine Massen sind*. Von einigen Anarchisten abgesehen, die unseren Kohl nicht fett machen, gähnt links vom Sozialbürokraten eine große Leere. Wer von links kommt, stößt sofort auf die chinesische Mauer der Kommunisten und Sozialdemokraten, die ihr Gebiet luftdicht vor Eindringlingen mit größter Sorgfalt abschließen. Daß diese Mauer irgendwo einen schwachen Punkt haben muß, ist bei der Unvollkommenheit aller menschlichen Dinge sicher genug. Aber wir haben diesen schwachen Punkt bisher nicht finden können. Ein einzelnes Werk, eine Stadt im weiten Land, wo die Arbeiter aus irgend einem Grund mit der Parteileitung unzufrieden waren, und wo man uns dann aus Lust an der Opposition hätte reden lassen. Bei der Wachsamkeit der Bonzen, die um ihre Stellung zittern, ist solche Hoffnung vielleicht auch noch utopisch, bis der Zufall einmal den Bonzen den Schabernack spielt. Als vor einiger Zeit von einer beginnenden Auflösung der Gewerkschaften die Rede war, glaubten wir Morgenluft zu wittern. Aber mit der Beseitigung der Inflation konsolidierten sich die Gewerkschaften wieder und bei dem großen Haß, den die Arbeiter all denen entgegentragen, die die Gewerkschaften und die Geschlossenheit der Parteien angreifen, sind die Aussichten hier nicht besser als am ersten Tag. Der Arbeiter kann auf den ersten Blick selbstverständlich nicht sehen, daß wir die jetzigen Arbeiterparteien zu dem Zwecke angreifen, um aus ihren Trümmern den Stoff für die Einheitsfront zu schaffen. Der erste Blick zeigt ihm uns als die Angreifer seiner Partei, also als Spaltpilz und das genügt ihm.

Wenn nun unsere Werbetätigkeit in Arbeiterkreisen so absolut versagt, wenn die einzelnen Arbeiter, die wir gewinnen, in ihren Kreisen nicht werben können, ohne sich den größten Gefahren auszusetzen und somit als Aktivposten unserer Werbearbeit kaum mitrechnen, so fragt man erneut: was können wir überhaupt tun? Die Antwort: Wenden wir uns an die Unorganisierten, an die sogenannten

freien Berufe, wo wir von Anfang an immer leicht Verständnis gefunden haben, müssen wir ablehnen, denn auf diese Weise verbarrikadieren wir uns endgültig den Weg zum Proletariat, und ohne die entschlossene Mithilfe des Proletariats können wir unsere Ziele ja doch politisch nicht erreichen. Wozu dann eine Organisation schaffen, die doch niemals die Macht an sich reißen wird? Freilich, wir brauchen die Mitarbeit der Leute aus den freien Berufen. Hier finden wir die Personen, die vermöge ihrer allgemeinen Vorbildung schneller begreifen und die auch unsere Sache in der Öffentlichkeit sachlich zu vertreten wissen. Ohne solche Leute können wir selbstverständlich auch nichts anfangen. Aber – so war wenigstens die Meinung, mit der ich mit Blumenthal immer einig ging – diese Leute aus den freien Berufen, die Lehrer, die Ingenieure und Chemiker, die kaufmännischen Weltreisenden mit ihrer bürgerlichen Kleidung, mit ihrem bürgerlichen Portemonnaie, mit ihren bürgerlichen Beziehungen und mit ihrer antirevolutionären Gesinnung – die dürfen nicht den Grundstock unserer Bewegung bilden. Es muß sich im sozialen Aufbau des F.K.B. genau umgekehrt verhalten. Proletarisch in sozialer Beziehung muß der Grundstock des F.K.B. werden, und diesem Grundstock sollen sich die Elemente aus den anderen Schichten anschließen, aber numerisch immer so, daß der Proletarier niemals das Empfinden verliert, im F.K.B. wirklich zu Hause zu sein.

Ich habe diese Dinge so oft in aller Stille überlegt und ich bin von der Richtigkeit dieser Betrachtung so überzeugt, daß ich für die F.K.B.-Organisation nichts als Streit und Zank erwarte und ewige Ohnmacht, wenn dieser Vorbedingung sozialer Struktur des F.K.B. nicht genüge getan wird. Darum war ich auch von der Notwendigkeit der Spaltung überzeugt. Und darum bin ich auch dafür, daß wir die Werbung außerhalb des Proletariats einstellen, bis wir im Proletariat ernsthaft Fuß gefaßt haben. Auf letzteres Ziel müssen wir also noch mehr als es geschehen unsere ganze Aufmerksamkeit lenken. Wie das mit besserem Erfolg geschehen könnte, darüber bin ich völlig im Unklaren. Je unklarer mir aber diese wichtige Sache ist, umso klarer bin ich mir darüber, daß der gesuchte Kontakt mit den Massen unserem Programm

auch nicht ein Haar kosten darf. Sollte es sich zeigen, daß ohne solche Konzession der Kontakt nicht erreicht werden kann, dann müßten wir den logischen Schluß ziehen, daß unser Programm zurzeit noch eine Utopie ist und daß wir dem Untergang des Abendlandes mit gekreuzten Armen zuzuschauen hätten. Babylon ist am verkehrten Geldwesen zugrunde gegangen, Rom ist aus dem-selben Grunde untergegangen. Warum sollte unsere Kultur diesem Schicksal entgehen? Selbstverständlich wollen wir kämpfen. Aus Selbsterhaltungstrieb wollen wir bis zuletzt kämpfen. Wenn aber alles nichts nützen sollte, dann wollen wir wenigstens bewußt und mit vollem Verständnis uns am Schauspiel des Unterganges ergötzen.

Wird Schacht den Dollarkurs halten können.

Man kann mit dem Papiergeld jedem Ziele nachlaufen, sogar dem von Morgan und Konsorten manipulierten Golddollar. Natürlich wird man dabei einer ordentlichen Portion Brutalität und Rücksichtslosigkeit nicht entraten können. Es darf einem dabei nicht darauf ankommen, Tausende, ja Millionen von Proletariern dem Elend der Arbeitslosigkeit auszuliefern und alte, solid geführte Firmen dem Bankrott zuzutreiben. Wer über Leichen vergnügt spazieren kann, der hat alles, was nötig ist, um mittels Deflation und Inflation den Dollar zu stabilisieren. Und erst recht wird er das können, wenn es ihm nicht darauf ankommt, das verschuldete Reich durch weiteres Schuldenmachen tiefer in die Schuldknechtschaft zu reiten.

Allerdings allzulange kann ein Land solche Wirtschaft nicht vertragen. So vollkommen heruntergekommen, lammfromm und gottergeben ist der deutsche Arbeiter doch noch nicht aus der sozialdemokratischen Schule gekommen, daß er vor den Schaufenstern der Leipziger Straße verhungert zusammenbricht. Die Empörung der Hungernden könnte sich doch einmal direkt gegen die Ursache der Not wenden. Die Ereignisse auf dem Arbeitsmarkt werden am Ende Schacht zwingen, über das Londoner Abkommen und seine Unterlage, die von Börsenspekulanten in New York manipulierte Dollarwährung, zu marschieren. Man erschauere nicht bei solchem Gedanken. Ein Vertrag, bei dem die Hauptsache vergessen oder unter Ausnutzung der Unerfahrenheit der einen Partei unterschlagen wurde, soll nicht besser als andere chiffons de papier behandelt werden. Das Londoner Abkommen ist von Bauernfängern verfaßt und von Bauernlummeln unterzeichnet worden. Den Vertrag können wir ohne weiteres als nichtig erklären, denn es ist vergessen (?) worden, das Ziel der uns aufgebürdeten Währungspolitik, den manipulierten Dollar, zu definieren. Zwar steht da, daß bei den Reparationsleistungen der Index berücksichtigt werden soll (etwa der Index von 1919?), aber damit ist der Dollarpolitik selber nicht das geringste vorgeschrieben worden. Im Gegenteil, der Passus läßt vermuten, daß es in der Absicht der Oberdollarmanipulatoren liegt, den Dollar großzügigen Schwankungen zu unterwerfen, die dann an der Börse in Differenzen ausgemünzt werden. Kein Gesetz, keine Spur eines Gesetzes steht solchen Raubzügen im Wege. Morgan und Genossen können den Raubzug vom Jahre 1907 jederzeit, und zwar in einem durch das Dawes-Abkommen gewaltig vergrößerten Maßstab wiederholen.

Kann uns Schacht sagen, wie die Manipulatoren in Amerika in Zukunft den Dollar behandeln werden, der ihm als Richtmaß seiner Währungspolitik gilt? Damit auch wir unsere Börsengeschäfte, so klein sie auch sein mögen, danach einrichten können. Aber Schacht weiß nicht mehr als unser Nachtwächter. Er läuft dem Dollar nach wie der Mops dem Windhund. Morgan und ein Dutzend über die

Welt verteilte Vertrauensleute dieses Räubers sowie sein Angestellter, der Controller of the Currency, das sind die Männer, die den Dollar manipulieren. (Vielleicht hatte Stinnes mit seinen drei Dutzend politischen Zeitungen etwas Ähnliches im Sinne.)

Und auf diesem Börsenpanier, dem von der New Yorker Börse manipulierten Dollar, soll sich nun die Weltwirtschaft reibungslos abspielen? Ob es jenen Herren einfällt, Deflations- oder Inflationspolitik zu betreiben, einerlei, die ganze Welt soll da mitmachen. Mit den Machtmitteln des Notenmonopols hat die Reichsbank die Stricke zu drehen, mit denen Morgan die deutsche Wirtschaft zur Erpressung von Differenzen zu drosseln beabsichtigt. Morgan weiß, was er tut. Er weiß, wie er den Dollar manipulieren wird, er weiß den Tag genau, wo die Inflation in Deflation umkippen wird. Er und seine wenigen Kumpane wissen das allein. Sie arbeiten, die Börsendifferenzen sind ihr Arbeitsprodukt, wie der Schuh das Produkt des Schusters ist. Die anderen Börsenleute aber, die spekulieren nicht, sondern spielen, spielen wie die Glücksspieler in Monte Carlo. Sie haben auf die Entwicklung der Kurse keinen Einfluß, Ach, wir Armen. Und diese Spitzbüberei nennt Schacht stolz die Stabilisierung der deutschen Währung. O welche lächerliche Rolle läßt Morgan da den deutschen Michel spielen!

Kehren wir hier zu unserer Ausgangsfrage zurück, nämlich ob Schacht den Dollarkurs halten können. Daß dieser Kurs nicht gehalten werden kann, solange die Handelsbilanz passiv bleibt, ist selbstverständlich. Daß der Saldo dieser Bilanz, zuzüglich der gewaltigen Reparationszahlungen, auf die Dauer nicht durch Anleihen, Aktienexport und Hypotheken „transferiert“ werden kann, ist ebenso selbstverständlich, namentlich wenn der Kurs der Aktien so schwach bleibt und wenn die Hypothekengläubiger mit gutem Grund die deutschen Grundrenten sowieso schon als der Reparation verfallen betrachten müssen. Und daß der Staat die für die Reparation nötigen Steuern nicht von einer notleidenden Wirtschaft herauspressen kann, das versteht sich bei der Größe der Reparationsleistungen auch von selbst.

Das von Schacht für seine Dollarpolitik zu lösende Problem ist somit folgendes:

- a) die heutige passive Handelsbilanz muß für die Reparationsleistungen in der vollen Höhe der Passivität der Zahlungsbilanz aktiv werden;
- b) die Handelsbilanz kann nur in solchem Umfang aktiv werden, wenn die Volkswirtschaft in Vollbetrieb erhalten wird, damit für die notwendige Ausfuhr auch die notwendigen Güter erzeugt werden (und im Ausland Absatz finden);
- c) der Vollbetrieb der Volkswirtschaft ist bei Deflation, bei niedergehenden Warenpreisen unmöglich (zu dieser alten Erkenntnis der Bimetallisten ist jetzt auch bereits das Arbeitsamt des Völkerbundes gekommen);
- d) ohne Deflation verliert aber die deutsche Industrie die Kon-

kurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, und kann es also nicht zu einer aktiven Zahlungsbilanz kommen!!

Somit wäre das Problem unlösbar, vor das sich Schacht durch seine Politik gestellt sieht. Im Laufe seiner Amtszeit hat Schacht den deutschen Index bei der Notenausgabe unberücksichtigt gelassen. Er sah nur den Dollarkurs und war zufrieden, daß er den Kurs halten konnte. Inzwischen hat sich aber der durch die Notenpolitik gehobene Index in gehobenen Löhnen, gehobenen Beamtengehältern, gehobenen Materialpreisen, gehobenen Zinsen (mit Ristorno beschwerter Zins) ausgewirkt, so daß nun die Produktionskosten der Ausfuhrindustrie in den auf dem Weltmarkt erzielbaren Dollarpreisen keine Deckung finden.

Für die Lösung dieser Schwierigkeiten gibt es nur ein Mittel, *wir müssen den Dollarkurs fahren lassen, so daß sich ein Agio für den Dollar herausbilden kann*, mit dessen Hilfe die deutsche Industrie ohne Deflation und ohne zu dem gefährlichen Mittel nomineller Lohnherabsetzungen greifen zu müssen, wieder auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig wird und den feiernden Arbeitermassen wieder Arbeit angeboten werden kann (durch Abschaffung der kürzlich wieder eingeführten agrarischen Sperr- und Raubzölle kann der in obigem Vorschlag liegende Druck auf den Reallohn mehr als gutgemacht werden).

Sodann muß die deutsche Notenpolitik ausschließlich auf den deutschen Index eingestellt werden. Auch die faule Verbindung von Noten- und Kreditinstitut, wie sie die Reichsbank darstellt, muß zerhauen werden. Die Befestigung der Wechselkurse auf Polen, Frankreich, Italien, Tschechoslowakei, Rußland, Schweiz, England, Süd- und Nordamerika, Japan und Abessinien muß als unausbleibliche Nebenerscheinung einer in all diesen Ländern nach gleichen Grundsätzen durchgeführten Stabilisierung des Indexes erwartet werden. Die Hoffnung, daß alle diese Länder durch die Stabilisierung des Dollarkurses, des von Morgan manipulierten Dollarkurses, zu einem Währungsbund gelangen könnten, ist eine Kateridee, eine Narretei, der wir bereits seit 50 Jahren ohne Erfolg nachgelaufen sind, und die heute weniger Aussichten auf Verwirklichung hat denn je. Die in der Stabilisierung des Dollarkurses sich offenbarende Bewertung unserer Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet eine gewaltige Überschätzung. Während wir nach den europäischen Ländern schon im Jahre 1913 für 7677 Millionen Mark ausführten und von dort für 5889 Millionen einfuhrten, also zusammen für über 13 Milliarden Waren austauschten, betrug unser Handel mit den Vereinigten Staaten nur etwas über 2 Milliarden. Unsere Währungspolitik verschafft uns also einen festen Kurs für Wechsel im Betrage von 2 Milliarden, während dieselbe Politik den Kurs für Wechsel im sechsfachen Betrag als *quantité négligeable* behandelt. Dabei übersieht man die Tatsache, daß in politischer Hinsicht der Handel mit unseren europäischen Nachbarn ungleich wichtiger ist als der Handel

mit den Vereinigten Staaten. Was keine politischen Verträge und Verhandlungen zustande bringen konnten, den Frieden, das schafft der Handel mit den Polen, den Franzosen und den Tschechen. Um den Dollarkurs zu stabilisieren, haben wir große Opfer gebracht Um den Wechselkurs mit unseren Nachbarn zu stabilisieren, haben wir bisher noch nichts getan.

Infolge seiner Reparationsverpflichtungen ist Deutschland heute das am Welthandel am stärksten interessierte Land. Für Deutschland ist die Stabilisierung der Wechselkurse daher wichtiger als für irgendein Land. Darum ziemt es sich auch, daß *wir* in dieser Angelegenheit die Initiative ergreifen und alle Völker, mit denen wir Handel treiben, zu einer Weltwährungskonferenz nach Berlin einladen unter Einreichung von Vorschlägen, die allen Völkern ohne weiteres und ohne Morgan und ohne Anleihen und anderen Schwindel gestatten, die für die Stabilisierung notwendige nationale Valutapolitik zu betreiben. Als solchen Vorschlag würde ich, da bisher bessere nicht gemacht wurden, den in meiner Schrift: Internationale Valuta-Assoziation ausgearbeiteten Plan nennen. Das Schachtsche schüchterne Bekenntnis zur Indexwährung genügt nicht; *wir*, die Hauptbeteiligten an der Sache, müssen handeln, den ersten Schritt wagen und die Einladungen machen. Oder sollen etwa die Hottentotten hier voran? Gilt das Wort: „Die Deutschen an die Front“ nur dann, wenn es sich darum handelt, den friedlichen Chinesen das Bajonett ins Gesicht zu stoßen? Sind wir zu feige, um auch in Kulturfragen an der Front zu marschieren?

Es wurde in letzter Zeit des öfteren in den Zeitungen der Plan einer Weltwirtschaftskonferenz erwähnt. Ein neuer Schwindel. Eine neue Gelegenheit, einen Monat lang auf Staatskosten in Nizza spazieren zu gehen. Wie können Staaten, die sich gegenseitig mit Zollsperrn behandeln, über wirtschaftliche Fragen konferieren? Die Weltwirtschaftskonferenz soll wohl die Aufmerksamkeit von der ungelösten Währungs- und Valutafrage ablenken oder gar den Glauben erwecken, daß die Valutafrage bereits mit der in New York manipulierten Goldwährung zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst wurde? Eine Weltwirtschaftskonferenz kann nur eine Freihandelskonferenz sein oder sie ist nichts als Schwindel. Die Weltfreihandelskonferenz kann aber solange nicht einberufen werden, als die Valutafrage nicht gelöst ist, da die Zollwirtschaft, wie das jetzt wieder der englische Übergang zur Zollpolitik klar zeigt, eine zwangsläufig sich einstellende Forderung der durch die ungelöste Währungsfrage ruinierten Unternehmer ist.

Also überlassen wir den Dollarkurs seinem Schicksal, führen wir die Indexwährung ein und suchen wir die Valutafrage dadurch zu lösen, daß wir auf einer Weltkonferenz die Völker zur Einführung derselben Indexwährung veranlassen.

Der Vereinigte Unsinn von Europa. Gegen den europäischen Zollverein.

„Natürlichem genügt das Weltall kaum,
was künstlich ist, verlangt geschlossenen Raum.“

Faust

Immer lauter erschallt der Ruf nach dem europäischen Zollverein. Ernsthafte Männer diskutieren ernsthaft das Problem. In den Tageszeitungen wird immer wieder auf die Notwendigkeit eines europäischen Zollvereins hingewiesen. Der Zollverein soll Europa erretten aus den Nöten, die die Zollwirtschaft über Europa gebracht hat. Namentlich seitdem die letzte Säule des Freihandels, England, nun auch dem Schutzzollschwindel erlegen ist, ist die Zollvereinsfrage akut geworden. Seinen Vortrag über seine Amerikareise schließt der Reichspräsident Löbe mit den Worten:

„Obgleich der Lohn und die Lebenshaltung höher ist, ist Amerika doch konkurrenzfähig. Europa muß zur Kolonie Amerikas herabsinken, wenn nicht die europäische Zollunion und damit auch die Vereinigten Staaten von Europa kommen.“

Wie einfach wäre das Problem gelöst, wenn es sich wirklich so verhalten würde, wie unser Reichspräsident es uns prophezeit. Nehmen wir an, wir ließen es so weit kommen, daß die Amerikaner ganz Europa zu ihrer Kolonie machten, und uns damit in den amerikanischen Zollverein einschlossen! Wäre damit das Problem der Vereinigten Staaten von Europa nicht schon gelöst? Und mehr als das. Würden wir als Bestandteil der großen amerikanischen Union nunmehr nicht die große *europäisch-amerikanische Zollunion* bilden, von der auch der kühnste Europäer kaum zu träumen gewagt hat? Und wie einfach wäre das Mittel zu solcher gewaltigen Evolution! Wir brauchen unsere Reichstagschwätzer und Diätenbezieher nur weiter wie bisher schwatzen zu lassen von Dingen, die sie nicht verstehen, dann „sinken wir“, gleiten und fallen unaufhaltsam als Kolonie in die offenen Arme Uncle Sams, der uns sicher nicht schlechter behandeln wird, als es unsere europäischen Fürsten und Parlamente bisher getan haben. Als amerikanische Kolonie werden wir uns in Europa vertragen *müssen*, werden wir also endgültig abrüsten *müssen*, werden wir die uns verhetzenden Zollgrenzen beseitigen müssen, werden wir die Segnungen der von Schacht gepriesenen amerikanischen Währung in vollem Umfange genießen, werden wir keinen Papiergeldschwindel mehr betreiben, wird die volle Freizügigkeit zwischen Amerika und Europa gesichert, wird durch alle Kriegsschulden einschl. der Reparation ein dicker Strich gemacht, werden alle Schnapsbrennereien unserer Agrarier endgültig „trockengelegt“, und werden zu guter Letzt auch noch alle europäischen

Parlamente als überflüssig geschlossen! Ist das nicht viel mehr, als wir jemals durch eigene Kraft zu erreichen hoffen konnten? Ich gestehe, daß solches „*Hinabsinken zur amerikanischen Kolonie*“ in mir das Gefühl des Steigens, des Steigens auf lichte Höhen auslöst. Und wenn das schon bei mir so der Fall ist, wieviel stärker muß dieses Gefühl bei passiven Naturen wie bei unserem Reichstagspräsidenten ausgelöst werden, der die Vereinigten Staaten von Europa nicht machen will, sondern der hofft, daß sie „kommen“ werden, ähnlich wie die Sozialdemokraten auch hoffen, daß der Zukunftsstaat „kommen“ wird. Wie viel bequemer als solches „Kommen“ wäre das „Hinabsinken“ in den Zukunftsstaat, oder das Hinabsinken zur amerikanischen Kolonie!

Trotzdem, mir genügt, offen gesagt, weder der europäische Zollverein noch die europäisch-amerikanische Zollunion; letztere besonders nicht, weil sie uns vom großen Ideal des *Weltfreihandels* eher entfernt als nähert. Abgesehen von den praktischen Schwierigkeiten, von denen man ruhig sagen kann, daß sie sich als unüberbrückbar erweisen werden und von denen wir hier nur einige erwähnen wollen: Da ist zunächst die Frage, nach welchen Gesichtspunkten die Zollsätze bemessen werden sollen. Als sogenannte Schutzzölle gedacht, müssen sie selbstverständlich so bemessen werden, daß auch die von Natur am ungünstigsten, irgendwo in Spanien, Ungarn, Norwegen gelegene, oder die von Menschenhand am schlechtesten aufgebaute Fabrik noch bestehen kann. Das heißt, daß die Diskussion über diesen Punkt immer mit der Bewilligung von Zollsätzen schließen wird, die man getrost als Sperrzölle bezeichnen kann. Der nach solchen Gesichtspunkten zustandekommende lückenlose Tarif wird *Europa* in ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet verwandeln, aus dem möglichst wenige Waren heraus, und in das möglichst wenige Waren herein sollen. Dieses so künstlich geschlossene Wirtschaftsgebiet wird, da zu klein (die Industrie braucht die Produkte und damit auch die Absatzmärkte der ganzen Welt), immer bei allen Unternehmern das Gefühl des Beengtseins erwecken, und damit den Wunsch nach *Erweiterung* des künstlich durch die Zollunion geschlossenen Wirtschaftsgebietes auslösen. Damit legen wir unser Schicksal wieder in die Hände der *Imperialisten*, die zur Erreichung ihrer Ziele kein anderes Mittel zu nennen wissen als die Gewalt. Handgranadiere, Giftgasbläser, Kriegslügner stehen also dicht an den Toren der dem Frieden dienen sollenden europäischen Zollunion! Vergessen wir nicht, daß die durch Zollverein geschlossenen Gebiete, die deutschen und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die zollwütigsten Staaten waren. Und heute noch sind!

Neben der Frage nach der Höhe der Zollsätze erhebt sich die Frage der Kontrolle der Zolleingänge, der Grenzüberwachung (Schmuggel) und die der Verteilung der eingehenden Gelder. Im

deutschen Zollverein konnte man letztere Frage großzügig behandeln. Da die Zolleingänge für die Deckung gemeinsamer Staatsausgaben verwandt wurden, kam es überhaupt zu keiner Verteilung, und wenn es Überschüsse gab, so wurden diese wieder zu Staatsausgaben der Länder verwendet. Aber in der europäischen Zollunion gibt es keine gemeinsamen Ausgaben, zu denen man die Zolleingänge verwenden könnte, weshalb dann die Zolleingänge bar an die Europäer ausbezahlt werden müssen (wenn nicht die in Nizza tagenden, faulenzenden Zollvereinsdeputierten das schöne Geld für sich beanspruchen). Und da fragt man wieder, nach welchen Grundsätzen sollen diese Gelder verteilt werden? Sollen die Schafhirten in Siebenbürgen, die Rentierbesitzer in Lappland an diesen Geldern, zu denen sie so gut wie nichts beigetragen haben, gleichberechtigt mit den Belgiern, Sachsen, Engländern sein, die die Hälfte von dem, was sie verbrauchen, aus dem Ausland beziehen und verzollen?

Und wie ist's mit dem Schmuggel? Wo es Zollgrenzen gibt, da wird auch gestohlen, geschmuggelt, meistens im Einvernehmen mit den Zollbeamten und Zollbehörden. Und das ist auch erklärlich. Die Beamten wissen, daß die Zollpolitik bereits auf Schwindel, Lug und Trug beruht und können infolgedessen keine Achtung für den eigenen Beruf haben. Und wo ist der Kaufmann, der nicht gerne durch Sabotage der Verzollung das Seinige an der Beseitigung dieser schändlichsten, verachtungswürdigsten Staatseinrichtung beiträgt? Wo ist der Kaufmann, der nicht lieber 1000 Dollar privat an die Zollbeamten zahlt, als 2000 Dollar an die Staatskasse? In Mexiko, wo jede Zollerklärung feierlich vor den Zollbeamten (!) beschworen wird, sollen täglich 5000 Meineide geschworen werden! Wird das in der europäischen Zollunion etwa besser werden? Sind die Zollbeamten etwa ehrlicher, zuverlässiger, wenn sie sich sagen müssen, daß das Geld, das sie dort erheben, nicht wie bisher in die Staatskasse des eigenen Landes, sondern in einen allgemeinen großen Topf wandert, aus dem dann alle Europäer, der Eskimo, der Kalmücke, der Boche, der Engländer usw. schöpfen sollen? Wird der Grenzwächter in Palermo im Sommer bei 40 Grad seinen schattigen Platz verlassen, um, vom Pflichtgefühl übermannt, einem Schmuggler nachzurennen, der Seide aus China für die schweizerischen Seidenspinnereien an einem verstorhen gelegenen Hafenplatz auslädt? Wird der Grenzwächter am Finnischen Meer nachts bei 40 Grad unter Null seine Strecke abpatrouillieren oder nicht lieber im warmen Bett bleiben, wenn er weiß, daß alles, was er tut und unterläßt, bei der Größe des Zollgebiets wirkungslos ist wie die Heldentat des Soldaten in einem Massenheer?

Bei solcher Einstellung der Beamten überlege man, wie die europäischen Zollgesetze gehandhabt werden würden in Portugal, in der Türkei, in Danzig, in London. Da sind z. B. die Seidenweber

in der Ukraine, die infolge ihrer besseren Maschinen und Arbeitsmethoden die billigste und die beste Seide erzeugen und überall, wo sie hinkommen, die Konkurrenten aus dem Felde schlagen, unter anderem auch die Krefelder Seidenspinner. Werden diese geschlagenen Konkurrenten jemals zugeben, daß die Ukrainer ihren Erfolg persönlichen Eigenschaften verdanken? Niemals werden sie das. Sie werden ihre Niederlage damit erklären, daß sie sagen, die Ukrainer verzollen das Rohmaterial, die Seide, nicht nach Tarif, sondern haben mit den Zollbeamten in den Krimhäfen besondere Abkommen getroffen. Sie werden die Zollunion kündigen wollen, bis daß solche Zollbetrügereien nicht mehr vorkommen, also auf ewige Zeiten. Und diesen geschlagenen Konkurrenten werden sich alle Unternehmer anschließen, die lieber am Stammtisch sitzen, als an der Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit zu arbeiten. Und das ist immer die große Masse.

Ich mußte auf diese Einzelheiten eingehen, weil die Zoll- und Zollunions-enthusiasten nichts davon erwähnen. Man kann tausend und aber tausend solcher Schwierigkeiten aufzählen, doch will ich dieses Kapitel mit der Frage schließen, wie die Zollbeamten von Cherbourg das Gepäck der Reisenden behandeln werden, wenn sie wissen, daß viele Schiffe vorziehen, die Reisenden in Southampton zu landen, weil dort die Zollbeamten kulanter bei der Zollrevision sind? Werden die Reeder von Cherbourg den Zollbeamten im Interesse der französischen Häfen nicht nahelegen, ebensolche Kulanz zu wahren, so daß schließlich auf solchem Wettlauf nach kulanter Behandlung der Reisenden und der heimischen Industrie die Koffer und Kisten überhaupt nicht mehr verzollt werden? Und wo bleibt in solchem Falle noch der famose europäische Zollverein, der nach des Sozialdemokraten *Löbes* Meinung Europa davor bewahren soll, zur amerikanischen Kolonie *hinabzusinken*?

Weg mit dem europäischen Zollverein. Er wird nie zustande kommen. Mit Zuchthausprojekten kann man die Staaten Europas nicht einen. Den europäischen Staatenbund ausgerechnet auf der unmoralischsten Staatseinrichtung, auf dem Zollwesen aufzubauen, auf solchen drolligen Gedanken kann nur ein Mensch kommen, der, wie der Reichspräsident *Löbe*, noch niemals Kämpfe mit den Zollbehörden ausgefochten, und auf dem mexikanischen *Zollaltar* noch keine Meineide geschworen hat.

Haben die Zollunionsenthusiasten jemals bedacht, welche politischen Wirkungen die europäische Zollunion auslösen muß gegenüber der *mongolischen und der amerikanischen Zollunion*? Denn die panamerikanische Zollunion und die äthiopische Zollunion und die mongolische Zollunion werden gewiß lange fertig sein, bevor wir in *Europa* aus dem Stadium der Vorbesprechungen gelangt sein werden. Fünfundzwanzig souveräne Staaten bringt man doch nicht so schnell unter einen Hut,

besonders Staaten, die noch gestern sich gegenseitig Giftgas ins Gesicht bliesen. Machen wir uns keine Illusionen. *Europäische Zollunion* heißt auf deutsch nichts anderes als der europäische *geschlossene Handelsstaat*, wie auch der mongolische, der äthiopische, der panamerikanische Zollverein als geschlossene Wirtschaftsgebiete zu betrachten sind. *An dem Tage aber, wo man mich in Europa einsperrt, werde ich, wird jeder freiheitsdurstige Mensch Imperialist, und als Imperialist wird er Militarist und Eroberer.* Die Zollgrenzen der europäischen Einzelstaaten schufen die wirtschaftlichen Gründe zum europäischen Krieg, und ebenso werden die Grenzen der europäischen Zollunion die Interessen und die Stimmungen schaffen, die uns in den Weltkrieg gegen die panamerikanische und die mongolische Zollunion treiben werden. Gewiß, man wird hier einwenden, daß, wenn die europäische Zollunion möglich ist, es auch wieder möglich sein muß, diese europäische Zollunion mit der panamerikanischen und der mongolischen Zollunion zu der *Weltzollunion* zu verschmelzen, und daß darum die europäische Zollunion keine kriegerischen Gefahren in sich zu bergen braucht. *Weltzollunion!? Weltschutzzollverein??*

Les extremes se touchent! Weltzollunion! Ein Zoll, der verhindern soll, daß vom Ausland gute und billige Ware hereinkommt. Wo ist aber das Ausland des Weltzollvereins? Etwa auf dem Mond? Praktisch bedeutet also das Ziel des Zollvereinsgedankens nichts anderes als *Weltfreihandel*, als die Schleifung der Zollgrenzen, als die Ablieferung der Zollbeamtenuniformen an die Trödler.

Wenn das aber der große Hintergedanke der europäischen Zollunion ist, weshalb schlägt man dann nicht den geraden, den ehrlichen Weg ein? Warum krumme Wege? Soll etwa der europäische Zollverein eine Etappe zum Weltfreihandel bedeuten? Oder handelt es sich hier wieder nur um eine Gelegenheit, an der schönen Riviera ein neues Büro zu gründen, wo man bei gutem Gehalt ewig über die Zölle verhandeln kann, wie in den Gewerkschaften über die Löhne? Der *Weltfreihandel* braucht keine Verträge. Er braucht kein Rivierabüro. Er braucht keine Bürokraten. Wer der Freihandelsunion beitreten will, der schleift seine Zollgrenzen. Das kann jeder Staat tun, ohne sich darüber in Nizza mit anderen Staaten zu vertragen. Jeder Staat kann damit beginnen, wann es ihm paßt, heute, morgen. Er kann es auch sein lassen. Wer sich von der Welt abschließen will, der mag es tun. Er hat davon den meisten Schaden, und dieser Schaden wird ihn bald klug machen. Sind die Widerstände, die in den einzelnen Staaten gegen den Freihandel bestehen, einmal so weit zurückgedrängt, daß der Eintritt in die europäische Zollunion möglich wird, dann sind sie sicher auch schon genügend zermürbt, um dem Anschluß an den *Welt*

handel durch den völligen Freihandel nicht mehr im Wege zu stehen. Wenn schon die russische, italienische, spanische, ungarische, serbische Industrie innerhalb der europäischen Zollunion mit der deutschen auf der Unterlage des freien Handels, also ohne Zollschatz, konkurrieren soll, dann werden diese Industrien sicherlich nichts verlieren, wenn sie sich der Konkurrenz des Weltfreihandels ausgesetzt sehen. Der Anschluß an den europäischen Zollverein kann für die meisten europäischen Staaten nur von der Erkenntnis ausgehen, daß jeder künstliche Staatsschutz der Industrie und Landwirtschaft sich nur auf Kosten derjenigen Produktionszweige vollziehen kann, die sich auf Grund der natürlichen Bedingungen des Landes von selbst entwickelt haben und sich vermöge dieser Bedingungen auf dem Weltmarkt behaupten können. In jedem Lande gibt es solche Industrien. Wer aber sich einmal zu dieser einfachen Erkenntnis durchgearbeitet hat, der wird sicher auf die Etappe, genannt europäischer Zollverein, verzichten wollen und gleich mit beiden Füßen in den Weltfreihandel springen. Und ganz sicher wird er das tun, wenn er weiß, daß alle Organisationen von demselben Selbsterhaltungstrieb beherrscht sind wie die Organismen, und daß, wenn wir die europäische Zollunion einmal organisiert haben, und wenn in Nizza ein Heer von Bürokraten auf öffentliche Kosten ein herrliches Leben führen, *wir aus dieser Etappe niemals mehr herauskommen werden*, weil die Bürokraten des europäischen Zollvereins die Mittel finden werden, um das Ziel des europäischen Zollvereins, den Weltfreihandel, immer wieder hinauszuschieben.

Darum: Reiner Tisch, ganze Arbeit. Keine europäische Zollunion, sondern *Weltfreihandel*, der allein die imperialistischen Triebe, die in jedem anständigen Unternehmer lebendig sind, bändigen kann, *weil er sie befriedigt*. Sättigen können wir die *Imperialisten* nie, denn dazu ist die Erde zu klein. Aber befriedigen können wir diese sympathischen Menschen, wenn wir ihnen die ganze Erde ausliefern. Notgedrungen geben sie sich dann zufrieden. Mit Paneuropa, Panmongolei, Panamerika aber locken wir keinen Imperialisten vom Ofen. Solange aber die Imperialisten (und wer wäre kein Imperialist?) nicht zufrieden sind, werden wir Krieg haben.

Wer daher den Frieden wirklich will, der lehne die Formel Paneuropa ab und fordere gleich das Ganze, die Beseitigung *aller* Zollgrenzen, den *Weltfreihandel*, indem er damit beginnt, die eigenen Zollgrenzen niederzulegen. Es ist das einzige, was er zu tun braucht und was er überhaupt tun kann. Die günstigen Wirkungen werden sich bald genug bemerkbar machen, und diese werden dann alle anderen Staaten zur Nachahmung veranlassen. Dann haben wir in kurzer Zeit die europäische Zollunion in Makroprojektion, den *Weltfreihandel*, ohne daß es nötig gewesen

wäre, ein Wort darüber zu verlieren, ohne Konferenzen und Kongresse und Geschwätz.

Gossen?

Aus Gide und Rist: „Geschichte der Wirtschaftslehren“ (Histoire des doctrines économiques), 4. Aufl., Seite 679 (übersetzt und gekürzt):

„Gossens Werk erschien 1853 und blieb völlig unbeachtet, und noch in der 2. Auflage des großen „Handwörterbuchs der Staatswissenschaften“ aus dem Jahre 1900 wird Gossen nicht erwähnt. Erst in der 3. Auflage geschieht es. Ein Neudruck des Werkes erschien 1889. Gossen glaubt, wie es die Physiokraten taten, daß die Vorsehung die menschliche Gesellschaft einer wohlthätigen Gesetzmäßigkeit unterworfen hat, die man nur anzuerkennen braucht, um glücklich zu werden. Es sind die Gesetze des Genusses, die so wunderbar ineinandergreifen, daß es genügt, wenn der Mensch der eigenen Lebensfreude nachgeht, um dadurch am wirksamsten dem Wohle aller zu dienen. Wir finden bei Gossen, mit bemerkenswerter Klarheit ausgedrückt und durch eine sinnreiche Analyse der menschlichen Bedürfnisse gestützt, die Lehre der Hedonisten wieder, laut welcher die Einzelindividuen unter der Herrschaft des freien Wettbewerbes spontan das Glück aller begünstigen, solange sie die eigenen Wünsche zu befriedigen suchen. Jedem Individuum muß daher die Möglichkeit gegeben sein, frei sein eigenes Glück zu schaffen. Diesem stehen jedoch zwei große Hindernisse im Wege. Erstens der Mangel an Kapital, zweitens das Privateigentum am Boden. Eine große Darlehnskasse – vom Staate geleitet –, die von Gossen bis ins kleinste ausgearbeitet wurde, beseitigt das erste Hindernis, die Enteignung (mit Entschädigung der Besitzer) das zweite. Letztere Forderung stützt Gossen mit der Bemerkung, daß der Mensch, um sich frei entwickeln zu können, nicht nur in der Lage sein muß, seinen Beruf frei wählen zu können, sondern darüber hinaus auch den Ort, der für seine Arbeit am günstigsten ist. Nach Gossens weiteren Vorschlägen soll der Boden meistbietend in Pacht gegeben werden, die Pachtgelder sollen zur Verzinsung und allmählichen Tilgung der für die Enteignung ausgegebenen Staatsschuldscheine verwendet werden, nach der Tilgung dieser Schuld, die in etwa 50 Jahren beendet sein wird, dient das Pachtgeld zur Bestreitung der Staatsausgaben und ermöglicht die Abschaffung der Steuern“.

Gossen erblickt in dieser Reform noch andere Vorteile:

- „1. Indem man den Privatleuten den Genuß der Rente nimmt, wird es vielen unmöglich gemacht, weiter zu leben ohne zu arbeiten, und man veranlaßt sie so, ihren Lebensunterhalt durch persönliche Arbeit zu bestreiten.
2. Die rechtlichen Verhältnisse des Eigentums werden außerordentlich vereinfacht.
3. Die Produzenten brauchen kein Kapital im Bodenerwerb anzulegen.
4. Die Grundrente wird in weitem Umfange die Steuern

ersetzen und wird uns vor den Ungerechtigkeiten und den Plackereien der Steuererhebung schützen.“

Diese kurzen Andeutungen lassen vermuten, daß in Gossens Werk mehr zu finden ist. Sie geben auch die Erklärung, warum das Werk unterdrückt wurde, sein Verfasser unbekannt geblieben ist. Wer durchführbare, vernünftige Forderungen stellt, der ist gefährlich, und Gossens Forderungen sind, soweit sie die Rente betreffen, durchaus vernünftig und durchführbar. Gossen unterließ es, eine Organisation für die Durchführung seiner Vorschläge zu schaffen. Er dachte wohl noch, daß das Gute sich von selbst Bahn brechen muß, und daß die Professoren, die damals noch die Volkswirtschaftslehre monopolisiert hatten, sich seiner revolutionären Arbeit annehmen würden. Es gibt nämlich noch heute solche Esel, die nicht wissen, daß die Staatsbeamten, die sich Professoren nennen, „nicht ihre Aufgabe darin erblicken, uns zu sagen, was sein soll, sondern sich damit begnügen müssen, zu sagen, was ist“. Wer uns die Fehler der heutigen Einrichtungen zeigt und so klar zeigt, daß jeder dann sagen kann, wie die Einrichtungen zu verbessern sind, dessen Name darf von den Professoren nicht einmal erwähnt werden, und das ist der Grund, warum Gossens Werk, obschon es in Deutschland erschien, in Deutschland unbekannt blieb. Und so kam es, daß Gossens gefährliches Werk 50 Jahre später durch Henry Georges und Damaschkes Literatur ersetzt wurde, daß Marx den Kampf gegen das Parasitentum aufs tote Gleis schob, daß wir jetzt Jahrzehnte brauchen, um, rückwärts marschierend, wieder an den Ausgangspunkt zu gelangen und den von Gossen 1850 gezeigten Weg einzuschlagen.

Gossen verfällt nicht, wie George und die anderen, in den Fehler, alle Übel der heutigen Gesellschaftsordnung in der Grundrente zu erblicken. Er sieht auch den Zins und das Kapital, wie es um dieselbe Zeit auch Proudhon tat. Und auch das sah er, daß der Zins und das Kapital von der Geldseite her anzupacken seien, während alle anderen Sozialpolitiker das Geldwesen ganz aus dem Kreis ihrer Untersuchungen ausschalteten. Begeistert durch das, was ihnen das Studium der Grundrente offenbarte, unterließen sie es, weitere Forschungen anzustellen. So kamen dann die einseitigen Lösungen der sozialen Frage zustande, die nur das eine für sich hatten, daß sie das Interesse für die wirtschaftlichen Fragen wachhielten.

Vielleicht veranlassen diese Ausführungen einen Leser der „Freiwirtschaft“, dem die Bibliotheken zugänglich sind, das Werk Gossens zu studieren und uns einen Bericht über das zu geben, was er dort gefunden hat.

I. O.

[Pseudonym für S. Gesell / Die Red.]

Der Mechanismus der Kapitalbildung durch Sparen.

Privatwirtschaftlich betrachtet ist der Mechanismus des Sparens ein höchst einfacher. Man erzeugt und verkauft mehr Ware als man kauft, und den Unterschied bringt man als zinstragendes Ersparnis zur Bank, zur Sparkasse. Das ist der ganze Vorgang. Wer privatwirtschaftlich denkt, sieht hier kein Problem. Das ein-zige Problem solcher Betrachtung liegt in der Überwindung der mit der Warenerzeugung verbundenen Mühseligkeiten und in der Überwindung der Ungeduld beim Verbrauch der erzeugten Güter.

Wer dagegen volkswirtschaftlich in Zusammenhängen die Dinge zu durchdringen sucht, der findet in der obigen Darstellung allerhand, was der Erklärung bedarf. Zunächst fragt er, wie es denn überhaupt möglich sein kann, daß jeder mehr Ware erzeugt und *verkauft*, als jeder zu kaufen wünscht. Wenn jeder, sagen wir für 100 Mark, Ware erzeugt, jeder aber nur für 80 Mark Ware kauft, um einen überschuß an Geld auf die Sparkasse zu bringen, was geschieht dann mit dem Warenüberschuß von je 20? Im Einzelfall könnte es wohl vorkommen, daß einer alle seine Produkte verkauft, auch wenn er selber nur für einen Teil des Erlöses seiner Produkte wieder Ware kaufen will. Aber wenn *alle* sparen wollen, so kann gewiß keiner sparen, insofern, als der für den Sparzweck über den eigenen Bedarf an Waren erzeugte Teil dann unverkäuflich sein muß. Wenn jeder so viel kauft, wie er verkauft, dann ja, dann steht dem restlosen Absatz der Produkte nichts im Wege, da kann jeder sparen, aber das, was er dann spart, ist kein Geld, das er zur Sparkasse bringen kann. Er hat dann mehr Sachen, mehr Vorräte, mehr Werkzeug, mehr Kleider und Vieh, aber bares Geld, ein Sparguthaben auf der Bank hat er nicht. Da nun aber die eben gedachte Form des Sparens nicht oder nicht mehr gebräuchlich ist und man heute ganz allgemein den Ersparnissen die Geldform zu geben trachtet, so bedarf der zu Anfang beschriebene Mechanismus des privatwirtschaftlichen Sparens einer weiteren Erklärung.

Man könnte die Erklärung vielleicht darin suchen, daß den Sparern, die mehr Waren erzeugen, als sie selber kaufen, andere Personen auf dem Markt gegenübertreten, die umgekehrt mehr Waren verbrauchen, als sie erzeugen, z. B. der kriegführende Staat oder Leute, die ihr Gut mit Schulden belasten und das Geld verprassen. Aber wie könnte man in solchem Fall das Sparen predigen, ohne gleichzeitig auch das Schuldenmachen, die Verschwendung zu predigen, die man als eine Vorbedingung des Sparens ausgibt und ohne die die Waren der Sparer unverkäuflich bleiben müßten? Auch ist dann das, was die Sparer heimbringen, wieder kein bares

Geld, sondern Wechsel eines Schuldenmachers, die nicht für die Sparkasse verwendbar sind. Wir haben aber im Deutschen Reich vor dem Kriege 22 Millionen Sparkassenbücher gehabt mit 18 Milliarden Mark d. R. W. Einlagen. Und es war alles bares Geld, was dort eingelegt wurde. Es waren also allein von dieser Seite für 18 Milliarden Mark mehr Waren (und Dienstleistungen) angeboten und gegen bares Geld verkauft worden, als von denselben Leuten an Waren gekauft worden war. Woher kam dieses Geld? Wer kaufte diesen Warenüberschuß? Nun, es waren die Schuldner der Sparkassen, die Landwirte, die Handwerker, die Kaufleute, die von den Sparkassen Geld als *Darlehen* erhielten, um ihre Geschäfte zu betreiben und die dann mit diesem Geld die Waren, die die Sparer auf dem Markt als Überschuß liegen gelassen hatten, aufkauften und fort-schafften. Für 18 Milliarden hatten die Sparer Waren überschüssig erzeugt, 18 Milliarden hatten sie gespart und zur Kasse gebracht, und für den gleichen Betrag hatten die Sparkassen Vorschüsse gegeben, die sich in eine gleiche Nachfrage nach Waren umsetzten. Der Kreislauf des Geldes war auf diese Weise geschlossen. Die Sparkassen und die Warenmärkte waren leer. Die Sparer konnten bares Geld zur Sparkasse bringen, ohne daß es an Käufern für ihre Produkte fehlte. Es war spartechnisch dem ganzen Volk ermöglicht, zu sparen. Die Unternehmer, Kaufleute und Landwirte waren zwar der Sparkasse gegenüber verschuldet, aber es waren doch keine eigentlichen Schuldenmacher, die mehr verbrauchten, als sie erzeugten, denn diese Sparkassenschuldner verwandten das Geld der Sparkasse zum Kauf der von den Sparern zurückge-lassenen Waren zwecks Umwandlung in andere Güter, z. B. für den Bau von Häusern. Sie schuldeten Geld, verfügten dafür über Sachwerte, die sich wieder normalerweise in Geld umsetzen ließen, mit dem sie ihre Schulden bezahlen konnten.

Solange das System funktioniert, liegt kein Unsinn in der Ermahnung: Nur durch Sparsamkeit kann ein Volk zu Wohlstand gelangen, und man kann auch das Sparen als eine allgemein üb bare, für alle erreichbare Tugend hinstellen. Es bedarf nicht der Verschwendungen des Grafen von Luxemburg, um dem Über-schuß an Waren, den die Sparer auf dem Markte zurücklassen, Absatz zu ver-schaffen. Es ist durchaus möglich, daß alle für 100 produzieren und nur für 80 konsumieren. Die einzige Voraussetzung ist, daß alle den ersparten Geldüber-schuß zur Sparkasse bringen und daß die Sparkassen diesen Überschuß wieder durch Darlehen in Umlauf setzen können. Sobald in dieser Beziehung Störungen eintreten, sei es, daß die Sparer den Kassen nicht trauen, sei es, daß die Kassen bei der Weitergabe des Geldes auf Schwierigkeiten stoßen, tritt auch der zu Anfang erwähnte Wider-

spruch, der im Geldsparen liegt, in Erscheinung, d. h. die Sparer können den Überschuß an Produkten, den sie für Sparzwecke verkaufen wollen, nicht absetzen. Dann füllen sich die Märkte, und man spricht von Überproduktion, von Krise und Arbeitslosigkeit.

Von den genannten beiden Ursachen, die den Geldkreislauf stören können, ist einmal dieser, ein andermal jener wirksam, einmal auf kürzere Zeit, ein andermal auf längere Zeit. Und je nachdem spricht man von einer chronischen oder akuten Wirtschaftskrise. Heute aber sind *beide* Störenfriede gleichzeitig wirksam. Die Sparer fürchten, ein zweites Mal betrogen und bestohlen zu werden, wenn sie ihr Geld auf die Sparkasse bringen. Sie ziehen es vor, das Geld unter unmittelbarer Aufsicht bei sich zu Hause als Barschatz zu behalten, um, falls die Währung wieder in die Brüche gehen sollte, diese Ersparnisse sofort in Sachwerte umsetzen zu können. Auch macht sie der Umstand, daß heute so viele anständige Kaufleute den Heldentod auf dem Schlachtfeld der Währung finden, mißtrauisch gegenüber den Sparkassen, die zu leicht in den Strudel gerissen werden können. So gelangt nur wenig Geld in die Sparkasse und durch diese in den Verkehr zurück. Die Unternehmer und Landwirte wiederum, denen der Reichskanzler und der Reichsbankpräsident einen erheblichen Preisabbau in Aussicht stellen, die hüten sich, von den Sparkassen Darlehen zu verlangen. Verspricht ihnen der Reichskanzler doch, die Machtmittel der Reichsbank dafür einzuspannen, daß sie das, was sie heute für 100 kaufen können, in naher Zukunft für 90 bis 80, vielleicht sogar 70 und weniger bekommen können. Wer an solchen Preisabbau glaubt, und es gibt Leute genug, die ihn für möglich halten, der hat mit einemmal schrecklich viel Zeit für die Ausführung der von ihm etwa geplanten Erwerbungen und Verbesserungen seines Betriebes. *So viel, wie er durch Zuwarten am Preisabbau im geplanten Unternehmen verdienen kann, wirft normalerweise kein Betrieb ab.* Bis der versprochene Preisabbau Tatsache geworden und ehe nicht von oben her gemeldet wird, daß der Preisabbau endgültig zum Abschluß gebracht wurde, wartet er ruhig und vergnügt. Mittlerweile aber und solange der Unternehmer den Gang zur Sparkasse nicht geht, ist der Kreislauf des Geldes nicht geschlossen, können die von den Sparern in Überschuß erzeugten Waren nicht abgesetzt werden und müssen darum die Werke wegen Absatzschwierigkeiten geschlossen bleiben.

Dies ist in groben Zügen der Mechanismus des Sparens. Wer ihn begriffen hat, der weiß auch, was heute zu tun ist, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Nämlich: Erfüllung der Bedingungen eines geschlossenen Kreislaufes des Geldes durch Wiederherstellung des Vertrauens zu den Sparkassen und zu der

Währung, dadurch, daß alle Staatsmänner, Richter, Parlamentarier, die aktiv und passiv an der Inflation beteiligt waren, heimgeschickt (wie milde der Kultur-mensch doch die Verbrecher behandelt!) und durch neue ersetzt werden. Ferner: Sicherung der Volkswirtschaft gegen den Preisabbau, d. h. gegen Senkung des Indexes, dadurch, daß der Reichsbank durch Gesetz vorgeschrieben wird, sie habe als *einzigsten Maßstab* für die Notenausgabe die Stabilisierung des deutschen Indexes zu betrachten und danach zu handeln. Als einzigen Maßstab, das will heißen, daß die Reichsbank bei der Notenausgabe keinerlei Rücksicht auf den Kreditbedarf ihrer Kundschaft zu nehmen hat und den Dollarkurs nur so lange halten soll, als sie dabei nicht in Widerspruch mit der Stabilisierung des Indexes gerät.

Für die Tagesbedürfnisse unserer Wirtschaft genügt das hier über den Spar-mechanismus Gesagte. Wer weiter schaut, der entdeckt im beschriebenen Mechanismus der Spartechnik einen weiteren Fehler, den die geforderten Maßnahmen nicht beseitigen würden und dem die Reichsbank mit ihren heutigen Banknoten ganz bestimmt nicht beizukommen vermöchte. Der Fehler liegt darin, daß die Sparer das Geld nur unter der Bedingung zur Sparkasse bringen, daß ihnen dort ein Zins vergütet werde. Damit nun die Bank das Spargeld durch Zinsangebot an sich locken kann, muß sie selber in der Lage sein, das Geld gegen Zinszahlung bei den Unternehmern als Darlehen unterzubringen, und damit die Unternehmer den Zins zahlen können, muß auf dem Gebiete des Unternehmertums eine gewisse Knappheit bestehen. Es dürfen z. B. nicht so viele Häuser gebaut werden, daß ihr Angebot den Mietzins drückt. Denn fallen die Mieten, so kann der Unternehmer den Zins, den die Bank haben muß, um das Geld der Sparer mit dem nötigen Erfolg anzulocken, nicht mehr bezahlen. Fallen die Mieten unter die Zinsforderungen der Sparkassen und sonstigen Geldgeber, dann kann der Unternehmer nicht weiterbauen. Dann läßt er das Geld der Kassen unberührt und dann ist der Kreislauf des Geldes wieder nicht geschlossen, d. h. der zu Anfang gezeigte Widerspruch im Mechanismus des Geldsparens tritt wieder in Erscheinung. Die Wirtschaft steht still, die Sparer werden als Arbeitslose an die Luft gesetzt und müssen nun die zu Sparzwecken in Überschuß erzeugten und auf dem Markt als unverkäuflich lagernden Waren selber zurückkaufen (soweit sie für ihre Bedürfnisse verwendbar sind), indem sie dazu Geld von den Sparkassen abheben. Zur Abwechslung kaufen sie nun mehr als sie produzieren. Vielleicht sogar kaufen sie, ohne überhaupt etwas zu produzieren. Als Sparer erzeugten sie 100 und kauften 80. Als Arbeitslose kaufen sie mit Spargeldern 20 und erzeugen und verkaufen 0. So wird jetzt der Kreislauf des Geldes rückwärts geschlossen. Nicht mehr durch Darlehen für die Fort-führung der Wirtschaft leeren sich jetzt die

Sparkassen, sondern durch Abhebungen. Ein gewaltiger Unterschied. Die Darlehen führen zu einer Bereicherung des Volkes (wie weit diese allerdings durch die heutige Spartechnik gestattet wird, haben wir gesehen), indem sie die auf dem Markte lagernden Waren in dauerhaftere Güter (Häuser, Schiffe, Fabriken) verwandeln und dabei die ganze Wirtschaft in Betrieb erhalten. Die Abhebungen dagegen bedeuten eine Verarmung. Freilich durch diese Verarmung, durch diese Verknappung des Sachkapitals steigen wieder die Mieten und steigt der allgemeine Zinsertrag, der dann den Unternehmern wieder gestattet, den von den Sparkassen geforderten Zins zu bezahlen und die Betriebe wieder aufzunehmen. Vorausgesetzt, daß inzwischen nicht wieder eine der beiden anderen oben genannten Krisenursachen wirksam geworden ist und die Geschlossenheit des Geldkreislaufes unmöglich macht. Gewöhnlich aber verläuft die Sache so, daß, wenn der Zinsertrag des Sachkapitals zurückgeht und aus diesem Grunde der Geldumlauf ins Stocken gerät und die Krise ausbricht, dann auch die beiden anderen genannten Gründe der Krise (das Mißtrauen gegen die Sicherheit der Sparkassen und die Hemmung des Geldumlaufes infolge der Furcht vor einem Preisabbau oder Preissturz) außerdem noch wirksam werden und die Krise verschärfen. Dies Ineinandergreifen so verschiedener Umstände ist dann der Grund gewesen, warum der eigentliche Herd der Krankheit so lange unentdeckt bleiben konnte.

Woher kommt das Geld der sogen. amerikanischen Anleihen?

Wenn das alles amerikanisches Geld wäre, das als amerikanische Anleihe heute bezeichnet wird, so müßten wir unsere Ansichten über die Schnelligkeit, mit der die Freiwirtschaft den allgemeinen Kapitalzins von 5 auf 4, 3, 2, 1 und 0% senken muß „stark nach vorwärts revidieren. Uns erschien immer ein Zeitraum von etwa 15 – 20 Jahren krisenfreier Weltwirtschaft unter Vollbetrieb für das erstrebte Ziel nötig. Das amerikanische Beispiel würde uns aber den Beweis liefern, daß dazu viel weniger Zeit genügen muß.

Die folgende Überlegung soll uns zu diesem Schluß führen. Die U. S. A. waren bis zum Ausbruch des Weltkrieges in hohem Maße Abnehmer für europäisches Kapital. Ein großer Teil, wenn nicht der größte Teil der Aktien der amerikanischen Eisenbahnen, war in europäischem Besitz. Europäische Kapitalisten waren an den Städteanleihen, an den Industrien, an den Hypotheken beteiligt. Amerikanische Seeschiffe gab es kaum. Den Welthandel der U. S. A. vermittelten fremde Schiffe. Der allgemeine Kapitalzins stand in Amerika durchweg bedeutend höher als

in Europa. Beweis, daß es in Amerika noch mehr an Kapital mangelte als in Europa.

Heute ist es nun anders geworden. Die Amerikaner haben ihre Eisenbahnaktien zurückgekauft. Die Aktien der Industrie, die Titel der Stadtanleihen, die Pfandbriefe, die Geschäftsbeteiligungen sind wieder zurückgewandert, woher sie gekommen waren. Europa ist nicht mehr Gläubiger der U.S.A. Es verhält sich nun umgekehrt. Europa ist zum Schuldner geworden. Und zwar in einem fast fabelhaften Umfang. Die 132 Milliarden Goldmark, die Deutschland der Entente schuldet, die sind restlos den Amerikanern verpfändet. Das Deutsche Reich allein schuldet so jedem Amerikaner, mit Kind und Kegel, je 1320 Mark. Daneben noch die inzwischen von Schacht, von den Industriellen, von den Städten aufgenommenen Anleihen. Auch die anderen Staaten Europas sind, wenn auch nicht in diesem Umfang, Schuldner der Amerikaner geworden.

Neben diese finanziellen Leistungen der amerikanischen Wirtschaft treten nun noch die gewaltigen Verbesserungen, die die Amerikaner in den letzten Jahren an ihrem industriellen Apparat ausgeführt haben und die Amerikaner befähigen, Tagelöhne von 5 bis 10 Dollar zu bezahlen und trotzdem auf dem Weltmarkt mit der europäischen Industrie siegreich wettzulaufen. Und auch das muß erwähnt werden, daß die Amerikaner für die ankommenden pudelarmen Einwanderer Behausung und Arbeitsmittel beschaffen, eine Kapitalanlage von etwa 5000 bis 10 000 Dollar pro Kopf, was einer Kapitalanlage von etwa 5 Milliarden Dollar allein für die Einwanderer fürs Jahr entsprechen mag. Daneben schaffen sie die Handelsflotte.

Dieser gewaltige Kräftezuwachs ist in den letzten 3 bis 4 Jahren entstanden. Der Krieg hat die amerikanische Wirtschaft ausgepumpt, wenn auch nicht in dem Maße, wie es in Europa und namentlich in Deutschland geschehen ist, so doch im Umfang der amerikanischen Rüstungen und der Anleihen, die die Verbündeten in Amerika machten. Um den Betrag dieser Summen war die amerikanische Wirtschaft verarmt. Dem Kriege folgten die Jahre der Arbeitslosigkeit. Fünf Millionen Arbeitslose zählte man während der Krise, die zwei Jahre anhielt. Diesen 8 mageren folgten nun einige fette Jahre, die genügten, um nicht nur alles wieder gutzumachen, was der Krieg und die Krise der Wirtschaft entnommen hatten, sondern auch um die Mittel zu schaffen für die in diesen Jahren gemachten neuen europäischen Anleihen, für die Umgestaltung der Industrie und für die Herberge der ungeheuren Einwanderung. Eine Riesenleistung für eine Zeitspanne von 3 bis 4 Jahren.

Nehmen wir nun an, es stimmte alles, was hier oben gesagt wird, und fragen dann: was würde geschehen, wenn die amerikanische Wirtschaft in diesem Tempo eine Reihe von Jahren weiter arbeitete? Was würde aus den Überschüssen werden?

Was würde geschehen, wenn jetzt auch Europa anfangen würde zu arbeiten, wenn die europäische Wirtschaft, einmal in Vollbetrieb gesetzt, ähnliche Überschüsse machen würde und für diese Kapitalüberschüsse

Absatz im Ausland suchen müßte, wie es die Amerikaner heute tun müssen und heute noch tun können?

Was würde geschehen, wenn die *Weltwirtschaft* einmal wirklich in Vollbetrieb gesetzt würde, wenn die Menschheit sich einmal hemmungslos in der ganzen Welt der Schaffung neuen Kapitals hingeben könnte, wie das mit der Freiwirtschaft möglich sein wird, wenn der Wirtschaftsbetrieb niemals mehr durch Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit gestört werden könnte?

Was würde geschehen, wenn die Kapitalüberschüsse der ganzen Welt, einschließlich der Kapitalüberschüsse der mit modernen Maschinen ausgerüsteten, intelligenten, sparsamen, nüchternen, fried samen 800 Millionen Mongolen, keinen Absatz mehr im Ausland fänden und diese Überschüsse darum überall der ortsansässigen Bevölkerung angeboten werden müßten? Was geschieht, wenn als Folge eines solchen Kapitalangebots der Zinsfuß zu sinken beginnt, wenn in dem Maße, wie der Zinsfuß sinkt, der Reallohn steigen muß, sich verdoppelt und verdreifacht, wie das in Amerika sich jetzt – wenigstens vorübergehend – zeigt, und wenn dann der sparsame Proletarier den Teil des Lohnes, um den er gestiegen ist, zur Sparkasse bringt und er so das Kapitalangebot noch weiter und in ungeahntem Maße verstärkt?

Müßte da der Zins des Kapitals (der doch nur ein Produkt der Kapitalknappheit ist) nicht in diesem Meer von neugeschaffenem Kapital untertauchen und auf Nimmerwiedersehen verschwinden?

So sehr ich auch an eine solche Entwicklungsmöglichkeit glaube, so hege ich doch Zweifel, daß das, was wir heute als amerikanische Kapitalüberschüsse in den amerikanischen Anleihen bewundern, wirklich der amerikanischen Wirtschaft entstammt. Es wäre fast eine zu schöne Bestätigung meiner eigenen Kapitaltheorie, wenn es sich wirklich so verhielte. Vieles haben die verflossenen Jahre wirtschaftlichen Vollbetriebs in Amerika gewiß geschafft, aber nicht so viel, daß sie über die Deckung des während des Krieges betriebenen Raubbaues hinaus nun noch für die europäischen Märkte Überschüsse liefern könnten. Und so wenig hat die europäische Wirtschaft trotz aller bürokratischen Hemmungen und Währungspfuschereien doch nicht hervorgebracht, daß die Europäer nun darauf angewiesen wären, in Amerika pumpen zu müssen. Es wurde verhältnismäßig wenig produziert, aber auch unverhältnismäßig wenig konsumiert. (Man erinnere sich hier, wie mit der Inflation die Löhne und Gehälter immer weit hinter der allgemeinen Preissteigerung herhinkten wie mit der vom Reichstag geduldeten Unterschlagung der Sparkassengelder die Greise sich erhängten und als Konsumenten aus der deutschen Wirtschaft ausschieden; entsprechend hinkte der Konsum hinter der Produktion in Deutschland wie in fast allen Ländern Europas her.) So daß auch hier Überschüsse entstanden sein müssen, wenn auch nur kleine. Wo sind diese geblieben? Die Antwort auf diese Frage liefern die amerikanischen Anleihen. Es ist deutsches, schweizerisches, französisches, englisches, italienisches, belgisches Kapital, was mit diesen

Anleihen nach Europa kommt. Europäisches Kapital, das den Schutz der amerikanischen Marine vor dem Bolschewismus und vor der Vermögensbesteuerung durch die verschuldeten Staaten sucht. Das Geld in Europa kreist nicht mehr in kleinem Bogen über die Sparkasse oder Bank zur Fabrik und von da zur Sparkasse des Arbeiters und zurück zur Bank, sondern in mächtig erweitertem Bogen über die Banken und an den Steuerkassen vorbei nach Wallstreet und von da über Dollaranleihen zurück nach Europa. Die Zinsen aber dieser sogenannten amerikanischen Dollaranleihen kann jeder als Werbekosten vom steuerbaren Einkommen in Abzug bringen.

Man kann sich ja vorstellen, daß, wenn überall in Europa die Kapitalisten mit der Vermögensabgabe sich bedroht sehen – seit zwölf Jahren –, in Deutschland wegen der Reparation, in England wegen der Arbeitslosigkeit, in Frankreich wegen der Steuersabotage der Landwirte – und überall in Europa jeder Kapitalist nur an die Kapitalflucht denkt, und New York der einzige sichere Hafen für solche Steuerflüchtlinge ist, daß dann ungeheure Summen dort zusammenlaufen müssen, Summen, die man getrost der Summe der Anleihen gleichstellen kann, die aber wahrscheinlich diese Anleihen übertreffen und deren Überschuß von den amerikanischen Unternehmern für die Modernisierung ihrer Betriebe beansprucht werden. So sonderbar es klingen mag: es besteht begründeter Verdacht, daß nicht Amerika uns Europäer mit Kapital versieht, sondern daß umgekehrt wir Europäer den Amerikanern jetzt Geld pumpen, wie das vor dem Kriege der Fall war, nur mit dem Unterschied, daß damals der höhere amerikanische Kapitalertrag Grund solcher Kapitalwanderung war, während jetzt die von den Marinegeschützten ausgehende größere Sicherheit die treibende Kraft solcher Schiebung bildet.

Schade, daß es nicht so ist, wie es aussieht. Aber wir müssen die Wahrheit sagen ohne Rücksicht, ob wir dabei eine neue Stütze für unsere Theorien gewinnen oder verlieren. Die Wahrheit ist immer die beste Waffe, sofern man ehrliche Wege geht. Durch diese Darstellung werden die Kapitalisten vor eine böse Alternative gestellt: *Leugnen* sie die Kapitalflucht, so bejahen sie die ungeheure, dem Kapital so gefährliche Produktivkraft der amerikanischen und damit jeder in Vollbetrieb sich befindenden Wirtschaft. Sie müssen dann zugeben, daß der Kapitalzins durch weiter nichts als durch ungehemmte Arbeit in kurzer Frist zur Strecke gebracht werden kann, sofern nur die Rentabilitätsgrenze durchstoßen und damit die aus dem Niedergang des Kapitalzinses entspringende Wirtschaftskrise überwunden wird. Sie bestätigen damit vor aller Welt unsere Kapitaltheorie. *Bejahen* sie dagegen die Kapitalflucht, so geben sie zu, daß wir mit der restlosen Abwälzung der Reparationen und der sonstigen Kriegslasten auf die Sachwerte durch die von uns von allem Anfang an geforderte 75prozentige Sachwertsteuer auf dem richtigen Wege sind, denn nur durch eine Sachwertsteuer, deren Höhe hoch genug bemessen erscheint, um eine zweite Schur überflüssig zu machen, kann man

den Kapitalisten das Sicherheitsgefühl für den Rest ihres Vermögens zurückgeben, das unbedingt geschaffen werden muß, wenn der Kapitalflucht, die Europa ins Verderben stürzt, ein Ende bereitet werden soll.

Was verstehen Luther und Reinhold unter Preisabbau?

Der logische und rechnerische Nachweis, daß Preisabbau gleichbedeutend ist mit Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, ist längst erbracht (siehe Freiwirtschaftliche Literatur). Früher schon hatten die Bimetallisten vieles zur Aufdeckung dieser Zusammenhänge gesagt. Man braucht nur wenige Seiten von Laveleyes Buch: *La Monnaie et le bimetalisme* zu lesen, dann weiß ein einigermaßen begabter Mensch Bescheid in diesen Dingen. Den literarischen Nachweis, daß alle Wirtschaftskrisen nicht nur von einem Preisabbau begleitet gewesen sind, sondern vom Preisabbau verursacht wurden, liefert Fritz Schwarz in seinem vor kurzem erschienenen Werk: *Fluch und Segen des Geldes*. Zum Überfluß bringt nun noch das internationale Arbeitsamt des Völkerbundes den statistischen Nachweis, daß der Grund der Arbeitslosigkeit in der Währungspolitik zu suchen ist.

Die hier erwähnte Literatur ist zwar von der deutschen Presse von links bis rechts totgeschwiegen worden (dieselbe Taktik, die auch der Inflation gegenüber geübt wurde), aber die Dinge liegen jetzt in Deutschland bereits so klar zutage, daß wir den Mut nicht aufbringen können, anzunehmen, daß Luther und Reinhold bei ihrer jüngsten Propaganda für Preisabbau eine durch Währungspolitik zu betreibende Senkung des Indexes im Sinne hatten, sondern etwas ganz anderes. Der Umstand, daß Luther in seiner letzten Rede die Währungspolitik als das Wichtigste der Regierungsgeschäfte bezeichnete und folgerichtig dann auch die Währungspolitik an die Spitze des ganzen Programmes stellte, während Wirth noch umgekehrt zuerst die Wirtschaft in Ordnung zu bringen versprach, um dann an die Lösung der Währungsfrage zu gehen, ist uns Beweis dafür, daß unsere Staatsmänner, so miserabel sie auch für ihr Amt vorbereitet sind, so viel doch bereits aus dem von ihnen angerichteten Schaden gelernt haben, daß man die Wirtschaft nicht durch Preisabbau sanieren kann. Wenn Luther und Reinhold unter Preisabbau wirklich Senkung des Indexes gemeint hätten, dann brauchten sie sich ja nicht an das große Publikum zu wenden. Mit einem Wink an Dr. Schacht wäre die Sache erledigt gewesen. Dr. Schacht hat bereits so viele Tausende von Geschäfts-

leuten abgewürgt und um die Ecke gebracht, daß man annehmen muß, es wäre ihm ein Spaß, auf den Wink des Reichskanzlers hin durch Noteneinzug und Preisabbau noch einige zehntausend von Kaufleuten auf die Liste der Bankrotteure zu bringen.

Was also hatte Luther im Sinn, als er vom Preisabbau sprach? Ich glaube, es war Luther selber nicht ganz klar, was er wollte. So wollen *wir* ihm hier sagen, was *er* sagen wollte. Er verwechselte den Abbau der Preise mit dem Abbau der Handelsprofitrate. Möglich auch, daß er diese beiden so grundverschiedenen Dinge nicht verwechselte, daß er aber glaubte, der Abbau der Handelsprofitrate müsse notwendigerweise auch mit einem entsprechenden Preisabbau verbunden sein. Das aber ist durchaus keine Notwendigkeit. Wenn wir den Abbau des Handelsprofits mit Preisabbau und Arbeitslosigkeit erkaufen müßten, wo wäre da der Gewinn?

Es verhält sich hier in bezug auf die Preise mit dem Abbau der Handelsprofitrate genau so, wie bei einer allgemeinen Senkung der Produktionskosten als Folge irgendeiner technischen Verbesserung. Zur Zeit der Metallgeldwährung mußte ein solches frohes Ereignis stets mit einem Preisabbau und einer Krise gefeiert werden. Je größer der technische Erfolg, um so größer war der Jammer der Arbeitslosen. So daß jede Verbesserung der Produktionsmittel von weiten Kreisen des Volkes mit Recht verflucht wurde. Seitdem wir aber mit Papier Geld nach Bedarf herstellen können, braucht die Senkung der Produktionskosten nicht mehr von einem Preisabbau begleitet zu sein. Wirft die Maschine mehr Ware auf den Markt, so bringt heute die Notenpresse, so nehmen wir an, mehr Geld in Umlauf. Dem vermehrten Angebot tritt so vermehrte Nachfrage entgegen. Der Einfluß der verbesserten Technik auf die Preise wird durch die verbesserte Notenpolitik nullifiziert.

Genau so muß es sich auch mit dem Abbau der Handelsprofitrate verhalten, wenn der Leiter der Notenpolitik sein Handwerk versteht. Ohne zu fragen, warum die Preise abwärts neigen, bekämpft er blindlings solche Tendenz durch Vermehrung des Notenumlaufes. Mag der Himmel die Ernten segnen, mag der Techniker die Produktivität der Arbeit verdoppeln, verzehnfachen, mag die Konsolidierung des Handels die Profitrate wieder den Vorkriegszuständen nähern, einerlei, durch Ausgabe von Noten werden die Preise auf gleicher Höhe erhalten. Aus keinem anderen Grund als aus Nachlässigkeit oder verbrecherischer Beteiligung an spekulativen Börsengeschäften von seiten der Leitung des Noteninstituts können jetzt noch die Preise sinken.

So bleibt also nur noch die Frage zu beantworten, wo die auf Konto der gesenkten Handelsprofitrate gesparten Milliarden bleiben, wenn die Preise nicht zusammen mit der Handelsprofitrate sinken sollen? Werden die Milliarden von der Grundrente, vom Kapital-

zins oder vom Arbeitslohn beansprucht werden? Wer vermöchte diese Frage heute einwandfrei zu beantworten? Durch die Einschränkungen in der Freizügigkeit, namentlich infolge der empörenden amerikanischen Einwanderungsgesetze kann sich das allgemeine Lohngesetz heute nicht so durchsetzen, daß man von hier aus diese Frage befriedigend beantworten könnte. Was kann der Arbeiter heute fordern, der, an der Auswanderung gehindert, sich bei den Lohnverhandlungen von Tausenden von Arbeitslosen umringt sieht? Was bedeuten Tarifverträge für den arbeitslos gewordenen Familienvater?

Andererseits hat der Krieg und die Kapitalflucht im Unternehmerkapital solche Verwüstungen angerichtet, daß es wohl noch lange währen wird, ehe sich hier eine genügende Nachfrage nach Arbeitskräften einstellen kann, um den Lohn auf Kosten des Kapitalzinses heben zu können. Wir haben zwar heute einen außerordentlich hohen Zinsfuß für flüssiges Kapital. Der Unternehmer zahlt diesen Zins für Reparaturen, für den Ankauf von Rohstoffen und andere verhältnismäßig geringfügige Summen. Niemand aber glaubt heute, aus einem neu zu bauenden Unternehmen einen Zins von 8 oder 10% herauswirtschaften zu können. So lange aber keine neuen Unternehmungen gegründet werden, fehlt es an der nötigen Nachfrage nach Arbeitskräften, bleiben die Arbeiter arbeitslos und kann sich ihnen gegenüber der Unternehmer aufs hohe Pferd setzen. Es ist darum anzunehmen, daß zunächst die am Handelsprofit zu sparenden Milliarden vom Kapital beansprucht werden, und erst dann, wenn die mit dieser Hilfe gehobenen Dividenden die Neuanlagen von Fabriken rentieren werden, wird durch Auflösung der Arbeiterreserven der Arbeitslohn sich an jene Milliarden heranmachen können und sie mit der Zeit ganz reklamieren – wenn bis dahin die Macht der *Grundbesitzer* nicht so zugenommen hat, daß auch von dieser Seite neue Ansprüche erhoben werden können.

Für den intelligenten Proletarier, der seine Lage begriffen hat, kann es heute nicht einerlei sein, ob der Unternehmer rechnerisch bestehen kann oder nicht, denn hiervon hängt es in der kapitalistischen Ordnung ja ab, ob er Arbeit findet und etwas zu beißen hat oder ob er als Arbeitsloser herumlungern muß. Arbeitslosigkeit bedeutet doch nur Mangel an Unternehmern. Ehe der Unternehmer Geld zusetzt, und wäre es auch nur eine Mark im Jahr, schließt er lieber die Fabrik. Warum soll er eine Mark zusetzen, um tausend Arbeiter zu beschäftigen, und woher soll er diese Mark mit der Zeit nehmen? Darum wird der Proletarier, der seine Lage überschaut, es gerne sehen, wenn die finanzielle Lage des Unternehmers so weit gekräftigt wird, daß er darangehen kann, sein Werk auszubessern oder zu erweitern. Denn hiervon hängt es ab, ob die den Lohn drückenden Arbeitslosen vom Arbeitsmarkt verschwinden

oder nicht. Der Arbeitslose, das ist der unmittelbarste Feind des Arbeiters. Arbeitslose gibt es aber nur dort, wo die Dividenden den regelrechten Kapitalzins nicht aufwiegen.

Mit der Herabsetzung der Handelsprofitrate verhält es sich nun so, daß die Dividenden gehoben werden können, ohne die Mittel dazu durch Lohndruck gewinnen zu müssen. Es eröffnet sich hier eine Quelle, aus der der Fehlbetrag der heutigen kapitalistischen Wirtschaft gedeckt werden kann. Und eine stark sprudelnde Quelle wird es sein, wenn alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um das Ziel zu erreichen. Berechnet man die deutsche Arbeit mit 50 Milliarden jährlich, wovon vielleicht 35 Milliarden zu den Kaufmannsgütern zu rechnen sind, die heute mindestens mit einer Handelsprofitrate von 50% belastet sind, so handelt es sich um eine Summe von 17 1/2 Milliarden, auf die Luther und Reinhold ihre Abbautätigkeit wirken lassen können. Gelänge es diesen beiden Genies, die Handelsprofitrate wieder auf den Vorkriegsstand zu bringen (nach den Berechnungen von Prof. Lujo Brentano etwa 35%), so könnten hier jährlich der deutschen Warenproduktion 5250 Millionen an Unkosten erspart werden, eine Summe, die genügen dürfte, um bei unveränderten Verkaufspreisen die deutsche Volkswirtschaft wieder in ihrer ganzen Breite und Tiefe zu einer verlockenden Kapitalsanlage zu machen, um auch, nötigenfalls, ausländisches Kapital für die deutschen Werke zu interessieren. (Frage der Schriftleitung: Gibt es überhaupt *ausländisches Kapital*?)

Was kann nun Luther tun, um die Handelsprofitrate zu senken, in solchem Umfang zu senken? Er unterlasse jeden Eingriff in die Wirtschaft und verhalte sich im übrigen völlig passiv. Damit solche Eingriffe in Zukunft nicht mehr erfolgen können, entlasse er alle die, die solche Eingriffe bisher verübt haben. Auflösung des Reichswirtschaftsdirektoriums, Auflösung des Handelsministeriums, Auflösung des Arbeitsministeriums und aller Büros, die von diesen Ministerien abhängig sind. Schleifung der Zollgrenzen, Entlassung aller Zollbeamten, Abwälzung aller Reichsausgaben einschließlich der Reparationen unmittelbar auf die Sachwerte und Auflösung aller Finanzämter, Entlassung der 87 000 Finanzbeamten und Zahlung einer Pension an all diese Entlassenen in der Höhe des doppelten Gehaltes. (Letzteres dafür, daß sie jetzt keinen Schaden mehr anrichten und damit sie nur ja nicht wiederkommen.)

Haben die genannten beiden Männer etwas Mut, so empfehle ich ihnen außer den genannten Maßnahmen noch folgendes: Auflösung aller Organisationen, wirtschaftliche wie politische, restlose Zertrümmerung aller Syndikate, aller Handelskammern, Börsen, Gewerkschaften nach dem Grundsatz, daß, „wenn drei Personen desselben Berufes einträchtiglich miteinander verkehren, man auch sicher sein kann, daß sie gegen das öffentliche Wohl konspirieren“

(Herbert Spencer). Aber auch hier möge dasselbe großzügige Verfahren beachtet werden, das ich den zu entlassenden Beamten gegenüber empfahl, d. h. Bezahlung an alle Gewerkschaftsbonzen, Syndizi, Sekretäre usw. des doppelten Gehaltes bis an ihren seligen Tod. Alle diese Leute hemmen, soweit sie arbeiten, das freie Spiel der Kräfte. Sie wären in einer kommunistischen Wirtschaftsordnung am Platz, aber in einer durch den freien Wettbewerb, durch Nachfrage und Angebot geregelten Wirtschaft sind sie als gemeinschädliches Gewürm zu betrachten, als Innenreibung zu behandeln.

Es gab eine Zeit, es ist noch gar nicht so lange her, da kam man in Deutschland ohne alle diese Organisationen sehr gut aus. Damals gab es noch ehrliche Männer, ehrliche Parlamentarier. Durch diese gegen den freien Wettbewerb aufgestellten Beamten ist alles verdorben, alles verpfuscht worden, und die Wirkung dieser Pfuschereien bezahlen wir heute in einer Handelsprofitrate, die alle Begriffe übersteigt. Wir sind mit dieser Organisationspest in eine Sackgasse geraten. Das am „besten“ organisierte Volk ist heute auf dem Weltmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig, eben weil es am „besten“ organisiert ist.

Es ist wahrscheinlich, daß weder Luther noch Reinhold den von ihnen empfohlenen „Preisabbau“ so verstehen, wie er hier dargestellt ist. Wir haben darum Grund zur Annahme, daß beide überhaupt nicht wissen, was sie sagen wollten, und daß alles, was sie tun werden, hinauslaufen wird auf die Schaffung einer neuen „Organisation“.

5000 Dollar für die Lösung eines ökonomischen Widerspruches.

Die „Pollak“ foundation for the economic research, 109 Sargent street, Newton (Massachusetts) versendet eine Einladung zu einer Preisschrift für die beste „Gegenkritik“ des von William Foster und Waddili Catchings verfaßten Werkes „Profits“, das im Verlag genannten Instituts erschienen ist. Wer das Schlimmste gegen die dort vertretenen Theorien zu sagen weiß, erhält den Preis von 5000 Dollar. Als Preisrichter fungieren: Owen D. Young, Generaldirektor der General Electric Co.; Allyn A. Young, von der Harvard Universität, President der American Economic Association; Wesley C. Mitchell, von der Columbia Universität. Das Buch „Profits“ kann für vier Dollar von den oben genannten Verlegern bezogen werden. In den öffentlichen Bibliotheken soll es auch zu finden sein.

Wer sich das Studium des dicken Werkes sparen will, kann seine Preisschrift auch auf die folgenden Schlüsse aufbauen, zu denen die Autoren gelangt sind. Der „Konsum hält nicht Schritt mit der Produktion; ein gesparter Pfennig verursacht zuweilen einen Verlust von einem Pfennig; wirtschaftliche Kalamitäten oftmals wirtschaftlicher Segen; ungenügender Absatz schafft der Einfuhr feindliche Stimmung, der ge-

schlossene Kreislauf des Geldes (right flow of money) ist die wichtigste Forderung, das Problem ist lösbar.“

Das letzte Kapitel des Werkes enthält folgende Zusammenfassung:

„Die Produktion wird gehemmt, weil die Einkäufe der Konsumenten nicht mit der Produktion Schritt halten. Der Konsumenten Einkäufe bleiben aus zwei Gründen zurück: Der erste, weil die Industrie den Konsumenten nicht das zum Ankauf der eigenen Produkte nötige Geld zahlt; der zweite, weil die Konsumenten aus der Notwendigkeit der Ersparnisse heraus, auch das wenige Geld nicht ganz verausgaben können. Es gibt eben keinen gleichmäßigen Rückfluß des Geldes vom Konsumenten zum Produzenten und von diesem zum Konsumenten. Die Verstärkung des Geldumlaufes füllt das Defizit nicht ganz aus, das neu ausgegebene Geld wird hauptsächlich für Neuproduktion verwendet und diese Waren müssen den Konsumenten für mehr Geld verkauft werden, als die Verstärkung des Geldumlaufes geliefert hat. Darüber hinaus werden die Ersparnisse der Gesellschaften und der Einzelpersonen nicht dazu verwendet, die bereits auf dem Markte liegenden Waren zu kaufen, sondern um mehr Waren zu produzieren. Unter diesem System können wir darum nur so lange Fortschritte machen, als wir die Regale mit Waren füllen, die entweder als Ladenhüter dienen oder die wir mit Verlust verkaufen, oder so lange wir neues industrielles Geschirr bauen, das wir nicht brauchen werden. Das ungenügende Konsumenteneinkommen ist darum der Hauptgrund, warum wir nicht so viel produzieren wie uns die natürlichen Bedingungen, das Kapitalangebot (capital facilities), die technischen Vervollkommnungen, und das Eigeninteresse der Unternehmer und Arbeiter sonst zu produzieren gestatten würden. Hauptsächlich wegen mangelnder Konsumentennachfrage, schränken sowohl das Kapital wie die Arbeit die Produktion ein, wodurch sich die Nationen in solchen Kampf um die Weltmärkte verwickelt sehen, der den Hauptgrund der Kriege bildet.“

Die Arbeiten müßten in englischer Sprache verfaßt und spätestens am 1. Januar 1927 dem Bestimmungsort zugeführt werden.

Wir haben eine Anzahl Prospekte eingefordert und halten sie Interessenten zur Verfügung.
Schriftleitung der Fw.

Wie wir Deutschland im Völkerbund vertreten würden?

Meine Herren!

Jedes Wort, das hier gesprochen wurde, war reiflich überlegt. Alle Anwesenden haben sicher die beste Absicht, unser hohes Programm der Erfüllung näherzubringen. Dennoch, wenn wir die uns täglich zur Entscheidung vorgelegten Streitfragen näher betrachten, so müssen wir erkennen, daß in Fortentwicklung der in den Dingen liegenden Streitkeime der Tag kommen muß, wo schöne Reden nichts mehr nützen werden, und wo dann die Diskussion wieder mit „anderen Mitteln fortgesetzt“ wird, wie das bisher Sitte war. Die Streitfragen dürfen wir nicht durch Kompromisse zu verkleistern suchen. Es nützt alles nichts, das Objekt des Streites sorgt selber dafür, daß es immer wieder zum Vorschein kommt. Wenn irgendwo, so muß hier gründliche Arbeit ge-

tan werden, wenn wir späterhin nicht bekennen wollen, daß unsere Arbeit mehr geschadet als genützt hat. Auf diplomatischem Wege, auf dem Wege von Grenzberichtigungen (?), auf dem Wege der Abrüstung usw. geht es nicht. Wir müssen neue, völlig unbetretene Wege gehen. Dann mag es gelingen.

Unsere Organisation krankt an dem Umstand, daß wir uns hier nicht als Vertreter der Menschheit betrachten, sondern als Vertreter staatlicher Gebilde, die historisch zumeist als Produkte roher Gewalt anzusprechen sind. Irgendein Bandit fegte die Völkerschaften zu dem zusammen, was wir heute stolz Nation nennen, wobei kein anderer Gesichtspunkt solcher Tätigkeit Grenzen zog, als die Rücksicht auf den Widerstand irgendeines anderen Nachbarräubers. Diese staatlichen Machwerke, sogenannte Nationen, übernehmen die Untertanen auf dem Wege der Revolution und der Guillotine, ohne sie näher zu besehen, ohne sich auf das *beneficium inventarii* zu berufen, genau so wie etwa ein Knecht die Rüstung des von ihm ermordeten Ritters übernimmt. Die Demokratie übernahm das Werk der Herren mit allen Streitobjekten und Streitkeimen, die die Gewaltpolitik jener Räuber geschaffen hatte. So z. B. übernahm die französische Republik ohne weiteres die Ostgrenze des Reiches, die Ludwig XIV. mit der Begründung: *l'état c'est moi*, geschaffen hatte, so auch wurde, als der Staat der Hohenzollern 1871 in das Deutsche Reich aufgenommen wurde, von keiner Seite Protest dagegen erhoben, daß die polnischen Provinzen der Hohenzollern dem Reich einverleibt wurden. Der Pöbel hat sich immer als Erbe der Fürsten benommen und hat damit der Politik der Fürsten Sanktion gegeben. Und diese so von Fürsten und vom Pöbel geschaffenen Staaten vertreten wir hier, meine Herren! Können wir uns da wundern, daß in Vertretung der Interessen solcher Gebilde wir unserer inneren Stimme, unserem Fühlen und Denken stetsfort widersprechen müssen? Wir sind nicht als Menschen, sondern als Untertanen (*subjects*) mit Untertanengeist hierhergekommen und gehen mit Untertanengeist an die Arbeit. Alle sind wir angefüllt mit Staatsgedanken, alle gehen wir mit Staatsgeist an die Arbeit. Keiner fühlt sich als Vertreter der Menschheit. Es fehlt nur noch, daß wir die Uniformen unserer Staaten anlegten. Halten wir klar vor Augen: Die Interessen, die jener Staatengründer, die sind es, die die Menschheit auseinandergerissen haben, und die sind es, meine Herren, *die wir hier vertreten sollen!* Nur in dem Maße, wie wir die Interessen, die wir als Vertreter unserer Staaten zu schützen haben, abbauen und zerstören, kann der Völkerbund Fortschritte machen. Nicht dem, was die Menschheit von Natur eint, sondern umgekehrt dem, was die Menschheit zerreißt, verdanken die Staaten ihre Souveränität, ihre Existenz. In dem Maße, wie die Einigung fortschreitet, geht die Souveränität verloren. Von drei oder zehn oder hundert Staaten, die sich verbinden, verbleibt immer nur einer. Den Einwohnern dieser Staaten mag das recht sein. Aber wir hier, Abgesandte der Staaten, die sämtlich auf ihre Souveränität erpicht sind,

was sagen wir dazu? Kann es gerade unsere Aufgabe sein, als Staatsmänner an der Auflösung der Staaten zu arbeiten? Diese Frage zeigt uns, daß wir hier nicht die richtigen Leute sind, daß die Aufgabe, vor die wir gestellt wurden, für uns unlösbar ist. Wir sollen den Zucker in Wasser auflösen, zugleich aber sollen wir die Kristallform schonen. Es wird uns ergehen wie den deutschen Fürsten, die ewig von der Notwendigkeit eines einigen Reiches redeten, die aber als Fürsten und Lebewesen unfähig waren, das Trennende abzubauen und aus Selbsterhaltungstrieb den von ihnen erwarteten Selbstmord auszuführen. Wenn es auf die Fürsten allein angekommen wäre, so würden sich die Deutschen noch genau wie 1866 gegenseitig mit dem Bajonett bearbeiten. Und wenn der Völkerbund darauf wartet, daß wir als Vertreter von Staaten uns einigen, dann, lebe wohl, schöner Traum!

Uns schwebt in mehr oder weniger verschwommenen Konturen für die Welt ein Völkerbund vor, wie ihn die Amerikaner mit den U. S. A. gebildet haben. Wir, als Vertreter des Staatsgedankens, werden diesen Bund niemals schaffen. Dazu gehören ganz andere Menschen, Menschen, die zu jeder Zeit und in jeder Lage die Interessen der Menschheit denen des Staates überordnen. Der Weg zur Menschheit ist ein gerader, breiter Weg. Er geht rücksichtslos hinweg über den Staat und seine Interessen. Er braucht keine Anwälte und Vertreter. Er braucht auch keine Organisation, keinen Kongreß, keine Beschlüsse. Nichts brauchen wir zu tun, als alles abzuschaffen, was wir als Staatssouveränität (man beachte das Wort, das auch die Demokraten gebrauchen) hier zu schützen suchen. Der Völkerbund ist da, sobald wir die künstlichen Interessengegensätze beseitigen, d. h., sobald wir verduften. Der Völkerbund hat immer bestanden, festgefügt in der Harmonie der Menschheitsinteressen. Dieser Bund ist nur überkleistert, wie manche Meisterwerke Michelangelos und Sáncho Panzas von Pfüschern überpinselt wurden zur Gewinnung von billiger Leinwand für die eigenen Kleckereien. Grattez l'ours et apparaitera le Russe: Kratzen wir die Staatskruste ab und gleich wird der Völkerbund zum Vorschein kommen. Wie bei der Gestaltung des preußischen Staates die Bürger immer nur Objekte, niemals Subjekte waren, so sind in den Staaten allzumal die Bürger niemals befragt worden. Drolligerweise benehmen sich aber alle diese Bürger, als ob der Staat ihr Werk sei, viele sogar, als ob sie Kronprinzen dieser Staaten seien.

Den primitiven Beweggründen, die zur Gründung der Staaten führten, ist die weitere Ausbildung der Staaten durchaus treu geblieben, merkwürdigerweise auch dort, wo das Volk die Fürsten enthauptete oder vertrieb. Auf den Grundmauern der Königsstaaten bauten die Empörer mit sklavischem Fleiß *plange-recht* weiter. Ich erwähne die Tatsache, ohne sie hier erklären zu wollen und nur, um das Komische unserer Rolle darzutun. Wir vergessen, daß die Könige bei der Staatsgründung doch ganz etwas anderes im Sinne haben mußten, als was den Empörern frommen kann. Bei der Schaffung der Staatskirche, der Staatsschule, der Staatsuniversitäten, der Staatsgerichte und der Staatssteuern

dachten die Könige doch sicher nicht an das Seelenheil der Untertanen, an ihr Glück. An den Staat, ihr Werk, dachten sie. Ihrem Werke opferten sie immer das Glück der Menschen, einmal auf eigenem Schlachtfeld, ein andermal auf dem Viehmarkt in London, wo man die deutschen Proletarier für englische Kriegsunternehmungen käuflich für Rechnung der Fürsten erwarb. Und solchem Werk dienten in mehr oder weniger gerader Linie alle Staatseinrichtungen. Der Erhaltung solchen Werkes dienen die Souveränitätsrechte der Staaten, dienen wir, meine Herren! Mit all den genannten Staatseinrichtungen schuf der König die Ketten zur Niederhaltung der Empörung. Das war sein Ziel. Und wir? Wir führen den Betrieb fort. In allen demokratischen Staaten herrscht in den fürstlichen Kettenfabriken Hochbetrieb, als ob es sich darum handelte, das Volk für die Wiederkehr der Fürsten warmzuhalten. Der König brauchte einen demütigen Bürger, einen geistig gebrochenen Menschen. Dazu und zu nichts anderem schuf er die Staatskirche. Den König schickte man fort, seinen Apparat mit seiner Tendenz behielt man und mit allen seinen Beamten, von denen man nicht erwarten kann, daß sie umlernen werden. Der König brauchte einen engstirnigen, nationalistischen Bürger, der sich für sein Werk begeistern und mißbrauchen, ja, opfern ließ. Dazu diente die Staatsschule mit Schulzwang. Wenn man nun, nachdem der König fortgeschickt wurde, des Ziel der Schule nicht mehr braucht, wozu dann noch die Staatsschule, den Schulzwang? Man denke doch, was das heißt: Schulzwang! Von Berlin, von Paris aus wird dem ganzen Volk ein Schulprogramm, das Schulprogramm des Ministers, vorgeschrieben? Man entreißt den Eltern die Kinder und übergibt sie seelenlosen Bürokraten. Man denke doch einen Augenblick darüber nach, was das bedeutet. Vielleicht wird dann der eine oder andere stutzig und erkennt, daß nur völlig entgeistete Sklavennaturen, Pack, sich solchem Zwang widerstandslos fügen können. Eltern, die sich das Selbstbestimmungsrecht in der wichtigsten elterlichen Pflicht rauben lassen! Dennoch sehen wir diesen Schulzwang wie eine Pest sich über die ganze Welt ausbreiten. Sprechen vom Standpunkt des fürstlichen Gewaltstaates 100 triftige Gründe für den Schulzwang, so spricht alles dagegen, wenn man vom freien Bürgertum spricht.

Meine Herren, betrachten Sie nun einmal unsere Aufgabe vom Standpunkt der freien Schule. Sie werden sehen, wie merkwürdig sich diese Forderung freien Menschentums deckt mit den edelsten Zielen unserer Bestrebungen, wie einfach unsere schwierigsten Probleme gelöst werden. Wieviel Haß und Unfrieden hatte nicht die preußische Schulpolitik aufgehäuft in den polnischen Provinzen, in den dänischen Landesteilen, in Elsaß und Lothringen. Wieviel Haß wird dieselbe blöde Politik wieder hervorrufen in all den Landesteilen, die vom Reich nun abgetrennt wurden, wo deutsche Kinder dem Schulzwang der Polen, Dänen, Franzosen, Italiener und Rumänen ausgesetzt werden. Wie ganz anders würde das deutsche Volk die Gebietsabtrennungen ertragen, wenn es

wüßte, daß der Staat in den genannten Ländern sich nicht für verpflichtet hält, die Kinder der deutschen Bürger auf Staatskosten zu unterrichten, daß dort jeder seine Kinder unterrichten kann, so gut er es versteht und soweit es ihm die eigenen Mittel erlauben? Wie wenig interessant wäre dann noch für das deutsche Volk die elsässische, polnische, dänische, italienische Frage. Bis dahin war die elsässische Frage für Deutschland mehr als eine Kulturfrage. Elsaß, die polnischen Provinzen usw. sollten die „Macht“ des Reiches mehren. Seitdem aber in Deutschland der Machttraum ausgeträumt ist, ist diese Seite der elsässischen Frage für Deutschland erledigt. Wir sind nur mehr ökonomisch und kulturell mit Elsaß, Südtirol, mit Dänemark und mit Polen verbunden. Wie die ökonomische Frage im Einklang mit dem Versailler Vertrag gelöst werden kann, werde ich gleich sagen. Wie die Machtfragen aufgelöst und wesenlos gemacht werden, ist unsere Angelegenheit. Die kulturelle Frage aber fordert nur eins: Der französische, polnische, italienische Staat überlasse es jedem, in Kulturfragen nach eigener Fassung selig zu werden, er spare das Geld, das er für die Kultur der deutschen Jugend zu verausgaben beabsichtigt. Der Staat mische sich nicht in reine Privatsachen. Wie in religiösen Dingen, so gehe auch in Kulturfragen das „stinkende Ungeheuer“ dem Menschen aus dem Wege. Das ist alles. Und wenn wir zunächst auch nicht erreichen können, daß der Staat ganz allgemein darauf verzichtet, die Bürger selig zu machen und sie zu kultivieren, so könnten wir doch wenigstens das erreichen, daß der Staat den nationalen „Fremdkörpern“ gegenüber, den in der Diaspora lebenden Zigeunern, Deutschen und Juden, solche kulturelle Enthaltbarkeit übe. Unbeschadet natürlich, daß wir bei der allgemeinen Formel der Desinteressiertheit des Staates in allen Kulturfragen bleiben und für dieses Ziel weiter werben und kämpfen, getreu der Erkenntnis, daß die Schulen ja doch nur als Vorstufen der Kaserne und des Krieges angesehen und betrachtet werden, getreu auch der Erkenntnis, daß es nur die Staatsinteressen sind, die die Menschheit auseinanderreißen, und daß je ausgebildeter der Staat ist, um so stärker die Betonung der Staatsgrenzen, um so stärker der Riß, der durch die Menschheit geht, während umgekehrt mit jedem Fortschritt im Abbau des Staates die gemeinsamen Interessen der Menschheit stärker hervortreten.

Abbau, Abbau des Staates, meine Herren! Betrachten wir unsere Aufgabe von dieser Seite. Hier sprudelt wirklich eine Quelle der glücklichsten Friedensformeln. Da sind Zollgrenzen. Wir haben kaum noch Gelegenheit gehabt, vielleicht auch nicht den dazu nötigen persönlichen Mut aufbringen können, zu diesem schwerwiegenden Problem Stellung zu nehmen. Die Tatsache, daß England als Mitglied des Völkerbundes vom Freihandel zum sogenannten Schutzzollsystem übergegangen ist, sagt genug. Alles, was wir für den Völkerfrieden getan haben, wiegt nichts gegenüber der Tatsache, daß ein so wichtiges Mitglied des Völkerbundes den Kriegspfad der Zollwirtschaft betreten hat. Wenn

es uns nicht gelingt, dem Freihandelsgedanken auf der ganzen Linie zum Siege zu verhelfen, dann ist alles vertan und umsonst, was wir tun und tun werden. Wir werden aber hier nur siegen, wenn wir den Staatsgedanken bekämpfen, um dafür das Lied des Menschen, des Individuums zu singen. Von den Privatinteressen, die durch die Zollwirtschaft gefördert werden sollen, werde ich hier nicht reden. Da sich diese Privatinteressen immer nur auf Kosten anderer, ebenso mächtiger Privatinteressen durch den Zoll auswirken können, so ist anzunehmen, daß in den meisten Fällen der Widerstand gegen die privaten Zollgelüste stark genug gewesen wäre, wenn der Staat die Zollinteressenten nicht unterstützt hätte mit der Absicht, sich selbst durch die Zollwirtschaft zu stärken. Und in der Tat, nichts gibt dem Staate mehr Macht und Einfluß als das Recht, mit Hilfe der Zölle die eine Klasse der Bürger zugunsten der anderen zu plündern. Die eine Klasse hält der Staat fest in der Hand mit der Drohung, daß er die Zölle wieder abschaffen kann, die andere Klasse damit, daß er die Zölle erhöhen kann. Divide et impera. Mit der Zollwirtschaft wird das Volk in 100 Gruppen mit gegensätzlichen Interessen zersprengt. Wie einfach ist es dann für jeden Stümper, über das Volk zu regieren und das Volk für die blödesten Staatszwecke gefügig zu machen, auch für imperialistische Pläne. Diese aber treten zwangsläufig mit der Zollwirtschaft auf. Mit dem allgemeinen Freihandel wäre jeder imperialistisch gesinnte Mensch befriedigt, mit der allgemeinen Zollwirtschaft dagegen kann niemand befriedigt werden, da jeder dann, statt über die ganze Welt als Tummelplatz zu verfügen, sich mit einem engbegrenzten, immer viel zu kleinen Gebiet begnügen muß. Dieses viel zu kleine Gebiet sucht dann jeder zu erweitern, und da ihm der Weg des Freihandels verschlossen erscheint, so denkt er an gewaltsame Erweiterung *seines* Gebietes, des sogenannten nationalen Wirtschaftsgebietes. Die tollsten Pläne der Annexionisten, der Eroberer und Kolonisatoren erscheinen ihm dann vernünftig und beachtenswert. Selbstverständlich unterstützt dann auch der Staat solche Pläne, die seinen Einfluß, seine Macht ja mächtig zu erweitern versprechen, die es bedingen, daß die mächtigsten Vertreter der Industrie und Landwirtschaft bei den Ministern antichambrieren. Solche Pläne aber erfordern ein starkes Heer, Rüstung und Kriegsschiffe. So führt der Zoll, der, wenn er einmal verallgemeinert ist, nur noch als Stärkung der Staatsmacht gegen innere Widerstände einen Sinn hat, in gerader Linie zu imperialistischen Bestrebungen, zu Rüstungen und schließlich zum Krieg, der dann allein noch den Völkern Luft zu geben verspricht. *Durch den Krieg hoffen sie alle, sich den Platz zu verschaffen, den sie sich gegenseitig durch die Zollpolitik verbarrikadiert hatten.* Jetzt sieht man hier und da ein, daß es Holzwege waren, die man mit der Zollpolitik betreten hatte, und sucht den Schaden gut zu machen durch das Projekt des europäischen Zollvereins. *Lasciate ogni speranza!* Auf der Grundlage der Zollwirtschaft gibt es keine Verständigung. Der Zoll ist eine Erfindung der

Räuber, der Raubritter, der Fürsten. Der Zoll trägt den Spaltpilz als Bazillenträger in sich. Wenn wir schon die Könige fortschicken, so müssen wir auch ihr Werk zerstören, restlos zerstören. Und dazu gehört neben dem Abbau der Staatsschulen auch der Abbau des Zolles, die Schleifung der Zollgrenzen.

Nun bitte, meine Herren, betrachten Sie einmal die Aufgabe, die uns gestellt ist, vom Standpunkt solchen Freihandels, des Weltfreihandels. Betrachten Sie das Verhalten der Imperialisten, wenn ihnen gesagt wird: durch Beschluß des Völkerbundes ist den Staaten das Souveränitätsrecht auf Errichtung von Zollgrenzen verneint worden. Die Waren können jetzt in der ganzen Welt frei und unkontrolliert verschickt werden, genau wie das schon heute innerhalb der U.S.A. und des deutschen Zollvereins geschieht. Sehen Sie sich diese Männer an! Dieselben, die noch gestern von Annexionen, von Kolonien, von Vergrößerung des nationalen Wirtschaftsgebietes redeten, die sagen: was geht uns jetzt noch Elsaß, Danzig, Polen, Südtirol und Siebenbürgen an? Wir haben ja jetzt mehr, als wir je zu erreichen hofften, ohne einen Schuß Pulver geopfert zu haben. Unter diesen Bedingungen ist uns die Staatszugehörigkeit der Elsässer ebenso gleichgültig, wie sie den Franzosen an dem Tage sein wird, wo auch für Frankreich die Machtfrage wesenslos sein wird.

Meine Herren, wir müssen alles, was an die mittelalterlichen Raubburgen erinnert, zerstören, restlos zerstören. Wenn wir dann damit fertig sind, wird sich zeigen, daß von den Staaten, die wir vertreten, nicht viel mehr übrigbleibt als ein Schatten. Und diese Schatten dann noch unter einen Hut zu bringen, wird nicht mehr Mühe kosten als die Vereinigung von Schafen zu einer Herde. Sind die Staaten verschwunden, so ist die Menschheit geeint. Zu dieser Erkenntnis gelangen wir auch, wenn wir in Gedanken die Aufgabe betrachten, die dem Völkerbund in nicht ferner Zeit durch die Behandlung gestellt werden wird, die die Nordamerikaner den europäischen Auswanderern, und namentlich den Mongolen, zuteil werden läßt. Hier liegen die Keime zu einem ungeheuren Konflikt, der, wenn er nicht rechtzeitig verhütet wird, mit dem Untergang der weißen Rasse sehr wohl seinen Abschluß finden kann. Die U. S. A. betreiben Rassenpolitik. Ausgerechnet die Amerikaner, die aus einer Kreuzung der verschiedensten Völker hervorgegangen sind und denen solche Blutauffrischung, wie es scheint, durchaus nicht geschadet hat, fühlen sich bewogen, die Einwanderung nach Rassegesichtspunkten zu kontrollieren. Daß die Mongolen das als eine Zurücksetzung, Mißachtung ansehen, ist nicht zu verwundern, und daß mit der wirtschaftlichen Erstarkung des Mongolenreiches der Protest ernste Formen annehmen wird, wer vermöchte daran zu zweifeln? Und daß dann ferner die Amerikaner in ihrer Not den Völkerbund um Schutz anflehen werden, ist auch klar, ebenso wie, daß sie sich dabei auf Völkerbund Souveränitätsrechte berufen werden, auf dieselben Rechte, die wir hier zu schützen suchen. Wir hier in Europa haben doppelte Ursache, diesen Konflikt ernsthaft in Erwägung zu ziehen, denn es handelt sich

hier um einen Rassenkrieg, der sich vorbereitet, den ersten Rassenkrieg, von dem die Geschichte zu erzählen weiß, und in einem solchen Rassenkrieg wird selbstverständlich nicht nach Staaten unterschieden. In Europa werden die Mongolen die Amerikaner angreifen. Rassenkrieg bedeutet aber Ausrottungskrieg. Wir in Europa werden die Folgen der amerikanischen Politik zu tragen haben.

Machen wir uns keine Illusionen. Bilden wir uns nicht ein, daß wir als Vertreter von Staaten imstande sein werden, die Formel für die Verhütung der Katastrophe zu finden. Und erwarten wir auch von der Zeit keine Lösung der Frage. Wenn nichts Grundsätzliches getan wird, kann die Zeit die Lage immer nur noch mehr verwirren und den Konfliktsstoff häufen. Ist einmal in diesem Rassenkonflikt Blut geflossen, dann ist es schon zu spät. Denn ein Rassenkrieg ist nicht mit der Weltkriegsspielerei zu vergleichen. Hier trägt dann jeder die Kriegserklärung in seiner Hautfarbe mit sich herum. Uniformen sind in diesem Krieg überflüssig.

Ich sehe es Ihnen an, meine Herren, Sie wissen keinen Rat. Der Standpunkt, den Sie einnehmen, gestattet Ihnen keinen Überblick. Der Staatsgedanke verbindet Ihnen die Äugen. Aber betrachten Sie sich die Situation einmal von demselben Standpunkt, von dem ich Ihnen auch in den Kultur- und Zollfragen den Ausweg zeigen konnte, nämlich vom Standpunkt des Abbaues des Staates, des Abbaues der Völkerrechte und der Souveränitätsrechte. Dann wird es licht, dann sehen wir Frieden und Menschenglück dort, wo wir heute in die düsterste Zukunft schauen. Wir entlasten den Staat, das stinkende Ungeheuer von der drolligen Aufgabe, uns durch die Staatskirche selig zu machen. Wir entlasten ihn ebenfalls von der schwierigen Aufgabe, uns durch Bürokraten in der Staatsschule mit Zwangsunterricht zu kultivieren. Wir entlasten ihn von der lächerlichen Aufgabe, uns durch Zölle, Absperrungen, Zollkriege wohlhabend zu machen. Nun entlasten wir ihn auch noch zu guter Letzt von der undankbaren Aufgabe, uns durch willkürliche Beschränkung der Zuchtwahl nach einem ebenso willkürlich gewählten Zuchtmodell zu züchten. Die Kuppelei ist keine Aufgabe des Staates. Die Zuchtwahl soll frei sein und frei bleiben als private Angelegenheit jedes einzelnen Menschen. Und noch weniger kann es Aufgabe eines Völkerbundes sein, sich an der Kuppelei dadurch zu beteiligen, daß er Eingriffe, wie sie sich die Amerikaner heute in dies oberste aller Menschenrechte gestatten, unter seinen Schutz nimmt. Ein Völkerbund kann in Rassenfragen nicht mehr tun, als sich vollkommen neutral zu verhalten. Das heißt aber in diesem Fall, daß wir wieder vor unlösbare Aufgaben gestellt sind.

Nach Abbau des Staates im oben angedeuteten Sinn und Umfang hört jede Kontrolle der Einwanderung auf. Jeder Deutsche, Zigeuner, Jude und Mongole zieht dahin, wo er glaubt, Vorteile zu finden. Niemand allerdings kümmert sich um ihn. Es ist seine Sache. Jeder hat

das Recht, im Straßengraben zu verhungern. Niemand hat die Pflicht, für den ankommenden Bettler, Blinden und Lahmen zu sorgen. Der Staat ist nicht dazu da. Die Mongolen kommen, siedeln sich an, wo es ihnen paßt, mitten zwischen allen anderen Völkern. Der Mongole erzieht und unterrichtet seine Kinder, wie er es versteht. Niemand fragt, ob er die Kinder zur Schule schickt. Der Staat mischt sich in keine private Angelegenheit. Und nicht nur die Menschen gehen frei ein und aus, sondern auch ihre Produkte. Die Schiffe legen an, und vom Schiffe aus werden die Kisten und Ballen direkt ihren Eigentümern zugestellt. Wie das in den Freihäfen der Fall ist. Mit welchem Staat und aus welchem Grund könnte ein solcher Staat nun noch in Konflikt geraten? Es fehlen die Reibungsflächen, die durch die heutige Kulturpolitik, Wirtschaftspolitik und Rassenpolitik geschaffen werden. Die Rassen und Völker werden sich nicht mehr in geschlossenen Massen, als im Staate organisierte Massen gegenüberreten, sondern immer nur als Einzelmenschen. Und man weiß aus Erfahrung, wie viel mehr Achtung, Anstand, Menschenliebe und Verständnis der einzelne Mensch im Verkehr mit anderen, namentlich mit Fremden, entwickelt, als der auf Gewalt und angemäße Rechte pochende Staat. Verständnis, Achtung und Menschenliebe werden uns aber allein den Frieden bringen.

Nachschrift. Die Beleuchtung des Friedens- und Völkerbundproblems vom Standpunkt von Freiland, Freigeld ist an anderen Orten wiederholt geschehen, weshalb ich hier Abstand genommen habe, diese Zusammenhänge zu erwähnen.

Jüterbog und die Inflation.

In einer Beschreibung der Stadt Jüterbog („Berliner Morgenpost“) wird auch der bekannte Spruch erwähnt:

Wer seinen Kindern gibt das Brot
Und leidet nachmals selber Not,
Den schlage man mit der Keule tot.

Die Zeitung sagt dazu: „Dieser Spruch einer harten Lebensweisheit ist an allen Toren der Stadt Jüterbog angeschlagen. Daneben hängt die Keule. Es ist alte Weisheit aus einer armen und harten Zeit. Heute ist die Zeit nicht mehr so hart und so arm, um solche Weisheit zu gebären. Statt der Keule regiert heute das Gesetz, und der Not arbeitet gesittetes soziales Tun entgegen.“

Wir dachten, als wir das lasen, an die Opfer der deutschen Währungspolitik, an die vielen Greise, die um ihren Sparschatz durch

„das Gesetz“, durch das „gesittete soziale Tun“ der Reichstagsabgeordneten beraubt, bestohlen, beschwindelt wurden, und die keinen Freund hatten, der sie mit der Keule totschiess, sondern sich selbst auf kümmerlichste Weise ertränken, vergiften, erhängen mußten. Wir möchten darum der Stadt Jüterbog nahelegen, obigen Spruch durch Beifügung folgender Zeilen etwas den Zeitverhältnissen anzupassen zur Warnung gegen mögliche Wiederholung solcher Schindluderei:

Wer dem Staate anvertraut sein Geld,
 Das er fürs Alter hat bestellt,
 Und mit Geldpapier wird bestohlen,
 Den mag auch gleich der Teufel holen.

I.O.

[Pseudonym für S. Gesell/Die Red.]

Nachwort.

Solche Diskussionen werden erst dann ein Ende nehmen, wenn die Freiwirtschaft gezeigt haben wird, was sie leistet. Der kommunistische Gedanke z. B. ist durch das Christentum zu tief in das Gemütsleben eingedrungen, um sich durch Theorien daraus wieder vertreiben zu lassen. Reumütig, tartüffig, mit den blinzelnden Augen des Igels schlägt der Kommunist an seine Brust und gesteht: Ich selbst bin zwar kein solcher Urchrist, der Tag und Nacht bereit ist, sich für das Wohl der Allgemeinheit, für das Wohl der Christenheit, für das Wohl der großen Masse zu opfern und ohne Rücksicht auf die eigenen Wünsche sich abzulagen. Nein, ich gestehe, ich bin kein solcher Christ und darum auch kein Kommunist. Aber die anderen, die große Masse, die Proletarier, die sind echt. Die werden alle sich mit Begeisterung für die Allgemeinheit und so auch für mich opfern. Ich hoffe, durch den Kommunismus ein Recht auf den Arbeitsertrag der anderen, wie es heute die Rentner haben, zu erwerben. Nur darum bin ich Kommunist. Wenn ich aber sicher wüßte, daß die anderen nicht „besser“ sind als ich, dann müßte ich mir die Sache noch einmal überlegen. In der kapitalistischen Welt erhält das Getriebe der Hunger und die Liebe. Aber in der kommunistischen Ordnung versagen diese Kräfte vollständig. Sind einmal die Scheunen und Lager leer, dann wird niemand mehr ohne unmittelbare Gegenleistung weiterarbeiten. Woher aber in der arbeitsteiligen Weltwirtschaft die Gegenleistung gleich herholen, wenn einmal die Lager leer sein sollten? Und wo ist die Gewähr, daß sie

nicht einmal leer sein werden? Wenn alle Kommunisten so denken und so handeln, wie ich denke, dann möge sich Gott unserer erbarmen. Die kommunistische Ordnung könnte sich einmal vis-à-vis de rien befinden. Alles, was ich als Kommunist denke und sage, geht ausschließlich von dem Glauben an die unendliche Güte, Opferfreudigkeit, den Fleiß und die Liebe zur Allgemeinheit aus. Der Kommunismus steht und fällt mit diesem Glaubenssatz, gegen den alle Erfahrung, für den nichts spricht als derselbe Christus, der seit nunmehr fast 2000 Jahren in der Wüste predigt. Der Glaube ist aber ein schwaches Fundament für eine Neuordnung der Gesellschaft.

Auch Hertzkas Freisozialismus hat kein anderes Fundament als den Glauben an die Allgemeinheit, an die dumme, faule, gefräßige „große Masse“. Wie zerstören wir diesen blöden Glauben, der auf Christus zurückzuführen ist? Etwa durch einen Angriff auf das Christentum? Und wie vertrüge sich das wieder mit unserem Programm?

Für heute danken wir Herrn Hanisch und seinen Kritikern, daß sie wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die Schwächen des Kommunismus gelenkt haben, der innerhalb der proletarischen Front unser einziger Gegner von Bedeutung ist. Vielleicht war es Herrn Hanisch noch gar nicht so recht zum Bewußtsein gekommen, daß die Schwierigkeiten, die Hertzkas System anhaften, in der Hauptsache dieselben sind, die auch dem Kommunismus eigen sind, und daß, wenn der Freisozialismus sich bewähren würde, damit auch der Beweis erbracht wäre, daß auch der Kommunismus sich bewähren muß. Weder die Kommunisten noch die Freisozialisten werden sich nach einem Bonzentum sehnen. Im Grunde sind sie gewiß ebenso bonzenfeindlich wie wir. Der Unterschied ist der, daß in der Freiwirtschaft kein Platz für Bonzen ist (das ist der Grund, warum die Gewerkschafts- und Parteiführer so wenig Verständnis unseren Bestrebungen entgegenzubringen vermögen), während in allen anderen denkbaren und undenkbaren Gesellschaftsordnungen nichts geschieht, was nicht von „oben“ verfügt wird.

Die Freiwirtschaft wäre nicht das, was sie zu sein behauptet, wenn sie den Kommunisten, den Freisozialisten, den Anarchisten keinen Raum böte. Im Gegenteil. Raum für alle hat die Freiwirtschaft. Und wenn eine Gruppe von Kommunisten und Freisozialisten glaubt, über alle von Klemm vorgebrachten Bedenken sich wegsetzen zu können, so wird ihnen niemand einen Versuch verargen und verwehren. Und wenn dann eine solche Gesellschaft über ihre Tür schreibt: „Hier in dieser, hohen Ertrag liefernden Genossenschaft der fleißigsten Bürger des Ortes werden Tagediebe als gleichberechtigte, wenn auch ungleich bepflichtete Genossen angenommen“, so mögen sie solchen Unsinn auf ihre Rechnung und Gefahr betreiben. Niemand denkt daran, sie davon abzuhalten. Die Freiwirtschaft läßt auch in bezug auf die Gesellschaftsordnung die freieste Konkurrenz zu. Für sie gibt es keine guten, keine bösen, keine fleißigen und keine

faulen Menschen. Jeder erstrebt mit den Mitteln, die ihm am geeignetsten erscheinen, sein persönliches Glück, und aus solchem Tohuwabohu, das jede andere Gesellschaftsordnung unfehlbar zugrunderichten würde, erwächst für alle Wohlstand, Glück und Freiheit.

In den Klauen des Proletariats.

*Proletarier aller Länder! haut
euch gegenseitig die Köpfe ein!*

A. Was ist mit Dir los? Du siehst aus wie ein skeptisch gewordenes Schaf.

B. Ich komme vom amerikanischen Konsulat. Fünf Jahre mindestens muß ich auf die Einreiseerlaubnis warten! Auf dem englischen Konsulat frug man mich wieviel Geld ich mitnehme. Und als ich sagte: 100 Dollar und meine Arbeitskraft, die, wie Du weißt, nicht gering ist – da lächelte man halb spöttisch, halb höhnisch. Wie ist die Welt seit dem Krieg doch verdorben. Früher war die Welt offen. Man fuhr, wohin man wollte, ohne Geld oder Paß vorzeigen zu müssen.

A. Es war auch früher nicht alles paradiesisch, wenigstens nicht für alle Völker. In Amerika z. B. bestanden immer schon Beschränkungen für die mongolischen Völker.

B. Ja, für die gelbe Rasse. Das ist doch was anderes.

A. Ich sehe da keinen Unterschied. Man beginnt mit einer Rasse und hört mit der ganzen Menschheit auf. Den Proletariern war der Mongole, kein Vertreter einer Rasse, sondern einfach ein Konkurrent, ein – vermeintlicher – Lohndrucker.

B. Das ist er auch. Der Mongole hat die Eigenschaft, daß ihm ein geringer Lohn lieber ist als ein großer Lohn. Er streikt nicht um höhere Löhne, sondern um niedrigere Löhne.

A. Das glaubst Du gewiß selber nicht. Das sind so Redensarten, womit die Proletarier ihre unmenschliche Einwanderungspolitik zu beschönigen suchen. In Wirklichkeit fordert der Mongole so viel er nur erreichen kann. Seine Bedürfnislosigkeit ist auch ein Märchen. Und wenn sie auch da wäre, so würde sie auf seine Lohnforderungen gewiß nicht den geringsten Einfluß haben. Er lebt sparsam, weil er stolz ist und die Freiheit liebt und so schnell wie möglich aus der verachtungswürdigen Lage des Proletariats sich hinausheben möchte. Gibt es unter den weißen Arbeitern einen einzigen, der darum sich mit geringerem Lohne begnügen möchte, weil er sparsam ist? Im Gegenteil, je sicherer sich der Arbeiter fühlt, umso fester besteht er auf seiner

Forderung. Wer sind unter den weißen Arbeitern die Streikbrecher, die Lohn-drücker? Es sind die, die alles versaufen, die, die nicht einen Tag den Streik durchhalten, weil sie nicht für einen Tag versorgt sind. Der Lohn der Kulis ist niedriger als der Durchschnittslohn der weißen Arbeiter, weil es sich fast ausschließlich um ungelernete Arbeiter handelt, die sich in Folge dessen auf diesem engen Arbeitsgebiet gegenseitig Konkurrenz machen. Weil die gemeine Arbeit so billig ist, kann der gelernte Arbeiter umso höhere Forderungen stellen, ohne die Rentabilitätsgrenze zu verletzen. Wenn die Kulis nicht so billig arbeiten würden, müßten sich alle anderen Arbeiter mit geringerem Lohn begnügen. Die gelernten Arbeiter in Amerika arbeiten auf einem mit dem Schweiß der Kulis vorgedüngten Feld. Wenn in Deutschland die polnischen Arbeiter nicht so billig arbeiteten, wenn der Mist von gelernten Berliner Arbeitern auf den Feldern spazieren geführt würde, was glaubst du wohl, was dann das Brot kosten würde? So verhält es sich auch mit den Kulis in Amerika.

B. Du sagtest, daß die amerikanische Einwanderungspolitik von den amerikanischen Proletariern betrieben würde. Ich verstehe das nicht. So viel ich weiß, haben die Proletarier keine eigenen Vertreter im Parlament. So können auch die Proletarier keinen direkten Einfluß auf die Einwanderungsgesetze haben. Dennoch, es liegt ja im Interesse der Kapitalisten, so viel Lohndrücker wie möglich hereinzubekommen, folglich kann die heutige Einwanderungspolitik nicht von den Kapitalisten gefordert werden. Wie erklärst Du nun das Zustandekommen der Einwanderungsbeschränkungen?

A. Die Parlamentskandidaten buhlen in Amerika wie überall um die Gunst der Massen. Und sie haben bald herausgefunden, daß sie sich Liebling bei den Proletariern machten, wenn sie von Einwanderungsbeschränkungen reden. Am Beifall messen sie die Güte der eignen Rede. Sie merken bald, daß diejenigen Kandidaten, die vor Arbeitern über Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit reden, die bei den Proletariern an edle Triebe appellieren, regelmäßig durchfallen. Sie merken auch, daß der Versuch, den Arbeitern klar zu machen, daß sie sich Täuschungen hingeben, wenn sie die Kulis als Lohndrücker, als Ursache der Arbeitslosigkeit betrachten, ganz regelmäßig mißglückt, weil die Massen sich nicht auf theoretische Erklärungen einlassen. Um gewählt zu werden muß man roh, gemein, verbrecherisch reden. Das ist's, was der Kandidat aus der Praxis lernt. Je brutaler der Kandidat dem europäischen Proletariat die Grenzen zu sperren verspricht, um so lauter Beifall brüllt das amerikanische Proletariat. Und nicht nur das amerikanische Proletariat. Erinnerst Du Dich des Falles in Australien, wo schiffbrüchige Japaner in schwerem Sturm von den Behörden in die See zurückgestoßen wurden und

daß diese Behörden nach Gesetzen verfahren, die als Arbeitergesetze anzusprechen sind.

B. Pfui! Pfui!

A. Proletarier. Proletarier sind es immer, die die engherzige, nationalistische Einwanderungspolitik betreiben. Auch den deutschen Arbeitern ist es einerlei, was aus den polnischen Arbeitern wird, die durch Gesetz an der Einwanderung verhindert werden. Die Agrarier fordern immer für die polnischen Arbeiter volle Freizügigkeit. Nicht aus Edelmüt, sondern im eigenen Interesse. Die amerikanischen Arbeiter wissen, daß es äußerste Not ist, die die Mongolen ins Ausland treibt. Aber auch sie fragen nicht danach, was aus diesen Menschen wird, die sonst in den weiten amerikanischen Gefilden so viel Platz finden könnten. In dieser Beziehung sind die Proletarier, wie auch ihre deutschen Standesgenossen durchaus mit den Agrariern zu vergleichen, die die Grenze für das Getreide sperren, ohne einen Augenblick bei der Frage zu verweilen, ob es recht ist, auf diese Weise den Proletariern das Brot zu verteuern. An Roheit der Gesinnung ist das Proletariat durchaus mit den Agrariern zu vergleichen.

B. Da scheint mir der industrielle Unternehmer, der weltwirtschaftlich orientiert, ans großzügige Handeln gewöhnt, ein besseres, ein weiteres Herz zu haben. Er sperrt die Grenzen weder für die Produkte noch für die Produzenten, die Arbeiter.

A. Von dieser menschlichen, weitherzigen Politik der Unternehmer wollen wir lieber schweigen. Sie ist nicht weit her. Die gleiche schmäbliche Politik, die der Arbeiter an den Landesgrenzen seinen ausländischen Brüdern gegenüber betreibt, die betreibt der Unternehmer an den Toren seiner Fabrik. Der Proletarier sperrt die Grenzen, um das Angebot von Arbeitskräften niedrigzuhalten in der Meinung, dadurch seinen Lohn zu erhöhen. (Wobei er die Frage zu beantworten vergißt, woher es kommt, daß die am dichtesten bewohnten Landesteile die höchsten Löhne aufweisen.) Der Kapitalist dagegen sperrt die Tore seiner Fabrik, um das Angebot von Arbeitskräften zu mehren und zu zermürben. Beiden, den grenzsperrenden Proletariern und den torsperrenden Unternehmern kommt es nicht darauf an, was aus den Ausgeschlossenen wird. Der einzige Unterschied ist der, daß der Unternehmer einen politischen Gegner aussperrt, während der Proletarier einen Menschen dem Elend aussetzt, dem er sonst solidarischen Sinn und Brüderlichkeit vor.....

B. Mich verwirrst Du vollkommen mit Deinen Darlegungen. Der amerikanische Arbeiter, der noch nicht durch die bolschewistische Schule gegangen ist, den muß ich unbedingt als echt, als Naturkind anerkennen. Er zeigt sich sicherlich, wie er von Natur aus ist. Damit aber zerfällt das Bild, das ich mir an Hand der proletarischen Literatur vom Proletariat gemacht hatte.

Proletarische Seele, proletarische Kultur, proletarische Wissenschaft! Luftschlösser, Hirngespinnste! *Menschen* sind die Proletarier, weiter nichts als Menschen wie die Kapitalisten, Menschen wie die Unternehmer, Menschen wie wir alle. Auf die gleichen Reize reagieren sie alle gleich.

A. Es war doch gut, daß Du einmal aufs amerikanische Konsulat gingest, so daß Du Dir ein richtiges Bild des Naturmenschen machen konntest. Wie die Urchristen nur Luftschlösser gebaut hatten, so bauen die durch die christliche Schule gegangenen Proletarier nur Luftschlösser auf der proletarischen Seele. Letzten Endes trägt das Christentum die Schuld an den Fehlschlägen der bisherigen revolutionären Politik. Es wird uns ein falsches Bild des Menschen vorgespiegelt oder vorgeheuchelt. Die Gesellschaftsordnung, die Bestand haben soll, muß unbedingt der Natur des Menschen angepaßt sein. Die christliche Revolution endet nach einer fast 2000jährigen Probezeit schmachüberladen in den Massengräbern des Weltkrieges. Und die in den erhabenen Lehrsätzen des Christentums sich orientierende Politik der Proletarier mündet in der engherzigsten Politik, die es je gegeben hat und die wegen ihrer engherzigen Unchristlichkeit die Menschheit in die schrecklichste Katastrophe treiben wird, die nach der Sintflut uns je bedroht hat. Die proletarische Einwanderungspolitik, die von Amerika und Australien betrieben wird, bringt uns den Rassenkrieg, den europäisch-mongolischen Krieg, der, wenn er einmal eingesetzt hat, mit dem Ende der europäischen Rasse seinen Abschluß findet. Darum ihr Proletarier aller Länder seid einig, einig. An die Stelle des von Amerika geschürten mongolisch-indogermanischen Krieges, setzen wir die chino-europäische Union und zerschlagen mit vereinter Waffengewalt die von den amerikanischen Proletariern und Verbrechern errichteten Grenzhindernisse. Die Welt gehört der Menschheit, ohne Unterschied der Rasse.

Material für die Revision der deutschen Reparationsschuld.

Die Amerikaner haben den Franzosen 60% (sechzig Prozent) der Schulden nachgelassen. Der Gesandte Bérenger, der die Verhandlungen führte, nahm in der Hauptsache den Standpunkt des zahlungsunfähigen Schuldners ein. Wenn er etwas von Währungsfragen verstanden hätte, dann hätte er den Amerikanern gegenüber einen stolzeren Standpunkt einnehmen können. Er

hätte sich nur auf die Schrift des amerikanischen Professors Irving *Fisher* von der Yale University: *Moral* bei der Geldausgabe unserer Notenbanken (Bern, Verlag des Pestalozzi-Hauses 1925) zu berufen brauchen. Den von *Moral* und Gerechtigkeit tiefenden Nordamerikanern (die uns und den Mongolen den Zutritt in das Reich des Europäers Christobai Colon mit Waffengewalt sperren) hätte *Bérenger* zeigen können, daß bei Berechnung der Schuld mit falschen Maßen operiert wurde und daß, wenn dieser Betrug gutgemacht wird, eine Summe zum Vorschein kommt, die ungefähr derjenigen gleich ist, die *Bérenger* durch Bitten und durch Hinweis auf die französische Notlage, also fast durch Betteln, erreicht hat.

Bérenger hat nämlich den Umstand außer acht gelassen, daß der amerikanische Index, der bei der Entstehung der französischen Schuld auf 250 stand, seitdem durch die amerikanische Deflationspolitik auf 160 herabgedrückt worden ist. Durch diesen Trick erhöhten die Amerikaner das Gewicht der französischen, auf Dollar lautenden Schulden in genau demselben Verhältnis. Das Warenquantum, das die Amerikaner den Franzosen mit 250 Dollar berechneten, wird jetzt den Franzosen bei der Rückzahlung nur mit 160 Dollar in Anrechnung gesetzt, so daß die Franzosen für jede Devise von 160 Dollar, die sie den Amerikanern auf Schuldenkonto liefern, noch 90 Dollar zulegen müssen, um das zurückzuzahlen, was die Amerikaner ihnen für 160 Dollar geliefert hatten. Wenn die Amerikaner den Franzosen jetzt 60% der Schulden nachlassen, also je 100 Dollar auf 40 Dollar herabsetzen, dann sind diese 40 Dollar gleich 62,50 Dollar von der Güte derjenigen Dollar, die der Schuld zugrunde lagen. Von 60% reduziert sich so der Schuldennachlaß auf 37,6%. Aber auch noch diese Summe mag sich verflüchtigen, wenn einmal der Zinsfuß bekannt gegeben wird, den *Bérenger* den Amerikanern zugestanden hat. So konnten die Amerikaner den Franzosen gegenüber die Großmütigen spielen, ohne daß es ihnen einen Pfennig kostet.

Auch für Deutschland wird einmal die Zeit kommen, wo die Reparationsschuld von 132 Milliarden einer Revision unterworfen werden wird. Für diese Zeit empfehlen wir unseren zu solcher Revision zu berufenden Sachverständigen, sich sehr gründlich durch *Fishers* „*Moral*“ inspirieren zu lassen, denn auch uns sind die 132 Milliarden zu dem gleichen Index berechnet worden, nämlich zu 260, und auch uns mutet man zu, diese Schuld zu dem auf 160 heraufgesetzten Index zurückzuzahlen, was einer Mehrbelastung von 90 Dollar auf je 160 Dollar gleichkommt, auf 132 Milliarden also 74 Milliarden Mark jetziger Güte. Demnach haben wir also zu fordern, daß entweder der Index für den Dollar wieder auf seine der Schuldberechnung zugrunde ge-

legte Höhe von 260 gebracht wird, in welchem Falle es für uns leicht sein wird, die 132 Milliarden zu zahlen, oder aber bei Beibehaltung des heutigen Indexes, daß die Schuld auf 74 Milliarden heutiger Güte herabzusetzen sei.

Und damit wir beim Zinsfuß der Schuld nicht wieder um das betrogen werden, was wir auf Grund von Fishers „Moral“ zurückerobert haben mögen, empfehlen wir unseren Sachverständigen ein gründliches Studium der Zinslehre, die ihnen zeigen wird, daß bei Wiederkommen normaler wirtschaftlicher Verhältnisse der Zinsfuß bald wieder auf den geschichtlich normalen Stand von 3 – 4% fallen muß, und daß es darum sich empfiehlt, die zur Konsolidierung der revidierten Reparationsschuld auszugebenden Schuldverschreibungen mit einem labilen, auf den Parikurs eingestellten Zinsfuß auszustatten, sonst geht es uns, wie es den Franzosen wahrscheinlich ergangen ist, daß man uns den heutigen hohen Zinsfuß für die ganze Zeit der Reparationszahlungen vorschreibt. Schuldtitel, die heute mit einem Zinsfuß von 7 – 8% ausgestattet werden, dürften bereits, wenn die Wirtschaft wieder flott wird, in wenigen Jahren auf 200 steigen, so daß die Amerikaner am Kurs der Papiere das wieder hereinholen werden, was sie heute am Nominalbetrag der Kriegsschulden großmütig preisgeben.

Immer langsam voran!

Wenn es auch kein Fortschritt ist, was wir wahrnehmen, so ist es doch ein Fortkriechen. Und im Laufe der Zeit kann das Gewürm kriechend auch ein gut Stück vorwärts kommen.

Es sind jetzt 25 Jahre her, daß ich der Reichsbank den Brief schrieb, der in der Freiwirtschaft vom Monat September 1923 veröffentlicht ist und worin ich die Reichsbankleitung auf die Widersprüche hinwies, zu denen das in der Inschrift der Reichsbanknote enthaltene *Zahlungsversprechen* führt. Fünfundzwanzig Jahre brauchte die Reichsbank, um einzusehen, daß das, was sie in der Reichsbanknote schrieb und was für alle Zahlungsverbindlichkeiten im Deutschen Reich die rechtliche Grundlage lieferte, *vollkommener Unsinn* war. Wohin diese Widersprüche führen können, hat uns die Inflation gezeigt und was es bedeutet, wenn ein Handelsvolk wie das deutsche die rechtlichen Unterlagen seines Handels ungeprüft hinnimmt, das wissen jetzt die Millionen, die um ihr Geld durch die Inflation betrogen wurden. Es ist ihnen allen recht geschehen, denn man stellt nicht an die Spitze eines so wichtigen Amtes, wie es die Reichsbank ist, Leute, die 25 Jahre brauchen, um den

Sinn eines Briefes wie den oben erwähnten, zu verstehen. Hätte die Reichsbank damals vor 25 Jahren meinen Brief zur öffentlichen Diskussion gestellt, dann hätte die Klärung, die diese gebracht haben würde, gewiß den unfaßbaren, unglaublichen Unsinn der Inflation verhütet. Die Klärung hätte die Reichsbank unter eine öffentliche Kontrolle gestellt, die dann der Reichsbank einen Rückhalt gegeben hätte gegenüber dem Fiskus, dem Hindenburg-Programm und dem Ruhrabwehr-Schwindel.

Jetzt, nachdem ein Vermögen von 200 Milliarden Mark d. R. in den Brunnen gefallen ist, 25 Jahre nachdem ich die Reichsbank auf die Gefahren hingewiesen hatte, wird der Brunnen zugeschüttet. Wer jetzt die Inschrift der Reichsbanknoten mit derjenigen ihrer Vorgängerinnen vergleicht, sucht umsonst nach dem Zahlungsverprechen. Es ist fort. Das, was ich damals forderte, ist heute Tatsache geworden. Ich registriere diese Tatsache als Antwort auf mein Schreiben und denke dabei, wie wahr es doch ist, was s. Z. eine amerikanische Zeitschrift bei Gelegenheit einer Damaskhefeier schrieb: „Nein, das deutsche Volk ist nicht das Volk der Denker; es ist das denkende Volk.“ Den Beweis hierfür liefert uns heute wieder die Tatsache, daß das „denkende Volk“ die spar- und mündelsicheren Gelder im Betrag von 200 Milliarden Goldmark in Dokumenten anlegte, deren Wortlaut nur der versteht, der ihn für sinnloses Geschwätz erklärt. Das nennt man dann das „denkende Volk“.

Früher schrieb die Reichsbank: Die Reichsbank zahlt dem Inhaber bei Sicht ohne Legitimation 10 Mark d. R. W. Sie behielt diese Inschrift auch während der Inflation unverändert bei. Die Reichsbank zahlt dem Inhaber 100 Milliarden und Billionen Mark d. R. W. So schrieb die Reichsbank während der Inflationszeit. Praktisch bedeutete das, daß die Reichsbank dem Inhaber bei Sicht und ohne Legitimation die Note in Zahlung derselben zurückreichte.

Heute dagegen schreibt die Reichsbank nichts mehr von zahlen. Sie verspricht dem Inhaber überhaupt nichts mehr. 100 Reichsmark, das ist alles, was die Inschrift sagt. Das bedeutet also, daß der Zettel an sich, und ohne irgend eine direkte Verbindung mit anderen Sachgütern, 100 Reichsmark sind. Und es geht auch so, wie ich das immer behauptet hatte. Es kommt ausschließlich auf die Menge der umlaufenden Noten an, nicht auf den Wortlaut der Inschrift, nicht auf das Zahlungsverprechen. Die Banknote ist kein Schuldschein. Ohne Schaden zu leiden, könnte die Inschrift der Banknote auch lauten: Wer diese Note bei der Reichsbank vorzeigt, erhält dort 100 Hiebe mit der Reichsknute.

Diese neue Inschrift schlägt eine Bresche in die Mauer uralter Vorurteile. Dem „denkenden Volk“ wird hier mit der neuen Inschrift eine Frage gestellt, die es beantworten muß. Was ist eine Reichsmark?

–

Fortschritt – Fortkrauch. Das denkende Volk nimmt sich Zeit. Aber kriechend wie ein Wurm kommt man auch vorwärts. Über 30 Jahre sind verflossen, seitdem ich unter Ablehnung des Wertgedankens eine ausschließlich auf den Preis aufgebaute Lehre des Geldes veröffentlichte. „El sistema monetario argentino.“ *Buenos Aires* 1893, und „Die Anpassung des Geldes und seiner Verwaltung an die Bedürfnisse des modernen Verkehrs“, *Buenos Aires* 1897. Bis dahin war die Währungsliteratur völlig vom Wertgedanken beherrscht und noch bis vor dem Kriege konnte man Worte wie innerer Wert, Stoffwert, Wertkonserve, Wertpetrefakt, kristallisierter Wert, Wertgallerte, Wertmaß, vollwertig, unterwertig, imaginärer Wert u. s. w. auf jeder Seite irgend welcher Währungsschrift dutzendweise antreffen. Das denkende deutsche Volk las diese völlig sinnlosen Worte, ohne sichtbar zu stutzen.

Das denkende Volk stutzte nicht einmal, wenn es in *Helfferrichs* Goldwährungstraktätchen Sätze wie die beiden folgenden dicht hinter einander las: „Das deutsche Goldgeld genügt allen Ansprüchen, die man an die Wertbeständigkeit des Geldes stellen kann, in hervorragender Weise. Fragt man, wie man den Wert des Geldes messen kann, so muß man die Antwort darauf schuldig bleiben.“

In den neueren Währungsschriften sucht man nun umsonst noch nach Ausdrücken wie die oben erwähnten. Die Autoren nehmen alle den *Preis* zur Grundlage ihrer Darstellungen. Ausnahmen allein findet man nur noch in der fossilen marxistischen Literatur. Der Wertgedanke ist aus allen Köpfen verschwunden, ohne horror vacui zu hinterlassen. Ein Zeichen, daß die Köpfe wohl sowieso schon leer waren.

Ich stelle schmunzelnd diesen Fortschritt fest. Langsam, kriechend, widerwillig, schamhaft betreten sie alle den vom *Freigeld* längst markierten, gerodeten, geebneten, asphaltierten Weg, um ein Gebiet vor sich zu finden, das schon längst durchforscht und erschöpft ist. Die Schriften Knapps, Cassels, Keynes, Fishers, Helfferrichs, Müllers und Schulzes waren längst überholt, ehe sie veröffentlicht wurden. Sie rennen offene Türen ein. Sie enthalten keinen einzigen neuen Gedanken und wesentlichen Gesichtspunkt, mit Ausnahme von solchen, die man sofort als falsch erkennt. Außerdem bleiben alle Autoren auf halbem

Weg stehen, weil sie zu feige sind, sich an dem mit dem Geld zu einer unlös-
baren Einheit verknüpften *Zinsproblem* aus Rücksicht auf die Gesellschafts-
klasse, der sie sich anschließen, vorbeizudrücken. Arme Tröpfe!

Man hätte es billiger haben können. Und auch schneller. Die in den staatlichen
Instituten bürokratisierte Wissenschaft ist ein Hemmschuh, Faul, bequem und
dann feig wird der an den Staatskrippen verdauende Bürokrat. Dabei erweckten
der große Apparat und die Titel, die sich die Herren gegenseitig verleihen, nach
außen die Meinung, daß hier ebenso fleißig wie unerschrocken geforscht wird.
Weshalb die, die außen sind, davon abgehalten werden, selber nach dem
Rechten zu schauen. Diesem Umstand haben wir dann letzten Endes die
Inflation zu verdanken. Fort mit dem Staat und seinen Universitäten. Er korrump-
iert alles, auch die Wissenschaft. Qui mange du pape en meurt.

Ist die Ivanote überflüssig oder gar schädlich?

In einer bei der Schriftleitung eingelaufenen, mir zur Bearbeitung zugeschick-
ten ausführlichen Abhandlung kommt der Verfasser zur glatten Bejahung dieser
Frage. Er sagt, daß die nationale Indexwährung, wenn sie allgemein richtig
gehandhabt wird, genügen dürfte für die Verbindung fester Wechselkurse mit
festem Index und daß in den Fällen, wo sie nicht genügen dürfte, wie etwa bei
Fehl- und Rekordernten oder fehlerhafter ausländischer Währungspolitik die
Ivanote die entstehenden Wechselkursschwankungen nicht, wie ich behaupte,
abschwächen würde, sondern im Gegenteil verstärken müßte. Zugleich stehe die
Forderung der Ivanote in Widerspruch mit der Forderung der Indexwährung,
namentlich dann, wenn – wie ich vorschlage – das Auftreten eines Ivaagios zu
einer vom Ivabüro geleiteten Untersuchung über die Ursache der Erscheinung
mit daran sich knüpfenden Ratschlägen zur Beseitigung des Übelstandes führen
sollte. Der Verfasser sagt, mit Recht sagt er es: Niemand kann zwei Herren dien-
en. Entweder sei die Parität der Ivanote Maß der Geldausgabe oder der Index
spiele diese Rolle, ich aber mache mit der Ivanote trotzdem den Versuch, den
Krebsgang mit dem Parademarsch zu verbinden.

Diese Einwände verdanken ihre Ursache wieder der Unklarheit meiner
Ausführungen in meiner Schrift: „internationale Valutaassoziation“, noch der
Unklarheit meines Kritikers, wohl aber, wie ich annehme, der Kürze meiner
Ausführungen. Diese aber hat ihre guten Gründe. Das Gebiet, das ich in der
NWO bearbeite, ist so gewaltig groß, daß, wenn ich die einzelnen Gegenstände
ausführlich bearbeiten wollte, ein Werk im Umfang von Karl Marx: „Das Kapital“,
entstehen würde, ein Werk, das nur wenige mehr lesen würden. Der Umfang des
Werkes muß unbedingt innerhalb der proletarischen Kaufkraft bleiben. Schon
heute ist es so, daß, wenn ich vom Buchhändler einen Preis fordere,

der neben den Druckkosten noch etwas für Reklame übrig läßt, sofort der Absatz zurückgeht. So bleibe ich lieber bei der Kürze und überlasse gern dem gründlichen Leser die Aufgabe, durch eigene Arbeit die Lücken des Buches auszufüllen. Der Leser gelangt auf diese Weise auch schneller zu selbständigem Urteil in all den Fragen, die im Buche überhaupt nicht behandelt sind.

Revenons à notre mouton. Die Ivanote hat zum Zweck, dem Gedanken des Weltgeldes, der heute in der Goldwährung einen gefährlichen und kümmerlichen Ausdruck sucht, eine Bresche zu schlagen, einen Weg zu zeigen, auf dem jede Nation ohne Kosten, ohne Risiko und ohne sich vertraglich zu binden und zu jeder ihr passenden Zeit dem großen Ziel zustreben kann. Der Mechanismus der Ivanote ist dem Mechanismus der lateinischen Münzunion abgeguckt, die sich innerhalb der Fehlergrenzen der Metallwährung ausgezeichnet bewährte. Sie sucht für die ganze Welt das zu erreichen, was innerhalb jedes Landes, innerhalb der Grenzen eines Währungsgebietes bereits mit fast absoluter Präzision erreicht wurde, nämlich die Verhütung von Valuta- und Wechselkursschwankungen zwischen den Städten und Provinzen. Niemand wird leugnen, daß, wenn in jedem einzelnen der deutschen Länder selbständige Währungspolitik mit eigenem Papiergeld nach eigenem Index betrieben würde, auch dann noch Valutaschwankungen eintreten würden, wenn in all diesen Ländern die Währungspolitik nach genau den gleichen Grundsätzen und Methoden betrieben würde. Und wenn auch solche Schwankungen in minimalen Grenzen blieben, so würden sie sich im Verkehr dennoch sehr unangenehm fühlbar machen. Das Auftreten eines Agios von einem $\frac{1}{2}$ ‰ würde genügen, um den Noten die Überschreitung der Landesgrenzen unmöglich zu machen, und jeder wäre genötigt, bei jedem Wechsel genau darauf zu achten, daß ihm keine bayrischen, schwäbischen, thüringischen Noten untergeschoben werden. Und bei allen Rechnungen und Zahlungen müßte auf dieses Agio Rücksicht genommen werden. Überall würden Wechselstuben erstehen, an den Börsen würde Agiospekulation getrieben. Das Agio stände schließlich in gar keinem Verhältnis zu den mit ihm verknüpften Belästigungen. Ob der Index um einige ‰ hin und her pendelt, hat für niemand praktische Bedeutung. Jeder wird gerne solche Differenzen in der Kaufkraft seines Einkommens auf sich nehmen, wenn er sich damit vor den Plackereien des Agios schützen kann. Genau genommen hat jede Stadt ihre Zahlungs- und Handelsbilanz, die wir nur darum nicht zu spüren bekommen, weil das bare Geld den Ausgleich automatisch bewirkt. Und was für die einzelnen Städte gilt, muß in höherem Maße auch für die einzelnen Gebiete der Länder gelten, z. B. für die einzelnen Staaten in der nordamerikanischen Union. Wer darauf verzichtet, daß in Deutschland jedes Land und jede Stadt auf eigene Faust Währungspolitik mit eigenem Geld betreibt, trotzdem er zugeben muß, daß in Deutschland die Indexschwankungen von Stadt zu Stadt verschieden ausfallen – wenn auch minimal – und wer solchen Verzicht damit begründet, daß die Verhütung von Valutagrenzen innerhalb Deutschlands wichtiger ist als die Erzielung absoluter Indexstabilisierung in den einzelnen Städten und Ländern, der wird keinen triftigen Grund finden, warum solche Gesichtspunkte nicht auch für den internationalen Verkehr Geltung haben sollten. Der deutsche Index wird niemals mehr sein als ein Durchschnittsindex aller Märkte des deutschen Reiches, und was ich für die IVAnote fordere, ist auch nichts weiter als ein Durchschnittsindex. Geben wir uns zufrieden mit dem deutschen Durchschnittsindex, so können wir uns erst recht mit dem internationalen Durchschnittsindex zufrieden geben, denn je größer ein Währungsgebiet ist, umso schwerer läßt es sich aus dem Gleichgewicht

bringen. Wie ich als Bürger von Lippe Detmold oder von Schaumburg Lippe meine Interessen lieber einem deutschen Index anvertrauen würde als dem des eigenen kleinen Landes, so wieder würde ich einem Weltindex mehr vertrauen als irgend einem nationalen Index. Dabei fordere ich mit der internationalen Valuta-Assoziation nicht, daß wir uns blindlings, ohne Aufsicht dem internationalen Index anvertrauen sollen. Es ist vorgesehen, daß jedes Land die eigene Wahrung behält und einen Index führt, der der nationalen Währungspolitik innerhalb von bestimmten Toleranzpunkten als oberster, als einziger Richtpunkt dient. Der Raum zwischen den Toleranzpunkten bildet das Gebiet der Ivanote, die einen Puffer darstellt zwischen nationaler und internationaler Wahrung zu dem Zwecke der Verhütung von Valutaschwankungen, die wir als lästig bezeichneten und deren Vermeidung wir mit der erwähnten Toleranz bezahlen. Die Ivanote soll jedem Lande in einer Menge geliefert werden, die anfänglich 20% des nationalen Geldumlaufes ausmacht, so daß für Deutschland mit etwa einer Milliarde Mark zu rechnen wäre. Das ist ein Betrag, der nach den Erfahrungen der Vorkriegszeit den Bedarf sehr reichlich deckt, denn niemals in den letzten 50 Jahren erreichte die Einfuhr und Ausfuhr von Gold in Deutschland die Höhe von einer Milliarde. Mit dieser Milliarde kann Deutschland durch Ein- und Ausfuhr von Ivanoten die Schwankungen der Zahlungsbilanz ohne weiteres ausgleichen. Es ist mit der Ivanote allen Ländern ein Kapital kostenlos zur Verfügung gestellt, das ein entsprechendes Quantum Gold mit bedeutenden Vorteilen nach jeder Richtung ersetzt. Da die Ivanote in der ganzen Welt kursiert und überall pari mit dem Nationalgeld kursieren soll, so schafft sie automatisch und kostenlos das, was die Banken durch Arbitrageoperationen und nicht ohne bedeutende Kosten bewirken, einen allgemeinen Ausgleich der Wechselkurse.

Überschreitet nun in irgend einem Land, Deutschland z. B., die Entwicklung des Indexes die Toleranzpunkte, während gleichzeitig die Ivanote ihren Parikurs beibehält, so wird man nach der Ursache einer solchen Erscheinung suchen müssen. Es kann sich dann nur um diese zwei Möglichkeiten handeln: Die Indexstatistik ist entweder in Deutschland allein oder aber in allen anderen Ländern gleichmäßig falsch geführt. Da es näher liegt, anzunehmen, daß es sich um einen lokalen, in diesem Falle also um einen deutschen, Fehler nicht aber um einen von allen Staaten der Welt begangenen Fehler handelt, so wird man zunächst die deutschen statistischen Methoden untersuchen und erst, wenn dort nichts zu finden ist, wird man daran gehen, die Statistik aller Länder mit der deutschen zu vergleichen.

Einfacher wird es sein, die Fehlerquellen festzustellen, wenn in mehreren Ländern gleichzeitig Erscheinungen wie die oben besprochene auftreten, weil man dann schon eher annehmen kann, daß überall Fehler begangen werden. In solchen wie in allen Fällen wird das internationale Indexbüro sehr wertvolle Arbeit leisten können. Da es sich hier um ein Gebiet handelt, wo kein Staat ein Interesse daran haben kann, die Ergebnisse der Untersuchung zu fälschen, so ist die Grundbedingung für sachliche Arbeit immer erfüllt.

Kann man nun noch sagen, daß mit der Ivanote dem Währungsamt zwei sich kreuzende Richtpunkte gegeben würden? Man beachte, daß bei der Anfertigung des Indexes der Valuta als Vertreterin der ausländischen Waren und der Ausfuhrindustrie ein starker Einfluß eingeräumt werden muß, der gewiß weit größer ist, als der, den ich für die Iva vorschlage. Trotzdem wird niemand behaupten, daß mit der Berücksichtigung der Valuta die Statistik zwei auseinanderstrebenden Momenten nachliefe. Mit der Berücksichtigung der Ein- und Ausfuhrwaren wird

die Valuta heute unmittelbar im Index verarbeitet, während nach den Ivavorschlägen die Valuta ein vom Index getrennt bestehendes, darum auffälligeres Element der Währungs- politik ist. Ein grundsätzlicher Unterschied ist hier nicht zu erkennen. Irgend welche Rücksicht auf die Valuta wird man bei der Währungspolitik oder bei der Anfertigung des Indexes immer nehmen müssen. Die Valuta ist zur Bestimmung des Inhaltes einer Mark doch sicher ebenso wichtig wie der Preis nationaler Produkte. (Nation bedeutet hier soviel wie Währungsgebiet.) Und so sicher wird sich das Indexbüro doch niemals fühlen, daß bei Auftreten eines Valutaagios bei gleichzeitig feststehendem Index es ohne weiteres behaupten wird, die Schuld wäre in der ausländischen Währungspolitik zu suchen.

Seinen Einwand, daß die Ivanote die Ursachen für eine aktive oder passive Zahlungsbilanz verstärken würde, statt sie, wie behauptet wird, zu glätten, begründet der Kritiker mit folgendem Beispiel: Steigen durch eine große lokale Mißernte in Deutschland die Getreidepreise und die Getreideeinfuhr aus Nordamerika, wird dadurch die deutsch- amerikanische Zahlungsbilanz passiv und steigt vorübergehend der nordamerikanische Wechselkurs, so wirkt das Steigen dieses Wechselkurses hemmend auf die Getreide- einfuhr, hemmend auf die passive Gestaltung der deutsch-amerikanischen Handels- bilanz und drängt sie zum Ausgleich zurück. Dagegen würde ein staatlicher Eingriff in diesen Vorgang in Form des Ivamechanismus den Ausgleich des Getreidepreises zwi- schen den beiden Ländern erschweren. Die Importhäuser würden nach Verschickung der greifbaren nordamerikanischen Wechsel ihre Zuflucht zu den Ivanoten nehmen, um weitere Getreidemengen einführen und bezahlen zu können. Die Handelsbilanz- schwankungen würden bei stabilisiertem Wechselkurs weit größer als bei schwanken- dem Wechselkurs. Die Schwankung des Wechselkurses wird durch den Ivamechanis- mus zwar unterbunden, die Wirkung der Mißernte aber keineswegs. Die Auswirkung wird nur verdrängt vom Wechselkurs zunächst auf den Kurs zwischen Nationalgeld und Valutanoten. Da dieser nach Vorschlag Gesells aber auch stabilisiert werden soll, so kommt die Störung mit großer Verstärkung im Warenindex zum Ausdruck. Und, wenn der Warenindex zugunsten *eines* stabilen Wechselkurses verändert wird, so geraten durch solche Indexverschiebung durch Arbitrage alle übrigen Wechselkurse dieses Landes in Unordnung. „Daraus folgere ich, daß die Valutanote sich mit exakter Index- währung nicht vereinbaren läßt, vielmehr müssen die Wechselkursschwankungen, soweit sie von Indexveränderungen herrühren, durch allstaatliche Indexwährung be- seitigt, soweit sie durch anormale Ereignisse (Mißernte, Kriege usw.) veranlaßt werden, sind sie ihrem innewohnenden Regulativ zu überlassen.“

Hierzu wäre zunächst zu sagen, daß die Darstellung des Sachverhalts, der dem Kritiker als Beispiel dient, nicht vollständig genug ist, um ein richtiges Bild zu geben. In der Darstellung wird nicht erwähnt, daß beim Steigen des Wechselkurses nicht nur die Einfuhr des Getreides gehemmt wird, sondern die Einfuhr schlechthin, und daß außer- dem die Ausfuhr in genau demselben Maße gefördert wird, wie die Einfuhr gehemmt wird, so daß die Zahlungsbilanz in noch viel stärkerem Maße dem Ausgleich zudrängen muß. Mit der Ivavalutanote fallen diese Ausgleichsfaktoren natürlich so lange fort, als der Wechselkurs durch Ausfuhr von Ivanoten festgehalten werden kann. Dafür treten andere Ausgleichsfaktoren auf. Soll nämlich in Deutschland im Falle einer allgemeinen Erhöhung der Getreidepreise (Fehlernte) der Index stabil erhalten werden, so müssen die Preise anderer Waren gesenkt werden, was dadurch geschieht, daß weniger Geld für sonstige Einkäufe übrig bleibt, wenn das Brot teurer wird. Die Senkung dieser Preise aber muß

die Ausfuhr in dem gleichen Maße begünstigen, wie der erhöhte Preis des Getreides dessen Einfuhr erleichterte, so daß durch die Fehlernte die Zahlungsbilanz kaum berührt wird, solange Indexwährungspolitik betrieben wird. Auch mit der Ivanote treibt die Preisentwicklung also zum automatischen Ausgleich und zwar hier, ohne daß es zu einer störenden, kreditschädigenden Wechselkurserhöhung zu kommen braucht, die die Kalkulationen der Ausfuhr- und Einfuhrhändler durchkreuzt, und sie bei stärkeren Differenzen dem sicheren Bankerott zutreibt. Natürlich kann ein so schweres Ereignis wie eine Fehlernte in Getreide nicht ohne irgend welche üblen Folgen bleiben. Die Erhöhung der Getreidepreise bei gleichzeitiger Senkung aller übrigen Preise ist sicher eine üble Sache. Doch handelt es sich hier auch wieder um viel kleinere Differenzen, als wie sie unserem Kritiker wohl vorschweben mögen. Denn auch bei Fehlernten steht der Getreidepreis in Deutschland unterm Schutz des Weltmarktpreises. Der Preis in Deutschland kann also bei Fehlernten nur so weit steigen, als wie der Weltmarktpreis steigt. Es hat sich aber gezeigt, daß lokale europäische Fehlernten nur geringfügigen Einfluß auf den Weltmarktpreis auszuüben vermögen. So lange nun das zutrifft, käme für den Fall einer Fehlernte nur die Beschaffung der Zahlungsmittel für das durch die gesteigerte Getreideeinfuhr entstehende Passiv der Zahlungsbilanz in Betracht. Und ein solches Zahlungsmittel für vorübergehenden Bedarf liefert in idealer Vollkommenheit die Ivanote. Mit der Ausfuhr eines Teiles des vorgesehenen normalen Bestandes an Ivanoten (20% des nationalen Geldes) läßt sich ein solcher Saldo der Zahlungsbilanz glatt begleichen, wobei wieder zu beachten ist, daß die Ausfuhr dieser Noten keinen Einfluß auf die Preise zu haben braucht, weil die Notenbank sie durch eine entsprechende Mehrausgabe von nationalen Noten ersetzt. Natürlich wird man dann für einen möglichst schnellen Rückfluß der ausgeführten Ivanoten sorgen. Bringt sie die Entwicklung der Handels- und Zahlungsbilanz nicht mit der gewünschten Schnelligkeit zurück, dann müßte dies durch eine Anleihe bei den Staaten, wo sich als Folge der deutschen Ivausfuhr ein Überschuß an Ivanoten zeigt, geschehen. Normalerweise aber dürfte die Handelsbilanz den Rückfluß der Ivanoten herbeiführen, und zwar in folgender Weise: In der Landwirtschaft ist ein dem Fehlbetrag der Ernte entsprechender Fehlbetrag an Geld entstanden. (Der Weltmarktpreis entschädigt die Landwirte nicht für den Ausfall an Getreide. Die Herren Landwirte können in Folge dessen nicht im gleichen Maße wie sonst als Käufer von Waren auftreten. Es bleiben demnach mehr als sonst Waren für die Ausfuhr frei. Gleichzeitig werden weniger als sonst Waren vom Ausland eingeführt. So findet also auch von hier aus ein Ausgleich statt, und dürften in den meisten Fällen Anleihen sich erübrigen, wenn eine Fehlernte die Zahlungsbilanz vorübergehend aus dem Geleise wirft.

Es erhellt aus dem Gesagten, daß der Kritiker im Unrecht ist, wenn er sagt, daß die Ivanote überflüssig sei, denn die Beseitigung auch der kleinen Valutaschwankungen, die selbst bei exakter internationaler Führung der Indexwährung nicht zu vermeiden wären, ist ein erstrebenswertes Ziel, das nur bei Verwendung eines internationalen Geldes erreicht werden kann. Das Gold erfüllt diesen Zweck mit vielen schädlichen Nebenwirkungen. Die Ivanote dagegen würde diese Aufgabe rein ohne Kosten irgend welcher Art und ohne irgend welche Nebenwirkungen erfüllen.

Es geht weiter aus dem Gesagten hervor, daß die Berücksichtigung des Ivaparis kein neues oder gar widersprechendes Element der Indexwährung darstellt, insofern als die Aufführung der Ein- und Ausfuhrwaren in der Indexstatistik eine ebenso starke Berücksichtigung der Va-

luta bedeutet, wie sie für die Iva gefordert wird.

Und schließlich geht aus dem Gesagten hervor, daß der Mechanismus der Ivanote die automatische Ausgleichung, selbst bei starken Störungen der Handelsbilanz, der Unterstützung durch Wechselkursschwankungen nicht bedarf.

Ich lese eben eine Anzeige eines Buches, das den Titel trägt: „Heilliebe“. Der Autor will alle Krankheiten dadurch heilen, daß der Kranke sich eine allumfassende Liebe zum Kosmos suggeriert. Dieses Rezept möchte ich all denen empfehlen, die einen neuen Gedanken kritisieren. Wenn der Kritikus der Iva mit Liebe an seine Aufgabe gegangen wäre und denselben Scharfsinn zur Klärung der vermeintlichen Widersprüche entwickelt hätte, den er für die Begründung derselben brauchte, ich bin gewiß, daß er dieser langen Erklärungen nicht bedurft hätte.

Die Triebkräfte der amerikanischen Mongolenpolitik.

„Grollt es nicht in fernen Donnern,
Seht ihr nicht, wie der Himmel
Ahnungsvoll schweigt und sich trübt?“

Wir haben schon wiederholt die Gefahr aufgezeichnet, mit der die amerikanische Mongolenpolitik uns *Europäer* bedroht. Wir machten darauf aufmerksam, daß der sich vorbereitende amerikanisch-mongolische Krieg als *Rassekrieg* keine Staaten, keine Völker, keine Grenzen kennt und als Ausrottungskrieg schlimmster Art zu bewerten ist. Man greift die Rasse, mit der man glaubt zusammen nicht auf dieser Erde leben zu können, wo immer man ihre Vertreter trifft, an und rottet sie aus, wahllos und ohne zu zählen, Männer, Frauen und Kinder, wie Moses es mit den Philistern, wie es das deutsche Kulturvolk unter Kaiser Wilhelm und seinem General Trotha in Südwest-Afrika machte. Und da nun Europa das Quellgebiet der weißen Rasse ist, die auf dem Umwege über Amerika den Mongolen den Krieg erklärt, so werden die Mongolen die Amerikaner in ihrer Urheimat, in Europa, angreifen, was für sie ja auch das Bequemste ist. Mit einem neuen, modernen Heer von 50 Millionen Mann wird *Attila II.* Revanche nehmen für die Schlacht in den Katalaunischen Gefilden.

So wird die amerikanische Mongolenpolitik zu einer eminent europäischen und deutschen Angelegenheit, und wir haben alle Ursache, den Amerikanern, die sich ohne den Schutz des Pazifischen Ozeans vielleicht vorsichtiger betragen würden, scharf auf die Finger zu schauen. Schon allzu lange haben wir *Europäer* uns der amerikanischen Mongolenpolitik gegenüber passiv verhalten, und nur wenige horchten auf, als vor einiger Zeit die Nachricht durch die Zeitungen ging, daß ein angesehenener Japaner vor der amerikanischen Botschaft in *Tokio* Harakiri übte, weil er sich in seiner Rassenehre durch die Erneuerung der amerikanischen Mongolengesetze getroffen fühlte.

Die Zeitungen registrierten das Ereignis als japanische Kuriosität!!

Und mehr geschah auch nicht, als bald darauf gemeldet würde, ein anderer Japaner, ein aus Amerika mit gehäuften Reichtümern heim-

wärts fahrender Kaufmann, habe sich aus dem gleichen Grund vor den Augen amerikanischer Passagiere über Bord gestürzt. Das sind Fanfarenstöße, die wir nicht unbeachtet lassen dürfen. Sie zeigen, wohin wir treiben. Noch verhindert die wirtschaftliche Schwäche die Mongolen daran, ihrer Empörung einen anderen Ausdruck zu geben als durch Harakiri oder andere Selbstmordarten. Aber das Beispiel Japans zeigt uns auch, wie schnell die Industrialisierung und Militarisierung eines Volkes heute sich vollzieht. Und auch Amerika selbst zeigt uns, wie schnell mit Hilfe moderner Maschinen ungeheure militärische Kräfte hervorgezaubert werden können. Und was die Amerikaner konnten, das werden erst recht auch die freien, intelligenten, fleißigen und sparsamen Mongolen zustande bringen können. Wenige Jahrzehnte noch und dann haben es die Mongolen nicht mehr nötig, durch Harakiri vor der amerikanischen Botschaft zu protestieren gegen Beleidigung und verbrecherische Vergewaltigung ihrer Rasse.

Wir haben daher allen Grund uns zu fragen, und zwar wir Europäer in erster Linie, ob die Gefahr nicht noch abgewendet werden kann. Der Beantwortung dieser Frage soll die nachfolgende Untersuchung dienen.

—

Die wirtschaftlichen Triebkräfte unseres Handelns sind immer echt. Sie erlahmen nicht vor dem Ziel. Sie brauchen nicht von außen immer wieder angepöbelt zu werden, sie tragen den Wecker in sich. Ohne Begeisterung zu fordern, schlafen sie niemals ein. Dagegen die ethischen Kräfte! Wenn da nicht immer die Werbetrommel gerührt wird – zumeist von Personen, die wirtschaftlich dabei interessiert sind – so beruhigen sich die Gewissen immer wieder und schlafen ein, gewöhnlich umso schneller und tiefer, je größer die Begeisterung war, die die Werbetrommel anfachte.

In Amerika wurden die schwarzen Sklaven vor etwa 60 Jahren befreit. Nicht aus eigener Kraft befreiten sich die Schwarzen. Amerikaner waren es, die das schöne Werk vollbrachten, das den amerikanischen Sklavenhaltern ein Kapital von 4 Millionen Schwarzhäuten kostete. Man freut sich über eine solche Tat und denkt, daß der Mensch sich doch manchmal durch ethische, religiöse Kräfte in grundlegenden Dingen leiten und treiben läßt. Und jeder hofft, solche billige Kraft auch einmal vor seine Ideale spannen zu können.

Gewiß, bei der Befreiung der Sklaven haben solche ethischen Kräfte mitgewirkt. Wir denken hier an die Arbeit der Quäker, an den Roman „Onkel Toms Hütte“, an die fast 2000 Jahre alte christliche Propaganda. Wir haben aber guten Grund anzunehmen, daß, wenn in der Sklavenfrage nicht auch dämonische, wirtschaftliche Kräfte mitgewirkt hätten, die Sklaven noch heute und vielleicht noch einmal 2000 Jahre an der Kette liegen würden.

Für ein Befreiungswerk solcher Art ist die Ethik und das Christentum als Kraftquelle offenbar zu schwach.

Der amerikanische freie Arbeiter in den Nordstaaten glaubte im Sklaven einen Lohndrucker erkannt zu haben; der Farmer glaubte, daß der Preis des Mais so niedrig war, weil der Sklavenhalter mit seinen billigen Arbeitskräften ihm unlaute Konkurrenz machte. Und um für sich einen höheren Lohn ausbedingen zu können, um höhere Preise für ihre Produkte zu erzielen, forderten die Farmer und Proletarier die Abschaffung der Sklaverei und griffen schließlich zu den Waffen, um diese Forderung durchzudrücken. Unterstützt wurden die Farmer und Arbeiter dann noch durch die Unternehmer, die den Schutzzoll für ihre Produkte gegen die freihändlerisch orientierten Sklavenhalter erstrebten.

Es ist klar und selbstverständlich, daß solche Kräfte ganz anders in das Geschick der Sklaven eingreifen mußten, als es Sonntagspredigten und Zeitungsartikel tun konnten, die die Negerfrage von der religiösen oder ethischen Seite anpacken und die nur Phlegma zurücklassen, sobald der Sonntagspredigten-Spiritus zum Teufel ist.

Zur weiteren Stütze dieser Anschauung sei noch erwähnt, daß die Forderung der Sklavenbefreiung gerade zu einer Zeit, die zur Tat ausgreifende Kraft auslösen konnte, als die amerikanische Wirtschaft von einer Krise betroffen war, unter der die oben erwähnten Stände außerordentlich litten. Die Preise waren infolge fehlerhafter Währungspolitik unter die Produktionskosten gefallen. Durch Verteuerung der Produktionskosten der Konkurrenten – also durch die Verwandlung der Sklaven in freie Arbeiter – hoffte man den eigenen Betrieb wieder konkurrenzfähig zu machen. Ohne diesen besonderen Antrieb wäre damals in der Sklavenfrage nichts geschehen. Und hätte gar der Arbeiter und der Farmer die Kosten der Sklavenbefreiung persönlich tragen müssen, so hätten diese Volksschichten mit demselben Eifer die Sklavenketten geschmiedet, mit dem sie sie zu zerreißen suchten.

Den Beweis hierfür liefert uns die Mongolenpolitik der amerikanischen Arbeiter. Wären die Amerikaner bei der Sklavenbefreiung von ethischen Gründen bewegt gewesen, wie könnten sie jetzt einem anderen Menschenstamm gegenüber eine entgegengesetzte Politik betreiben? Denn ob ich einen Menschen an die Kette lege oder ob ich ihn durch die Grenzsperrre daran hindere, sich seinen Platz an der Sonne zu sichern, ist der Wirkung nach doch dasselbe. Ein Mensch, der sich über die Sklaverei empört, kann unmöglich seine Zustimmung einem Gesetze geben, durch das anderen Menschen der Zugang zur Mutter Erde versagt wird. Wir müssen also auch hier annehmen, daß der amerikanische Arbeiter genau wie bei seiner Sklavenpolitik für sich einen Vorteil von

seiner heutigen Mongolen- und allgemeinen Einwanderungspolitik erwartet, daß ethische Momente in dieser Politik wenn überhaupt dann eine durchaus untergeordnete Rolle spielen.

Der amerikanische Arbeiter, der von der Sklavenbefreiung eine Besserung seines Lohnes erwartete, glaubt heute, daß er denselben Vorteil von einer, scheinbar wenigstens entgegengesetzten Politik, von einer Beschränkung der Einwanderung erwarten könne. Diese Meinung stützt er mit zwei sich widersprechenden Lohntheorien. Einmal behauptet der Amerikaner, daß nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage der Lohn mit dem Angebot von mongolischen Arbeitskräften sinken müsse, ein andermal sagt er, daß der Lohn sich nach den Bedürfnissen der Arbeiter richtet und daher mit der bekannten Bedürfnislosigkeit der Kulis sinken muß.

Diese Anschauungen sind richtunggebend wie für die amerikanische Mongolenpolitik, so auch für die allgemeine Einwanderungspolitik. Gelänge es, die Amerikaner davon zu überzeugen, daß sie hier einem Trugschluß unterliegen, daß der Mongole, wie überhaupt der Einwanderer, nicht nur nicht den Lohn senkt, sondern diesen sogar heben muß, so würde er sicher nichts dagegen haben, wenn die Einwanderungssperre aufgehoben würde, wie er auch der Sklaverei gegenüber sich uninteressiert erklärt hätte, wenn ihm plausibel gemacht worden wäre, daß die Sklaverei seinen Lohn nicht berührt.

Die Anwendung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage auf die Höhe des Lohnes erfordert, wenn man keine Fehlschlüsse machen will, eine gewisse Umsicht. Es genügt nicht, daß man sagt: Der Mongole mehrt das Angebot von Arbeitskräften, ergo drückt er den Lohn. Ehe man diesen Schluß zieht, muß man fragen: wird hier auch berücksichtigt, daß das Gesetz von Angebot und Nachfrage kein statisches, sondern ein dynamisches ist und daß der Preis (Lohn) seine eigenen Elemente beeinflusst? In einem arithmetischen Bruch hat das Resultat auf Nenner und Zähler keinen Einfluß. $\frac{6}{3}$ gibt immer 2. Aber beim Bruch, den Angebot und Nachfrage darstellen, $W / G = P$, wird man wahrnehmen, daß P in der weiteren Entwicklung starken Einfluß auf W und G hat und so automatisch Preisänderungen hervorruft. Ein schlechter Preis führt zur Produktionseinschränkung, ein guter zur Produktionserweiterung. Aus diesem Grund kann man auch nicht ohne weiteres sagen: Weil der Zustrom der Mongolen das Angebot von Arbeitskräften mehrt, muß daraus ein Lohndruck abzuleiten sein. Gewiß, heute wird, wenn das Angebot von Arbeitskräften wächst, sich ein Druck auf den Lohn fühlbar machen – aber wie wird es morgen, wenn das Arbeitsprodukt der Mongolen als Kapitalangebot auf dem Markt erscheint? Der

Sinn dieser Frage wird deutlich, wenn wir annehmen, daß die mongolischen Arbeitskräfte etwa in der Herstellung von Arbeiterwohnungen eingesetzt werden, wodurch die Mieten dieser Wohnungen gedrückt werden und der amerikanische Arbeiter an Hauszins wiedergewinnt, was er durch Lohndruck zu verlieren glaubte.

Auch erhöht der durch das Angebot von mongolischen Kräften zunächst gedrückte Lohn entsprechend den Unternehmergewinn und dieser erhöhte Gewinn spornt die Unternehmer zur Ausdehnung der Betriebe an und stärkt dadurch die Nachfrage nach Arbeitern, wodurch der Lohn wieder auf den Ausgangspunkt und darüber gehoben werden mag. Wer in dieser Weise den Lohn dynamisch als Produkt eines Entwicklungsprozesses betrachtet, der wird auch auf die Frage, wie der Mongole in Amerika auf den Lohn wirken würde, sagen, daß zur einwandfreien Beantwortung der Frage, *die einseitige Betrachtung des Angebots von Arbeitskräften nicht genügt* und daß die amerikanischen Arbeiter, die nur das vermehrte Angebot von Arbeitskräften sehen, den ärgerlichsten Fehlschlüssen ausgesetzt sein müssen.

Schon der Umstand, daß gewöhnlich dort der Lohn (Reallohn) am höchsten ist, wo die Bevölkerung am dichtesten ist, hätte die amerikanischen Arbeiter bei der Beurteilung der Mongoleneinwanderung stutzig machen müssen. Der Lohn fällt nicht, sondern steigt mit der wachsenden Dichtigkeit der Bevölkerung. Bekannt ist die Abwanderung vom dünn bevölkerten Ostdeutschland nach dem dicht bevölkerten Westen. Dieselbe Erscheinung kann man in der ganzen Welt wahrnehmen. Die Anziehungskraft der Stadt wächst mit ihrer Größe. (Zum Reallohn gehören auch die gesellschaftlichen Vorteile der Stadt.) Die Erklärung dafür, daß die große Stadt höhere Löhne bezahlt und bezahlen kann, liefert die Arbeitsteilung, die erst durch *die dichte Bevölkerung* der großen Stadt intensiv ausgenutzt werden kann. Je größer die Stadt umso länger kann das Laufband der Fabrik ausgemessen werden und umso größer ist dann der Nutzeffekt der Arbeit und umso größer ist der Fonds, der für Lohnzahlungen verfügbar ist. Ford z. B. zahlt Tagelöhne von 8 und mehr Dollar. In einer kleinen Fabrik würde der Nutzeffekt für solche Löhne nicht ausreichen. Ein anderes Beispiel für den Satz, daß die Volksdichte Vorbedingung für hohen Nutzeffekt der Arbeit ist, liefern die Straßen, Brücken, Eisenbahnen, Hafenanlagen, Kanäle usw., Dinge, die den Nutzeffekt der Arbeit und damit den Lohnfonds gewaltig erhöhen, die aber nur bei einer gewissen Volksdichte möglich sind. Die Vorteile des langen Laufbandes kann man nur ausnutzen, *so weit es nicht an Ar-*

beitern fehlt, das Laufband [Unter „Laufband“ ist das rotierende Band zu verstehen, das in den modernen Fabriken den Arbeitern die Arbeitsstücke zuträgt, an denen der einzelne Arbeiter immer nur ein und denselben Handgriff auszuüben hat, wodurch unerhörte Fixigkeit erzielt wird. Je größer die Arbeitsteilung, umso länger das Laufband.] aber kann endlos verlängert werden.

Wenn es sich aber so verhält, wie soll man da die von den amerikanischen Arbeitern zum Schutze ihres Lohnes betriebene Mongolenpolitik bewerten, die eine solche endlose Verlängerung des Laufbandes, eine endlose Vergrößerung des Nutzeffektes der Arbeit und dementsprechend auch eine endlose Stärkung des Lohnfonds verhindert? Daß es sich hier um Mongolen handelt, ändert doch nichts am Nutzeffekt des Laufbandes! Die Arbeitsteilung und die Maschine fragen nicht nach der Hautfarbe der Arbeiter. Ganz bestimmt würde der Zustrom mongolischer Arbeiter eine gewaltige Ausdehnung der Arbeitsteilung gestatten, das Laufband sämtlicher Fabriken könnte verdoppelt worden, der Nutzeffekt der Arbeit würde sich vervielfältigen lassen, *der Lohnfonds wäre größer*.

Betrachten wir nun die Mongolenpolitik der amerikanischen Arbeiter vom Standpunkt der zweiten von ihnen angeführten Lohntheorie, wonach sich der Lohn nach den Bedürfnissen der Arbeiter richtet. Ich werde hier ganz vom inneren Wert dieser Theorie absehen, sondern nur sagen, zu welchen Folgerungen ihre Anwendung für die Lohnpolitik führen müßte, sofern sie folgerichtig angewendet wird.

Nehmen wir an, der Lohn, den der amerikanische Unternehmer den Mongolen zahlt, sei entsprechend der behaupteten Bedürfnislosigkeit der Mongolen herabgesetzt worden. Dann würde der Unternehmer einen Extragewinn einsacken. Die Dividenden, der Profit, der Unternehmerngewinn würden über das übliche, herkömmliche Maß steigen und einen neuen Ansporn zu neuen Unternehmungen, zur Erweiterung der Betriebe geben. Wie könnten aber die im Wettbewerb stehenden Unternehmer sich die zur Betriebserweiterung nötigen Arbeiter anders sichern, das heißt gegenseitig abluchsen, als durch Anbieten höherer Löhne? Würde dann etwa der Mongole, gestützt auf seine Bedürfnislosigkeit und mit ihr protzend solche Lohnerhöhung zurückweisen? Es wäre lächerlich, das zu erwarten, und ich erinnere hier daran, daß der Japaner den Lohnstreik ebenso energisch, ebenso oft übt, wie der Amerikaner und daß der Reallohn des Japaners in den letzten 50 Jahren um das 40fache gestiegen ist. Natürlich ist seine Leistung durch die Maschine ebenfalls in diesem Verhältnis oder darüber hinaus gestiegen.

Wer also behauptet (niemand wird es leugnen), daß der Wett-

bewerb regelt und nivelliert, der muß auch anerkennen, daß eine unabhängig von der Produktivität der Arbeit durchgeführte, mit der Bedürfnislosigkeit der Arbeiter begründete Lohnsenkung und entsprechende Hebung des Unternehmergewinns automatisch auf dem Wege der Betriebserweiterung eine erhöhte Nachfrage nach Arbeitern und damit eine Lohnerhöhung auslöst.

Man kann hier einwenden, daß die Lohnerhöhung die Mongoleinwanderung in erhöhtem Maße fördern würde, und wer die Mongolei als unbegrenztes Arbeiterreservoir betrachten zu können glaubt, wird hier die Frage stellen, ob der Einwandererstrom der Verlängerung des Laufbandes oder dieses dem Einwandererstrom den Rang streitig machen wird. Darauf wäre vieles zu antworten. Die Frage greift in das Problem der Geburten über. Allgemein kann man sagen, daß bisher das Laufband der Einwanderung den Rang abgelaufen hat, daß der Auswanderung immer genügend Hemmungen bereitet sind, die ihr zu jeder Zeit unübersteigbare Grenzen ziehen. Ehe z. B. der Chinese das Geld für die Überfahrt ersparen kann, vergehen Monate, oft Jahre. Diesen Hemmungen auf Seite des Angebots von Arbeitskräften entsprechen allerdings andere auf Seite der Nachfrage, indem die Erweiterung der Betriebe Aufwendungen von Kapital erfordern, und solches Kapital ebenfalls nicht unbegrenzt zu jeder Zeit verfügbar ist.

Gegen diese Darstellung wird man vielleicht den Einwand erheben, daß den Unternehmern das Kapital zur Erweiterung ihrer Betriebe fehlen könnte und daß dann die mongolische Einwanderung ein dauerndes Überangebot an Arbeitskräften – im Verhältnis zu der Zahl und Größe der Wirtschaftsbetriebe – zeitigen könnte und daß dann solches Überangebot an Arbeitskräften leicht zu einer dauernden Erscheinung werden könnte mit dem daraus sich ergebenden Druck auf den Lohn und dauernd hohen Unternehmergewinns.

Die Geschichte der Volkswirtschaft kennt keine solche Erscheinung – wenn wir von Kriegszuständen absehen. Immer noch hat der Wettbewerb die von Risiko und Ristorno bereinigte Durchschnittsdividende auf die Rentabilitätsgrenze zurückgeführt, so oft sie sich aus irgend einem Grund davon entfernte, woraus wir den Schluß ziehen, daß das Wachstum von Kapital immer mit der Volksvermehrung Schritt hielt. Und wenn das mit den primitiven Hilfsmitteln früherer Zeiten möglich war, so sollte es erst recht mit den Produktionsmitteln der Jetztzeit möglich sein. In dem von uns angenommenen Fall würde außerdem der gehobene Unternehmergewinns dem Unternehmer das zur Betriebserweiterung nötige Kapital unmittelbar beschaffen, ohne fremdes Kapital in Anspruch nehmen zu müssen. Wenn aber diese Kapitalquelle für den Zweck nicht ausreichen sollte, so würden die durch die behauptete Bedürfnislosigkeit und Sparsamkeit der Mongolen sich füllenden Sparkassen bald genug im Stande sein, dem Unternehmer die nötigen Mittel zu beschaffen. Entweder ist es der durch die Lohnsenkung gehobene Unternehmergewinns,

oder der durch die Bedürfnislosigkeit der Mongolen wachsende Schatz der Spargbanken, der die für die Erweiterung der Betriebe nötigen Mittel schaffen wird – und zwar umso reichlicher, je sparsamer die Mongolen sein werden.

Dieses Spiel der Kräfte wird wirksam bleiben, so lange die Rentabilitätsgrenze, die für Mongolen wie für Amerikaner die gleiche ist, nicht unterschritten wird.

Wer diese Darstellung nun von der physiokratischen Zinstheorie aus betrachtet, der wird noch folgendes einwenden können: Dem mongolischen Arbeiter wird vom Amerikaner noch vorgeworfen, daß er sehr sparsam lebt, daß er also mehr produziert als konsumiert, daß er die Sparkassen füllt und den Zinsfuß unter die Rentabilitätsgrenze drückt. Dadurch würde die Zeitspanne zwischen den periodischen Krisen verkürzt. Der Mongole fördere also durch seine Sparsamkeit die Arbeitslosigkeit. Der amerikanische Arbeiter lebe dagegen verschwenderischer, die Sparkassen füllten sich dort langsamer, und der Mangel an Kapital halte den Zinsfuß länger über und auf der Rentabilitätsgrenze.

Das alles ist richtig. Aber von demselben physiokratischen Standpunkt aus kann man den Einwand erheben, daß, wenn der Kapitalmangel den Zins schafft und damit den allgemeinen Kapitalismus bedingt, dann der sparsame mongolische Arbeiter gerade der Mann ist, den die amerikanischen Arbeiter zur Überwindung des Kapitalismus brauchen. Freilich, so lange der Amerikaner die Rentabilitätsgrenze respektiert, kann sich die Sparsamkeit des Mongolen nicht im genannten antikapitalistischen Sinn auswirken. Wie der Ochs vor dem Berg, so steht auch der mongolische Arbeiter vor den verschlossenen Toren der Rentabilitätsgrenze, die sich nur bei 5% öffnen. Wird aber diese Grenze durchstoßen, dann wird umgekehrt und diesmal mit vollem Recht der fleißige und sparsame Mongole dem amerikanischen Arbeiter den Vorwurf machen, daß er durch seine geringere Sparsamkeit und geringeren Fleiß die Kapitalbildung hemmt, die Überwindung des Kapitalismus verzögert. Die Spareinlagen der fleißigen Mongolen müssen unbedingt den Zinsfuß drücken und diesen, sofern die in unserem Geldwesen liegenden Hemmungen beseitigt werden, unaufhaltsam auf 4 – 3 – 2 – 1 – 0% senken. Der niedergehende Zinsfuß muß aber wieder den Unternehmergeist anspornen, zu neuen Erweiterungen der Betriebe, wie auch zu Neugründungen führen und so auch wieder den Lohn heben. *So daß hier nicht der sparsame Mongole, sondern der (relativ) verschwenderische Amerikaner als der eigentliche Lohndrucker erscheint.*

Zu betrachten wäre hier noch der Einfluß, den die Mongolen auf die Grundrente haben würden. Es steht außer allem Zweifel, daß mit der Dichtigkeit der Bevölkerung die Grundrente steigen

muß. Was aber die Grundherren einkassieren, geht vom allgemeinen Arbeitsertrag ab. Es ist dies der einzige Passivposten, den die Mongoleneinwanderung für den Arbeitslohn zeigt. Wie aber die Entwicklung des Arbeitslohnes in Amerika beweist, ist dort der Lohn trotz der mit der Volksdichtigkeit schnell steigenden Grundrente unaufhaltsam gestiegen, so daß man auch annehmen kann, daß die oben gezeigten Aktivposten, die die Mongoleneinwanderung für den Lohn schaffen würden, den von der Grundrente her sich bildenden einzigen Passivposten bei weitem überholen müssen, und als Saldo der Mongoleneinwanderung nur ein Überschuß für den Lohnfonds entstehen kann. (Dieser Passivposten würde mit Freiland sich natürlich auch noch in einen Aktivposten verwandeln in Gestalt einer steigenden Mutterrente.)

Ein letzter Einwand, den der Amerikaner vom Standpunkt seiner Lohnpolitik machen kann, ist noch der, daß die Mongolen, als zumeist ungelernte Arbeiter, das Verhältnis der ungelernten zu den gelernten Arbeitern zu Gunsten der letzteren verschieben. Da mit der Einstellung von ungelernten Arbeitern die Nachfrage nach gelernten Arbeitern proportional wächst, so muß bei den ungelernten Arbeitern (wo das Angebot durch Einwanderung wächst) der Lohn sich ungünstiger entwickeln, als bei den gelernten Arbeitern, wo nur die Nachfrage, nicht aber das Angebot steigt. Der mit der Einwanderung und mit der Länge des Laufbandes wachsende Lohnfonds käme so in der Hauptsache den gelernten Arbeitern zu gute. Hierüber dürfte sich aber der amerikanische Arbeiter zuletzt beklagen. So daß auch aus diesem Grund der amerikanische Arbeiter kein Interesse an den Einwanderungsbeschränkungen haben kann.

So sehen wir, daß der amerikanische Arbeiter, der politisch für die amerikanische Einwanderungspolitik verantwortlich zu machen ist, die aufreizende und bedrohliche Mongolenpolitik auf Grund einer falschen Lohntheorie betreibt. Wer hilft uns nun, den amerikanischen Arbeitern diese Erkenntnis zu Gemüte zu führen? Werden uns die Pazifisten in unseren speziellen Friedensbestrebungen dadurch helfen, daß sie die oben berührten Probleme in ihren Blättern zur Debatte stellen, wenigstens diesen Artikel abdrucken? Das wäre eine Tat, die mehr Resonanz auslösen dürfte, als ein Dutzend Welt-Friedenskongresse.

Die rumänische Agrarreform und ihre Lehren.

Die bolschewistische Agrarrevolution in Rußland hat, wie es scheint, dem russischen Landproletariat bisher noch nicht viel Nutzen gebracht. Dem mittellosen Proletarier ist der Besitz des Bodens ebenso nutzlos wie der Hirsch dem unbewaffneten Jäger. So muß sich der ungerüstete Proletarier zunächst, wie er es vor der Revolution zu tun pflegte, als Lohnarbeiter den Leuten anbieten, die nicht nur Land, sondern auch alles zum Landbau nötige Gerät in ausreichender Menge besitzen. Mit der Zeit wird es wohl besser werden, aber zunächst haben die Kulakis die Übermacht und nutzen sie als edle Kommunisten so gut aus, wie sie es verstehen. Man muß sich durchaus mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Aufteilung der großen Güter nicht allein ein Revolutionsakt ist, sondern in noch höherem Sinn ein wirtschaftliches Problem, von dessen Lösung die Sicherung der Revolution durchaus abhängig ist. Und neben dem wirtschaftlichen Problem steht das erzieherische Problem, da der von den Großgrundbesitzern als Haustier gezüchtete Proletarier zumeist unfähig ist, selbständig als Landwirt zu wirtschaften und zwar so zu wirtschaften, daß er nicht neidisch auf die hinaufzublicken braucht, die es vorziehen, sich als Knechte zu verdingen.

Die Aufteilung der Großgrundbesitzungen erfordert Kapital, d. h. sehr viel Arbeit und Sparsamkeit. Und es zeigt sich hier wieder, wie richtig es ist, wenn wir sagen: Nur tiefend von Blut und Schweiß wird der Proletarier den Zukunftsstaat betreten. Und so lange der Proletarier es nicht versteht, ohne Aufsicht besser und schwerer zu arbeiten, als er es bisher unter Aufsicht für fremde Rechnung zu tun pflegte, wird die Revolution ihm nichts weiter eintragen als Hunger und Ungeziefer, d. h. die Revolution wird an der Unzufriedenheit der Revolutionäre scheitern. Es geht auch nicht an, daß man – wie es heute die Bolschewiki tun – sagt: Wir brauchen für den Aufbau unseres antikapitalistischen Staates die Hilfe der Kapitalisten der ganzen Welt. Wenn die Revolutionäre nicht ohne solche „Hilfe“ auskommen können, dann tun sie besser, gar nicht erst anzufangen. Dann ist das, was sie wollen, undurchführbar. Solche Hilfe ist aber auch gar nicht nötig. Nur eins ist nötig: Arbeit, Sparsamkeit, Zeit und Geduld. *Die Vorbedingung der kapitalistischen Ordnung ist die Kapitalarmut*, und diese läßt sich nur mit Hilfe der genannten vier unangenehmen Dinge beseitigen, was so viel heißt, daß die Aufteilung der Großgrundbesitzungen nicht mit einem Mal, sondern nur nach und nach, in dem Maße wie die Kapitalbildung vor sich geht, sich durchführen läßt.

Wenn man 5% der Bodenfläche per Jahr aufteilen würde, also die Aufgabe auf 20 Jahre verteilte, dann dürfte das für ein an Kapital so armes Land wie Rußland eine sehr befriedigende, hervorragende Leistung sein. In Deutschland ließe sich die Aufgabe in sehr viel weniger Zeit durchführen. Die Aufgabe, die der Revolution mit der Aufteilung der Großbesitzungen gestellt ist, kann man getrost mit dem Wiederaufbau der zerstörten Provinzen Frankreichs vergleichen.

Was Ludendorff in vier Jahren in Frankreich erreichte, Kapitalverwüstung, das haben die Kapitalisten seit 6000 Jahren durch Drosselung der Produktion in der ganzen Welt durchgeführt. Diesen Kapitalmangel zu beseitigen, ist die erste und wichtigste revolutionäre Tat. Diese Tat aber erfordert Energie, und diese kann nur aus der Erkenntnis erwachsen, daß Arbeit und Sparsamkeit allein den Zukunftsstaat aufbauen können. Wie sollen aber die Kommunisten, deren fünf Sinne wie bei der Katze beim Mausefang auf die Besitzergreifung des *vorhandenen* Gutes gerichtet sind und die an die zu verrichtende schwere Arbeit zu allerletzt denken, jemals aus den Massen solche Energie hervorholen?

Alles, was hier gesagt wurde, ist auch auf die durch die Agrarreform in *Rumänien* geschaffenen Zustände anwendbar. Auch hier läßt der vom Kapitalismus ererbte *Kapitalmangel* die durch die Agrarreform beglückten Proletarier ihres neuen Besitzes nicht froh werden.

Den Antrieb zur Agrarreform gab in Rumänien die Furcht vor dem Bolschewismus. Durch Privatbesitz wollte man die Proletarier gegen die bolschewistischen Lockungen immun machen. Man sagt, daß dieser Zweck erreicht wurde. Wie groß und drohend muß diese Furcht gewesen sein, wenn sie genügte, um die Grundbesitzer zu bewegen, dem Proletariat so weitgehende Konzessionen zu machen, wie es geschehen ist. In Altrumänien wurden die einzelnen Besitzungen, die oft Tausende von Hektaren umfaßten, entschädigungslos bis auf 500 Joch (etwa 250 Hekt.) enteignet. In Siebenbürgen, das dichter bevölkert war, wurde alles in einer Hand befindliche Land, das insgesamt 200 Joch überstieg (100 Hekt.), konfisziert. Im Bergland wurde das Maximum an Landbesitz auf 100 Joch und im Gebirge auf 50 Joch durch Konfiskation beschränkt. In Altrumänien wurden also die Besitzungen, in Siebenbürgen die Besitzer auf genannte Weise reformiert. Wer in Altrumänien mehrere Besitzungen von Tausenden von Hektaren hatte, behielt von jeder Besitzung die genannten 500 Joch, so daß es in Altrumänien immerhin noch Gutsbesitzer geben kann, deren zusammengerechneter Besitz 500 Joch weit überschreiten kann, während das in Siebenbürgen nicht möglich ist, auf alle Fälle ungesetzlich wäre. In Altrumänien lernte ich

einen Gutsbesitzer a. D. kennen, dem man von 2000 Hekt. 1500 konfisziert hatte und der das Unglück hatte, die verbleibenden 500 Hekt. zu verkaufen und das Geld durch die Inflation zu verlieren. Von seinem Besitz verblieb ihm nichts weiter als das palastartige Gebäude, das wertlos geworden war, weil es in der Stadt keine reichen Leute mehr gibt, die in Palästen leben könnten. In Siebenbürgen sah ich eine Zuckerfabrik, die als Aktiengesellschaft betrieben, noch im Besitz von über 1000 Hekt. Land sein soll. Einen Bauer sah ich, der im Bergland über 170 Joch besaß, obschon nach dem allgemeinen Gesetz 100 Joch das Maximum sein sollen. Diese Beispiele zeigen, daß die Enteignung nicht nach Schema F vorgenommen wurde.

Das enteignete Land wurde an die Berechtigten verteilt und zwar als Eigentum und in folgender Reihenfolge: 1. Die Kriegswaisen, 2. die Kriegswitwen, 3. die Kriegskrüppel, 4. die Kriegsteilnehmer ohne Rücksicht darauf, ob sie für oder gegen Rumänien kämpften.

Der für Bauzwecke in Frage kommende Boden wurde in Parzellen von $\frac{1}{16}$ Joch verteilt. Hierzu wird alles Bauland konfisziert, das bis zum Ablauf eines bestimmten Termins nicht irgendwie bebaut worden ist. Solche Konfiskationen werden jetzt in größerem Umfang vollzogen. Die Entschädigung bei diesen Konfiskationen ist minimal.

In Altrumänien tritt diese Agrarreform, so weit ich sehen konnte, äußerlich gar nicht in Erscheinung. Von Neubauten, von Kolonisation, von neuen Straßen sah ich kaum Spuren. Dagegen sah ich am Horizont die Dreschmaschinen auf nacktem Felde arbeiten und zeltartige Hütten für die Arbeiter. Beweis, daß die Änderung der Besitzverhältnisse noch keinen Einfluß gehabt hat nach acht Jahren Zeit – auf die Art der Bebauung. Die Bahn fährt durch ein riesiges Weizen- und Maisfeld und auf einer Strecke von 19 km sieht man weder eine Eisenbahnstation noch irgend ein Dorf oder Haus.

In Siebenbürgen dagegen, wo schon immer der Boden von Bauern bewirtschaftet wurde, bemerkte ich rege Bautätigkeit, sowohl auf dem Lande wie auch in der Umgebung der Städte. In vielen Fällen mag der Wunsch, der Konfiskation zu entgehen, die Besitzer von Bauland veranlassen, Häuser auf ihrem Boden zu errichten. In vielen anderen Fällen mag es der Wunsch sein, etwaigen Ersparnissen eine sicherere Anlage zu geben als die der Inflation ausgesetzte Sparkasseneinlage, der zur Bautätigkeit treibt. Die Wirkung dieser Bautätigkeit ist aber zunächst die, daß die Sparkassen leer bleiben und daß der Zinsfuß die phantastische Höhe von 20 – 25 und 30% beibehält, so daß alle diejenigen, die mit geborgtem Geld das ihnen durch die Agrarreform in den Schoß geworfene Grundstück bebauen, für den Zins des

Baukapitals das drei- und vierfache von dem zu bezahlen haben, was sie früher für die gemietete Wohnung zu zahlen hatten. Selbstverständlich ist die erzwungene Bautätigkeit nicht allein verantwortlich für den heutigen so außerordentlich hohen Zinsfuß, aber sie hat sicherlich stark dazu beigetragen, die Schwierigkeiten, in denen sich die auf den Kredit angewiesene Wirtschaft befindet, zu erhöhen.

Man sieht auch wieder, welche gewiß unerwarteten Wirkungen Gesetze auslösen, die von unerfahrenen Politikern erlassen werden. Sie zeigen auch, daß jede Reform, die erhöhte Ansprüche an den Kapitalmarkt stellt, nur graduell, in dem Maße, wie durch Arbeit und Sparsamkeit Kapital gebildet wird, durchgeführt werden kann. Sie geben einen neuen Beweis für die Erkenntnis, daß das Kapital kein Schatz ist, der dem Proletariat nach der Ergreifung der politischen Macht zur Verfügung für weitgehende Neuerungen steht, sondern als Quelle zu betrachten ist, die fließt, wenn und nur so lange wie angestrengt gearbeitet wird. Alles, was die Ergiebigkeit dieser Quelle übersteigt, muß als unausführbar zurückgestellt werden.

Für das bei jeder Agrarreform einzuschlagende Tempo der Aufteilung sollte man einfach den Zinsfuß nehmen. So lange der Zinsfuß fällt oder relativ niedrig ist, kann man getrost mit der Aufteilung beginnen, die, wenn sie für das Proletariat einen vernünftigen Sinn erhalten soll, nur so zu verstehen ist, daß man den Proletariern zu dem Land auch alles liefert, was zur Bebauung nötig ist, d. h. das nötige Vieh, die Gebäude, Geräte, Vorräte und das Betriebsgeld. Wenn solches nicht möglich ist, ohne daß dadurch der Zinsfuß gehoben wird, so bleibt nichts anderes zu tun übrig, als die Aufteilungsarbeit auf einen längeren Zeitraum auszudehnen.

Rechnet man mit Parzellen von etwa 5 Hekt. und hierzu mit einem Betriebskapital an Gebäuden, Vieh und Geräten von etwa 10 000 Mark, so erfordert die Aufteilung einer Besetzung von etwa 1000 Hekt. ein Kapital von 200 mal 10 000 Mark, also 2 Millionen Mark. Da es in Deutschland laut statistischem Jahrbuch von 1914 im Ganzen 9 552 000 Hekt. Land gab, das landwirtschaftlich in Betrieben von über 50 Hekt. bewirtschaftet wurde, so ergäbe die Aufteilung in Parzellen von 5 Hekt. rund 2 Millionen Bauernstellen, deren Einrichtung die Aufwendung von 2 000 000 mal 10 000 Mark also 20 Milliarden Mark beanspruchen würde. Etwas würde hiervon abgehen, insofern als die Viehbestände der heutigen Großwirtschaften für die Ausstattung der neuen Bauernhöfe herangezogen würden und auch der Abbruch der Herrenhäuser würde etwas Baumaterial liefern. Wenn wir diese Mithilfe mit etwa 25% anrechnen, dann blieben immer noch 15 Milliarden Mark aufzubringen. In der Friedenszeit hätte man mit den regu-

lären Kapitalüberschüssen die Aufteilung bequem in zehn Jahren finanzieren können. Jetzt aber, da wir in erster Linie die Rechnung unserer Militaristen in Gestalt einer Reparation von 132 Milliarden zu zahlen haben, müßte man mit einem viel größeren Zeitraum für die Aufteilung und ihre Finanzierung rechnen, wobei die Frage unerörtert bleiben soll, ob wir jetzt nach der Massenschlächtere so viele Kolonisten aufreiben könnten, die der Aufgabe gewachsen sind, die Grundrente von 5 Hekt. Land neben dem Zins eines Betriebskapitals von 10 000 Mark aufzubringen. Die ungebildeten, rohen, faulen Knechte, die uns die Leibeigenschaft und der Großgrundbesitz hinterlassen haben, dürften für solche Aufgabe sicherlich nur in seltenen Fällen in Betracht kommen.

Die Herrenrolle, die heute die Kulaki in Rußland den mit Land beglückten Proletariern gegenüber spielen, dürfte zum guten Teil auch darauf zurückzuführen sein, daß diese Proletarier unfähig sind, selbständig zu wirtschaften. Sonst würde in manchen Fällen der Personalkredit den Mangel an eigenem Kapital ersetzen, wie das so oft bei den deutschen Bauernsöhnen beobachtet werden kann, die nach Amerika auswandern und mit keinem anderen Kapital anfangen als dem Kredit, den ihnen ihre persönliche Tüchtigkeit verschafft. Daß man den Bauern die Höfe mit Häusern, Vieh und allem Nötigen nicht schenken wird, ist klar, schon um die Ungeduld der anderen, die noch warten müssen, nicht ins Maßlose zu steigern. Vielmehr würde man die fertig werdenden Bauernstellen öffentlich und meistbietend verpachten, wobei für das Inventar noch besondere jährliche Tilgungsbeträge erhoben werden müßten. Die vielen Fälle, wo der Bauer das ihm zu seiner Befreiung anvertraute Gut verjubeln und veruntreuen würde, müßte man bei solcher Aufteilungsgeschichte natürlich in Kauf nehmen und auf Rechnung derjenigen setzen, die unser Volk durch die Staatskirche, durch die Staatsschule, die Kaserne, die Leibeigenschaft und den Kapitalismus zu solchen Knechtsseelen herabgezüchtet haben.

Die Lasten, die der Bauer mit der Pachtung übernimmt, werden bei solcher öffentlichen Verpachtung durch den freien Wettbewerb bestimmt werden. Dabei werden sich die Pächter nach den Erfahrungen richten, die andere gemacht haben. Gedeihen die Pächter allgemein, dann wird der Wettbewerb die Pachten hochtreiben. Im anderen Fall werden sie zurückgehen. Als Vergleichspunkt wird den Interessenten der Arbeitsertrag gelten, mit dem sie als Industriearbeiter rechnen können. Irgend welche Garantie, daß die Pachten das angelegte Kapital regelrecht verzinsen werden, besteht nicht. Der Vorteil, den die Aufteilung für die Allgemeinheit haben wird, liegt im Politischen. Die Stätten der Unzucht, die Brutöfen der Reaktion, die Haupt-

quellen des Unfriedens und des Krieges, die sollen durch die Aufteilung zerstört werden. Die Frage, ob durch die Aufteilung die Erträge des Bodens, wie vielfach behauptet wird, abnehmen werden (in Rußland und in Rumänien ist das der Fall), tritt gegenüber der politischen Bedeutung der Aufteilung völlig in den Hintergrund. Es lohnt sich nicht, davon zu sprechen. Ohne die Agrarreform in Rumänien und in Rußland säßen die Reaktionäre längst wieder am Ruder. Hierin liegt der unmittelbare Gewinn der Revolution. Um auch noch wirtschaftliche Vorteile für das Proletariat aus der Revolution zu holen, werden andere Mittel angewandt werden müssen. Diese den Revolutionären bekannt zu geben, ist unsere Aufgabe.

Die Reichsbank unter Koch – Havenstein – Schacht.

Welche barbarischen Ansichten in Deutschland über das Wesen des Geldes noch herrschten, als *Georg Blumenthal* damit begann, mit seinem „*Der Physiokrat*“ Licht in diesen dunklen Kontinent der Wissenschaft zu werfen, das geht am besten aus dem Artikel hervor, den Geh. Kommerzienrat *Hermann Rinkel* in Nr. 7 Jahrgang 1914 der *Woche* unter dem Titel: „*Die Reichsbank unter Präsident Havenstein*“ veröffentlichte und den wir hier in Extenso abdrucken:

„Die Geldkrise, die im Herbst des Jahres 1907 über Amerika hereinbrach, hatte auch der gesunden Hochkonjunktur in Deutschland das Rückgrat gebrochen. Ein gewaltsamer Goldexport aus den Kassen der Reichsbank begann, dem trotz eines Diskonts von 7% nicht Einhalt geboten werden konnte. An den letzten Stichtagen vor dem Jahresende bestand die Gefahr, daß die gesetzliche Dritteldeckung unserer Banknoten unterschritten würde [Hierzu 1 – 2 im nachfolgenden Artikel.]. Das System *Koch*, das bei jeder unerwünschten Abwanderung von Gold das Heil einzig und allein in der Anwendung der Diskontschraube und Kredit einschränkung erblickte, hatte gänzlich versagt [3]. Die Bank von England, in gleicher Lage wie die Reichsbank, mußte die Hilfe der Bank von Frankreich in Anspruch nehmen, die zu jener Zeit allein noch im Stande war, mit einem Zinsfuß von 3 1/2% auszukommen [4]. Die der Reichsbank von der gleichen Seite angebotene Unterstützung wurde wohl aus politischen Gründen nicht angenommen [5]. Anm. der Redaktion der „*Woche*“: Diese Tatsache war der Öffentlichkeit bisher nicht bekannt; wie uns der Verfasser mitteilt, hat er selbst im Auftrage des verstorbenen Freiherrn *Albert von Oppenheim*, der mit dem damaligen französischen Ministerpräsidenten *Clemenceau* befreundet war, die Verhandlungen mit der Reichsbank geführt [6].

In ganz Deutschland brach sich die Überzeugung Bahn, daß die Reichsbank mit der gewaltigen Entwicklung der Industrie und des Handels nicht Schritt gehalten [7]. Nicht durch Überproduktion, sondern durch eine Zahlungsmittelkrise, die das Institut rechtzeitig zu bekämpfen unterlassen hatte, war ein wirtschaftlicher Aufschwung ohnegleichen zum Niedergang verurteilt. Im deutschen Reichstag fanden

diese Beschwerden, besonders auf der rechten Seite des Hauses, lauten Widerhall. Eine Enquete über die Geschäftsgebarung der Reichsbank wurde beschlossen. Präsident *Koch* nahm seinen Abschied [8]. Als sein Nachfolger wurde *Richard Havenstein* berufen. Viele, die seine freundschaftlichen Beziehungen zum damaligen Chef des preußischen Finanzministeriums kannten, glaubten, *Havenstein* verdanke seine Berufung diesem Umstand. Dem war nicht so. Hier kam wie selten der rechte Mann auf den rechten Platz [9]. Schon als Präsident der Seehandlung hatte er Gelegenheit gehabt, im geschäftlichen Verkehr mit Bank und Börse sein reiches theoretisches Wissen durch die Praxis zu vertiefen und zu erweitern [10].

Solchermaßen gut vorbereitet, von liebenswürdigen und verbindlichen Formen, eine nie ermüdende Arbeitskraft, war er der rechte Mann, das Schiff der Reichsbank mit fester Hand in den sicheren Hafen zu bringen [11].

Die Bankenquete, die er wenige Wochen nach seinem Dienstantritt leitete, bot ihm Gelegenheit, mehr als 100 Sachverständige in kontradiktorischem Verfahren zu hören, und wenn auch das praktische Ergebnis der Enquete, infolge der eigentümlichen Zusammensetzung der Kommission, sehr hinter seinen Erwartungen zurückblieb, so hat sie ihm doch wertvolle Anregungen gegeben, die in zahlreichen Maßnahmen zum Schutze des Goldschatzes ihren Niederschlag fanden. Insbesondere brachte ihn die Enquete zu der Erkenntnis, daß die Verpflichtung der Reichsbank zur Regelung des Geldumlaufes nicht nur in der Beschaffung der nötigen Geldsorten in gehörigen Mengen und am gehörigen Ort bestehe, sondern in der Herbeiführung des Gleichgewichts zwischen Geldbedarf und Geldumlauf im ganzen Lande [11]. Aus dieser Verpflichtung heraus leitet *Havenstein* aber auch das Recht her: den Banken gewisse Vorschriften zu machen in Bezug auf ihre Geschäftsgebarung, soweit diese geeignet war, seine Kreise zu stören [12]. Zu diesem Zwecke verlangte er größtmögliche Publizität über den Status der Banken und eine größere Liquidität ihrer flüssigen Mittel [13]. In der Erkenntnis, daß die Diskontschraube allein nicht im Stande sei, den Goldvorrat der Banken zu hüten, hat *Havenstein* die Devisenpolitik anderer Zentralnotenbanken gleichfalls aufgenommen und in Verbindung mit anderen Maßnahmen bewirkt, daß der Goldbestand der Reichsbank, trotz der steigenden Anforderungen von Handel und Industrie nicht nur erhalten blieb, sondern auf die bisher nie gekannte Höhe von weit über eine Milliarde anwachsen konnte. Deutschland war dadurch im Stande, während der Balkankrise, die in ihrer Wirkung kriegereischen Zuständen gleichkam, mit einem Diskontsatz von 6% auszukommen [14].

Die Hochkonjunktur des Jahres 1906 – 1907 hatte es mit sich gebracht, daß das Wechselportefeuille der Reichsbank mit großen Summen sogenannter Prolongationswechsel gefüllt war, die sich nach Ansicht *Havensteins* für die Notendeckung nicht eigneten. Die schonende Art, wie *Havenstein* bei der Eliminierung dieser Wechsel vorging, sichert ihm die Dankbarkeit weiter Kreise. So wie er einerseits fest entschlossen war, diese dem langfristigen Kredit dienenden Wechsel von der Reichsbank fernzuhalten, so zeigte er andererseits den legalen Kreditansprüchen des Warenhandels das größte Entgegenkommen. Der Börse wollte er erst in zweiter Reihe die Mittel der Reichsbank zur Verfügung stellen [15]. Deshalb erhöhte er den Lombardzinsfuß für kurzfristige Darlehen auf Wertpapiere, eine Maßregel, die ihm in Börsenkreisen sehr übelgenommen wurde. *Havenstein* ließ sich davon nicht beirren, er hörte nicht auf, lange vor Beginn der Balkanwirren öffentlich und privatim die Banken zur Eindämmung der Spekulationswut ihrer Kundschaft aufzufordern, und hat durch sein ständiges Verlangen

nach Krediteinschränkung der Börsenkundschaft bewirkt, daß die Börsenverluste in Deutschland während des Balkankrieges nicht zu einer Katastrophe führten. Den Grundsatz von der „Herrschaft der Reichsbank“ auf dem Geldmarkt hat er praktisch vertreten und theoretisch durch seinen kenntnisreichen Adlatus, Herrn von Lumm, in den bekannten Aufsätzen über die Diskontpolitik der Reichsbank darlegen lassen [16]. Entgegen der Ansicht seines Vorgängers, daß die Reichsbank dem Kreditbegehrt der Landwirte verschlossen bleiben müsse, waren Havensteins Bemühungen ständig darauf gerichtet, auch der Landwirtschaft die Mittel der Bank dienstbar zu machen [17]. Neben all den Maßnahmen, die der „Kampf ums Gold“ schon in Friedenszeiten erfordert, war Havenstein vom ersten Tag seiner Amtsführung an bemüht, die Stellung der Reichsbank im Fall eines Krieges zu sichern, die finanzielle Kriegsbereitschaft vorzubereiten [18]. Dahin gehören in erster Reihe seine Anstrengungen, der Reichsbanknote die Stellung eines gesetzlichen Zahlungsmittels zu verschaffen. Er wußte mit Geschick die Annahme des Gesetzes im Reichstag ohne Geräusch durchzusetzen [19]. Die Gesetzentwürfe über die Ausgabe kleiner Noten und die Beschaffung eines größeren Kriegsgoldschatzes durch Vermehrung des Silberumlaufes sind uns allen aus den letzten Wochen noch in frischer Erinnerung.

Havenstein ist ein konservativer preußischer Beamter im besten Sinne des Wortes. Kein noch so großes finanzielles Anerbieten vermochte ihn in eine private, noch so hoch dotierte Stellung zu locken. Mit ihm beginnt eine neue Zeit, ein Wendepunkt in der Auffassung von den Aufgaben einer Zentralnotenbank und ihrer Stellung in der Weltwirtschaft. Havenstein versteht diese seine Zeit und ist ihren Aufgaben gewachsen. Die große Lebensenergie, die er bei seiner jüngst überstandenen Krankheit gezeigt hat, läßt uns hoffen, daß er noch ungezählte Jahre zum Segen unserer deutschen Volkswirtschaft sein schweres Amt verwalteten wird [20].“

—

Bereits in den ersten beiden Sätzen [1–2] wird uns gezeigt, wie breitartig verschwommen und konfus damals (1912) alle zur Währungsfrage gehörigen Begriffe noch waren. Von einer „gesunden Hochkonjunktur“ wird da harmlos gesprochen. Heute weiß jeder Bauer, daß Hochkonjunktur nur ein anderes Wort für Inflation ist, und daß eine Inflation auf Goldbasis (das war sie damals) genau dieselben Wirkungen auslöst wie eine gleichstarke Papiergeldinflation. Vollbetrieb der Wirtschaft, erhöhte Dividenden auf Kosten der mündelsicheren Papiere. Diese Erkenntnis beherrscht z. B. die heutige amerikanische Währungspolitik so stark, daß man dort bewußt auf den Zins eines Goldschatzes von Milliarden verzichtet und diese Milliarden als überschüssig unter Verschuß hält. Man betreibt dort „*Aktive Währungspolitik*“ (manipulated goldstandard), etwas grundsätzlich Neues in der Währungspolitik. Man hätte dort die Mittel, um eine „gesunde Hochkonjunktur“ zu betreiben, verzichtet aber lieber darauf. Freilich, leider, die manipulierte Währung in Amerika ist noch nicht gesetzlich festgelegt. Niemand weiß, wie in Zukunft der Dollar „manipuliert“ werden wird. Auch *Schacht*, der in Amerika gewesen ist, scheint es

nicht zu wissen, denn sonst wäre es seine Pflicht gewesen, es uns zu sagen. Vielleicht aber weiß er es und, weil er es weiß, hat er es für gut befunden, die bisherige künstliche Kuppelung der Mark mit dem Dollar aufzuheben. So braucht er etwaige amerikanische Experimente nicht mitzumachen. Diese Kuppelung ist aber auch weiter nichts gewesen als eine Manipulierung der Goldwährung, die im krassen Widerspruch steht mit der orthodoxen Theorie der Goldwährung, die besagt, daß das Gold kraft seiner immanenten Eigenschaften, also ohne irgend welches äußere Zutun, von selbst währt. Die Manipulierung geht heute noch vollkommen gesetzlos, ohne ein dem Publikum bekanntes Ziel, willkürlich vor sich, doch bedeutet sie insofern einen Bruch mit der Vergangenheit und einen Fortschritt, als sie die öffentliche Anerkennung in sich schließt, daß auch die Goldwährung einer Tat, aktiver Währungspolitik, bedarf. Es fehlt nur das eine, daß die Grundsätze, nach denen die Währung *manipuliert* werden soll, gesetzlich festgelegt werden.

Wie man bis dahin Währungspolitik betrieb, sagt uns Satz 3. Man arbeitete nach dem Dritteldeckungsverfahren. So lange die Deckungsfrage keine Sorgen bereitete, lebte die Reichsbank sorglos in den Tag hinein. Man diskontierte ohne irgend welche Rücksicht auf die Preise. Die Reichsbank führte und führt auch heute noch keinen Index der Warenpreise!! Auch das Stat. Jahrbuch hatte damals dafür keinen Raum. Die Reichsbank freute sich über den steigenden Gewinn, den die mit der Hochkonjunktur steigenden Zinssätze bei gleichzeitigem flotten Absatz der Banknoten einbrachte. Die Dividende der Reichsbankaktien interessierten die Direktoren mehr als die Entwicklung der Preise, für die sie überhaupt kein Verständnis hatten. Da bei einer Hochkonjunktur, wo die Zahlungseinstellungen sehr gering zu sein pflegen (während der Inflationszeit gab es in Deutschland so gut wie überhaupt keine Zahlungseinstellungen), das allgemeine Vertrauen in Vertrauensseligkeit sich auszuwachsen pflegt, so nahm das Publikum der Bequemlichkeit wegen lieber die Banknoten als Goldmünzen in Zahlung, und so wanderten aus dem Verkehr immer mehr Goldmünzen in die Reichsbank. Und die Reichsbank benutzte diese Goldmünzen gern als *Deckung für weitere Notenausgabe*. Je mehr Noten sie ausgab, desto mehr Nahrung gab sie der Hochkonjunktur und je weiter sich diese entwickelte, desto mehr trieb die Vertrauensseligkeit die Goldmünzen aus dem Verkehr zur Reichsbank, desto mehr Grund glaubte die Reichsbank zu haben, die Notenausgabe zu verstärken.

*Alle diese Zusammenhänge und die daraus sich ergebenden unheil-
schwangeren Folgen wurden der Reichsbank ausführlich im Jahre 1908 von
Ernst Frankfurth und mir in einer besonderen*

Schrift (Aktive Währungspolitik) auseinandergesetzt. Es war aber auf der Reichsbank kein Mensch, der etwas von diesen Zusammenhängen begriff. Und auch als Koch abgesetzt wurde und Havenstein an seine Stelle trat, hat man nicht gemerkt, daß ein anderer Wind sich auf der Reichsbank aufgemacht hätte. Auch *Havenstein* hat (trotz oder wegen seiner „Theoretischen Vorbereitung“) ohne irgend welche Rücksicht auf die Preise den Markt mit Noten versehen. Auch ihm war die Deckung und der Diskont der einzig gültige Maßstab für die Menge der auszugebenden Noten. Auch *Havenstein* hat kein Wort von der eben zitierten Schrift kapiert. Als in der Inflationszeit die Deckung zum offenbaren Schwindel wurde, hielt er, wahrscheinlich wohl als Letzter, noch immer daran fest. Das geht auch aus der Inschrift hervor, die er für seine Noten redigierte: „Die Reichsbank zahlt dem Inhaber bei Sicht und ohne Legitimation 100 Billionen Mark d. R.“ (!!). Zu diesen Resultaten gelangt man nicht durch verlorene Kriege und Reparationszahlungen. Zu ihnen wäre man auch zu jeder Zeit gelangt, wenn man konsequent die Notenausgabe davon abhängig gemacht hätte, daß, wie *Rinkel* fordert, die Notenausgabe nach dem „Bedarf“ an Zahlungsmitteln sich richten soll, *denn dieser Bedarf wächst in quadratischer Progression mit den Mitteln, mit welchen man ihn zu befriedigen sucht.* Mit mehr Geld kann der Bedarf an Zahlungsmitteln ganz sicher nicht befriedigt werden. Denn parallel zu solcher „Befriedigung“ steigt die Hochkonjunktur, wächst der Hunger der Kaufleute nach mehr Geld, da sie entweder so schnell wie möglich sich eindecken oder mit möglichst großen Summen an den Konjunkturgewinnen sich beteiligen wollen, wobei die Erhöhung des Diskonts solchem „Bedarf“ keine wirksame Hemmung schaffen kann. (In der „gesundensten“ Periode der letzten Hochkonjunktur wurden bis zu 100% täglich als Diskont bezahlt, mit Vergnügen bezahlt.) Wer den mit einer „gesunden Hochkonjunktur“ begründeten Bedarf an Zahlungsmitteln zu befriedigen sucht, kommt, wie die Erfahrung zeigt und wie es nach obigen Darlegungen nicht anders sein kann, dahin, daß er 1 Billion Mark, oder 15 000 Eisenbahnladungen in 100-Mark-Banknoten braucht, um ein einziges Brot zu bezahlen. Das alles war bereits lange vor dem Kriege in der erwähnten Schrift dargelegt, und von alle dem begriff der „theoretisch für sein Amt so gut vorbereitete“ neue Reichsbankpräsident kein Sterbenswörtchen.

[7 – 8] Als die „gesunde Hochkonjunktur“ [Satz 1], die, weil sie in Deutschland stärker betrieben worden war als im Ausland, als in Frankreich z. B., zu einer passiven Zahlungsbilanz führte, suchte *Koch*, sie zu bekämpfen. Nach Ansicht *Rinkels* allerdings zu spät. Er hätte nach *Rinkels* Logik der „gesunden

Hochkonjunktur nicht das Rückgrat brechen dürfen“. Eine „gesunde Hochkonjunktur“ kann aber nur so lange „gesund“ bleiben, als ihr die nötige Nahrung in Gestalt einer stetig wachsenden Notenausgabe nicht entzogen wird. Denn Hochkonjunktur ist eine Bewegung, kein Zustand. Freilich, wer nach diesem Rezept verfährt, der wird bald mit der Natur der Goldwährung in Konflikt geraten. Und das wollte Rinkel doch gewiß auch nicht. Er wollte Eierkuchen, ohne Eier dazu zu zerbrechen. Er wollte mit einem Worte Unsinn. Wer die Hochkonjunktur zu einem Dauerzustand gestalten will, kommt unfehlbar dahin, daß ein Brot wieder 15 000 Eisenbahnladungen in 100-Mark-Noten kostet. Wer diese Entwicklung stört, der „bricht der gesunden Hochkonjunktur das Rückgrat“. Was wollte also Rinkel? Was sollte Koch tun?

[9] Wer hat Koch gestürzt und Havenstein an seine Stelle gesetzt? *Rinkel* sagt, es sei nicht der Finanzminister, der diese wichtige Wahl getroffen habe. Wer wählt dann überhaupt die für die Finanzkreise wichtigen Staatsmänner? *Rinkel* sagt, daß Havenstein theoretisch gut vorbereitet gewesen sei. *Niemand aber im deutschen Reich hat Havenstein* (und jetzt auch Schacht) *von dieser Seite kennen gelernt*. Havenstein wie auch Schacht haben niemals sich zur Theorie des Geldes mit einem Wörtchen geäußert; weder vor noch nach ihrer Ernennung. Woher weiß also *Rinkel*, daß sich Havenstein auch in theoretischer Beziehung für sein Amt vorbereitet hatte? Es wäre doch so natürlich gewesen, daß man als Präsidenten der Reichsbank einen Mann aus dem Reichsbankpersonal, aus dem Direktorium gewählt hätte. Nach dem Alter oder nach dem Alphabet, wie man das in der Schweiz mit dem Bundespräsidenten tut. Wer sich im Direktorium der Reichsbank bewährt, muß doch auch gewiß theoretisch für ein solches Amt vorgebildet sein. Warum trat das Direktorium nicht in corpore zurück, als zum Präsidenten der Reichsbank ein Außenseiter gesucht wurde, und man so doch dem Direktorium zu verstehen gab, daß sie alle für dieses Amt nicht zuverlässig genug seien. Vielleicht wäre doch der eine oder der andere zuverlässiger gewesen als *Havenstein*, der zwar nicht mit der Kasse durchbrannte, aber viel schlimmeres getan hat. Als man dem Reichsbankdirektorium den Außenseiter als Präsidenten aufnötigte, da hat man das Ehrgefühl der Reichsbankdirektoren zerstört, und so kam es wohl, daß sich keiner aus diesem Kreis mehr für das, was geschah, verantwortlich fühlte und keiner zurücktrat, als Havenstein anfang, die Reichsbanknoten zu fälschen. Sie fühlten sich und handelten wie Subalternbeamten mit Kadavergehorsam, die alles tun, was der Chef von ihnen verlangt. Sie unterstützten mit ihrer Unterschrift die Inflation, virtuell das größte Verbrechen aller Zeiten. Gehörte nun die Inflation, zu

der sich Havenstein hergab, auch zur theoretischen Ausbildung Havensteins?

Banknoten kann man nicht mit Gold sichern. Die Inflation hat gezeigt, wie unzuverlässig solche Deckungssicherung ist. Banknoten verlangen etwas besseres als Gold zu ihrer Deckung. Das Blut des Präsidenten und das Rückgrat des Direktoriums. Wenn Havenstein mit den Worten Luthers die Notenpresse verteidigt hätte: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders ...“, nur über meine Leiche bekommt ihr Zugang zur Notenpresse, dann wäre dem deutschen Volke die Inflation erspart geblieben. Dann würde das Volk heute sagen: wozu Goldanleihen in Amerika, um die Noten zu decken? Schafft das Gold wieder heraus aus der Reichsbank und schickt es zurück, woher es kam. Wir haben einen viel besseren Schatz. Legt an die Stelle des Goldschatzes den Leichnam *Havensteins*. Er wird, ein zweiter *Cid*, die Banknoten vor den Inflationisten schützen.

[10] Zu diesem Satz könnte man lachen, wenn man an den schließlichen Erfolg zurückdenkt. Havenstein, der solchermaßen gut vorbereitet, Theorie und Praxis verbindend, das Schiff der Reichsbank mit fester Hand in den sicheren Hafen bringt“.

[11 – 14] Wir erfahren hier, daß Havenstein wenige Monate nach seinem Amtsantritt schon von seiner „Theorie“ im Stich gelassen und am Ende seines Lateins angelangt war. 100 und mehr Sachverständige (von denen nachher in der Inflationszeit kein einziger öffentlich seinen Sachverstand zu beweisen suchte) mußten in kontradiktorischem Verfahren Havenstein mit gutem Rat beistehen. Warum wandte er sich in dieser eminent öffentlichen und politischen Angelegenheit nicht einfach an den Reichstag? Wozu beruft und bezahlt man denn die Reichstagsabgeordneten, wenn diese nicht im Stande sind, in der wichtigsten aller öffentlichen Angelegenheiten, in der Währungsfrage, die Reichsbank zu betreuen? Die Reichsbankpolitik muß doch irgendwie unter Kontrolle des Reichstags stehen. Solche Kontrolle aber setzt den Sachverstand voraus, den Havenstein bei den 100 Mann der Enquete, wie es scheint, umsonst gesucht hat. Die Bankenquete sollte ihm sagen, wie man das Gleichgewicht zwischen Geldbedarf und Geldumlauf herstellen kann? Wenn er umgekehrt gefragt hätte, wie man solches Gleichgewicht *stören* kann, dann hätte ihm vielleicht der eine oder der andere das unter vier Augen gesagt, um ihn dann zu fragen, ob er sich nicht mit seiner Allmacht an solchen Störungen beteiligen wolle, denn solche Störungen brächten doch, wie *Morgan* das der Welt gezeigt hat, ungeheuer viel ein. An der Herstellung des von Havenstein gesuchten Gleichgewichts hatte keiner der berufenen „Sachverständigen“ ein persönliches, berufliches Interesse. War Havenstein wirklich so naiv, daß er glaubte, von den Finanz- und Bör-

senleuten erfahren zu können, wie man wirksam die von ihnen selbst für die Differenzen ausgelegten Netze zerstören kann?

Als Dr. *Engert* in München den Staatsanwalt aufsuchte, um für Dr. *Christen*, der an fürchterlichen, neuralgischen Schmerzen litt, Haftentlassung zu erbitten, antwortete ihm dieser Staatsknecht: Ich bin gedeckt. Alles übrige war diesem Menschenfreund gleichgültig. Und so wird es auch mit Havenstein gewesen sein. Er suchte in der Bankenquete Deckung gegen die Wirkungen seiner Pfuscheereien, um dadurch dem Schicksal Kochs zu entgehen. Seht, wollte er sagen können, ich habe 100 Sachverständige befragt und keiner hat mir sagen können, wie man das Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot von Banknoten herstellen und erhalten kann. Wenn auch der Häftling vor Schmerzen mit dem Kopf gegen die Gefängnismauern rennt, wenn das ganze Volk durch die sich wiederholenden Krisen zur Verzweiflung gebracht wird, was kümmert es diese Staatsbeamten. Sie sind ja gedeckt!

[15 – 20] Die alte Waschfrau las bekümmert in der Zeitung die Meldung, daß ein neuer Kriegsausbruch auf dem Balkan zu erwarten sei. Seien Sie nur sorglos, sagte ihr Frau Rothschild, mein Sohn erlaubt diesen Krieg noch nicht. An diese Anekdote erinnert der Satz 15 aus *Rinkels* Artikel. Laßt Havenstein so viel warnen, wie er will, so lange mein Sohn es nicht erlaubt, wird Havenstein nicht den Mut haben, die Konsequenzen seiner eigenen Warnungen zu ziehen und die Notenpresse zu stoppen. Erst wenn mein Sohn es befiehlt, dann wird Havenstein handeln, eher nicht. Unsere Frage, die wir unbeantwortet ließen: wer denn eigentlich die Reichsbankpräsidenten ein- und absetzt, die müssen wir hier beantworten. Dieselben Leute, mit denen Havenstein als Präsident der Seehandlung Bekanntschaft gemacht hatte [10], dieselben Leute, an die sich die Finanzminister zu wenden pflegen, jedesmal wenn ihre Mißwirtschaft sie zu Anleihen zwingt, die sind es, die als Bedingung der Anleihe die Berücksichtigung ihrer Wünsche stellen in Bezug auf die Besetzung des Reichsbankpräsidiums. Und sie sorgen dann dafür, daß auf diesen Posten ein Mann gestellt wird, der nicht weiß, wie man das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage von Geld herstellen kann, und sich dazu ausgerechnet bei den Bankiers Rat holen muß und eine Enquete von über 100 Mann aus den Kreisen der Leute beruft, die wie Rinkel darüber in Verzweiflung geraten, wenn einmal der Reichsbankpräsident der „gesunden Hochkonjunktur das Rückgrat bricht“, und solchen Mann (Koch) dann gleich absetzen.

Noch vieles wäre zu *Rinkels* Ausführungen zu sagen, doch fehlt hier der Baum dazu. Nur auf die Sätze 4, 5 und 6 möchte ich zum Schluß noch die besondere Aufmerksamkeit lenken. Die

Bände, die über diese wenigen Sätze zu schreiben wären, mag sich jeder selber schreiben. Wir sehen hier, wie der Reichsbankpräsident, der bis dahin seine Aufgabe darin erblickte, wie Alberich den Goldschatz zu hüten, mit einem Male sich politische Machtbefugnisse anmaßt. Die von der Bank von Frankreich angebotene Hilfe, die im Grunde nichts anderes war, als was Deutschland jetzt Frankreich zur Stabilisierung der Währung anbietet – eine Aktion, die den Anstoß zu weiteren Annäherungsaktionen gegeben hat, die lehnt der Reichsbankpräsident Koch aus politischen Gründen ab. Vermittler dieser französischen Friedensaktion war *Albert von Oppenheim*, ein Freund Clemenceaus, des Tigers. Hatte der Tiger vielleicht den Wunsch, durch solche Hilfsaktion Deutschland zu schaden? Clemenceau war in internationalen Fragen ein Friedensfreund. Seine Kampflust richtete sich auf die inneren Zustände Frankreichs. Sein Werk „*La Mêlé sociale*“ strotzt von gesunden Ansichten. Wer sich darüber klar ist, daß der Weg zum Weltfrieden über den sozialen Frieden führt, der wird in Clemenceau einen tiefeschürfenden Pazifisten erkennen. Kochs Nachfolger aber, statt Clemenceaus Friedenspfeife aufzuheben, wußte nichts besseres zu tun, als die *finanzielle Kriegs-Bereitschaft* vorzubereiten [18]. Wie ihm diese Aufgabe dann gelungen ist, das wissen wir.

Die Naivität Havensteins, die in seinen finanziellen Kriegsvorbereitungen zutage tritt, die war es wohl gewesen, die ihn den Börsenleuten als den geeigneten Mann erscheinen ließen, und seine Wahl als Reichsbankpräsidenten gesichert hatten. Nun erging es den Börsenleuten mit Havenstein, wie es dem Zauberlehrling erging. Börsenleute und Bankiers, namentlich die führenden unter ihnen, die ihre Interessen in der ganzen Welt eingewurzelt haben, können ihre Interessen nicht anders als durch den Frieden fördern (mit Ausnahme der wenigen, die in dem einen oder dem anderen Papier à la baisse spekuliert haben). Im Interesse ihrer Börsengeschäfte, die auf die Erzeugung von Differenzen gerichtet sind, spielen sie wohl mit Kriegsgerüchten, die aber dann notwendigerweise wieder von Friedensgerüchten abgelöst werden müssen, wenn das Geschäft gelingen soll. Vom Kriegsausbruch selbst können alle nur unmittelbaren Schaden erwarten, dieweil es sich dann um eine allgemeine Baisse ohne nachfolgende Hausse handelt, also um eine völlig abgeschmackte Sache. So mögen sie wohl heimlich über Havensteins finanzielle Kriegsvorbereitungen gelacht haben. Sie waren wohl alle der Meinung, daß in Deutschland wie im Ausland niemand so dumm sein könnte, ernsthaft den Krieg zu wollen. Sonst hätten sie Havenstein wegen seiner finanziellen Kriegsrüstung ebenso glatt abgesetzt, wie sie Koch wegen seiner Behandlung des Oppen-

heimerschen Angebots behandelten. Sie hatten sich verrechnet: sie, die über Krieg und Frieden zu entscheiden hatten, waren wirklich so dumm.

Schildbürgerstreiche

„In der gestrigen Berliner Stadtverordneten-Versammlung wurde ein deutsch-nationaler Antrag einstimmig angenommen, der dahingeht, den Magistrat zu ersuchen, eine Anleihe von 150 Millionen Mark aufzunehmen und damit 13 000 Wohnungen herzustellen, sowie andere Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.“ („Berliner Morgenpost“)

Ich las meinem Freunde diese Zeitungs-Notiz vor. Ach, hätte ich das nicht getan. Monatelang hatte ich ihn bearbeitet und endlich hatte ich ihn so weit, daß er sich bereit erklärte, nur die zum Bau einer Fabrik elektrotechnischer Sachen nötigen 300 000 Mark anzuvertrauen. Ich hatte gute Aufträge für Madagaskar und Spitzbergen und hätte etwa 60 Facharbeiter beschäftigen können. Die Zahl der Arbeitslosen hätte unmittelbar um 60, mittelbar um das Mehrfache abgenommen. Jetzt wird nichts daraus, denn mein treuer Freund zog sein Angebot endgültig zurück und sagte, er wolle sein Geld doch lieber dem wohlthätigen Zweck der Berliner Stadtanleihe „opfern“, wo ihm sicherlich 8% und mehr vielleicht geboten werden werden. Barmherzig sein und sich zugleich ergötzen, daß sei sein Ideal.

Wie mir, so wird es jetzt wahrscheinlich noch manchem anderen Berliner Unternehmer ergehen, dem die Stadtanleihe die Mittel für den Betrieb seiner Geschäfte rauben wird. Entweder sind die 150 Millionen für die städtische Anleihe verfügbar bei den Berliner Kapitalisten oder sie sind nicht verfügbar. Im letzteren Fall ist der Antrag sinnlos, denn die Stadt wird die Anleihe dann nicht unterbringen können. Im anderen Fall aber entzieht die Anleihe all den Geschäften die Mittel, die die Kapitalisten sonst mit den 150 Millionen finanziert hätten. *Zusätzliche Arbeitsgelegenheit* wird mit der Anleihe nicht geschaffen, dagegen aber wird für 150 Millionen Mark den Berliner Arbeitern *Berufsarbeit*, in der der Mensch doch immer am leistungsfähigsten ist und die ihm darum den höchst erreichbaren Lohn sichert, genommen und durch harte, schlecht bezahlte Notstandsarbeit ersetzt. Meine Leute z. B. hätte ich nicht unter einem Stundenlohn von 1,50 Mark anwerben können. Für die harte, ungewohnte Arbeit, die ihnen nunmehr die Stadt bieten wird, erhalten sie vielleicht nicht einmal die Hälfte. Dabei werden sie einen langen Weg zur Arbeitsstätte zurücklegen müssen, werden ihre Kleider ruinieren und bei der groben Arbeit die für die Mechanik so nötige Feinfühligkeit in den Fingerspitzen verlieren, was ihnen die Rückkehr zu ihrem Beruf erschweren dürfte. Nebenher drückt sie das Gefühl, daß sie als Notstandsarbeiter den Bonzen der Stadt eigentlich noch dank-

bar sein müssen, ein Gefühl, das noch besonders darum drückt, weil der Antrag für diese Pfuscherei von den Deutschnationalen, den politischen Feinden des Proletariats, ausgeht.

Des Weiteren ist zu bedenken, daß die Wohnungen, die jetzt mit dem Geld gebaut werden sollen, zwar für die damit beglückten und bevorzugten Obdachlosen sehr angenehm sein werden (Frage: Zu welcher Partei muß man sich schlagen, um als Mieter der städtischen Wohnungen bevorzugt zu werden?), daß aber auf der anderen Seite die Berliner Industrie für 150 Millionen Mark weniger Ausfuhr gut und Devisen für die Beschaffung der Lebensmittel aufbringen wird. Man kann mit demselben Kapital nicht gleichzeitig Häuser und Pianos bauen. Es werden also für 150 Millionen neue Wohnungen von 13 000 Familien bezogen werden, dafür werden einer Million Familien für 150 Millionen Lebensmittel fehlen.

Diese Zahlen stimmen nicht genau. Denn es muß hier berücksichtigt werden, daß wenn die 150 Millionen der Privatindustrie überlassen werden, diese ein ganz anderes Produkt ergeben, als wenn sie Bonzen, Beamten und Spitzbuben überlassen werden, die kein anderes Interesse an der Sache haben können, als ihre Pflicht zu tun und sich bestechen zu lassen. Überall, in allen Ländern der Welt, unter dem monarchistischen System und unter der Republik, bei Autokraten wie bei Kleptokraten, hat man die Erfahrung immer wieder machen müssen, daß Staatsbetrieb und Spitzbüberei identische Begriffe sind. *Fatta la legge, fatto l'imbroglia. Der Kaufmann stiehlt nie.* Das, was er in seinen Händen hat, ist sein persönliches Eigentum. Er macht damit, was er will. Wer mit dem Kaufmann verhandelt, kann die Bedingungen annehmen, oder sie ablehnen. Die Bestechung ist hier sinnlos. Der Beamte dagegen hat fremdes Gut in Händen. Ihm ist alles gleichgültig. Der Privatmann, der mit Beamten zu tun hat, muß deren Interesse an der Sache durch Bestechung wecken. Dann gehts. Wie viel diese Bestechungen ausmachen, sieht man nachher an der Zahl und Qualität der erbauten Häuser. Daneben muß dann noch in Rechnung gezogen werden, daß der Beamte bei der Arbeit niemals das leistet, was er als Privatmann im eigenen, unmittelbaren Interesse leisten würde.

Die Stadt wie auch der Staat können, das haben wir gezeigt, nur dadurch Arbeitslose beschäftigen, daß sie in erweitertem Umfang anderen, besseren, einträglicheren Industrien die Betriebsmittel nehmen, daß sie hochwertige Berufsarbeiten lahmlegen und den so geschaffenen Notstand durch rohe, barbarische Notstandsarbeiten bekämpfen. Sie können ganz gewiß mit ihren Pfuscherien das Übel nur vermehren.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Rahmen des eigenen Volkes ist ausschließlich Sache der Reichsbank. Versteht es die Reichsbank, den Index zu stabilisieren, dann ist alles getan, *was überhaupt vom Staat gegen die Arbeitslosigkeit getan werden kann.* Ist der Index stabil, und bleibt die Arbeitslosigkeit dennoch bestehen, so muß die Ursache ent-

weder darin liegen, daß in den mit der deutschen Wirtschaft verbundenen Ländern die Wirtschaft gestört wurde (in der Regel durch Währungspfuscherien), oder daß die deutschen Lohntarife die Rentabilitätsgrenze des Kapitals oder die deutsche Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nicht genügend respektieren. Im Falle 1 müssen neue Märkte aufgesucht werden, was oft eine Umstellung der Industrie erfordert. In den beiden anderen Fällen bleibt nichts anderes *im Rahmen des Kapitalismus* zu tun übrig, als die Voraussetzungen der kapitalistischen Produktion zu erfüllen, *d. h., es müssen auf Kosten der Arbeiter die Lohntarife so weit rückwärts revidiert werden, daß die Rentabilität des Kapitals gesichert und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt wieder hergestellt ist.* Alles andere, was man sonst im Interesse der Arbeitslosen tut, die 150-Millionen-Anleihe, die Herabsetzung der Arbeitszeit, die Kurzarbeit, die Notstandsarbeiten, alles, alles tritt in den *circulus vitiosus*, *d. h., es mehrt das Übel.* Ohne die staatlichen und städtischen Pfuscherien wäre die Arbeitslosigkeit geringer, und Staat wie Stadt wären nicht mit Schulden beladen, die dann auch wieder durch die Verzinsung die toten Lasten der deutschen Industrie mehren und zum Schaden der Arbeiter die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt herabsetzen.

Ein Einwand, der gegen meine Darstellung erhoben werden könnte, mag hier noch kurz widerlegt werden. Man könnte sagen, daß die Kapitalisten das für die Anleihe nötige Geld zwar verfügbar haben, daß sie aber aus irgend einem Grund zaudern, es in der Industrie anzulegen. Unsicherheit, Zweifel an der Beständigkeit der Währung, unklare Konjunktur, zu geringe Verzinsungsaussichten usw. – Durch die Anleihe soll sofort das geschehen, was sonst nur zaudernd, mit den daraus sich für die Wirtschaft ergebenden Folgen geschehen würde. Die Anleihe schaffe so eine Art Kurzschluß im Kreislauf des Geldes, auf alle Fälle beschleunige sie den Umlauf des Geldes.

Ich frage nun hier: *Was sagt Schacht zu solchem Einwand?* Hat er nichts dagegen einzuwenden, daß die Stadt Berlin (und andere Städte) ihm ins Handwerk pfuschen und dem von Schacht verwalteten Geld eine neue, größere Umlaufgeschwindigkeit geben, die doch nicht ohne Einfluß auf die Währung bleiben kann? Kein einigermaßen normaler Mensch verkennt heute noch die Tatsache, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes für den Index und für die Valuta von gleicher Bedeutung ist wie die Menge des ausgegebenen Geldes, und daß, wenn alle anderen Umstände unverändert geblieben sind, die durch die Stadtanleihe beschleunigte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes die Reichsbank zwingen würde, einen der Stadtanleihe entsprechenden Betrag an barem Geld dem Berliner Verkehr zu entziehen und zu verbrennen. Die Reichsbank kann heute 2 – 3 Milliarden an Banknoten im Umlauf erhalten, weil das Geld mit einer gewissen Schwerfälligkeit umläuft. Je schwer-

fälliger der Geldumlauf, umso größer muß die Geldmenge bemessen werden. Und umgekehrt natürlich. Wo bleibt aber dann der Gewinn für die Berliner Arbeitslosen, wenn die Hilfe für die Arbeitslosen sich in einen von der Reichsbankpolitik ausgehenden Druck auf sämtliche Berliner Gewerbe auswirken muß?!?!

„Einstimmig“ wurde der deutsch-nationale Antrag angenommen, d. h., kein einziger von den Abgeordneten hat sich von sachlichen Momenten bestimmen lassen. Alle hatten nur den einen Wunsch: bei den Parteigenossen, bei den Wählern, bei den Massen, die für volkswirtschaftliche Zusammenhänge kein Verständnis haben und niemals haben werden, den Eindruck zu erwecken, daß sie rücksichtslos alles tun, was im Interesse der Arbeitslosen überhaupt getan werden kann, um so ihre Wiederwahl zu sichern.

Was zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Rahmen der kapitalistischen Ordnung getan werden kann, ist in diesen Blättern schon oft gesagt worden.

1. Stabilisierung der Währung durch Schaffung eines Reichswährungsamtes und Einstellung der gesamten Währungspolitik ausschließlich auf die Stabilisierung des Indexes (Indexwährung). Denn von den Schwankungen dieses Indexes allein kommen die Störungen im Handel.

2. Berufung einer internationalen Währungskonferenz, auf der versucht werden soll, diese hier für Deutschland empfohlene Währungspolitik zu allgemeiner, internationaler Anerkennung zu bringen, was dann automatisch eine allgemeine Stabilisierung der Wechselkurse nach sich ziehen würde.

3. Zur schnellen und wirksameren Erreichung dieses Zieles: Einführung einer internationalen, nur dynamisch fundierten Note, die in einer beschränkten Menge (etwa 20% des nationalen Geldumlaufes) den Staaten von einer Zentralstelle aus kostenlos geliefert wird und die den heutigen goldenen Arbitrageautomat mit vielen Vorteilen ersetzen soll (Ivanote, Internationale Valuta Assoziation).

4. Allgemeiner Übergang zum Freihandel, wobei kein Staat zu erwarten braucht, daß die anderen ihm hier vorangehen. Verneinung, durch Völkerbundesbeschluß, des heutigen allgemeinen Souveränitätsrechtes auf Errichtung von Zollgrenzen. Also allgemeine, gegenseitige Beschränkung des Souveränitätsrechtes der Völker in handelspolitischen Fragen, zu Gunsten des Welt-handels, erste und wichtigste Voraussetzung für Abrüstung und Weltfrieden.

Wird mit diesen hier skizzierten Mitteln dem nationalen wie internationalen Handel eine solide Grundlage gegeben, werden gleichzeitig die Trust- und Syndikats-Plage, die gewerkschaftliche Lohnpolitik, so wie überhaupt alle künstlichen Eingriffe in die freie Preisbildung der öffentlichen Meinung als *Verbrechen*, als *Raubversuch* denunziert und mit allen Mitteln bekämpft, dann kann es gar nicht fehlen, daß in kurzer Zeit der Austausch der Produkte innerhalb der vollen, schranken-

losen Produktionsfähigkeit reibungslos vor sich gehen wird, daß also die Arbeitslosigkeit verschwindet, verschwinden muß. Für immer? Nein, nicht für immer, aber doch für so lange, als der *Zinsfuß über der Rentabilitätsgrenze steht*. Und das kann noch ein Weilchen dauern. Schwierigkeiten werden sich erst dann wieder bemerkbar machen, wenn der zur Welterscheinung gewordene Vollbetrieb der Wirtschaft anfangen wird, auf den Zinsfuß zu drücken, wenn die durch die gewaltige Produktivkraft der Technik geförderte Kapitalbildung versucht, die Rentabilitätsgrenze des Geldkapitals zu durchstoßen. Aber auch für diesen Fall sind wir vorbereitet. Die Leser dieser Zeitschrift wissen, was dann zu tun sein wird.

Das alles aber erfordert Zeit zu seiner organischen Entwicklung. Was aber macht der Arbeitslose in der Zwischenzeit? Soll er vor den Schaufenstern der Lebensmittelgeschäfte verhungert zusammenbrechen? Ein ehrlicher Mensch verhungert nicht, so lange er noch etwas Genießbares in Reichweite sieht. Er zertrümmert das Schaufenster und ißt. Dann muß die Stadt für den Schaden aufkommen. Den Arbeitslosen muß also geholfen werden. Woher aber das Geld dazu nehmen? Wir sahen, daß die Geldbeschaffung auf dem Anleiheweg das Übel nur mehren kann, weil solches Geld so wie so schon der Produktion zur Verfügung gestellt werden würde. Wie wäre es nun, wenn das Geld für die Arbeitslosen und Notstandsarbeiten auf dem Wege einer Steuer auf das arbeitslose Einkommen aufgebracht würde? Solches Geld dient zum größten Teil den Kapitalisten zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes. Besteuert man solches *arbeitsloses Einkommen* (nicht zu verwechseln mit dem Einkommen der Arbeitslosen) für die Dauer des jetzigen Notstandes, um mit dem Ertrag dieser Steuer die Notstandsarbeiten zu finanzieren, dann zeigt sich folgendes: Der Rentner schränkt seine Ausgaben für persönliche Zwecke ein. An die Stelle dieses Nachfrageausfalles treten die Ausgaben der mit dem Ertrag der Steuer entlohten bisher Arbeitslosen. Das Geld, das die Arbeitslosen an Unterstützung bezogen, bleibt in den Taschen der Steuerzahler, die ihre Ausgaben für persönliche Zwecke entsprechend mehren. Diese drei Posten gleichen sich somit aus. Allerdings erfordert solche Entwicklung eine gewisse Umstellung in der Produktion, insofern als die Rentner andere Waren verbrauchen als die Arbeiter. Sieht man davon ab, so bleibt zunächst auf dem Arbeitsmarkt alles unverändert. In den Industrien, die für die Rentner arbeiteten, ist eine verstärkte Arbeitslosigkeit eingetreten. Um denselben Betrag hat die Arbeitslosigkeit in den anderen Industrien abgenommen. Dennoch hat sich die Wirtschaftslage geändert. Es ist ein Mehr an Produkten vorhanden, das Produkt der zur Arbeit herangezogenen Arbeitslosen, und dieses Produkt steht, da die Arbeiter mit dem Ertrag der Steuer entlohnt werden, zur Verfügung für die Finanzierung neuer Unternehmungen. So daß, so lange die gedachte Steuer erhoben wird, die Zahl der Unternehmungen, die mit Steuergeld finanziert werden können, ständig zunehmen muß. Es geht dann

hier zu, wie mit dem Geld der Hauszinssteuer, das mit dem Ertrag der damit finanzierten Bauten auch ständig aus sich selbst heraus wächst. Würde man mit der Hauszinssteuer fortfahren und dazu, wie ich das bereits 1920 vorschlug, den ganzen Betrag der Hauszinssteuer für Bauzwecke verwenden, dann würde nicht nur damit die Arbeitslosigkeit bekämpft werden, sondern es würde auch bald die Wohnungsnot in eine Wohnungsschwelgerei umkippen. Genau dasselbe würde mit der allgemeinen Kapitalertragsteuer eintreten, von der hier die Rede ist.

Freilich, freilich, wenn wir die Rentner mit solchen Steuern bedrohen, jetzt noch, acht Jahre nach Kriegsschluß, dann geht die Kapitalflucht weiter, die das deutsche Reich aushöhlt und von Grund aus zerstören muß, sofern nicht das geschieht, was bereits im Programm der Räteregierung in München vorgesehen war: eine *einmalige* Sachwertsteuer, die hoch genug bemessen ist, um alle Kriegslasten mit Einschluß der Reparationen für immer von den Staatskassen abzuwälzen. Wie ungeheuer groß ist der Schaden, den die deutsche Wirtschaft dadurch erlitten hat, daß das Parlament zu feige ist, dem Wählerpöbel eine solche Sachwertsteuer zuzumuten, und man nun versuchen will, hintenherum die Schwierigkeiten zu bemeistern. Die Kapitalflucht, die Inflation, der blödsinnige Ruhrkampf (der allein zehn Milliarden Goldmark gekostet hat), das Dawesabkommen, das uns die Reichsbank und die Reichsbahn geraubt hat, der neu erwachte Zollschwindel, die im Ausland, namentlich in England, gegen die Dumpingpreise (Produkte der deutschen Inflation) erhobenen Zölle, und jetzt die ungeheure Arbeitslosigkeit, die auch wieder mit verkehrten Mitteln bekämpft wird ... alles, alles hätte vermieden werden können, wenn man der Fahne der „*Münchener Bolschewiks*“ gefolgt wäre.

A. Rüstow, Schutzzoll oder Freihandel.

Frankfurter Sozietäts-Druckerei, G.m.b.H, Frankfurt am Main.

In Frage- und Antwortform wird das Für und Wider der verschiedenen Arten von Schutzzöllen übersichtlich und in wirklich volkstümlicher Weise dargestellt. Im Kampfe gegen Zollwucher und schutzzöllnerische Volksverdummung ein recht brauchbares Schriftchen, zumal der Verfasser zugunsten der Allgemeinverständlichkeit auf sogenannte Wissenschaftlichkeit und rein theoretische Ausführungen ganz verzichtet.

S.

Wie man die Kreditnot bekämpfen soll!

Warum ausgerechnet die Besitzer der Sachgüter, die Gutsbesitzer und die Unternehmer des Kredites bedürfen, um ihre Betriebe aufrecht zu erhalten, bedarf gewiß einer Erklärung, die nicht mit der Natur des Besitzes selbst gegeben werden kann. Denn hier im Handel, in der Landwirtschaft, in den Fabriken wird doch gerade Zins und Rente erhoben und in Gestalt von Dividenden und Pachtgeldern verteilt. Bei den Besitzern dieser Sachgüter muß sich also aller Regel nach Geld für Kreditzwecke sammeln. Daß nun umgekehrt das Geld der kleinen Leute, des Proletariats, die Sparkasse, den Sachwertbesitzern zu Hilfe eilen soll, das kapiert so schnell keiner, namentlich heute nicht, wo die Schulden der Sachwertbesitzer durch den Papiergeldschwindel vollkommen getilgt worden sind.

Die Kreditnot bedarf somit einer anderen Erklärung, und diese liefert uns die, übrigens sehr berechnete, Furcht der Sachwertbesitzer, daß es doch noch zu der Vermögensabgabe wird kommen, von der zu Beginn des republikanischen Regiments viel gesprochen wurde in den Kreisen der wenigen, die etwas von Volkswirtschaft und Finanzen verstanden. Die Sachwertbesitzer sind inzwischen klug genug geworden, um zu erkennen, daß der Versuch, die Kriegslasten auf das Proletariat abzuwälzen, am Charakter des Arbeitslohnes als internationale Größe scheitern muß. Auf die Dauer würden die Industrie und die Landwirtschaft die besten Kräfte durch Auswanderung verlieren. Das, was der Krieg an Tüchtigkeit verschonte, wirft sonst eine verkehrte Steuerpolitik über die Grenze. Wenn heute die Techniker, Chemiker, Gärtner, Kaufleute nicht in hellen Scharen unter Mitnahme ihrer Fachkenntnisse das Land der Sparkassenplünderung und Fürstenabfindung, der Wucherzölle und der bürokratischen Eingriffe verlassen, so liegt das nur an den Einwanderungshemmnissen der Amerikaner. Sobald diese fallen, gibt es auch kein Halten mehr, es sei denn, daß man die Löhne und Gehälter um den Betrag aller direkten und indirekten Steuern, zuzüglich der Kosten des Abwälzungsprozesses, erhöht, so daß die auf die Arbeiter abgewälzten Kriegslasten zu guter Letzt doch noch auf dem Wege von neuen Lohnforderungen, die diesmal nicht auf die Verkaufspreise übertragen werden können, in der Grundrente, im Hauszins und in den Dividenden ihre letzte Ruhestätte suchen und finden.

Alle diese Zusammenhänge werden so nach und nach den Sachwertbesitzern klar. Daneben macht sie der für die Reparationen aufzubauende Steuerapparat stutzig. Sie sagen sich, daß so hohe Beträge (jährlich 3 – 4000 Millionen Mark allein für den Zins der Reparationslasten) unmöglich durch Einkommensteuern erhoben werden können, weil dann das Interesse an der Steuerhinterziehung zu

groß wird und die Steuerbeamten der Korruption ausgesetzt werden, wie das überall noch gewesen ist, wo die Steuerpresse zu stark angezogen wurde. Niemand sucht durch Arbeit sein Einkommen zu erhöhen, um größere Einkommensteuern zahlen zu können. Die Reparationslasten, wenn sie als laufende Steuern gedacht sind, würden mit der Zeit das ganze Reich zerstören.

So ist also die Lage der Sachwertbesitzer ganz klar. Sie glauben nicht daran, daß sie mit der Vermögensabgabe verschont werden können, aber solange diese nicht erfolgt, suchen sie dieser Steuer soviel wie möglich zu entziehen, indem sie flüssig werdende Betriebsmittel über die Grenze schaffen und diese Betriebsmittel sodann durch Kreditoperationen, durch Verpfändung ihres Krames zu ersetzen suchen. Bei der Höhe der Vermögensabgabe, die in Betracht kommt (es wird wohl kaum noch unter 75 Prozent gehen), erscheint ihnen der Unterschied zwischen dem Zins, den sie hier bezahlen müssen, und dem, den sie für das geflüchtete Kapital im Ausland einkassieren, gering. Besser ein Dollar zu 5 Prozent in Amerika als ein Dollar zu 10 Prozent in Deutschland. So denken die Sachwertbesitzer, die denken können. Wenn sie „patriotisch“ gesinnt sind, dann geben sie ihrem Bankier in New York Weisung, das Geld bei der nächsten Gelegenheit für die Zeichnung deutscher Anleihen zu verwenden, weil diese Anleihen durch die amerikanische Kriegsmarine gedeckt und ihre Zinsen durch Vertrag vor dem Zugriff der deutschen Steuerbehörden gesichert sind. Die Zinsen aber, die der Gutsbesitzer in Deutschland für das hier aufgenommene Betriebskapital verbucht, gehen unter dem Titel Betriebskosten und werden vom Einkommen in Abzug gebracht, das der Steuer unterliegt. Der Gutsbesitzer hat so ein un versteuertes Einkommen in Amerika und wartet nun mit Seelenruhe die Vermögensabgabe ab, die seinem nun völlig verschuldeten Gute mit der Zeit zudedacht werden mag. *Après nous le déluge.* [Nach uns die Sintflut] So denkt er dabei. Er sichert sich vor Steuern für die verhaßten Reparationen und zeichnet ausländische Kreditanleihen für die deutsche Wirtschaft. Barmherzig sein und sich dabei ergötzen.

Einhergehend mit solcher Kapitalflucht, vollzieht sich aber etwas, was für die „Kreditnot“ in Deutschland fast von eben so großer Bedeutung ist, nämlich die Scheu vor der Hereinnahme im Ausland fällig oder flüssig gewordener Kapitalien. Hunderttausende von Deutschen sind in den letzten Jahrzehnten ausgewandert und die Mehrzahl von ihnen ist zu Wohlstand und Reichtum gelangt. Und alljährlich kam von diesen Tausenden eine erkleckliche Anzahl mit einem Beutel voll Geld nach der Heimat zurück und legte dieses Geld „mündelsicher“ in deutschen Sparkassen und Hypotheken an. Die Kreditbedürftigen konnten dann hier schöpfen. Auch als Erbschaft kamen jährlich große Summen nach Deutschland zurück von in Amerika verstorbenen Erbonkels. Das hat alles aufgehört. Kein Mensch

denkt daran, dem deutschen Volk das im Ausland erworbene Vermögen anzuvertrauen. Verbranntes Kind scheut das Feuer. Alle diese Gelder bleiben heute im Ausland und warten dort auf die Sanierung der deutschen Finanzen durch die Sachwertsteuer. Auch ausländisches Kapital (ich erinnere hier an die gewaltigen Summen französischen Kapitals, die bei der Marokkokrise seinerzeit gekündigt wurden) suchte und fand in Deutschland Anlage, ganz zu schweigen von den Ausländern, die nach Deutschland und ihrem Kapital übersiedelten, um hier zu leben. Das alles hat aufgehört und wird nicht wiederkommen, ehe nicht die Versuche aufgegeben werden, solches Kapital ebenfalls zu den Kriegslasten heranzuziehen. Es bewahrheitet sich hier der alte Satz aus der Schule der französischen Physiokraten, daß letzten Endes alle Steuern auf die Immobilien abgewälzt werden, und daß das mobile Kapital nicht besteuert werden kann (weil es fliehen kann). Wer das erkannt hat, der fordert für die Behebung der Kreditnot keine ausländische Anleihe, sondern die Sachwertsteuer, und zwar eine so hoch bemessene Sachwertsteuer, daß jedermann davon überzeugt sein kann, sie genüge, um die Kriegslasten gänzlich von den Steuerkassen abzuwälzen, weshalb dann die Notwendigkeit einer zweiten Schur aller Welt als ausgeschlossen erscheint. Wird solche Steuer in solcher Höhe beschlossen und eingetrieben, dann werden die im Ausland wartenden Kapitalien hereinströmen, und dann wird die Kreditnot schwinden.

Freilich, um die Kreditnot ganz zu beheben, dazu gehört mehr, als das eben geforderte. Auch die Sparkassen müssen wieder funktionieren. Damit das Volk aber das Vertrauen zu den deutschen Sparkassen wiedergewinnen kann, muß das große deutsche Verbrechen gesühnt werden, die Plünderung der Sparkassen durch die Inflation. Durch Konfiskation des Privatvermögens aller an der Inflation gesetzgeberisch beteiligten Personen, in erster Linie also die Reichstagsabgeordneten und die Gerichtspersonen, durch Konfiskation des Vermögens der Zeitungsredakteure und der Zeitungsbesitzer, die es unterließen, das Publikum vor der Inflation zu warnen, durch Konfiskation des Vermögens der Fürsten und aller an der Fürstenabfindung beteiligten Personen, soll ein Fonds gebildet und durch Zuschuß aus der Vermögensabgabe so weit ergänzt werden, daß die Sparkassengelder in der vollen, ursprünglichen Höhe zuzüglich der Zinsen und Zinseszinsen zurückgezahlt werden können. Ehe solches nicht geschehen, kann das Volk kein Vertrauen zu den Sparkassen, zur Regierung und überhaupt zum Eigentum haben. Darum werden die Sparkassen leer bleiben, wird man von Kreditnot reden, werden die Unternehmer der hohen Zinsen wegen die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nicht wiedergewinnen können, und wird die Wirtschaft an der Kreditnot zerschellen.

Können wir noch Achtung vor dem Eigentum in Deutschland haben?

Die Achtung vor dem Eigentum entstammt dem Glauben, daß dieses Eigentum Produkt persönlicher Arbeit ist, aber ererbt wurde von Personen, die das Eigentum auf solche Weise erwarben. Da der Grund und Boden kein Arbeitsprodukt ist, können wir dieses Eigentum auch nicht achten, und nur weil wir wissen, daß manches Land von seinen jetzigen Eigentümern ehrlich erworben und voll bezahlt wurde, sehen wir von der Forderung der restlosen, entschädigungslosen Konfiskation des Bodeneigentums ab. Wo der Boden noch in den Händen der Nachkommen der ursprünglichen Usurpatoren liegt, da ist auch kein Grund für irgendwelche geldliche Abfindung. Das ist der Fall bei allen Fürstenhäusern, je älter das Fürstenhaus ist, um so weniger besteht ein Anspruch auf Entschädigung.

Zu dieser Überlegung kommt heute noch ein besonderer Grund. Wir wissen, wie das Volk während des Krieges zur Herausgabe auch des letzten Talers bewogen wurde, wie die Milliarden der Kriegsanleihen und der unzähligen Spenden zusammengekommen sind. Man lese z. B. das folgende Plakat der Dresdner Bank aus dem Jahre 1916:

„Der ungewöhnlich hohe Stand der auswärtigen Devisen- und Geldkurse ermöglicht gegenwärtig den Verkauf von Wertpapieren der neutralen Länder (Amerika, Holland, Schweiz, Dänemark, Schweden, Norwegen, Spanien) zu besonders günstigen Bedingungen.

Wer solche Papiere verkauft, stärkt die deutsche Volkswirtschaft und erfüllt damit eine nationale Pflicht.“

Dresdner Bank.

Also wer seine guten Papiere nicht gegen Kriegsanleihen verkaufte, der erfüllte seine nationalen Pflichten nicht, wer aber seine nationalen Pflichten im Kriege nicht erfüllte, der übte Landesverrat.

Zu diesem Urteil kommt man auch, wenn man folgendes Plakat des Hansa-Bundes studiert:

„Jeder Deutsche ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß Goldgeld schleunigst gegen Papiergeld eingewechselt wird und in die Reichsbank gelangt. Warum? Weil Papiergeld im täglichen Verkehr die gleichen Dienste leistet wie Goldgeld. Weil je größer der Goldbestand der Reichsbank, um so größer auch in der ganzen Welt die Achtung vor der wirtschaftlichen Kraft Deutschlands ist.

Weil die Reichsbank für Goldgeld den dreifachen Betrag an Papiergeld ausgeben darf, das für den täglichen Verkehr erforderlich ist.

Weil Zahlungen für Waren, die Deutschland aus dem Ausland beziehen muß, nur mit Hilfe des Goldbestandes der Reichsbank geleistet werden können.

Wer also Goldgeld zurückbehält, macht sich einer Pflichtverletzung gegen das Vaterland schuldig und hilft den Feinden.“

Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie.

Hier steht es also in dürren Worten: wer seinen Besitz an Gold nicht abliefern, der hilft den Feinden. Wer aber den Feinden in Kriegszeiten Vorschub leistet, der übt Landesverrat.

Wir glauben darum nicht fehl zu gehen mit der Annahme, daß der Erfolg der Plakate zum guten Teil darauf zurückzuführen war, daß viele, viele Besitzer von Gold und Geld in jenen Plakaten eine direkte Bedrohung mit Zuchthausstrafen erblickten. Man wollte die kleinen Leute einschüchtern.

Wo steckt nun der Kriegsschwindel in diesen Plakaten? Abgesehen von der genannten Bedrohung und des Umstandes, daß man von den Goldbesitzern erwartete, daß sie ihr Gold zum Parikurs an die Reichsbank abliefern, während die Sachwertbesitzer schon lange erhöhte Preise forderten (eben der ungewöhnlich hohe Stand der auswärtigen Devisen), liegt der Schwindel in dem, was das Plakat zu erwähnen unterließ, wahrscheinlich nur, um die Großen nicht in ihrer Ruhe und ihrem Besitz zu stören. Was in diesen Plakaten fehlt, ist folgende Drohung: Nicht nur jeder, der Gold besitzt, ist verpflichtet, dasselbe abzuliefern, sondern jeder, der überhaupt etwas besitzt an Sachwerten irgend welcher Art, seien es Pferde, Äcker, Schweine, Diamanten, Aktien, Häuser, Rittergüter, ist verpflichtet, solche Sachwerte zum Verkauf anzubieten und den Erlös abzuliefern. Es geht nicht an, daß wir nur die kleinen Leute veranlassen, ihre Spargroschen in immerhin gefährdeten Kriegspapieren anzulegen, und so das ganze Risiko des Krieges auf die schwächsten Schultern abwälzen. Dieses Risiko sollen alle tragen, proportional zu ihrem Besitz und Vermögen.

Daß solches Angebot von Sachwerten äußerst wirksam gewesen wäre, geht aus der folgenden Notiz hervor, die damals durch alle Blätter ging:

Der brave Müller als Goldsammler.

Der Besitzer der Laubauer Mühlen, Wilhelm Pyrkosch in Laubau, hatte am 28. Dezember bekanntgegeben, daß er für jedes Goldstück, das bei ihm zur Weitergabe an die Reichsbank eingewechselt werde, 5 Pfund Weizenmehl umsonst verabreiche. Der Erfolg war ein ungeahnter. Im ganzen wurden der Reichsbank in Laubau innerhalb zweier Tage von Pyrkosch 68 000 Mk. abgeliefert.

Der Großlichterfelder Lokalanzeiger, dem obige Notiz entnommen ist, setzte dann noch hinzu:

So erfolgreich der Einfall des Müllers war, so wenig erfreulich ist es, daß es erst eines Lockmittels bedarf, um die Goldbesitzer zu der jetzt wohl selbstverständlichen Ablieferung zu veranlassen! „Ich habe nicht erfahren, daß der Erfolg des Müllers die Anregung dazu gegeben hätte, die Sachwertbesitzer, namentlich die Gutsbesitzer, zur Befolgung des Beispiels aufzufordern mit der Bemerkung, daß jeder, der das nicht tut, seine Pflichten gegen das Vaterland verletzt und den Feinden hilft.“ Die Sachwertbesitzer waren still, sie überließen den Dummen die Rettung des „teuren Vaterlandes“, von den Einfältigen forderten sie die Opferung ihrer Habe. Es ist mir nicht ein Fall bekannt, daß einer der deutschen Fürsten und Guts- und Sachwertbesitzer seinen Besitz oder Teile desselben veräußert habe, um Kriegsanleihen zu zeichnen. Wie wäre sonst möglich, daß der Kaiser heute noch 290 000 Morgen Land sein eigen nennen könnte? Von ihm, der am stärksten am Erfolg des Krieges interessiert war, hat man nichts Ähnliches gehört. Jetzt bei der Konfiskation des Besitzes dieser Herren wird es sich ja zeigen, wieviel Gold die Herren bei der Reichsbank ablieferten, und wie viele Juwelen und Rittergüter sie für die Zeichnung von Kriegsanleihen verkauften. Hätte die Reichsbank bekanntgegeben, daß den Besitzern von Gold und Geld in Tausch Äcker, Wald und Bergwerke aus dem fürstlichen und kaiserlichen Besitz gegeben würde, so wäre das letzte Goldstück zum Vorschein gekommen. Bei den kleinen Leuten, das wußte man, dazu waren sie von den deutschen Schulmeistern dressiert worden, da würde der Appell an die gute, fromme, vaterländische Gesinnung Erfolg haben. Bei den anderen aber, da war der Mißerfolg von vornherein sicher. Darum unterließ man es sie aufzufordern, das Beispiel des Müllers von Laubau zu befolgen.

Für uns ist der Besitz von Gold, von Sachwerten und von Rittergütern, soweit es sich um Kriegsfinanzen handelt, völlig gleichwertig. Wir verlangen von den einen nichts, was wir nicht auch von den anderen verlangen würden. Waren es Landesverräter, die ihr Geld nicht in Kriegsanleihen hergeben wollten, so sind es auch Landesverräter, die ihren Besitz an Sachwerten nicht für die Kriegsanleihen opferten. Und als Landesverräter wollen wir sie jetzt behandelt wissen. Wir haben keine Achtung vor dem Besitz, vor dem Eigentum in einem Lande, wo der Besitz der kleinen Leute, die Sparkassengelder, der Notschatz der Greise, der Witwen, der Kranken und Arbeitsunfähigen unterschlagen, von der Regierung unter den Augen des Parlaments und der Richter gestohlen wurde. So lange dieses Geld nicht zurückerstattet wird, ist uns alles Eigentum im Deutschen Reich nichts als Raub, Hehlergut, behaftet mit dem Blut unzähliger Greise, die sich aus Not erhängt, vergiftet, erschossen haben. Wir anerkennen dieses Eigentum nicht.

Uns ist das Eigentum, das ehrlich durch Arbeit erworbene Eigentum heilig. Und als Heiligtum, unantastbar gegen jede Gewalt, gefeit gegen jede christlich-kommunistische Kritik, wollen wir es gestalten. Wer noch sagen wird: Eigentum ist Dieb-

stahl, der lügt. Aber das heutige Eigentum, das in der Hauptsache aus Steuerhinterziehung, aus der Umgehung der für die Plünderung der Dummen, Unerfahrenen, Ehrlichen und Naiven geschaffenen Kriegsgesetze, aus der Nichterfüllung sozialer Pflichten besteht (man denke hier an die verbrecherische Schädlichkeit der Kriegsverstümmelten-Versorgung) das Eigentum der Schieber, der patriotischen Heuchler, nein, das anerkennen wir nicht, es hieße den Begriff Eigentum entwürdigen. Und wenn wir davon absehen, den jetzt hängenden Volksentscheid über das Vermögen der Fürsten, wonach dieses glatt konfisziert werden soll, auch auf den Besitz schlechthin auszudehnen, so sind es nicht rechtliche Erwägungen, die uns leiten. Wir erkennen im Eigentum die einzig mögliche Wirtschaftsform, die für einen Weltstaat wie Deutschland überhaupt in Frage kommt. Aus praktischen Gründen, weil wir überzeugt sind, daß es nicht anders gehen wird, wollen wir uns mit einer Vermögensabgabe in Gestalt einer Sachwertsteuer von 75 Prozent begnügen, um damit sämtliche Kriegslasten mit Einschluß der Reparationen von den Staatskassen direkt auf die Sachwerte abzuwälzen, so daß der ganze Wust von Steuern, mit denen man versucht, auch noch die Kriegslasten auf das schaffende Volk abzuwälzen, mit einem Schlage abgeschafft werden könnte.

Wir begnügen uns zwangsweise mit diesen 75 Prozent, weil der Rest nötig ist, um die Volkswirtschaft weiter auf der Grundlage des Privateigentums fortzuführen, aber nicht etwa aus Respekt für die Rechte der Sachwertbesitzer, aus ethischen Gründen. Nähmen wir das Ganze, so würden die jetzigen Besitzer die Betriebe aufgeben und der Staat hätte die Wirtschaft zu führen und als Eigentum zu verwalten. Wie er das machen würde, das sagt uns das Schicksal der Sparkassengläubiger, der mündelsicher angelegten Gelder. An Stelle der jetzigen Räuberei träte das Chaos. Weil wir nun jedes Staatseigentum ablehnen, darum lehnen wir auch die Staatsschulden ab, die zu ihrer Verwaltung einen ähnlichen bürokratischen Apparat fordern wie das Staatseigentum.

Darum: Her mit der 75prozentigen Sachwertsteuer zur Tilgung aller Kriegslasten und Abschaffung aller Steuern einschl. der Zölle, durch die dann auch alle auf dem heutigen Eigentum lastenden Verbrechen, Flüche, Schandtaten (man denke an die zahllosen Greise, die durch die Eskamotierung der Sparkassengelder in den Tod getrieben wurden), wenigstens zu 75 Prozent gesühnt werden, unbeschadet, daß wir den Rest an Verwünschungen und Flüchen den Sparkassenplünderern und Sachwertbesitzern dereinst auch noch ins Grab nachschicken werden.

Kriegsplakate der Reichsbank

„Eine Sünde am Vaterland begeht jeder, der Goldgeld zurückhält. Das Gold muß der Reichsbank und damit der nationalen Wirtschaft zur Erhaltung der Produktion in Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie zur Verfügung gestellt werden. (1)

Den Goldschatz der Reichsbank zu stärken ist heiligste Pflicht für jeden, der dazu in der Lage ist. Bedenken sie, daß die Reichsbank hierfür den dreifachen Betrag in Papiergeld ausgeben darf, (2) daß sie dadurch in der Lage ist, in der Höhe des dreifachen Betrages des Goldvorrats unserem wirtschaftlichen Leben finanzielle Hilfe zu leisten. (3) Könnte sie das nicht, so würden viele Unternehmungen in Handel, Industrie und Landwirtschaft in Geldschwierigkeiten geraten.

Hunderttausende Arbeiter würden dadurch brotlos werden. (4) Die Folge davon ist, daß die Valuta sinkt, (5) daß alle im Ausland gekauften Waren, Nahrungsmittel, viel höher bezahlt werden müssen, (6) wodurch eine enorme Teuerung derselben entsteht, unter der alle Menschen zu leiden haben. (7)

Das Gold ist für die Reichsbank und unseren wirtschaftlichen Sieg genau so notwendig, wie die Soldaten für das Heer.

Auch nach Friedensschluß ist noch monatelang ein starkes Bedürfnis nach Gold vorhanden. (8) Nur mit Gold können wir die fehlenden Rohmaterialien billig und schnell vom Ausland beziehen. (9)

Darum heraus mit jedem Goldstück. Säumen sie darum nicht länger, versündigen sie sich nicht weiter an den wichtigsten Interessen des Vaterlandes.“ (10)

Der hier angehäuften fürchterliche Unsinn blieb unkritisiert. *Georg Blumenthals* „*Physiokrat*“, der es als einzige Zeitung unternahm, die Reichsbankpolitik zu kritisieren, wurde beschlagnahmt und glatt erledigt. So konnte die Reichsbank dann ungestört ihr Zerstörungswerk vollenden und ungewarnt ein Experiment wiederholen, das schon tausendmal gemacht worden und tausendmal fehlgeschlagen war. Fünf(5000)tausend Eisenbahnwagen beladen mit Noten von 100 Mark waren zuletzt nötig, um den Preis eines einzigen Brotes zu bezahlen.

Wir haben die einzelnen Sätze mit Nummern versehen und wollen hier nur mit einigen Fragen dem Unsinn etwas Sinn zu geben versuchen.

(1) Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie brauchen Gold zur Produktion. In Wirklichkeit brauchen diese Gewerbe kein Gramm Gold. Mit alleiniger Ausnahme der Goldwarenindustrie, deren Produkte niemals so überflüssig sind wie im Krieg, und einiger weniger Chemikalien, für die die Reichsbank mehr als genug Vorräte hatte. Wenn ein Bauer Gold brauchte, dann war es gewiß weiter nichts als Geld, was er in Wirklichkeit brauchte. Gold aber ist an sich nicht Geld.

(2) Die Reichsbank durfte nur den dreifachen Betrag des Goldschatzes an Papiergeld ausgeben. Wer verbot ihr mehr auszugeben? Später hat man ja gesehen, daß sie „durfte“. Leider durfte sie. Leider durfte sie der Wirtschaft „finanzielle Hilfe“ leisten. Diese finanzielle Hilfe brachte die Teuerung, die dieselbe gewesen wäre, ob die Noten zu 33 Prozent oder zu 100 oder 200 Prozent gedeckt gewesen wären. In Amerika waren die Noten zu 200 Prozent gedeckt und die Teuerung setzte dort genau so ein, wie in den Ländern mit Papiergeld. Hätte die Reichsbank Noten verbrannt in dem gleichen Verhältnis wie mit der Produktionseinschätzung das Warenangebot abnahm, dann wären die Preise nicht gestiegen, ob Gold in Reserve lag oder Steine. Die Reichsbank stellt ihre Hauptaufgabe an 3. Stelle, wenn sie glaubt, der Wirtschaft „finanzielle Hilfe“ bringen zu müssen und bringen zu können. Wenn sie mit der Notenpolitik den Inder festhält, dann leistet sie die finanzielle Hilfe, die ein Noteninstitut leisten kann. Was darüber ist, ist von Übel. Es darf nie vergessen werden, daß das Geld ein Streitobjekt ist, um das sich das Publikum streiten muß. Nur so kann man das Geld begreifen. Wenn die Reichsbank diesen Streit beseitigen will, wenn sie dem Publikum den Bezug des nötigen Geldes erleichtern will, dann führt solche Erleichterung eben so sicher zu einer Senkung des für das Geld zu zahlenden Preises (in Waren ausgedrückt), wie die Erleichterung in der Produktion irgendeiner Ware deren Preis senkt. Solche „finanzielle Hilfe“ führt schließlich zum Vorschlag der Syndikalistens, wonach alle Güter auf Haufen zu legen sind und es dem Publikum überlassen bleibt, nach „Bedarf vom Haufen zu nehmen“. Eine vollständige Verkennung der Rolle, die ein Noteninstitut zu spielen hat, liegt in dem Glauben an die „finanzielle Hilfe“ eines Noteninstituts.

(4) Diesen Satz mögen sich die Sozialdemokraten merken, namentlich auch darum, weil er richtig ist. Sie haben ja immer behauptet, daß die Krisen und die Arbeitslosigkeit nichts mit dem Geld zu tun haben. Hier steht nun, daß Hunderttausende Arbeiter brotlos werden, wenn das Publikum das Geld nicht zurück in den Verkehr bringt, sondern es zu Hause behält. Freilich ist die Reichsbank im Irrtum, wenn sie annimmt, daß ihre Noten mit Gold gedeckt sein müssen. Aber es müßte doch den Sozialdemokraten zu denken geben, daß es genügt, wenn das Geld eine Weile nur zurückgehalten wird, um Hunderttausende Proletarier arbeitslos zu machen, und um sie durch Arbeitslosigkeit kusch zu kriegen. Denn schließlich, was das Publikum hier in der Kriegsangst tat, das können, mit dem gleichen Erfolg, natürlich die Börsenspekulanten mitten im Frieden zu irgendeiner Zeit auch tun, ob aus Raublust oder Übermut, ist für den Erfolg gleichgültig.

(5) Dies ist ein wunderbarer Satz. Die Reichsbank will durch Goldsammelei die Befugnis erwirken, den Notenumlauf zu vermehren, und zwar stark zu vermehren. Durch diese Geldvermehrung werden die Preise natürlich hochgetrieben und durch die Geldvermehrung bekommen manche erst die flüssigen Mittel in die

Hand, um für die Kapitalflucht Nachfrage nach Devisen zu halten. Und sie folgert und sagt: wenn wir die Notenausgabe nicht vermehren, dann wird die deutsche Valuta sinken! Sie folgert das Gegenteil von dem, was von der Notenvermehrung zu folgern ist.

(6 und 7) Die Waren, die Deutschland aus dem Ausland bezog, mußten mit Warenausfuhr oder mit Devisen bezahlt werden. Benutzte man dazu Gold, so war der Preis für diese Waren nicht um einen Pfennig teurer, ob die Valuta sank oder stieg. In Papiergeld freilich erschienen die Preise höher, aber nicht teurer, denn die erhöhten Papiergeldpreise kamen der Ausfuhr zugute. In Waren ausgedrückt, waren die Preise nicht teurer, eher billiger. Hohe Preise sind keine teuren Preise, wenigstens nicht für die große Masse des Volkes. Die Landwirte z. B. (seitdem man Zölle eingeführt hat, werden die Bauern „Landwirte“ tituliert) streben immer nach hohen Preisen. Für sie beginnt die Teuerung mit fallenden Preisen. Und nicht nur für die Bauern. Zu leiden haben bei steigenden Preisen nur die Rentner. Die Festbesoldeten! erholen sich bald an den „Teuerungszulagen“. Da steigende Preise regelmäßig mit Vollbetrieb der Wirtschaft vereint sind, so können die Arbeiter meist Lohnforderungen durchdrücken, die sie für die Teuerung mehr als entschädigen.

(8 und 9) Wenn wir nach Kriegsschluß noch Gold gehabt hätten im Umfang, wie es nötig gewesen wäre, um die Rohmaterialien zu bezahlen, dann wäre diesem Gold sicher der Weltmarkt verschlossen worden, wie es während des Krieges bereits Schweden und andere Staaten taten. Nach dem Kriege wollte niemand Gold, Waren wollten alle haben. Das Gold der Reichsbank hätte uns nichts genützt. Aber die für die Zahlung der Wareneinfuhr nötigen Ausfuhr Güter hätten wir während des Krieges bereitstellen können.

(10) Ich versandte damals ein Flugblatt, worin dahinzielende Vorschläge gemacht wurden. Nach dem Kriege standen alle Waren hoch im Preis, namentlich die deutschen Waren. Eine Ausnahme allein machte das Gold, dessen Preis in Amerika um mehr als 50 Prozent gesunken war. Das von der Reichsbank gesuchte Gold war also für die Wareneinfuhr das ungeeignetste Zahlungsmittel. Eisen, Glas, Porzellan, Chemikalien, das war es, was der Weltmarkt brauchte. Diese Waren hätten auch gleich Rückfracht für die Schiffe gegeben. Die Gedanken der Reichsbank drehten sich offenbar nur um das Gold, das letzte aller ausländischen Zahlungsmittel.

Vom Ochsen kann man nur Rindfleisch erwarten. Und von jemandem, der sein Leben lang nur Gold gesehen, nur Gold angebetet hat, muß man erwarten, daß für ihn auch Gold der Weisheit letzter Schluß sei. Dieser Goldwahn allein brachte uns die Inflation und all das Unheil, das mit ihr verbunden war. Nicht der Krieg und sein Ausgang haben uns die Inflation gebracht, wie mancher wohl denken mag. Es war der kindliche Glaube, daß mit der Golddeckung der Banknote alles in Ordnung

sei, der den Anstoß zur Inflation gab. Hätten die plakatierten Ermahnungen der Reichsbank keine Wirkung gehabt, dann hätte die Reichsbank auch keine Noten gedruckt, zu einer Zeit, wo der Handel auf ein Minimum eingeschränkt war und Geld immer weniger nötig wurde. Aus bürokratischer Furchtsamkeit hätte sie den Mut nicht gehabt, den Rahmen des Bankgesetzes zu übertreten. Sie hätte übrigens auch keine Gründe vorzubringen gewußt, um sich diesen Rahmen erweitern zu lassen. Wenn wir in Deutschland Goldgruben gehabt hätten, so kümmerlich auch ihre Ausbeute gewesen wäre, die Reichsbank hätte sich Soldaten von der Front bestellt, um Gold zu graben; denn sie sagt ja, daß Gold „für den Sieg so nötig ist, wie der Soldat für das Heer“. Und wenn diese Soldaten Berge von Gold entdeckt hätten, dann hätte die Reichsbank auch diese Goldberge benützt, um das Reich mit dem dreifachen Betrag an Banknoten zu überschütten, fest davon überzeugt, daß damit alle Bedingungen für den „wirtschaftlichen Sieg“ erfüllt gewesen seien.

Der vom Goldwahn gerittene Bankmann läßt sich nicht belehren. Man kann nur hoffen, daß der Goldwahn mit seinen Trägern nach und nach aussterben wird. *Havenstein* ist gestorben, wann wird *Schacht* ihm ins Grab folgen? Er ist leider noch jung.

Sadistische Währungs- und Steuerpolitik

Vor dem Kriege waren viele Häuser Berlins, wie überhaupt in Deutschland, „bis zum Schornstein“ mit Hypotheken belastet. Dem Hausbesitzer verblieb in der Regel von den eingehenden Mietsbeträgen nach Zahlung der Zinsen kaum die eigene Wohnung frei. Da die Mietshäuser 10 bis 20 Wohnungen enthalten mögen, so entfiel nach dieser Darstellung auf den Hausbesitzer, auf den unbelasteten Schornstein etwa ein Zehntel bis ein Zwanzigstel Prozent der Mietseingänge.

Bei den Bauern verhielt es sich ähnlich. Durch die Erbschaftsteilung, die heute auch den Boden mit umfaßt, muß die Verschuldung oft schon in der ersten Generation, regelmäßig aber in der zweiten Generation die Verschuldungsgrenze von 60 Prozent für die erste Hypothek erreichen und meistens in das Gebiet der zweiten und dritten Hypothek hineinragen, für die der erhöhte Zinsfuß unzureichender Sicherheiten gilt. Kapitalisierte man die zweite und dritte Hypothek zum Zinsfuß der ersten Hypothek, so gelangte man oft zu einer 100prozentigen Zinslast, d. h. die gesamte Grundrente war von der Hypothekenschuld beansprucht. Solch ein Bauer lebte dann ausschließlich vom Ertrag der Arbeit, seiner persönlichen Arbeit. Zu

diesen fundierten Schulden gesellten sich dann noch die Personalschulden, die aus der Erwerbung der für den Wettbewerb nötigen Maschinen erwachsen waren. Die Mittel für die Verzinsung und für die Tilgung dieser Schulden lieferten zwar die mit Hilfe der Maschinen gewonnenen Mehrerträge, doch waren es immerhin Schulden, deren Verzinsung und Amortisationen vom Bauer bezahlt werden mußten.

Als Folge all dieser Schulden mußte der Bauer sehr sparsam wirtschaften. Während der langen Deflationszeit, die mit der Einführung und Verbreitung der Goldwährung einsetzte (von 1875 –1896), durch die die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sehr stark herabgesetzt wurden (das Getreide z.B. von 240 auf 135), wurde der Druck der Schulden sogar unerträglich, und zahllose Bauern wurden damals durch gerichtliche Eintreibung der Zinsen und Schulden von Haus und Hof verjagt. In dieser Zeit lernten die Bauern den Verzicht auf den Genuß der eigenen Produkte. Das Beste von ihren Erzeugnissen mußten sie zur Stadt bringen für den Zins der Hypothek. Damals brauchten die deutschen Städte keinen Speck, keine Eier, keine Butter vom Ausland einzuführen, weil die deutschen Bauern diese Produkte, die sie selber nicht genießen konnten, in genügender Menge abliefern.

Mit der *Helfferrichschen* Papiergeldwirtschaft erfuhren diese Verhältnisse eine gründliche Änderung. Die Schulden wurden restlos getilgt. Der Verkauf von einem einzigen Pfund Speck genügte zuletzt, um alle Privat- und Staatsschulden, mit Einschluß der gewaltigen Hypothekenschulden, zu tilgen. Die Bauern hatten es nun nicht mehr nötig, ihre Produkte für die Hypothekenzinsen zur Stadt zu bringen. Sie aßen alles selbst und ließen es sich gut schmecken, gerade zu einer Zeit, wo Deutschland blockiert war und die Städter daher keinen Ersatz aus dem Ausland beziehen konnten. 40 Prozent des deutschen Volkes, 25 Millionen Menschen, konnten sich jetzt Genüsse leisten, die der Frieden ihnen nicht bieten konnte – zu einer Zeit, wo die Städter größte Not litten. Hätten die Bauern im Kriege die vollen Zinsen bezahlen müssen, dann hätten sie im Kriege das Leben weiter geführt, an das sie im Frieden gewöhnt gewesen waren. Sie hätten nicht sagen können –höhnisch sagten sie es oft: Butter, Eier, Speck, oha, das essen wir jetzt alles selber, das schmeckt uns auch gut, und jetzt im Kriege, wo die Städter hungern, schmeckt es uns besonders gut. Mir hebbem oll, mir hebbem Speck, mir hebbem Butter, mir hebbem Mehl, mir hebbem oll!

Man wundert sich heute über unsere Handelsbilanz, die zu einer Zeit, in der wir mit starkem Plus arbeiten mußten, ein gewaltiges Defizit ergibt. Zur Erklärung dieser Erscheinung muß man obige Entwicklung mit Hunderten von Millionen in Rechnung stellen. Hätte die Inflation die Hypotheken nicht angetastet, dann würde wahrscheinlich heute von Deutschland aus ein schwunghafter Ausfuhrhandel mit den genannten landwirtschaftlichen Produkten betrieben werden (an Stelle des

jetzigen Einfuhrhandels). Der Devisenmarkt erföhre eine entsprechende Entlastung.

Nachdem man nun 12 Jahre lang dieser Entwicklung ruhig zugesehen hat, nachdem eine ganze Generation von Bauern als schuldenfreie Bauern eine gehobene Lebensführung mit den Geldern der Sparkassen und der mündelsicheren Hypotheken bestreiten konnte und Zeit gehabt hat, sich daran zu gewöhnen, da kommt nun der Staat, tritt mit dem Steuerapparat an die Stelle der Hypothekenbanken und Sparkassen und reklamiert das gestohlene Geld für sich. Hätte der Staat das gleich von Anfang an getan, hätte er die Hypotheken in voller Höhe übernommen, die Bauern hätten nichts davon gemerkt, sie hätten als Steuern einen Betrag gezahlt, den sie bis dahin an die Hypothekenbanken zahlten, da sie zu zahlen gewöhnt waren. Nun aber, o weh, wie schmerzhaft, wieder zurück zu müssen auf den Vorkriegsstand der Lebensführung, wie schmerzhaft, die fetten Gänse an der eigenen Küche vorbei nach Berlin schicken zu müssen und nun noch verhöhnt zu werden von denen, die immer gesagt hatten: traut nicht dieser Schuldentilgung, trauet nicht den Wohltaten, die euch der Krieg bringt. Gewöhnet euch nicht an die neuen Genüsse, denn hart wird euch dann der Rückschlag treffen. Der Rückschlag wird kommen, es ist gar nicht möglich, daß der Krieg eure Lage bessert, eure Schulden tilgt. Sonst brauchten wir ja nur immer Krieg zu führen, um alle Schulden los zu werden!

Es ist zu spät. Die Sache läßt sich in keiner Weise gut machen. Unnötige Schmerzen, unnötiges Leid. Kein Sadist hätte als Finanzminister, als Währungsdiktator eine teuflischere Politik treiben können; sie läßt sich nur vergleichen mit dem Massenelend, das dieselbe Währungs- und Finanzpolitik über unsere alten Männer und Frauen gebracht hat, die aus Verachtung für den Staat, weil sie niemandem zur Last fallen wollten, auch den „sozialen Einrichtungen“ des stinkenden Ungeheuers (*Nietzsche*) nicht, und für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit in den mündelsicheren Sparkassen und Staatspapieren einen Notschatz angesammelt hatten, nun von demselben Greuel bestohlen, beraubt, betrogen wurden, so daß ihnen nichts anderes zu tun übrig bleibt, als sich zu erhängen oder bei dem Greuel, der sie bestohlen hat, betteln zu gehen. O Schmach, o Schande!

Der deutsche Pazifist und die Abrüstung!

Wie kann man solche Frage stellen? Dennoch als Pazifist wage ich es, diese Frage zu verneinen. Gewiß, ich traue keinem tollen Hund, und je größer sein Gebiß, um so weniger. Die Rüstung ist sicher keine Garantie des Friedens, allgemein betrachtet. Aber wie steht es heute? Wenn Frankreich auf das deutsche Niveau abgerüstet hätte, wer hätte in den letzten 5 Jahren in Deutschland die Macht gehabt, die deutsche Kriegspartei von einem Überfall Frankreichs abzuhalten? Und hätte diese Kriegspartei nicht wie üblich das ganze deutsche Volk, die Sozialdemokraten an der Spitze, für solchen „Befreiungskrieg“ mitgerissen? Nur Dank der französischen Rüstung sind wir vor solcher Katastrophe bewahrt worden. Wer darüber noch im Zweifel sein sollte, der frage sich, wie sich Deutschland verhalten würde, wenn heute in Frankreich etwa eine Revolution ausbrechen würde?

Diese Gemütsverfassung kann man verstehen. Sie hat sich auch in letzter Zeit bedeutend gebessert. Und in dem Maße, wie die alte, in den Kasernen dresierte Generation trapp trapp ins Grab wandert, wird es immer besser werden. Die Enteignung der Fürsten, der dann auch die allgemeine 75% Sachwertsteuer zur Abbürdung der Reparations- und Kriegslasten folgen wird, wird auch viel Gutes in dieser Richtung tun. Wer kein Geld hat, der kann auch keine private, keine schwarze Reichswehr unterhalten. Pas d'argent, pas de Suisses. So heißt es auch hier: Man hat die Fürsten abgesetzt, wenn man aber ihre Macht brechen will, so muß man sie finanziell aufs Trockene setzen. Dasselbe ist der Fall mit den agrarischen Reaktionären. Nur durch Enteignung auch dieser, auf Gedeih und Verderb mit den Fürsten verbundenen Gesellschaft können wir mit einer friedlichen Politik des deutschen Volkes rechnen.

Es ist niemandem gegeben, über seinen eigenen Schatten zu springen, und der Agrarier, der von allem Anfang an seinen Grundbesitz gegen die Empörung der beraubten Proletarier zu verteidigen hatte und hat und der darum nur an die Gewalt glaubt, der kann einfach nicht an Völkerfrieden glauben, weil er sein Verhältnis zum Proletariat zum Maßstab nimmt für die Betrachtung der Welt. Nur dadurch, daß wir diese Gesellschaft ohnmächtig machen, können wir die Republik vor ihr schützen und uns selbst vor einem neuen, ebenso blödsinnigen Krieg. So lange das nicht geschieht, können wir die Rüstung nicht entbehren, dürfen wir nicht für allgemeine Abrüstung eintreten.

Die französische und englische Rüstung ist die Rüstung der deutschen Republik. Sollten die Franzosen etwa aus Sparsamkeitsgründen die Rüstung vermindern wollen auf einen für die Mentalität unserer Kriegspartei gefährlichen Stand, so

wäre ich dafür, daß wir aus dem Budget unserer Reichswehr den Franzosen einige hundert Millionen zur Verstärkung ihrer Rüstung stifteten. Auf alle Fälle, dieses scheint mir sicher:

Je größer das Mißverhältnis zwischen der französischen und deutschen Rüstung ist zugunsten Frankreichs, um so sicherer ist die deutsche Republik.

Und als Gegenwirkung: Je sicherer die deutsche Republik, desto überflüssiger wird den Franzosen die Rüstung erscheinen. Die französische Rüstung brauchen wir weder zu fürchten noch zu zerstören, sie wird automatisch durch die deutsche Friedenspolitik zerfressen und zerstört.

Noch aber ist diese französische Rüstung für die deutsche Republik unentbehrlich und darum kann die deutsche Friedenspolitik vernünftigerweise nicht für die sofortige allgemeine Abrüstung eintreten.

Es sprechen aber gegen die allgemeine Abrüstung heute noch schwerwiegendere allgemeine Gründe.

Was heißt abgerüstet sein? War *Herkules*, als er als Säugling in der Wiege die Schlange erwürgte, abgerüstet? War *Kain* abgerüstet? Waren die Bauern, als sie sich mit Heugabeln gegen ihre Quälgeister erhoben und die Burgen der Ritter niederrissen, abgerüstet? Die einseitige Abrüstung des geschlagenen Gegners hat einen sehr vernünftigen Sinn. Um so unsinniger ist die allgemeine Abrüstung. Denn die allgemeine Abrüstung bringt die natürliche Rüstung des Menschen wieder zum Vorschein und schafft so die Grundlage für den blutigsten, grausamsten Krieg, für die Schlacht im Handgemenge. Der schreckliche römische Soldat war im Sinne der heutigen amerikanischen Vorschläge doch vollkommen abgerüstet. Was soll also die allgemeine Abrüstung? Ist sie wirklich mehr als Unsinn?

Der Vorschlag zur allgemeinen Abrüstung geht von Amerika aus und Amerika weiß, warum. England und Deutschland unterstützen den Vorschlag und beide Länder wissen auch, warum. Es sind die drei Länder, die mit Hilfe ihrer starken Industrie zu jeder Zeit und im Handumdrehen sich eine neue Rüstung verschaffen können, falls die unzähligen ungelösten Streitfragen einmal wieder eine gewaltsame Lösung wünschenswert erscheinen lassen. Was wollen in solchem Falle dann die abgerüsteten Agrarstaaten machen, die bisher ihre Rüstung in Friedenszeiten auf Vorrat für den Kriegsfall vom Ausland bezogen? Für Jugoslawien, für Rußland, für die Türkei, für Spanien, für Polen, China und unzählige andere Länder heißt Abrüstung somit die Unterwerfung unter die Diktatur der Industriestaaten.

Den Geist der Gewalt und Brutalität, den schaffen wir nicht mit der Abrüstung aus der Welt. Solange seine Brutstätte, der bürgerliche Kriegszustand, nicht zerstört ist, wird dieser Geist auch die Schwachen vergewaltigen und ihre Abrüstung mißbrauchen. Noch haben die Agrarstaaten die in der Abrüstung für sie lauernde Gefahr nicht voll erkannt. Doch müssen wir annehmen, daß die Praxis ihnen bald

die Augen öffnen wird. Und dann? Haben die Pazifisten wohl überlegt, welche Folgen solche Erkenntnis haben muß?

Industrie, Industrie, eine starke nationale Industrie, die uns mit der Rüstung im Bedarfsfall versehen kann, das ist der Ruf, der von überall als Folge der Abrüstung erschallen wird. Und wie der Donner auf den Blitz folgt dann die zweite Forderung: Schutz dieser nationalen Industrie durch Schutzzölle.

Schutzzölle nicht mehr für den Schutz der Industriebevölkerung, sondern für den Schutz der nationalen Unabhängigkeit: Man beachte den Unterschied. Gegen die Schutzzölle konnte bisher jeder, der sich für den Freihandel entschied, nach Herzenslust polemisieren. Landesverrat beging er damit nicht. Ist aber einmal der Schutzzoll für die nationale Unabhängigkeit gefordert und eingeführt worden, dann wird jede Propaganda für den Freihandel als Landesverrat betrachtet werden. Die Freihändler stehen dann vor neuen, ungeheuren Schwierigkeiten.

Hierbei möge man noch folgendes beachten. Der Weltkrieg hat gezeigt, daß zum Kriegführen nicht nur Kanonen gebraucht werden, sondern so gut wie alle Industrieprodukte. Wer im Krieg heute gerüstet sein will, der braucht eine nationale, universelle Industrie. Die Maschinenindustrie, die chemische Industrie, die Gasindustrie, die optische Industrie, die Porzellanindustrie sind da ebenso nötig wie die Stahlindustrie. Das bedeutet dann so viel, daß nun alle Staaten der Welt als Folge der Abrüstung mit Hilfe von Schutzzöllen, die zu Sperrzöllen entwickelt werden, eine universelle Industrie ins Leben zu rufen bestrebt sein werden, koste es, was es kostet.

Schutzzollpolitik, die gottverdammte Schutzzollpolitik, die überall die imperialistische Politik und die Stimmung zum Weltkrieg schuf, das wäre also das, was wir von der dem Frieden dienen sollenden allgemeinen Abrüstung zu erwarten haben. Wie immer, wenn Pfuscher am Werke sind, man erreicht das Gegenteil von dem, was erstrebt wird.

Abrüstung als Friedensgarantie ist Unsinn. Auf vielen Wegen kommt man zu diesem Schluß. Hier ist ein neuer Beweis für diese Wahrheit.

Glänzende Erfolge des Gebets

Wer kann daran zweifeln, daß, wenn ein 60-Millionen-Volk einmütig aus vollem Herzen und mit ganzem Gemüt zu Gott im Himmel betet, solches Gebet durch alle Wolken, die Cumulus- und die Cirruswolken hindurch, zu den Ohren des All-

mächtigen dringen muß? Man spricht von himmelschreienden Sünden, so muß es erst recht himmelschreiende Gebete geben. Und ein solches himmelstürmendes Gebet war das Gebet, das sonntäglich aus allen deutschen Kirchen zu Gott emporloderte:

„Herr! Laß auch Deine Gnade groß sein über unseren König und seine Gemahlin und alle, die dem königlichen Hause verwandt und zugetan sind!“

All die Jahre vor dem Krieg wurde so gebetet in all den Kirchen des deutschen 60-Millionen-Volkes. Und nicht nur für die Könige wurde so gebetet. Auch für die kleineren Fürsten, und nicht nur seit der Gründung des Reiches, sondern auch schon zur Zeit der hessischen Landgrafen. Inbrünstig betete der Herr Pfarrer, begleitet von den knirschenden Flüchen der Bauern:

„Herr! Laß Deine Gnade groß sein über unserem Landgrafen!“

Was so viel bedeutete:

Herr, sieh zu, daß von den an England verkauften, gegen die Amerikaner kämpfenden Bauernsöhnen Hessens möglichst viele fallen, damit der Absatz dieser Exportware (made in Germany) nicht ins Stocken gerät und die Gelder für die Hofhaltung, wozu auch ich gehöre, reichlich fließen. Denn beachte, Herr, die Klausel des Vertrages unseres Landgrafen, wonach ihm für jeden verwundeten Hessen nur ein Drittel so viel bezahlt wird wie für einen toten. Vergiß das nicht, Herr, lasse sie alle gleich sterben, wie die tapferen Spartaner vor den Thermopylen. Denn Dein ist die Macht.

Jawohl, solche Gebete werden in den Staatskirchen von Stapel gelassen und den Beweis, daß solche Gebete erhört werden, liefert die Tatsache, daß die Amerikaner 11 853 deutsche Söldlinge begruben. Ein Beitrag zur Geschichte deutscher Schmach, den kein Wind je verwehen wird in Amerika. Hoffentlich auch nicht aus unserem Herzen und Gedächtnis. Kein Volk der Erde hat je solche Schmach getragen. Dafür war ihr Preis um so anständiger. 115 Millionen Mark, der Grundstock der Vermögen, die jetzt enteignet werden sollen, brachte die deutsche Schmach den deutschen Fürsten ein.

Doch nicht allein in diesem Fall wurde das sonntägliche Gebet der Herren Pfarrer erhört. Mit sechs Söhnen und einem Schwiegersohn, also acht Mann hoch, zog die kaiserliche Familie in den vierjährigen Krieg, ihrem Stande getreu – Fürst, auf englisch first, heißt so viel wie der erste, der Vorkämpfer, ungefähr so wie *Arnold von Winkelried*, – immer in erster Reihe, schonungslos die tapfere Brust dem feindlichen Feuer aussetzend. Und siehe da, Gott selbst stellte sich schützend vor seine Kinder. Links und rechts fielen die Menschen, tausend mal abertausend und zwar vier Jahre lang. Doch unsere, durch das Gebet eines 60-Millionen-Volkes dem Schutze Gottes empfohlenen Fürstenkinder kamen alle, alle heil und rosig heim. Kein Finger wurde ihnen gekrümmt!

Es gibt immer noch Menschen, die nicht an die Macht des Gebetes zu glauben vermögen. Hier ist ein vollgültiger Beweis für diese Macht. Wer auch nach solchem Wunder nicht glauben kann, dem ist einfach nicht zu helfen. Er wird auch dann noch nicht glauben, wenn Gott sich auf seinen Schoß setzt. Vielleicht glaubt er auch nur darum nicht, weil der Fall keinen Eindruck auf ihn macht, weil es sich hier nur um das Leben der Prinzen handelte. Vielleicht gewinnt er den Glauben an Gott wieder, wenn er folgende Wunder richtig würdigt.

Der Segen des Himmels, den das Millionen-Gebet auf unsere Fürstenfamilie herabflehte, bezog sich nicht nur auf das leibliche Wohl der Prinzen, sondern selbstverständlich auch auf das seelische Wohl. Und hier ist der Schutz des Himmels womöglich noch auffälliger. Denn nicht nur physisch gesund, sondern auch finanziell gesund kamen unsere Prinzen heim. Der durch das Gebet herbeigeführte Segen des Himmels erstreckte sich nämlich auch auf die finanzielle Beratung unserer königlichen Familie. Während der brave deutsche Bürgersmann Haus und Hof verkaufte, um mit dem Erlös Kriegsanleihen zeichnen zu können, in der Meinung, daß damit das Vaterland gerettet werden könnte, hieß es am Hof: Laßt den Pöbel doch die finanziellen Opfer bringen. Wozu wäre er denn sonst da? Was wir haben, halten wir fest, Häuser, Schlösser, Wälder, Domänen, Diamanten, Gold und Devisen. Denn wer weiß, was aus den Kriegsanleihen noch werden wird? Domänen aber, Gold, Devisen und Dollars, das hat einen soliden Untergrund. Keinen Dollar, keinen Morgen Land opfern wir den Kriegsanleihen!

Nun seht, wer Recht gehabt hat. Der Bürgersmann, der keinen anderen Berater gehabt hatte als seine Presse und nun wertloses Papier in den Händen hält, oder die deutschen Fürsten, die ihr Vermögen in Realitäten besitzen und es mit drei Milliarden Mark einschätzen lassen, und offenbar von Gott selbst beraten worden waren.

Kannst Du, lieber Leser, nach solchen Erfolgen noch an der Macht des Gebetes und infolgedessen an dem Dasein Gottes zweifeln?

Kannst Du, lieber Leser, nachdem Gott sein Wohlgefallen dem kaiserlichen Hause auf so unmißverständliche Weise kundgetan hat, jetzt für die Enteignung derselben Fürsten eintreten?

Wagst Du es, zu zerstören, was Gott selbst auf so wunderbare Weise erhalten hat?

Wagst Du es noch, Dich einzuschreiben?

Heute ist der letzte Tag!

Was tust du für deine Befreiung?

Die Befreiung des Proletariats aus den Fangarmen der kapitalistischen Krake kann nur das Werk des Proletariats selber sein! So steht es geschrieben im kommunistischen Manifest. Aber welches ist das Werk, das der Proletarier zu seiner Befreiung verrichten soll? Was hat der Proletarier bis heute überhaupt schon zu seiner Befreiung geleistet? Abgesehen von der Abgabe des Stimmzettels, von denen 1000 aufs Kilo gehen, ist von einer eigentlichen Befreiungstätigkeit keine Spur zu sehen.

Nur dann, wenn die Proletarier wissen, was sie wollen, kann es eine Einigkeit unter ihnen geben, die die Grundlage liefern muß für irgendwelche Befreiungsaktion. Um aber zu wissen, was Not tut und Not wenden kann, gehört ein gründliches Studium der Natur des Kapitals, denn der Natur des Kapitals müssen die proletarischen Abwehr- und Angriffsaktionen angepaßt sein. Dieses Studium, das allein die Einigkeit des Proletariats herbeiführen kann, ist das eigentliche Werk des Proletariats, das heute wie immer für seine Befreiung in Frage kommt.

Mit der Bezahlung der Parteigelder,
mit dem Lesen der Parteipresse,
mit der Mitgliedschaft zu irgendeiner Genossenschaft,
mit den Demonstrationen,
mit den Massenversammlungen,
mit der Beteiligung an den Parlamentswahlen,

kurz mit dem ganzen Schwindel, womit heute der Proletarier beschäftigt wird, damit er nicht ungeduldig wird und die Parteigelder sperrt, ist nichts getan, nichts erreicht worden und steht der Proletarier dem Kapital heute noch ebenso hilflos gegenüber wie vor 50 Jahren. Niemals war die Uneinigkeit so groß wie heute. Niemals war das Proletariat darum auch so weit vom Ziel wie heute, trotz der mehr als 100 Parlamentarier, die das Proletariat im Reichstag „vertreten“.

Der Grund dieser Erscheinung ist leicht zu finden. Die Proletarier haben den Satz vergessen, den ich oben aus dem kommunistischen Manifest zitierte, sie haben vergessen, daß die Befreiung nicht das Werk von schwatzenden Diätenbeziehern sein kann, sondern ihr Werk, ihr persönliches Werk.

Der Parlamentarismus hat im Proletariat den Glauben erweckt, sie hätten jetzt weiter nichts mehr zu tun, als die Bonzen zu bezahlen. Die Bonzen würden für sie denken, die Bonzen für sie studieren, die Bonzen für sie kämpfen. Ach Gott ja, diese Bonzen. Was man alles von diesen Dicken, Faulen und gefräßigen Bonzen erwartet!

Nein, mein Lieber. Der Satz im kommunistischen Manifest, wonach die Befreiung das Werk des Proletariats sein muß, hat bei dir eine falsche Vorstellung erweckt. Du wirst in diesem Satz nicht persönlich genug angeredet. Das Proletariat besteht aus einzelnen Menschen und an die einzelnen Menschen wendet sich der Satz. Die Befreiung wird das Werk des Proletariats, wird also dein Werk sein, so soll es heißen. Du, du mußt arbeiten, schwitzen, denken, studieren. Du, du mußt kämpfen, d.h. im heutigen Stadium des Kampfes:

Du mußt dir das Wissen verschaffen, das allein eine Einigung möglich macht, weil es die Grundlage jeder Einigung bildet.

So billig wird das Werk der Befreiung nicht sein, daß du nur die Parteigelder zu bezahlen brauchst oder deine billige Haut bei einem Putsch auf die Barrikade bringst, damit *Ebert* Reichspräsident, *Noske* und *Scheidemann* Minister werden. Das kann jeder Dummkopf. Du selbst sollst denken, und dein Denken durch planmäßiges Studium unterstützen, damit du dir ein klares Bild deiner Lage machen kannst und dich bei jeder Aktion nicht mehr auf das Urteil anderer zu verlassen brauchst. Wäre die unsagbar lächerliche Rolle, die du in den letzten acht Jahren gespielt hast, möglich gewesen, wenn du in der Lage gewesen wärest, deine Bonzen zu kontrollieren?

Wo ein Aas ist, da versammeln sich die Raben, wo Schafe wie du weiden, da finden sich auch die Bonzen ein, um sie zu scheren. Die Unwissenden werden immer von Schlaunen ausgebeutet. Klage deshalb nicht deine Bonzen, sogenannte Führer, an, sondern dich selbst. Deine Bonzen waren und sind nur darum so faul, dick und gefräßig, weil du selbst so faul bist. Der Bonze weiß, daß niemand in der Versammlung ihn zu kontrollieren weiß, wie der Geistliche in der Dorfkirche. Darum, weil er es nicht nötig hat, wird er nachlässig und faul.

Natürlich, der Bonze sieht es gerne, daß du so dumm und faul bist und bleibst. Je fauler du bist, um so bequemer ist es für ihn. Hat dich schon jemals ein sozialdemokratischer Bonze aufgefordert, dein Wissen zu mehren? Sieh', wie kümmerlich Produktion und Absatz der sozialdemokratischen Literatur ist! So ist es erklärlich, daß die sozialdemokratische Literatur so verflacht ist, ja, daß niemand mehr da ist, der *Marx* gegen Angriffe in öffentlichen Versammlungen zu verteidigen weiß. Wenn man auch nicht sagen wird, daß die Marxsche Lehre wissenschaftlich in breiter Öffentlichkeit erledigt wurde (denn sie wird in der breiten Öffentlichkeit überhaupt nicht mehr kritisiert, weil die Bonzen solche Kritik, der sie nicht gewachsen sind, fürchten), so kann man aber doch fast sagen, daß sie ausgestorben ist. Es ist mit Ausnahme von *Korsch* niemand mehr da, der die Marxsche Lehre in der Öffentlichkeit wissenschaftlich vertritt und verteidigt.

Wie man sich von einem Berg nicht dadurch ein Bild macht, daß man ihn besteigt, sondern dadurch, daß man ihn von einem anderen, noch höheren Berg aus

betrachtet, so wird auch das Werk von *Karl Marx* in seiner ganzen Größe am besten gewürdigt werden können, wenn man es zunächst von einem anderen, gegenüber liegenden Standpunkt aus betrachtet.

Der Standpunkt, der die beste Übersicht über die Marxsche Theorie bietet, ist heute die freiwirtschaftliche, physiokratische Literatur. Der Ausgangspunkt dieser Literatur, *Silvio Gesells* Werk: „*Die natürliche Wirtschaftsordnung*, ist in proletarischer Aufmachung heute noch zum Preis von 4 Mark vom Freiland-Freigeldverlag, Berlin C 54, Rosenthaler Straße 40, zu beziehen.

Wissen ist Macht.

Einigkeit ist Macht.

Wissen einigt.

Oft hört man das Wort aus proletarischem Mund: Wir sind hier alle einig. Unsere Bonzen sind uneinig. Dieses Wort zeugt von höchst niedriger Selbsteinschätzung oder von oberflächlicher Betrachtung des Wesens der Einigkeit. Einigkeit verlangt, daß zum mindesten die große Mehrzahl über das Ziel der geplanten Aktionen ein ebenso klares Bild besitzt, wie die Führer der Aktion und daß sie alle überzeugt sind, daß der einzuschlagende Weg zum Ziel führt.

Dieses Bild und diese Überzeugung kann nur Produkt eines Studiums sein. Denn sonst, wie könnte man es verhindern, daß irgendein Außenseiter mit einem neuen Programm auf der Bildfläche erscheint und die Massen stutzig macht und am Tage der Aktion verwirrt, wie das bisher immer so gewesen ist?

Der unwissende Proletarier, der nur glaubt und nichts weiß, das ist der gefährlichste Verräter, der größte Feind des Proletariats, die eigentliche Hochburg des Kapitals.

Die Landwirtschaft, ein Luxus des Deutschen Reiches

Nachdem sich die deutschen Großgrundbesitzer durch die Forderung der Schutzzölle öffentlich bankrott erklärt haben, nachdem diese Leute jetzt behaupten, auch mit Hilfe solcher Staatssubventionen nicht in der Lage zu sein, den Arbeitern einen Lohn zu zahlen, der sie von der Abwanderung nach der Stadt zurückhält, ja der nicht einmal auf die Arbeitslosen verlockend wirkt und mit der Arbeitslosenunterstützung konkurriert, ist der Augenblick gekommen, wo wir die grundsätzliche Frage erörtern sollten, ob wir diesen Großbetrieb überhaupt brauchen, ob es sich für die Kreise, die die Zollsubventionen aufzubringen haben, lohnt, für die Erhaltung dieser Gebilde finanzielle Opfer zu bringen.

In der sogenannten Friedenszeit, als man friedlich von künftigen Kriegen träumte, da begründete *Bismarck* die Notwendigkeit der Kornzölle mit der kommenden Blockade und mit der Notwendigkeit, das Reich in Bezug auf die Kohlrübenversorgung möglichst vom Ausland unabhängig zu machen. Die Begründung hatte für alle, die sich für Massengräber, für Läuse und uniformierte Orgeldreher begeistern, einen Sinn. Daß sich dieser Sinn praktisch als Unsinn erwies, tut hier nichts zur Sache. Heute aber, da wir die Erfahrung gemacht haben, und kein verständiger Mensch noch an einen Krieg glaubt, da fällt die Bismarcksche Begründung von der Notwendigkeit einer leistungsfähigen Landwirtschaft fort. Wir haben nur mehr zu fragen, ob der Freihandel uns nicht billiger und namentlich auch sicherer mit Lebensmitteln versorgen wird als die zollgeschützte Landwirtschaft.

Müssen wir diese Frage bejahen, so ist zu untersuchen, ob sich sonst Nachteile für die Allgemeinheit zeigen würden, wenn wir die bankrotten Großbetriebe ihrem Schicksal überließen.

Es ist nicht schwer, diese beiden Fragen zu beantworten. Es ist eine bereits allgemein bekannte Wahrheit, daß der Weltmarkt, auf dem die Jahreszeiten keine Rolle mehr spielen, und auf dem der Ausfall der Ernten auf den verschiedenen Weltteilen sich zu einem Durchschnitt ausgleicht, der kaum nennenswerte Schwankungen aufweist, während früher, als es noch keinen Weltmarkt für Getreide gab und jedes Land auf die eigenen Ernten angewiesen war, Zeiten des Überflusses ständig mit Zeiten des größten Hungers abwechselten. Ein auf die nationale Produktion von Lebensmitteln angewiesenes Volk erweist sich in bezug auf Sicherheit der Verproviantierung weit schlechter gestellt als ein Volk, das sich ganz auf den Weltmarkt verläßt. Das gilt in Friedenszeiten. Für den Kriegsfall ist zu sagen, daß ein Volk, das absolut vom Frieden abhängig ist, vernünftigerweise eine Politik betreiben wird, die ihm den Frieden und mit ihm die Verproviantierung sichert. Es wäre gewiß nicht zum Kriege gekommen, wenn wir nicht geglaubt hätten, einer Blockade widerstehen zu können. Da die Friedenspolitik auf alle Fälle die vernünftigere ist, so hätte die Abhängigkeit von der Nahrungszufuhr dem ganzen Volk das gleiche Verhalten aufgezwungen, das dem Einzelnen durch die Lebensnotwendigkeiten von der Wiege bis zum Grabe vorgeschrieben wird.

Die gegenseitigen Abhängigkeiten sind wie für friedliches, bürgerliches, so für völkerrechtliches Verhalten die beste Gewähr. Die auf ihren Getreidesäcken sitzenden Agrarier, die vom Krieg keinen persönlichen Hunger und nur die Tilgung ihrer Schulden durch die Inflation erwarteten, die beurteilten ganz selbstverständlich den Mord von Sarajewo anders als die städtischen Proletarier, die nicht für 24 Stunden Lebensmittel im Hause hatten. Die Stärkung und Mehrung der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten der Völker wird sich immer mehr als eine

der besten Friedensgarantien erweisen. Weshalb man dann auch sagen kann, daß auch in politischer Hinsicht die Versorgung eines Volkes mit Nahrungsmitteln um so sicherer sein wird, je mehr es sich dabei auf Frieden und den Weltmarkt stützt, so daß auch hier wieder die Umkehrung der Bismarckschen Politik sich als die bessere erweist.

Die zweite Frage, ob der Freihandel uns die Lebensmittel nicht billiger liefert, braucht kaum beantwortet zu werden, da der Zoll doch den Zweck verfolgt, die Lebensmittel zu verteuern. Der Zoll soll den Grundbesitzern oder ihren Pächtern die Möglichkeit geben, die Lebensmittel zu einem um den Betrag der Zölle erhöhten Preis zu verkaufen. Diese erhöhten Preise setzen sich um in erhöhte Grundrenten oder Pachtgelder und dort, wo der Verkauf des Bodens beabsichtigt ist, kann der Preis des Ackers um den kapitalisierten Betrag der Zölle erhöht werden. Das und nichts anderes wird mit den Zöllen beabsichtigt.

Zeigt es sich so, daß der Zollschatz uns die Verproviantierung nicht sichert, daß er diese im Gegenteil eher gefährdet (weil die gegenseitige Abhängigkeit der Völker und damit, daß die absolute Notwendigkeit des Friedens in dem Maße abnimmt, wie sich die Völker gegenseitig von einander in wirtschaftlicher Hinsicht unabhängig machen) und daß er sie außerdem noch verteuert, so bleibt noch die Frage zu beantworten, was sonst noch geschieht, wenn wir zum Freihandel übergehen und die Grundbesitzer ihrem Schicksal überlassen.

Zweierlei wird geschehen: Manche Grundbesitzer werden ihre finanzielle Lage nachprüfen und finden, daß für sie die Behauptung, die Landwirtschaft bedürfe eines Zollschatzes, nicht zutrifft, daß ihre Lage vielleicht nicht glänzend ist, jedoch immerhin besser als die der Kriegsanleihe- und Sparkassenbücherbesitzer. Und daß sie bei einer bescheideneren Lebensführung die ihnen zugedachten Steuern bezahlen und ihren Betrieb in gewohnter Weise fortführen können. Andere Grundbesitzer wieder werden sich sagen, daß alles Rechnen nichts mehr nützen kann, daß ihr Betrieb mit Steuern überlastet und der Weltmarktkonkurrenz nicht mehr gewachsen ist.

Mit der ersten Möglichkeit brauchen wir uns weiter nicht zu befassen. Die Lebenshaltung der Grundbesitzer interessiert uns nicht mehr als die irgendeines anderen Zeitgenossen. Wenn wir schon in die Töpfe gucken, dann in die Töpfe der Greise und Erwerbslosen, denen der Staat die Sparkassengelder im Interesse einer üppigeren Fürstenabfindung unterschlagen hat. Aber die zweite Möglichkeit hat mancherlei interessante Folgen. Ist der Großbetrieb nicht in der Lage, nach der Fläche berechnet, die gleichen Steuern zu bezahlen, die der Kleinbetrieb zu zahlen hat, so beweist das, daß er keine Lebensberechtigung mehr hat. Es hätte keinen Sinn, vom Großbetrieb weniger Steuern zu erheben als vom Kleinbetrieb, nur um jenen am Leben zu erhalten. Wenn man auch sagen kann, daß es vernünftiger

gewesen wäre, statt den Grundbesitzer durch Schutzzölle in die Lage zu versetzen, Grundsteuern bezahlen zu können, es beim Freihandel zu belassen und dafür von ihnen weniger oder gar keine Steuern zu erheben. Dafür wären dann die Kreise, die jetzt den Schutz der Landwirtschaft finanziell zu tragen haben, um so steuerkräftiger geblieben. Und man hätte den weiten und kostspieligen Umweg, den das Steuergeld heute zurücklegt, sparen können.

Muß man also auch aus steuertechnischen Gründen die Erhaltung der Großbetriebe ablehnen, dann bleibt nur noch die Aufteilung übrig. Die Steuern, die der Großbauer nicht bezahlen kann, die werden nach der Aufteilung die Kleinbauern bezahlen. Selbstverständlich wird der Preis, den der Kleinbauer für die Parzelle bezahlen kann, sich nach den auf dem Boden lastenden Steuern richten; ebenfalls danach, welche Preise die Bodenerzeugnisse nach Abschaffung der Zölle erreichen werden; ferner wie sich die Lohnverhältnisse gestalten werden, wenn, wie zu erwarten, die jetzigen Einwanderungsbeschränkungen der Amerikaner aufgehoben und sich die Löhne in Deutschland automatisch den amerikanischen Löhnen angleichen. Denn jede Erhöhung des Lohnes veranlaßt den Kleinbauer, weniger für den Boden zu bezahlen; denn nur so bleibt das Gleichgewicht zwischen dem allgemeinen Arbeitslohn und dem Arbeitsertrag des Bauern bestehen.

Der Großgrundbesitzer, der sein Gut parzellieren muß, findet somit folgende Marktlage vor: Billige, relativ niedrige Weltmarktpreise für die Bodenerzeugnisse, hohe, durch die Auswanderungsmöglichkeit auf das amerikanische Niveau gehobene Löhne, hohe Grundsteuern für die Kriegs- und Reparationslasten. Drei Faktoren der Grundrente, die in gleicher Richtung wirken, drei Faktoren, die auf die Grundrente drücken. Dazu kommt dann noch der hohe Zinsfuß, der bei der Kapitalisierung der Grundrente auch noch auf den Preis des Bodens drücken wird. Bedenkt man, daß bei einer Aufteilung die Gebäude mit Einschluß des Herrenhauses auf Abbruch verkauft werden müssen, daß auch die Maschinen nur zum Teil noch Verwendung finden können, so wird man zugeben müssen, daß es in Deutschland keines Bolschewismus bedarf, um den Großgrundbesitz gründlicher zu bolschewikieren, als es in Rußland die Similibolschewik getan haben. Man braucht in Deutschland dem Grundbesitz nur den künftigen Schutz zu entziehen (Zölle und Steuererlaß), das übrige besorgt dann die natürliche Entwicklung (Lohnerhöhung) verbunden mit den Kriegs- und Reparationslasten.

Möglich ist es, daß, wenn die Höhe der Grundsteuer, wie es die Gerechtigkeit verlangt, den Grundbesitz in bezug auf Rentabilität dem Besitz von Sparkassengeldern, von mündelsicheren Hypotheken, von Kriegsanleihen angleicht, manche Parzellen der aufgeteilten Rittergüter überhaupt keinen Abnehmer für landwirtschaftliche Zwecke finden werden, und daß dann die Waldkultur allein noch als Verwertungsmöglichkeit übrig bleiben wird. Wäre das für das deutsche Industrie-

volk so sehr beklagenswert? Wäre es so schlimm für die deutschen Städte, für Leipzig z. B. und für Halle, wenn an Stelle der endlosen, nicht immer wohlriechenden Zuckerrübenfelder Wald- und Parkanlagen treten würden, in denen die Proletarier sich erholen könnten, so daß sie es nicht mehr nötig hätten, im Winter nach Nizza und Ägypten, im Sommer nach Norwegen zu fahren? Wäre das so schlimm, wenn wir an Stelle der Gutsknechte mit ihrer verkümmerten Seele freie, flinke Hirsche antreffen würden?

Für die finanziellen Aufgaben, die der Friedensvertrag dem deutschen Volke aufgebürdet hat, brauchen wir eine leistungsfähige Industrie, und zu der leistungsfähigen Industrie brauchen wir in erster Linie eine gut entlohnte, in guten hygienischen und Ernährungsverhältnissen lebende Arbeiterschaft. Mit dem kümmerlichen Lohn, den die Landwirtschaft bezahlen kann, können die Milliarden für die Reparationen nicht bezahlt werden. Ein Landarbeiter mit einem Tagelohn von 2 oder 3 Mark kann unmöglich davon allein für die Reparationen 1 Mark täglich abtreten. Dagegen wird es der Industrie nicht schwer fallen, wenn einmal der Vollbetrieb erreicht ist, diese Leistung zu tragen. Wenn daher die Aufteilung der Rittergüter und die mögliche Aufforstung größerer Flächen einen Teil der Landarbeiter an die Städte abstoßen wird, so wird das weder für die davon „betroffenen“ Knechte zu beklagen sein, noch für die Industriebevölkerung, für die das Gewicht der Reparationslasten mit der Stärke der Industrie und der Zahl der Industriearbeiter pro Kopf abnimmt.

Aber auch vom politischen Standpunkt wäre eine solche Entwicklung zu begrüßen. Die Öffnung unserer Grenzen für alle die, die uns mit guten und billigen Waren beglücken wollen, würde der auswärtigen Politik der deutschen Republik viele Schwierigkeiten aus dem Wege räumen und uns gestatten, die Reichswehr entsprechend abzubauen. Brauchen wir politisch heute 100 000 Mann Reichswehr, so dürften nach Beseitigung der Zollgrenzen 1000 Mann für unsere auswärtige Politik genügen. Und im Hinblick auf die innere Politik dürfte ein gleicher Abbau der Reichswehr in Frage kommen, sobald wir die Brutherde der Reaktion, die Rittergüter, ihrem Schicksal überlassen. Künstlich auf Kosten der Industriebevölkerung den Großgrundbesitz durch Zölle schützen, heißt praktisch die Reaktion auf Kosten der Republik schützen, so daß eigentlich der Reichstag, der die Rittergutsschutzzölle bewilligte, unter das Gesetz zum Schutze der Republik fällt. Und wenn an Stelle der moralisch völlig versumpften Gutsknechte freie Bauern, selbständige Wirtschaftler treten, dann schaffen wir an der Seite der industriellen noch eine ländliche Schutzgarde für die Republik.

Und wenn dann noch das Reich verfassungsmäßig vorgeht und die sich auflösenden Rittergüter für das Reich erwirbt, sie parzelliert und die Parzellen, statt sie an

die Bauern zu verkaufen, sie diesen in Pacht gibt, dann werden wir als Physiokraten darin einen nicht unbeträchtlichen Fortschritt erblicken.

So sehen wir hier in der natürlichen Entwicklung der Dinge, in der Ablehnung der Staatshilfe und Schutzzölle eine ganze Reihe von Vorteilen. Das Wohl der Landbevölkerung, die Sicherung der Republik, der Völkerfrieden, die Stärkung der Industrie und ihre Tragfähigkeit für die Reparationslasten, die soziale Entwicklung in der Richtung des allgemeinen Bürgerfriedens, die Gerechtigkeit, d. h. die Gleichstellung der Sachwertbesitzer mit den Besitzern der Kriegsanleihen, die billige und sichere Versorgung des Volkes mit den nötigen Lebensmitteln, alles fordert, daß wir den Großgrundbesitz seinem Schicksal überlassen. Es ist gar nicht nötig, daß wir nach dem Grundsatz verfahren: was wankt, das stoße man, damit es stürze. Nur das eine fordern wir:

Der Staat soll es unterlassen, seine schmutzigen Hände in die Taschen der Proletarier zu senken, um mit Schutzzöllen die Sanierungskosten des Großgrundbesitzes zu bezahlen.

Die glänzenden Erfolge der staatlichen Erziehung des deutschen Volkes

Das deutsche Volk, so wie es heute dasteht, ist in der Staatskirche, Staatsschule, Staatsuniversität – lauter Vorschulen der Kaserne – dressiert worden. Alles, was wir heute an diesem deutschen Volk bewundern können, muß als ein Erzeugnis der staatlichen Erziehungskunst angesprochen werden. Und zu bewundern finden wir gar Vieles. Die Unterwürfigkeit gegenüber den Vorgesetzten, das entsprechend barsche Benehmen gegenüber den Untergebenen, der Kadavergehorsam, die Disziplin, der Korpsgeist, der Parteigeist, die Standesehre, die erstaunliche Einseitigkeit und Phantasielosigkeit (Produkt der einheitlichen Schule), die Lasterhaftigkeit, die aus der Phantasielosigkeit erwächst, die erschreckende Bedürfnislosigkeit in wissenschaftlicher Beziehung, der hierzu gehörende Autoritätsglaube, der Mangel an Individualität, die Heuchelei, die ungeheure Feigheit des Individuums, über die schon *Bismarck* klagte und die nur durch den Heldenmut übertroffen wird, womit wir stets von den Spitzen unserer Behörden auf die phänomenalen Erfolge der militärischen Erziehung hingewiesen werden. (Das hier Gesagte gilt natürlich für alle Völker, die den Staatskultus betreiben.)

In welche Gefahr ein Volk geraten kann, wenn es systematisch zur Heuchelei, Ehrlosigkeit, Feigheit, mit anderen Worten zum Autoritätsglauben erzogen wird, das hat

uns die Katastrophe von 1914 und die Inflation gezeigt. Von den 100 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die bis dahin die Internationale verherrlicht hatten, mußte nur *Karl Liebknecht*, von den 10 Millionen Mann, die ausgehoben und in den sicheren Tod getrieben wurden, wagte nicht einer die Frage zu stellen, welchen Sinn dieser Krieg denn habe, und kaum ein paar Dutzend von den 10 000 000 Mann wagten es, getreu ihrer christlichen Einstellung, dem Hauptmann die Mordwerkzeuge vor die Füße zu werfen. Zehn Millionen Mann waren in den Staatskirchen von Staatspfaffen in die Lehre des Christentums eingeweiht worden, 10 Millionen Mann nannten sich öffentlich Christen, bezahlten sogar dafür, 10 Millionen Mann gaben 1914 zu erkennen, daß sie ihr Leben lang geheuchelt hatten. Ehrlos, feig, gemein.

Zu einem albanesischen Regiment, das von einem preußischen Hauptmann dressiert werden sollte und aus lauter Analphabeten bestand, schlug einer aus der Reihe den Hauptmann, der ihn etwas unsanft berührt hatte, gleich vor versammelter Mannschaft nieder. Wenn wir in unseren 3000 Regimenten nur je einen solchen Kerl gehabt hätten, der Krieg wäre an der Empörung der Regimenter gleich von Anfang an zusammengebrochen.

Das deutsche Volk ist in die unsägliche Schmach gestürzt worden, weil die staatliche Erziehung den Typus des *Arnold von Winkelried* und von *Rosa Luxemburg* ausrottet hat, statt ihn zu fördern. Es wird wohl kaum jemand in der Welt behaupten, daß das deutsche Volk unfähig sei, diesen Typus in der für die Sicherheit des Volkes nötigen Anzahl zu zeugen und zu gebären. Daran liegt es gewiß nicht. Aber die, die geboren werden, werden frühzeitig gekrümmt, nach dem Grundsatz: „Was ein Häkchen werden soll, krümme man beizeiten.“ Und die wenigen, die dann solchen pädagogischen Kunststücken entgehen, wandern als Anarchisten ins Gefängnis oder fliehen, angeekelt, ins Ausland. Und wenn es dann, wie 1914, zum Klappen kommt, dann folgt das Volk blindlings irgend welchem Narren, den die Gnade Gottes an die Spitze gestellt hat. Zwei Millionen Tote allein in Deutschland, 4 Millionen Verwundete, 132 Milliarden Goldmark an Reparationen, Zertrümmerung des wirtschaftlichen Apparates, allgemeine Verarmung, das sind die Erfolge der staatlichen Erziehungskunst, die das Individuum ertötet und nichts anderes übrig läßt als Masse, Masse im Reichstag, Masse im Beamtenapparat, Masse bei den Richtern, Masse bei den Wissenschaftlern, Künstlern, Lehrern, Pfaffen, Masse, Masse.

„An den Früchten werdet ihr sie erkennen!“ Wie war es mit der Inflation? Hier treten die glänzenden Erfolge des staatlichen Bildungsmonopols ins volle Sonnenlicht. War es im Heerwesen individuelle Feigheit, die uns ins Unglück stürzte, so handelt es sich hier direkt um Massenblödsinn, Stumpfsinn, unglaubliche Gefühlsrohheit, Gedankenlosigkeit, Hilflosigkeit. Wie eine Herde Schafe, der der Wolf den Leithammel gewürgt hat, und die nun nicht mehr den Weg zum Stall findet, so benahm sich das auf den Staatsinstituten dressierte deutsche Volk. Jeder

sah, daß die deutsche Währung von Narren geführt wurde, und wer es nicht sah, der spürte es wenigstens. Und trotzdem duldeten das Volk zehn volle Jahre die Luderwirtschaft, ließ sich die Spargelder eskamotieren und unterwarf sich ohne zu murren, den blödsinnigen wirtschaftlichen Verordnungen. (Wer kein Gedächtnis für diese Dinge hat, der blättere ein wenig in den Preis-Verordnungen, der überlege einen Augenblick, was es bedeutet, wenn diese Verordnungen den Kaufleuten untersagen, den Wiederbeschaffungspreis zu fordern!) Alle erwarten von „Oben“ die Rettungsaktion. Der Autoritätsglaube saß so tief verankert, daß jeder ausgelacht wurde, der es versuchte, dem Volk Verständnis für die Währungsfrage beizubringen. Dafür seien ja die Herren Professoren an den Universitäten da! Wenn diese schwiegen, so sei dies der beste Beweis, daß alles in Ordnung sei in der Verwaltung unseres Geldwesens. Der Bürgersmann, der Arbeiter, der Demokrat, der Sozialdemokrat sei da für die Arbeit. Man könne von ihm nicht verlangen, daß er es besser wisse als die von ihm bestellten und bezahlten Behörden.

Unausrottbarer Autoritätsglaube. Noch heute erwartet das Volk alles Heil von der „Regierung“. Es lehnt es glatt ab, durch Studium der öffentlichen Angelegenheiten eine Kontrolle über die öffentlichen Angelegenheiten auszuüben. *Schacht* z. B. macht, was er will. Er treibt Tausende und Tausende von Kaufleuten in den Bankrott, er liefert bewußt zwei Millionen Mann dem Elend der Arbeitslosigkeit aus, er läßt das Volk völlig im Unklaren über seine künftige Politik. Macht nichts. Man gehorcht, keiner mußt. Wie auf dem Kasernenhof. Die staatlichen Erziehungsanstalten haben dafür gesorgt, daß niemand mußt. Wenn diesen Anstalten als Ideal der Erziehung der Bürger mit beschränktem Untertanenverstand vorschwebte, dann wahrhaftig, hat man dort mit bewundernswertem Erfolg gearbeitet. Ausrottung des kritischen Sinnes, Ausrottung des Wissenstriebes, des Dranges nach Erkenntnis, des Bedürfnisses nach wissenschaftlicher Klarheit. Es gab eine Zeit, wo die Bürger evangelischer Konfession den Katholiken vorwarfen, daß sie den Verstand durch das Gemüt ersetzten. Wenn es aber einen Unterschied hier gibt, so ist er gewiß nicht auf dem hier erwähnten Gebiet zu finden.

„An den Früchten werdet ihr sie erkennen.“ Eben sprachen wir vom Untertanenverstand. – Wie steht es mit dem Untertanengemüt? Auch hier wieder zeigte uns die Inflation, wie wenig die staatlichen Institute davon übrig gelassen haben. Das deutsche Volk weiß, wie es mit denen steht, die dem Staat das für ihr Alter, für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit mit oft unsäglicher Mühe gesparte Geld anvertraut hatten. Man weiß es, denn man liest es alle Tage in den Zeitungen, daß die Greise, die Witwen, die Kranken aus Not sich erhängen und vergiften. Tatenlos, wohl nur wegen absoluter Gefühllosigkeit schaut das Volk diesen Ereignissen zu. Und während hier das schreckliche Elend herrscht, ist der Reichstag gewillt, den Fürsten riesige Vermögen in den Rachen zu werfen, und von den 40 Millionen Wählern, die

zum Volksbegehre aufgerufen wurden, fanden sich nur 12 Millionen, also knapp ein Drittel, bereit, die dreisten, rohen, gefühllosen Forderungen der Fürsten zurückzuweisen. Zwölf von 40 Millionen, von je drei nur einer!! Kann man sich eine größere Roheit vorstellen?

Von je drei Mann sind in Deutschland zwei Mann bereit, zuzusehen, wie die Greise, denen die Fürsten und ihre Lakaien den Sparschatz unterschlugen, aus Not sich erhängen, während den fahnenflüchtigen Fürsten das Geld zur Bestreitung protzenhaften Luxus' ausgehändigt wird!

Das sind wahrhaftig glänzende Erfolge staatlicher Erziehungskunst. „Staat, du stinkendes Ungeheuer, gehe mir aus dem Wege.“

Die Aussichten der kommunistischen und der physiokratischen Revolution in Deutschland

Wenn es sich um ein Agrarvolk handelt, das sich empört, wie in Rußland oder wie noch in Frankreich zur Zeit der großen Revolution, dann mag es gehen. Es genügt dann meistens die Vertreibung der schmarotzenden Schicht, das Niederbrennen der Burgen und Herrenhäuser, die Enteignung der Fürsten oder der Kirche. Der wirtschaftliche Apparat der Landwirtschaft ist so einfacher Natur, die wirtschaftliche Tätigkeit der Schmarotzer so gering, daß man deren Verschwinden im Betrieb nicht merkt. Der Erfolg solcher Revolution ist dann reine Machtfrage. Aus diesem Grunde kann man auch der russischen Revolution, die zu 90 Prozent eine Agrarrevolution ist, dauernden Erfolg prophezeien, solange die Macht in den Händen der revolutionären Partei bleibt. Daß die übrigen 10 Prozent, die Industrie, wieder der kapitalistischen Ordnung verfielen, wird kaum den Erfolg der 90 Prozent gefährden können. Die Kühe melken, die Schafe setzen Wolle an, das Saatkorn sprießt, während draußen die revolutionären Bauern für ihre Befreiung kämpfen. So war es in Frankreich, so ist es jetzt auch wieder in Russland! Je rückständiger ein Volk in bezug auf Arbeitsteilung, Industrie und Handel ist, um so einfacher ist eine Revolution, um so sicherer ihr Erfolg, denn um so weniger Eingriffe der revolutionären Behörden sind nötig zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft. Wenn es sich in Rußland umgekehrt verhalten würde, wenn dort 90 Prozent der Bevölkerung von der Industrie ihren Lebensunterhalt bezögen, wie sähe es dann aus mit der russischen Revolution?

Oft wird gesagt: das deutsche Volk sei „noch nicht reif für die Revolution“. Man müßte sagen: Deutschland war einmal reif (Bauernkrieg), jetzt ist es nicht mehr reif. Wir haben uns mit der stark entwickelten Arbeitsteilung und dem dazu gehö-

gen Welthandel immer mehr von jenem Reifezustand entfernt. Dieser Reifezustand ist im Urzustand, nicht am entgegengesetzten Ende zu suchen. Je entwickelter die menschliche Gesellschaft, um so unreifer wird sie für die Revolution. Die Revolution in einem Industrie- und Handelsvolk, das nicht vom Ertrag des eigenen Bodens lebt, sondern sich auf dem Wege des Handels die Lebensmittel aus allen Teilen der Welt beschaffen muß und die Rohstoffe der ganzen Welt für die Herstellung der zur Zahlung dieser Lebensmittel nötigen Tauschwaren braucht, ist mit der Revolution eines Agrarvolkes (Rußland) gar nicht zu vergleichen. Die Schafe eines Industrievolkes (Maschinen) setzen in der Revolution statt Wolle Rost an. Der Wirtschaftsapparat eines Agrarvolkes ist in der Hauptsache unzerstörbar. Der Wirtschaftsapparat eines Industrievolkes verfällt in der Revolution in kürzester Frist. Und werden die Maschinen auch sorgsam behandelt, so verfallen sie dennoch in der Untätigkeit der Verschrottung, weil sie veralten und der Weltmarktordnung nicht mehr gewachsen sind. Dieser Umstand allein genügt, um uns aufhorchen zu lassen, wenn von einer Übertragung der russischen Erfahrungen auf die deutschen Verhältnisse die Rede ist. Für uns ist die russische Revolution nur in der allerdings sehr wichtigen Frage der Machtorganisation interessant und lehrreich. In wirtschaftlicher Hinsicht, von der Agrarfrage abgesehen, sagt sie uns nichts oder bestätigt nur unsere pessimistischen Voraussagen. Wenn wir nach russischem Rezept revolutioniert hätten, dann hätte die Revolution vollendet, was der Krieg in unserem Wirtschaftsapparat begonnen hatte. Wir wären alle verhungert oder hätten bei den Reaktionen der ganzen Welt betteln müssen, wie das der Reichskanzler *Wirth* bereits ohne Revolution glaubte tun zu müssen. Bis heute hat es noch keine Revolution eines Industrievolkes gegeben, obschon der Trieb zur Revolution nirgends so groß ist, wie gerade im Industrieproletariat. Wer die Schwierigkeiten, die hier zu überwinden sind, richtig einschätzt, wird einsehen, daß eine Revolution im gewöhnlichen Sinne des Wortes (Besitzergreifung der politischen Macht, Enteignung aller Produktionsmittelbesitzer, Sozialisierung der Produktion) auf gewaltige Hemmungen stoßen muß. Es ist hier zu beachten, daß die gegen die bestehende Ordnung sich erhebenden Massen ungeduldig auf die Besserung ihrer Lage harren und daß sie diese Besserung allein von den Anordnungen der Behörden, nicht von ihrer eigenen Tätigkeit erwarten. Und um so ungeduldiger sind die Massen, je weniger Einblick sie in die wirtschaftlichen Zusammenhänge haben. Folgt die Besserung der Lage nicht bald der Erhebung, so müssen die revolutionären Führer damit rechnen, daß sie gestürzt und durch andere ersetzt werden, die mehr versprechen, aber ebensowenig werden halten können. Das, was durch eine „Verteilung“ des vorhandenen Gutes für die Massen getan werden kann, ist für die Katz. Wenn der Produktionsapparat nicht vom ersten Tag an in Vollbetrieb erhalten oder gesetzt werden kann, wenn der Handel mit dem Ausland nicht reibungslos sich

abwickelt (man beachte, daß die 100 000 sprach- und fachkundigen Agenten, Reisenden, Vertreter der deutschen Industrie im Ausland als Reaktionäre und Verräter der kommunistischen Revolution abgesetzt und durch völlig fachunkundige Parteimänner ersetzt würden), so wird statt einer Besserung der Lage der revolutionären Massen eine Verschlimmerung eintreten. Kredit wird das revolutionäre deutsche Volk im Ausland gewiß nicht haben, auf alle Fälle nur unter Bedingungen, die nur unter Wiederherstellung des kapitalistischen Betriebes eingehalten werden können, wie das heute in Rußland so hübsch zutage tritt. Die Besserung der Lage eines Landvolkes tritt mit dem Tage ein, wo die Schmarotzer vertrieben werden, genau wie bei einem von Flöhen ausgebeuteten Hund die Besserung unmittelbar nach dem Seifenbad eintritt. Der Speck der Schweine, die Eier der Hühner, die Butter der Kühe werden nicht mehr für Rechnung der Grundbesitzer zur Stadt geschickt, sondern an Ort und Stelle von den befreiten Knechten in gewaltigen Speckorgien verzehrt. (Das war auch der Grund, warum in Rußland nach der Revolution die Städte so schlecht verproviantiert wurden.)

Wie will man aber die Lage eines Industrievolkes unmittelbar bessern? Die Vertreibung der Schmarotzer nützt hier unmittelbar so gut wie nichts, weil das, was die Herren an Gütern verbrauchten, für das Proletariat zum allergrößten Teil völlig wertlos ist (in einem „herrschaftlichen“ Haushalt gehen vielleicht nicht ein Viertel Prozent der Ausgaben durch die Küche). Nur durch eine zeitraubende Umstellung der Industrie und des Handels können die zur Besserung der Lage der Massen nötigen Mengen, ungeheuren Mengen an Lebensmitteln herbeigeschafft werden. Wer liefert z. B. die für die Beseitigung der Wohnungsnot, von der der Hauptantrieb zur Revolution kommt, nötigen Wohnräume? Wer beschafft die für die bessere Kleidung nötige Wolle? Und soll der Tisch der Arbeitermillionen besser gedeckt werden, so müssen aus Argentinien, aus Australien und Indien mehr Produkte eingeführt werden, und für diesen neuen Markt müssen sich die Inder und Australier zuvor einrichten. Daß von dorthier das Mehr eingeführt werden kann, ist zweifellos richtig, aber nicht plötzlich, nicht mit der Schnelligkeit, die die Ungeduld der revolutionären Massen fordert. Waldboden muß ausgerodet, Bahnen, Schiffe, Häfen müssen gebaut werden. (Für die Bezahlung dieses Mehr würde das bisherige Einkommen der vertriebenen Schmarotzer herangezogen werden, wobei anfänglich wenigstens nicht unbedeutende Valutaschwierigkeiten sich bemerkbar machen würden.) Zeit und Geduld sind also zur Besserung der Lage der revolutionären Massen ebenso nötig wie für das Reifen der Staaten. Der Besserungsprozeß für die Lage der Massen ist nur als Entwicklungsprozeß vorstellbar. Wer Einsicht hat in die Natur dieser Dinge, wird auch die hier nötige Geduld aufbringen. Wer aber liefert den Massen diese hier nötige Einsicht, wenn, wie die Erfahrung lehrt, die Massen sich einem geordneten Denkprozeß zugunsten billiger revolutionärer „Begeiste-

„rung“ zu verschließen pflegen, sei es aus Faulheit, sei es, weil es dazu nicht langt. Geduld aber und Revolution widersprechen sich.

Die Revolution eines Industrie- und Handelsvolkes, wenn die allerprimitivsten Vorbedingungen für ihren Erfolg erfüllt sein sollen, muß somit ganz bestimmt andere als die bisher vorgeschlagenen Wege gehen. Diese neuen Wege geht die physiokratische Revolution. Sie bietet die Gewähr, daß sie das revolutionäre Schäfchen ins Trockene bringen wird. Die physiokratische Revolution bietet zwar nicht das prächtige Bild eines Gewitters, eines Orkans. Man sieht keine Blitze krachend in Mammons Burg fallen, keine fetten, gefräßigen, faulen Bonzen arbeiten hier „bis tief in die Nacht“ am Aufbau der neuen Gesellschaft. Das Volk wartet hier nicht auf neue Parolen und Befehle. Sobald die Machtfrage gelöst ist, geht hier alles von selbst, lautlos wie im Frühling das Knospen an den Bäumen. Und dennoch sieht man die Früchte wachsen und wandelt man bald im Schatten.

In der physiokratischen Revolution, sobald einmal unsere Hauptforderungen – Freiland und Freigeld – erfüllt sind, brauchen wir keine Bonzen, keine Parlamentarier, keine Regierung, keine Behörden, keine staatlichen Eingriffe in die Wirtschaftsordnung, keine Konferenzen, keine Rüstung und keine Abrüstung, keine schlechten und keine überragenden Staatsmänner, keine Politik und keine Politiker, keine Scheidemänner und keine Noskes. All dieses Strebertum hat in der Physiokratischen Ordnung keine Verwendung, keinen Platz mehr. Am Tage, wo die Physiokratische Ordnung verkündet wird, geht jeder still an seine Arbeit. Und nur das wird man bemerken, daß das Surren der Räder einen Ton schärfer sein wird, daß eifriger gepflügt, gesägt, gerodet, gefeilt und geschaufelt wird, und zwar unter Heranziehung der Arbeitslosenbataillone, die sich halb, restlos und auf Nimmerwiedersehen auflösen werden. Die Physiokratische Ordnung wird nicht geschaffen, sie ist nicht das Werk der Behörden. Die Arbeit der Revolution ist hier ein Niederreißen von Hemmungen, kein Aufbau, kein neuer Plan, keine Planwirtschaft. Nichts von alledem. Die physiokratische Revolution verlegt das Schwergewicht von den Behörden auf das ganze Volk und von diesem Volk verlangt der Erfolg der Revolution nichts, was es nicht leisten könnte, nämlich die Arbeit, die Berufsarbeit eines jeden, wobei wir noch erwähnen wollen, daß diese Arbeit nicht etwa als Opfer im Interesse der Allgemeinheit, der Menschheit, des Vaterlandes, des Proletariats geleistet werden soll, sondern im persönlichen Interesse eines jeden. Viel und voll bezahlte Arbeit, das ist die einzige Forderung, die der sichere und schnelle Erfolg der physiokratischen Revolution stellt. Wenn am Tage der Revolution es überall heißen wird: Zur Feier der Revolution wollen wir mit verdoppeltem Fleiß und Überstunden schaffen, dann wird auch der Beweis erbracht sein, daß die Massen den Sinn dieser letzten aller Revolutionen begriffen haben, und daß der Erfolg gesichert ist.

Die kommunistische Seele auf die Probe gestellt

Die Sozialisten aller Schattierungen und Benennungen bauen durchweg sehr hoch auf einem vorausgesetzten sogen., altruistischen, klassenbewußten, opferfreudigen Geist, der die psychologische Grundlage für den Zukunftsstaat abgeben soll. Es gibt Sozialisten, die glauben, Spuren dieses besonderen Geistes bereits jetzt im Leben des Proletariats festgestellt zu haben. In Rußland arbeitet man mit Überzeugung an der Ausbildung, Förderung dieses besonderen Geistes. Man spricht dort von einer Massenseele, von einer Massenkultur. Und was dort Masse heißt, bezeichnet sich in Deutschland mit Proletariat, obschon die Bürger eines bolschewistischen Staates eigentlich nicht mehr mit dem Proletariat eines kapitalistischen Staates zu vergleichen sein sollten, wenn es wahr ist, daß die ökonomischen Bedingungen ausschlaggebend für die geistige Haltung sind. Oder ändert sich im Leben des Proletariats nichts mit dem Übergang zum Bolschewismus?

Daß man auf dem Wege der Erziehung künstlich eine solche „Seele“ züchten kann, steht außer Frage, daß aber solches Zuchtprodukt, weil nicht echt, nicht angeboren, dem Zerfall ausgesetzt ist, das dürfte ebenso unzweifelhaft wahr sein. Einen Jagdhund kann man soweit dressieren, daß er die Beute dem Jäger im Maul zuträgt. Aber die Jungen dieses Hundes werden immer wieder dem Naturtrieb folgen. Diese Massenseele konnte man 1914 feststellen. Wie wenig echt sie war, konnte aber jeder bald genug an der Front und hinter der Front beobachten. Sie zerfiel ebenso schnell, wie sie entstanden war. Den Klassengeist, die Massenseele kann man für kurze Aktionen, für eine Revolte, eine Mobilmachung wohl schaffen und ausnützen. Wo es sich aber um mehr handelt als um eine Revolte, wo man den Massengeist, die Massenseele braucht, um eine Revolution bis zum Ziele durchzuhalten, da gehört schon mehr dazu als eine aufgepeitschte Menschenseele. Namentlich wenn dieses Revolutionsziel eine Umgestaltung des Gesellschaftslebens erfordert in dem Umfang, wie sie der Kommunismus erstrebt. Wer noch darüber im Zweifel sein sollte, der betrachte die heutige Christenheit, die seit 2000 Jahren aufgepeitscht wird, und die es trotzdem zu nichts anderem gebracht hat als zur Heuchelei (siehe das Weltkriegsgemetzel).

Die Kommunisten sollten der Erforschung der „Massenseele“ wirklich mehr Aufmerksamkeit widmen, als es geschieht; denn schließlich, wenn die kommunistische Seele nicht echt ist, wenn der Zukunftsstaat etwa auf einem Hirnspinne aufgebaut werden sollte, wenn die Erfahrung zeigen sollte, daß die Massenseele nur bei außergewöhnlichen Ereignissen in Erscheinung tritt, bei Erdbeben, Überschwemmungen, kriegerischen Überfällen, Seuchen, kurz bei Ereignissen von

kurzer Dauer, daß diese Seele aber im täglichen Leben, bei den täglichen kleinen und winzigen Sorgen bald in Klatsch, Schikanen, Neid, Mißgunst, Prozessen und Streit, kurz in ihre echten psychologischen Bestandteile zerfällt, so brauchte man das Experiment nicht zum 100 sten Male zu wiederholen. Und man ersparte dem Volk die Leiden eines Mißerfolges und seinen besten Führern das Aushauchen der Massenseele am Galgen.

Die Kommunisten, die der Machtfrage achtunggebietende Aufmerksamkeit schenken und das deutsche Volk vor dem so verderblichen Putschismus schützen, sollten, solchem Verantwortungsgefühl treu, nun auch das Ziel der Revolte ebenso scharf im Auge behalten, damit das, was durch die Revolte erzielt wird, nicht wieder durch die Revolution verloren geht. Denn die Revolte erhält für alle nur dann einen Sinn, wenn die Revolution in Sicherheit gebracht werden kann. Diese Sicherheit aber, die fehlt, wenn die psychologischen Grundlagen des Zukunftsstaates sich als unecht erweisen sollten.

Wir haben den Kommunisten in unzähligen öffentlichen Versammlungen den Rat gegeben, die kommunistische Volksseele auf die Probe zu stellen, ehe man dazu übergeht, auf solcher vorausgesetzten, niemals auf ernste Probe gestellten Massenseele, die vielleicht trügerischer Art ist, die Grundmauern ihres Zukunftsstaates zu errichten. Ist diese kommunistische Massenseele echt, ist sie der Ausdruck natürlicher, spontan sich äußernder Herzensgüte, grenzenloser Opferfreudigkeit, niemals sich erschöpfender Geduld gegenüber den Schwächen der anderen, erweist sie sich überall und zu allen Zeiten existent, dann braucht man keine Mißerfolge zu befürchten, namentlich auch dann, wenn die genannten Eigenschaften im Verkehr nicht nur mit den eigenen Volksgenossen, sondern im Verkehr mit den Menschen aller Rassen, aller Kulturstufen, einschließlich der Gorillas, zutage treten. Ist die kommunistische Seele echt, dann hat es keine Not, dann wird der Kommunismus wie ein Stehaufmännchen allen Noskiten widerstehen. Handelt es sich aber mit der Massenseele nur um eine Suggestion, um ein von Behörden gezüchtetes Produkt, dann lohnt es sich nicht, die Revolte zu organisieren, denn der Zerfall wird nicht zu vermeiden sein.

Nun ist es aber eine sehr einfache Sache, die kommunistische Seele auf die Probe zu stellen und ohne Kosten und Gefahren irgendwelcher Art Experimente zu veranstalten. Man braucht den Kommunisten nur die Frage zu stellen, wie wir das in unzähligen Fällen getan haben, ob sie bereit sind, in den Betrieben, wo sie als Proletarier arbeiten, den Lohnkommunismus einzuführen. Niemand hat ein Interesse daran, die Kommunisten in solcher Aktion zu stören. Der Unternehmer nicht, der Kapitalist nicht, der Staat auch nicht. Auch praktische Schwierigkeiten irgendwelcher Art gibt es da nicht zu überwinden. Man wirft am Lohntage die von jedem einzelnen Genossen verdienten Löhne in einen Sack und aus diesem Sack wird die

Verteilung nach kommunistischen Grundsätzen vorgenommen, entweder zu gleichen Teilen oder nach Bedarf, ganz wie die Kameraden das unter sich abmachen. Sind die Kommunisten damit einverstanden und zeigt es sich, daß die Mehrzahl im Stücklohn mit verdoppeltem Eifer arbeiten, weil sie einen Stolz darin sehen, einen möglichst hohen Beitrag zum gemeinsamen Arbeitsertrag zu zahlen, dann, dann ist der praktische Beweis erbracht, daß es etwas gibt wie kommunistischen Geist, daß der Kommunismus echt und unzerstörbar ist. Und namentlich dann würde sich der kommunistische Geist als echt erweisen, wenn es unserer Aufforderung zu solchem Experiment nicht bedürfte, wenn die Arbeiter ganz von selbst, getrieben durch ihren kommunistischen Geist, solchen Lohnkommunismus eingeführten.

Aber die kommunistische Seele existiert nicht oder nur in verschwindend seltenen Exemplaren. Die, deren Lohn unter dem Durchschnitt steht, die also mit dem Lohnkommunismus profitieren würden, die sind dafür. Die anderen, die zugunsten ihrer Kameraden Opfer bringen sollen, die sind dagegen, alle, überall, immer. Die Bonzen in erster Reihe. Wer das nicht glauben kann, wer es für unmöglich hält, daß der Kommunismus in solcher primären kommunistischen Forderung bereits so jämmerlich versagt, der mag ja das Experiment wiederholen. Jede kommunistische Versammlung bietet ihm dazu Gelegenheit. Der kommunistische Geist ist nur echt dort, wo es sich um die Verteilung der Habe der Kapitalisten handelt, um das Eigentum anderer. Dem eigenen Haben gegenüber versagt er schmachvoll. Man kann sogar sagen, daß dieser kommunistische Geist bei den Kapitalisten weniger selten anzutreffen ist als bei den Proletariern.

Das in Rede stehende Experiment ist um so vielsagender, als es sich meistens um Leute handelt, die sich mehr oder weniger genau kennen, die die persönlichen Verhältnisse eines jeden überschauen, die oft verwandt, verschwägert, befreundet sind. Wenn es hier schon versagt, wie könnte sich der kommunistische Geist gegenüber der Gesamtheit, gegenüber völlig fremden, abwesenden Personen oder gar gegenüber fremden Völkern bewähren? Wie lächerlich erscheint der Ruf: „Proletarier aller Länder, seid einig, einig“, wenn die Proletarier ein und desselben Werkes sich nicht einmal in einer so überaus einfachen und übersichtlichen Sache einigen können, wie es der Lohnkommunismus doch ist, wo jeder kontrollieren kann, ob das Geld nicht von den Bonzen gestohlen und barattiert wird.

Ich weiß, daß man mich hier auf proletarische Aktionen hinweisen wird, die dem hier Gesagten zu widersprechen scheinen. Da sind die Solidaritätserklärungen bei den Streikaktionen, die Unterstützung aus den Barmitteln der Gewerkschaften, die man anderen Gewerkschaften, sogar ausländischen, hat zuteil werden lassen. Aber was sagen diese Aktionen? Sind es Aktionen des einzelnen Individuums, entspringen sie den Wünschen des einzelnen Menschen? Würden sie auch dann noch zustande kommen, wenn geheime Abstimmungen sie regelten? Diese Frage aber

müssen wir auf Grund unserer Erfahrungen mit dem Lohnkommunismus glatt verneinen. Es sind die Beamten der Gewerkschaften, die aus politischen Gründen die Solidaritätserklärungen abgeben und die Aktionen mit dem Geld der anderen, ohne in die eigene Tasche greifen zu müssen, finanzieren. Solche kommunistische Handlungen aber beweisen nicht das allergeringste für das Dasein einer kommunistischen Seele. Solange der kommunistische Geist nicht das ganze Leben des Menschen erfaßt und beherrscht, ähnlich wie der Christusgeist das Leben des heiligen *Franz zu Assisi* mit Beschlag belegt hatte, solange es sich nur um Behördenkommunismus handelt, kann man zwar von einem kommunistischen Staat, aber nicht von einem kommunistischen Volk reden. Ein kommunistischer Staat aber ohne kommunistisch beseeltes Volk kann nicht von Bestand sein. Es wird dann so zugehen wie in der christlichen Kirche, wo im Weltkrieg die Pfaffen der beiden Parteien sich mit dem Kruzifix gegenseitig die hohlen Schädel einschlugen. Der Kommunismus müßte, wenn er Bestand haben soll, nicht von den Behörden dem Volk gepredigt werden, sondern umgekehrt vom Volk den Behörden. Solange das Volk nicht spontan den Lohnkommunismus fordert und solange nicht die tüchtigen Arbeiter, die die höchsten Löhne verdienen, in erster Linie nach dem Lohnkommunismus rufen, liefern sie selbst vor aller Welt den Beweis, daß der Kommunismus nichts ist als ein christliches Edelreis, das einem Krokodil aufgepfropft werden soll.

Die Verherrlichung des Proletariats

Vorbemerkung: Wir Physiokraten dürfen uns eine Sprache, wie sie hier gegenüber dem Proletariat geführt wird, wohl erlauben, weil wir zwar das Proletariat zum Umsturz, es aber nicht als Grundlage der erstrebten physiokratischen Gesellschaft brauchen. Wir brauchen die Proletarisierung der Massen nicht weiter zu führen, den Rest glücklicher Menschen nicht ins Unglück zu stürzen. Wir wollen im Gegenteil das Proletariat restlos ausrotten, indem wir allen die Möglichkeit geben, sich selbst zu Wohlstand und Selbständigkeit emporzuarbeiten und allen die Lebensgenüsse erreichbar machen, die heute in der kapitalistischen Ordnung nur verhältnismäßig wenigen zugänglich sind. Die Kommunisten wie auch die Sozialdemokraten brauchen für die Dürftigkeit, Kümmerlichkeit der kommunistischen Lebensführung einen an das Elend gewohnten Menschen, damit dieser die zu schaffende kommunistische Gesellschaftsordnung erträglich findet und nicht rebelliert, wie die Rotte Korah in der Wüste gegen *Moses* rebellierte und die Rück-

führung in die ägyptische Sklaverei verlangte, weil die Freiheit in der Wüste ihnen zu große Entbehrungen auferlegte, an die sie bei den „Fleischtöpfen Ägyptens“ nicht gewöhnt waren. Darum werden schon jetzt die größten Schmerzen und Leiden des proletarischen Lebens demagogisch umgewertet. Der Kommunist soll der neuen Ordnung sagen: wir sind zwar wirtschaftlich schlechter gestellt als die Proletarier der kapitalistischen Länder, was durch die Abwanderung unserer Genossen ins kapitalistische Dollarland der ganzen Welt kundgetan wird. *Aber* wir sind doch bessere Menschen. Wie die Nationalisten dem Volk die Bürde des Militarismus erträglich zu machen suchen dadurch, daß sie das Lied: „Deutschland, Deutschland über alles“ so oft singen lassen, bis daß alle davon überzeugt sind, es gäbe keine edleren Menschen als sie selbst, so suchen nun auch die kommunistischen Demagogen die Armseligkeit des kommunistischen Lebens mit kommunistisch-nationalistischen Phrasen zu vergolden. Es ist also das Rezept der Deutschnationalen und der Mussolinis, das die Kommunisten hier anwenden. Gegen solche Tendenz rechtzeitig Front zu machen, ist der Zweck der folgenden Ausführungen.

Solange der Proletarier keinen Ekel vor sich selbst hat, können in ihm auch die Kräfte nicht lebendig werden, die zum Umsturz und zur Neuordnung der Gesellschaft nötig sind. Diese Kräfte aber löst man nicht aus, indem man, wie es heute geschieht, Weihrauch vor dem Proletariat streut, von proletarischer Kultur, proletarischer Wissenschaft, proletarischer Moral redet und dem Proletarier weis machen will, daß er dem Bürger gegenüber manches voraus hat in der Moralität der Lebensführung und auf dem weiten Gebiet des Gemüts, Gefühls und Liebeslebens. Wenn es so wäre, wenn der Proletarier außerdem noch aus der Religion tieferen und echteren Trost für alle Übelstände des irdischen Jammerals zöge, so hätte er ja schon in diesen Vorzügen mehr als eine volle Kompensation für alle Leiden seiner Klasse. Aber es ist nicht so.

Die Armseligkeit der Lebensführung, die den Proletarier auf keinem Gebiet zur Entfaltung seiner Kräfte kommen läßt, die ihn unter anderem auch dazu führt, in der kommunistischen Hölle einen Gewinn zu erblicken gegenüber dem kapitalistischen Schweinestall, ist der denkbar schlechteste Lehrmeister, und die Früchte entsprechen auch durchaus dieser Schule. In der Armut, in der Demut, in der allseitigen Gebundenheit kann der Mensch nicht gedeihen. Wenn es aber dem Proletarier unmöglich ist, aus sich etwas zu machen, nun, so soll er sich auch nicht entrüsten, wenn man ihm ins Gesicht sagt, daß er unter allen der Bemitleidenswerte ist. Was nützt es dem Schwein, wenn es den Stallbesitzer für den Schmutz verantwortlich macht? Es bleibt darum doch ein Schwein, so lang es im Stall eingepfercht ist.

Heraus aus dem Stall, das soll die einzige Sorge des Proletariats sein. Die besten Entwicklungskeime im Menschen müssen in diesem Stall verkümmern – und sie

sind nicht nur verkümmert, sie sind verdorrt. Das ist es, was jeder ehrliche Proletarier von sich sagen muß und jeder Demagoge, der das Proletariat umschmeichelt, verdient, daß man ihn als Betrüger auf der Stelle erschlägt. Denn das ist der dem Proletariat gefährlichste Bursche. Niemand hat es nötiger, der Wahrheit ins Gesicht zu schauen, niemandem können die Schmeicheleien der Streber gefährlicher werden als dem Proletariat.

Ich nenne Schulze einen Tagedieb und Müller einen Schurken. Darum, wenn ich hier vom Proletariat rede, so denke ich nicht an die wenigen Genossen, die sich dank einer hervorragenden geistigen Veranlagung den widrigen Umständen zum Trotz und mit Hilfe einer eisernen Energie hohe Bildung verschafften und dann trotzdem bei ihren Leidensgefährten bleiben und ihr Schicksal zu teilen gewillt sind. Diese Genossen kann man nicht mehr zum Proletariat rechnen, denn es liegt ja nur an ihnen, wenn sie den für sie immer möglichen „Aufstieg“ in die bürgerlichen Kreise verschmähen. Die würden bei diesem „Aufstieg“ auch auf die Unterstützung der Kapitalisten rechnen können, da diese immer ein Interesse daran haben, dem Proletariat die aus dem eigenen Schoß hervorgehenden Führernaturen zu rauben.

Oben in der bürgerlichen Welt ist immer Platz für die Proletarier, die sich mit einer besseren Portion Intelligenz in den Dienst des Kapitals stellen wollen.

Zum Proletariat können wir darum in diesem Zusammenhang nur diejenigen rechnen, die unfreiwillig darin verbleiben, wie wir auch nicht die wenigen Kapitalisten, die sich parteipolitisch zu den ausgebeuteten, betrogenen, heruntergekommenen Zeitgenossen schlagen, als Proletarier ansprechen werden. Abgesehen also von diesen wenigen, die der eine vielleicht auf 1000, der andere auf 10 000 oder 100 000 beziffern mag, besteht der Rest, also die oft erwähnte große Masse, aus kulturlosen, unterentwickelten, ungebildeten, gewerkschaftlich organisierten, physisch heruntergekommenen, vorzeitig verbrauchten Individuen, denen die impulsive Kraft der Jugend, wie auch die bedächtige Überlegenheit des Alters abgeht; ohne Schwung, ohne Idealismus, ohne Ehrgeiz und Eitelkeit, ohne Hoffnung, urteilslos auf allen Gebieten, sogar auf dem des eigenen Broterwerbs.

Proletarier! Betrachte dich im Spiegel und dann sage mir, ob ich übertreibe. Sage die Wahrheit, suche die Dinge nicht zu beschönigen, denn nur die Anerkennung der Wahrheit kann dich retten. Habe ich nicht recht? Und nun betrachte deinen Charakter. Entspricht er nicht auch dem kapitalistischen Schweinestall, in dem du geboren, der dich von Jugend an umgeben hat? Ein Häufchen Arseligkeit, das ist dein Charakter. Du selbst als Materialist, der weiß, daß der Mensch in hohem Grad Produkt der Verhältnisse ist, du wirst es begreifen, daß es nicht anders mit deinem Charakter bestellt sein kann. Hast du schon jemals gehört, daß ein Kapitalist seine Standesgenossen an die Feinde verraten hätte? Kannst du einen einzigen Fall nen-

nen? Aber umgekehrt. Herr Gott, wie trüb sieht es da aus! Ich will sie nicht zählen, die Verräter aus den eigenen Reihen des Proletariats. Proletarier sind es immer gewesen, die auf Kommando, für den Preis einer Zigarette auf Vater und Bruder schießen. Proletarier waren es, die 1914 die internationale Verbrüderung besangen, um 8 Tage später die Kriegskredite zu bewilligen. Wer für irgendein Verbrechen Verräter sucht, der findet sie in den Reihen der Proletarier. Und das ist ja auch leicht verständlich. Jeder, der aus der bürgerlichen Gesellschaft wegen unehrenhafter Gesinnung, wegen Treulosigkeit, wegen Liederlichkeit, wegen gemeiner Verbrechen ausgestoßen wird, der „sinkt“ hinab in die Masse des Proletariats und zählt von da ab zum Proletariat. Alle die minderwertigen Produkte der kapitalistischen Unzucht, die $\frac{1}{2}$ und $\frac{3}{4}$ Idioten, alles taucht unter in dem großen Brei, genannt Proletariat.

Male ich hier zu schwarz? Bedenke, Freundchen, wie du deine Kameraden, die es am ehrlichsten mit dir meinten, behandelt hast. Wo ist *Hölz*? Was hast du bisher für die Befreiung von *Hölz* getan? Da sitzt er im Zuchthaus und denkt, daß seine Kameraden, die Proletarier, ihn eines Tages befreien werden, daß er nicht ganz vergessen ist. Wo aber sind diese proletarischen Kameraden, die ihre Freunde nicht vergessen. Freunde, die nichts anderes ins Zuchthaus, ins Unglück gestürzt hat, als ihre grenzenlose Liebe zum bedrückten, beraubten und ausgebeuteten Proletariat? Jawohl, diese Sorte von Kameraden streikt und spricht auch vom Generalstreik, um für sich eine Lohnerhöhung von Pfennigen durchzudrücken, aber keiner denkt auch nur einen Augenblick an den unglücklichen *Hölz*, dem ein geschlossenes Vorgehen des Proletariats sicher, wenn nicht die sofortige Befreiung, so doch eine Kürzung und eine Linderung der Strafe bringen würde.

Da sind auch die zahllosen Kommunisten, die von den Aufständen her noch in großer Zahl in den Gefängnissen und Zuchthäusern, deutschen Zuchthäusern, gefoltert werden. Sie kämpfen für die Weltordnung, die du selbst als deine Weltordnung bezeichnest. Und was hast du für ihre Befreiung getan? Der Staat rechnet nur mit Machtverhältnissen. Er kennt und anerkennt nur Macht. Zeigt, daß ihr mächtig seid und dazu gehört weiter nichts als geschlossenes, gemeinsames Auftreten, und der Staat wird dann gerne mit euch wegen der Freilassung dieser Kommunisten verhandeln. Aber ihr, verachtungswürdige Proletarier, ihr streikt für ein Glas Bier; für eure Kameraden, die durch den Kampf um eure Sache ins Zuchthaus wanderten, habt ihr nichts übrig als leere Worte, als das Geschwätz eurer Reichstagsabgeordneten. O, o, proletarische Kultur, o, proletarische Moral! Ekelte es dich nicht vor dir selber, stolzer Proletarier?

Als die Führer der Münchener Räteregierung, einer nach dem anderen, ins Zuchthaus wanderten. *Mühsam*, *Toller* und so viele, viele andere, da waren in Berlin deine Vertrauensmänner in der Macht. *Ebert*, *Scheidemann*, *Noske*. Daß diese Män-

ner nichts zugunsten jener Zuchthäusler unternahmen, versteht jeder, der die proletarischen Bonzen kennt. Aber daß du, Proletarier, immer noch diesen Bonzen dein Vertrauen schenken kannst, das kann beim besten Willen nur der Mensch verstehen, der dich für einen Idioten hält, der dich also richtig einzuschätzen versteht. Nur Idioten können ihre aus der Reihe vorstoßenden Kameraden in den Zuchthäusern vergessen. Aber du wirst es vielleicht noch einmal zu spüren bekommen, daß man nicht so mit den Kameraden umgehen darf. Es kommt noch einmal der Tag, wo du nach *Hölz* rufst, damit er dir die Kastanien aus dem Feuer holt. Umsonst, denn er wird von seiner Liebe zum Proletariat kuriert sein und wer ihn kurierte, das bist Du. [Dies war geschrieben und gesetzt, als mir *Erich Mühsam* seine neue Schrift: *Gerechtigkeit für Max Hölz*, Verlag Rote Hilfe Deutschlands, Berlin, zuschickte. Jetzt muß ich mein Urteil über Hölz etwas korrigieren. Hölz ist ein unverbesserlicher Idealist und von seiner Liebe zum Proletariat ebenso wenig zu kurieren, wie *Christus* von ihr sich befreien konnte.]

Proletarier, mit der berühmten proletarischen Kultur, angefüllt bis zum Hals mit der weltberühmten proletarischen Moral, gestärkt durch die proletarische Wissenschaft, höre zu: Du bist das verachtungswürdigste Geschöpf auf Erden. Ich will diese Behauptung heute nicht mit der Vorlesung deines Sündenregisters weiter bekräftigen. Das werde ich ein andermal tun, wenn ich in Stimmung bin und ich mir das proletarische Schimpfwörterverzeichnis verschafft habe. Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Befreiung. Erkenne dich, betrachte dich gründlich im Spiegel, damit du dir endlich deiner unwürdigen Lage bewußt wirst und das letzte Atom von Würde, das in deinem edlen Kern steckt, die Kraft zur Empörung gewinnt.

Fürsten- oder Kriegsbeschädigten-Entschädigung

Für die Versorgung der Kriegsverletzten kann nur der eine Grundsatz gelten: *Volle wirtschaftliche Entschädigung* für die verminderte Erwerbsfähigkeit und dazu ein Schmerzensgeld, das denen, die es aufzubringen haben, wirklich einen Schmerz verursacht und sie täglich daran erinnert, wie blödsinnig es doch war, daß wir so gar nichts taten, um den Krieg zu vermeiden.

Volle wirtschaftliche Entschädigung kann aber nichts anderes bedeuten, als daß dem Kriegsbeschädigten eine Entschädigung zugesichert wird, mit der *sein* Einkommen auf das *Einkommen der gesund gebliebenen Arbeits-, Alters- und Berufsgenossen* gehoben wird. Wenn z.B. mein Nachbar sagt, daß er nach Verlust des rechten Armes seinen Beruf als Dreher nicht mehr ausüben kann und daß er jetzt als Eisenbahnangestellter 115 Mark im Monat erhält, wovon 20 Mark für die Miete abgehen, so daß nur 95 Mark übrigbleiben für ihn, seine Frau und ein Kind, während seine früheren Berufskollegen 300 Mark und mehr monatlich in der Fabrik verdienen, so soll nach unserer Auffassung diesem Mann durch Staatszuschuß neben dem oben erwähnten Schmerzensgeld ein Einkommen von mindestens auch 300 Mark bis an sein Lebensende ausgerichtet werden.

Daran könnte uns nur der Umstand hindern, daß *nirgends* noch etwas zu holen sei, bei den Fürstenvermögen nicht und auch nicht bei den Kapitalzinsen und Grundrenten. Für diesen Zweck soll es wirklich heißen: Nur dort, wo nichts, absolut nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren. Diese kaiserliche Devise wollen wir für die Kriegsbeschädigten in Anwendung bringen.

Es heißt zwar, daß alles Eigentum bereits überlastet sei. Schön, nehmen wir an, es sei so. Überlastet heißt im Sinne der genannten kaiserlichen Devise, daß das Vermögensobjekt bereits *mehr* an Steuern bezahlt, als es an Renten oder Zinsen und Dividenden einträgt. Wie kommt es aber dann, daß unsere Fürsten so darauf erpicht sind, solches überlastetes Eigentum für sich zu reklamieren? Es stimmt also nicht mit der sogenannten Überlastung. Hier wird wieder gelogen. Die 290 000 Morgen Land, die die Hohenzollern für sich reklamieren, werfen doch noch etwas ab und demnach muß, nach der Devise: Nur wo

nichts mehr ist, da hat der Kaiser und sein Nachfolger, die Republik, sein Recht verloren, auch noch etwas bei den Hohenzollern zu holen sein. Und wie hier, so überall. Alles, *das ganze „deutsche Vaterland“*, so wie es da lang und breit in der Sonne liegt, *ist den Kriegsverletzten verpfändet*. Ihr Anspruch auf volle Entschädigung liegt als erste Hypothek auf allem Besitz, auch dem des Königs.

Auch ohne das Versprechen, das den Soldaten im Kriege von allen Seiten, auch vom Kaiser selbst immer und immer wieder gegeben wurde, hält jeder rechtlich denkende Mensch es für *eine Selbstverständlichkeit, daß mit dem, was da ist, in erster Linie den Kriegsbeschädigten geholfen werden muß*. Und das gilt nicht nur für die Verbandsstoffe, Krücken, Quacksalben und anderen billigen Plunder, sondern selbstverständlich auch für *alles*, was die Leiden, Entbehrenungen, Demütigungen der Kriegsbeschädigten irgendwie versüßen kann. Kein Rheinwein, kein Champagner, keine Havanna soll für die zu teuer sein, deren Gesundheit wir für zwar blödsinnige, aber dennoch für unsere Zwecke aufs Spiel setzten. Und wenn es Autos gibt, die sich für das Spazierenfahren eignen, Gärten, in denen man sich ergehen kann, so sollen diese Autos und Gärten beschlagnahmt werden für die Opfer des Massenmordes. Und so nach allen Richtungen

Da fährt z.B. ein Eisenbahnzug mit Wagen 1., 2. und 3. Klasse. Die Sitplätze der 1. und 2. Klasse sind gepolstert. Die der dritten Klasse sind aus hartem Holz gezimmert. Und ausgerechnet an diesen Wagen der 3. Klasse hängt das Schild: *Für Schwerkriegsbeschädigte*.

O Schmach, o Schande! Solche Praxis können Menschen verstehen, die in den Staatskirchen und Staatsschulen und Staatsuniversitäten zu Christen und Kulturmenschen dressiert wurden, mögen vielleicht auch noch Menschen verstehen, die die Soldaten, wie zur Zeit Friedrichs II., als Zuchthäusler und Idioten betrachten und die zu der bekannten Anrede: „Wollt ihr Hunde denn ewig leben“ nicht einmal lachen können, wir aber verstehen solche Roheit nicht, und würden sie selbst dann nicht verstehen, wenn die Worte Friedrichs heute noch auf das Militär anwendbar wären. Wir wollen mit all dieser mittelalterlichen Behandlung des Menschen tabula rasa machen. Polster wollen wir den Kriegsbeschädigten machen, wie

solche keine Prinzessin je gesehen hat. Vom Guten das Beste auf der ganzen Linie der Lebenshaltung für alle, die wir unseren verbrecherischen, nationalistischen, blödsinnigen Plänen opferten. Wir wollen nicht von Moral und Pflichten und anderen Dingen aus der Weltanschauung der Ausbeuter reden, aber wir wollen tun, wozu wir von innen heraus getrieben werden. Wir wollen den vorwurfsvollen Blicken der Kriegsbeschädigten nicht ausweichen. Wir wollen keinem Blick ausweichen, am aller wenigsten *diesem* Blick. Nein, das tun wir nicht. Und damit wir das nicht länger zu tun brauchen, wollen wir unseren tierischen Trieben folgen, und den Kriegsbeschädigten im angedeuteten Sinne beistehen.

Aber, so hören wir die Spießbürger sagen, solche menschliche Behandlung der unglücklichen Opfer des Krieges kostet ja haarig viel Geld! Wo können wir die Mittel dazu herholen? Die Fürsten allein beanspruchen ja bereits drei Milliarden für sich und die Zinsen und Dividenden der Kapitalisten sind in den Schutz und Schirm der Jungfrau Maria, der katholischen wie der evangelischen Kirche gestellt. Ihr sagt, daß ihr von innen heraus zu eurer Auffassung in der Kriegsbeschädigten-Frage getrieben werdet. Ich kann euch nur sagen, daß solchem tierischen Trieb die Moral, das Recht, der Staat, die Kirche, kurz, unsere gesamte Kultur sich entgegenstemmen werden. Die Mittel für die Besserung der Lage der Kriegsbeschädigten können nur durch eine neue Lohnsteuer und durch Kürzung der Arbeitslosenunterstützung aufgebracht werden!

Proletarier! Antworte, soll dieser Spießbürger recht behalten?

Soll es wahr bleiben, daß alle Versprechungen, die den Soldaten gemacht wurden, schmachvoller Betrug, Lug und Schwindel waren? Soll das Wort, das bisher immer absolute Geltung hatte und wodurch alles Eigentum im Lande restlos dem Kaiser verpfändet war: Nur dort, wo nichts, absolut nichts mehr zu holen ist, hat der Kaiser kein Recht mehr, nun auf einmal, wo es für die Kriegsbeschädigten angewendet werden soll, außer Kraft gesetzt werden?

Dieses Wort, das bisher die stärkste Stütze des Staates bildete, soll jetzt auch in Kraft bleiben, Wo es gilt, den Staat, diesen Staat zu liquidieren. Und der erste und für uns

selbstverständlichste Passivposten dieser Liquidation ist die volle Entschädigung der Kriegsbeschädigten.

Jetzt bei der Fürstenenteignung hast Du Gelegenheit zu zeigen, ob Du auch zu jenen Lumpen gehörst, die bei der Einlösung der Versprechungen, die dem Soldaten zur Anfeuerung gemacht wurden, vor dem Eigentum, diesem Eigentum halt machen, *die lieber wortbrüchig an Krüppeln und Hilfslosen werden sollen*, als Hand an Vermögen zu legen, das erwiesenerweise auf Raub und Sklavenhandel aufgebaut ist.

Der Krieg soll denen, die ihn schürten, die wohl immer für Kriegsminister, niemals aber für Friedensminister ein Interesse zeigten, nicht billig zu stehen kommen. Sie sollen, wenn in Zukunft das Wort *Krieg* fällt, angsterfüllt mit den Händen schützend in die Taschen fassen. Man sage nicht, daß die Fürsten mit der Krone bereits viel durch den Krieg verloren haben. Ach ja, diese Krone! So lange es nicht *Kronen* sind, die verloren gehen, berührt es die Fürsten nur sehr äußerlich. Geld soll ihnen die Krone einbringen. Wenn sie das nicht mehr tut, dann lassen sie die Krone im Stich, um besser die Kronen schützen zu können. Die Krone ließen sie fahren, das Vermögen aber, welche Energie wird hier entwickelt!

Darum, wenn man den Fürsten und ihren Lakaien Respekt vor dem Kriege einflößen will, so zeige man ihnen einen Kriegskrüppel und sage ihnen: dieser Hund, der noch dazu ewig leben möchte, stellt hohe Ansprüche an Deine Kasse. Er verlangt als Krüppel so gestellt zu werden, daß er wirtschaftlich seine Arbeitskollegen nicht zu beneiden braucht und dazu ein Schmerzensgeld, das Deine Mittel *restlos* mit Beschlag belegt. Glaub mir, auf solche Worte werden unsere Fürsten, deren zweites Wort sonst immer *die gepanzerte Faust* war, unisono ausrufen: *Nie nieder Krieg!*

Ein Fürstendiener als Präsident der Republik

Hindenburg wirft dem deutschen Volk Mangel an Traditionsgefühl vor, der jetzt bei Gelegenheit der Fürstenenteignung zum Vorschein kommt. Tradition nennt man die mündlich überlieferte Geschichte. Was aber Traditionsgefühl bedeuten soll, das weiß gewiß nicht einmal das Konversationslexikon. Es gibt Menschen, die sich sehr stark in der Geschichte zu orientieren pflegen. Nehmen wir an, daß es solche Menschen sind, die von Traditionsgefühl besessen sind. Ob nun gerade solche geschichtlich denkenden Menschen den Fürsten im allgemeinen und den deutschen Fürsten im besonderen hold sein werden? Kann man eine einzige Tat der deutschen Fürsten nennen, der gegenüber der Parteigeist nicht geweckt wird, also eine Tat, über die alle innerhalb der deutschen Reichsgrenzen lebenden Menschen sich freuen können? Eine einzige? Ich kenne keine. Ein Münchener Bierkeller, in dem gerauft wird – das ist das Symbol der Fürstengeschichte. Legt man die für den Geschichtsunterricht gefertigten Karten des deutschen Reiches übereinander und zieht mit einer Nadel Jahrhundert um Jahrhundert die Grenzen der einzelnen Staaten, dann erhält man ein wüstes Gekritzel. Und für dieses Gekritzel opferten die Fürsten Blut und Gut des Volkes. Welches Gefühl soll diesem Gekritzel gegenüber die Tradition erwecken? Gewiß, diejenigen, die bei diesem Raufen nicht nur passiv als Landsknechte beteiligt waren, sondern auch bei der Verteilung der Beute ein Wörtchen mitzusprechen hatten, die mögen, wenn sie das Schöne Rittergut in Ostpreußen vom Fenster des Herrenhauses aus überschauen, das für sie beim Geraufe abfiel, ein angenehmes Traditionsgekritzel verspüren. Aber das sind doch nur wenige. Die anderen aber, die geplündert wurden, auf deren Rücken gerauft wurde, oder die vom Plunder eine Drehorgel zum Betteln heimbrachten, bei denen erweckt die Tradition nur rheumatische Schmerzen. Bismarck wurde als Diener des Königs ein reicher Mann. Moltke auch. Und wenn der Krieg nach Wunsch ausgefallen wäre, dann wäre Hindenburg vom Kaiser für seine großen Kriegstaten sicherlich auch reichlich aus dem Siegesplunder bedacht worden. Aber was haben die anderen, die Millionen anderen, die Knechte auf den Rittergütern von diesen Dotationen? Was sagen die Kriegskrüppel zu *ihrer* Dotation? Bismarck, der durch De-

peschenfälschungen die Kriegserklärung gegen Napoleon vom König erpreßte, erhielt zum Lohn den Sachsenwald (fällt dieser auch unter das Gesetz über die Fürstenenteignung?). Und das Volk, das die Folgen dieses Dummenjungenstreiches bis ins dritte Geschlecht zu tragen hatte und schließlich mit dem Weltkrieg bezahlte, soll sich heute an den Traditionen erbauen! Ist das nicht etwas viel verlangt? Wie weit soll auch etwa die Hohenzollerntadition für die Hannoveraner, für die Hessen usw. gehen? Für das deutsche Volk mündet die Tradition immer sehr schnell irgendwo auf dem Schlachtfeld eines Bruderkrieges, wie noch 1866, wo die Preußen, Bayern, Hannoveraner, Österreicher sich zum Spaß der Fürsten gegenseitig mit dem Bajonett bearbeiteten. Nein, dem nach Einigkeit strebenden deutschen Volk sollte Hindenburg keine deutsche Geschichte ins Gedächtnis zurückrufen. Für Hindenburg, der sich dem im schweren Revolutionsprozeß befindlichen deutschen Volk als Fürstendiener vorstellt, mag es sich ziemen, daß er seinem Herrn ein treues Andenken bewahre. Das verlangt die Herrschaft immer vom Diener. Aber das sollte er heimlich, nicht als Präsident der aus der Revolution, aus der Empörung gegen die Hohenzollern hervorgegangenen Republik tun. Und wenn sich auch Hindenburg in seiner Rolle als Fürstenknecht sonnt, so hat er damit doch nicht das Recht, das ganze deutsche Volk zu solcher Dienerrolle zu degradieren. Nicht alle Deutschen sind als Fürstendiener gezeugt, geboren und erzogen. Noch gibt es genug Deutsche, in deren Adern kein Dienerblut rollt. Zum Traditionsgefühl, wie Hindenburg es empfindet, gehört ein in der Rasse liegendes Dienergefühl. Das revolutionäre deutsche Volk hat dieses Gefühl nicht. Ein Gefühl übrigens, das zwar auch mit Rittergüterdotationen, mit Kornzöllen, mit Liebesgaben, mit Inflationsschuldentilgung, mit Sinekuren künstlich gezüchtet werden kann, das aber dann sich schnell zu verflüchtigen pflegt, wenn seine wirtschaftliche Deckung verloren geht. Einem in der Revolution befindlichen Volk, das bis dahin immer nur gebraucht wurde, um den Fürsten die Kastanien aus dem Feuer zu holen, Mangel an Traditionsgefühl vorwerfen, heißt solches Volk verhöhnen. Als Hohn hat wenigstens die um die Fürstenenteignung kämpfende Masse des Volkes Hindenburgs Worte empfunden.

Das deutsche Volk hat keine andere Geschichte als Blut, Modergeruch und Knute. Die Geschichte der deutschen Volksmassen ist die

Geschichte der Sklaverei, der Leibeigenschaft, der gemeinsten, verbrecherischsten Form der Sklaverei, eine Sklaverei, die durch Inzucht zur Degeneration führt (während der Sklavenhandel zur ewigen Blutauffrischung und Kräftigung führt und damit immer automatisch die Befreiungskräfte züchten muß). An der Tradition können sich nur die Fürstenknechte erbauen, die sich in irgend einer Weise an der Beute bereicherten. Das Volk, das bisher nur passiv, als Statisten an der deutschen Fürstengeschichte mitgewirkt hat, schaut nur mit Schauern rückwärts. Nach vorn schaut das Volk aus. An den Bildern, die sich das Volk von der Zukunft macht, erbaut es sich. Und statt den Blick des deutschen Volkes nach rückwärts zu brechen, sollte uns Hindenburg einmal zeigen, wie er sich diese Zukunft denkt und noch mehr, wie er sie sich wünscht. Darüber hat er noch nie ein Wort gesagt. Was man wünscht, das erstrebt man auch, manchmal, das geben wir gerne zu, unbewußt. Hindenburg als Diener der Könige und Kaiser wünscht sich einen Herrn, und dieser Herr ist nicht das revolutionäre deutsche Volk, das seinen Herrn fortgeschickt hat. Ein treuer Fürstendiener kann unmöglich ein treuer Mitarbeiter am Aufbau der Republik sein. Es zieht an allen Fingern ihn nach der Restauration seines Herrn hin. Darum muß Hindenburg eine Gefahr für die Republik sein, die er gegen die Reaktion und Restauration zu schützen hat und immer noch zu schützen vorgibt. Und nicht nur eine Gefahr für die Republik. Hindenburg und die Restauration der Hohenzollern bedeuten den Galgen für alle, die an der Republik ehrlich und offen mitgearbeitet haben und sie mit allen Mitteln zu schützen suchen. Wenn Hindenburg vor dem Gedanken nicht zurückschreckte, einer Offensive 100 000 Mann zu opfern, so wird er auch nicht davor zurückschrecken, zum Schutze seines Herrn 100 000 Galgen in den deutschen Städten zu errichten. Denn *Hindenburg* nennt sich ja selbst einen Fürstendiener. Seine Offensiven galten also dem Schutze des Fürsten. Dem Fürsten, nicht dem Volk opferte er die Regimenter, folglich wird er auch gegebenenfalls bereit sein, dem Fürsten das Volk am Galgen zu opfern. Das ist's, was wir aus den Worten Hindenburgs folgern, das preußische Volk habe kein Traditionsgefühl.

Spanische Wohltätigkeitsgesellschaft

(Patronato Espanol)

Über soziale und andere Zustände vermag uns ein Straßenplakat oft besser zu informieren, als lange Abhandlungen. Das Plakat mit obiger Überschrift, das an den Bahnhöfen in Buenos Aires angebracht ist, lautet in der Übersetzung: „Die Gesellschaft bezweckt, die jungen Mädchen, die als Dienstmädchen nach Argentinien kommen, zu beschützen.

An den Sonntag-Nachmittagen, an denen sie Ausgang haben, können sie sich fröhlich mit ihren Kolleginnen im Vereinshaus zusammenfinden, wo sie mit Kino und anderen Erheiterungen bedient werden.

Die Gesellschaft verliert ihre Schützlinge niemals aus den Augen, denn die Damen (*senoras*), aus denen sich die Gesellschaft zusammensetzt, haben sich vorgenommen, diesen armen Mädchen wirkliche Mütter (!) zu sein hier weit ab vom geliebten Vaterland.

Die vornehmsten und gewähltesten Damen aus der Spanischen Kolonie sind hier vereint und alle sind voll edlen Eifers, eine patriotische Tat dadurch zu vollbringen, daß sie unseren Landsmänninnen einen umfassenden, weitherzigen und uneigennützigem Schutz angedeihen lassen. Die Kommission.“

Also, die vornehmen Damen wollen den „armen Mädchen, Dienstmädchen“ weit ab vom geliebten Vaterland wirkliche Mütter sein! Damen, die wirkliche Mütter von Mädchen, die dieselben Damen als Dienstmädchen bezeichnen: Das Kind also Dienstmädchen der eigenen Mutter! Wie die Sprache doch mißbraucht wird, wenn es sich darum handelt, billige Dienstmädchen sich zu sichern.

Die auf der deutschen Industrie schmarotzende Landwirtschaft

Berechnet man den Ertrag eines Hektar Landes in Deutschland mit durchschnittlich zwei Tonnen Getreide, so kann ein mittelgroßes Schiff von 20 000 Tonnen *in einer einzigen Fahrt die Ernte von 10 000 Hektar Land* verfrachten. Rechnet man jährlich fünf Fahrten für ein Getreideschiff (Nord- und Südamerika, Indien, Australien), so genügt ein Schiff für den Transport einer Erntemenge, für die in Deutschland 50 000 Hektar Land benötigt werden. Da in Deutschland rund 9 Millionen Hektar mit Getreide bestellt werden, so genügen *knapp 200 Schiffe* genannter Größe, *um Deutschland von Übersee her, also von den entferntesten Märkten mit derjenigen Getreidemenge zu versehen, die auf deutschem Boden wächst.*

Würde die Getreideproduktion nur um *die Hälfte* vermindert, so genügen *100 Schiffe*, und diese Zahl vermindert sich noch mehr dadurch, daß große Mengen Getreide von näherliegenden Ländern, z. B. *Rumänien* und *Südrußland* bezogen werden könnten, was die benötigte Schiffstonnage entsprechend vermindert. Weshalb wir dann sagen können: *Ein Transportproblem ist die Versorgung Deutschlands mit ausländischem Getreide also nicht.* In Betreff der Kosten solcher Transporte genügt es zu erwähnen, daß die Schiffsfracht von Australien und Südamerika nach Hamburg weniger kostet als die Eisenbahnfracht von Pommern nach Berlin.

Könnten wir aber die für die Zahlung solcher Riesenmengen von Getreide nötigen *Devisen* mit derselben Sicherheit aufbringen, wie das Wetter und die Landwirtschaft Deutschland mit Getreide verproviantieren? Gewiß, von einem Tag oder Jahr zum anderen würde das nicht gehen, aber die Landwirtschaft, wenn sie der Konkurrenz des Weltmarktes erliegen sollte, wird auch nicht von einem Tag zum anderen einpacken. Das wäre ein Entwicklungsprozeß, der Jahrzehnte in Anspruch nimmt, und in dieser Zeit würde dann die Industrie ihren Absatz um den Betrag der jährlich sich mehrenden Getreideeinfuhr verstärken müssen. Wie alle Entwicklungsprobleme müßte man auch dieses *dynamisch* betrachten. Daß sich der Absatz der Industrie mehren läßt, wenn die Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten steigt, ist nicht zu bezweifeln, ja muß sogar als selbstverständlich angesehen werden, da im Aus-

landsverkehr ja Ware mit Ware bezahlt werden muß. Ohne *Ausfuhr auch keine Einfuhr*. Und auch die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie kann man in diesem Fall bejahen, da der *Wegfall der Zölle*, der den Anstoß zu der ganzen Entwicklung geben würde, ja der Industrie zu gute kommt, insofern als mit der freien Einfuhr von Lebensmitteln die Lebenshaltung der Arbeiter sich verbilligt. Mußten vorher die Unternehmer die durch die Zölle verteuerten Lebensmittel mit entsprechend höheren Lohnsätzen beantworten, so können sie jetzt mit dem Fortfall der Zölle auch die Löhne wieder auf den Ausgangspunkt zurückschrauben, ohne befürchten zu müssen, daß die tüchtigsten Arbeiter auswandern werden. Auf den hier allein in Frage stehenden Reallohn haben diese Geschichten ja doch keinen dauernden Einfluß. Den Lohn bestimmen ganz *andere* Dinge als Zölle, Verträge und Verhandlungen der Gewerkschaftsbonzen.

Vom Standpunkt der Industrie und der Industriebevölkerung ist also gegen die Liquidation der deutschen Getreideproduktion nichts einzuwenden. *Dafür* aber spricht sehr vieles. In erster Linie wird mit der Aufhebung der Zollwirtschaft der Großgrundbesitz zerschlagen und damit auch die reaktionäre Giftquelle verstopft. Es ist echte *Bürgerfriedenspolitik*, die wir mit dem Freihandel betreiben und darüber hinaus auch *Weltfriedenspolitik*. Weiter können wir von solcher Entwicklung eine derartige Reichtumsmehrung erwarten, daß uns die Last der Reparationen relativ klein erscheinen wird und wir nicht nur die Zinsen der Reparationen werden zahlen, sondern auch in kurzer Frist die ganze Schuld werden tilgen können, eine finanzielle Leistung, die der mit niedrigsten Löhnen arbeitenden Landwirtschaft niemals wird aufgebürdet werden können. Die Landwirtschaft kann sich ja nicht einmal allein erhalten, wenigstens verlangte sie und verlangt sie heute erst recht *Zuschüsse*, die aus keiner anderen Quelle kommen konnten als aus der *Industrie*. Ein *Luxus*, den sich die Industrie vielleicht *heute noch*, mit der stetigen Entwicklung der Löhne und des Wettbewerbs mit anderen sich entwickelnden Industrieländern, *aber nicht ewig* wird leisten können.

I.O.

[Pseudonym für S.Gesell / Die Red.]

Ein neues Instrument für Börsenspekulationen

Wer die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes beeinflussen kann, der hat alles, was notwendig ist, um aus allen seinen Börsenoperationen das Risikoelement abzuschalten und ihnen den Charakter des Hazards und des Spieles zu nehmen. Die Börsendifferenzen, die solch ein Mensch dann einstreicht, haben nichts mit Monte Carlo zu tun. Sie sind vielmehr vergleichbar mit den Zöllen, die der Raubritter an seiner Talsperre, dieser König an seinen Landesgrenzen erhebt. Sie sind Produkt roher *Gewalt, nicht des Glückszufalles*. Wieviel solche Kontrolle über die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes einbringen kann, wenn sie mit der nötigen Brutalität und in Interessengemeinschaft mit den maßgebenden Leuten des Zentralnoteninstituts geübt wird, das hat uns und der Welt der Börsenkönig Morgan im Jahr 1907 gezeigt.

Es wird jetzt des öfteren behauptet, daß das amerikanische Währungsamt, der Federal Reserve Board, die Währungspolitik auf die Stabilisierung des Indexes eingestellt hat, wie ich das, als erster und seit 35 Jahren fordere. Die auffallende Beständigkeit des Indexes ist übrigens auch nicht anders zu erklären, zumal die Amerikaner selber immer wieder behaupten, daß dort nicht die sogen. freie Goldwährung besteht, sondern die „*manipulierte Goldwährung*“, d.h. eine auf willkürliche Gestaltung des Indexes gerichtete, von Staatsbeamten kontrollierte Währung. Dieser Währung opfert der Staat im Interesse des Volkes oder der Börse den Zins eines gewaltigen, überschüssigen Goldschatzes, genau wie er seit Jahrzehnten der Währung den Zins eines in Kellern vergrabenen Silberschatzes von Milliarden Mark opfert. Würde der Staat keine Rücksicht auf den Index nehmen, würde er, wie es bis dahin immer geschah, soviel Papiergeld (Banknoten) ausgeben, wie es die Sicherheit der Einlösung gestattet, dann schwämme Amerika heute in Geld und das Gold würde dort *dieselben Inflationserscheinungen* zeitigen, wie sie in Deutschland und jetzt in Frankreich durch die Papiergeldwirtschaft bekannt geworden sind. Natürlich, um dann nach

kurzem Boom die Krise und Deflation mit einem Krach zu inszenieren.

Wir registrieren diese Tatsachen und empfehlen sie zum Studium all unseren Gegnern, die bisher immer gezeugnet hatten, daß es möglich sei, durch Ausgabe und Einzug von Geld den Index willkürlich zu gestalten. Freilich hüten wir uns, ein Siegesgeheul anzustimmen, denn der Federal Reserve Board in Amerika arbeitet bisher nach Gutdünken, *ohne irgend welche gesetzliche Bindung*. Der Federal Reserve Board macht, was er will, ohne irgend welche Kontrolle und Verantwortung. Und wenn es den Beamten dieses amerikanischen Währungsamtes, die sämtlich ihre Stellung (ähnlich wie Schacht in Deutschland) dem Einfluß der maßgebenden Bankiers verdanken, morgen einfallen sollte, eine entgegengesetzte Politik zu betreiben, so hindert sie absolut weiter nichts daran als etwa die Furcht, daß sie von einem Börsengegner Morgans, der sich für seinen Ruin rächen will, durch Bombenwurf in die Luft gesetzt werden. An die oberste Leitung der Staatsgeschäfte können immer nur Strebernaturen gelangen, und für uns sind Streber immer käufliche Kreaturen. Das Börsengeschäft aber, wenn es mit Sachverstand und mit der Mitwirkung des Noteninstituts geleitet wird, wirft so gewaltig viel ab, daß auch die unverschämtesten Bestechungs-Forderungen der Streber glatt befriedigt werden können, zumal es sich hier ja immer um Subalternaturen handelt, die sich mit subalternen Forderungen zufrieden geben. Ich bin überzeugt, daß Morgan mit weniger als 5 Prozent seines Raubes im Jahre 1907 die beteiligten Beamten der Notenbanken hat abfinden können.

Immerhin, so leicht wie früher wird sich Morgan künftig nicht mehr über die öffentliche Kritik hinwegsetzen können, falls er einen neuen Anschlag ausführen möchte. Es ist bereits zu viel von Währung, von Stabilisierung des Indexes in der breiten Öffentlichkeit geredet worden. Wenn auch vielleicht die offiziellen Statistiker als Staatsbeamten zur Unterstützung der Börsenspekulationen die Statistik fälschen werden, so darf nicht vergessen werden, daß die privaten Statistiker (ich erinnere hier an die Indexzahlen der Frankfurter Zeitung), die ihr eigenes Werk nicht beschmutzen werden, die nötige Kontrolle üben und wenn sie auch nicht aus eigenem Anstrich die Öffent-

lichkeit alarmieren, so wird es die geschädigte Börsenpartei mit um so mehr Kraft tun.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Börsenkönige in New York die Kontrolle über die *Umlaufgeschwindigkeit* des Geldes an den Federal Reserve Board so mir nichts, dir nichts abgegeben haben. Das beweist schon der Umstand, daß bisher noch von keiner Seite der Antrag an die Gesetzgeberei gestellt wurde, daß dem Federal Reserve Board zur Richtschnur für die Notenausgabe der Index zu geben sei, damit dieses Institut durch Ausgabe und Einzug von Noten den Einfluß, der veränderte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes auf die Preise und Börsenkurse ausübt, durchkreuze, wodurch dann die Börse zur *völligen Ohnmacht* verurteilt würde. Warum sind solche Vorschläge niemals gemacht worden? Warum sorgt der Federal Reserve Board nicht selbst dafür, daß das, was er tut, gesetzlich festgelegt werde, um so die Verantwortung für das, was kommen mag, von sich auf die Gesetze abwälzen zu können? Kein Staatsbeamter übernimmt doch ohne Not eine Verantwortung, es sei denn, daß er die Verantwortungslosigkeit im eigenen Interesse ausnützen könne. Nur gegen Trink-, Schmier-, Bestechungsgeld übernimmt der Beamte Verantwortungen.

So können wir uns den Mangel einer gesetzlichen Regelung der Notenausgabe nur damit erklären, daß die Beamten des *Federal Reserve Board* ein *persönliches* Interesse an der Aufrechterhaltung der jetzigen Willkürherrschaft haben. Sie sind an den Börsengeschäften Morgans interessiert. Bei dem jetzigen Mangel an gesetzlichen Vorschriften können sie *die Machtmittel des Noteninstituts in den Dienst der Börsengeschäfte stellen, ohne Gesetze zu verletzen*. (Ähnlich wie Bismarck die Börsenspekulationen Bleichröders durch abwechselnden Gebrauch der Friedensschalmeien und des Säbelgerassels wirksam unterstützt haben soll, ohne daß er dabei Gesetze verletzte).

Steht so der Börsenspekulation und ihrer Unterstützung durch die Leitung der Noteninstitute keine gesetzliche Hemmung im Wege, so kann es sich für die leitenden Personen der Börsenspekulation nur darum handeln, durch neue „wissenschaftliche“ Erklärungen über die Wirkungen

dieser Spekulationen die öffentliche Aufmerksamkeit von der Währung, von den Elementen der Preisbildung, von der Notenbank als Quelle der Geldschöpfung und von der Börse als treibende Kraft der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes so weit wie möglich abzulenken, und das abergläubige Volk durch abergläubige Krisenerklärungen zu verwirren. –

Und wie leicht muß solches denen fallen, die mit Hilfe der Börse auch über die Mittel verfügen, die gesamte Presse des Landes ihren Zielen dienstbar zu machen! Es sei hier daran erinnert, daß mit Ausnahme der Schweizerischen Freiwirtschaftlichen Zeitung die gesamte Schweizerpresse die überaus gediegene und richtige Veröffentlichung des dem Völkerbund angeschlossenen Internationalen Arbeitsamtes, in welcher der Nachweis erbracht wurde, daß *die heute fast allgemeine Erscheinung der Arbeitslosigkeit als direktes Erzeugnis der Deflationspolitik* anzusprechen ist ... totgeschwiegen hat. Beim besten Willen kann für diese Tatsache keine andere Erklärung gefunden werden als die, daß eine Arbeit, die die von der Börse beeinflusste Notenpolitik für die Arbeitslosigkeit verantwortlich macht, in der Presse, auch in der Arbeiterpresse nicht veröffentlicht werden darf.

Einen hübschen Beitrag für die weitere Begründung der eben ausgesprochenen ruchlosen Verdächtigung liefert uns ein Artikel, den die Zeitung „La Prensa“ in ihrer Nr. vom 22. Juli veröffentlicht. Dieses argentinische Blatt erscheint täglich in einer Auflage von etwa 200 000 Exemplaren und in einer Stärke von 30 – 48 Seiten Großformat, alles eng bedruckt. Es ist gewiß das einflußreichste Blatt des Landes. Der genannte Artikel trägt die Überschrift: Ein Wirtschaftsbarometer. Wer den Artikel liest, wie ihn die 200 000 harmlosen Abonnenten der Zeitung lesen, der ist dann reif für den Glauben, daß die Wirtschaftskrisen als unvermeidliche Phänomene zu betrachten seien und so wird er auch als guter Demokrat niemals auf den nichtswürdigen Gedanken kommen, daß die Leiter der Notenbank die Krise zur Gesinnung von Börsendifferenzen „gemacht“ haben, oder irgendwie am Ausbruch der Krise beteiligt sein könnten.

Der Artikel kritisiert zunächst ganz ernsthaft die Theorien, wonach die Wirtschaftskrise im Zusammenhang mit

den Sonnenflecken stehen soll. (!) Die Sonnenflecken beeinflussen die Ernten und der Zyklus von 11 Jahren, den man für die Wirtschaftskrisen nachgewiesen zu haben glaubte, entspreche der Umdrehung der Sonne um ihre Achse. Es zeige sich aber, daß der Krisenzyklus nichts von der angenommenen planetarischen Regelmäßigkeit an sich habe. Wenn aber, so fragt der Artikelschreiber, die Krisen mit den Sonnenflecken nichts zu tun haben, *worauf könnte dann zum Teufel die Erscheinung der Wirtschaftskrisen überhaupt noch zurückzuführen sein?* Er bezieht sich auf eine in Berlin erschienene Arbeit von *Ernst Sasse*: „*Das Zahlengesetz in der Weltgeschichte*“ und fährt dann fort: Ein bedeutendes amerikanisches Unternehmen, die *Bobson Statistical Organisation* glaubt die Ursache der Krisen dadurch bloßlegen zu können, daß es das mechanische Prinzip des Druckes und Gegendruckes auf die Wirtschaft überträgt. Bobson nimmt an, daß man die Zeiten wirtschaftlicher Blüte als Druck betrachten kann und daß nach dem Gesetze, wonach jeder auf einen ruhenden Körper ausgeübte Druck eine entsprechende Wirkung nach anderer Richtung auslöst, gewisse Elemente der Wirtschaft benutzt werden können, um die Entwicklung der Wirtschaft vorauszusehen. So prophezeite das Institut z. B. im Monat Februar für den nachfolgenden Monat: „Gute Geschäfte, wenn auch nicht von größerer Aktivität als bisher. Manche Anzeichen lassen es ratsam erscheinen, Vorsicht zu üben, doch ist ein ernsthafter Rückgang in den Geschäften noch nicht zu erwarten.“ Als Grundlage seiner Berechnungen bedient sich das Institut dreier Linien, von denen die eine gebildet wird durch die mittleren *Preise* von 20 wichtigen Waren, die andere mit dem *Börsenkurs* von 40 Eisenbahn- und Industrieaktien, und die dritte durch die *Dividende* von 20 anderen Titeln.

Für Bobson bedeutet also Preissteigerung und Preisrückgang ganz richtig Boom und Krach. Das Merkwürdige an dieser Geschichte ist nur das, daß Bobson nicht fragt, warum die Preise fallen und steigen (für die Börsenkönige und Börsenknechte eine sehr unangenehme kritische Frage). Er sagt: sie fallen, weil sie vorher gestiegen waren und sie steigen, weil sie vorher gefallen waren. Den Gedanken einer aktiven Währungspolitik, die das Fallen der Preise

verhindert, weshalb sie dann auch nicht mehr zu steigen brauchen, den erörterte *Bobson* nicht, weil er ihn aus Geschäftsinteresse nicht erörtern darf. Keine Bank würde sonst die Produkte dieses Instituts mit einem Abonnementsgeld von mehreren hundert Dollar honorieren. Für die Börsenspekulanten liegt die Bedeutung von Bobsons Arbeiten nicht in seinen Prophezeiungen (denn sie, die Börsenfürsten, sind es ja selbst, die die Kursschwankungen machen), wahrscheinlich werfen sie Bobsons Veröffentlichungen lächelnd gleich in den Papierkorb. Die Bedeutung *Bobsons* liegt für sie darin, daß hier mal wieder für den Pöbel eine mystische Antwort gegeben wurde auf die Frage: woher kommen eigentlich diese Wirtschaftskrisen, die so unermeßlichen Schaden anrichten, eine Antwort, die das Publikum verwirrt und es für eine Zeitlang wieder ablenkt von der Börse und der leidigen Frage: *Wie ist das mit der Indexwährung, von der so viel in den Zeitungen gesprochen wurde?*

Damit der Proletarier leichter an die Märchen der Pfaffen glauben kann und sich so geduldiger ausbeuten läßt, demütigt sich und kniet der Graf persönlich vor dem Geistlichen. So wird die Rolle, die der Geistliche im System der Ausbeutung zu spielen hat, vor den Augen des Volkes verschleiert. Und damit das Volk Bobsons statistischen Mätzchen Glauben schenkt, lassen die Börsenfürsten dem Publikum durch die Presse sagen, daß sie die Bobsonschen Arbeiten sehr ernsthaft studieren. Dann sagt sich der kleine Börsenspieler: Wenn Morgan selbst Nutzen aus diesen Studien zieht, so muß doch etwas daran sein. Und dann handelt er nach den Rezepten, die Morgan durch Bobson dem Publikum geben läßt und unterstützt so nicht nur die Börsenzüge Morgans, sondern schafft auch die nötige Anzahl von Mitschuldigen, auf die dann die Verantwortung für den Krach abgeladen wird.

Billige Reden.

Auf dem Bundestag des Gewerkschaftsbundes der Angestellten sprach Reichsfinanzminister Reinhold. Seine Rede hielt der Minister sorgsam auf dem geistigen Niveau seiner Zuhörer, d.h., er speiste sie alle ab mit Redensarten und Schlagworten und erntete auch den reichen Beifall, den man solchen Reden zu spenden pflegt. Wenn der Finanzminister nichts wichtigeres zu tun hat, als solche Reden vor solchem Auditorium zu halten, so denke ich, könnte man ihn auf Kurzarbeit mit halbem Gehalt stellen.

Gleich zu Anfang stellte Dr. Reinhold fest, daß der Geist der gegenseitigen sozialen Verständigung in der deutschen Republik in ständigem Wachsen begriffen sei. (Die in diesem Artikel gebrauchten Zitate sind dem B. T. entnommen.) Wie die Rede Silverbergs erwiesen habe, wachse auch in den Reihen der Arbeitgeber der Gedanke, daß Kapital und Arbeit auf Gedeih und Verderb zusammen gehören. Diese Auffassung könne natürlich keine solche Vertuschung der natürlichen Interessengegensätze bedeuten. Diese Gegensätze beständen zu Recht und müßten ausgetragen werden. Doch über alles Gegensätzliche hinaus festigte sich doch auf beiden Seiten der große Gedanke der Gemeinsamkeit, der Verbundenheit für den Weg der deutschen Zukunft.

Zu diesen Worten Reinholds, die mit stürmischem Beifall aufgenommen wurden, ließe sich gar manches sagen. Bei den Worten von dem ständig wachsenden Geist sozialer Verständigung dachten wir an den Volksentscheid über das Volksbegehren der entschädigungslosen Fürstenenteignung, der von den Rechtsparteien sabotiert wurde und trotzdem 14 Millionen Stimmen für sich hatte. Die soziale Verständigung ist so weit gediehen, daß jener Volksentscheid sogar die eigene Partei Reinholds zerriß. Ein netter Geist sozialer Verständigung zeigte sich in der Stimmenthaltung von 26 Millionen Wählern, die damit kundgaben, daß sie lieber die Sparkassengelder, den Notschatz der Witwen und Greise den Staatsinteressen opfern, als das durch Raub und Sklavenhandel zusammengedackelte Vermögen der Fürsten. Aber die Proleten des GDA. hatten offenbar den Volksentscheid schon vergessen, und darum applaudierten sie mit stürmischer Kraft zu Reinholds schönen Worten. Es wäre ja auch so schön für die „Angestellten“, wenn die soziale Verständigung so ohne Kampf, einfach durch die Tätigkeit der Gewerkschaftsbonzen zu erreichen wäre!

Daß die GDA.-Proletarier bei den Worten, wonach Kapital und Arbeit auf Gedeih und Verderb zusammen gehören, auch nur mit stürmischem Beifall reagierten, wundert uns nicht, denn in dieser proletarischen Organisation, die von Schwätzern geführt wird, geht man nicht gerne den Dingen auf den Grund. Gewiß kann man sagen, daß Kapital und Arbeit auf Gedeih und Verderb verknüpft sind, wie man auch ebenso bestimmt sagen kann, daß der zwischen Kapital und Arbeit tobende Krieg bis zur Strecke ausgefochten werden wird, daß diese Strecke Voraussetzung

für die soziale Verständigung ist, ja noch mehr, daß der Sieg der Arbeit über das Kapital nichts mehr noch weniger als die „soziale Verständigung“ an sich ist. Es kommt eben darauf an, was man unter Kapital verstanden wissen will. Welcher Arbeiter wird leugnen, daß die Dampfmaschine sein bester Freund ist? Wenn diese Dampfmaschine nur kein Kapital wäre! Ihr diesen Charakter zu nehmen, um dieses Problem und um nichts anderes dreht sich der Streit von dem, wie es scheint, die GDA.-Proleten noch nichts wissen. Wenn Reinhold statt des Wortes Kapital das Wort Maschinen oder Produktionsmittel gebraucht hätte, wäre sein Satz richtig gewesen. Aber er wußte, daß im GDA. niemand anzutreffen ist, der solche Unterscheidung zu machen versteht. Darum konnte er auch gleich seine eigene Behauptung von der Harmonie der Wirtschaft umwerfen, indem er hinzufügte, daß man die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit nicht vertuschen kann, daß sie zu Recht bestehen und ausgetragen werden müßten. Und die GDA.-Proleten schluckten diese klaffenden Widersprüche, ohne zu murren. Empfanden denn die GDA.-Leute nicht, daß Reinhold sie verulkte, ja, daß er ihrem Vorsitzenden mit seinen klatschenden Widersprüchen nur eine ebensolche Ohrfeige geben wollte? Eine zu Recht bestehende Harmonie, deren Gegensätze nicht vertuscht werden können, ja ausgetragen werden müßten im ständig wachsenden Geist sozialer Verständigung! Wie werden aber diese Gegensätze ausgetragen? Streik, Aussperrung, Arbeitslosigkeit, Zölle, Krieg, Bürger- und Völkerkrieg. Eine andere Antwort auf diese Frage weiß weder Reinhold noch der Vorstand der GDA.-Proleten zu geben. Daher der stürmische Beifall.

Bastiat war der Apostel der Harmonielehre. Schulze Delitzsch war sein Schüler. Und diese Lehre wurde immer mit Begeisterung von den Vertretern des Kapitals aufgenommen und verbreitet. Bis auf den heutigen Tag. Die Unternehmer kennen nur diese Lehre. Sie haben gegen die Kritik der Sozialisten keine anderen Waffen als die, die ihnen die harmonischen Züge der wirtschaftlichen Zusammenhänge liefern. Wo diese versagen, sind sie völlig ratlos. Und nun behauptet Reinhold, daß die Harmonielehre „sogar“ bei den Unternehmern Anhänger gewinne! Die Unternehmer sind aber bisher die einzigen Verbreiter dieser Lehre gewesen, die von den Marxisten glatt abgelehnt wird, sogar unter Anwendung der Totschweigepolitik gegenüber dem, was an der Lehre richtig ist. Und es ist manches richtig an der Bastiatschen Lehre. Die Statistik liefert dafür auch schlagende Beweise. Wenn es den Unternehmern gut geht, dann geht es den Arbeitern auch gut, wenigstens weniger schlecht als dann, wenn die Unternehmer die Betriebe mangelnder Nachfrage wegen schließen müssen. In den USA zahlen die Unternehmer 8, 10 und 15 Dollar als Lohn für achtstündige Arbeit. Gleichzeitig zahlen sie hohe Dividenden. Das sieht denn bei oberflächlicher Betrachtung so aus, als ob wirklich Kapital und Arbeit auf Gedeih und Verderb zusammengehörten, d.h. daß immer hohe Dividenden bezahlt werden müßten, da-

mit auch den Arbeitern hohe Löhne bezahlt werden können. Diese seichte Auffassung liegt allen Kurpfuschereien zugrunde, die heute überall in der Welt geübt werden, und die Reinhold selbst als „wirtschaftlichen Unfug“ bezeichnete. Die Inflation gestattete die Auszahlung hoher Dividenden und niemals gab es so wenig Arbeitslose wie damals. Die Harmonie verlangt also Inflation. Die Korn-, Wucher- und Sperrzölle füllen den Agrariern die Taschen und vermehren deren Kaufkraft (auf Kosten natürlich derjenigen der Proletarier). Um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, müssen wir also Kornzölle einführen, und uns am „wirtschaftlichen Unfug“ beteiligen. Und so fort auf dem ganzen Gebiet des „wirtschaftlichen Unfugs“ von der Inflation bis hinauf zur Institution des Handelsministeriums, bis zum Reichstag, genannt Animierkneipe für höhere Zölle. Unfug, überall nichts als Unfug. Und dieser Unfug geht von der Lehre Bastiats aus, zu der die GDA.-Proleten stürmisch applaudierten.

„Zu Recht bestehen die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit“, sagt Reinhold. Und was Recht ist, soll doch Recht bleiben. Gleichzeitig aber verlangt Reinhold, daß diese Gegensätze ausgetragen werden sollen. Austragen heißt aber in diesem Satze nichts anderes als durch Streit den Streitgegenstand beseitigen. Wie sollen sich nun die vom GDA. geführten Proleten benehmen? Sollen die von Reinhold als Recht proklamierten Gegensätze fortbestehen? Wie sich diese Gegensätze als Recht auswirken, das wissen wir doch. Sollen wir ewig den Fluch der Arbeitslosigkeit ertragen? Sollen wir ewig den „wirtschaftlichen Unfug“ fortsetzen, unsere Grenzen gegen die billigen und guten ausländischen Waren sperren und uns durch diese Gegensätze in den Krieg treiben lassen, sollen wir ewig den Streikblödsinn betreiben, d.h. mit derselben Waffe, womit die Unternehmer die Löhne senken wollen (Aussperrung) umgekehrt die Löhne zu heben trachten? Ich denke, die Proletarier haben sich schon lächerlich genug gemacht. So viel haben sie gestreikt, gekämpft und nichts, absolut nichts erreicht. Soll solcher Zustand nun mit Zustimmung der Leidtragenden als Rechtszustand für heilig erklärt werden? Um damit nicht nur den Kampf zu beenden, sondern auch noch der Kritik an unseren Zuständen den Mund zu stopfen? Und wenn nicht, was dann? Reinhold verliert kein Wort über die Frage, wie die klaffenden Widersprüche aus unserer Wirtschaftsverfassung zu beseitigen sind. Er nimmt sie hin, ohne sich Gedanken dabei zu machen. Und hofft, daß „auf beiden Seiten der große Gedanke der Gemeinsamkeit und Verbundenheit für den Weg der deutschen Zukunft sich festigen werde.“ Ich glaube, daß es nicht nötig ist, die Ereignisse der letzten Zeit, den Kohlenstreik in England, die Komödie in Genf, die Einwandererpolitik in Amerika, die 2 Millionen Arbeitslose in Deutschland etc. näher zu betrachten, um für die Richtigkeit des Sprichwortes einen neuen Beweis zu erbringen: Hoffen und harren macht manchen zum Narren.

Was Bastiat nach ungenügender Prüfung als existent voraussetzte, die Harmonie der wirtschaftlichen Kämpfe, die müssen wir

erst schaffen. Die Gegensätze der Wirtschaft müssen, wenn man überhaupt noch von Recht und Unrecht sprechen will, als Unrecht erklärt und als solches beseitigt werden. Sonst bringen diese Gegensätze die Wirtschaft und damit auch den GDA. und die Welt um.

Der Proletarier war wieder am Ende seines Lateins

In der Habanna trafen kürzlich Kisten aus den Vereinigten Staaten ein, mit Maschinen für die Herstellung guter und billiger Zigarren. Die aufgeklärten Zigarrenarbeiter in der Habanna vermochten aber das Ausladen der Maschinen zu verhindern, und so fuhr das Schiff mit den guten Maschinen wieder dorthin zurück, woher es gekommen war. Die Zigarrenarbeiter aber freuen sich über ihren „Sieg“, der sie vor Arbeitslosigkeit und Lohndruck schützen soll.

Stillstand ist Rückschritt. Auch diese Politik der Cubanischen Zigarrenarbeiter muß als Stillstand, somit als Rückschritt bewertet werden. Rückschritt dient also hier als Kampfmittel gegen Arbeitslosigkeit und Lohndruck! Nun wird jeder zugeben, daß, wenn der Rückschritt für die Tabakarbeiter vorteilhaft ist, der Rückschritt auch für alle anderen Arbeiter vorteilhaft sein muß. Wir wissen, wie schlecht den Webern die Erfindung des mechanischen Webstuhles bekommen ist. Hätten doch damals die Weber den Mut der habannesischen Tabakarbeiter gehabt und hätten sie alle mechanischen Webstühle zerschlagen! Da hatten die hessischen Schiffer, die auf der Weser Papins Dampfschiffmodell zerschlugen, doch mehr Weitblick gezeigt. Und die Fuhrleute, die die Schienen der neubauten Eisenbahn wieder aufrissen, handelten sie nicht auch im Geiste der Tabakarbeiter? Und so überall in der Welt, auf allen Gebieten der Technik? Immer wird es so sein, daß der Fortschritt in der Technik die Interessen einzelner Menschen, ganzer Gruppen verletzt. Die Erfindung amerikanischer Landbauungsmaschinen gab z. B. seiner Zeit den Anlaß zu der sogen. Not der Landwirtschaft, die den ökonomischen Ruin unzähliger Gutsbesitzer und Bauern

verschuldete und die uns die Agrarpolitik brachte, von der der Gedanke des „Geschlossenen Wirtschaftsgebietes“ kam, der wieder die imperialistischen Bestrebungen weckte, mit denen wir in den Weltkrieg gerieten. (Anm. d. Verf.: Der damals von den Agrariern geforderte Bimetallismus hätte durch vermehrte Geldproduktion diese verderbliche Wirkung der Maschinerie gemildert oder aufgehoben. Besser wäre dies Ziel mit der Indexwährung erreicht worden.) Hätten wir doch auch damals die landwirtschaftlichen Maschinen bei ihrer Ausschiffung in Hamburg zerschlagen! Dann könnten die Bäuerinnen heute noch das Korn mit Flegeln dreschen und hätten den ganzen Winter über die schöne Arbeit von morgens 2 Uhr bei einer trüben Stallaterne bis abends 6. Wie herrlich wäre es gewesen und wie gut würde uns da das mit der Hand von schwitzenden Menschen gedroschene Korn schmecken! Und wie idyllisch der Gedanke, daß das Brot uns nicht auf kalten Eisenbahnschienen zugeführt wird, sondern auf gemütlichen Landfuhrwerken, gezogen von wiederkäuendem Gestier! Wie interessant waren die auf schweißtriefenden Pferden durch einen besonderen Kurier überbrachten Eilbriefe mit der Mitteilung, daß die Schwiegermutter unterwegs sei, wie interessant, verglichen mit der heutigen telephonischen Mitteilung gleichen Inhalts!

Es fehlte eben damals wie noch heute an entschlossenen Männern, wie sie in der Habana jetzt aufgetreten sind. Es fehlt überall der Arnold von Winkelried, der sich dem Fortschritt der Technik, der Arbeitslosigkeit und dem Lohndruck entgegenzustemmen weiß, unter Umständen mit Opferung des Lebens, bis daß der Lohn des mit Maschinen arbeitenden Proletariers, der heute in Amerika – dank diesen Maschinen – bereits 8 Dollar täglich erreicht hat, wieder auf das Niveau des cubanischen Landarbeitslohnes gesunken ist.

Auf also, laßt uns die Habannesen nachahmen! Zerschlagen wir allgemein alle Maschinen, alle Eisenbahnen, Druckereien, Telegraphen, alles, restlos alles, was die Arbeit erleichtern könnte, bis hinab zur Steinaxt, die die Produktivität der menschlichen Arbeit doch auch ganz ungebührlich steigerte. Fort mit all diesem Unsinn, und wenn es nicht reicht, so hauen wir allen Männern eine der beiden Hände ab! Wie viel mehr Zigarrenarbeiter werden

in der Habanna nötig sein, wenn sie nur mehr eine Hand haben!

Kratzen wir die Ackerkrume mit unseren Fingernägeln auf, zünden wir das Feuer durch stundenlanges Reiben von Holz an. Dann werden wir wieder richtig wie früher in Höhlen leben dürfen.

Die habanesischen Tabakarbeiter sind keine Kapitalisten, die warten können, bis daß sich die Rückwirkungen der Zigarrenverbilligung fühlbar bei anderen Industrien machen werden. Sie haben auch nicht das Geld, um etwa im Ausland Arbeit zu suchen. Sie leben von der Hand in den Mund und müssen darum auch eine Hand-zum-Mund-Politik betreiben und vor der Welt als Maschinenstürmer sich lächerlich machen. Die Zerschlagung der Maschinen ist vom Standpunkt der Proletarier vollständig vernünftig. Wie unvernünftig aber muß eine Wirtschaftsordnung sein, in der offener Blödsinn zum Mittel der Selbsterhaltung wird, wo der Kampf ums Dasein die Masse des Volkes zu widersprechenden, blödsinnigen, barbarischen Maßnahmen drängt, wo sie vom Rückschritt fortschrittliche Folgen für sich erwartet! Ja, wahrhaftig, wie blödsinnig muß die Wirtschaftsordnung der Leute sein, die über die Politik der Tabakarbeiter lachen!

Wie verlaufen aber nun die Dinge in der von uns erstrebten physiokratischen Ordnung? Müssen dann auch noch zum Schutze gegen Arbeitslosigkeit und gegen Lohndruck die Maschinen zerstört werden, mit denen man die Arbeit zu erleichtern sich bestrebt? Können wir dem Mann, der als Zigarrenarbeiter alt und grau geworden ist, versprechen, daß ihm die Erfindung von Zigarrenmaschinen keinen Schaden zufügen wird, daß er bis an sein Lebensende Zigarren wird drehen können, auch etwa dann, wenn es keine Nachfrage nach seinen Zigarren mehr gibt, entweder weil die Maschine billiger und besser arbeitet, oder weil man den Tabak nicht mehr raucht (kaut oder schnupft) sondern ihn kocht und ihn wie Kaffee genießt?

In der physiokratischen Ordnung werden Nachfrage und Angebot nach wie vor die Preise der Arbeitsprodukte bestimmen. Hier muß jeder für sich sorgen. Kein Gott, kein Bonze und kein Tribun hilft da dem Arbeitslosen.

Wer hier durch eine neue Technik überflüssig gemacht ist, der muß sich nach einem neuen Erwerb umsehen, genau, wie das heute der Fall ist. Doch werden die Umstände wesentlich anders sein. Proletarier, das heißt, eigentumslose Menschen, die von der Hand in den Mund leben, die nicht die Mittel haben, einen neuen Beruf zu erlernen, in ein anderes Land zu ziehen, für die eine Arbeitspause von einem Monat oder Jahr zur Katastrophe wird, die wird es überhaupt nicht mehr geben.

Das Vermögen, das heute in den Händen weniger liegt, wird in mächtig erweitertem Umfang verteilt sein unter die Masse des Volkes und so wird jeder einen durch Betriebsumstellungen oder sonstwie erlittenen Schlag wohl ertragen können. Auch an die Mutterrente soll hier erinnert werden und an Freiland, wo jeder, der in den Städten Schiffbruch erleidet, einen letzten Zufluchtsort finden wird. Aber das wesentlich Neue der physiokratischen Ordnung ist folgendes: Werden durch die Einführung neuer arbeitssparender Maschinen die Zigarren verbilligt, so muß sich sofort auf anderen Gebieten eine neue Nachfrage nach Waren zeigen, denn das Geld (Freigeld), das die Raucher an den verbilligten Zigarren sparen, muß irgendwo und zwar sofort zum Vorschein kommen, entweder in den Sparkassen, von wo aus es dann mit verstärktem Druck den Unternehmern angeboten wird, oder direkt in den Läden.

Zur Befriedigung dieser neuen zusätzlichen Nachfrage, die sich auf alle Gebiete der Industrie verteilen wird, müssen überall neue Arbeiter angestellt werden. Würden z. B. in Deutschland die Zigarren durch die Maschinen um etwa 100 Millionen Mark verbilligt, so werden sofort in der physiokratischen Ordnung auch für 100 Millionen andere Produkte nachgefragt werden – Theaterbilletts, Pillen, Schnäpse, Literatur usw. Die Unternehmer würden sich die hierzu nötigen Arbeiter gegenseitig abluxen, so daß die überschüssig gewordenen Zigarrenarbeiter leicht irgendwo einen Unterschlupf finden dürften, und zwar um so leichter, als es keine Reserve-Arbeiterbataillone mehr geben wird.

Zu beachten ist auch hier, daß in der physiokratischen Ordnung die Arbeiter zumeist selber die Aktie der Fabriken besitzen werden und daher auch selber darüber zu bestimmen

haben werden, wann und in welchem Tempo die maschinelle Umstellung stattzufinden hat. In der physiokratischen Ordnung wird der Typus des Proleten, der vom kaufmännischen und technischen Betriebe kaum eine blasse Ahnung hat, nach und nach, aber auf Nimmerwiedersehen verschwinden und durch einen Menschen ersetzt werden, der mit Umsicht und Selbstverantwortung seine Interessen zu wahren verstehen wird, besser vielleicht, als es heute der Durchschnittsaktionär versteht.

Unter solchen neuen Verhältnissen würde das Vorgehen der Zigarrenarbeiter der Vuelta de Abajo kein Verständnis und noch viel weniger Unterstützung in der Öffentlichkeit finden. Niemand dürfte es dann noch wagen, einen Unternehmer daran zu hindern, arbeitssparende Maschinen aufzustellen, oder ihn gar zu zwingen, bereits aufgestellte Maschinen wieder abzureißen. Bei uns, so wird es da heißen, herrscht der Wettbewerb uneingeschränkt. Sehe ein jeder, wo er bleibe. Bei uns wird gekämpft von früh bis spät, von der Wiege bis zum Grabe. Wehe den hier Besiegten! Wir sind keine Versicherungsgesellschaft gegen den Fortschritt und weil wir das nicht sind, weil jeder als Konsument seine Interessen dadurch wahrt, daß er auf allen Gebieten dem Fortschritt freie Bahn schafft, stehen wir da, wo wir sind ... individuell stark, wohlhabend und stolz.

Wie man für unsere Zeitung werben kann

Wir sind eine proletarische Organisation und ihr wird es gehen, wie allen solchen Organisationen, wir werden ewig dicht vor dem Bankrott stehen, wenigstens so lange wir keine Kompromisse machen und Geld von Leuten annehmen, die unsere Organisation anderen Zielen dienstbar machen möchten. Auch mit Annoncen, die sonst den Großteil der Zeitungskosten decken, können wir nicht rechnen. Nur das Geld des Abonnenten und die Größe der Auflage kann uns über Wasser halten. Darum sollte jeder Physiokrat stets überlegen, wie er neue Abonnenten gewinnen kann.

Ein Mittel, das nichts kostet und jedem zur Verfügung steht, ist die Weitergabe der Zeitung, nachdem man sie gelesen hat, an andere, entweder auf der Bahn an Mitreisende, in der Fabrik an Bekannte, oder unter Kreuzband an Personen, die man glaubt für unsere Ziele interessieren zu können.

Das Aufbewahren der Zeitung, überhaupt unserer Literatur hat keinen Zweck. Man liest doch niemals eine abgelegte Zeitung wieder. Jeder Tag bringt seine Zeitung. Die Verwendung aber der Zeitung als Papier bedeutet für unsere Kreise und Ziele eine verbrecherische Verschwendung.

Wie das Waerageld ewig rollt, so sollte auch unsere Literatur ewig von Hand zu Hand gehen. So allein können wir unsere Zeitung vor dem Bankrott schützen.

Der Begriff „große Masse“.

Oft wird uns der Rat gegeben: *wendet euch an die große Masse!* Aus welchen Elementen setzt sich nun die „große Masse“ zusammen und wo ist sie zu finden? Der Proletarier sagt stolz: wir bilden die große Masse. Wer die große Masse sehen will, muß früh aufstehen und zur Stunde auf die Straße gehen, wenn die Fabriken die Tore öffnen.

Mit dieser Definition werden alle diejenigen aus der großen Masse ausgestoßen, die als selbständige Arbeiter ihr Brot verdienen. Im Programm des FKB. wird der Proletarier, der für uns die große Masse bildet, wie folgt definiert:

„Als Proletarier im geläufigen Sinne des Wortes sind hier die Massen der unselbständig gegen Lohn (Gehalt) Arbeitenden zu verstehen (Industrie-, Verkehrs- und Landarbeiter“

Es würde sich empfehlen, einen Versuch zu machen, nach dieser Definition den Begriff „Große Masse“ statistisch zu erfassen. Vielleicht gäbe es da eine Überraschung für viele von uns.

So wird z.B. heute mancher staunen, wenn er erfährt, daß es in Berlin 71 904 *selbständige Handwerker* gibt, Personen also, die mit eigenen Produktionsmitteln selbständig und selbstverantwortlich wirtschaften und auf die die Bezeichnung *Proletarier* laut Definition ebensowenig anwendbar ist, wie etwa auf die Millionen selbständiger Bauernbetriebe. Diese 71 904 Handwerker bilden mit ihren Angehörigen über 10 Prozent der Berliner Bevölkerung. Sie rechnen *nicht* zur großen Masse, obschon sie selbst bereits eine ansehnliche Masse bilden. Diese Masse setzt sich wie folgt zusammen: 17 836 Schneider, 6 647 Schuster, 4 501 Friseure, 4 369 Fleischer, 3 549 Bäcker. Installateure, Klempner, Maler, Kürschner, Putzmacher, Tischler, Uhrmacher etc. liefern den Rest. Letztere müssen natürlich laut Definition zu der großen Masse zugezählt werden, müssen aber politisch getrennt genannt werden, da es sich zumeist um Minderjährige (Lehrlinge) handelt.

Ob diese 79 000 Handwerker politisch zur großen Masse gerechnet werden können, kann man nur durch eine Umfrage erfahren. Oft wird solch ein Handwerker aufschauen, wenn man ihm den Ehrentitel Proletarier gibt. Auch die Frauen dieser Handwerker gehören selten dem Proletariat an, d. h. sie rechnen sich selbst nicht dazu. Sie führen den Haushalt und helfen im Geschäft.

Sie mögen oft ein geringeres Einkommen haben, diese Handwerker, als die Industrieproletarier und auch mehr Sorgen. Aber gerade diese *Sorgen* sind es, die den Handwerker grundsätzlich vom Proletarier trennen, der *nicht* zu disponieren, zu rechnen, zu überlegen, vorauszuschauen braucht, für den der Unternehmer denkt und handelt, wie der Bauer für das im Stall gepferchte Schwein. Diese Sorgen sind es, die den Handwerker so oft auch für große Aufgaben vorbereiten und befähigt machen, und die es bedingen, daß man bei ihm oft umsonst den Stempel des im Hof gezüchteten Stalltieres sucht, und schließlich daß man ihn politisch individuell einzuschätzen hat. Abgesehen Von den wenigen Anarchisten und Syndikalisten verläßt sich die Masse der Industriearbeiter auf das Urteil ihrer *Führer*. Weil der Proletarier wirtschaftlich nicht zu denken und zu handeln braucht – sogar die Lohnverhandlungen sind ihm genommen und den Gewerkschaften übertragen worden —, verlor er auch die Fähigkeit, sich ein selbständiges politisches Urteil zu bilden. Das ist beim Handwerker viel seltener der Fall, viel seltener auch als bei den Beamten, auch den höchsten Beamten, die man in dieser Beziehung getrost zum Proletariat rechnen kann. Statt des Unternehmers sorgt hier der Staat für das Schwein im Stall. Auch der Beamte braucht nicht zu überlegen und zu disponieren, auch bei ihm muß darum das Urteilsvermögen verkümmern. Gehören aber darum die Beamten, die Staatsanwälte, die Richter, die Postdirektoren, die Hofprediger, die Staatsopernsänger, die Studienräte usw. zum Proletariat, zur großen Masse? Versuche es einer, diese Mitbürger mit dem Ehrentitel *Proletarier* anzureden! Versuche es einer, in diesen Kreisen Abonnenten für die „*Letzte Politik*“ zu werben! So lange die Beamten in der Inflationszeit schlecht bezahlt wurden, rechneten sich manche von ihnen zum Proletariat und gingen auch politisch mit ihm. Seitdem man die Gehälter aufgewertet hat, ist den Beamten das revolutionäre Ziel des Proletariats uninteressant geworden. Sie sind mit sehr geringen Ausnahmen wieder zu Stützen des Staates, des kapitalistischen Staates geworden. Wir müssen sie glatt in politischer Hinsicht von der „*großen Masse*“ in Abzug bringen. Und das werden gewiß *nicht weniger als zehn Prozent* der Bevölkerung sein.

Von der großen Masse sind ferner in Abzug zu bringen: die Masse der Angehörigen der *freien Berufe*, die Pfaffen, die Ärzte, die Advokaten, die Zeitungsschreiber und Literatenfabrikanten, die

Nackttänzerinnen, die Gewerkschafts- und politischen Bonzen, die Musiker, die Filmstars, die Gerichtsvollzieher, Notare, Küster, Totengräber, Konkursverwalter, Bücherrevisoren, Zahnärzte, Gastwirte, Köche, Gesang- und Klavierlehrerinnen, Büro für Steuerberatung und Steuerhinterziehung, Architekten und Baumeister, Chemiker, Konditoren, das Militär (100 000 Mann), Masseur und Masseusen, Schauspieler, Privatiers. (Diese verschiedenen Berufsbezeichnungen sind einer Spalte des Telephonadreßbuches entnommen.)

Man kann diese Liste endlos weiterführen (in England gibt es 30 000 freie Berufe, in Deutschland wahrscheinlich nicht weniger). Wäre es zu viel, wenn wir die Zahl dieser Leute mit ihren Angehörigen doppelt so hoch wie die Zahl der Handwerker, also mit *20 Prozent der Gesamtbevölkerung* einschätzen? Wäre es verkehrt, wenn wir diese Masse politisch nicht zum Proletariat rechneten?

Nun kommt aber noch ein Posten, der ebenfalls von der großen Masse abbröckelt ... das Riesenheer der *Kaufleute* aller Gattungen. Ich will nur hier einige der hauptsächlichsten Arten dieses weitverzweigten Gewerbes nennen. D. h., ich brauche sie gar nicht zu nennen, sie sind ja sichtbar. Es gibt kaum ein Haus dieser Riesenstadt bis weit in die Vororte hinaus, dessen Erdgeschoß nicht für Läden eingerichtet ist. Und in jedem dieser Läden sitzt ein Mann, der sich durchaus nicht zum Proletariat und zur großen Masse zählen lassen will. Dazu kommen die Unzahl von Kaufleuten, die keine Läden haben, die Agenten und Subagenten, die Geschäftsreisenden, die Hausierer, die Bankiers, die Versicherungsgesellschaften, die Lotterieleute, Viehhändler, Getreide- und Obstaukäufer.

Unzählig sind sie. Ein Mensch arbeitet, der zweite handelt mit den Produkten des ersten und der Dritte lebt von dem, was die beiden ersten ihm abliefern für die Benutzung des Bodens und des Kapitals. Zum Proletariat aber rechnet sich nur der Erste, der, der die Landarbeiten leistete. Und das auch bei Leibe nicht in allen Fällen.

Ein ziemlich zutreffendes Bild von der „Großen Masse“ liefert das Telephonadreßbuch. Hier sind alle Berufe vertreten, mit Ausnahme derjenigen, die die Domäne des Proletariats bedeuten. Das Berliner Adreßbuch zählt über 260 000 Namen. Rechnet man zu jedem Namen etwa 5 Familienangehörige (Kinder, Großeltern, Schwägerinnen) so hat man hier bereits eine Masse, die *rund 50 Prozent der Bevölkerung ausmacht, die wir von der proletarischen „großen Masse“ in Abzug bringen müssen.* Von den übrig-

bleibenden 50 Prozent müssen wir dann noch alle diejenigen in Abzug bringen, die kein Telephon haben, sich aber auch nicht zum Proletariat rechnen. Wo steckt also nun die „Große Masse“?

Und welche Aussichten hat diese Masse in Bezug auf die weitere Entwicklung? Die Führer der „großen“ Masse sprechen selbst oft von der gewaltigen Produktivkraft der heutigen mit Maschinen arbeitenden Menschen. Wie wäre es nun, wenn diese Produktivkraft noch weiter wie bisher wachsen würde, wenn diese Produktivkraft schließlich so groß würde, daß vom Produkt *eines Arbeiters* nach Zahlung des Lohnes so viel übrig bliebe, um *2 bis 3 und mehr Schmarotzer* zu ernähren? Auf diesem Wege sind wir schon lange. Die große Masse liegt politisch schon heute *rechts* vom proletarischen Trennungsstrich. Geht die Entwicklung weiter, dann kommt mit Notwendigkeit der Tag, wo die heute sogenannte große Masse zur politischen und auch revolutionären Bedeutungslosigkeit hinabsinkt, wo dieses Häufchen Unglück dann vollkommen vom guten oder bösen Willen der Schmarotzer abhängig sein wird, wo der Gedanke einer Revolution dieses Proletariats ebenso kindisch sein würde, wie etwa heute eine Revolution der im Käfig eingesperrten Haustiere.

Darum, o Proletarier, wenn Du Deines Glückes Schmied werden, kein passives Glied der menschlichen Gesellschaft bleiben willst, *so rechne nicht mit der Zukunft*. Sie ist in diesem Sinne gegen Dich gerichtet. Wirtschaftlich mag es Dir immer besser gehen, je weniger Du Dich in öffentliche Angelegenheiten mischst – wie z. B. in Nordamerika, wo das Proletariat politisch so gut wie keine Rolle spielt und sich dennoch den höchsten Lohn erhandeln konnte. Aber es wird nicht Dein Werk sein. Und weil es nicht Dein Werk ist, hast Du auch keine Gewähr dafür, daß keine Gesetze erlassen werden, die die weitere Besserung deiner Lage unmöglich machen. (Die Kornzölle sind z. B. ein Versuch, die Grundrente auf Kosten des Lohnes zu heben.)

Darum zögere nicht, stolzer Proletarier, warte nicht, bis daß es zu spät ist. Noch hast Du, wenn auch nicht an der Wahlurne, (die Dich ewig verraten wird), so doch virtuell die Übermacht. Wenn Du nicht weißt, was und wohin Du willst, so brauchst Du auch keine Führer. Bist Du aber im Ziel und in den Mitteln einig mit den anderen, so fordere von Deinen Führern unverweilt das Signal zum Losschlagen. Denn, das vergesse ja nicht, die Lage kann sich für Dich durch Warten nur verschlechtern. Wenn Du

jetzt nicht frei bist für Deinen Zukunftsstaat, dann wirst Du es sicher nie sein.

S. Großmaul.

Nachschrift. Zu dem Gesagten mögen manchem die folgenden Erklärungen zum vollen Verständnis nötig werden: Nach dem Naturgesetz birgt die Erde immer so viele Lebewesen, wie sie ernähren kann. Es geht nichts verloren. Auch die Zahl der Menschen erweitert sich mit der Menge der zur Verfügung stehenden Lebensmittel. Mit der Einführung des Pfluges verdoppelte sich die Zahl der Menschen, mit der Kartoffel verdoppelten sich die Seelen wieder einmal und mit der Verallgemeinerung der Jauchegruben hatten die Seelen wieder verdoppelten Spielraum. Wenden wir das Gesagte auf die Klassen an, so ergibt sich folgendes: Mit dem, was die Rentner heute im Durchschnitt verzehren, kann man eine zehnfache Zahl von Rentnern ernähren. Es ist darum anzunehmen, daß die Zahl der Rentner sich mit der Zeit verzehnfachen wird, ohne daß es darum nötig ist, daß deren Einnahmen sich vermehren. Bei der vermehrten Zahl entfällt dann auf den Einzelnen so viel, daß er sich erhalten kann, wie bei der Erbschaftsteilung in einer kinderreichen Rittergutsfamilie, wo anstelle von einem Rentner nun vielleicht zehn stehen, ohne daß die zur Verfügung stehenden Lebensmittel größer geworden wären. Sie leben mäßiger, aber sie leben darum vielleicht länger und hinterlassen eine größere Brut. An der Wahlurne stehen aber dann zur Verteidigung der Vorrechte nicht ein Mann, sondern zehn. Und wenn die Wahlurne keinen Schutz mehr bietet, dann sind zehn Mann mit Gewehr dort, wo heute nur einer steht. Die Klasse, die die größten Einnahmen hat, muß darin gesetzmäßig auch die zahlreichste sein oder wenigstens werden. Sie und keine andere bildet dann die große Masse.

D.O.

[Pseudonym für S.Gesell / Die Red.]

Schacht vor dem Geld- und Kreditausschuß der Wirtschaftsenquete

Es hat immer Nörgler gegeben, die nicht mit der Reichsbank zufrieden waren. Nörgler, nur Nörgler. Und die Reichsbank hat sie immer leicht abschütteln können. Sie antwortet übrigens immer auf solche Nörgeleien, um dem Pöbel zu zeigen, daß es demokratisch zugeht in dieser wunderbaren Republik. Wenn aber die Reichsbank sich ernsthaften Kritikern gegenüber sieht, die auf *Klärung der Geldtheorie* hinarbeiten, dann – *schweigt* die Reichsbank, auch dann, wenn ihr *falsche Dispositionen nachgewiesen* werden. Sie läßt sich also immer auf Geschwätz, niemals auf theoretische Erörterungen ein. Sie fürchtet ihre Schwäche oder sich festzulegen. In dieser Sache befolgt sie das Rezept Kochs und Havensteins, die sich niemals an theoretischen Erörterungen beteiligten. Wohin das System führt, hat uns die Inflation gezeigt, die unmöglich gewesen wäre, wenn die Reichsbank die Kritiker mit derselben Aufmerksamkeit behandelt hätte, mit der sie den Nörglern und Schwätzern entgegentritt. „*Der Physiokrat*“ (Redakteur Georg Blumenthal) zeigte z.B. gleich zu Beginn des Krieges, wohin die Papiergeldwirtschaft der Reichsbank führen müsse, er zeigte, daß, wenn die „Deckung“ schon in Friedenszeiten, wenn die Grenzen offen sind, als gefährlicher Unsinn bezeichnet werden muß, in Kriegszeiten, wenn die Grenzen gesperrt sind, solcher Unsinn zur Narretei wird. Havenstein hielt es für gut, solche Kritik durch die Kriegszensur unterdrücken zu lassen. Dabei begnügte sich der „*Physiokrat*“ nicht mit der Kritik. Er zeigte, was an die Stelle der Notenüberschwemmung zu setzen sei. Die *antikapitalistische* Kriegsfinanzierung, die der „*Physiokrat*“ forderte, hätte die Währung und die Finanzen während der Dauer des Krieges und darüber hinaus gesund erhalten, freilich, freilich, mit solcher antikapitalistischen Kriegsfinanzierung wäre die *Kriegsbegeisterung* bei denen, die etwas haben, alsbald *auf den Gefrierpunkt dahingesackt*.

Vor der Wirtschaftsenquete sagte *Schacht*: „Die Geldpolitik der Reichsbank bestand bisher darin, einen möglichst großen Gold-

schatz zu sammeln. Wir brauchen auch viel Gold, denn es sind nicht nur die *Reichsbanknoten* zu decken, sondern auch die *Rentenbankscheine*, die *Scheidemünzen* und die *Giro Guthaben*. Besonders der Umlauf an Scheidemünzen ist so angewachsen, daß der Verkehr damit voll gesättigt ist, und eine Golddeckung ist auch hierfür umso mehr erforderlich, als die Legierungen (der Silbergehalt) der Münzen bedeutend schlechter sind als vor dem Krieg. Dann ist noch folgendes zu beachten: wenn der Markkurs eines Tages den unteren Goldpunkt berührt (z. B. wenn der Dollar auf etwa 4,24 Mark steigt), dann muß die Reichsbank auch bereit sein, so viel Geld wieder abzugeben, als zur Kursregulierung erforderlich ist. Das alles bedingt einen möglichst hohen Goldbestand, den sich die Reichsbank allmählich ansammeln konnte. Die Reichsbank will gern den Zinsverlust in Kauf nehmen, der damit verbunden ist, daß das Gold in den Kellern lagert, wenn sie damit ihr Ziel erreicht: den Landeszinsfuß zu senken und niedrig zu halten.

All der hier aufgehäufte Unsinn ist als solcher in unserer Literatur bis zum Überdruß aufgezeigt worden. Unsere Leser mögen daraus ersehen, wie wenig Erfolg wir bisher mit unseren Bemühungen gehabt haben. Wenn wir zu den *Hottentotten* gesprochen hätten, der Erfolg hätte dort nicht viel geringer sein können. Wenn keine *Macht* hinter den wirtschaftlichen Theorien steckt, dann können sich die Theoretiker getrost begraben lassen. Es stimmt durchaus, was Prof. Brentano sagte: Jede Partei bringt ihre Theorien mit in die Regierung und verschafft ihnen Geltung dort und in der offiziellen Wissenschaft (so ähnlich).

Macht ist alles in allem. Was braucht sich der Mächtige noch um die Theorie zu kümmern, einerlei, was mit seiner Macht Schacht macht, Unsinn oder Narretei, das Volk stellt sich darauf ein und es geht auch so. Es geht *anders*, *schlechter* für die große Masse, aber *ausgezeichnet* für die Schieber, Spitzbuben und Schwindler. Und wenn es *denen* nur lange genug gut geht, so geht auch mit dem so gewonnenen Geld die öffentliche Macht auf sie über. Dann muß Schacht nach der Melodie seiner eigenen Geschöpfe tanzen. Welche Macht hatte Stinnes durch die Inflation erreicht! Und gehorchte nicht die Notenpresse schließlich der Macht, *die sie selbst kreiert hatte?*

Schacht gibt dem Goldschatz eine ganz neue Bedeutung und neuen Zweck. Für ihn ist der Goldschatz mehr als eine bloße Re-

serve zur Sicherung der Einlösbarkeit der Noten. Für diese genügt erfahrungsmäßig eine ganz kleine Summe, die noch obendrein mit vielen Vorteilen durch Devisen ersetzt werden kann, wie das Belgien gezeigt hat, wo man jahrzehntelang statt Gold Devisen als Notendeckung und als Reserven benutzte, den Zins des Goldes dadurch sparend. *Schacht* will mit den Goldbeständen die Noten, die Rentenbankscheine, die Scheidemünzen und die Giro Guthaben decken! Das will er heute. Morgen wird er sagen: wir müssen auch alle auf Mark lautenden deutschen Obligationen mit Gold sichern. Denn was nützt es dem deutschen Volk, wenn die Banknoten und die Giro Guthaben, die Scheidemünze und die Rentenmark mit Gold gedeckt sind, wenn die 10 oder 1000 mal größeren Beträge, die in Hypotheken und sonstwie angelegt sind, dieses Schutzes entbehren müssen?

Die *Deckung der Scheidemünzen und der Giro Guthaben durch Gold* ist einfach *Unfug*. Ein Unfug, der dem deutschen Reich einen Haufen Geld an Zinsen kostet, ohne den allergeringsten Nutzen. Denn der Fall, daß auch noch die Scheidemünzen zur Einlösung präsentiert werden könnten, kann nur *dann* eintreten, wenn vorher alle Banknoten bereits eingelöst worden sind, wenn also das deutsche Volk sich ohne Geld zu behelfen hätte. Wer aber mit diesem Fall rechnet, der rechnet mit dem Kommunismus, denn nur die kommunistische Wirtschaftsordnung kann des Geldes entraten. Ich glaube aber, daß *Schacht* zu allerletzt an den Kommunismus denkt, wenn er die Deckung der Scheidemünzen mit *Gold* verlangt.

Die Begründung, die *Schacht* für die Deckung der Scheidemünzen gibt, ist *noch toller* als die Forderung selbst. Weil die Scheidemünzen noch weniger Silber als früher haben, müssen sie, so sagt *Schacht*, umso besser gedeckt werden. Was sagt nun die Erfahrung dazu? Über 50 Jahre liefen die Thaler in Deutschland pari mit den Goldmünzen und den Banknoten. Und sie wären heute noch in Umlauf, wenn sie nicht *ihres Silbergehaltes wegen eingeschmolzen worden wären!* Wenn nun diese Erfahrung gegen die Theorie des Papiergeldes verstöße, dann könnte *Schacht* sagen: *die Erfahrung trägt*. Aber hier steht die Erfahrung auf allen Vieren in Übereinstimmung mit der Theorie, die besagt, daß das Geld *keiner anderen Deckung bedarf* als die *Arbeitsteilung* und eine sinngetreue *Verwaltung*.

Die jetzigen günstigen Erfolge der amerikanischen Währungspolitik sind auch wieder ein neuer Beweis für das Gesagte. Die relative Stabilität des Indexes ist dort nicht etwa den Goldmassen zu verdanken, sondern allein dem Umstand, daß in Amerika eine „aktive Währungspolitik“ betrieben wird, wie wir sie immer schon für das Papiergeld gefordert haben. Überließe man in Amerika die Währung den Beamten, die keine weiteren Sorgen hätten, als Dividende zu verteilen und den Goldschatz zu hüten, wie das bisher in Deutschland war und ist, so würde eine gewaltige Inflation die unmittelbare Folge sein. So daß wir heute sagen können: *die amerikanische Währung (manipulated goldstandard) ist eine Tat*, kein Stoff. Nicht Gold, Blech, totes Metall deckt die amerikanische Währung, *Männer* decken sie.

Zwar, hm, diese Männer, was sie im Schilde führen, wer vermag das zu sagen? Kein Gesetz macht diesen Männern Vorschriften. Sie handeln frei, nach Gutdünken. Vielleicht sind es Spitzbuben, Kreaturen Morgans, die nach Morgans Plänen den Dollar manipulieren und *heute* stabil erhalten. Aber sei dem, wie ihm sei: seit vier Jahren erfreuen sich die USA einer nie gehabtten Stabilisierung des Indexes und aller günstigen Folgen, die man davon erwarten kann. Und diese Stabilität verdanken sie allein ihrer Währungspolitik. Wollen die Amerikaner einen dauernd festen Index, so brauchen sie nur dauernd die gleiche Politik zu betreiben (daß diese Politik bald mit dem Zins in Konflikt geraten würde, soll allerdings hier nicht unerwähnt bleiben).

Womöglich noch überflüssiger als für die Scheidemünzen erscheint die Golddeckung für die Giro Guthaben. Bei den Giro Guthaben ist die Reichsbank der *Gläubiger*. Das Guthaben kann der Reichsbank schlimmsten Falles nur *zurückgezahlt* werden. In diesem Fall wirft die Reichsbank die hier eingehenden Banknoten in den Ofen. Dann ist das Giro Guthaben in Soll und Haben liquidiert. Wozu also hier eine Golddeckung? Etwa zur Sicherheit des Geldes, das andere ihr schulden! Sonst verlangt man doch *umgekehrt* vom Schuldner die Sicherheiten. *Schacht* rechnet offenbar die Giro Guthaben, ähnlich wie der Buchhalter der Reichsbank es mit den Banknoten tut, zu den Passiven der Reichsbank. Und als guter Buchhalter verlangt er Deckung für diese Passivposten. Was aber für den Buchhalter *richtig* ist, das ist hier für den Leiter der Notenbank *falsch*. Schacht ver-

kennt vollkommen seine Aufgabe. Schacht ist *nicht* Buchhalter, für den Leiter der Notenbank sind die Noten und die Giro Guthaben *keine* Passiva. *Zinstragendes Kapital* sind die Noten und die Giro Guthaben. Oder sind es etwa *Passivzinsen*, die die Reichsbank alljährlich als Dividende verteilt? Diese vollkommene Verkennung des Charakters der Banknoten kostet das Deutsche Reich alljährlich den Zins von 1,5 Milliarden Goldmark!

Wenn aber das nur der einzige Nachteil wäre, den wir von der falschen Auffassung Schachts vom Wesen der Banknote zu erwarten haben! *Schacht* macht für die Goldwährung Reklame! Und hinter Schacht steht die gewaltige deutsche Industrie. Solche Reklame will also etwas heißen. Seit dem militärischen Zusammenbruch wächst Deutschlands Ansehen in der Welt schnell und man achtet auf alles, was hier gemacht wird. Und wenn *Deutschland* zur Goldwährung zurückkehrt, so werden andere *Staaten* versuchen, Deutschlands Beispiel zu folgen. Dann beginnt wieder der alte Kampf um die „zu kurze Decke“, der erfahrungsmäßig zu Krisen, Schutzzöllen, zur nationalistischen Wirtschaftspolitik und schließlich zum Krieg führt. Und wir haben die Reparationen in Gold zu zahlen, deren Gewicht in demselben Maße wächst, wie Schacht als Kommis Voyageur für die Goldwährung Erfolg hat und der Kampf um die zu kurze Decke härter wird. Zwar ist im Reparationsvertrag die Klausel eingeschmuggelt worden, daß bei den Zahlungen *Rücksicht auf den Index* genommen werden soll, und auch auf den allgemeinen Geschäftsgang. Aber geschenkt wird uns dabei nichts, sondern nur gestundet. Bei einem flotten Geschäftsgang, wie ihn die *Indexwährung* für die ganze Welt gewährleisten würde, ist selbst die Höchstleistung auf Reparationskonto von jährlich 6 Milliarden Goldmark eine erträgliche Last. Ein Bruchteil davon aber wird zur drückenden und erdrückenden Last, wenn die Volkswirtschaft überall auf Minimalleistungen eingestellt werden muß. Und dahin führt mit *absoluter Sicherheit* der durch Schacht eingeleitete allgemeine neue Siegeszug der Goldwährung.

Aber *Schacht* verspricht mit seiner Goldpolitik und Golddeckung *noch mehr*. Je größer die Golddeckung, umso niedriger der Zinsfuß, so sagt er. Er will den Zinsfuß in Deutschland senken. Mit Gold will er den Zinsfuß senken! Fort mit Schacht! Er ist und bleibt ein Schwätzer.

In Deutschland wird gestohlen

Ein Volk, das gefühllos zuschaut, wie den Greisen die für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit gesparten Groschen vom Staat veruntreut werden, das impassibel zuschaut, wie sich die Greise sodann erhängen und erschießen, ist *nicht wert*, daß es auf dieser Erde weiterlebe. Es verunstaltet durch sein Dasein die Schöpfung. Es muß fort, es muß vernichtet, ausgerottet werden, wenn es nicht Buße tut und den Räubern die Beute abjagt, um sie den rechtmäßigen Besitzern zurückzugeben. Den Sparkassenbuchbesitzern muß das gestohlene Gut restlos und mit Zinseszins zurückgegeben werden. Mit einer Aufwertung von einigen Prozenten ist es nicht getan. *Restlos* soll hier das Verbrechen gutgemacht werden. *Der Reichspräsident hat sich persönlich bei jedem einzelnen Opfer zu entschuldigen, treppauf, treppab, im ganzen Reich.*

Ungeheuer, gar nicht abzuschätzen ist der Schaden, den die deutsche Volkswirtschaft bereits dadurch erlitten hat, daß das *Vertrauen* zu den Sparkassen vernichtet wurde. *Noch größer* der Schaden, den sie aus derselben Quelle noch zu gewärtigen hat. *Schacht* verspricht durch Mehrung des Goldschatzes den Zinsfuß in Deutschland zu *senken!* Ein Narr, der nicht bei diesem Worte Schachts lacht. Wenn Schacht den Zinsfuß *heben* will, dann braucht er den *Goldschatz* und damit den Geldumlauf nur zu *verstärken*. Den Zinsfuß aber *senkt* man durch Versetzung der Volkswirtschaft in *Vollbetrieb* und durch sparsames Wirtschaften des ganzen Volkes. Letzteres erreicht man nur dadurch, daß das Vertrauen zu den Sparkassen wiederhergestellt wird. Alles andere ist *Unsinn*, *Unsinn*, weiter nichts als *Unsinn*, Herr Schacht! Wie aber könnte man das Vertrauen der bestohlenen Sparer wieder herstellen, wenn nicht durch öffentliche Buße, durch die von den höchsten Behörden eingestandene Tatsache, daß sie die Sparer im Interesse anderer Volkskreise bestohlen haben, die mächtiger, brutaler und schlauer sind als die abgearbeiteten Greise und die unerfahrenen Mündel. Das Verbrechen muß gesühnt werden, erstens dadurch, daß man das Geld herbei-

schaft und zweitens dadurch, daß man *alle an der Veruntreuung der Sparkassengelder beteiligten Staatsbeamten und Volksvertreter*, in erster Linie auch die *Staatsanwälte und Richter an den Galgen* bringt! Wenn einmal vor jeder Sparkasse und Hypothekenbank ein Galgen errichtet ist und Raben den Galgen umschwirren, dann wird das Volk das verlorene Vertrauen zu den Sparkassen wiedergewinnen. Und dann, Herr Schacht, brauchen Sie sich um die Senkung des Zinsfußes nicht mehr zu bemühen.

Man sage nicht, daß es *nicht möglich* sei, die Sparkassengelder 100prozentig aufzuwerten. *Es ist gelogen!* Die Pfänder der Sparkassengelder sind zumeist noch alle da, intakt. Der Staat selbst liefert die Beweise für diese Behauptung. Vor 8 Tagen erwarb der preußische Staat in der Eifel ein Gut von 250 Morgen Land und bezahlte dafür 120 000 Mark. Das macht 5000 Mk. für den Morgen Land in der Eifel. Auch sonst werden dort, wie die Zeitungen berichten, 300 – 500 Mark für den Morgen bezahlt. Das sind an die 1500 Mark für ein Hektar. Was besagt dieser Preis? Nun, daß diese Äcker beim heutigen Zinsfuß trotz aller Steuern dem Besitzer ein *arbeitsloses Einkommen von etwa 100 Mk. per Hektar* einbringen. Wer solches Land pachten will, muß dem Eigentümer jährlich 100 Mark per Hektar und die Grundsteuern an Pacht zahlen. Das und nichts anderes besagt jener Preis, den der preuß. Staat für das Schmitzsche Gut in Rettersheim bezahlt hat.

Deutschland hat 30 *Millionen Hektar Ackerland*, zumeist besseren Boden als das Eifeler Land. Nach Abzug aller Steuern muß, an obigem Beispiel gemessen, dieses Ackerland seinen Besitzern ein Reineinkommen von 30 Millionen mal 100 Mark einbringen. Das sind 3 *Milliarden Goldmark jährlich*.

Und da sagt man noch, daß es nötig war, die *Sparkassen* zur Rettung des Vaterlandes zu *plündern*, wie man auch sagt, daß man die Besitzer der Kriegsanleihe und der Staatspapiere dem „*Vaterlande*“ habe opfern müssen, weil es sonst im Deutschen Reich *nichts* mehr zu holen gab! *Schwindel, reiner Schwindel*. Nur wo nichts mehr ist, hat der Kaiser sein Recht verloren.

Man lese nach, was man s. Zt. den Kriegsanleihezeichnern alles versprach. *Stand es auch im Hindenburgprogramm, daß die Zeichner der Kriegsanleihen den Interessen der Agrarier geopfert werden würden?* Sicherlich hat damals nicht einer geglaubt, daß, wenn der Krieg zu Ende sei, die Zeichner der Anleihe leer ausgehen, daß dagegen die Besitzer der Sachwerte ungeschoren bleiben würden und zwar bis zu dem Grade ungeschoren, daß man jetzt für Ackerland bereits mehr bezahlt als vor dem Kriege! Ganz bestimmt hat jeder damals geglaubt, daß das Risiko der Kriegsanleihe *gleichmäßig* durch die Steuern auf *alle* Bürger nach Maßgabe des Besitzes verteilt werden würde. Ich bin sogar überzeugt, daß, wenn einer damals einen Zweifel darüber ausgesprochen hätte, der Pöbel ihn gelyncht haben würde. Wegen Sabotage der Kriegsfinanzierung hätte man ihn an die Front geschickt, wie man auch die Sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten aus demselben Grund zu Soldaten gemacht hätte, wenn diese nicht schlaue genug gewesen wären, zu allem Ja und Amen zu sagen.

Waren nun damals die Aufrufe zur Zeichnung der Kriegsanleihen, war das *Hindenburgprogramm* damals nicht ernst gemeint? War alles, alles Schwindel? Man kann kaum Zweifel darüber hegen, namentlich wenn man jetzt sieht, wie *wenig* alle die, die etwas hatten und die auch meistens über den Ausgang des Krieges sich keine Illusionen machten, Kriegsanleihen zeichneten, dafür aber ihre Rittergüter behielten. Vom *Kaiser* z. B. heißt es, daß er nur noch *25 000 Morgen Land* besitzt und daß er dieses Land *nicht* für die Zeichnung von Kriegsanleihen hypothekieren ließ. (Hört, hört.)

Man sage auch nicht, daß die Regierung nicht die *Macht* gehabt habe, um die Sachwertbesitzer im erforderlichen Umfang zu besteuern, daß der Reichstag die nötigen Steuern nicht bewilligt hätte und daß darum die Inflation nötig war. Nach dem *Zusammenbruch* der Papiergeldwirtschaft hat man es ja gesehen, daß es auch mit *Steuern* ging. Sogar *zu viel* Steuern wurden da mit einemmal bewilligt und erhoben.

Niemand kann in Deutschland gezwungen werden, im Interesse des Staates als *Falschmünzer* die

Greise, die Mündel zu bestehen. Wer das nicht *kann*, der darf jeden Tag zurücktreten und *anderen* solche Aufgabe überlassen. Wenn sie alle ihre Gehälter und Tagegelder im Stiche lassend die Stätte der Unzucht und der Korruption verlassen hätten (die Worte des Königs von Sachsen wären hier am richtigen Platze gewesen), dann hätte die Furcht vor der völligen Auflösung der Gesellschaft, die den Sachwertbesitzern leicht, wie in Rußland, das Leben gekostet hätte, diese veranlasst, sich *selbst* im nötigen Umfang zu besteuern. Die Regierung hatte also nur *darum* keine Macht, weil sich ihr immer die nötige Anzahl von Männern zur Verfügung stellten, die im (vermeintlichen) Interesse der Sachwertbesitzer die Sparkassen durch Papiergeldwirtschaft zu plündern sich bereit erklärten. Wenn diese Männer, die Parlamentarier in erster Linie, getan hätten, was man von „*Ehrenmännern*“ verlangen kann, wenn sie *gestreikt* hätten, wenn sie wie Luther, ich meine Martin Luther, gesagt hätten: *hier stehe ich, ich kann nicht anders*, wenn die Regierung das Parlament aufgelöst hätte, so oft, bis das Volk endlich *ehrliche* Männer gewählt hätte, *dann* wäre die Macht für die Balancierung des Etat ohne Notenpresse schon zu bilden gewesen. Aber von der ganzen sauberen Gesellschaft, von den 500 Mann im Reichstag streikte *nicht einer*. Hört, hört! *Alle waren im Interesse ihrer Tagegelder bereit, die Sparkassen zu Gunsten der Sachwertbesitzer zu plündern.*

Und so lange wir solche Gestalten im Reichstag dulden, wird in Deutschland weiter *gestohlen* werden. Was geschieht aber dann, wenn es sich herausstellt, daß das demokratische, parlamentarische System keine anderen Männer gebrauchen kann, ja seiner ganzen Natur nach die Spitzbuben geradezu züchten muß?

Je *mehr* gestohlen wird, umso *besser*. So sagen wir. Denn umso *schneller* wird das Volk zur Einsicht kommen, daß die Staatsidee eine verkehrte, eine unmögliche Idee ist und daß nur Abbau, *Abbau des Staates*, der Spitzbüberei ein *Ende* machen kann. Auf theoretischem Wege wird das Volk niemals zu solcher Erkenntnis kommen. Nur der *Schaden* kann es klug machen, wie uns das jetzt wieder der Weg über die gepanzerte Faust nach Versailles und Thoiry gezeigt hat.

Die Sterblichkeit unter den unehelichen Säuglingen

Nirgendwo tritt die durch den Militarismus gezüchtete allgemeine Rohheit, Gefühllosigkeit und Barbarei so kraß in die Erscheinung wie in der Tatsache, daß in Deutschland (und anderen Kulturländern) die Sterblichkeit unter den unehelichen Kindern ganz erheblich größer ist als unter den ehelichen Kindern. Mag sein, daß diese Rohheit und Gefühllosigkeit zum Teil auch durch die Staatskirchen großgezogen wurden, insofern als nichts die feineren Gefühle in der menschlichen Brust so gründlich vernichtet wie die ewige Diskrepanz zwischen der christlichen Lehre und der Lebenspraxis, wie wir sie im täglichen Leben allzeit beobachten können. Wie wäre es möglich, daß ein Unterschied in der Sterblichkeit der Säuglinge zwischen ehelichen und unehelichen Kindern bestehen könnte, wenn die Wurzeln christlicher Lehre auch nur etwas Grund gefaßt hätten in unserer Gesellschaft. (Wie wäre es möglich, daß die Pfaffen dieser Kirchen mit dem Kreuz die Massen segnen konnten, womit sich die Soldaten gegenseitig abmurxen sollten?). Soweit müßte die christliche Lehre doch das Volk ergriffen haben, daß es wenigstens in der Behandlung der Säuglinge keinen Unterschied aufkommen ließe zwischen ehelich und unehelich.

Nur mit Verachtung kann man auf ein Volk herabsehen, wo solcher Unterschied das Leben von Säuglingen bedroht, und diese Verachtung trifft in erster Linie die Staatsorgane, Kirche und Schule, die durch Usurpation eines Erziehungsmonopols die Seele des Volkes vergiften haben. Denn nur so kann man auch die Tatsache erklären, daß in Deutschland in bezug auf die Säuglingssterblichkeit (eheliche und uneheliche) mit 13,4 Prozent so ziemlich an der Spitze aller Völker steht, trotz des ausgezeichneten Klimas, der hoch entwickelten ärztlichen Kunst, des Pockenschutzes und vieler anderer staatlicher Puschereien. Die militaristische, kirchliche Gefühlsrohheit hat also auch die Kinderstube invadiert. 13,4 Prozent unserer Säuglinge gehen zumeist wegen ungenügender, liebloser Pflege zu Grunde! In Frankreich sind es nur 10,3 Prozent, in der Schweiz 8 Prozent, in Norwegen 5,8 Prozent und in Neu-Seeland gar nur 4,5 Prozent. Je weniger Kasernen und Kirchen, um so sicherer ist der Säugling.

Den unehelichen Kindern geht es nicht überall so miserabel wie in Deutschland. Die folgenden Zahlen sind den Veröffentlichungen des Statistischen Amtes in Buenos Aires entnommen.

	Uneheliche Geburten Prozent	Säuglingssterblichkeit Prozent
1. Buenos Aires (Stadt)	11,2	8,4
2. Cordoba (Provinz)	15,2	14,3

3. Mendoza (Provinz)	23,3	20,2
4. San Juan (Provinz)	30,3	21,3
5. Tueuman (Provinz)	42,3	17,4
6. Corrientes (Provinz)	60,7	11,5

Wir sehen hier, daß in der Provinz Cordoba, wo die Zahl der unehelichen Geburten nach Buenos Aires am geringsten ist, die Säuglingssterblichkeit ganz bedeutend größer ist als in der Provinz Corrientes, wo die Zahl der unehelichen Geburten (60,7 Proz.), die der ehelichen weit überschreitet und wo die Säuglingssterblichkeit mit 11,5 Proz. viel geringer ist als in den meisten der 15 Provinzen Argentiniens. Corrientes steht in bezug auf die Zahl der ehelichen Kinder an letzter Stelle und in bezug auf die Sterblichkeit an der 5. von 15 Stellen.

Natürlich, um diesen Zahlen Beweiskraft für die Richtigkeit der vorangehenden Betrachtungen zu geben, müßte eine weitgehende Untersuchung aller mitwirkenden Faktoren vorgenommen werden. Hier ist nicht der Platz dazu. Die Zahlen mögen daher für sich sprechen. Vielleicht gibt uns der eine oder andere unserer Freunde in Argentinien den nötigen Kommentar.

Neue Zeugnisse fortgesetzter Währungspfuscherei

In einer von der Studiengesellschaft *für Währungs- und Finanzreform* einberufenen Versammlung im Herrenhaus hielt Honorarprofessor *Prion* von der technischen Hochschule in Charlottenburg einen *Vortrag* über das Thema *Geldmarktlage und Reichsbankpolitik*, worin er gewisse unerfreuliche Erscheinungen des heutigen „Geldmarktes“ kritisch beleuchtete. Der Vortragende erntete reichen Beifall. Zur Diskussion meldete sich merkwürdigerweise niemand. Und es waren doch wenigstens 3 bis 400 Personen im Saal. Ob es daran lag, daß der Vortragende ein viel, viel zu großes Gebiet umfaßte und an keinem Punkte in die Tiefe zu dringen suchte?

Prion ging bei seinen Ausführungen nicht mehr vom *Wertgespenst* aus, wie das früher allgemein Sitte war. Der „*Wert*“ scheint nicht mehr das Fundament der nationalökonomischen Wissenschaft zu sein. Fr. *Gottl's* Schrift: „Der Wertgedanke, ein verhülltes Dogma der Nationalökonomie“ (Fischer in Jena), scheint gewirkt zu haben. Doch sind wir noch weit davon

entfernt, das Dogma als enthüllt, das Gespenst als gebannt betrachten zu können. Ein anderes Gespenst, im Grunde genommen, dasselbe Gespenst, ist an die Stelle des Wertgedankens getreten und treibt denselben Spuk, nur unter anderer Maske. Statt *Wert*, sagt man heute *Kaufkraft*. Der hier lagernde Gedankenbrei ist von derselben Güte wie beim Wertgedanken. Der „Wert“ war eine Eigenschaft und als Kraft gedacht, die von den Waren ausging und den Tausch veranlaßte, beherrschte und ihm als „Maß“ diente. Genau so arbeitet man heute mit dem Ausdruck Tauschkraft.

Der falsche Ausdruck führt dann in der Folge zu irrigen Gedanken und zu falschen Taten. Bilder aus der physischen Welt mögen oft Begriffe der ökonomischen Welt erhellen, aber sie dürfen niemals gleichgestellt werden. Kraft ist ein physischer Begriff. Es gibt *Kräfte* auch dort, wo es keine Menschen gibt, z. B. ein Gletscherbruch am Nordpol. Aber – das wird wohl niemand bestreiten – „*Kaufkraft*“ tritt doch wohl nur da auf, wo Menschen sind, Menschen, die arbeitswillig wirtschaften und keinen Kommunismus betreiben, sondern ihre Produkte nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage austauschen.

Die „*Kaufkraft*“ ist also *nicht*, wie die physischen Kräfte, wie z. B. das Schwerkraft des Eisens, am *Stoff* gebunden. Was hat z.B. die „Tauschkraft“ des Papiergeldes mit dem Papierstoff zu tun? Das Wort Tauschkraft ist ein Notbehelf, nichts weiter, und leistet gute Dienste dort, wo man sich bemüht, den *dynamischen* Begriff des Geldes denen nahe zu bringen, die das Geld nur statisch zu betrachten gewohnt sind. (Christen tat das in seinen Schriften.) Aber es ist ein Notbehelf und wird es bleiben, bis daß einmal für das, was vorliegt, ein eindeutiger Ausdruck geprägt worden ist. Dieser Ausdruck aber, das können wir heute bereits sagen, darf uns keine Bilder aus der Physik erwecken. Ich selbst gebrauche den Ausdruck „Nachfrage“. Mit der Einführung des *Freigeldes* wird es sich zeigen, daß *Geld und Nachfrage synonyme Begriffe* sind.

Mit dem heutigen Geld, das zu vielen Nebenzwecken mißbraucht werden kann, deckt sich der Begriff *Nachfrage* nur unvollkommen mit dem des Geldes. Immerhin, auch heute würde in der Währungspolitik vieles zielsicherer betrieben werden, wenn man das Geld nur als *Nachfrage* behandeln würde. Es würde sich dann offenbaren, daß, wer irgend etwas an der Geldmenge wie

an seiner Umlaufgeschwindigkeit ändert, unmittelbar die Nachfrage nach Waren und damit das Fundament der Volkswirtschaft, den *Index*, berührt. So würde sich z. B. Professor Prion wohl gehütet haben, den Vorschlag ohne Vorbehalt zu machen, wonach die *Überführung des kurzfristigen Kredites auf langfristige Darlehen* zu erstreben sei, wenn er vor Augen behalten hätte, daß eine solche Umwandlung ja einer *Beschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes*, also einer Vergrößerung der Nachfrage einer *allgemeinen Preissteigerung, einer Inflation gleichzustellen* ist.

Wir können den *kurzfristigen* Kredit mit einem *Personenzug* vergleichen, der an allen Stationen hält, während der *langfristige* Kredit einem *Schnellzug* ähnelt, der schnell vorwärts kommt, weil er nirgends hält. Das Geld für langfristige Kredite geht auf dem Weg der Lohnzahlungen und Materialbeschaffung unmittelbar in die Blutbahn der Wirtschaft über und bleibt darin. Es mehrt auf dem Wege der Umlaufbeschleunigung den *Geldimpuls*, also die Nachfrage. (Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit nennt *Sickingers* Impuls, daher Impulstheorie statt Quantitätstheorie. Zum Geldimpuls gehört heute Geld und eine besondere Handlung. Beim Freigeld ist das Geld und die zur Nachfrage gehörige Handlung zum Impuls virtuell zu einer *Einheit* verwachsen.)

Nach dieser Darlegung kann auf dem Kapitalmarkt nicht das Geringste dadurch gebessert werden, daß versucht wird, das Geld der *kurzfristigen* Darlehen (das, wie es scheint, im Übermaß vorhanden ist) *langfristigen* Darlehen zugeführt wird, denn die Reichsbank sähe sich genötigt, den solchermaßen verstärkten *Impuls* durch eine entsprechende Verminderung der Geldmenge auszugleichen. Es zeigt sich wieder, daß man mit mehr Geld den Zinsfuß zwar herauf, aber niemals hinabdrücken kann (die Erklärung dafür findet man in der NWO).

Die hier aufgezeigten Wirkungen, die man von einer Verwandlung der *kurzfristigen* Kredite in *langfristige* erwarten muß, sind selbstverständlich gänzlich unabhängig von der *Ursache*, warum heute Geld für *kurzfristige* Kredite leicht zu finden ist. Geld für *langfristige* Kredite aber umso schwerer. Nach der Ursache dieser Erscheinung suchte Prion übrigens nicht lange, oder aber er traute sich nicht, seine Meinung zu sagen. Als Honorarprofessor hat er gewisse Rücksichten zu nehmen, auch mag er sich

der Zeit erinnern, wo man im Reichstage sagte: jedem, der einen Zweifel über die Beständigkeit unserer Währung ausdrückt, dem soll man mit der Faust zwischen die Zähne fahren.

Die Ursache der Erscheinung brauchte übrigens *Prion* gar nicht zu nennen. *Jeder* kennt sie. Es ist in der Hauptsache der Mangel an Vertrauen, die die Kapitalisten in die deutsche Währung setzen. Man will sein Geld nicht langfristig festlegen in einem Land, wo das Parlament mehr Interesse für eine protzenhafte Fürstenabfindung zeigt als für das Geschick der um ihre Spargelder betrogenen, bestohlenen, beraubten Greise und Mündel. Einem solchen Volk gibt man keinen Kredit. Man will zwar Geschäfte, die sich bieten, ausnutzen, aber man will den Hund und das Geld an kurzer Strippe halten, um rechtzeitig das Land der Spitzbuben mit seinem Geld wieder verlassen zu können. *Prion* erwähnte auch mit keinem Worte die *Kapitalflucht*, die noch immer in Form amerikanischer Anleihen vonstatten geht, und die es mit der Zeit dahin bringen wird, daß alle Steuerobjekte nominell wenigstens an sogenannte Amerikaner verpfändet sein werden. Und wer wird dann die Reparationsmilliarden bezahlen, die zu zahlen sich die stärkste politische Partei Deutschlands gerade heute feierlich und öffentlich verpflichtet? Wenn wir dieser Kapitalflucht noch einige Jahre untätig zuschauen, dann wird jedes deutsche Haus bis an den Schornstein mit *amerikanischen* Hypotheken belastet sein, jede Fabrikaktie wird mit *amerikanischen* Obligationen unterminiert sein. Und wenn dann die 6000 Millionen jährlich für Reparationen aufgebracht werden müssen und es heißen wird, die Staatssteuer ist die *erste* Hypothek, dann gibt es Krach. Und alle die, die ihr Geld nicht auf der Steuerflucht, sondern ehrlich in Hypotheken hingegeben hatten, werden *wieder einmal betrogen sein*. Und dann wird wohl nichts anderes zu tun übrig bleiben, als zur Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs die heutige Inflation, die am Index gemessen schon 32 Prozent ausmacht, fortzusetzen.

Und das ist es, was die Kapitalisten davon abhält, ihr Geld in Deutschland *langfristig* anzulegen. Um das Vertrauen dieser Leute zu gewinnen, muß etwas geschehen, denn *das Mißtrauen setzt sich um in einen Zinsfuß, der die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt stark belasten muß*, wenn er sich nicht im Lohndruck auswirkt. Was aber soll geschehen? Wir haben es oft gesagt und wollen es hier wiederholen: Alle Männer,

die im Reichstag die Inflation mitgemacht haben, die Direktoren der Reichsbank, die unter Havensteins Kommando standen und nicht aufmuckten, die schicke man nach Nizza, ins Narrenhaus, oder ins Gefängnis. Man konfisziere bei den Inflationsgewinnlern, worunter selbstverständlich auch alle Besitzer hypothekierter Rittergüter zu rechnen sind, in ausreichendem Umfang, um damit erstens die Sparkassenguthaben mit 100 Prozent aufzuwerten und um die gesamten Reparationslasten hypothekarisch sicherzustellen.

Der Sicherheit der Währung aber soll man nicht, wie es mit der Rentenmark geschah, 7 Prozent des Grundbesitzes verpfänden, sondern das ganze Reich, mit allem, was daran steht. Und darüber hinaus auch noch den Kopf von Schacht.

Erst dann, wenn wir durch solche und ähnliche Maßnahmen gezeigt haben, daß es uns wirklich ernst ist mit der Stabilisierung, dann wird man auch der deutschen Wirtschaft *langfristige* Kredite nicht versagen.

Mit einer gewissen Genugtuung hörte ich den Herrn Honorarprofessor des öfteren den Ausdruck *aktive Währungspolitik* gebrauchen, den ich wohl als Erster aufgebracht und als Titel einer selbständigen Schrift verwendete. (Frankfurt, Gesell, Aktive Währungspolitik 1906.) Leider wußte aber Prion mit dem Gedanken, die der Ausdruck suggeriert, nicht viel zu machen, Oder tat er nur so? Die Professoren der Volkswirtschaftslehre, die sich selbst wohl mehr als Beamte und Stützen des Staates betrachten, denn als *Forscher*, müssen selbstverständlich eine gewisse Scheu davor haben, in Wespennester zu stechen und dort tiefer zu schürfen, wo schon bei den ersten Spatenstichen die giftigen Gase des Klassenstaates hervorbrechen. Prion unterließ es darum, das *Ziel* aktiver Währungspolitik zu nennen.

Prof. Prion berührte auch das *Reparationsproblem*. Seine Ausführungen über den Transfer werden wohl nicht allgemeine Zustimmung gefunden haben. Auch im *Transfer* sah er ein *Problem*. Gewiß, wenn die reparationsberechtigten Staaten von Deutschland Leistungen erwarten, diese aber gleichzeitig durch Zölle und Zollschikanen von ihren Grenzen abweisen, dann wird die Reparation *unmöglich* gemacht, doch zu einem Problem wird sie nicht.

Die Lage ist ja ganz durchsichtig. Niemand kann einen Augenblick im Zweifel darüber sein, was zu tun ist. Die Losung liegt gleich im Problem ausgedrückt: Öffnet den deutschen Leistungen,

die ja doch nur in Sachgütern bestehen können, die Grenzen und alles ist in Ordnung, *nicht* zwar für die Reparation an sich, die heute ja in Deutschland noch ein sehr großes *politisches* Problem ist (kein wirtschaftliches) jedoch für den *Transfer*. Jeder Steuerzettel wirkt sich dann automatisch aus in eine Reparationsdevise. Der um den Betrag der Steuer *verminderte* deutsche Warenkonsum gibt für den Betrag der Steuer *Waren für die Ausfuhr frei*.

Solche und ähnliche Leistungen haben ja der Reihe nach fast alle Staaten machen müssen, ohne daß von einem *Transferproblem* die Rede war. Ich erinnere hier an die Verschuldung Amerikas vor dem Krieg, die einem regelmäßigen jährlichen Transfer von mehreren Milliarden rief. Ich erinnere hier an Argentinien, das auch für eine gewaltige ausländische Verschuldung den Zins aufzubringen hat, ohne daß man von Transferschwierigkeiten spricht. Und in Deutschland, das eine solche Anpassungsfähigkeit seiner Industrie so oft schon gezeigt hat und das Handel mit der ganzen Welt – wie kein anderes Land – treibt, da sollte es eine Bagatellfrage sein, den Betrag der Reparationsleistungen in Devisen zu transferieren. Wenn jeder Erdbewohner nur für eine Mk. deutsche Ware kauft, dann ist das Transfer„problem“ *gelöst*. England lebte vor dem Krieg im weitesten Umfang von den Zinsen seiner im Ausland angelegten Kapitalien. Also von transferierten Geldern. Und es klappte alles.

Die sich heute zeigenden Transferschwierigkeiten sollte Deutschland *nicht* dazu benutzen, um gegen das Dawesabkommen zu agitieren, sondern um immer und immer wieder auf

die Notwendigkeit des Freihandels

hinzuweisen, der uns nicht allein den Transfer ermöglichen würde, sondern uns und die Welt befreien würde von unendlichen Gefahren und ekelhaftestem Schmutz. Und uns als Zugabe den *Weltfrieden* schaffen und sichern würde.

Freilich, es genügt nicht, den Freihandel und damit den Frieden zu *fordern*. Christus predigt den Frieden schon seit 2000 Jahren, mit dem vollkommensten Fiasko. Es ist da eine Voraussetzung zu erfüllen, die ehernen Charakter hat:

*der nationale wie der Welthandel müssen absolut und für
immer geschützt werden vor Inflation und Deflation.*

Dies aber kann nicht auf dem Boden der Goldwährung – gegen die *Prion* kein Sterbenswörtchen zu sagen wußte – er-

reicht werden, sondern nur mit Hilfe eines von allen stofflichen Hemmungen befreiten Geldes und einer *ausschließlich auf die Stabilisierung des Indexes gerichteten* nationalen und internationalen *aktiven Währungspolitik*. Erst dann, wenn der *Index* stabilisiert ist, wird es möglich sein, alle die sich heute hinter den schutzzöllnerischen Sophismen verbergenden Betrüger, Schwindler und Mörder als solche auch für den maßgebenden, demokratischen Pöbel erkennbar zu entlarven.

Ein amtierender preußischer Minister als Schundfabrikant

Daß Unglaube, Schund und Schmutz in den Augen der Vertreter der bayerischen Kuhhirten ein und dasselbe ist, wird uns Berlinern bald genug durch die Handhabung des Schmutzgesetzes klar gemacht werden. Bei solcher Gleichstellung von Unglaube und Schmutz fragen wir uns nun, wie sich ein ungläubiger Kultusminister in Preußen wird halten können. Und welche Autorität er noch bei seinen gläubigen Untergebenen genießen kann. Denn daß *Dr. Becker* ein „Atheischt ischt, der nit glauben kann, daß der Teufel Flöhe het“, das geht ganz klar aus dem einen Satz seines Artikels im „Berliner Tageblatt“ vom 25. 12. hervor, wo er die für einen Staatsknecht unerhört kühne Behauptung aufstellt, daß Jesus seiner menschlichen Herkunft nach ein Jude war.

Zu allem, was Christus gesagt hat, sofern es für unser Gebaren von Bedeutung ist, braucht man keinen Glauben. Jeder erfahrene, kluge Mensch wird jenen christlichen Lebensregeln ohne weiteres zustimmen. Sie haben sich 1000 mal als richtig erwiesen. Wer die Menschen liebt, ihnen also in jeder Lage mit Liebe entgegenkommt, wer glühende Kohlen auf das Haupt seiner Gegner sammelt, wer jede, grundsätzlich *jede* feindliche Handlung mit Wohltaten beantwortet, der erreicht sein Ziel viel schneller und führt dabei ein viel angenehmeres Leben, als jeder andere, der sein Leben lang nur Feinde sieht, der sein Leben mit dem Problem verbringt, wie er die „Feinde“ in Fallen locken und sie Armee-korpsweise in Sümpfen ertränken kann. Wie gesagt, solches

aktive Christentum bedarf keines Glaubens, der gut überlegte Egoismus genügt hier vollkommen.

Die Pfaffen übrigens legen auf diesen Teil des Christentums wenig Gewicht. Noch niemals ist jemand exkommuniziert worden, weil er seine Feinde nicht genügend geliebt, sie nicht gut genug bewirtet hat. Für die Pfaffen beginnt das wesentliche am Christentum dort, wo seine Ausübung niemanden mehr kostet, als Unterwerfung unter die Kirche. Ob Maria vom heiligen Geist oder von einem jüdischen Mann beschattet wurde, ist nur für denjenigen interessant, dessen Christentum wenig Zeit für werktätige, christliche Liebeshandlungen erfordert und der darum viel, viel Zeit für Grübeleien hat. Hier beginnt auch das Gebiet des reinen Glaubens, wo alle Erfahrung nutzlos ist, das Gebiet Luthers und der Buchstaben, das Gebiet der Pfaffen, der Kirche, und für die Kirche ist es von lebenswichtiger Bedeutung, daß an den Buchstaben nicht gerüttelt und gedeutelt werde. Der Buchstabe sagt aber klar und unzweideutig, daß die Jungfrau vom heiligen Geist und unbefleckt empfangen hat. Gott hat hier die Gestalt eines Menschen, der Menschheit, eines Universalmenschen, nicht die spezielle Gestalt eines *Juden* angenommen. Wenn daher in dieser Frage, die für die Kirche und den Glauben von prinzipiell allerhöchster Bedeutung ist, der preußische Kultusminister alle Buchstaben umstößt und dreist behauptet, Christus sei jüdischer Rasse gewesen, damit Zeugnis schwärzesten, krassesten, teuflischsten Unglaubens abgibt, so ist es klar, daß er damit die Kirche herausfordern wollte zu einem neuen Kulturkampf und daß die Kirche keinen solchen Kultusminister im Reich dulden kann.

Packe Deine Sachen zusammen, *Becker*, Du wirst das erste Opfer des Schund- und Schmutzgesetzes.

I. O.

[Pseudonym für S.Gesell/Die Red.]

Die Beseitigung der Berliner Stadt- und Ringbahn sowie der Straßenbahn und Ersatz durch einen organisierten Autobusverkehr

Seitdem das Problem der Ölgewinnung aus Braunkohlen gelöst ist, kann man in Deutschland auch großzügige Pläne in Erwägung ziehen, die das Öl zur Grundlage haben. So lange man nicht wußte, ob die Ölproduktion mit der täglich wachsenden Nachfrage Schritt halten könnte, solange man auch nicht wußte, was man im Falle einer durch Kriege und Streiks behinderten Ölzufuhr machen sollte, konnte der Gedanke, lebenswichtige Verkehrseinrichtungen ausschließlich auf den Ölverbrauch anzuweisen, überhaupt nicht aufkommen. Es ist deshalb auch nicht zu verwundern, daß ein Gedanke, dem man sich so lange und aus so primitiven Gründen verschließen mußte, auch dann noch nicht aufzutauchen wagt, wenn die Gründe für seine Ablehnung verschwunden sind. Auch das Denken ist schwer aus den Geleisen zu bringen, und so mag heute noch der Titel der vorliegenden Vorschläge manchen Leser verblüffen, ja vor den Kopf stoßen.

Daß die Stunde für die Straßenbahnen geschlagen hat, das behauptet der solchermaßen Verblüffte schon selbst damit, daß er an der Straßenecke steht und überlegt, ob er mit der Straßenbahn oder mit dem Autobus fahren soll. Wenn das jetzt, wo der Autobusverkehr noch in den Kinderschuhen der Entwicklung ist, schon so ist, wie soll es dann werden, wenn die „unbegrenzten Möglichkeiten“ der Verbesserungen des Autobusses in technischer wie verkehrlicher Hinsicht Tatsache geworden sind und niemand sich erst fragt, ob er dem Autobus vor der Straßenbahn den Vorzug geben soll. Dann wird es sicher hier gehen, wie es in manchen anderen Städten bereits gegangen ist, wo man die Geleise der Straßenbahnen wieder aufgerissen und beseitigt hat. Was für die Straßenbahn gilt, trifft in noch stärkerem Maße für die Berliner Stadt- und Ringbahn zu. Und jetzt, da man daran geht, mit gewaltigen Ausgaben diese Bahn zu elektrisieren, sollte man bedachtsam prüfen,

ob auch hier der Abbruch nicht kostspieligen Verbesserungsversuchen vorzuziehen sei.

Ich frage hier, ob man seinerzeit wohl auf den Gedanken gekommen wäre, die Stadt- und Ringbahn zu bauen, wenn man damals schon über Autobusse verfügt hätte und zu Gunsten dieser einen kleinen Teil des Opfergeistes aufgebracht hätte, den man in finanzieller wie in vielen anderen Beziehungen dem Bau der Stadtbahn entgegenbrachte? Man betrachte einmal nur den Raum, den die Geleise der Stadt- und Ringbahn einnehmen, das gewaltige Meer von Geleisen, das sich am Anhalter, Potsdamer, Charlottenburger, Stettiner usw. Bahnhöfe ausdehnt. Westend, Halensee, Grunewald, Gesundbrunnen, Schlesischer Bahnhof, ein Gebiet mitten in Berlin von 1000 und mehr Morgen, nur dazu bestimmt, die Züge, die am Tage auf der Strecke liegen, bei Nacht aufzunehmen. Wenn man *ein Zehntel* des Raumes, der da verloren geht, ein großes Verkehrshindernis darstellt und das Stadtbild verhunzt, für Autobusstraßen verwenden würde? Wenn man das Geld, das hier für das Schienenmeer, für die rauchenden Lokomotivschuppen, für den Ankauf der Tausend Morgen Land, die die Geleise einnehmen, für die Asphaltierung der Autobusstraßen verwenden würde ..., wer würde da noch mit der Stadt- und Ringbahn fahren wollen? Schon der Verkauf dieser Bahngelände zu 100 Mark den Morgen brächte eine Milliarde Mark ein, womit sich allerhand zu Gunsten des Autobusverkehrs machen ließe. Und wenn man das Gelände nicht zu Bauzwecken verkaufen würde, sondern es zu Parkanlagen machte, so kann man den in Geld berechneten Nutzen, den die Berliner Proletarier von solcher Umwandlung gewöhnen, doch auch in die Milliarden berechnen, soweit sich ästhetische und hygienische Gewinne überhaupt in Geld ausdrücken lassen.

Die Stadtbahn ist überfüllt, wenn der Arbeiter sie benutzt, um sich zur Arbeitsstätte zu begeben. Der Aufenthalt in der verbrauchten Luft macht die Fahrt zur Qual. Der Arbeiter tritt schon mit verringerter Kraft an die Arbeit. Wenn dann der am Fließband ermüdete Arbeiter sich nach Hause begibt, dann steht er wieder im überfüllten Wagen. Und dieser Teil des Arbeitspensums ist gewiß der anstrengendste des ganzen Tages. Nicht müde, sondern übermüdet durch die Fahrt kommt er zu Hause an. Wer diese Kraftverschwendung in Taylors (nicht Thaler) umsetzen würde, käme leicht auf Hunderte von Millionen oder gar auf Milliarden.

Am Tage dann, wenn der Arbeiter in der Fabrik ist, dann sind die Wagen zumeist spärlich besetzt. Man käme bequem mit der Hälfte der Wagen aus. Aber dem Arbeiter nützt das nichts. Aus technischen Gründen ist es übrigens für die Bahnverwaltung eine Unmöglichkeit für die Zeit, wo die Arbeitermassen zur Stadt strömen oder sie wieder verlassen, die nötige Zahl der Züge zu stellen. So lange man glaubt, daß die Türen aller Betriebe sich immer zu gleicher Zeit öffnen und schließen müssen, wird solche Pressung in den Transportvehikeln unvermeidlich sein. Die Bahn steht hier vor einem für sie unlösbaren Problem, das nur darum bis heute noch keine akute Form angenommen hat, weil der Arbeiter von jeher gewöhnt ist, sich wie ein Stück Vieh, nein, wie ein toter Hering von der Bahnverwaltung behandeln zu lassen.

Die Straßenbahn geht ihren durch das Geleise vorgeschriebenen Weg. Sie kann sich den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht anpassen. *Alles muß sich umgekehrt dem Bahngeleise anpassen.* Das liegt in der Natur der Eisenbahn begründet. Anders mit dem *Autobus*. Hier kann jedes Bedürfnis, das mit der Entwicklung der Stadt aufkommt, schmiegsam berücksichtigt werden. Hier sieht man gleich, daß der *Autobus* für das Publikum da ist, nicht umgekehrt.

Die Stadt- und Straßenbahn werden benutzt, weil nichts *besseres* da ist, denn wahrhaftig, zum Vergnügen fährt niemand mit diesen Fahrzeugen. Um die Stadtbahn zu erreichen, muß man zumeist einen langen Weg zu Fuß oder mit anderen Mitteln in einer oft dem Ziel entgegengesetzten Richtung zurücklegen. Dann verliert man Zeit beim Fahrkartenverkauf. Man steigt eine oft finstere, staatliche Treppe herauf und wartet, weil die endlos langen Züge nicht wie Omnibusse in beliebig dichter Reihenfolge fahren können. Bei der Ankunft wird man gegen die Ausgänge gepreßt und hat nun wieder die lange Treppe vor sich und einen Weg zurückzulegen, der oft wieder in entgegengesetzter Richtung mit der Bahn führt, mit der man gekommen ist. Diese Umstände machen die Benutzung der Stadt- und Straßenbahn zu einem Rechenexempel, bei dem der größere Nutzeffekt in unzähligen Fällen bei den konkurrierenden *pedes apostolorum* liegt. Wer etwa vom Bahnhof Charlottenburg zum Bahnhof Alexanderplatz fährt, braucht mit Einschluß der Wege vom Haus und zur Arbeitsstätte (je 10 Minuten) regelmäßig, d. h. im Durchschnitt, 50 Minuten. Bei

einem gut organisierten Omnibusverkehr würde man den Weg in der Hälfte der Zeit zurücklegen können.

Natürlich müßte etwas getan werden. Die Niederlegung der Stadtbahngeleise (selbstverständlich mit Einschluß der Ferngeleise) liefert schon Platz für eine neue, dem Autoverkehr reservierte Straße, die die ganze Stadt von Osten nach Westen, nicht wie die Stadtbahn es tut, *durchschneidet*, sondern im Gegenteil *harmonikalisiert*. Eine zweite breite Straße gewinnt man, wenn man sich eine Linie denkt, die über die Grundmauern des Reichstagsgebäudes, des Brandenburger Tores, des Domes, der dort liegenden Kasernen, des Bahnhofes Alexanderplatz und sonstigen steinernen Geschmacklosigkeiten dem hohen Norden zustrebt. Und ähnliche Verhältnisse liegen vor für den Bau von Autostraßen nach allen beliebigen Richtungen.

Wenn wir dem Berliner Proletariat Luft verschaffen, die Schwindsucht bekämpfen wollen und die Gesundheit des Volkes höher einschätzen als die Denkmale einer barbarischen Zeit, dann dürfte uns die Frage keine Sorgen bereiten, wo der Raum für Autoschnellstraßen zu gewinnen sei. Es gibt in der Welt nur *ein* Heiligtum, vor dem das Dynamit Halt zu machen hat und das ist *der Mensch*. Und von *dauerdem* Kunstwert gibt es auch nichts, mit Ausnahme des menschlichen Körpers, des gesunden menschlichen Körpers, wie er sich in freier Liebe, im freien Kampf ums Dasein, in frischer Luft heranbildete, bis daß der Staat und die Kirche zu pfuschen anfangen und beide es so erreichten, daß die Venus von Milo bewundernd umstanden wird von hohlwangigen Schwindsuchtskandidaten. Es wäre an dieser Venus ... als Modell gedacht ... nichts zu bewundern, wenn die Fortpflanzung und die Auslese der freien Liebe überlassen geblieben wären. In Berlin gäbe es dann sicherlich *kein* weibliches Wesen, das nicht mit der Venus von Medici an Stolz, Würde und Anmut konkurrieren könnte.

Goethe rief bei seinem Tranlämpchen: *Licht, mehr Licht*. Der Berliner Proletarier, der vor seiner alten, unbeholfenen Stadtbahn steht und verzweifelt nach frischer Luft mit seinen kranken Lungen schnappt, ruft: *Autobusse, mehr Autobusse!*

I. O.

[Pseudonym für S. Gesell / Die Red.]

Warum wir diesen Artikel in unserer Zeitung aufgenommen

haben? Weil wir den Abbau des Staates in unserem Programm haben und weil der oben gemachte Vorschlag die Möglichkeit bietet, den Staat auf einem sehr wichtigen Gebiet abzubauen. Wir eröffnen mit dem Autobusverkehr einer großen Schar von Männern die Möglichkeit, durch Erwerb eines Autobusses sich einen freien, selbständigen Broterwerb zu verschaffen und den Beamtenrock mit der ihm anhaftenden Kasernenatmosphäre dem Trödler zu übergeben.

Flucht

von *Tell*. [Pseudonym für S. Gesell / Die Red.]

Es ist der Jugendbewegung bisher wie allen Freiheitsbewegungen der Menschheitsgeschichte ergangen: Sie wurde von ihrer geraden Richtung abgelenkt.

Anstatt gegen den Hauptfeind, gegen den Unterdrücker alles Lebens, den Kapitalismus, zu kämpfen, ist man diesem Kampf teilweise geschickt ausgewichen. Erlebten die Jugendlichen nie Hunger, Not und Elend ..., darben sie nie in den Steinwüsten und elenden Mietskasernen, sahen sie nie Arbeitslose, Zerschundene, Kriegskrüppel, wurden sie nie in Betrieben, Werkstätten, auf Kontoren, in Schulen und Kasernen unterdrückt, ausgebeutet und lebendig getötet? Geht nicht der Weg zur freien und eigenen Lebensgestaltung über die Leiche des Kapitalismus?

Warum flüchtet sie? Warum versucht sie immer und immer wieder innerhalb der kapitalistischen Mangelwüste schöne Blüten am Baume der Menschheit treiben zu lassen, die doch wie Seifenblasen in der kapitalistischen Pestluft zerplatzen müssen.

Von denen, die zur Demut, zur Entsagung, zur Selbsterniedrigung und zum Opfer rufen, rede ich nicht. Sie gehören zum Kapitalismus, ohne daß sie es wissen. Aber die vielen Mutigen meine ich, die zur Tat rufen und die doch immer bei jeder Tat eine Flucht begehen!

„Wir müssen siedeln, wir müssen Land urbar machen für uns und unsere Kinder!“ In der Inflationszeit war das Geld dafür zu haben. Als das Deflationstheater begann, rentierten sich die Siedlungen nicht mehr. – Die Siedler haben wegen Geldmangel Not und Elend ausstehen müssen. Wo sich hie und da einzelne Siedler-Inseln mit Ach und Krach erhalten haben, haben sie sich vor den brutalen Gesetzen des Kapitalismus knirschend beugen müssen. – Was nützt es dem Proletariat, wenn Einzelne siedeln? Dadurch geht die Ausbeutung um keinen Millimeter zurück. Das Jungproletariat hockt weiter über den Kaninchenställen, die Zölle steigern die Grundrente, das Brot wird teurer. Warum begeht ihr die Flucht, ihr Mutigen? Hinein mit euren Kräften in den Entscheidungskampf! Macht das Land für alle frei! Er kämpft euch das Geld und die Freiheit der Arbeit! Und dann siedelt!

Ihr hattet euch ferner eingebildet, Kapitalismus sei Mangel an Gemeinschaft, sei der Egoismus des Einzelnen. Ihr schufet Werkgemeinschaften und Gemeinwirtschaften. Aber der Eigennutz des Menschen ist immer stärker als die schönsten Ideen. In der Armseligkeit der wirtschaftlichen Gemeinschaft innerhalb des kapitalistischen Mangels wurde dieser Eigennutz stark und häßlich. Er zersprengte den Ring. Wo Werkgemeinschaften erhalten geblieben sind, leben sie nur, weil Ausbeutung und persönliche Unterdrückung in ihnen herrschen. Narren und Eitle reden euch immer wieder diese Flucht ein! Schlagt sie aufs Maul!

Da sie keinen Ausweg aus dem Sumpf sahen, riefen sie: „Jetzt wissen wir’s! Die Maschine! Die Maschine! Sie ist an unserem Elend schuld! Sie hat uns mechanisiert, sie hat uns seelenlos gemacht! Los von der Maschine!“ An klappri-gen, selbstgebauten Webstühlen webten sie Stoffe; mit den einfachsten Werk-zeugen bauten sie Schuhe und Möbel. Aber die Maschine lief schneller und sie kamen nicht mit. Die Maschine bestimmte auch ihre Preise, sie mußten ihren Arbeitsertrag tief herabsetzen. Bei kargem Leben schufteten sie in ihren engen Löchern und gaben die besten Kräfte ihrer Jugend her. Und auch der Zins fraß von ihrer mühseligen Arbeit. Wer kaufte ihre Erzeugnisse? Die Anhänger der bürgerlichen Gesellschaft. Das Jungproletariat hat kein Geld. Macht die Maschinen frei vom Kapitalismus, dann sind sie eure Freunde! Wer vor ihnen flieht, erkaufte seine Flucht teuer.

Neue Propheten kamen! Sie predigten Lebensreformen: Rohkost, Nacktkultur, Verinnerlichung. Sie redeten viel von ihren Erlebnissen. Nur den Kapitalismus, den Lebensvernichter, den Schinder, den Ausbeuter erlebten sie nicht. Du Roh-kost- und Enthaltensamkeits-Pharisäer! In Selbstgerechtigkeit hast du dich losge-löst von deinen kämpfenden Brüdern! – „Alle Menschen müssen sich im Lichtkleide draußen in der Sonne begegnen. Dann verschwinden die Klassen-gegensätze. Alle Menschen werden Brüder!“ – Oho ihr Schwätzer! Ein aner-kannter Führer dieser Bewegung ließ sich auch im Lichtkleid noch „Herr Major!“ titulieren.

O Hohn und Schmach! Dem Jungproletariat bei 10stündiger Ausbeutung, im öden Einerlei, in den Mietskasernen und Kellerlöchern das Paradies der Früchtenahrung, des Lichtkleides und der Verinnerlichung vorzugaukeln! Nicht, als ob wir über die Lebensreformer herziehen wollen! Wer daraus aber eine Bewegung und ein Geschäft macht, und wer wertvolle Kräfte des Jungprole-tariats aus ihrer Klassenfront herauslockt, der ist so gefährlich wie die Kirche. Das ist die schlimmste Flucht, die es gibt.

Wissen die Lebensreformer nichts von Arbeitslosigkeit, von Lohndrückerei, von Klassenjustiz? Hören sie nichts von Zöllen, von Locarno, Mossul, Asien und Indien? Lesen sie nichts von Wettrüsten für das neue Menschenschlachten, von Levisitgas, von Todesstrahlen, Bazillen, Flugzeugen, Tanks? Sehen sie nicht in den Großstädten Paläste, Luxusdielen, Bars, Tanzsäle ... und dann in den Straßen arme Proletariermädchen, die ihren Leib für ein Bettelgeld verschachern, um leben zu können? Kennen sie nicht die goldne Spinne, die sich in den Nacken der Armut krallt und ihr letztes Blut saugt? Wer das kennt und sich dennoch von der proletarischen Kampflinie loslöst, um eine Lebensreform-Bewegung zu bilden, der verläßt die Jugend in ihrem notwendigen Befreiungs-kampf, in einem historischen Augenblick und begibt sich in die *Flucht!*

Das Einzelschicksal ist heute in der kapitalistischen Versklavung zu sehr an das Schicksal der ausgebeuteten Klassengenossen gebunden.

Heinrich Lersch, der revolutionäre Dichter (Mensch in Eisen), hat sich nach Siedlung, Rohkost und Lebensreform wieder zurückgefunden zu seiner „Mutter Proletariat“.

Die proletarische Freidenkerjugend hat ihren Kampf gegen Alkohol, Nikotin und Kirche wieder zurückgestellt hinter den Klassenkampf. –

Abzurechnen hat die Jugend auch noch mit den sogenannten Individualisten im anarchistischen Gewande. Sie schimpfen auf die Masse, halten sie für zu dumm, um den Kapitalismus zu besiegen. Sie aber sind die Köpfe, die Einzelnen! Sie könnten ihre persönliche Freiheit nur für sich allein erringen, meinen sie. Höchstens, daß sie sich mit den „besten Köpfen“ zu einem Orden, zu einer Gemeinschaft zusammenschließen, um über ihre persönlichen Wünsche und Phantasien zu beratschlagen, die sie für den Kampf gegen den Kapitalismus aufgestellt haben. Die Ursache zu ihrer Vereinzelung ist meistens ein grundloser Hochmut, eine durch nichts gerechtfertigte Eitelkeit. Was ist Masse? Wer sind die „Köpfe“? Beide bedingen sich gegenseitig. Man kann sie nicht lösen. Was sind die Einzelnen ohne Masse? Was ist die Sonne ohne die, denen sie leuchtet (Zarathustra.) Bei Licht besehen ist das ganze Getue dieser Einzelnen Feigheit und Flucht. Das um Freiheit und Leben kämpfende Jungproletariat läßt sich von solchen Flötentönen nicht zur Flucht betören.

Die Hauptursache der Flucht ist eine mangelnde Erkenntnis vom Kapitalismus und seiner Überwindung. Der Kapitalismus (Mehrwert, Zins, Grundrente) hat die menschliche Gesellschaft in zwei Klassen gespalten: In die Klasse der Ausbeuter und in die Klasse der Ausgebeuteten. Zwischen beiden Klassen gibt es keinen Ausgleich. Der stetig steigende Druck der Ausbeutung erweckt auf der anderen Seite einen stärkeren Widerstand, der das Proletariat zum Klassenkampf zwingt. Will die Jugend sich befreien von der Unterdrückung und Ausbeutung durch den Kapitalismus, so muß sie sich zum Klassenkampf bekennen.

„Der Klassenkampf muß bis zur Strecke ausgefochten werden; dem Ausdruck darf nicht aus dem Wege gegangen werden, solange es Klassen gibt.“

„Nur das klassenbewußte Proletariat kann mit Aussicht auf Erfolg zu jenen direkten Aktionen übergehen, die den Kapitalismus aus dem Sattel heben.“

Pazifistischer oder physiokratischer Frieden.

So lange wir die Naturgewalten nicht beherrschen ... ein fernes, aber würdiges Ziel ... tun wir gut, nicht mit ihren Gesetzen in Widerspruch zu leben, denn wir würden den Kürzeren ziehen. Diese Natur aber, die uns so gestaltet hat, wie wir sind, die will den Kampf, den ununterbrochenen Kampf von der Wiege bis zum Grab. Denn diese Natur ist großen Wandlungen unterworfen, und der Kampf mit der dazugehörigen Auslese ist das Mittel, um die Lebewesen diesen Wandlungen anzupassen. Eine alte Erkenntnis sagt: Die Zeiten ändern sich und mit ihnen auch wir. Und wenn wir das nicht tun, dann wehe uns. Wie weit diese Wandlungen kommen können, erkennen wir an den Eiszeiten, an der Tatsache, daß diese Erde einmal in Feuer gehüllt war. Und wie weit die Anpassungen an die Veränderungen in der Natur möglich sind, ermessen wir an den heutigen Landtieren, deren Vorfahren im Wasser lebten, in demselben Element, das uns jetzt erstickt, wenn wir darin untertauchen. Wenn wir nur Landtiere kennen würden, wie schwer würde es uns sein, an die Bewohnbarkeit des Wassers zu glauben! Ebenso schwer wie an die Bewohnbarkeit der Sonne. Für uns aber ist der Weg aus den Fluten der See nur eine Etappe zu den Gluten der Sonne. Die Möglichkeit einer für solchen Elementarwechsel nötigen Umgestaltung liefert uns der Kampf, der Kampf ums Dasein mit unseren lieben Art- und Zeitgenossen. Dieser Kampf, der in der kosmischen Welt durch die Masse entschieden wird, in der botanischen Welt durch das Ellenbogenrecht, in der animalischen Welt mit den Krallen und Zähnen, wird beim Menschen selbstverständlich mit allen Mitteln, d. h. mit den wirksamsten Mitteln, geführt werden, und diese sind entschieden die „friedlichen“ Mittel des Wettkampfes und des Geistes.

Diesen Kampf müssen wir haben, er ist uns so nötig wie das tägliche Brot. Alles, was wir tun werden, um ihn abzuschwächen, seine Wirkungen zu mildern, würde bestimmt sich gegen das ganze Geschlecht wenden. Wir haben es nicht nötig, den Kampf härter zu gestalten, als wie er von Natur aus ist, aber so, wie er ist, müssen wir ihn achten. Hart aber braucht in dieser Verbindung nicht mit roh gedeutet zu werden. Im Gegenteil: je kultiviertere Formen der Kampf ums Dasein, der allgemeine Wettkampf annimmt, umso härter pflegt er zu sein. Der Wettkampf der Boxer ist zwar ein roher Kampf, aber an Härte nicht zu vergleichen mit den Anstrengungen des Jünglings, der mit Rekordleistungen auf irgend einem Gebiete der Kunst, der Technik, der Wissenschaft oder des Erwerbes auf ein besonders liebwertes, von Nebenbuhlern stark umworbenes Mädchen Eindruck machen möchte. Durch ähnlichen Kampf sucht sich jeder mit mehr oder weniger Erfolg in der menschlichen Gesellschaft zu behaupten. Dieser Kampf zerstört nicht, wie der Krieg. Im Gegenteil, er ist produktiv, er ist's, der uns die schönsten Blüten der Kunst gebracht hat. Auch Tragödien und Komödien sind Nebenprodukte solchen Kampfes.

Selbstverständlich, damit solcher Kampf auch immer die von der Natur gewollte Auslese bewirken kann, muß er mit den von ihr selbst gelieferten Waffen unter Ausschaltung aller Vorrechte geführt werden. Die Kräfte, die den Sieg bedingen, physischer und psychischer Art, müssen auf die Nachkommen übertragen werden. Hätten bei der Paarung unserer Vorfahren auf der Entwicklungsstufe der Amphibien andere als vererbungsfähige Kräfte eine Rolle gespielt, ähnlich wie bei uns

etwa das Geld, dann wäre der Aufstieg zum Menschen wohl nie gelungen. Da aber in der Entwicklung Stillstand Untergang bedeutet, so wäre die Kette unserer Vorfahren hier abgebrochen, der Sumpf, in dem sich die Amphibien tummeln, wäre für uns zum Toten Meer geworden.

Es ist ein großes Unglück, daß die pazifistische, die sogen. Friedensbewegung an den hier berührten Dingen so sorglos vorbeigeht, ja daß manche Pazifisten allen Kampf, den Kampf ums Dasein, den Wettkampf, sogar das Recht des Stärksten, des Tüchtigsten, des Intelligentesten vereinen möchten, wodurch die pazifistische Bewegung bei allen biologisch orientierten Friedensfreunden den Kredit verliert. Moltkes Satz: der ewige Friede ist ein Traum und nicht mal ein Schöner, ist, falls er sich auf solchen pazifistischen Frieden beziehen sollte, vollkommen berechtigt. Da die Pazifisten am Bürgerkrieg und an allen den biologischen Ausleseprozeß fälschenden Vorrechten vorbei dem Weltfrieden zustreben, statt den geraden Weg über den Bürgerfrieden einzuschlagen, so sehen sie sich genötigt, um nicht bei der Werbearbeit von allen Seiten auf diese Vorrechte gestoßen zu werden, die Aufmerksamkeit vom eigentlichen Kriegs- und Pestherd abzulenken, womit sie dann die Friedensbewegung auf ein totes Geleise lenken.

Sache der physiokratischen Jugend wird es sein, scharf zwischen solchem pazifistischen Friedhofsfrieden und dem physiokratischen Frieden zu unterscheiden. Biologisch betrachtet wäre solcher pazifistischer Friede kaum dem ewigen Kriegszustand vorzuziehen. Wenn dieser die Besten ins Massengrab schickt, so lindert jener die Besten an der Fortpflanzung, was auf dasselbe hinausläuft. In der physiokratischen Welt soll es hoch hergehen, voll Kampf und Streit, voll Lieb und Leben. Und wenn, wie zu erwarten, die physiokratische Ordnung und mit ihr die freie Zuchtwahl uns von allen Lastern, mit Einschluß des Alkoholismus befreien wird, so wird kein vernünftiger, biologischer Grund mehr vorliegen, warum wir allen angeborenen Eigenschaften, mit Einschluß aller in uns lebenden Leidenschaften keine freie Bahn geben, warum nicht jeder sein eigener Moralprediger sein sollte. Dafür, daß solche sich austobenden Leidenschaften den Nächsten nicht belästigen werden, wird auch wieder die physiokratische Ordnung sorgen. Die Leidenschaften, sofern sie nicht durch Alkoholismus vertiert werden, haben zumeist die Neigung, sich in wissenschaftliche, künstlerische Kalorien umzuwandeln. Und hier kann man sie zum Wohle aller sich austoben lassen: Sei dem nun, wie ihm sei, sicher ist, daß mit der physiokratischen Ordnung der Kampf ums Dasein verschärft, die Auslesesiebe der Natur weitmaschiger werden, daß viel mehr Spreu den Winden übergeben wird. Die physiokratische freie Wahlzucht wird kein philisterhaftes Gewimmel hervorbringen, an dem nur die Grundrentner ein Interesse haben. Goethes Gewimmel auf freiem Boden, das an eine mit Kaulquabben gefüllte Lache erinnert und stark den Geruch von Massenquartieren zu Gemüte führt, wird in der physiokratischen Ordnung zu einem Getümmel in freier Arena: *solch ein Getümmel möchte ich sehen, auf freiem Kampfplatze freie Kämpfer stehen.*

Auf diese Freiheit der Kämpfer und auf den freien Kampfplatz kommt es an. Den gilt es zu schaffen. Keine Vorrechte irgendwelcher Art, genau wie das auf der Rennbahn der Pferde gefordert wird, dürfen hier geduldet werden. Der Sieg darf nicht *erkauft* werden. Der erkaufte Sieg ist ein gefälschter Sieg, biologisch ein Pyrrhussieg. In der physiokratischen Ordnung wird der Sieg, gleichgültig auf welchem Gebiet, immer angeborenen, daher vererbungs-fähigen Eigenschaften zuzu-

schreiben sein. So daß dann der Stammbaum der Menschen wieder zur Siegesallee wird, wie es sein soll und wie es früher auch war.

In die Jugendzeit fallen in der Regel die entscheidenden Kämpfe, die jedem den ihm gebührenden Platz in der Menschengesellschaft anweisen sollen und in der physiokratischen Ordnung auch anweisen werden. Die Jugend hat darum ein besonderes Interesse daran, daß aus der Arena die goldenen Panzer verschwinden, die den Gegner blenden und feine Lanze ins Leere stoßen lassen.

Das Programm des R. R. J. fordert alles, was nötig ist zur Schaffung des vorrechtlosen Kampfplatzes. Die Forderung selbst aber kann nur durch Kampf, nicht auf dem Wege des pazifistischen Friedens erfüllt werden. Auf also zum Kampf. Hier winken Lorbeeren. Denen, die hier siegen, ist der Dank des befreiten Volkes sicher.

BEDARF DI FYSIOKRATISE ORDNUNG NOC GERICHTLICER STRAFEN ?

Ver di maCt hat, der diktirt den anderen vas reCt und unreCt, vas gut und böse, vas mein und dein, vas zu tun und zu lassen ist. Und derselbe, der solCes reCt diktiert, bestimmt auC vider, vas mit dem zu geSehen hat, der das ReCt missaCtet. Das strafreCt vurde geSaffen zum Suze des reCtes, d. h. also zum Suze der hinter diesem reCte ferborgenen interessen der maCthaber. Di tatsaCe, dass man das reCt der gevalthaber mit allerlei religiösem, moraliSem, filosofiSem humbug umgibt, kann niCts daran ändern, dass das reCt di interessen des maCthabers zu Süzen hat und veiter niCts bedeüet. Venn z. b. ein betrunkenener irgend eine Strafbare tat beget und der riCter ihm mildernde umStände zugute kommen lāsst, so geSit das, um das ansehen und dadurC di maCt des reCtes zu meren. DurC das hineinbeziehen der „mildernden“ umStände in di urteilsbegründung vird für das urteil der Sein ervekket, als ob es in hohen moraliSen, religiösen überlegungen vurzele. In virklicheit Stekket niCts anderes dahinter als der vunS, das ansehen des riCters und so mittelbar auC di maCt des gevalthabers zu meren. Disem zvekke dint auC di von psüCokünstlern ersonnene traCt, uniform oder livrée, di der maCthaber für seine riCterlichen angeStellten anfertigen lāsst und di dem pöbel erfurCt und Srekken zugleich einjagt. (Änlichen sin haben die lateinischen rezepte unsererer mediziner.) Di maCthaber suCen sich auC mit forlibe als riCter männer aus fon angesehenener familie und würdigem aussehen, vi auC di katolische kirche nur ansenliche männer zum priisteramt zulāsst und alle irgendvi verkrüppelten geStalten davon ausSlist, so forzüglic auC manCer krüppel geistig für dises amt befähigt väre, und obson aus rükksicht auf das zölibat es sich eigentlic umgekerkt verhalten müsste. Dann vird dem riCter noch eine leibgarde fon pfaffen, wissenSaftlern und literaten bestellt, di di aufgabe zu erfüllen haben, das haupt des riCters mit einem heiligenSein zu umgeben, um so im folk di meinung zu ferbreiten, dass das reCt der gevalthaber doch lezten endes göttlichem geiste entspringen und mit der göttlichen gereCtigkeit übereinstimmen müsse, so vi MOSES auC dafür Sorgte,

dass seine geseze fom folk als göttliCes produkt angesehen vurden. So vird dann der riCter niCt als uniformierter lakaie des königs, sondern als ein diner GOTTES auf erden betraCtet. NatürliC erleiCtert das dem riCter ausserordentliC seine den maCthabern so nüzliCe tätigkeit, und oft genug mag es in der geSiCte forgekommen sein, dass ein solCer riCter durC sein so gevonnenes ansehen mer erreiCt, als ein zur unterdrückung eines aufStandes mobilisiertes armee-korps. IC erinnere hir an den hunnenkönig Attila, der durC di pomphafte erSeinung des papstes dermasen eingeSüCtert vurde, dass er, di plünderung der Statt Rom abbreCend, fon dannen zog. Und auC an den kaiser HeinriC IV mag man hir denken, den der papst for siC in den Staub niderzvang. Religion und wissenSaft (den hokuspokus, den man so nennt) haben siC immer als di billigsten und wirksamsten folksbändigungsmittel ervisen. Ver den Statsbetrieb taylorisieren vill, ver den nuzeffekt seiner beamten erhöhen vill, der vird gut tun, siC dises hokuspokus ausgibig zu bedinen.

Direkt auf disen nuzeffekt zilen auC di Strafparagrafen, durC di den riCtern befohlen vird, di gevalt in den dinst des reCtes zu Stellen. Der riCter hat Strafen zu ferhängen, di eingeStandenermasen weiter keinen anderen zvekk haben, als andere abzuSrekken. Man benuzt also di kvalen und leiden des Sträflings als erziehungsmittel für andere, vas ungefär das selbe bedeutet, vi venn di maCthaber aus dem körper des Sträflings durC den riCter fleiSteile als köder für den fiSfang herausSneiden lisen. Dort abSreckung, hir köder zvekks erlangung virtSaftliCer forteile in geStalt eines gröseren bargeld bedeutenden nuzeffektes der riCterliCen arbeit. NamentliC for dem StandgeriCt sind solCe abSreckenden Strafen ser belibt. Da verden für niCtigkeiten oft todesurteile gefällt, nur damit si abSreckend auf di anderen virken sollen. Und damit nun solCer terror siC vider fereinbaren lässt mit der dem folk forgeSpigelten göttliCen herkunft des reCtes, vird fon den pfaffen gott selbst als terrorist dargeStellt, der gevönt ist, siC der grässliCsten folterkvalen zu bedinen, um seine saCe besser bei den menSen durCdrücken zu können. (Hölle, fegfeuer, kvalfolle krankheiten als göttliCe prüfungen usw.) Ist gott selbst terrorist, nun so darf es auC der menS sein, und so Stellt der taylorisierende gevalt-

haber di folterkvalen des zuCthausen direkt in den Suz gottes. Im namen Gernegross II, fon gottes gnaden könig fon Ätiopien ferurteile iC diC zu lebenslängliCem zuCthaus. Und das alles geSit aus brutalem taylorSen geist, um den nuzeffekt der riCterliCen arbeit zu erhöhen. Ver siC di mühe geben möCte, das StrafreCt aller fölker und aller zeiten auf seine bevegenden kräfte hin zu untersuuCen, der vürde in disem vüsten brei religiöser, filosofiSer, moraliSer, sadistiSer und terroristiSer elemente di kaltblütig reCnende sele des räubers finden, der siC inmitten der grosen masse aufrüeriSen folkes SvaC und einsam fült und darüber sinnt, vi er auf di billigste art dises folk bändiggen kann.

Mit der einfürung der füsiokratiSen ordnung der naturherrSaft Stürzt natürliC mit so filem anderen auC das StrafreCt. Veil in der füsiokratiSen gesellSaftsordnung di interessen des *folkes* geSüzt sind und niCt mer di einer kleinen gruppe, brauCt dise ordnung auC niCt for aufrüeriSen massen geSüzt zu werden, veil es dann dise aufrüeriSen massen niCt mer gibt. Ein StrafreCt zum Suze der gesellSaftsordnung ist dann überflüssig. Di füsiokratiSe ordnung ist der natur des menSen angepasst und Stet im Suze der natur, des vindes, der sonne, des liCtes. Dise ordnung get mit der sonne auf und mit der sonne unter, die frülingsStürme brausen regelmäsigen durC dise ordnung und reisen alles kranke und morSe mit siC, und das liCt sorgt dafür, dass niCts faules unentdekk bleibt. In diser ordnung gibt es keine „ferbreCer“ mer. Di übeltäter werden dort zum arzt geführt. Nimand ferlangt dann noC eine besondere süne, veil siC nimand durC di taten des übeltäters beleidtigt fült. Nimand ferlangt noC abSreckende Strafen, veil di taten der idioten doC niCt durC abSreckung ferhindert werden, ja nimand vird überhaupt noC Strafen fordern, veil di Strafe religiösen, moraliSen anSauungen entSpriCt und veil in di behandlung der überltäter niCt mer di religion und moral eingreifen, sondern durC di klistirSprize, durC den aufenthalt in kuranStalten, durC veltreisen u. s. v. ersezt werden. Di übeltäter werden kurirt und niCt gekvält und geängstigt werden. Im vinter werden si an di Riviera, im sommer naC Norwegen geSikkt werden, selbstferständliC niCt vom Stat, sondern fon privatleuten, di das geld dazu spenden vollen. Nein,

der ferbreCeriSe gedanke der Strafe vird föllig fallen gelassen. Einen gott, der für di ferlezung seiner ordnung durC dn ferbreCer süne fordert in geStalt fon kvalen und leiden des ferbreCers und druC solCe kvalen fersönt vird, den gibt es dann nur noC in den museen. In der heutigen ferbreCeriSen ordnung haben alle dise SrekliCen dinge einen sinn. Similia similibus Curantur. Si sind zvekkentSpreCend und durCaus fernünftig, aber in der füsiokratiSen ordnung würden si geradezu läCerliC virken. Nur der eine gesiCtspunkt vird bei der behandlung der übeltäter in der füsiokratiSen ordnung noC masgebend sein. VI SÜZEN VIR UNS FOR DEN ÜBELTÄTERN, FOR DEN IDIOTEN. Hat man naC lage des falles fom übeltäter keine veiteren Sandtaten zu erwarten, dann lässt man den übeltäter laufen, mag auC sonst seine handlung noC so hässliC erSeinen. SolCes väre z. b. der fall, venn der übeltäter fon rolingen auf friSer tat ertappt und dabei so Sver zugeriCtet vird (ferlust des augenliCts, der hand u. s. v.), dass er einfaC fysiS unfähig väre, veitere untaten zu begehen. Vären z. b. Harmann von seinem lezten opfer die augen ausgekrazt vorden, so läge für die füsiokratiSe gesellSaft kein anlass mer for, gegen Harmann einzuSreiten. An di Riviera mit Harmann, zu den Kanibalen naC Afrika mit ihm, so würde der riCter urteilen. Nur veil das begangene ferbreCen den ferdaCt ervekket, dass noC veitere übeltaten aus derselben kvelle zu erwarten sind, interessirt siC di füsiokratiSe gesellSaft für den übeltäter. Dises interesse konzentriert siC aber ausSlisliC auf di frage: Vi Süzen vir uns for disem kranken? eine antvort auf dise frage zu finden, di mit der kval- und leidlosen behandlung des ferbreCers fereinbar ist, vird dann sorge der füsiokratiSen gesellSaft sein. In dem mase, vi vir uns fon der heütigen ferbreCeriSen ordnung entfernen, verden vir auC den riCtigen abStand gewinnen, um den übeltäter riCtig zu ferstehen. „Tout comprendre c'est tout pardonner“. (Alles ferStehen, heist alles ferzeihen). Und es ist anzunemen, dass venn di gesellSaft nur ein kväntCen fon der geistigen anStrengung ferbrauct, di di heutige gesellSaft auf die beantwortung der frage fervendet: vi beStrafen und kvälen vir den ferbreCer, dass dann di frage der kval-losen siCerung der gesellSaft gegen di missetaten der übeltäter (kranken) in einer auC sensible

naturen befriedigende weise gelöst werden wird. An diesem tage werden wir die folterkammern der kapitalisten, die zuchtäuser und gefängnisse in feuer aufgehen lassen. Und die empfindsamen selen im lande, die ihr abendgebet mit den vorten zu Slisen pflegen: „Seigneur, secourez aussi les pauvres, les prisonniers, les malades et les agonissants („Herr, hilf auch den armen, den gefangenen, den kranken und Sterbenden“) werden beim anblick dieser zum himmel lodernden feuer, dieses ersten varhaft gottgefälligen opfers einen seufzer faren lassen und dann zum ersten mal in ihrem leben mit gutem gewissen einslafen.

Veil die behandlung der übeltäter allen religiösen und moralisierenden, philosophierenden und terroristisierenden hokuspokusses entkleidet sein wird, wird sie frei sein von allem leidenhaftlichen beigeSmakk, frei auch von allem zeremoniell. Eine gerichtsherhandlung und eine hünereaugenoperation stehen dann auf gleicher Stufe. An Stelle des kruzifixes hängt an der wand ein skelett. Statt des talars trägt der richter eine operationsSürze und an den fingern klebt blut statt tinte. Der richter braucht kein ansehen und braucht auch keine heilige Seü einzulösen. Sein ansehen liegt in der natürlichkeit und lauterkeit seines amtes begründet. Er braucht keine paragrafen zu konsultieren, er hat keinen STRAFKODEX (!), er Svazt nicht von gott und gerechtigkeit, von moral, von süne, von ungläublicher roheit (was wäre dem arzt in dieser beziehung noch ungläublich?) und dergleichen dingen, sondern fragt nur: ist uns dieser mann noch gefährlich und wie süzen wir uns für seinen taten?

Deutschlands Wirtschaft und Wahrung

„Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterland.“ So scheint die Statistisch-volkswirtschaftliche Gesellschaft des Kts. Zurich gedacht zu haben, als sie Dr. jur et phil. *Albert Hahn*, den Direktor der Deutschen Effekten- und Wechselbank, als Referenten über Deutschlands Wirtschaft und Wahrung gewann.

Er bot „in einem ausgezeichneten, klar aufgebauten Vortrag“ (wir entnehmen diese und alle folgenden, in Anfuhrungszeichen stehenden Satze dem ausführlichen Bericht der „*Neuen Zurcher Zeitung*“, deren Handelsdirektor Dr. *Paul Gygax* an der Versammlung den Vorsitz führte), „eine scharfsinnige, theoretisch fundierte Darstellung von der heutigen Lage der deutschen Wahrung und der Wirtschaft und den Tendenzen, die für die weitere Entwicklung bedingend sind.“

Dabei kommt er zu folgenden für die Freiwirtschaftler herzerfreuenden Feststellung: „Es sind einzig in der Zirkulationssphare (also im Geldumlauf! – Red. d. F. Z.) liegende Ursachen, die die paradoxe Erscheinung zeitigen, daß mit Arbeitswille und Gterflle Produktionsstockungen und Arbeitslosigkeit Hand in Hand gehen. Darum ergibt sich die Erkenntnis, die in Deutschland erst seit kurzem Geltung hat, daß wir es mit einer typischen Deflationskrise zu tun haben, deren Erscheinungen die Schweiz aus der Nachkriegszeit her kennt.“

Diese Satze begründete der Vortragende dann ganz ausführlich, wobei er die Rolle der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes trefflich zeichnete.

„In seinem Schlußwort hob der Direktor Dr. *Hahn* nochmals die Wichtigkeit des Zirkulationsproblems hervor, das die Störungen besser aufdecke als der Hinweis auf die Stockung im internationalen Warenaustausch oder das Heranziehen der Unterkonsumtionstheorie ... Auf die von Dr. *Paul Gygax* berührte Frage der Federal Reserve Bank für Zentraleuropa übergehend, erklarte der Redner, daß Übereinkommen in der Diskontpolitik heute sich schon daraus ergeben, daß die Vereinigten Staaten von Amerika als Herren der Konjunktur und des Goldes das maßgebende Wort zu sprechen haben! Interessant ist es zu verfolgen, wie die Amerikaner aus ideologischen Gründen eine Preisstabilisierungspolitik getrieben haben.“

„Zum Schluß widmete Dr. *Hahn* der von der Cambridger Schule und den Leuten um *Irving Fisher* ausgegangene Idee der konjunkturlosen Wirtschaft, die gewisse Fortschritte zu verzeichnen hat, anregende Ausführungen.“

„Ihre Durchsetzung würde dem von der Krisenlehre ausgegangenen Marxismus und seinem politischen Exponenten, dem Bolschewismus, die Grundlage rauben und dem nordamerikanischen Kapitalismus zum Siege verhelfen.“

Dieser Satz scheint falsch, aber nur, weil wohl für Dr. *Hahn* Kapitalismus und freies Unternehmertum ein und dasselbe ist. Er will sagen, daß die Durchführung der festen Währung in den Vereinigten Staaten dessen Unternehmer am leistungsfähigsten und daher seine Volkswirtschaft zur blühendsten der ganzen Erde machen würde. Damit hat er recht.

Erfreulicherweise ist auch die wiederholte Feststellung des von der N.Z.Z. als „fruchtbaren Theoretiker wie auch als gewiegten Praktiker“ bezeichneten Referenten, daß die Lösung der sozialen Frage nicht in der Produktionssphäre, sondern in der Zirkulationssphäre zu suchen sei. Dr. *Kellenberger* schrieb seinerzeit im „*Bund*“, wer die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital beseitigen wolle, müsse die Verstaatlichung der Produktion verlangen, wie es die Sozialisten tun. *Gesell* seit 1891 und nun die englischen und amerikanischen Nationalökonomien seit etwa 10 Jahren behaupten dagegen, daß die Ursache der Ausbeutung durch den Zins im Gelde, im Umlaufmittel, zu suchen sei.

Wir danken der Statistisch-volkswirtschaftlichen Gesellschaft des Ktn. Zürich wärmstens für den Gedankenimport und hoffen, daß durch den Vortrag von Direktor Dr. *Hahn* manches Vorurteil gegen die Freiwirtschaftler erschüttert worden sei.

SILVIO GESELL



**Der
abgebaute
Staat**



**Leben und Treiben
in einem
gesetz- und sittenlosen
hochstrebenden
Kulturvolk**

SILVIO GESELL

DER ABGEBaute STAAT

LEBEN UND TREIBEN
IN EINEM
GESETZ- UND SITTENLOSEN
HOCHSTREBENDEN
KULTURVOLK

*

*Paul und Ilse
Klemm,*

*den auf verlorenem Posten stehenden,
dennoch frohen und unverdrossenen
Pionieren einer herrschaftslosen,
menschlichen Gesellschaft, widmet diese
Blätter in Erinnerung an die in ihrer
Familie verlebten schönen Sommertage
und in Fortsetzung der dabei geführten
anregungsvollen Gespräche.*

D. V.

A. BURMEISTER VERLAG
BERLIN-FRIEDENAU

Vorwort

Der akratische Gedanke hat, trotzdem er so manchen schon begeistert hat, seit langem keine Fortschritte mehr gemacht, weder in theoretischer noch in propagandistischer Hinsicht. Stillstand aber kann es im menschlichen Streben nicht geben. Ist der Weg vorwärts versperrt, so setzt gleich der Rückmarsch ein, und zwar Rückmarsch bis zum Ausgangspunkt. Zu diesem Ausgangspunkt scheinen die Anarchisten bereits gelangt zu sein, wenn man die Gruppe der *Anarcho-Kommunisten* als die Avantgarde der Akratie betrachtet. Denn der Kommunismus ist ja der Ausgangspunkt, ist die primitive Form der menschlichen Gesellschaft. Die Schwierigkeiten, die der Kapitalismus den Akraten in den Weg gelegt hat, drängten diese bei ihrem Vormarsch mit zähem Druck vom geraden Wege ab und führten sie in einen geschlossenen Kreis, wo die akratische Avantgarde die Arrieregarde schließlich in den Schwanz beißt, um sich dann mit ihr zu verschmelzen ... Anarcho-Kommunismus. Der Weg zu Akratie führt selbstverständlich über die Leiche des Kapitalismus, denn Kapitalismus heißt Ausbeutung, und der Ausbeutungsapparat bedarf zu seinem Schutze einer zentralisierten Macht, und diese Macht heißt Staat. Da nun den Anarchisten ein anderer Weg für die Überwindung des Kapitalismus als der, den die Kommunisten eingeschlagen haben unbekannt war, so war der Weg der Anarchisten zum Kommunismus eine schon fast zwangsläufige Entwicklung.

In der in diesen Blättern versuchten Darstellung einer akratischen Gesellschaft wird überall vorausgesetzt, daß in ihr der Kapitalismus auf dem Wege der echt akratischen Reformen, die unter dem Namen *Freiland-Freigeld-Freihandel* in weiten Kreisen bekannt geworden sind, bereits überwunden worden sei. (Der Kenner weiß, daß der Kapitalismus lokal nicht zu überwinden ist. In meiner Darstellung mußte ich über diese Schwierigkeit hinwegsehen.)

Ich bin mir voll bewußt, daß in einer so wenig umfangreichen Schrift wie dieser der akratische Gedanke selbstverständlich nicht in allen Einzelheiten zu Ende gedacht werden kann. Andererseits hat mir aber der Umstand, daß ich bei der gradlinigen und rücksichtslosen Verfolgung meines Zieles nirgendwo auf Schwierigkeiten gestoßen bin, den Beweis geliefert, daß das Zu-Ende-Denken des akratischen Gedankens keine unüberwindlichen Schwierigkeiten für den restlosen Abbau des Staates mehr zutage fördern kann. Mit der Überwindung des Kapitalismus auf dem Wege von Reformen, die selber nicht der

Akratie widersprechen, ist die Bahn zur Akratie theoretisch wenigstens freigegeben.

In meinem ersten Versuch („Der Abbau des Staates“, Berlin 1919) mußte ich noch einen Rest oder Schatten eines Staates bestehen lassen, weil ich für die akkratische Lösung des Geldproblems noch keine befriedigende Form gefunden hatte. Ich mußte die Währung einem Währungsamt übergeben. Das brachte mir manchen Tadel aus den Kreisen der Anarchisten ein und beeinträchtigte die Werbekraft meiner Ausführungen. Diesen Mangel (eigentlich war es nur ein Schönheitsfehler), glaube ich jetzt in einer Weise behoben zu haben, die jeden Akkraten befriedigen muß.

Die Schwierigkeiten des Staatsabbaues liegen durchaus nicht, wie man wohl denken möchte, auf den Gebieten, wo der Staat in seiner ganzen Pracht in Erscheinung tritt, wie beim Militär, bei der Staatsschule, bei den Staatsbetrieben (Eisenbahn, Post z.B.), bei der Zollwirtschaft. Der vollkommene Abbau dieser Staatsdomänen kann erfahrungsgemäß jeden Tag, ohne irgendwelche Störungen zu verursachen, unternommen werden. Staaten ohne Staatseisenbahnen hat es immer schon gegeben (Frankreich, U.S.A., England, Argentinien usw.) und auch solche ohne Militär, ohne Marine und Kolonien. Die Schwierigkeiten treten viel deutlicher bei den Staatsdomänen auf, die, wie die Polizei, die Ehe, das Sanitätswesen, mehr im Verborgenen liegen. Hier gehört manchmal eine gewisse Starrköpfigkeit dazu, wenn man nicht durch Vorurteile auf die schiefe Ebene der Konzessionen abgedrängt werden will. Ich weiß darum auch, daß mancher, der nicht von Jugend an den Gedanken des Staatsabbaues als heimliche Liebe gepflegt hat, sich vor den Kopf geschlagen fühlen wird, wenn ich allen Ernstes das *Faustrecht* an die Stelle der bürokratischen Justiz zu setzen vorschlage. Er wird mich stracks als Utopisten bezeichnen und auch dann noch bei solchem Urteil bleiben, wenn ich ihm zeige, daß er selbst ja in seiner Familie, also gegenüber den Schwachen und Schwächsten, das *Faustrecht* übt, daß er von seinem Vater, von seinen Lehrern, von seinen Jugendgenossen mit dem *Faustrecht* erzogen wurde, und daß der Staat durch Unteroffiziere, Polizei und Scharfrichter letzten Endes auch nichts weiter als das *Faustrecht* übt. Wenn hinter dem „*Recht*“ keine Faust zu sehen ist, dann handelt es sich um etwas völlig Wesenloses. Die Faust ist unter allen nur denkbaren Verhältnissen die ultima ratio. Warum also erschrecken, wenn man das Ding beim rechten Namen nennt? Statt von *Faustrecht* zu sprechen, hätte ich ja von *Naturrecht*, von Selbstschutz, Selbstverteidigung sprechen können. Es sind andere Bezeichnungen für genau dieselbe Sache. Und sie erschrecken nicht so. Aber der Umstand, daß sie nicht

so schrecken, beweist schon, daß diese Ausdrücke ihren sachlichen Inhalt nur unvollkommen decken. Darum, um nicht zu beschönigen, blieb ich beim Worte *Faustrecht*.

Übrigens liegt im Worte *Abbau* der Gedanke eines bedachtsamen, planmäßigen Vorganges gebettet. Es handelt sich beim Abbau nicht um ein *Niederreißen* ohne Winkel und Lot. So wird man darum vernünftigerweise dort beginnen, wo die Volkspsyche die geringsten Widerstände bereitet. Seit Kriegsschluß hat man in Deutschland schon nach mancher Richtung hin abgebaut, freilich um an anderer Stelle wieder Neues anzubauen. Wenn die Sozialdemokraten nicht wären, dann könnten wir schon von einem regelrechten Abbau sprechen, der vielleicht auch manches mitgerissen hätte, an dem man heute kaum zu rütteln wagt. Die Monarchie ist abgebaut worden. Es ist eine nicht zu bestreitende Tatsache. Merkt man etwas davon, ist der Himmel eingestürzt? Die Kirche ist ebenfalls abgebaut. Hat es irgendwo gekracht? Vom Militär ist nur ein schäbiger Rest übrig geblieben. Fühlt sich jemand in Deutschland unsicherer? Die Kolonien wurden abgetreten. Fehlt es an Rohstoffen? Und an der Niederlegung der Zollgrenzen wird überall mit starken Willenskräften gearbeitet. Briand sagt sogar, daß er als alter Mann noch hofft, den großen Tag zu erleben. Und überall in der Welt bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete der Eingriff des Staates nur stören kann und glatt abzulehnen sei. Die Wirtschaft aber umfaßt, genau betrachtet, das gesamte Gesellschaftsleben.

Freilich will ich hier gleich gestehen, daß die genannten, dem Abbau verfallenen Domänen des Staates die akralischen Grundideen nur wenig berühren. Doch sind es immerhin Schritte auf unserer Bahn, deren Bedeutung in pädagogischer Hinsicht nicht zu unterschätzen ist. Wenn man, so wird sich mancher sagen, das, was dem Staat einmal aufgebürdet wurde, wieder abbürden kann, so mag auch sonst noch manches überflüssigerweise dem Staat aufgebürdet sein. Von diesem Punkte richtet sich der Blick dann schon manchmal von selbst auf das Ganze, und es steigt die kritische Frage aus dem Brei des gewohnheitsmäßigen Denkens: ob denn der Staat als Ganzes wirklich notwendig sei.

Das Ideal des *Akraten* steht hoch am Himmelszelt. Wer nicht gewohnt ist, gebläht von Menschenstolz, den Kopf hoch zu halten, der wird sich ordentlich recken und sein Auge schärfen müssen, wenn ihm hinter den Wolken seiner Vorurteile die Konturen dieses herrlichen Bildes aufleuchten sollen.

Oranienburg-Eden, Oktober 1927

S. G.

Wie es kam.

Ein Riß ging durch den Untergrund der politischen Parteien.

Auch ohne an die bisherigen Mißerfolge aller Revolutionen zu denken, fällt es schwer zu glauben, daß auf dem Wege der revolutionären Kämpfe und Massengräber mehr als bloße Zerstörung des Bestehenden erreicht werden kann. Für aufbauende Arbeit, für das Studium wirklich grundstürzender Reformen sind die Männer (Frauen), die sich in Straßenkämpfen und auf Barrikaden durch Mut und Tapferkeit das Vertrauen der Massen erworben und die führende Macht erkämpft haben, gewöhnlich nicht zu haben. Sie haben sich mit Gewalt an die Spitze gestellt und können nun die Gewalt nicht entbehren, wenn sie an der Spitze bleiben wollen. Und mit der Gewaltherrschaft schaffen sie ungewollt die psychologischen Vorbedingungen für die Wiederherstellung der alten, der gestürzten Ordnung. Wie aber, so fragt man sich dann verwirrt, kann es dann noch überhaupt zu grundstürzenden Reformen in unserem gründlich verpfuschten Gesellschaftsleben kommen, wenn die Gewalt, die dazu gehört, ihrem eigenen Ziele im Wege steht? Kann man sich vorstellen, daß solche Reformen etwa auf dem Wege des Parlamentarismus, also durch Parteireden, durchgeführt werden könnten? Wodurch unterscheiden sich denn solch parlamentarischen Kämpfe grundsätzlich von den Barrikadenkämpfen? Ist nicht der Straßenkampf genau wie der Krieg die „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“? Die Reden im Parlament haben durchaus denselben Zweck, dieselbe Wirkung, die die Schimpfreden haben, mit denen sich Paris und Achill gegenseitig zum Todeskampf anfeuerten. Oder hat schon jemals ein Parlamentsredner seine Parteigegner für seinen Standpunkt gewonnen? – Wenn es sich um mehr als Bagatellfragen handelt, muß die Parteirede in Prügelszenen und in Straßenkämpfen münden.

Um nun überhaupt in diese Sackgasse einen Ausgang zu hauen, wird in der hier geschilderten Parlamentssitzung mit

einer dritten Möglichkeit spekuliert, nämlich mit einer *parlamentarischen Zerstörung des Parlamentarismus*, des Parteikampfes, indem hier die in allen Menschen mehr oder weniger stark eingewurzelten *arterhaltenden Triebe* (die als Abart des Selbsterhaltungstriebes anzusehen sind), die auch bei allen Menschen in sehr verwandten Handlungen und idealistischen Bestrebungen sich äußern, zum Stützpunkt genommen wurde, um unsere verderbte Welt aus den Angeln zu heben. Da im Christentum diese arterhaltenden Triebe einen besonders kräftigen und zugleich dichterisch schönen Ausdruck gefunden haben, so wurde hier das Christentum als Sturmbock gegen die Parteipolitik gewählt. Wer sich nun zu den Christen zählt, sei es als Katholik, Jude, Protestant oder Kommunist und trotzdem die skizzierte parlamentarisch-politische Entwicklung als Utopie oder Schwärmerei glaubt bezeichnen zu müssen, der wird hier gleich bekennen müssen, welch unklarer Kopf er im Grund doch ist. Denn nur der Mensch, der an die Allmacht der Liebe, der grenzenlosen Liebe zu allen Menschen glaubt, kann sich Christ nennen. Man kann doch nicht das Christentum propagieren und dann, wenn es sich darum handelt, mit vollen Händen zu ernten, was man selber gesät, erschrocken das Christentum als Utopie, als Schwärmerei bezeichnen. Wer an das Christentum wirklich glaubt, der hält es auch für möglich, der muß darum bereit sein, sich blindlings und ohne Furcht jederzeit für die Realisierung des Christentums auf Erden einzusetzen. Der „Christ“, der das nicht kann, der glaubt nicht, der ist in Wirklichkeit gar kein Christ. Er ist nichts als ein gewöhnlicher, getaufter Philister, für den allein dann die Kunde des Diktators als Grundlage der Gesellschaftsordnung in Betracht gezogen werden dürfte.

Die Mutterrente im Reichstag.

Reichstagsverhandlung vom 31. 2. 1931.

Präsident: Ich eröffne hiermit die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht der vom Abgeordneten Herrn Andreas *Müller* eingebrachte Gesetzentwurf:

1. Es wird eine Grundrentenkasse geschaffen, in die sämtliche Grundrenten des Landes geleitet werden, und von der aus allen im Lande wohnenden Müttern für jedes ihrer Kinder ohne irgendwelche Ausnahme zu machen, eine Rente, laufend ausgerichtet wird. Die Höhe dieser Rente richtet sich allein nach der Höhe der einlaufenden Grundrenten, die nur dem genannten Zwecke dienstbar gemacht werden dürfen.

2. Die Erfassung der Grundrenten erfolgt in der Weise, daß der gesamte Grund und Boden (Äcker, Wiesen, Forsten, Baugrund, Bergwerke, Wasserkraft, Häfen, Jagd- und Fischereirechte usw.) vom Reich gekauft, mit Staatsschuldscheinen bezahlt wird, und daß dann diese so ausgegebenen Staatsschuldscheine durch eine allgemeine *Vermögensabgabe*, der auch die Besitzer der oben genannten Schuldscheine unterworfen sind, getilgt werden. Dieser Tilgungsprozeß muß bis zum Jahre 1940 beendet sein, so daß von da ab die Grundrenten für die unter 1. genannte Rente verfügbar sein werden.

3. Die unter 2. genannte Vermögensabgabe wird gestaffelt sein.

4. Die Gesetzgebung über die Ehe wird vom Tage ab, wo die Mutterrenten regelmäßig zu fließen beginnen, außer Kraft gesetzt, und dem Staat jede weitere Einmischung in das Familien- und Liebesleben untersagt. Die Zivilstandsregister werden geschlossen und den Museen ausgeliefert.

Zur Begründung seiner Vorlage erteile ich dem Abgeordneten Andreas *Müller* das Wort. Ich möchte aber noch bemerken, daß ich in Erwägung der umstürzlerischen Bedeutung der Vorlage und in Voraussicht heftiger Zusammenstöße starke Polizeikräfte zum Schutze der Redefreiheit bestellt habe, und daß ich mich dieser Kräfte rücksichtslos zu bedienen gedenke in Wahrung meiner Rechte und Pflichten. Außerdem soll jetzt eine gründliche Leibesvisitation vorgenommen werden, da mir zu Ohren gekommen ist, daß seit den letzten Radauszenen viele Mitglieder des Hauses sich zu den Verhandlungen mit Revolvern versehen. Ich ersuche die Herren, sich dieser not-

wendigen Maßnahme ohne Widerstand zu unterziehen. Der Parlamentarismus wird heute einer Feuerprobe unterworfen werden. Von ihr wird es abhängen, ob dies die letzte Sitzung, das Ende des deutschen und dann auch des Parlamentarismus schlechthin sein wird oder nicht. Oft schon wurde behauptet, daß das parlamentarische System unfähig sei, grundsätzliche Dinge zu ordnen. Diese Behauptung würde sich für alle Zeiten und für alle Länder und Völker als falsch erweisen, wenn bei der starken Ausgeglichenheit in der Zahl der Freunde und Gegner der Vorlage, die durch die Parteibesprechungen offenbart wurde, die Verhandlungen in parlamentarischen Formen fortgeführt werden könnten und noch mehr, wenn sich das Volk da draußen dem Ergebnis unserer Abstimmung zahm und still unterwerfen würde. Befürchtungen wie Hoffnungen sind im Volke geweckt worden, ungeheure, in demagogisch aufgebauchten Proportionen. Im Interesse des Parlamentarismus liegt es, daß solchem Geisteszustande des Volkes jetzt nicht noch durch unsere Verhandlungen Nahrung zugeführt werde. Ich bitte die Herren Abgeordneten, in ihren Reden das alles wohl zu bedenken. Versagt heute der Parlamentarismus, so stehen wir vor der Alternative: Diktatur oder Abbau des Staates (Anarchie). – Herr Abgeordneter *Müller!*

Abg. *Müller* steigt auf das Rednerpult, begrüßt von einer Salve von Schimpfworten und jubelnden Zurufen aus allen Parteien. Von den Tribünen werden Blumen und ganze Pakete von Juckpulver und Stinkbomben hinab in den Saal geworfen. Wüste Prügeleien brechen dort sofort aus. Die Polizei nimmt Verhaftungen vor und räumt die Tribünen. Das Publikum stimmt beim Verlassen der Tribünen das Deutschlandlied, die Internationale und merkwürdigerweise dazwischen auch ein Wiegenlied an, das einer der Anwesenden, vom Gedanken der Mutterrente inspiriert, soeben komponiert hatte.

Zur Erklärung dieser und der folgenden Vorgänge sei für alle, die über die deutschen parlamentarischen Vorgänge nicht unterrichtet sind, bemerkt: Es ist die erste Sitzung des neugewählten Reichstages, dessen Wahlen sich unter der Parole: Hie Vermögenskonfiskation, hie Mutterrente vollzogen. Ungeheuer war die Aufregung im ganzen Land, die durch die zahllosen Wahlversammlungen und demagogischen Reden immer wieder neu angefacht wurde. Namentlich bei den Frauen war die Erwartung groß. Die Wahlbeteiligung war fast hundertprozentig gewesen. Prügeleien, Mord und Totschlag waren alltägliche Erscheinungen. Da die Frauen, die heute ausschlaggebende Masse, selbstverständlich für die Mutterrente waren, so hatten auch nur solche Kandidaten Aussicht auf Reichtagsdiäten, die die Sache der Mutterrente zu unterstützen wenigsten versprochen. So gelangten ganz neue Elemente in alle politischen Parteien, bei den Deutschnationalen, beim Zentrum, bei den Sozialdemokraten, Leute, die sich öffentlich verpflichtet hatten, das Gesetz über die Mutterrenten, und was dazu gehörte, zu unterstützen. Die Geschlossenheit der Parteien ging dadurch

verloren. Ein *Riß ging durch den ganzen Untergrund des Parteikampfes*. Die alten Parteiführer hatten die Führung und Autorität verloren. Die einzelnen Abgeordneten fühlten sich zum ersten Mal selbständig und selbstverantwortlich. Das war namentlich der Fall bei der Mehrzahl der Frauen, die der Wahlkampf in großer Zahl in den Reichstag gebracht hatte. Der Riß trennte zum erstenmal hart und deutlich die Elemente, die durch den ökonomischen Inhalt des Programms ange-lockt worden waren, von denen, die es ernst nahmen mit dem idealistischen Mäntelchen, womit man den ökonomischen Kern zu umhüllen und zu verhüllen pflegt. Der ökonomische Inhalt der Programme trennte nach wie vor die Parteien, und zwar umso schärf er, je klarer er sich am Hintergrund der idealistischen Ziele abhob, während umgekehrt die rein idealen Bestrebungen, die bei allen Menschen im Grunde dieselben sind, wie magnetische Anziehungskräfte auf Christen, Freidenker, Juden, Türken, Kommunisten wirkten. Hier die zwar kleinere aber kompakte, dort die größere aber uneinige Masse. Die prominentesten Mitglieder der kapitalistischen Parteien waren durch die diskrepiierenden Interessen der Grundrenten- und der Zinsbezieher so schwer aneinandergeraten und hatten sich im Eifer des Gefechtes persönlich und gegenseitig so schwer beleidigt, daß sie für die Verteidigung sonstiger gemeinsamer Interessen koalitionsunfähig geworden waren. Diese eigenartige politische Konstellation sollte nun durch einen Generalangriff von den Anhängern der Idee der Mutterrente nach Möglichkeit ausgenutzt werden.

Andreas Müller: Meine Herren, es geht abwärts mit unserem Volke, und zwar seit vielen Geschlechtern. Vergleichen wir unsere heutigen Frauen mit den Bildwerken der alten Griechen, so müssen wir zu unserer Beschämung gestehen, daß von dem damaligen Kapital an Kraft, Schönheit und Geist wenig mehr übrig geblieben ist. Wenn das so weiter geht, so kommt bald die Zeit, wo unsere Jünglinge vergebens nach lebenden Modellen solcher Gesundheit und Schönheit suchen werden, und wo sie dann in ihrer Verzweiflung ihre Väter verfluchen und deren Gräber schänden werden. Denn eine andere Erklärung für die Erscheinung als die, daß ihre Väter Unzucht getrieben haben, werden sie mit Recht nicht gelten lassen. Mancher biedere Bürger bildet sich ein, daß die von uns oder unseren Vorgängern geschaffenen Ehegesetze der Unzucht vorbeugen, in erster Linie dem Schutze der Rasse, der Förderung der Hochzucht dienen sollten. Weit gefehlt. Das Gegenteil fördert der Staat durch seine Einmischung in das Liebes- und Familienleben. Der Staat stellt an die physische Qualität der Ehekandidaten überhaupt keine Bedingungen. Das ist an sich ja kein Fehler, im Gegenteil, gerade in Liebesangelegenheiten soll jeder sehen, nach seiner Façon selig zu werden. Aber dadurch, daß sich der Staat überhaupt in die Ehe einmischet und dabei jede Ehe, auch die widerwärtigste und unzünftigste sanktioniert, hat sich im Volke der Glaube eingebürgert, daß es sich um Bagatelldingen handelt, und daß die Zucht in bester Ordnung sei. Das Kessel- und Haber-treiben, womit das Volk früher unzünftige

Ehen zu hintertreiben suchte, hat vollkommener Gleichgiltigkeit Platz gemacht. Der Staat, der uniformierte, glänzende Staat hat ja die Sache in die Hand genommen. Was der Staat duldet, muß auch sittlich sein. So denkt das Volk. Wir empfinden zwar in zahllosen Fällen die vom Staat sanktionierten Ehen als Unzucht, als Ehen, denen nichts Gutes entspringen kann, aber da der Staat nichts dagegen einwendet, so muß es sich wohl um eine Täuschung handeln. Wir Bürger mit beschränktem Untertanenverstande verstehen das eben nicht. Das in solchem Empfinden sich kundgebende Verantwortungsgefühl ist durch die Einmischung des Staates verloren gegangen, wie ja überhaupt bei allen Menschen, denen ein Vormund bestellt wird, das Verantwortungsgefühl verkümmert. Ohne den Vormund Staat wären bestimmt eine Unzahl Mißsehen nicht zustande gekommen, deren Produkte nun die Kranken- und Zuchthäuser füllen. Forschen wir weiter nach den Ursachen des Rassenverfalles, so stoßen wir bald auf den Alkoholismus und Nikotinismus und ähnliche Volkslaster, denen gewiß viel, ungeheuer viel Unheil zuzuschreiben ist. Und manche glauben auch, daß hier die Hauptursache liegt. Sie irren. Der Alkoholismus ist eine sekundäre Erscheinung, eine sekundäre Erscheinung der Ehe, der staatlichen Intervention in den Liebes- und Familienangelegenheiten. Die durch die Ehe gefesselte Frau ist nicht in der Lage, ihrem angeborenen Widerwillen gegen die Laster Raum zu geben (schwangeren Frauen z. B. wird es in der Bieratmosphäre und im Tabaksqualm gewöhnlich so übel, daß sie den Ort verlassen müssen), d. h. dem Manne, der betrunken und in Tabakswolken gehüllt heimkehrt, den Laufpaß zu geben. Wäre die Frau frei, nicht nur frei vom Staat, sondern auch wirtschaftlich frei, so würde sie solchen Mann, solch Scheusal, nicht eine Minute bei sich dulden. Die Alkoholiker würden keine Frauen mehr finden, die ihre ekelhafte Gesellschaft dulden wollen, und würden sie darum auch der Regel nach keine Nachkommen hinterlassen. Nicht erst in der siebenten Generation würden die Geschlechter an den Sünden ihrer Väter zugrunde gehen, bereits in der ersten Etappe der Lasterbahn würden solche Individuen im toten Meer versinken. Und umgekehrt kann man sagen, daß wenn die Männer nur noch freien, wirtschaftlich unabhängigen Frauen begegnen würden, so würde die Furcht, der Gunst der Frauen verlustig zu werden, sie davon abhalten, sich den Lastern zu ergeben. Weil die heute geltenden Ehegesetze und die wirtschaftliche Abhängigkeit die Frauen nachgiebig machen, weil der Staat und die Polizei dem Ehemann die Frau garantiert (noch heute kann der Mann verlangen, daß ihm die Polizei die davongelaufene Frau ins Haus zurückschleppe), weil er sich in dieser Richtung sicher fühlt, darum trägt er keine Scheu, den ekel-

haftesten Lastern zu frönen. Er braucht gar keine Anstrengungen zu machen, um zu einem Weibe zu kommen, und noch weniger, um sich das Eheweib zu sichern. Die Rücksicht auf sein Weib bildet kein Hemmungsmoment mehr auf der abschüssigen Bahn des Lasters. Er rechnet mit dem großen Zuhälter *Staat*, der ihm in Verbindung mit der Not das Weib wieder zutreiben wird, woraus wir dann den logischen Schluß ziehen, daß es sich wirklich mit dem Alkoholismus nicht um eine primäre, sondern um eine sekundäre Erscheinung handeln kann, die von selbst verschwindet, sobald die Ursache verschwindet. Wir brauchen den Staat nicht anzurufen, um den Alkoholismus zu bekämpfen, um alle Laster zur Strecke zu bringen. Das amerikanische Alkoholverbot mehrte das Übel, und es ist verständlich, daß es so kam. Denn das Verbot berührte nicht die Wurzel des Übels. Würden dagegen die Amerikaner die Frau befreien, wie wir das mit dem heute hier vorgelegten Gesetze erstreben, so erübrigt sich das in seinen Wirkungen wirklich lächerlich erscheinende gesetzliche Alkoholverbot. Sie erkennen also, wo die letzten Gründe der Degenerationserscheinungen zusammenlaufen. Man predigt seit Jahrhunderten, seit Jahrtausenden, seit jeher, meine Herren, die Tugend, man verpönt das Laster, aber was hat es genützt? Der Gewalt allein weicht der Mann, und diese Gewalt kann nur allein die Frau, die freie Frau üben. Macht die Frau frei in wirtschaftlicher Beziehung, löst die ihr durch die Ehe auferlegten Ketten, hebt alle das Liebesleben kontrollierenden Gesetze auf, laßt der Frau vollkommen freien Willen in der für die Zucht wichtigsten Handlung, gebt ihr das Wahlrecht, das große, freie Zuchtwahlrecht wieder, und alles Übrige, alle Predigten wider die Unzucht werden sich von Stund an erübrigen. Der Grund der Degeneration ist beseitigt, und die Bahn zu neuem Aufstiege des Menschengeschlechtes wieder frei gegeben. Welch veredelnden Einfluß die Frau auf den Mann auszuüben vermag, haben uns unsere Dichter gezeigt. Und scheint es mir eine selbstverständliche und wohlbegründete Annahme, daß das Menschengeschlecht schon lange über das heutige Niveau emporgezüchtet wäre, wenn die Abhängigkeit der Frau solchen Aufstieg nicht immer schon verhindert hätte. –

Meine Herren! Wir erkennen ohne weiteres an, daß die Freiheit des Mannes die Vorbedingung für seine harmonische Entwicklung ist. Wir erkennen auch an, daß die politische Unabhängigkeit eines Volkes die Wiege seiner Kultur ist. Warum sollten dieselben Ursachen nicht auch bei der Frau dieselben Wirkungen auslösen? Um unsere persönliche bürgerliche Freiheit zu schützen, sind wir zu allen Opfern immer bereit gewesen. Wir trugen die schwere Kriegsrüstung, die zwei Drittel unserer Staatseinnahmen verschlang ..., ohne zu murren. Werden

wir nun, da es sich um ein ungleich größeres Ziel, um die Hochzucht unseres Volkes handelt, mit dem Gelde knausern? Die Freiheit der Zuchtwahl, die oberste aller Freiheiten, ohne die alle anderen Freiheiten nichts sind, denen wir die Menschwerdung verdanken, die darf nicht verkümmern, sie soll vor Geldopfern nicht die Fahne streichen. Durch die Zuchtwahl und Auslese entwickelte sich die Amoebe zum Amphibium, zum Vierhänder, zum Menschen. Und durch die Zuchtwahl soll sich dieser Mensch weiter nach den ihn beherrschenden Gesetzen entwickeln. Zur Gottheit, wenn solche Entwicklung nicht durch unsere gesellschaftlichen Einrichtungen gestört wird. Ich gebe zu, es ist viel, was mit diesem Gesetz von der Einsicht der Volksvertreter und von ihrer Opferfreudigkeit verlangt wird. Aber, meine Herren, bedenken Sie, daß alles, was das Gesetz für die Mütter leisten wird, von den Familienvätern jetzt weniger geleistet zu werden braucht. Den Strom der Grundrenten leiten wir ab von den Sümpfen, die heute nur Fieber erzeugen, führen ihn in sein natürliches Bett zurück und verwandeln so den Sumpf, das Tal der Tränen, in ein Paradies. Wenn der Boden gleichmäßig unter die Männer verteilt wäre, so würde jeder an den Renten seiner Frau gewinnen, was er durch die Konfiskation der Grundrenten glaubt verloren zu haben. Er würde der Vorlage darum so weit gleichgültig gegenüberstehen. Und doch wäre es für die Frau nicht gleichgültig, ob sie die Renten von ihrem Patrimonium oder von einem Manne erhält, der sie ihr nach Belieben vorenthalten kann. Es springt aber für alle Männer aus der Annahme der Vorlage auch ein positiver, finanzieller Gewinn heraus. Ich habe statistische Erhebungen veranlaßt über die Kosten, die die Produkte der Unzucht verursachen. Es sind gewaltige, schrecklich hohe Zahlen. Wissen Sie, meine Herren, wie viel wir jährlich ausgeben für das Armenwesen, die Krankenpflege, die Blinden-, Irren-, Zucht- und Waisenhäuser, wie viele Lehrer wir brauchen und verbrauchen, um die halb und ganz idiotischen Kinder notdürftig zu unterrichten? Wissen Sie, welch ein Kapital an Arzthonoraren, Apothekerrechnungen und Krankenpflege in Privathäusern verausgabt wird? Wie viel Geld in den Sanatorien, Bädern, bei den Zahnärzten verausgabt wird? 30% unserer Arbeitsprodukte werden von den Unzuchtsprodukten mit Beschlag belegt. Das ist aber nur der finanzielle Ausdruck der Unzucht. Der seelische Ausdruck ist noch viel schlimmer. Sonst sind die Geldausgaben mit irgendeinem Genuß verbunden. Hier aber geben wir das Geld aus, damit uns die Zähne ausgerissen, der Bauch aufgeschlitzt werde. Hundert Quadratkilometer Verbandmull, 10 Millionen Kilometer Wundbinden, 100 Schiffsladungen Verbandwatte werden allein in den Spitälern verbraucht. Und jeder Meter dieser Stoffe ist unter

Wimmern und Stöhnen verbraucht, mit einer hellen Tränenflut des Mitleides des ganzen Volkes getränkt worden. Zu diesem schauerlichen Ergebnis sind wir durch die seit Jahrhunderten betriebene Unzucht, durch die Versklavung der Frau, durch die Aufhebung der freien Zuchtwahl, durch die Ehe gelangt, die sich durch die Intervention des Staates in grobe Unzucht verwandelte. Jede Zucht, die nicht in völliger Freiheit erfolgt, bei der die natürlichen Triebe nicht die führende Rolle spielen, ist widernatürliche Zucht, ist Unzucht, Sodomie. Für die Beurteilung der Frauenmoral, der Moral überhaupt gibt es nur einen Maßstab, das sind die Kinder. Alles andere ist ohne Belang. An den Früchten sollt ihr sie erkennen, und an diesen Früchten gemessen müssen wir hier errötend bekennen, daß wir Unzucht getrieben haben, wir, unsere Väter und Urgroßväter. Da stehen die Züchthäuser, die Krankenhäuser, die Irrenhäuser, die Richtblöcke. Da ist das Budget für die Armen- und Armseligkeitspflege. Das Wahrzeichen unserer Schande. Meine Herren, wir müssen mit aller Kraft hier Wandel schaffen, und Eile tut not. Das Tempo der galoppierenden Schwindsucht hat sich auf alle Degenerationserscheinungen übertragen. Und wir wollen nicht untergehen, wir wollen nicht sein ein einig Volk von Krankenbrüdern und Krankenschwestern. Wir wollen nicht umgeben sein von Ärzten, Apothekern und Quacksalbern. Wir wollen keine hohlbrüstigen Jünglinge, keine bleichsüchtigen Mädchen um uns sehen. Wir wollen Geist, Gesundheit, Schönheit, Kraft und die Lebensfreude, die für alle aus solcher Zucht erwächst, und die allein unserem Dasein einen vernünftigen, paradiesischen Zweck gibt. Wir empfehlen aber auch, nicht mit spartanischen Mitteln hier einzugreifen, wir wollen der Zeit Zeit lassen, das Ihrige zu tun. Was eine 1000jährige Fehlzucht verpfuschte, das mag ein weiteres Jahrtausend wieder gut machen. Die Härte aller Naturgesetze verwandelt die Zeit, die jene für ihre Ziele brauchen, in Milde, und auch wir wollen diese Milde walten lassen. Es genügt uns, wenn wir wissen, daß die Ursache der Degeneration beseitigt ist, daß wir uns wieder auf ansteigender Bahn befinden, da soll es uns auf Äonen wirklich nicht ankommen. Wir wollen nicht, daß der liebe Gott im Himmel von dieser schönen Erde sagen muß: „Welch ein Ächzen, welch ein Stöhnen steigt hinauf zu unseren Höhen. Aus dem Tal der Freude, das es sein sollte, haben mir diese Menschen ein Tal der Tränen gemacht.“ Ja, wir wollen wieder ein züchtiges, lebensfrohes Volk werden, und das Mittel dazu habe ich Ihnen genannt. Wir wollen nicht nur in der Freiheit leben, in der Freiheit geboren sein, sondern bereits in der Freiheit, d. h. in der Liebe, gezeugt werden. Der Freiheit und Unabhängigkeit unserer Mütter, der sicheren Führung ihrer Triebe, nicht aber Gesetzen und Rechen-

exemplen wollen wir unser Dasein verdanken. Die Stallzucht hat aus dem Urstier das Monstrum geschaffen, das wir auf den Ausstellungen prämiieren. Dieselbe Stallzucht hat aus unseren Urvätern das Geschlecht zuwege gebracht, das jeder von uns im Spiegel voll Wehmut und hoffnungsloser Bekümmernis betrachten kann.

Zur Deckung der gewaltigen Kosten, die die Durchführung dieses Gesetzes verursachen wird, müssen neue, stark fließende Geldquellen erschlossen werden. Und als einzige Quelle, die solchen Ansprüchen genügen kann, ist die Grundrente zu nennen. Wir brauchen für die Mutterrente von 40 Reichsmark pro Kind und pro Monat 5 Milliarden Reichsmark jährlich, und die Grundrente liefert diese Milliarden fortlaufend. Aber auch aus einem anderen Grunde dachten wir an die Grundrente. Bekannt ist, daß die Grundrente ein unmittelbares Produkt der Volksdichte ist. Da nun aber diese Volksdichte von den Müttern geschaffen wird, *so erweist sich die Grundrente als ein unmittelbares Produkt der Mütter.* Durch einen kurzen Gebärstreik der Mütter könnte die Grundrente in der Stadt wie auf dem Lande auf Null gedrückt, das anscheinend so solide Grundeigentum ausgehöhlt, die Pfandbriefe und Hypotheken in Makulatur verwandelt werden, und tatsächlich geht ja auch in Frankreich, wo viele Frauen bereits den Gebärstreik in ausgedehntem Maße üben, die Grundrente, das eigentliche Heiligtum der Patrioten, seit vielen Jahren andauernd zurück. Nach dem Grundsatz: Jedem das Seine, *suum cuique*, jedem das Produkt seiner Tätigkeit, müßte man ohnehin den Müttern die Grundrente ausrichten. Wenn wir das nicht tun, so setzen wir uns in Gegensatz zu unserem eigenen Wahlspruch und zeigen damit der ganzen Welt, wie hohl, wie schwindelhaft unsere wichtigsten Schlagworte waren und sind. Und das, meine Herren, ist eine gefährliche Politik, die nur Leute betreiben können, die *va banque* mit ihrem Kopfe spielen wollen. Wir müssen die Grundrente durchaus als das Patrimonium der Mütter behandeln. Das Matrimonium (Ehe) raubte den Müttern das Patrimonium (Erbgut). Mit einem Linsengericht (Ehemann) entschädigte man die Mütter.

Wir anerkennen aber, daß, nachdem man seit Jahrhunderten es geduldet, daß die Grundrenten ihren natürlichen Nutznießern entzogen und vorenthalten wurden und gesetzlich allen anderen Vermögensobjekten gleichgestellt wurden, und ein kompliziertes Finanzgebäude auf diesem Untergrunde errichtet wurde, daß auch z. B. kein Mann etwas Ehrenrühriges darin erblickt, Geld, das aus Grundrenten herrührt, in die Tasche zu stecken, obschon er, wenn er gute Augen hat, Spuren eines Wochenbettes an diesem Gelde wahrnehmen würde, es dennoch unrecht wäre,

wenn wir jetzt der Mutterrente einseitig das Vermögen der Grundbesitzer opferten. Wir werden diesen Umständen dadurch gerecht, daß wir das Grundeigentum enteignen, die Besitzer entschädigen, d. h. das Grundeigentum in Mobilvermögen verwandeln und dann dieses Vermögen zusammen mit dem gesamten übrigen Vermögen des ganzen Volkes der unter 3. der Vorlage genannten Vermögensabgabe unterwerfen. So werden die Kosten des Gesetzes auf alle Vermögensbesitzer, ohne in der Art des Besitzes einen Unterschied zu machen, übertragen. Dies schien uns auch darum notwendig, weil ja auch alle Kreise des Volkes aus dem Gesetz Nutzen ziehen werden. Sonst würde es in zahllosen Fällen so kommen, daß die reiche Frau eines Haus- und Aktienbesitzers eine Mutterrente bezieht, die von den Bauern finanziert wird.

Wir wissen recht wohl, daß wir mit der Forderung der Grundrentenenteignung etwas Unerhörtes fordern, daß wir da einen Gegenstand anfassen, der in den Augen vieler Mitglieder dieses Hauses als Heiligtum betrachtet wird, und wissen auch, daß man uns im Lande als Räuber verschrieen hat. In Folge der rücksichtsvollen Behandlung, die den Grundbesitzern von jeher durch das Parlament zuteil wurde, glauben die Grundrentner, besonders wichtige Persönlichkeiten zu sein. Aber höher als das historische Recht steht das ewige Recht des Lebens, dem alle Rechte stets unterzuordnen sind. Den Forderungen des Lebens gegenüber sind alle verbrieften Rechte nichts als Makulatur, und unsere Aufgabe hier im Parlament besteht ja gerade darin, aus der Verfassung ununterbrochen Makulatur zu machen, d. h. sie stets auf der Höhe der Tagesforderungen zu erhalten. Das Eigentum soll dem Leben dienen. Es soll Diener, nicht Herr sein. Übrigens kenne ich auch keine anderen Einnahmequellen, die uns die Mittel für unsere Reform verschaffen könnten. Alle anderen Steuerschrauben sind bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angezogen worden. Durch stärkeres Anziehen liefern sie weniger, nicht mehr. Wir haben eine Fahrkartensteuer erhoben. Der Verkehr ging zurück, und wir setzten bei den Betriebsausfällen zu, was wir an Steuern erhoben. Wir haben die Steuern auf Bier, Schnaps und Tabak erhöht. Der verminderte Konsum glich die Steuererhöhung aus. Bei der Gabel-, Teller-, Kammer- und Topfsteuer ging es ebenso. Jede Steuer hat eben ihre Ertragsgrenze, und wir sind bei allen unseren Steuerobjekten an diese Grenze gelangt.

Meine Herren, es handelt sich hier um die wichtigste Frage, die je ein Parlament beschäftigt hat, es handelt sich um den Menschen. Eigentlich wundern wir uns, daß man ausgerechnet uns Akraten die Anregung zu diesem Gesetz überließ. Den Herren dort rechts, deren Reden von salbungsvollem Patriotismus triefen,

die so sehr um die sogenannte Sicherheit, Ehre und Unabhängigkeit „unseres Volkes“ besorgt sich zeigen, von ihnen hätte man erwarten können, daß sie die Stärkung unserer Wehrkraft durch Stärkung der Volkskraft anstreben und aus eigenem Antrieb die Mutterrente fordern würden. Auch den Herren im Zentrum des Hauses, die behaupten, sich im Christentum für die Tagespolitik zu orientieren, hätte es gut angestanden, daß sie unsere Forderung als ersten Punkt ihres Parteiprogrammes aufgestellt hätten. Jedoch wir wollen nicht hart urteilen. Wir wissen, wie schwer es den besitzenden Klassen ist, sich von ihrem Gelde zu trennen, auch dann, wenn der Patriotismus (wie sie ihn nicht verstehen) und das Christentum, wie ich es verstehe, solche Preisgabe fordern. Der Anstoß zu solchen Heldentaten, wie wir sie heute fordern, muß augenscheinlich immer von anderen gegeben werden. Wir geben nun hiermit diesen Anstoß und erwarten, daß alle Parteien unseren Antrag annehmen werden, die einen murrend, die anderen freudig, oder aus Furcht, gemeiner Furcht, daß man ihnen an den Kragen gehen wird, wenn sie sich gegen eine Reform sträuben, die der Rettung der Rasse, des Volkes, der Menschheit, des Menschen, und, wenn richtig verstanden, des eigenen *Ichs* dient.

Graf von Pedigree (deutschnational): Die Ruhe, die alle hier versammelten Abgeordneten gewahrt haben, der Umstand, daß wir Andreas hier haben ausreden lassen, zeugt für den hohen Stand der deutschen Kultur. In jedem anderen Parlament der Welt hätte man Herrn Müller gleich vom Rednerpult abführen lassen und ihn ins Narrenhaus geschickt. Auch ich werde diese Mäßigung üben.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß die physische und psychische Entwicklung unseres Volkes Besorgnis erregt. Und auch, daß wir mit aller Kraft hier Wandel schaffen müssen. Aber, meine Herren, füllen wir etwa die Kirchen wieder damit, daß wir die Löhne heben? Unsinn! Die Kinos, die Lesesäle, die Box- und Sportpaläste füllt man damit. Man hatte gehofft, daß mit dem Acht-Stunden-Tag das städtische Proletariat mehr Zeit für einen gemütlichen Schnaps in den Schänken finden, und daß unserer notleidenden Landwirtschaft dadurch geholfen sein würde. Es war ein Traum, ein schöner zwar, doch nur ein Traum. Die Kirchen und Schänken veröden, die Schnapsbrennereien zerfallen. Die Wurzeln unseres Volkes sind auf dem Lande zu suchen. Die städtische, industrielle Bevölkerung geht in der dritten Generation zu Grunde. Was würde es nützen, wenn wir auch durch die kostspieligsten Maßnahmen erreichten, daß die Industriebevölkerung unter besseren hygienischen Bedingungen ihr lasterhaftes Leben weiter führte? Sie würde dann eben statt in der dritten bereits in der zweiten Generation zugrunde gehen.

Die Repöplierung der Städte wird durch den Überschuß der Landbevölkerung immer gesichert sein, und es ist fast als ein Akt der Vorsehung zu betrachten, daß durch das Wegsterben der Städter dem Überschuß der Landbevölkerung immer Platz bereitet wird. Dieses Aussterben in der dritten Generation darf uns also weiter nicht bekümmern. Es ist eine Wohltat. Die Hauptsache ist der Stamm des Volkes, die ländliche Bevölkerung. Und dieser Stamm macht mir Sorgen. Hier müssen wir eingreifen, aber mit ganz anderen Mitteln, als die sind, die uns Herr Müller hier empfiehlt. Durch die Freizügigkeit ist die Auslese auf dem Lande, die früher durch die Gutsherren kontrolliert wurde, vollkommen abwegig geworden. Das Beste, was das Land an Menschen erzeugt, zieht jetzt ab in die Stadt. Zurück bleiben die Krüppel, die Trottler, die Schwächlinge. Väter des künftigen Geschlechtes. Früher war es anders. Da wurde dem Gutsherrn nach der Einsegnung der neue Jahrgang durch den Pfaffen und den Lehrer vorgeführt. Und scharfe Musterung wurde gehalten. Der Pfaffe reklamierte alle geistig anormalen, die dichtenden, musizierenden Männlein für die Kirche, fürs Zölibat, fürs tote Meer. Der Lehrer sorgte dafür, daß alle nicht für die Landarbeit geeigneten Elemente in die Stadt abgeschoben werden konnten, wo sie als Industriearbeiter, Staatsbeamte, Kaufleute Unterkunft und den Garantieschein für den Untergang in der dritten Generation erhielten. Der Gutsherr aber, der behielt die Auslese, die starkknochigen, vierschrotigen, nervenstarken, etwas schwerfälligen, aber arbeitsfähigen Exemplare zurück. Und dieser so betriebenen Auslese ist es zu verdanken, daß Bismarck seiner Zeit mit berechtigtem Stolz sagen konnte: „Alle Ereignisse der auswärtigen Politik sind mir nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Landwehrmannes wert.“ Auf den Knochenbau kommt es an. Und sofern sich die Intelligenz auf Kosten des Knochenbaues entwickelt, müssen wir die Intelligenz bei der Auslese fahren lassen. Wozu so viel Intelligenz? Sie kann uns nur gefährlich werden. Wenig Köpfe und viele Hände. Es genügt, daß der Gutsbesitzer einen Kopf hat. Wir denken, und die anderen führen mit ihren Händen das Gedachte aus. Arbeitsteilung. Dieses durch die Jahrhunderte durchgeführte und bewährte System müssen wir wieder einführen. Der Pöbel kann die Freiheit immer nur mißbrauchen. Er muß fest in der Hand der herrschenden Schicht gehalten werden. So lange die Sklaven in Amerika von ihren Herren gefüttert und gekleidet wurden, gediehen sie. Der Herr gab den Sklaven in seinem eigenen Interesse das geeignetste Futter. Alkohol kannte der Sklave nicht. Er bekam keinen, und Geld, um solchen zu kaufen, hatte der Sklave auch nicht. So war er zwangsweise nüchtern und zeugte darum auch in Nüchternheit.

Der Preis des Sklaven stieg ständig entsprechend den Fortschritten, die die Negerzucht machte. Beweis für die Güte der gutsherrlichen Zuchtrezepte. Da konnte es nicht zur Degeneration kommen. Seht, wie es in der Schweiz steht. Dort lebt das Volk in der Selbstbestimmung seit über 500 Jahren, und das Ergebnis? Allen Völkern Europas geht der Schweizer in der Degeneration voran. 50% Militärdienstuntaugliche! Die Mütter geben dort den Säuglingen Schnaps zu trinken, um Milch für den Ausstellungstier zu sparen! In Pommern und in Luisiana hätte der Gutsherr eine solche Mutter durchpeitschen lassen. In der Schweiz schaut das verblödete Volk verständnislos, interesselos dem Vorgang des eigenen Unterganges zu. 50% Militärdienstuntaugliche! Das hat der Schweiz die Selbstbestimmung, die Republik, die Freizügigkeit, überhaupt die sogenannte Freiheit gebracht. Nehmen wir uns an den Schweizern ein abschreckendes Beispiel. Freiheit, die uns dem Untergang zutreibt, ist Unsinn. Das Schweizervolk beweist der Welt, daß das Volk auch nach 500 Jahren nicht zur Selbstbestimmung heranreifen kann, und was in 500 Jahren nicht reift, wird in 1000 Jahren faulen. Deshalb Schluß mit der sogenannten Freiheit. Das deutsche Volk hatte im Kriege Gelegenheit, den russischen Bauern kennen zu lernen. Wir staunten über den schönen, kräftigen Wuchs dieser Leute. Es waren Zuchtprodukte unserer russischen Standesgenossen. Kann man einen besseren Beweis für die Güte eines Systems finden als die Beschaffenheit des Menschen? An den Früchten sollt ihr erkennen, was gut, was schlecht ist. Und an den Früchten der Freiheit in der Schweiz und denen der Knute in Rußland gemessen, müssen wir sagen, daß die Freiheit für den Pöbel Gift ist. Das Schweizervolk entstammt dem kräftigsten der germanischen Völker. Es lebt in einem vorzüglichen Lande. Alle Vorbedingungen für die schönste Entwicklung waren erfüllt. Die Freiheit hat es gestürzt. Was wäre aus dem Alemannen unter der Zucht und Knute pommerscher Junker geworden? Ceterum censeo: Fort mit der Freizügigkeit! Her mit der Leibeigenschaft, Knute und Zucht! Das ist's, was wir vorschlagen. (Lebhafte Zustimmung rechts; Lachen und Pfeifen im ganzen Hause.)

Prof. Dr. *Schmidt*, B.d.L.: Ich stimme den trefflichen Ausführungen des Herrn Grafen von Pedigree zu, finde aber, daß er sich etwas sehr kurz gefaßt hat. Wir müssen bedenken, daß hinter Herrn Müller zwar eine kleine, aber um so rührigere Gruppe von Menschen steht, die den Himmel von ihrem Vorschlag erwarten, und diesen sind wir es schuldig, daß wir die Schädlichkeit der von ihnen geforderten Reformen wissenschaftlich nachweisen. Auch ich bin der Ansicht, daß Verfallserscheinungen unserer Rasse nicht zu leugnen sind. Aber so schlimm,

wie Abg. Müller diesen Verfall geschildert hat, ist es, Gott sei Dank, doch noch nicht. Keineswegs ist der Verfall derart, daß wir nun Hals über Kopf zu den drastischen, phantastischen, auf alle Fälle ungenügend überlegten Maßnahmen greifen müßten. Wenn die Ehe keinen genügenden Schutz bietet gegen die Fortpflanzung lasterhafter, verbrecherischer Individuen, so brauchen wir darum doch das Kind nicht mit dem Bade auszugießen. Die Ehe ist eine uralte, von einer unserer Staatskirchen zum Sakrament erhobene Einrichtung. Wenn sie in Einzelfällen mißbraucht wird, so stelle man die Sünder unter Strafe, meinetwegen unter Knutenstrafe. Das wird genügen. Der Ersatz der wirtschaftlichen Einrichtungen der Ehe durch Staatspensionen für Weib und Kind würde ganz gewiß der Unzucht Vorschub leisten. Trau, schau, heißt es heute für das Weib. Betrachte dir den Mann, ehe du ihn heiratest. Ist er ein armer Teufel, ein Habenicht, ein Dichter, Schauspieler, Künstler, so wirst du dein Leben lang es büßen müssen! Deine Kinder werden betteln gehen, und du selbst wirst an Not und Entbehrungen frühzeitig ins Grab sinken. So kommt es, daß durch die Ehe nur solche Männer zur Fortpflanzung gelangen, die, weil sie gut wirtschaften können, weil sie fleißig sind, zu Wohlstand gelangt sind, alle übrigen, die Künstler und Dichterlinge, die sogenannten Geistigen aber zumeist unbeweibt bleiben und ihr unnützes Geschlecht keine Nachkommen hinterläßt. Besitz, Eigentum, Geld sind die äußeren Zeichen innerer Tüchtigkeit, auserlesener Abkunft, und unsere Ehegesetze zwingen das Weib, diesen Eigenschaften des Mannes vor allen anderen den Vorzug zu geben, was wieder zur natürlichen Folge hat, daß der Sinn für Recht, Gesetz und Eigentum so tiefe Wurzeln im Volke geschlagen hat und nirgendwo mehr Mut und Tapferkeit sich zeigt als dort, wo es sich um die Verteidigung des Eigentums gegen die Lüsternheit und den Neid der Habenichtse und Kommunisten handelt. Nehmen wir dem Weib durch die vorgeschlagene Staatspension die Sorge für das Brot seiner Kinder, so kommen die erwähnten wichtigsten Mannestugenden zu kurz bei der Zuchtwahl des Weibes, denn bei dem angeborenen Hang des Weibes für Glanz und Flitter wird es nicht mehr denjenigen den Vorzug geben, die es selbst und seine Kinder am besten vor Not zu schützen wissen, sondern denen, die ihm am schönsten den Hof machen, dem Troß der Künstler, der Schürzenjäger, der Vielzuvielen. Meine Herren, die vorgeschlagene Reform wird den Menschenschlag von Grund aus umgestalten, wirtschaftliche Krüppel werden von nun an gezeugt werden, ein Menschenschlag, der den Nachweis auf jeden Fall erst erbringen müßte, daß er lebensfähig ist. Mit Gedichten, Ölklexereien, Musik kann das Volk nicht ernährt werden. Unser Staat wird mit Drohnen

statt mit Arbeitsbienen bevölkert werden und wird stets in Gefahr sein, durch die erste Fehlernte zugrunde zu gehen. Hart ist die Natur, hart muß der Mensch, hart seine Erziehung, hart seine Gesetze sein. Das Weib braucht bei der Wahl des Mannes ja die Stimme der Liebe nicht ganz zu unterdrücken. Die wirtschaftlichen Erwägungen aber sollen den Ausschlag geben, wie das bei der ländlichen Bevölkerung und in unseren Kreisen der Fall ist. Nur so haben wir eine Gewähr dafür, daß die wirtschaftliche Tüchtigkeit bei der Eigenschaftsvererbung nicht ins Hintertreffen gerät. Das Weib muß darum in wirtschaftlicher Abhängigkeit des Mannes erhalten werden, und so betrübend auch das Schicksal mancher Frau sein mag, die durch die künstlerische Vagabundage ihres Ehemannes dem Elend ausgeliefert wurde, so sind solche Schicksale als abschreckende Beispiele doch sehr nützlich und unentbehrlich. Und worauf ich noch besonders aufmerksam machen möchte: durch unsere Ehegesetze wird nicht allein die Frau gezwungen, bei der Zuchtwahl das Schwergewicht auf das wirtschaftliche Moment zu legen, sondern auch der Mann, der seine Familie ohne Staatszuschuß ernähren muß, wird gezwungen, in der Frau vor allem eine Mehrerin seines Gutes, eine verständige Wirtschaftlerin zu suchen. So wird durch Kumulierung das wirtschaftliche Moment in Reinkultur gezüchtet. Die Kinder solcher Ehen erben dann nicht nur das Gut der Eltern, sondern, was viel wichtiger ist, sie erben auch noch die Fähigkeit, solches Gut zu hüten und zu mehren. Durch solche Inzucht sind wir dahin gelangt, daß unser Geschlecht so viele biedere, erwerbstüchtige Bürger, Spießbürger im besten Sinne des Wortes, zur Welt bringt. Die wenigen Sonnenbrüder, Dichter, Musiker, die hier und da noch geboren werden, entfernt die Not gesetzmäßig aus unserer Mitte.

Was in Wahrheit unser Geschlecht verdorben hat, das ist nicht die Ehe, sondern die Industrie und das Treiben in den Städten. Der Jux der Städte zieht die jungen Leute vom Lande ab, und wie der Herr Vorredner bereits erwähnte, die Tüchtigsten sind es leider, die so fortziehen und auswandern. Solche fort-dauernde Drainage kann auf die Dauer kein Volk aushalten. Und den Grund dieser Erscheinung, wo müssen wir ihn suchen? Der Herr Vorredner klagte die Freizügigkeit an. Sie trägt nicht allein die Schuld, so groß diese Schuld auch sein mag. Es ist der Freihandel, der unsere Landwirte zwingt, das Getreide zu den lächerlich niedrigen Preisen des Weltmarktes zu verkaufen! Schutzlos, oder fast schutzlos – denn was bedeuten die lächerlich niedrigen Kornzölle, die noch aus der Ära *Caprivi* stammenden Kornzölle von 50 Mark die Tonne – sind unsere Bauern dem Wettbewerb des Raubbau treibenden ausländischen Gesindels ausgesetzt. Wie kann der deutsche Bauer, der mit Hypo-

thekeuzinsen belastete, überlastete deutsche Bauer, der sein von den Vätern geerbtes Gut, wenn er es nicht durch Raubbau auf ewig zugrunde richten will, mit einem Menschen konkurrieren, der rücksichtslos den Boden bis zur Wüste ausmergelt, der als Freibeuter keine Hypothekenzinsen bezahlt, der Boden umsonst oder so gut wie umsonst hat und in Folge dessen sein ganzes Kapital in Maschinen anlegen kann, während der deutsche Bauer den Großteil seines Erbes in Land anlegen muß? Unter solchen Umständen ist es dem Bauern unmöglich gemacht, den Lohn der Arbeiter auf eine Höhe zu setzen, die diese davon abhält, zur Industrie abzuwandern. Und nun, um dem Faß den Boden auszuschlagen, wird uns zugemutet, den Frauen, natürlich auch den Frauen der Arbeiter in der Stadt, eine Monatsrente für jedes ihrer Kinder auszurichten, und einen Großteil dieser Kosten ausgerechnet der „Landwirtschaft“, der fast erdrückten Landwirtschaft aufzubürden. Was würde die Folge sein? Die Flucht vom Lande wird noch größeren Umfang annehmen; unsere Felder werden veröden; das ganze Volk wird verhungern. Eine wahnsinnige Forderung; unerhört dreistes Raubgelüste steckt hinter dieser Forderung. Da lobe ich mir die Bolschewisten, die alles nahmen und den Gutsherrn totschlügen. Besser tot, als langsam verhungern. Wovon soll denn der Bauer leben, wenn ihm die Grundrente für die Rassenveredelung konfisziert wird? Um die Rasse zu veredeln, wollen wir die Bauern, die Stammväter zum Verhungern bringen! Das nennt man folgerichtig denken! Um die Rasse zu veredeln, müssen wir umgekehrt an Stelle der vorgeschlagenen Grundrentenkonfiskation durch neue Zölle, durch Zölle, die den Namen Schutzzölle wirklich verdienen, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte hoch über den jetzigen Stand erheben und so die Landwirtschaft in den Stand setzen, mit den Löhnen der Industrie zu konkurrieren. Damit werden wir die Arbeiter aus den Städten wieder aufs Land zurücklocken. Die Leutenot verschwindet, und die Landwirtschaft blüht wieder auf. Und der reiche Ertrag des Bodens wird allen zugute kommen. Daneben muß alles getan werden, daß die Industrieprodukte billiger werden, damit sie der Bauer kaufen, seine Wirtschaft auf der Höhe der Wissenschaft erhalten und auch das Leben auf dem Lande anheimelnder gestaltet werden kann. Erhöhen wir die Kornzölle, so kann der Bauer nicht nur höhere Löhne zahlen, sondern er kann auch die Industrieprodukte kaufen. Wir verschaffen so der ewig absatzhungrigen Industrie eine zahlungsfähige Kundschaft. Hat der Bauer Geld, so hat es die ganze Welt. Nicht zwei, nein, vier Fliegen mit einem Schlage. Wir füllen die Staatskassen mit den Zolleingängen, wir heben die Landwirtschaft mittels der höheren Kornpreise, liefern der Industrie eine zahlungsfähige Kundschaft

und erreichen auf dem Wege der Wiederbevölkerung unserer Fluren die von uns allen so sehr ersehnte Verjüngung, die Wiedergeburt der Rasse. Wenn dann der Staat die Eingänge aus den Kornzöllen benutzt, um den Witwen und Waisen eine Monatsrente auszurichten, so würde ich nichts dagegen einzuwenden haben, trotzdem ich grundsätzlicher Gegner jeder Staatshilfe bin. Aus Christenliebe würde ich in diesem Falle bejahen, was ich als Wissenschaftler, als deutscher Akademiker, verneine. Ja, ich bin sogar bereit, dem Vorschlage des Herrn Müller so weit entgegenzukommen, daß ich für alle Mütter und ehelichen Kinder auf dem Lande eine Monatsrente befürworten würde, sofern zur Deckung der Kosten die städtische Grundrente herangezogen wird. Und zwar leitet mich zu dieser Konzession allein der Wunsch, den Städtern wieder die Wohltat des Landlebens angedeihen zu lassen. Eine solche auf Kosten der städtischen Grundrenten verteilte Mutterrente würde vor allen den mit Kindern gesegneten Familien zugute kommen, und wir würden dadurch bald der Notwendigkeit enttoben sein, alljährlich Millionen auszugeben, um zu den Feldarbeiten Fremdlinge einzuführen, die die Echtheit unserer Rasse gefährden und auch zum guten Teil schuld sind an dem beobachteten Rasseverfall.

Mit allen Mitteln müssen wir die Landwirtschaft heben und das Volk an die Scholle binden, denn das Land bevölkern, heißt, die Rasse regenerieren. Und zur Wiederbevölkerung unserer Fluren gibt es kein anderes Mittel als die Hebung der Kornpreise durch Beseitigung des Freihandels und durch Erhöhung der Zollsätze. Bezahlen wir den Witwen und Waisen eine Pension aus den Kornzöllen, bezahlen wir meinetwegen auch den Frauen und Kindern auf dem Lande eine Rente aus den städtischen Grundrenten, aber erhöhen wir vor allen Dingen die Kornzölle zu wirksamen Schutzzöllen.

Als seiner Zeit über die Einführung der Freizügigkeit verhandelt wurde, da haben wir Konservative es nicht an Warnungsrufen fehlen lassen. Die Gefahren für unsere Rasse, die das Fabrikwesen bietet, haben wir deutlich genug beschrieben. Man hat unsere Worte in den Wind geschlagen, und jetzt haben wir die Bescherung. Unerfahrene Burschen verlassen die sichere Hut unserer Güter und stürzen sich in den Strudel der Städte, wo sie nur zu leicht die Beute profit-süchtiger Unternehmer, ungezügelter Begierden werden. Diese Freizügigkeit müssen wir aufheben, wenigstens für alle Personen ohne fundierten Besitz, soweit sie körperlich gesund sind. Den Krüppeln, Kranken, den verbrauchten, alten Arbeitern mag der Abzug nach der Stadt fernerhin gestattet bleiben. So sichern wir uns wenigstens einen gesunden Stamm ländlicher Bevölkerung, den Frauen auf dem Lande sichern wir gesunde, leistungsfähige Gatten, und mag

dann auch die städtische Bevölkerung an dem Gifte zugrunde gehen, das der Industrie nun einmal anhaftet, so ist dann doch für die Erhaltung der Art genügend gesorgt. War der Freihandel von einem Abstieg begleitet, so wird der Schutzzoll wieder den Aufstieg einleiten. Je steiler die Schutzzollmauer, desto steiler wird auch der Aufstieg sein.

Meine Herren, auch ich schließe mit den Worten meines Vorredners: *ceterum censeo*, die Freizügigkeit muß verschwinden, und darüber hinaus müssen wir danach trachten, die Großstädte, wenn nicht zu vernichten, so doch wieder auf ein gesundes Maß zurückzubringen, und das Mittel dazu sind Kornzölle und Wiedereinführung der Leibeigenschaft. (Aus allen Parteien Zustimmung, Lachen und Zischen.)

Goldberger, Demokrat: Ich muß gestehen, daß ich in vielen Punkten, in sehr vielen Hauptpunkten sogar mit der Begründung der Gesetzesvorlage durch Herrn Andreas Müller einverstanden bin. Großzügigen, echt *mosaischen* Geist atmen Müllers erbauende Worte. Ich stelle den Antrag, daß wir Müllers Rede in allen öffentlichen Schulen und Kirchen anschlagen lassen, den Gesetzentwurf aber einer Kommission von zehn Abgeordneten zur Prüfung und baldigen Berichterstattung übergeben. Ich möchte hier nur noch meine lieben Parteigenossen fragen, wie sie sich die Fortführung einer Koalition mit Menschen denken wie die beiden, die uns eben einen so tiefen Blick in ihre Seele gestatteten. Können wir Demokraten durch Koalitionsarbeit die Verantwortung mit übernehmen für alles, was von solchen Arbeitsgenossen erwartet werden muß? Den Grafen von Pedigree kann man noch verstehen. Er orientiert sich nach wie vor an uralten Familientraditionen, von denen er sich nicht frei machen kann. Er betrachtet und behandelt das deutsche Volk, als ob es immer noch das Volk von Leibeigenen sei, das es so lange Jahrhunderte, o Schmach, o Schande, gewesen ist. Aber, Herr Graf, diese Zeiten sind vorbei, dank, ich kann es wohl, ohne Widerspruch erwarten zu müssen, offen sagen: dank dem Geiste der Freiheit und Empörung, den der große Menschheitsbefreier Moses durch die Bibel im versklavten deutschen Volk wach gehalten und geschürt hat. Alle großen Empörer im Bauernkrieg, in der französischen Revolution sind durch Moses und die Bibel inspiriert worden, und ich rate Ihnen, Herr Graf, wenn Ihnen Ihr Kopf lieber ist als Familientraditionen, wenn Sie dem Schicksal Ihrer russischen Standesgenossen entgehen wollen, so lassen Sie sich auch von Moses inspirieren. Sie sind ehrlich und meinen es offenbar gut mit dem Volk, von dem Sie im Kriege als von einem stammverwandten, also wohl auch blutsverwandten Volke redeten. Vielleicht gelingt es Ihnen, sich von den anerzogenen

Standesvorurteilen loszumachen und sich rückhaltlos, wie Moses es tat, zum Volke zu schlagen. Aber, meine Herren, was soll man zu den Ausführungen des Herrn Prof. Dr. Schmidt sagen? Tischt uns dieser Mensch hier nicht alle die sophistisch-demagogischen Lehrsätze auf, die wir in unserer Presse schon lange als Bauernfängerei entlarvt hatten, die wir für immer erledigt zu haben glaubten! Es ist unmöglich, daß der Herr Professor als Akademiker, immerhin also als Kulturmensch, die Trugschlüsse seiner Ausführungen nicht selbst durchschaut und sie nicht selbst als Bauernfängerei und Demagogenpolitik übelster Sorte erkannt habe. Ich weigere mich, etwas anderes anzunehmen, und sage es dem Herrn Professor geradeaus ins Gesicht, daß er seine akademischen Titel in unehrllicher Absicht in den Dienst der Interessenpolitik stellt. Mit Bauernfängern aber, mit Menschen, von denen man bestenfalls nur annehmen kann, daß sie an der in Akademikerkreisen grassierenden Lakaiitis erkrankt seien, können wir hier im Parlament unmöglich länger zusammen sitzen. Unser Herr Vorsitzender machte uns zu Anfang der Sitzung auf die zu seiner Verfügung stehenden Polizeikräfte aufmerksam. Nun gut, ich stelle hier den formellen Antrag, daß der Herr Professor wegen offensichtlich schwindelhafter Ausführungen durch die Polizei aus diesem Hause hinausgeschmissen werde. Wenn wir auch schon im Volke als Schwätzer verrufen sind, so möchte ich doch nicht, daß, so lange wenigstens *ich* hier bin, man uns nachsagen könne, wir duldeten Männer in unserer Mitte, denen der Schwindel bei jedem Wort, das sie sagen, aus den Augen stiert. Hinaus mit dem Professor Dr. Schmidt! Hinaus, sage ich, hinaus!

Lärm im ganzen Hause. Da der Lärm eine Abstimmung über den Antrag unmöglich macht, so stürzt sich Goldberger, unterstützt von Abgeordneten aus allen Parteien, Männern wie Frauen, auf Professor Schmidt. Andere eilen herbei, um dem Angegriffenen beizustehen. In einem wüsten Handgemenge zerkratzen und zerbeißen sich Schmidt und Goldberger derart, daß sie blutüberströmt hinausgetragen werden. Die Polizei stellt die Ordnung wieder her.

Präsident: Das nennt die Welt nun Koalitionsarbeit. Hier sehen wir aber auch wieder, welche Berge von Unsinn im Worte *Abrüstung* stecken. Schmidt ist die Nase abgebissen worden, Goldberger wurde ein Auge ausgekratzt. Das ist der Erfolg der von mir selbst angeordneten Abrüstung, die 135 geladene Revolver und 120 Dolche ergeben hat. Das wird aber auch der Erfolg jeder internationalen Abrüstung sein. Wir können nicht einsehen, daß der Mensch gerüstet zur Welt kommt, und daß solche natürliche Rüstung virtuell viel grausamer ist als die künstliche. Ich werde den Herren Abgeordneten also die Waffen

wieder aushändigen lassen und werde dafür sorgen, daß die Herren Abgeordneten von nun ab immer ein paar geladene Revolver in ihrem Pulte vorfinden werden. Mit diesen Revolvern werden wir wohl mehr Respekt vor einander haben als ohne sie. Vielleicht geht es dann besser.

Hochwürden, Herr Kaplan *Gasten* hat das Wort.

Kaplan *Gasten*, Z.-P.: Man glaubt hier auf einem Viehmarkt zu sein, so roh und ungeniert wird hier über Rassezucht, Rassezucht des Menschen, gesprochen. Vergessen wir aber nicht, meine Herren, daß der Mensch stets nach dem Ebenbilde Gottes ausfällt und daß, wenn auch Rassezucht des Viehes möglich ist, diese beim Menschen ewig fehlschlagen muß. Gott, nicht der Züchter formt den Menschen, wie er ihn haben will. Wie wir Gott nicht verändern können, so können wir auch sein Ebenbild nicht auf dem Wege der Zucht verändern. Und wenn uns manches an unserem Volke mißfällt, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß wir hier immer nur den äußeren Menschen sehen. Meine Herren dort rechts, was leisten denn diese starkknochigen urgesunden Menschen, deren Verschwinden Sie so zu beklagen scheinen? Sind es nicht in der Regel gerade diese Parademenschen, von denen man sagen kann, daß zwölf aufs Dutzend gehen? Betrachten wir dagegen unsere größten Denker, unsere größten Mitbürger. Sie zeichneten sich durchaus nicht durch besondere physische Stärke aus. Manche sogar waren Kranke, Schwächlinge, Krüppel. Meine Herren, lassen wir in diesen Dingen nur allein den lieben Gott walten. Er allein weiß, wofür die Krankheit gut ist. Der Kranke, der an das Bett gefesselt ist und auf so viele so-genannte Lebensgenüsse verzichten muß, wendet seine Gedanken von der Oberfläche der Dinge ab und betrachtet die Welt von Innen heraus. Und da offenbart sich ihm vieles, was dem gesunden Springinsfeld ewig verschlossen bleibt. Und dann entstehen in diesen Köpfen die neuen Welten, die neuen Formen, die der Parademensch in unseren Kunst- und wissenschaftlichen Werken als überirdische Werke angafft. Ließen wir diese sogenannten Rasseveredelungsreformen nur einige Jahrzehnte die von Ihnen erhoffte und ersehnte Wirkung ausüben, warteten wir ab, daß unser Volk nur mehr aus den starkknochigen Mustermenschen bestände, die uns Graf Pedigree so anschaulich beschrieben hat, wir würden sehen, wie wir bald auf allen unseren Wegen in Sackgassen geraten. Es würden uns bald die geistigen Führer fehlen, die uns in schwierigen Lagen mit ihrem Rate beistehen. Verächtlich sprach Graf Pedigree von diesen geistigen Führern. Ich möchte ihn fragen, ob es ein starkknochiger pommerscher Landwehrmann Bismarck'scher oder gutsherrlicher Züchtung war, dessen Lehren die deutschen Äcker so befruchteten, daß sie jetzt bei weniger Arbeit drei-

fachen Ernteertrag liefern? Ein einziger, kleiner, verkrüppelter aber geistiger Mensch wird uns mehr Brot beschaffen, als 100 000, als Millionen starkknochiger Parademenschen. Vom Geist, nicht vom Knochenbau hängt es ab, ob wir die Massen des deutschen Volkes mit Brot werden versehen können. Der Herr Vorredner hielt es für angebracht, das Schweizer Volk als abschreckendes Beispiel gegen die Selbstbestimmung, gegen die Republik zu zitieren. Nach der Militärtauglichkeit beurteilt er ein ganzes Volk. Graf Pedigree, ich rate Ihnen, lassen wir die Nachbarn in Ruhe, und kehren wir lieber vor der eigenen Tür. Es ist dort für unsere Besen genug Schmutz angehäuft. Wer sagt uns, daß die Militärtauglichkeit, wie das Akrobatentum, wie die Gigantiasis nicht bereits eine Degenerationserscheinung sei? Was hat uns die Militärtauglichkeit genützt? Ohne diese Militärtauglichkeit des pommerschen Landwehrmannes wären wir am Ende von unseren Nachbarn in Ruhe gelassen worden, resp. hätten wir unsere Nachbarn in Ruhe gelassen, wären wir nicht in diese unsägliche Schmach und Schande gestoßen worden. Ein Quentchen mehr Geist in unserer auswärtigen Politik hätte uns gewiß mehr genützt als die Millionen starkknochiger Soldaten. Mir scheint, daß die Führertauglichkeit auch für den militärischen Erfolg wichtiger ist als die Soldatentauglichkeit. Und wer weiß, ob nicht die Zeit kommt oder bereits schon da ist, wo wir die Führer für die pommerschen Landwehrmänner aus der Schweiz heranziehen müssen. Ich glaube, daß, wenn wir die Menschen nach der Führereigenschaft, nach der Fähigkeit der Selbstbestimmung beurteilen, dann nicht 50% wie in der Schweiz, sondern 99% der deutschen Männer militäruntauglich sind.

Es hätte ganz in der Trift der hier von meinen Vorrednern zum besten gegebenen Gedanken gelegen, wenn sie den Vorschlag gemacht hätten, alle Bürger, die die Prüfung der pommerschen Gutsherren nicht bestehen können, aus unserer Mitte zu entfernen und auf einer Insel zu konzentrieren. Meine Herren, ich rate Ihnen, lassen Sie solche Gedanken fahren. Es sind kranke Gedanken. Rassefragen sind private Angelegenheiten, keine Staatsangelegenheiten. Als Staatsangelegenheit behandelt, wird die Rassefrage zur Judenfrage, zur Polenfrage, zur Zigeunerfrage, zur sächsischen, bajuvarischen, preußischen Frage, und schließlich noch zur Frage des blauen und des roten Blutes. Privatangelegenheiten sind das, mit denen wir uns im Parlament nicht zu befassen haben. Solche Politik führt unrettbar zum lächerlichsten Fiasko. Schaffen Sie solche Konzentrationslager, als welche wir ja schon unsere Großstädte betrachten können, und Sie werden erleben, wie viel Anziehungskraft von dort auf das Land geübt werden wird, wie die zu Tode sich

langweilenden Pommeraner in Scharen zum Konzentrationslager pilgern werden, um dort zu horrenden Preisen die Bilder eines schwindsüchtigen Malers, die Possen eines Judenmischlings, die Lyrik eines Zwerges zu genießen, oder um sich zu eben solchen Preisen ein gebrochenes Bein von einem buckligen Chirurgen richten zu lassen. Und vielen dieser Pommeraner wird es im Konzentrationslager unter den Kranken, Krüppeln, Mulatten so wohl sein, daß sie überhaupt nicht mehr nach Pommern zu den urgesunden, militärtauglichen Mustermenschen zurückkehren werden. Unser ganzes geistiges Leben wird von diesen Krüppeln beherrscht sein, und es wird nicht lange dauern, bis sie uns mit Hilfe ihrer überragenden Technik auch noch militärisch in ihre Abhängigkeit bringen werden.

Meine Herren, künstliche Eingriffe mögen bei einer Herde Hammel angebracht sein, bei der der Stand der „Veredelung“ auf der Wage festgestellt wird. Beim Menschen sorgt Gott. Und zwar Gott Vater, der Unerbittliche. Täglich lesen wir, daß jener Lahme zu Tode gestürzt sei, jener Taubstumme von der Straßenbahn überfahren, jener Kranke von einem Lufthauche ins Jenseits entführt worden ist. Es ist dafür gesorgt, daß alle, die nicht kerngesund sind, frühzeitig aus unserer Mitte gerissen werden, daß ihre Zahl nicht überhand nehmen kann, daß künstliche Eingriffe der irrenden Menschen sich erübrigen.

Das ist, was ich zu der unsachlichen und obendrein rohen Kritik der beiden Herren Vorredner zu sagen habe. Und nun will ich mich direkt zu dem Antrag des Herrn Abgeordneten Müller äußern.

Meine Herren, ich glaube, es ist an der Zeit, daß wir uns auf dem Gebiet der sozialen Frage neu zu orientieren suchen, denn so wie die sozialen Probleme bis heute hier im Parlament behandelt wurden, geht es einfach nicht weiter. Wir machen uns und den Parlamentarismus in der ganzen Welt lächerlich, wenn wir uns weiter sträuben, diese Probleme wissenschaftlich zu behandeln. Die parteipolitische Behandlung der sozialen Probleme führt, das sehen wir alle Tage klarer, einfach ins Chaos. Nur die Wissenschaft kann uns retten. Ich erinnere mich aber nicht, daß jemals hier im Parlament irgendein Gesetzentwurf wissenschaftlich vertreten oder kritisiert worden sei. Daß wir darum auch nicht den kleinsten Schritt nach vorwärts tun konnten, braucht niemand zu verwundern. Auf allen Gebieten hat die Technik und die Wissenschaft Fortschritte gemacht. In allen sozialen Fragen stehen wir aber wie die Ochsen vor dem Berge. Und ich bin überzeugt, daß, wenn wir uns nicht wissenschaftliche Arbeitsmethoden hier im Hause aneignen, wir sehr bald wieder bei den Bismarck'schen Methoden, bei Sozialistengesetzen,

Kulturkämpfen, Ausweisungen, kurz bei der Bismarck'schen Brutalität anlangen werden.

Meine Herren, 99% aller hier behandelten Gesetze berühren direkt den Lohn, die Grundrente, den Kapitalzins. Ich frage nun die hier im Hause versammelten Vertreter des deutschen Volkes, ist einer hier, der sich rühmen kann, eine stichhaltige Erklärung von der Natur dieser drei Hauptfaktoren der Volkswirtschaft geben zu können? Ich will meine Frage selber beantworten: es ist niemand da. Wir alle, meine Herren, seien wir offen, sind völlig ungenügend vorbereitet für die Aufgabe, die wir übernommen haben. Und ich für meine Person gestehe hier freimütig: weil ich über keine Theorie der Grundrente, des Lohnes, des Kapitalzinses verfüge, muß das Positive, was ich hier leiste, Stümperarbeit sein, unwürdig meiner eigenen Persönlichkeit. Und für alle will ich hier erröten und es offen sagen: *Wir alle stehlen hier dem gutgläubigen deutschen Volke die Zeit und die Diäten.* Was wir tun, kann jeder Droschkenkutscher tun. Ich will auch diese meine Behauptung durch einen schlagenden Beweis stützen. In der Nationalversammlung zu Weimar, wo unsere Verfassung ausgearbeitet wurde, kann kein einziger Vertreter gegenwärtig gewesen sein, der etwas von den volkswirtschaftlichen Grundlehren verstand, denn man höre und staune: Es wurde in Weimar vergessen, den Angelpunkt der Volkswirtschaft, das Fundament des Staates, d. h. die Währung in die Verfassung einzubauen! Und es wurde vergessen, obschon eine sehr eingehende Eingabe mit Denkschrift über die Währungsfrage vom Freiland-Freigeldbund eingereicht und an alle Abgeordneten verteilt worden war [„Das Reichswährungamt“, A. Burmeister Verlag, Berlin-Friedenau.]. Was es bedeutet, wenn ein großes Handels- und Industrievolk von Analphabeten vertreten wird, das haben wir ja dann bald darauf erfahren. Die Papiergeldwirtschaft, die die Witwen und Waisen bestohlen, die die Sparkassengelder, die Notgroschen der kleinen Leute zu Gunsten der Sachwertbesitzer geplündert hat, die Mein und Dein durcheinander geworfen, die Schwindler zu Krösussen, die ehrbaren Kaufleute und Handwerker zu Bettlern gemacht hat, die wäre niemals möglich gewesen, wenn hier im Parlament auch nur ein Einziger gewußt hätte, was sie da guthießen. Und ich empfinde es jedesmal wie einen Keulenschlag, wenn unser schmachliches Verhalten in dieser Sache mit den Worten entschuldigt wird: Herr, vergib ihnen, denn sie wußten nicht, was sie taten. Wir müssen eben wissen, was wir tun, und wer es nicht weiß, der hat hier nichts zu suchen.

Meine Herren, das Verbrechen, das wir mit der Papiergeld-

wirtschaft geduldet und somit persönlich begangen haben, das schwerste Verbrechen, das je begangen worden ist, fordert Sühne. Und ich kann mir keine würdigere Sühne vorstellen, als die, das hier übliche politische Geschwätz einzustellen und alle Frager ernsthaft, d. h. wissenschaftlich zu behandeln. Wenn dann bei solcher Arbeit unsere Parteiführer, unsere größten Redner, d. h. Schwätzer, nicht mitmachen können und vielleicht bei den Verhandlungen einschlafen, so brauchen wir auf diese Größen keine Rücksicht zu nehmen. Sie, die Hauptschuldigen an der Papiergeldwirtschaft, müßten wir mit Knüppeln aus diesem Hause jagen. (Glocke des Präsidenten.) Meine Herren, verzeihen Sie, wenn Sie es können, diese erregten Worte. Aber himmelschreiende Verbrechen rufen nach entsprechenden Flüchen. Und darum noch einmal: Ich verfluche Euch, an den Galgen mit Euch Lumpen, Verbrechern, Mördern, Kanailen. Ihr tragt die Schuld an der Papiergeldpfuscherei. (Großer Lärm von überall her. Zustimmung und Gelächter bei allen Parteien.)

Jedoch, meine Herren, alles verstehen, heißt alles verzeihen. Ihr seid zu Lumpen herabgesunken, weil Ihr Analphabeten seid, Ignoranten, Schwindler, kurz gesagt Parteipolitiker. Das Volk verlangt von Euch, daß Ihr, wie ein Mädchen für Alles, auf allen Gebieten beschlagen sein sollt. Und Ihr seid doch nur armselige Politiker, die die Dinge immer nur vom niedrigsten Standpunkt, vom Schmutzhaufen der Partei, betrachten dürfen. Das sei also unsere Sühne, daß wir Schluß mit den Parteidreden machen, daß wir die Fragen grundsätzlich behandeln. Und um gleich hier einen Anfang zu machen, werde ich versuchen, mich mit dem Antragsteller in grundsätzlicher Weise auseinanderzusetzen. Wenn das manchem Mitglied des Hauses unangenehm sein wird, so steht es ihm frei, den Saal zu verlassen. Ich werde hier von meinem Rechte Gebrauch machen und lange reden. Also, ich bitte, wer nichts von Theorie, Wissenschaft und Grundsätzen wissen will, da ist die Tür. Die Diäten sind Euch so wie so gesichert.

Präsident: Es ist hier ein Antrag auf Wortentziehung wegen Verunglimpfung des ganzen Hauses eingegangen. Wer dafür ist, der erhebe die Hand. Da niemand dafür ist, so bitte ich den Herrn Kaplan *Gasten* fortzufahren, vorausgesetzt, daß ihm die Zeit nicht leid tut, hier vor einer – wie er sie nennt – Bande von Lumpen, Mördern, Verbrechern zu reden.

Kaplan *Gasten:* Sie alle haben Grund, mich hier reden zu lassen. Wir sind am Ende unseres Lateins. Die Sozialdemokraten haben versagt. Die Kommunisten in Rußland versagen. Die Kapitalisten sind unfähig, das Brot für die Volksmassen sicher zu stellen. Die Krise, die nun schon seit Monaten anhält und Hunderttausende von Arbeitern aufs Pflaster geworfen hat

und im Reichshaushalt ein Milliardendefizit erwarten läßt, für das es keine andere Deckung mehr geben kann als neue Steuern, zwingt uns, neue Wege zu gehen. Dieser neue Weg muß uns nicht nur stark fließende, neue Steuerquellen erschließen, die den Arbeitsertrag unberührt lassen, wenn der heutige Auswandererstrom sich nicht in eine Auswandererflut verwandeln soll, die unser Land vollends zugrunde richten würde, sondern er muß auch im Arbeiter neue Hoffnungen erwecken. Der Sozialdemokrat glaubt nicht an das jenseitige Paradies, und diesen seligmachenden, Berge versetzenden Glauben werden wir ihm nicht mit den alten Mitteln wieder geben können. Wir müssen den Sozialdemokraten zeigen, daß das Christentum bei uns nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch tief in unseren Herzen, daß das Christentum nicht nur billige Gebete, sondern auch starke Taten auslösen kann. Wir müssen das Paradies des Arbeiters, den Zukunftsstaat in irgendeiner Form hier auf Erden realisieren. Das irdische Paradies bereitet den Boden für den Glauben an das ewige Paradies. Wenn alle irdischen Bedürfnisse gedeckt sind, dann erst keimt wie ein Veilchen unterm dürrn Laub der Glaube an den Frühling, an das Unendliche, an das Schöne, an das Große, an Gott. So lange der Arbeiter im Elend lebt und sein ganzes Sinnen und Trachten nur darauf gerichtet sein darf, die elementaren Bedürfnisse des Lebens zu decken, kann er sein Herz nicht für eine so anspruchsvolle, ich möchte sagen, so feierliche und luxuriöse Lehre, wie es das Christentum ist, in der nötigen, würdigen Weise vorbereiten. Statt dem Glauben sein Herz zu öffnen, verschließt er es ihm. Und ohne Glaube gibt es keine Hoffnung, die uns über die trüben Tage des Lebens hinweghilft, keine Liebe, unendliche Liebe, ohne die wir rettungslos in die Brutalitäten des Militarismus, der Gewalt hineinsegeln. Das Fundament eines Staates kann nur die Liebe sein, die aus dem Glauben an Gott erwächst, die unendliche Liebe zum Menschengeschlecht, zum Menschen aller Sprachen, aller Staaten, aller Farben, aller Zonen, die große Liebe, der alle Parteistandpunkte unverständlich sind, die keinen Sinn hat für Macht, Militär, Gewalt, für Zölle, Monopole, Monarchie und Parteistandpunkte. Die aus dem Glauben an Gott erwachsende große Liebe kann allein die Wege ebnen zur Lösung der großen Probleme der Zeit. Der Weltfriede, der sogar in christlichen Kreisen noch vielfach als Utopie erklärt wird, der Freihandel, die große, schwarze, drohende soziale Frage usw., es sind alles Fragen, für die Lösungen gefunden werden müssen, und wo könnten wir noch hoffen, solche Lösungen zu finden, wenn nicht in den Grundsätzen des Christentums. Vor Christus sind wir alle Menschen, die Schwarzen, die Gelben, die Weißen. (Lebhafte Zustimmung und Rufe: „Nicht wahr!“ aus allen Parteien.)
Jawohl,

alle sind liebenswerte Menschen, Kinder Gottes. (Gelächter.) Rom anerkennt keine Grenzen, keine Rassen, keine Nationalitäten (Widerspruch und Zustimmung.), sofern diese Worte Wesentliches, Trennendes bedeuten sollen. In allen wesentlichen Dingen bilden wir eine Menschheit. Die Rassenmerkmale sind klimatisch bedingte Äußerlichkeiten, die eben so schnell vergehen, wie sie entstehen. Ich möchte mich anheischig machen, aus dem kümmerlichsten Hottentot, der sich heute von Heuschrecken ernährt, innerhalb dreier Generationen durch Änderung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse einen hocheleganten Kavalier zu „züchten“, der unseren Grafen in nichts nachstehen würde. Die Politik, die Zölle, die Literatur haben aber aus diesen Äußerlichkeiten recht wesentliche Dinge gemacht, wie die überall tobenden Kriege beweisen. Nur durch rückhaltlose Anerkennung der christlichen Lehrsätze können wir uns vor neuen Katastrophen schützen. (Zuruf: „Sehr wahr!“ von allen Seiten.) Und das scheint mir darum auch eine unantastbare Wahrheit, daß, wenn es Schwierigkeiten gäbe, die das Christentum nicht überwinden könne, solche auch niemals in Genf und im Haag überwunden werden können. (Sehr wahr! Sehr wahr!) Aus den Tiefen des christlichen Geistes muß überall geschöpft werden, und, meine Herren, um wieder direkt zur Sache zu sprechen, mir scheint, daß Müller die Triebkräfte zu seiner Vorlage an dieser sempiterna fons amoris geschöpft hat. Und das genügt mir, um ihr ohne weiteres und mit Überzeugung beizustimmen. (Stimmen aus dem Zentrum: „Bravo!“ „Sie verraten das Parteiprogramm!“) Ach, meine lieben Parteigenossen, wenn Sie wüßten, wie mich dieser Zuruf ehrt. (Rufe aus allen Parteien: „Unerhört!“) Seit ich der Partei angehöre, verrate ich das Parteiprogramm, sowie alle Parteiprogramme unseres Parlaments dreimal täglich, noch bevor mich der Hahn zum Morgengebet ruft. In allen Punkten, in denen das Parteiprogramm nicht reinen christlichen Geist ausstrahlt, verrate ich das Programm, das ich beschworen habe, und ich will hoffen, daß das meine lieben Parteifreunde auch tun. (Stimmen aus allen Parteien: „Sehr gut!“ „Er ist verrückt geworden!“) Gewiß, mit dem Parteimaß gemessen, bin ich es wirklich, wie mir scheint. Ich kenne aber nur ein Maß, das ist die christliche Lehre. Was brauchen die christlichen Vertreter des Volkes denn überhaupt noch ein Parteiprogramm? (Rufe aus dem Zentrum: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist.“) Ist der Begriff Partei nicht schon ein völlig heidnischer Begriff? Christliche Partei: *contradictio in adjecto*. Das Christentum ist ein unfehlbarer Leitfaden, wie für den einzelnen Menschen, so für das ganze Volk. Können wir Christen nicht mit viel mehr Recht, als es Sancho Panza tat, sagen: Entweder steht das Parteiprogramm auf dem Boden des

Christentums, dann ist es überflüssig, oder aber es steht auf anderem Boden, dann ist es schädlich. Alle Parteiziele, die sich nicht glatt als angewandtes Christentum bezeichnen lassen, verraten das Christentum. Für uns ist darum das Parteiprogramm entweder eine Selbstverständlichkeit oder eine Konzession an das Heidentum. In Müllers Vorlage steht aber nichts, was wir nicht als christliche Selbstverständlichkeit bezeichnen könnten. (Stimmen aus dem Zentrum: „Sehr wahr!“ „Nein!“ „Ja!“ „Nein!“ „Ja!“ „Verräter, pfui!“ „Er ist verrückt!“) Müller will den Boden allen Menschen ausgeliefert wissen, und in unserer heiligen Schrift steht: *Coelum coeli Domino, terram autem dedit filiis hominum.* (Stimmen aus allen Parteien: So ist es!) Müller sagt, damit wir keine Zankäpfel schaffen, wollen wir die einzelnen Bodenparzellen, die ja nach Güte und Wirtschaftslage alle verschieden sind, in öffentlichen Pacht-Auktionen von den Interessenten selber einschätzen lassen. Und wir liefern für solches Vorgehen die christliche Unterlage, indem wir täglich beten: *et ne nos inducas in tentationem, sed libera nos a malo.* (Rufe aus allen Parteien: Sehr gut, fortfahren!) Müller will die aus solchen Pachtverträgen fließenden Grundrenten allen Müttern, den Müttern aller Rassen zukommen lassen. Und in unseren täglichen Gebeten gedenken wir immer in erster Linie aller Hilfsbedürftigen, der Witwen und Waisen. (Rufe aus allen Lagern: Das haben wir aber nie ernsthaft gemeint.) Müller setzt die ehelichen und unehelichen Kinder in seinen Vorschlägen völlig gleich, er hätte also auch unserer lieben Mutter *Maria*, die nach unseren bürgerlichen Gesetzen durchaus als uneheliche Mutter anzusehen ist, solche Mutterrente ausgerichtet. (Im Zentrum wird ein Weihnachtslied angestimmt.) Müller nimmt also die Jungfrau *Maria*, nimmt alle unehelichen Mütter gegen die Brutalität menschlicher Einrichtungen in Schutz. Er habilitiert sie, die heute Ausgestoßenen, als Vollbürger der menschlichen Gesellschaft. Welch ein lieblicher, christlicher Gedanke: Er allein wiegt alles auf, was heidnische Auffassung dem Gesetz Müller in den Weg werfen kann. Und ich muß gestehen, daß die Tatsache, daß dieses oder ein ähnliches Gesetz nicht schon lange von uns Leuten des Zentrums gefordert wurde, mich verwirrt, mich stutzig und der Parteipolitik gegenüber mißtrauisch macht. (Der Parteibonze des Zentrums verläßt den Saal.) Bruder Müller, Ketzer und Atheist, komm her, daß ich Dich umarme. Entweder kommst Du zu uns, oder wir kommen zu Dir. (Stimmen im Zentrum: „Ja, ja!“ „Nein, nein!“ „Pfui, Verräter!“) Noch niemals ist Christus im Parlament so wahr interpretiert worden wie durch Müller. Müller, Du hast Dich selbst durch Deine Tat getauft, Autobaptist. (Stimmen im Zentrum: „Das ist wahr!“ „Ein starkes Stück!“ „Hinaus mit ihm!“ „Werft ihm

die Tintenfässer an den Kopf!“) Durch das Müller'sche Gesetz wird der irdischen Gerechtigkeit eine objektive Grundlage gegeben, insofern als alle Ungerechtigkeiten von der ungerechten Bodenverteilung ihren Anfang nehmen. (Rufe aus allen Lagern: Sehr wahr!) Und wir sagen alle Tage: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. Der Kaiser, worunter nur der Chef des Staates gemeint sein kann, aber hat für gerechte Zustände zu sorgen. *Justitia fundamentum regnorum*. Der, der das tut, ist Kaiser, und nur solange er das tut. Auf den Namen und Titel „Kaiser“ kommt es in obigem Satz doch gewiß nicht an, sondern auf den Inhalt des Wortes. Hort irdischer Gerechtigkeit, das wird unter Kaiser verstanden. Gebt also dem Manne, den ihr auf den Thron setzt, die Mittel, um strenge Gerechtigkeit üben zu können. Und das ist's, was mit der *Lex Müller* erreicht wird. Es wird dann nicht mehr vorkommen, daß einige unübersehbare Strecken Land besitzen, andere nicht genug und die meisten gar nichts. (Stimmen aus allen Lagern: „Sehr wahr!“ „Bolschewist!“ „Ravachol!“ „Demagoge!“ „Er verdreht den Sinn der Bibel!“)

Graf von Pedigree: Zur Geschäftsordnung! Ich muß dagegen protestieren, daß mit der Religion, mit unseren heiligsten Gefühlen hier Politik getrieben wird. (Sehr wahr! und Widerspruch von allen Seiten.) Das Christentum zeigt uns das Ideal, hier aber haben wir es mit den harten Tatsachen zu tun. (Sehr wahr! und Lärm im ganzen Hause.) Wir hier stehen ja auf der Höhe christlicher Weltanschauungen. (Lachen von überall her.) Aber das Volk, der Pöbel ist noch lange nicht so weit. Für christliche Gesetzgebung sind wir nicht reif. (Bravo! Lärm und allgemeiner Widerspruch.) Hochwürden Vikar Gasten hatte uns versprochen, sachlich, wissenschaftlich die mit dem Müller'schen Antrag aufgerührten Dinge zu besprechen. (Stimmen von überall her: Das hat er getan!) Statt dessen hält er uns hier eine demagogische Predigt. Ich stelle hiermit den Antrag auf Wortentziehung. (Lärm im ganzen Hause. Überall sieht man Gruppen von Abgeordneten in Kampfstellung.)

Präsident: Die Abstimmung ergibt 200 Ja und 205 Nein. Der Antrag auf Wortentziehung ist somit abgelehnt. Herr Vikar *Gasten* hat das Wort.

Kaplan Gasten: Das Volk sei noch nicht reif für das Christentum, sagt Graf *Pedigree*. Seit fast 2000 Jahren wird das Christentum gepredigt, und da sollte das Volk noch nicht reif sein! Ich glaube, es verhält sich umgekehrt. Das Volk ist reif, ist von Anfang an immer reif gewesen für die göttliche Lehre, da wir ja göttlichen Ursprungs sind. Wenn es Ausnahmen gibt, so sind wir es hier, meine Herren. Wir hier, die Parteisklaven, denen nur das Parteiprogramm heilig zu sein scheint, wir sind

nicht reif für christliche Politik, vielmehr, es stehen uns sachliche Dinge im Wege, die es nicht gestatten, daß wir uns als Christen benehmen. Heidnische Einrichtungen. Und diese heidnischen Einrichtungen gehen mit ihren Wurzeln sämtlich auf das Privatgrundeigentum zurück. Der christliche Samen, den wir ausstreuen, fällt ganz regelmäßig auf dünnen Boden, den die aus dem Privatgrundeigentum sprießenden Interessen sterilisieren. Zwei Seelen leben, ach, in der Brust des Grundbesitzers. Ein Zwiespalt, der uns im biblischen Gleichnis des reichen Jünglings so schön und erschütternd beschrieben ist. Graf von Pedigree nennt das Christentum ein Ideal. Nein, Herr Graf, das Christentum ist eine Realität. Es liefert den geistigen Boden für eine Gesellschaftsordnung, die wie keine stark und lebensfähig sein wird. Geben wir nur dem Kaiser, was des Kaisers ist, geben wir ihm die Macht, nun auch noch den sachlichen Boden für die christliche Gesellschaft zu schaffen. Dann wird das Ideal noch heute harte Tatsache, dann können wir alle, dann können auch Sie, Herr Graf, in allen Lagen des Lebens sich christlich benehmen. Sonst werden wir alle hier im Parlament weiter heucheln und schwindeln, wie wir es von jeher getan haben. (Bravo! Bravo! Lärm im ganzen Hause.) Ich glaube, meine Herren, daß es nicht nötig ist, Ihnen Beweise für meine Behauptungen zu liefern. (Zuruf aus dem Zentrum: Her mit den Beweisen.) Sie wollen Beweise? Gut, die sollen Sie haben. Und nach dem Grundsatz: es kehre ein jeder vor der eigenen Tür, werde ich die Beweise in der Politik der eigenen Partei suchen, es den Vertretern der anderen Parteien überlassend, die gleiche Kritik im eigenen Revier zu üben. An Material wird es ihnen nicht fehlen. Nun, meine lieben Zeit- und Parteigenossen. Brüder in Christo: Wie war es im August 1914? War es nicht Heuchelei, daß Ihr die Kriegskredite bewilligtet, daß Ihr die Waffen segnetet, daß Ihr die jungen Männer, die ich in der Lehre unendlicher christlicher Liebe unterrichtet hatte, nunmehr von einem Tag zum anderen auf die Nachbarn hetztet, sie zum Sturmangriff im Namen Gottes anfeuertet und die Kathedrale von Reims bombardiertet? Wenn das nicht Schwindel und Heuchelei ist, dann weiß ich nicht mehr weiß von schwarz zu unterscheiden. (Stimmen aus dem Zentrum: „Elender Pazifist!“ Von allen Seiten: „Sehr wahr, fortfahren!“) Meine lieben Parteigenossen: Entweder – Oder. Entweder handeln wir nach unseren Worten, oder wir widersprechen ihnen. Letzteres aber nenne ich in grundsätzlichen Fragen Verrat am Christentum, den ärgsten Verrat, den es geben kann. Nichts kann einen Christen besser charakterisieren als sein Verhalten im Kriegsfall. Hier hätten wir vor aller Welt bezeugen können, daß wir ein christliches Volk sind. Wir haben aber

den Beweis erbracht, daß das Christentum nicht den allergeringsten Einfluß auf unser Gebaren hat. Dennoch nannten wir uns in aufgeblähten Worten ein christliches Volk. Also heuchelten wir, ja wir, ich und alle dort im Zentrum des Parlaments. (Stimmen von überall her: „Sehr wahr, pater peccavimus!“ „Er ist toll geworden!“ „Hinaus mit ihm!“) Gewiß, wir sind schwach gewesen. Aber mit diesem Bekenntnis ist es nicht getan. Wir müssen geloben: nie wieder Krieg! Christus gab uns das Rezept, wie wir die Feinde bezwingen sollen. Tut Gutes denen, die euch verfolgen. Mehr ist nicht nötig, um sie alle zu bezwingen, um den bis an die Zähne bewaffneten Mann vor euch in den Staub zu werfen. (Stimme aus dem Zentrum: „Welch ein Irrtum.“ „Nein!“ „Sehr wahr!“ – von überall her.) Wenn das ein Irrtum ist, dann ist das Christentum falsch, und wir tun gut, es abzulegen, so schnell es geht. Es bliebe nichts übrig vom Christentum, nichts als leere Worte, wenn dieser Satz falsch wäre. Aber er ist richtig. Tausend- und abertausendmal hat er sich als wahr bewährt. (Stimmen von überall her: „Sehr wahr, fortfahren!“) Liebe deinen Nächsten als dich selbst. Der Satz ist kein Gebot, denn Liebe kann man nicht gebieten. Er ist ein Rat, eine Aufforderung zur Selbstbesinnung. Wenn mir mit diesem Satz der Nächste als liebenswert vorgestellt wird, so überlege ich, wie es kommt, daß der liebenswerte Mensch, der sich meistens auch noch Christ nennt, mich nun mit Waffen bedroht. Damit beginnt der Prozeß der Selbstbesinnung. Es steigt die Frage auf, was denn in der menschlichen Gesellschaft falsch sein muß, daß wir nicht Frieden halten, wie es scheint, nicht Frieden halten können. Aus Rauflust, um die Kathedrale in Reims zu bombardieren, und aus Vergnügen an den Entbehrungen, den Leiden, den Läusen und Krankheiten des Krieges sind unsere Männer doch gewiß nicht in den Krieg gezogen. Bei uns nicht und auch nicht bei den anderen. Was also treibt die Völker in den Krieg? Was liegt in der menschlichen Gesellschaft, das uns zum Bösen treibt und sich als stärker erweist als alle christlichen Predigten, was uns, die Vertreter der christlichen Partei, dazu bewogen hat, mit der Bewilligung der Kriegskredite Christus zu verleugnen? Ich werde auf diese Frage noch zurückkommen. Vorläufig will ich erst mein Versprechen einlösen und Ihnen die Beweise dafür liefern, daß wir hier wirklich nur eine Bande von Ignoranten, von Heuchlern und von Spitzbuben sind. (Rufe aus allen Parteien: „Sehr wahr!“ „Fortfahren!“ „Unerhört!“ „Hinaus mit dem Idioten!“) Daß wir Ignoranten sind, zeigte ich Ihnen bereits mit meinem Hinweis auf die Inflation. Ja, ja, laßt nur hier einen Seufzer fahren und, wenn Ihr könnt, noch einen. Es ist einfach so. Daß wir Heuchler sind, zeigte ich Ihnen mit der Schandtats der Kriegskreditbewilligung. Nun will ich Ihnen noch

zeigen, daß wir Spitzbuben sind. (Rufe aus allen Parteien: Auch wahr.) Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Wie war es, meine lieben Parteigenossen, mit der Bewilligung der Kornzölle? Sind wir da ehrlich gewesen gegenüber den Massen, denen wir eine neue Last aufgebürdet haben? Haben wir damals die wahren Gründe, die uns zu den Maßnahmen bewogen, aufgedeckt? Haben wir nicht vielmehr diese wahren Gründe im Hintergrund gelassen und mit Scheingründen operiert, wie es ganz gewöhnliche Bauernfänger zu tun pflegen? (Rufe von allen Seiten: „Der Mann spricht die lautere Wahrheit!“ „Nein, nein, er ist ein Demagoge.“ „Hinaus mit ihm!“) Was haben wir dem Volk nicht alles vorgeschwindelt? Die „Landwirtschaft“ braucht Zölle. So sagten wir. Und unter Landwirtschaft verstand dann das gutgläubige Volk die Produktion der Lebensmittel für das Volk. In Wirklichkeit aber handelte es sich nur um die Grundrente, das arbeitslose Einkommen der Grundbesitzer. Auf Kosten des arbeitenden Volkes sollte das arbeitslose Einkommen der Grundbesitzer, die Grundrente erhöht werden! *Das, nichts anderes war es*, was unter „Schutz der Landwirtschaft“ verstanden sein wollte und von uns, den christlichen Vertretern des Volkes, *auch verstanden wurde*. (Rufe von allen Seiten: „So ist, so war es.“ „Wir haben Bauernfängerei betrieben.“ „Spitzbüberei war es, nichts anderes.“ Die Bonzen aller Parteien verlassen den Saal.) O, diese Feiglinge. Statt hier mannhaft zu bekennen und Buße zu tun, verlassen sie hier wie dumme Jungen den Kampfplatz. Ja, die Grundbesitzer, die schon alles hatten, beneideten das enterbte Volk um den kargen, mit schwerer Arbeit verdienten Lohn und griffen in die Taschen der Arbeiterfrauen, um sich noch mehr zu bereichern. *Erinnert das nicht an das Gleichnis von dem reichen Herdenbesitzer, der der Witwe das einzige Schäfchen pfänden ließ* [In der Vertreterversammlung des Reichslandbundes in Dresden vom 21. Mai 1927 sagte der Präsident *Hepp* ganz schamlos: „Als roter Faden zog sich durch die Verhandlungen das zähe Ringen um die Rentabilität. Das Entscheidende ist die Wiedererlangung der Rentabilität.“ Und nachdem so die wirklichen Triebkräfte dieser Agrarpolitik von den Grundbesitzern selber in einer schwachen Stunde bloßgelegt worden waren, heißt es in demselben Bericht kaum 10 Zeilen weiter: „Der Reichslandbund erstrebt keine einseitige Politik zu Gunsten eines einzelnen Berufsstandes (Die Bezeichnung Berufsstand für den Grundrentner ist gut!), sondern will lediglich Dienst am Vaterland.“ (!) S. Reichslandbund Nr. 21. 1927.]?

Und wie haben wir, die Vertreter der Christlichen Partei, dem Volke die bittere Kost mundgerecht gemacht? Darf ich daran erinnern, daß von unserer Partei, der christlichen Partei, der Vorschlag gemacht wurde, die eingehenden Zölle – man verstehe hier recht, nur die eingehenden Zölle, nicht aber die

durch die Zölle auf Kosten des Proletariats gehobenen Grundrenten, die das Vielfache der Zölle betrogen – sollten der Altersversicherungskasse zugeführt werden. O, diese Bauernfängerei. Um die Einwilligung des Volkes zum Volksbetrug zu erschleichen, verspricht man dem Volk, das die Zusammenhänge nicht kapiert, ein Almosen aus dem am Volk auszuführenden Raub. (Rufe: „Welche Schmach, welche Schandel!“ Viele Abgeordnete aus allen Parteien verlassen den Saal. Man hört aus den Vorsälen wüstes Geschrei, auch Revolverschüsse.)

Gasten, fortfahrend: Es wäre gut, Ambulanzen zu requirieren für die da draußen. Der Geist der Gewalt, der diese Kreise beherrscht, richtet sich nun gegen sie selbst. Wir werden diese Selbstzerfleischung nicht verhüten können. Ich glaube, wir sind jetzt ganz unter uns. Eine parteilose Masse von Mitgliedern aller Parteien und Konfessionen und Religionen, geeint durch den Geist der Gerechtigkeit. Rücken wir also zusammen. Lassen wir den Parteigeist und die Parteidisziplin fahren. Handeln wir selbstverantwortlich, ein jeder nur sich selbst treu. Wir sind, wie ich soeben erfahre, noch reichlich beschlußfähig. Benutzen wir die Gelegenheit. Wer sich leiten läßt vom Geist der Gerechtigkeit und getragen ist von der Liebe zu allen Menschen, zu allen Völkern, vom wirklich christlichen Geist, der verlangt ganz sicher keine Fortführung der Verhandlungen über den Antrag Müller, der weiß, daß, was sich auch aus dem Antrag entpuppen wird, es nur Gutes sein kann. Ohne zu prüfen und mit geschlossenen Augen sagt er zum Antrag ja und Amen.

Präsident: Es ist folgender Antrag zur Geschäftsordnung eingelaufen:

„Die Debatte über die Lex Müller wird geschlossen. Es wird darüber sofort abgestimmt.“

Wer für den Antrag ist, der hebe die Hand hoch. – Der Antrag zur Geschäftsordnung ist einstimmig angenommen.

Wir wollen nun über den auf der Tagesordnung stehenden Gesetzentwurf über die Mutterrenten abstimmen. Wer dafür ist, der hebe die Hand hoch. – Einstimmig angenommen.

Die Versammlung stimmt das Lied: „Deutschland, Deutschland“ an, in das alle, auch die Kommunisten und Anarchisten einstimmen.

Präsident: Es ist das erste Mal, daß das Deutschlandlied geschlossen von den Mitgliedern aller Parteien Deutschlands gesungen wurde, das erste Mal auch, daß Mitglieder aller Parteien einem Gesetze geschlossen zustimmten. Und was für einem Gesetz. Es ist wohl niemand hier, der die Tragweite des von uns angenommenen Gesetzes ganz übersehen kann. Auf alle Fälle ist es das folgenreichste Gesetz, das je einem Parlament vorgelegt wurde. Möge es unserem Volke zum Segen gereichen

und darüber hinaus allen Völkern der Welt als Fackel in die Finsternis der dräuenden, unheilswangeren sozialen Frage leuchten; so daß einmal die Zeit kommen mag, wo nicht wir, sondern die Völker der Erde eingedenk unserer Pionierarbeit das Deutschlandlied singen werden.

Die Tagesordnung wäre hiermit erledigt. – Wünscht noch jemand das Wort? Herr *Hanisch* hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. –

Hanisch (Anarchistische Vereinigung.): Daß ich als Anarchist in das Deutschlandlied hier mit einstimmen konnte, verlangt eine Erklärung. Ich möchte nicht, daß man mir nachsage, ich hätte mich von einer Stimmung, so erklärlich sie auch sein mag, hinreißen lassen. Es war bereits eingetreten, was unser Präsident eben als seinen Wunsch äußerte, nämlich, daß das Deutschlandlied von den anderen Völkern als Anerkennung der hier geleisteten Arbeit angestimmt werde. Als Anarchist fühle ich mich als Weltmensch und als ein solcher Weltmensch, nicht als Deutscher stimme ich, vom Erfolg des Tages beglückt, in das Deutschlandlied ein, das bis dahin niemals über meine Lippen gekommen war. Und es wird nun hoffentlich nicht das letzte Mal sein. Wenn unser Herr Präsident eben sagte, daß niemand im Hause die volle Tragweite des eben angenommenen Gesetzes überschaut, so mag das stimmen. Erwähnen aber möchte ich, daß die Anarchisten schon immer mehr oder weniger deutlich gesagt haben, daß mit dem Sturz des Privateigentums am Boden soziale Zustände sich automatisch entwickeln müssen, die denen sehr nahe stehen, die wir als Anarchisten erstreben. Der Staat ist, so haben wir immer behauptet, das Bollwerk der Kapitalisten und ist als solches, nicht aber zum Wohle des Volkes oder gar als eine gesellschaftliche Notwendigkeit ausgebaut worden. Mit der Aufhebung des Privatgrundbesitzes verschwinden selbstverständlich die an diesem Bollwerk interessierten Kräfte. Es setzt gleich eine automatische Rückbildung des Staates ein wie überall, wo das Privatinteresse an einer Sache zurückgeht. Und das ist es, was mein Herz in meiner anarchistischen Brust vor Freuden hüpfen läßt. Der Staatsgedanke, der die Weltkugel, das Erbgut der Menschheit, in Scherben schlägt und dann jedem Volke eine Scherbe an Stelle der Kugel gibt, der dadurch erst überall die Kriegsstimmung hervorbringt, weil kein Volk mit seiner Scherbe zufrieden ist, noch zufrieden sein kann, dieser Staat geht mit dem Gesetz, das wir heute schufen, seiner völligen Auflösung entgegen, um einem schöneren Gebilde Platz zu machen. Zunächst allerdings handelt es sich erst um unser Land. Aber warten Sie nun ab, daß das Gesetz sich bei uns auszuwirken beginnt. Die Innenreibungen, die in Gestalt politischer Kämpfe, Kriege, Streiks, Verbrechen usw. so viel

Unruhe schaffen und Kosten verursachen, die verschwinden und ungeheuer groß ist, was wir hier an ökonomischen Kräften sparen werden. Das setzt sich dann um in Lebensfreude, in Kulturgüter, die allen, die unser Land besuchen, auffallen müssen. Dann wird nach den Gründen solcher Entwicklung geforscht, und es wird dann nicht ausbleiben können, daß unser heutiges Gesetz zum Weltgesetz wird nach dem Grundsatz: Das Gute ist sein eigener Pionier. Dann schaffen dieselben wirtschaftlichen Zustände auch überall dieselbe Friedensstimmung, dann stirbt, ohne daß wir etwas zu tun brauchen, überall der Machtgedanke ab, und ohne Genf, ohne Völkerbund, ohne Verträge setzt dann die allgemeine Abrüstung ein. Der Bürgerfriede, den wir mit unserem Gesetz vorbereiten, schafft dann selbsttätig alle Vorbedingungen für den Völkerfrieden. Ist dieser aber einmal gesichert, erscheint er allen Menschen als Selbstverständlichkeit, so setzt auch gleich der Abbau des Staates auf breiter Grundlage ein. Die Zollgrenzen fallen, weil niemand mehr an den Zöllen interessiert ist. Die Industriebevölkerung hat kein Interesse daran, sich selbst das Brot durch Grenzsperrern zu verteuern. Die ländliche Bevölkerung dagegen weiß, daß, wenn die Grundrenten durch Zölle gehoben werden, dann auch die Pachtgelder entsprechend steigen müssen. Also ist mit unserem Gesetz auch der Boden für den Freihandel, den Weltfreihandel bereitet. Nicht für Paneuropa und ähnliche bescheidene Bettlerziele brauchen wir zu kämpfen. Der orbis terrarum gehört uns, allen Menschen. Unser Gesetz schafft die Vorbedingungen für die allgemeine Freizügigkeit. Jeder zieht nun dorthin, wohin ihn seine Neigungen, die Rücksicht auf seine Gesundheit, sein Alter treiben, oder wohin ihn Wein, Weib und Gesang locken. Es gibt nur noch eine physische, keine politische Geographie. Da nun für alle gleichmäßig gesorgt ist, da es kein Proletariat mehr gibt, hat auch niemand mehr das Gefühl, daß er für das Gemeinwohl Opfer zu bringen hat. Verantwortlich fühlt sich jetzt jeder nur für sich. Und niemand fällt es noch ein, durch Staatsschulen und Schulzwang den Eltern die Verantwortung für die Aufzucht der Kinder zu nehmen. Und niemand hat jetzt auch noch ein Interesse daran, daß die Kinder der anderen in Staatsschulen zu frommen Lasttieren erzogen werden. Keine Staatsschulen, keine Staatskirche, kein Heer, keine Marine, keine Beamten, keine Uniformen, kein Kommando, kein Parlament. Für alle idealen Bestrebungen geht die Sonne nunmehr am Balkon des Orients in strahlender Herrlichkeit auf. Alle unsere politischen Parteien hatten ihre verborgenen Ziele mit einem Mäntelchen von schönen Idealen verdeckt. Und mit diesen Idealen wurden die Wählermassen, wurden auch Sie, meine Herren, geködert. Jetzt sind diese verborgenen Ziele wesenlos geworden;

es bleibt nur noch das idealistische Mäntelchen übrig, und dieses, meine Herren, wird mit dem heutigen Tage aus dem Traumreich der Ideale zum freudespensenden Leben erweckt. Nichts mehr hindert fortan noch den Katholiken und seinen Geistesbruder, den Kommunisten, daran, Christentum und Kommunismus zu verwirklichen, soweit ihr geistiger Einfluß reicht. Die Pazifisten und Friedensapostel, die bisher ein kümmerliches Dasein fristeten, werden ihre phantastischen Wünsche in Erfüllung gehen sehen. Die Demokraten werden jetzt nicht mehr zu fürchten brauchen, daß die heute vertriebenen Herrschaften morgen in irgendeiner Verkleidung, als Bürokrat, Kleptokrat, Bankokrat, Aristokrat, Hierokrat usw. eine Wiedergeburt feiern werden, denn unser heutiges Gesetz zerstört gründlich den Boden, auf dem diese Herrschaften gediehen. Den Cobden- und Manchesterleuten wird die Praxis den Beweis erbringen, daß sie immer Recht hatten. Und den Doktoren und Professoren der „nationalökonomischen Wissenschaft“, diesen Kammerdienern der Kapitalisten, wird der Korb vom Maul genommen und ihnen von heute ab Erlaubnis gegeben, die lautere Wahrheit zu sagen. Das Zeitalter des Schwindels, der Heuchelei hat ein Ende. Die Politik im herkömmlichen Sinne des Wortes, ist erledigt, wir haben hier nichts mehr zu suchen und zu tun. (Hurra, bravo!) Den verabscheuungswürdigen Klassenstaat, dem wir heute mit der Lex Müller den Nährboden entzogen haben, wie oft habe ich ihn in meinen Träumen mit Dynamit in die Luft gesprengt, und wie oft habe ich dann wieder mir verzweifelt eingestehen müssen, daß mit solchen Mitteln nichts geändert werden könne. An das Wurzelwerk des Klassenstaates kam das Dynamit doch nicht heran. Hoffnungslos verzweifelt stand ich mit meinen Freunden am Grabe unserer Ideale. Und nun kommt heute ein kleiner katholischer Pfaff, der das alte Problem von der Seite des Christentums anpackt, und indem er das Wesentliche dieser alten Lehre rücksichtslos in den Vordergrund stellt und die Liebe zum Nächsten, zu allen Menschen, ausnahmslos zu allen Menschen, zu allen Völkern, allen Rassen und ohne irgendwelche Rücksicht auf die Kulturentwicklung zu seiner Waffe macht, gelingt ihm das Unmögliche, die Schaffung einer Einheitsfront aller, die guten Willens sind. Ich wollte mit Gewalt, mit Dynamit den Eisenpanzer der politischen Programme sprengen. Kaplan Gasten brachte ihn zum Schmelzen, indem er die Sonne der Liebe und Gerechtigkeit darauf wirken ließ. Das Christentum erwies sich hier als die überlegenere Technik. Kaplan Gasten, Du kleiner Pfaff, Galiläer, Du hast gesiegt! Das sage ich Dir, nicht weil ich annehme, daß es Dir auf einen Sieg ankommt, daß die Niederlage eines Gegners Dir Freude macht, dafür habe ich heute einen zu tiefen Blick in Deine große Seele

getan. Deinen von Dir angewandten Mitteln wollte ich heute öffentlich meine Anerkennung aussprechen. Nur dadurch, daß wir der ganzen Menschheit in unserem Herzen Platz bereiten und allen Menschen in jeder Lage nur mit Liebe, mit unendlicher Liebe begegnen, werden wir dem heutigen Sieg eine ewig währende Grundlage geben.

Meine Herren, es ist spät geworden, laßt uns nach Hause gehen, *ich* wittere Morgenluft.

Eine Forschungsreise ins Land der Physiokraten.

Das zum Titel dieser Schrift gewählte Wort „*Der abgebaute Staat*“ ist nicht ohne weiteres der Bezeichnung *Akratie* oder Anarchie gleichzustellen. Es steckt in dem Worte, obschon es wie das Wort „Akratie“ nur eine Negation enthält, doch mehr darin. Mit der Vertreibung der Herrschaft hat der Akrat sein im Worte liegendes Programm erfüllt. Was dann noch geschehen soll, ist eine Frage, über die viele verschiedene Meinungen nebeneinander bestehen und bestehen können. Staat und Anarchie bilden z. B. erst dann einen Widerspruch, wenn der Staat in den Händen einer Partei, einer Klasse, einer Majorität liegt, der die Minorität sich fügen muß. Der Widerspruch verschwindet, wenn der Staat keiner Partei mehr dient. Solchen Staat, den es übrigens nie geben wird, könnte der Akrat grundsätzlich anerkennen.

Für den *abgebauten Staat* ist dagegen die Vertreibung der Herren nicht Ziel, sondern Mittel. Mit der Vertreibung der Herren beginnt erst die eigentliche Aufgabe. Sie besteht darin, durch Abbruch einen Raum zu schaffen, auf dem eine Gesellschaft von Menschen, die sich in keiner Weise, weder qualitativ noch quantitativ, von den heutigen Menschen zu unterscheiden brauchen (also keine idealisierten Menschen wie sie der Kommunismus, das Christentum, der Utopist braucht), leben und gedeihen können, ohne daß es nötig sei, durch Gesetze und die dazu gehörige exekutive Gewalt in das Getriebe einzugreifen, wo man dabei, wie heute, in der Arbeitsteilung wirtschaftet, auf den Verkauf der Arbeitsprodukte angewiesen ist, mit der ganzen Welt Handelsbeziehungen unterhält, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig auftritt, die Meere mit Schiffen befährt, wo man Straßen, Brücken, Eisenbahnen quer durch die bebauten Äcker der Bauern baut, ohne daß diese zum Gewehr greifen, wo jeder auf seinen Vorteil erpicht ist, wo die Einwanderung größer als die Auswanderung ist, und wo damit der Beweis erbracht wird, daß in einem solchen Volk die Innenreibungen weniger groß und kostspielig sind als in den staatlich organisierten und regierten Ländern.

Das Land einer solchen Menschenansammlung betritt man, wie man etwa einen lichten deutschen Buchenwald betritt, oder wie Siegfried der Sonne entgegenreitet, sorglos, singend und pfeifend, jedenfalls ohne sich nach Grenzvächtern umzusehen, und ohne an die Paßpolizei zu denken. Man sieht sich dann umgeben von Menschen, von denen jeder einzelne unmittelbar seine Sache

betreibt, wo niemand acht Stunden täglich an das Gemeinwohl denkt (und sich täglich acht Stunden der Menschheit gegen ein entsprechendes Gehalt opfert), und wo das Gemeinwohl aus der Tatsache herausspringt, daß sich niemand um es kümmert. Und in das Getriebe dieses Gewimmels hat man sich nun zu stürzen, und jedermanns ureigene Sache ist es, sich dieses Gewimmel, so gut er es versteht, dienst- und nutzbar zu machen. Das geschieht am einfachsten in der Weise, daß man sich die Preise der Waren und Arbeitsleistungen, wo man glaubt, besonders leistungsfähig zu sein, ansieht und dann wählt. Wer besser singen kann als Caruso, der singt, wer besser predigen kann als Santa Clara, der predigt, und wer besser stehlen kann als Lips Tulian, der stiehlt. (Wehe ihm, wenn er auf diesem gefährlichen Gebiet ein Stümper ist!) Wenn in solcher Menschenansammlung nun etwas Besonderes sich ereignet, dann ruft niemand: Wo bleibt der Staat, der Staat sollte doch hier eingreifen! So weit man auch hier seine Stimme nach dem Staat schickt, nichts Staatliches wird hier erblickt. Man ist vollkommen auf das angewiesen, was alle aus eigenem Antrieb tun. Und zwar restlos in allen Fragen des täglichen Lebens. Wenn im Erzgebirge die Gebirgsbäche zu Strömen anschwellen und die Menschen wegsüßen, wenn im Harz die Eisenbahnzüge die Dämme herunterkollern, wenn in Hamburg die Cholera, in Breslau die Pocken ausbrechen, wenn die Polen, Franzosen und Musolinis sich und uns in Berlin die Hände reichen, wenn die Arbeitslosen vor dem Rathausgemäuer demonstrieren, ... kein Staatsbeamter läßt sich sehen. Und trotzdem geht es, und zwar soll es besser gehen als dort, wo der Staat die Sparkassengelder, den Notschatz der Greise und Arbeitsunfähigen unterschlägt, wo der Staat sich mit allen Nachbarn verfeindet und dann der „Rettung“ des Staates das Leben von zwei Millionen junger Menschen und die Gesundheit von vier Millionen Verwundeter opfert, und wo er obendrein für den Betrag von 132 Milliarden Reparationssteuern aufzubringen hat. Im *abgebauten Staat* ersetzt die Privatinitiative restlos den Staat. Sogar die „Rechtsverhältnisse“ hat jeder für sich selbst zu schaffen, indem er die Verträge auf Grund privater Rechtsbücher abschließt und die Exekutive dazu entweder seinen Fäusten, seinem Revolver, oder aber besser noch dem Schaden überläßt, den der Vertragsbrüchige durch den Verlust des öffentlichen Kredits und Ansehens erleidet. Auch die Ein- und Eheberger haben es nur mit Privatpersonen zu tun, und wenn dort an der Laterne ein Bandit hängt, so können seine Freunde sicher sein, daß die Leiche wenigstens nicht durch die Hände eines staatlichen Scharfrichters besudelt wurde. Kurz gesagt:

Im *abgebauten Staat* geht es ohne Justizminister, ohne Kultusminister, ohne Ernährungsminister, ohne Inflations-

Wohlfahrts- und Deflationsminister, ohne Kriegs-, ja sogar ohne Friedensminister! Kein Handelsminister zerbricht sich dort noch acht Stunden täglich den Kopf, wie er meinen Tisch mit billigem Brot und hohen Zollrechnungen decken kann, und wenn einer eine Anleihe macht, so macht er sie nicht in Helfferichs Währung, sondern, o Wunder, in einem privaten, ungedeckten Papiergeld!

Wer bei solcher Aufzeichnung dessen, was alles dem Abbau des Staates verfallen wird, erschrickt, der möge folgendes ruhig auf sich wirken lassen: Das bürgerliche Leben, das wir heute führen, spielt sich noch in weitem Umfang fast genau so ab, wie es sich im *abgebauten Staate* abspielen wird, in dem die Produktion und der Tausch, die Tätigkeit, der der Mensch seine Hauptkraft zu widmen pflegt, noch so gut wie frei ist von staatlichen Eingriffen. Die Bauern, Handwerker, Unternehmer, Künstler, Kaufleute und die Masse der Arbeiter handeln innerhalb der Grenzen ihrer Mittel in freier Berufswahl. Niemandem macht der Staat in dieser Richtung Vorschriften. Die Kaufleute fordern für ihre Waren, was sie wollen, auf alle Fälle nie mehr, als sie kriegen können. „Und wer nicht zufrieden ist, der kann auswandern.“

Ansätze zu der mit dem *Abbau des Staates* erstrebten Ordnung finden wir also noch genügend, um die Frage zu rechtfertigen: Wenn es auf dem umfangreichsten und schwierigsten Gebiet des Gesellschaftslebens, in der Warenproduktion, im Tausch der mannigfachen Dienstleistungen und bei der Preisbildung so ganz ohne die Intervention des Staates geht, warum könnten wir da nicht auch noch für den Rest den Staat aus dem Spiele lassen? Auf diese Frage wollen wir für alle, denen beim Worte *Abbau des Staates* das Blut zu Eis erstarrt, jetzt die Antwort geben.

—

A: So, nun hätten wir unseren Staat hinter uns. Jetzt sind wir weder Bürger noch Untertan. Hier ist der Grenzstein.

B: He, he. Die Physiokraten haben doch keinen Staat und infolgedessen auch keine Grenzen. Der Grenzstein, den Sie dort sehen, ist nur einseitig angestrichen. Er ist von unserem Lande gesetzt worden. Es ist nur eine einseitige Grenze, wie etwa die Mauern eines Zuchthauses.

A: Mich wundert, daß dann unser Staat den Grenzstein nicht weiter ins Land der Physiokraten versetzt.

B: Daran hindert ihn die Furcht vor der physiokratischen Ansteckungsgefahr. Sie werden schon sehen, wie man uns bei der Rückreise in unseren Staat visitieren wird nach staatsgefährlichen Papieren. Gut, daß die Gedanken zollfrei sind.

A: Eine Gefahr für unseren Staat könnte der physiokratische Nachbar doch nur dann werden, wenn von hier aus anziehende Kräfte auf unser Volk ausgingen, wenn also die Besucher mit der Überzeugung heimkehrten, daß die physiokratischen Einrichtungen das Lebensglück besser garantieren als die staatlichen Einrichtungen unseres Landes. Und das würde sich an der Auswanderung ins Physiokratenland zeigen. Gegen solche Entwicklung könnte unser Staat aber nur dadurch ankämpfen, daß er sich die physiokratischen Einrichtungen zu eigen machte. Ähnlich wie die Bolschewiks in Rußland die kostspielige Auslandspropaganda ersparen könnten, wenn die Verhältnisse in Rußland überall auf die Auswanderungslustigen anziehend wirken würden.

B: Sehen Sie sich nun einmal die Spuren auf der Straße an. Fast alle sind ins Physiokratenland gerichtet, nur wenige Spuren von Rückwanderern sieht man. Man sagt übrigens, es herrsche eine überaus starke Einwanderung. Zuerst waren es die Zigeunerweiber, die mit ihren zahlreichen Kindern auf die Mutterrente spekulierten. Niemand wehrte ihnen den Eintritt. Sie machten sich aber als Bärenführer und Kesselflicker gegenseitig zu starke Konkurrenz und so sind manche wieder fortgezogen. Die Spuren der Rückwanderer, die wir eben sahen, waren von Barfüßlern, mögen also von Zigeunern gewesen sein. Dann kamen diejenigen, die sich bedrückt und beladen fühlten von der Polizei, von der öffentlichen Meinung, und die sich in das Land der Amoralisten retten wollten. Auch von diesen sind manche wieder fortgezogen, weil die Amoralisten den Schutz für das Leben und Eigentum dem Richter Lynch übertragen haben, der mit den Pferdedieben, den Raufbolden und Wechselfälschern sehr unsanft umgehen soll. Viele aber von diesen Leuten, die bei uns von einem Gefängnis zum andern wanderten, die haben bei den Physiokraten Geschmack an der Arbeit gefunden, weil sie sahen, daß dort alle arbeiteten, und daß die Arbeit wegen des Wegfalles der Ausbeutung den Mann besser ernährt als der Einbruch und der Diebstahl. Jetzt aber soll es nicht nur lichtscheues Gesindel sein, das vom Lande der Physiokraten angezogen wird. Bauern, Handwerker, Arbeiter, Künstler aller Art streben in Massen dahin. Zumeist angezogen von den höheren Arbeitserträgen, von den sicheren wirtschaftlichen Verhältnissen, vielfach aber auch wegen der angenehmeren gesellschaftlichen Zustände. Die fähigsten Unternehmer der Welt, Ford an der Spitze, tragen sich ganz ernsthaft mit dem Gedanken, ihre Industrien ins Land der Physiokraten zu verlegen, weil sie hier völlig ungehindert durch den Staat ihren Willen durchzusetzen trachten können, weil auch der völlige Wegfall der Ausbeutung den Arbeitern die wahre Rolle des Unterneh-

mers klar gemacht und das zustande gebracht hat, was man bei uns zwar als sehr wichtig erachtete, aber ewig umsonst erstrebt hatte – das Solidaritätsgefühl zwischen Arbeitern und Unternehmern. Die Arbeiter im Physiokratenland haben erkannt, daß, wenn sie den Unternehmer in seinen Dispositionen durch Betriebsräte, durch Streik, durch Sabotage und öffentliche Verunglimpfungen belästigen, die fähigsten und feinsten unter ihnen sich zurückziehen werden und das Feld dann Schwindlern, Betrügern, Hurenvätern überlassen, was für die Entwicklung der Löhne natürlich nicht gleichgiltig sein kann. Weil sich Ford alle gewerkschaftlichen Eingriffe verboten hat, konnte er seine Industrie in den Stand setzen, Rekordlöhne zu zahlen. Vertreiben aber die Arbeiter Ford durch Gewerkschaftler und Betriebsräte, setzen sie Leute an Fords Stelle, die sich von den Arbeitern als Ausbeuter, Wucherer, Hurenväter bezeichnen lassen, so wird unter Leitung solcher Männer der Betrieb ganz gewiß bald die Überschüsse nicht mehr abwerfen, mit denen die Rekordlöhne finanziell möglich gemacht werden. Ein empfindsames Ehrgefühl gehört schließlich auch zu den Eigenschaften einer Persönlichkeit, die große Betriebe leiten soll. Im Ehrgefühl summieren sich alle wichtigen Eigenschaften. Alle Interessen der Lohnarbeiter stimmen überein in der Forderung, daß das Unternehmertum aus den Händen der Spitzbuben und Schwindler in die Hände der Elite des Volkes hinübergleitet. Das aber erreicht man im Lande der Physiokraten automatisch dadurch, daß hier dem Unternehmer keinerlei moralische, gewerkschaftliche und gesetzliche Fessel angelegt wird. Die Natur der Freiheit bringt ganz automatisch die freien und edlen Geister hoch; die Freiheit verträgt sich nicht mit niederer Gesinnung. Ich glaube z. B. nicht, daß *Ford* jemals Geschäfte mit dem Staat gemacht hat, denen Schmiergelder allein die Wege zu ebnen pflegen.

A: Ich finde es sehr interessant, daß die Arbeiter sich, wie es scheint, mit dem Lohnsystem abgefunden haben, dem System, das sie in ihrem Schrifttum so leidenschaftlich bekämpften. Wie mag dieser Anschauungswechsel sich vollzogen haben?

B: In der Hauptsache läßt sich das wohl damit erklären, daß der Lohnarbeiter im Unternehmer keinen Ausbeuter mehr erblickt noch erblicken kann, da ja das Kapital keinen Zins mehr abwirft und eigentlich kein Kapital im ausbeuterischen Sinne des Wortes mehr ist. Das, was dem Unternehmer nach Zahlung der Löhne und sonstigen Ausgaben vom Verkauf der Produkte übrigbleibt, muß nun durchaus als sein Arbeitseinkommen betrachtet werden, das wie jedes andere Arbeitseinkommen den Gesetzen des Wettbewerbes unterworfen ist. Da hier der Boden jedem zur Verfügung steht, der den im völlig freien Wett-

bewerb bei den Pacht-Auktionen festgesetzten Pachtzins zahlt; und da auch der Darlehenszins um Null herum pendelt, so kann jeder, der will und sich dazu befähigt glaubt, alle diejenigen, die sich dazu unfähig fühlen, als Arbeiter um sich sammeln und den Wettkampf mit den übrigen Unternehmern aufnehmen. Dazu ist aber durchaus nicht jeder befähigt; viele, sehr viele sogar sind unfähig, eine einfache Bauernwirtschaft selbständig zu leiten, geschweige denn eine Industrie, ein Exportgeschäft, eine Werkstatt, eine Barbierstube, eine Apotheke. „Oben ist immer Platz. Für verantwortliche Arbeit an leitenden Stellen finden wir immer nur schwer unter den Tausenden von Bewerbern geeignete Kräfte. Ob die Fabrik bei uns 6 oder 3 oder 0% Dividende abwirft, liegt niemals an den Arbeitern, sondern immer nur an der Qualität der Männer, die den Betrieb leiten.“ So sagen die Unternehmer. Bei uns nun ist dieses Verhältnis den Augen der Arbeiter verdeckt. Sie sagen alle: Das Kapital hat uns zu Proletariern gemacht. Wenn das nicht wäre: was wären wir für Kerle! Was so ein Unternehmer, ein Kaufmann, ein Apotheker kann, das können wir auch. Uns fehlt nur die Schule und das Kapital. Alles übrige haben wir von unserer Mutter in genügender Qualität geerbt! Hier aber steht niemandem solche Erklärung zur Verfügung. Hier weiß jeder, daß es gerade an seiner Mutter gelegen hat, und an nichts anderem, daß er sich mit dem gewählten Beruf begnügen muß. Schicksal und Glück. Hätte die Mutter das Glück der Kinder mit einem Seitensprung dadurch korrigiert, daß sie an Stelle des von den Gutsbesitzern seit Generationen als Arbeitstier gezüchteten Philisters einen Mongolen, einen Juden, einen Italiener zum Vater ihrer Kinder auserwählt hätte, dann vielleicht säßen wir da oben und kommandierten. So sagen in ehrlicher Selbsterkenntnis die Lohnarbeiter hier [Rosa Luxemburg zitiert in ihrer Schrift, ohne zu widersprechen, aus Karl Marx: „Das jetzige Geschlecht gleicht den Juden, die Moses durch die Wüste führt. Es muß untergehen, um den Menschen Platz zu machen, die einer neuen Welt gewachsen sind.“ K. M. „Die Klassenkämpfe in Frankreich“]. Und außerdem ist es nicht jedermanns Sache, sich mit den Sorgen des Unternehmers und Kaufmanns zu belasten. Viele dieser Arbeiter hier könnten sich zwar selbständig machen, doch sie wollen nicht. Sie wollen sich nicht mit den Sorgen des selbständig Wirtschaftenden belasten. Der Lohnarbeiter führt eigentlich ein herrliches Leben. Er hat für nichts zu sorgen. Der Unternehmer denkt. Der Lohnarbeiter hat es nicht nötig. Er kann seine geistigen Kräfte schöneren Dingen widmen. Während der Unternehmer nachts über Maschinendefekte, Wechselproteste, Schiffbrüche grübelt, komponiert der Lohnarbeiter Lieder zu einem Hochzeitsfeste. Der

Lohnarbeiter schafft, so lange er Lust hat und so lange er es für nötig erachtet. Dann geht er nach Haus, und an die Fabrik denkt er nur erst am nächsten Morgen, wenn es tuten tut. Er schafft im Stücklohn. Den Aufseher für seine Arbeit hat er also in der eigenen Tasche. Er arbeitet in der Regel acht Stunden und hat dann 16 Stunden des Tages für sich. Er kann dann studieren, spielen, mit den Kindern spazieren gehen und sich immer so viel Ferienzeit ausbedingen, daß er alle Jahre nach Kevelaer und nach Rom und Jerusalem wallfahrten kann. Alle diese gewaltigen Vorteile, die der Lohnarbeiter dem selbständig wirtschaftenden Bauern, Handwerker, Kaufmann und Apotheker gegenüber hat, führen dem Lohnarbeiterstande so gut wie alle geistig rührsamen Menschen zu. Die Dichter, Naturforscher. Astronomen, Chemiker, Geistlichen aller Religionen und Konfessionen, Schauspieler usw., die heute bei uns so viel unter Nervosität und Schlaflosigkeit leiden, arbeiten ihre Stunden am Fließband und sind dann freie Männer, die, gestützt auf ihren Lohn, nun nach keiner Seite Rücksichten und kein Blatt mehr vor den Mund zu nehmen brauchen. Bei der wunderbar monotonen Arbeit am Fließband „ruhen sie von ihrem Denken aus“ und erholen sich von den Strapazen der vorangegangenen wissenschaftlichen Debatten. Kein chemisches Somniferum hat sich je so bewährt wie diese Lohnarbeit am Fließband. Diese gesellschaftliche Mischung hat dem Lohnarbeiterstande das Minderwertige genommen, das ihm bei uns in gesellschaftlicher Hinsicht noch anhaftet. Die Gleichwertigkeit der Begriffe Stumpfsinn und Lohnarbeiter ist hier vollkommen aufgelöst und hat dieser Benennung den bitteren Beigeschmack genommen. Wenn ich mich hier niederließe, würde ich mich auch gleich als Lohnarbeiter anbieten, schon weil ich dort die bessere Gesellschaft zu finden hoffe.

A: Ich habe leider nicht gehört, was Sie sagten, weil ich all die Zeit in all meinen Taschen nach meinen Ausweispapieren gesucht habe. Es muß sie mir jemand entwendet haben. (Pässe, polizeiliches „Führungszeugnis“, Hochschuldiplome, Berechtigungszeugnisse usw.)

B: Machen Sie sich darum doch keine Sorgen. Hier gibt es keine Ausweispapiere und auch kein Zivilstandsregister, das sie ausstellen könnte. Jeder, der Sie sieht, glaubt Ihnen, daß Sie einmal geboren wurden. Wer Ihr Vater war, kann auch das Papier mit Bestimmtheit nicht sagen, und wer Ihre Mutter war, interessiert Sie, sonst nur noch Ihren Schwiegersohn. Hat Sie in Ihrem langen Leben außer der Polizei je einmal ein Mensch nach Ihren Ausweispapieren, nach papierenen Beweisen für Ihre Menschenzugehörigkeit gefragt? Nein, der Verkehr der Menschen, so wie er sich da abspielt in der bürgerlichen Welt, fragt

niemals nach Papieren. Ford beschäftigt 100 000 Menschen und niemals hat er einen einzigen derselben nach Ausweispapieren gefragt. Wer Sie sind, das müssen Sie in der Gesellschaft der Menschen immer erst durch Ihre Taten und Worte zeigen. Trau, schau wem! So sagt das Sprichwort, nicht aber: Laß Dir von jedem die Ausweispapiere zeigen. Sein eigentliches Ausweispapier, das jedem, der mit Menschen zu tun hat, allein maßgebend ist, das trägt jeder auf der Stirn, im Blick seiner Augen. Frauen, die sich nach Ausweispapieren, auch solchen mit goldenem Rande richten, sind immer betrogen worden. Und hier im Physiokratenlande ersetzt erst recht der Eindruck der Person alle Zeugnisse, alle Diplome, alle Berechtigungsscheine, alle Dokortitel.

A: Ich finde, wir täten besser statt hier an der Grenze, will sagen, an den Ausläufern des Physiokratenlandes, zu philosophieren, dort den Autobus zu benutzen und ins Innere des Landes zu dringen, um persönliche Erfahrungen und Eindrücke zu gewinnen.

B: Sie haben recht. Benutzen wir aber die Zeit bis zur Abfahrt, um das Plakat dort zu studieren.

A: Ich denke, wir sind hier in einem Lande mit abgebautem Staat. Wer hat denn hier den Auftrag, Plakate anzuschlagen, und wer bezahlt die Kosten? Und welche Autorität steckt dahinter in einer akkratischen Gesellschaft?

B: Vielleicht gibt uns das Plakat selber darüber Auskunft. Lesen Sie es bitte vor.

A: An Alle! Wanderer, wer Du auch seiest! Bete ein Vaterunser für die Seele des allhier vom Richter Lynch wegen wiederholten Einbruchs erschlagenen Jakob Joseph Peu! Gott sei seiner Seele gnädig.

Wanderer! Merke Dir folgendes: Du stehst hier auf *Deinem* Boden. Niemand hat hier Dir gegenüber noch irgend ein Vorrecht. Die Zustände, die früher die Eigentumsdelikte zu entschuldigen, ja zu rechtfertigen vermochten, die bestehen hier nicht. Auch Gerichte, die die Schädlinge in Schutz gegen die Selbsthilfe des Volkes nahmen, existieren hier nicht. Der Dieb steht hier direkt den Geschädigten gegenüber, und die sind nur selten von psychologischen Erwägungen angekränkelt, wie Du es am Schicksal dieses Jakob Joseph Peu ersehen kannst. Du hast hier, wer Du auch immer seiest, das Recht, Dich mit allen anderen an den regelmäßigen Pacht-Auktionen zu beteiligen und Dir das nötige Land durch Überbietung der anderen zu sichern. Einen Katalog der zur Verpachtung freien Landstellen erhältst Du bei der Sekretärin des Mutterbundes, wo Du, wenn Du Frau und Mutter bist, Dich für den Bezug der Mutterrente anmelden solltest. Du weißt gewiß, daß diese Mutterrenten aus

den Erträgen der Landverpachtungen gespeist werden. Je höher der Wettbewerb das Pachtgeld treibt, umso reichlicher fließen die Mutterrenten.

Bist Du ohne Mittel zum Betrieb einer eigenen Wirtschaft, so wirst Du, falls Du einen einigermaßen vertrauenerweckenden Eindruck machst, wahrscheinlich schon hier am Orte Menschen finden, die Dir ein Darlehen nicht versagen werden. Die Überfüllung der Sparkassen bietet Dir auch eine Gewähr dafür, daß Du bei diesen Anleihen nicht ausgebeutet werden wirst [Daß der Zins lokal nicht verschwinden kann, solange es anderswo noch Zins gibt, wurde an anderer Stelle bereits erwähnt. Der Leser wird gebeten, diese, im Interesse klarerer Darstellung an den Schwindel gemachte Konzession zu entschuldigen.]. Anderenfalls empfiehlt es sich, daß Du Dir zunächst durch Lohnarbeit einen gewissen Fonds beschaffst. Zeigst Du durch Deine Arbeit und Dein sonstiges Verhalten, daß Du ein Kerl bist, so wirst Du Dir bald das Vertrauen schaffen, das zum Genuß des Kredites in diesem Lande nötig ist. Bist Du aber ein Opfer des Alkohols oder anderer Laster, so empfehle ich Dir, es überhaupt nicht erst mit der Selbständigkeit zu versuchen, sondern Dich als Knecht zu verdingen und so lange Knecht zu bleiben, wie Du selbst Knecht Deiner Laster bleibst. Hier sind einige Bauern, die mit solchen Leuten umzu-gehen verstehen. Bei einem derselben wirst Du sicher Arbeit finden. Merke Dir aber ein für allemal: Hier sieht man im Notzustande (Unglücksfälle ausgenommen) immer nur Selbstverschuldung. Liegst Du betrunken im Straßengraben, so bleibst Du darin liegen und magst im Graben erfrieren. Lies die Inschriften auf dem Friedhof. Du stehst auf Deinem Boden und niemand fühlt Dir gegenüber noch das geringste Verantwortungsgefühl. Die Frage, die bereits Kain stellte:

Soll ich meines Bruders Hüter sein? wird hier allgemein verneint. Merke Dir das. Sorge für die Tage des Alters, der Krankheit, der Arbeitsunfähigkeit, des Unglücksfalles. Dein Arbeitsertrag reicht aus für die Finanzierung solcher Sorgen. Betteln bringt zumeist wenig ein. Verschaffe Dir Freunde, gute Freunde dadurch, daß Du ihnen hilfst, wenn sie in Not geraten, so werden sie Dir auch helfen. Solche auf Freundschaft basierte Versicherung halten manche für die sicherste.

Also nochmals: einen zum Verbrechen treibenden Notstand anerkennen wir nicht, und der Geschädigte ist der Exekutor der von den Nachbarn über Dich verhängten Strafe. Überlege, was das heißt, ehe Du es wagst. Der Friedhof ist hier das einzige Gefängnis in diesem, in Deinem Lande. Lies die Inschriften auf den Grabsteinen. Merke es Dir also, präge es Dir ein: Es gibt hier keine soziale Fürsorge, keine Arbeitslosenunterstützung,

keine Herberge für Obdachlose, keine Schutzhaft. Sorge also für Dich, so wird Gott für Dich sorgen.

Weil ich als der nächste Nachbar oft durch Fragesteller von meiner Arbeit abgehalten werde, habe ich dies hier niedergeschrieben.

Konrad Schmid, Wegemeister.

B: Wie schmeckt Ihnen diese Moral? Gewiß, es klingt ja ein bißchen derb. Aber auf den Erfolg kommt es an, genau wie in der Natur. Wir verabscheuen den rohen Kampf ums Dasein, der in der Natur sich abspielt – und bewundern seine Wirkung: Die sogenannte Wohltätigkeit erweist sich aktiv wie passiv als gleich verderblich.

A: Ich meine, die gegenseitige Hilfe in der Not weckt und entwickelt sehr wertvolle Triebe im Menschen. Durch diesen nachdrücklichen und wiederholten Hinweis auf die Selbsthilfe dürften doch die genannten Triebe in gefährlicher Weise verkümmern. Denken wir hier an einen Schiffbruch, an einen Theaterbrand und, in erweitertem Maßstab, an eine neue Eiszeit, einen Weltkrieg.

B: Ich glaube, Sie haben den Inhalt des Plakates etwas mißverstanden. So weit ich es verstehe, wird hier nur auf die Abwesenheit jeder öffentlichen Fürsorge durch uniformierte Beamte auf Kosten der Steuerzahler hingewiesen. Sonst wird niemandem hier verwehrt, den Bedürftigen beizustehen. Wie ist es denn bei uns gewesen? War da das Betteln z. B. nicht polizeilich verboten? Doch nur deshalb, weil es den Bettlern trotz öffentlicher Fürsorge zu viel einbrachte nach Ansicht neidischer Behörden. Man mußte also dort polizeilich die natürlich fließende Mildtätigkeit künstlich eindämmen. Ich kann aber nicht annehmen, daß, wenn bei uns die Mildtätigkeit trotz der großen Anzahl von Bedürftigen als zu reichlich fließend verboten wurde, sie hier, wo es nur wenige Bedürftige gibt, sich nicht in einem für unser menschliches Empfinden mehr als ausreichendem Maße zeigen muß. Namentlich auch darum, weil die Abwesenheit jeder öffentlichen Fürsorge den sozialen Trieb steigern muß. Ich glaube darum, daß gerade hier die gegenseitige Hilfe am kräftigsten sich zeigen muß. Wie man das übrigens überall dort beobachten kann, wo der Mensch infolge Abwesenheit aller staatlichen Hilfe auf Gegenseitigkeit angewiesen ist. Was Kropotkin von der gegenseitigen Hilfe in der Natur sagt, gilt auch für den Menschen. Aber noch etwas sehr Wichtiges ist hier zu beachten. Dadurch, daß der Boden hier allen Menschen zu gleichen Bedingungen zur Verfügung steht, ist hier für die Bekämpfung der Not schon tausendmal mehr getan worden, als die Staaten allzumal getan haben. Die öffentliche Fürsorge unterhielt die Not, aber sie beseitigte sie nicht. Das Massenelend soll hier unbekannt sein. Und der Anblick

dieses Massenelends, dem gegenüber der Einzelne sich vollständig ohnmächtig fühlen mußte, der war es, der uns abstumpfte und verrohete. Der Mensch hilft sich beim Anblick einer Not, die er nicht abwenden kann, dadurch, daß er sie verneint und die Augen schließt, oder an den großen Mann, den hilflosen Staat appelliert. Ohne den Glauben an die Allmacht des Staates hätten wir ganz bestimmt den Armen schon längst in der grundsätzlichen Weise geholfen, wie es hier geschehen ist.

A: Das ist möglich. Aber was sagen Sie zu den Lynchurteilen, zur Volksjustiz, auf die das Plakat hinweist? Wo bleibt da die Gewähr, daß Strafe und Verbrechen im richtigen Verhältnis stehen? Ist nicht zu befürchten, daß hier Todesurteile gesprochen werden, wo bei uns höchstens Gefängnisstrafen verhängt werden? Und die vielen Fehlurteile, die hier von den Laienrichtern zu erwarten sind!

B: Im Plakat ist nirgendwo von Strafe die Rede. Der Begriff Strafe entstammt religiösen, vornehmlich christlichen Vorstellungen. Der Mensch kann, so glaubt man, tun und lassen, was er will und ist darum verantwortlich. Wir wissen aus unserer Justizpflege, wieviel Mißbrauch mit dieser Verantwortung und moralischen Bewertung der Verbrechen getrieben wurde. Zwar das Plakat erbittet vom Wanderer ein Gebet für die Seele des erschlagenen Verbrechers. Es stellt sich damit auf den Boden der christlichen Moral. Aber es mißbilligt auch das Lynchurteil nicht, denn sonst müßte es die Wanderer auch auffordern, ein Vaterunser für den Richter zu beten. Richter *Lynch* bezeichnet seine Urteile als Sicherung der Gesellschaft, nicht als Strafe, als moralische Sühnung. Seine Urteile setzen also den freien Willen, die Verantwortung nicht voraus. *Lynch* macht keinen Unterschied zwischen gemeinen und politischen Verbrechen. Beide sind der Gesellschaft gefährlich, und er behandelt sie aus diesem Grunde auch gleich. Wird bei solchen Verfahren ein Unschuldiger gehenkt, so sagt *Lynch* auch nicht, daß ihm Unrecht geschehen, sondern, daß ihm ein Unglück zugestoßen sei. Zwischen Urteil und Verbrechen wird es nie ein „richtiges“ Verhältnis geben, wie man die geistige Verfassung des Verbrechers und des urteilenden Richters niemals auf eine Stufe stellen kann. Hier kann nur die Frage gestellt werden: wie schützen wir uns vor den Taten des Verbrechers? Man kann hier die Verbrecher nicht ausweisen, denn die Physiokraten kennen keine Landesgrenze. Man kann sie auch durch Freiheitsstrafen nicht unschädlich machen, denn hier gibt es keine Gefängnisse. Was soll *Lynch* also tun? Er macht die Verbrecher unschädlich, so gut er es vermag. Die Natur der Dinge läßt ihm nur sehr wenig Spielraum in der Wahl der Mittel. Aber, daß jeder sein Leben und sein Eigentum wirksam

zu schützen sucht mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, das ist doch selbstverständlich. Das beste ist in dieser Hinsicht, wie bei den Seuchen, die vorbeugende Taktik, und diese haben die Physiokraten mit mustergiltigen Mitteln geübt. Bei uns treibt die Not zum Verbrechen, die Not, die ein Produkt unserer sozialen Einrichtungen ist. Lynch tötet die Verbrecher oder er läßt sie laufen. Bei uns sperrt man sie ein, oft lebenslänglich. Humaner scheint mir Lynch zu sein. Würde man die Zuchthäusler auf ihrem Totenbette nach einer solchen lebenslänglichen Zuchthausstrafe fragen, sie würden alle sagen: ach, hättet ihr mich doch damals gleich gelyncht.

A: Was Sie da sagen, befriedigt mich nicht. Es müssen Mittel gefunden werden, durch die man den Verbrecher unschädlich machen kann, ohne ihn zu peinigen und zu töten.

B: Und ohne daß wir der Verbrecher wegen genötigt sind, den Staat, den wir abbauten, mit Einsetzung von Richtern, Zuchthäusern, Scharfrichtern wieder zu errichten. Es hätte doch keinen Sinn, der Verbrecher wegen durch die Neuerichtung des Staates ein ganzes Volk zu Verbrechern zu machen. Doch da tutet der Autobus. Es ist Zeit zur Abfahrt.

Der *Postillion*: Meine Herren, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß hier niemand verantwortlich ist für irgend einen Unfall, der den Reisenden zustoßen könnte. Ich versichere aber die Reisenden gegen Unfall nach dem hier aufgehängten Tarif. Ich bemerke jedoch, daß die Straßen gut unterhalten sind, und daß bisher kein ernsthafter Unfall vorgekommen ist. Wer Vertrauen zu mir als Fahrer hat, der steige ein. Wer mir dies Vertrauen versagt, der mag mit meinen Konkurrenten den Versuch machen.

B: Eine Frage: Wer garantiert für die Tragfähigkeit der Brücke, die dort über den Abgrund führt?

Der *Postillion*: Das Heft dort, das der Mutterbund herausgegeben hat, wird Ihnen Aufschluß geben. Ich fahre jetzt los.

A: Donnerwetter, wie der Kerl fährt! Alle Achtung vor den Straßen, die solche Schnelligkeit gestatten. Die Fahrt geht ja ohne Erschütterung.

B: Man kann hier ganz gut lesen. Lesen Sie uns das Heft des Mutterbundes vor.

A liest: Propagandaschrift des Mutterbundes für die Erhöhung der Mutterrenten durch Erhöhung der Grundrenten auf dem Wege der Einwanderungsförderung. Neuling in diesem Lande! Du wirst manche Einrichtungen in diesem Lande antreffen, die Dir als Produkte irgend eines öffentlichen Wohltäters oder gar eines Wohlfahrtsministers erscheinen werden, und als empfindsamer Mensch, der sich von Wohltätern nichts schenken lassen will, wirst Du vielleicht Hemmungen haben,

die genannten Einrichtungen zu benutzen. Beruhige Dich und greife tapfer zu. Die erwähnten Einrichtungen verdanken ausschließlich dem Geschäftssinn des Mutterbundes ihr Entstehen. Die Brücke, die da gebaut wird, und die 3 Millionen kosten wird, und mit der Du sorglos über den Abgrund wirst schreiten können, die finanziert der Mutterbund mit den Mitteln aus der Grundrente mit dem Hintergedanken, daß die durch die Brücke dem Verkehr erschlossenen Ländereien an erhöhten Pachtgeldern die Kosten der Brücke in kurzer Zeit decken werden. Und daß diese Spekulation richtig war, zeigt der Umstand, daß die Pachten jener Ländereien schon jetzt vor der Fertigstellung der Brücke ganz gewaltig in die Höhe geschossen sind. Allem Anschein nach wird uns der Bau der Brücke nach Tilgung der Baukosten eine Erhöhung der Mutterrente von mindestens 20% ermöglichen. Die Entwässerung des großen Sumpfes im Süden, die 10 Millionen gekostet hat, brachte diese Kosten bereits in vier Jahren ein und gestattet uns heute eine Zugabe zur Mutterrente von jährlich $2\frac{1}{2}$ Millionen. Die Automobilstraße, auf der Du hier fährst, ist ebenfalls vom Mutterbund geplant, gebaut und finanziert worden, und obwohl die Benutzung allen Ankommenden völlig kostenlos ist, erweist sich die Sache für die Mutterrente als außerordentlich lukratives Geschäft. Dasselbe ist der Fall mit den zahllosen Schutzhütten im Gebirge, mit den Aufforstungen auf den Halden, mit dem großen Schifffahrtskanal, mit den zahllosen Meliorationen, Planierungen, Fels-sprengungen, Feldwegen usw. Die Heide, die Sümpfe, das Unland lassen wir mit Sparkassengeld, das uns zinsfrei zur Verfügung gestellt wird, in fruchtbares Land umsetzen und verpachten es dann an die Interessenten. Mit den Pachtgeldern zahlen wir zunächst das Sparkassengeld zurück, und von da ab fließen diese Gelder in unsere Mutterrentenkasse. Du siehst also, Fremdling, daß es sich hier nicht um Wohltätigkeit handelt.

Die Erfahrung zeigt, daß die Grundrenten mit der Dichtigkeit der Bevölkerung steigen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die dichte Bevölkerung eine rationellere Betriebsweise in den Industrien und in der Landwirtschaft ermöglicht, die wiederum das Arbeitsprodukt mehrt, es manchmal verzehnfacht. Dieses Plus liefert die Mittel für die Zahlung der erhöhten Grundrenten. So suchen wir also durch Heranziehung von Menschen aus allen Teilen der Welt die für die Rationalisierung der Betriebe nötige Volksdichte zu schaffen, um auf diese Weise größere Grundrenten und durch sie erhöhte Mutterrenten zu ermöglichen. Gewaltige, uns heute noch als Phantastereien erscheinende Projekte zur Erhöhung der Grundrenten und der Volksdichtigkeit liegen vor – alles diktiert durch den Wunsch, unsere Mutterrenten zu mehren.

Säume also nicht, Dich zu erdreisten! Benutze alle öffentlichen Einrichtungen, wie wenn sie unmittelbar von Dir bezahlt worden wären.

B: Wie wohltuend diese Offenheit doch wirkt und absticht gegenüber den Heucheleien in unserem Lande. Und wie schnell diese Frauen hier, wo niemand ein Interesse mehr daran hat, die Wahrheit zu verdunkeln, in das Innerste des Grundrentenproblems gedrungen sind. Wie erfinderisch waren die „Wissenschaftler“ in der Aufstellung sophistischer Lehren, wenn es sich darum handelte, das Wesen der Grundrente vor den Augen des Volkes zu verhüllen. Niemals ist so viel gelogen worden wie bei solchen Gelegenheiten. Erinnern Sie sich der Kämpfe um die sogenannten Schutzzölle? Welch schamloser Betrug das doch war.

A: Welch tiefen Blick mir dieses Flugblatt in das Wesen der politischen Kämpfe in unserem Staat erschlossen hat! Freilich, ich sehe auch, daß es auch hier nicht ohne politische Kämpfe gehen wird. So sehe ich z. B. hier, daß der Plan debattiert wird, zur Heranziehung mohamedanischer Einwanderer in der Hauptstadt eine gewaltige Moschee mit einem Baukostenanschlag von über 2 Millionen zu errichten. Auch dieser Plan geht vom Mutterbunde aus. Ich kann mir vorstellen, daß z. B. der Wegemeister, der uns in seinem Plakate aufforderte, ein Vater-unsere für den erschlagenen Peu zu beten, der also ein gläubiger Katholik ist, seine Frau bearbeiten wird, damit sie aus religiösen Gründen gegen das Projekt stimmt. Im Mutterbund werden solche Pläne doch auch nur durch Majoritätsbeschlüsse ausgeführt. Und der Weg von einer Zwei-Millionen-Moschee bis zu einer entsprechenden Erhöhung der Mutterrente mag doch für die meisten Frauen ein recht dunkler sein.

B: Solche Kämpfe werden selbstverständlich hier nie fehlen, und es ist auch gut, daß das Leben ein ewiger Kampf bleibe. Das Besondere und Erfreuliche scheint mir aber hier der Umstand zu sein, daß wenigstens niemand ein Interesse an der Verdunkelung der finanziellen Auswirkung solcher Pläne haben kann, denn alle, ohne Ausnahme, haben ein Interesse an der Erhöhung der Mutterrente, an der Klärung der Zusammenhänge beim Grundrentenproblem. Es wird hier im Mutterbunde gewiß nur wissenschaftlich, sachlich debattiert werden. Und das nimmt den politischen Streitigkeiten dann den Stachel. Denken Sie, wo wir heute wären, wenn von jeher dieselbe offene, ehrliche Sprache wie im Flugblatte des Mutterbundes überall in unserem Lande gesprochen worden wäre? Die an der Verdunkelung der Wahrheiten wirtschaftlich Interessierten schaden der Menschheit tausendmal mehr als alle Kriege, alle Seuchen. Hier

sitzt der Feind. Aber dieser Moschee-Plan interessiert mich. Es ist doch allerrhand, wenn ein Mutterbund in einem überwiegend christlichen Lande aus Geschäftsgründen den Plan eines Moschee-Baues ventilirt, ja überhaupt, daß die Frauen auf solche Ideen kommen können. Wie großzügig diese Frauen sich über die religiösen Hemmungen hinweggesetzt haben müssen. Es zeigt sich wieder, wie recht Sancho Panza hat, wenn er sagt:

Es wächst der Mensch mit seinen höheren Dividenden, auch wenn sie sich in Gestalt von Mutterrenten präsentieren.

A: Wir sind ja schon am Ziel. Über 200 km Geschwindigkeit. Fabelhaft! Das ist nur möglich bei einem tadellosen Zustande der Straßen. Eine schöne Reklame für die Akratie. Sagen Sie, Herr Postillion, wo können wir unser Geld wechseln?

Postillion: Auf dem Wege zur Garage kommen wir an der Börse vorbei. Dort werden Sie das Wechselgeschäft am ungerupftesten erledigen können. Die Mutterrentenkasse, die unser Geld herausgibt und verwaltet, hat dort ein Büro, wo Sie das Geld zum Börsenkurse ohne Aufschlag wechseln können. Direktor Mc Kenna, Propaganda-Chef für die Mutterrentenwährung, die *Muwa*, wird Ihnen auch zuvorkommend jede Auskunft geben. Ihm haben wir unser jetziges einheitliches Geldwesen zu verdanken, das Geld der Mutterrentenkasse, das alle anderen, auch die fremden Geldsorten aus dem Felde geschlagen hat. Alle Preise werden in Muwa berechnet, alle Zahlungsverträge in Muwa abgeschlossen, weil die Erfahrung zeigt, daß von allen Geldsorten der Welt dieses am besten verwaltet wird, d. h. am besten währt. Sie haben gewiß schon davon gehört, daß unsere Muwa sich auch bereits in Amerika und in Neuseeland eingebürgert hat. Um sich vor den Verlusten zu schützen, die von den Schwankungen der Goldwährung zu befürchten sind, verlangen die amerikanischen Geldgeber schon vielfach Abschluß der Zahlungsverträge in Muwa. Sie halten unsere Muwa für sicherer als den Dollar, der weder theoretisch noch legislatorisch fundamntiert ist, und von einer Clique von Personen verwaltet wird, die an möglichst großen und häufigen Börsendifferenzen interessiert sind. Die Erfolge, die unsere Muwa bis jetzt im Wettbewerb mit anderen Währungen davongetragen hat, haben Mc Kenna veranlaßt, eine *interkontinentale Währungskonferenz* einzuberufen zur Schaffung eines Weltgeldes auf Grundlage der hier gewonnenen theoretischen Erkenntnisse und der bereits gemachten praktischen Erfahrungen.

A: Phänomenal! Ich muß gestehen, diese Entwicklung bleibt mir völlig unverständlich. Hier ein abgebauter Staat ohne exekutive Gewalt, ohne Regierung und Autorität, *wo das Faustrecht wieder eingeführt ist*, und wo ein von Frauen verwaltetes Privatgeld umläuft, sich

Weltkredit verschafft, ein Geld, das, wie ich höre, völlig ungedeckt ist, dessen Inschrift nicht einmal ein Zahlungsverprechen enthält und sich in den lakonischen Worten erschöpft:

„100 Muwa“, und solches Geld, solcher Papierfetzen schlägt im freien Wettbewerb den zu 150% gedeckten Dollar! Das verstehe ich einfach nicht. Dieser Widersinn zerreißt meine theoretische Seele.

B: Ich weiß nicht, warum die Muwa nicht mit dem Dollar siegreich konkurrieren könnte? Was der Staat für das Geldwesen bedeutet, das haben wir doch empfindlich genug in unserem Lande, in ganz Europa erlebt. Die Verwaltung der Wahrung lag in den Händen von Beamten. Staatsbeamten, faulen, unfähigen Staatsbeamten, die an nichts anderes dachten, als sich im Amte zu erhalten, und die Fahne nach dem Winde drehten, die Jahrzehnte lang die übernommene Aufgabe seelenlos erfüllten, ohne je das Bedürfnis zu empfinden, sich wissenschaftlich Klarheit darüber zu verschaffen, was sie eigentlich taten. Das war der Staat. Und die Deckung? Wir wissen es ja, unser Geld war vorschriftsmäßig gedeckt, und nichts hat diese Deckung genützt. Gleich als es losging, mußte die Deckung gesperrt werden, wenn durch die Hamsterung der Deckung und die entsprechende Einäscherung des Papiergeldes unser Land nicht völlig von Geld entblößt werden sollte. Nicht das gedeckte, sondern gerade das ungedeckte Geld hat während des ganzen Krieges den Geldverkehr aufrechterhalten [Zum Verständnis dieser Dinge muß man wissen, daß die Notenbanken im System der Dritteldeckung für jede ihnen zur Einlösung vorgezeigte Note drei Noten gleichen Betrages durch Krediteinschrnkungen einziehen müssen.]. Was wäre damals geschehen, wenn wir statt Banknoten nur Münzen, goldene Münzen im Verkehr gehabt hätten? Wäre da der Geldverkehr nicht vollkommen durch die Goldhamsterer lahmgelegt worden? So erscheint die Deckung nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich. Deckung! Die Deckung des Geldes, das sehe ich jetzt klar, muß in etwas bestehen, das mehr ist als Gold. Geld ist Menschenwerk, aus Menschen muß somit die Deckung bestehen. Hier sehen Sie auf dieser Geldnote die Unterschrift eines Chinesen, Li Shang Hu. Die Chinesen sind weltberühmt als Kassenführer wegen ihrer unerschütterlichen Treue. Auf die tote Deckung durch Gold haben die Muwa-Frauen kein Gewicht gelegt, umso mehr Gewicht aber auf die Personen, denen sie die Verwaltung ihres Geldes anvertrauen. Im kugelrunden Kopf dieses Li Shang Hu hat Untreue und niedere Gesinnung keinen Raum, und ich würde auf das bloße Gesicht dieses Mannes immer mehr Vertrauen setzen als in die 150% Deckung des Dollars. Das Geld ist das Spiegelbild des Menschen.

Wie der Mensch, so das Geld. Li Shang Hu als Kassenführer und Mc Kenna als führender Theoretiker, das genügt mir. Ich trage nicht das geringste Bedenken, unser Reisegeld gegen Muwa umzutauschen. Mit der Indexwährung, die hier gilt, steht die Währung übrigens unter unmittelbarer Kontrolle des ganzen Volkes. Sobald irgendwie an der Währung gepusht werden würde, müßte sich das sofort an den Preisen der Waren zeigen, und ein allgemeines Geschrei wäre die unmittelbare Folge. Steigen die Preise, so sind es die Konsumenten, die schreien, und fallen sie, so heulen die Produzenten. So bleibt nichts anderes übrig, als den Index festzuhalten. Und hinter Li Shang Hu und Mc Kenna steht der Bund der Mütter, die kein Interesse daran haben können, daß durch Inflation die für die Mutterrente bestimmten Pachtgelder verwässert werden, oder daß durch Deflation die Pachtgelder gedrückt werden. Hier steht das Gesamtinteresse der Frauen wie eine Mauer zum Schutze der Indexwährung, und da diese Interessen ewig die gleichen bleiben müssen, so ist hier die Ewigkeit in der Währung verankert. Wie lächerlich erscheint hier gegenüber diesen ewigwährenden Menscheninteressen das Häufchen Gold, das dem Dollar als Deckung dient? Gold, das durch den Zufall der Goldfunde und wissenschaftlicher Entdeckungen jeden Augenblick kaufmännisch ausgehöhlt werden kann! *Der Mensch deckt die Währung, versagt er, so hilft auch keine stoffliche Deckung!*

A: Aber vergessen Sie doch nicht, daß wir hier im Lande des Faustrechtes sind, in einem abgebauten Staat. Mit welcher Autorität konnte denn dieser Mc Kenna die interkontinentale Währungskonferenz einberufen? Welcher Staat wird denn auf solche Einladung eines Privatmannes reagieren? Wer schützt z. B. die Muwa-Noten vor Fälschungen? Das Land ohne Strafgesetze und Strafrichter, ohne Gefängnisse und Zuchthäuser muß doch die Falschmünzer der ganzen Welt anlocken.

Postillion: Über diese letzte Frage kann ich Ihnen Auskunft geben. Wir hatten allerdings anfänglich viel unter der Falschmünzerei zu leiden. Namentlich wurden die fremden Metallmünzen sehr oft gefälscht. Es gab hier Münzen von 900, 500, 255 Promille fein. Das hatte zur Folge, daß niemand mehr Metallgeld annehmen wollte, weder echtes noch unechtes. Der Verkehr konzentrierte sich immer mehr auf die von den Banken ausgegebenen Noten (Sichtwechsel), die entweder ganz falsch oder ganz echt sind, und deren Echtheit nicht mit der Waage, mit Prüfstein und mit Säuren festgestellt zu werden braucht. Immerhin fehlte es auch nicht an falschen Banknoten. Als aber dann auf Mc Kennas Betreiben die Muwa gegen jede Fälschung garantiert wurde, indem an der Muwa-Kasse alle falschen

Noten gegen echte anstandslos ausgetauscht wurden, da wurden die fremden Noten, bei denen solche Garantie fehlte, völlig durch die Muwa verdrängt. Und als dann Mc Kenna noch die Neuerung einführte, daß die Überbringer falscher Noten *prämiiert* wurden, daß z. B. jeder, der das erste Exemplar einer neuen Falschemission zur Kasse bringt, dort den zehnfachen Betrag der Note ausgezahlt bekommt, da war es mit der Falschmünzerei ganz aus.

A: Das verstehe ich wieder nicht. Wenn jeder Fälscher an der Kasse den zehnfachen Betrag ausgezahlt bekommt, in einem Lande, wo es außerdem keine Zuchthäuser gibt, so muß das doch die Falschmünzerei geradezu herausfordern.

B: So sieht es allerdings auf den ersten Blick aus. Aber ich nehme an, daß der Überbringer der Falschnote auf der Kasse gewisse Auskünfte geben muß, Auskünfte, die den Fälscher gewiß davon abhalten werden, persönlich die Noten zur Kasse zu bringen. Die Auskünfte aber, die der Vorzeiger der falschen Note gibt, müssen unbedingt auf die Spur der Fälscher führen, weil jeder sich beeilt, die Falschnote zur Kasse zu bringen, um der erste zu sein, denn nur der erste erhält, wie ich als selbstverständlich annehme, die gehobene Prämie von 1000%. Bei uns laufen die Falschnoten subreptiziell von Hand zu Hand, indem jeder danach trachtet, anderen den Schaden aufzubürden. So laufen die Falschnoten oft monatelang, ehe sie irgendwo an einer öffentlichen Kasse festgehalten werden. Dann natürlich ist es unmöglich, die Quelle bloßzulegen. Hier ist nun umgekehrt das Interesse des Publikums in den Dienst der Entdeckung der Falschmünzer gestellt. Wenn nun noch der Falschmünzer mit dem Faustrecht, mit der Rache des ganzen Volkes zu rechnen hat, namentlich mit der der Frauen, die die Währung als ihre Angelegenheit betrachten, so kann ich mir vorstellen, daß es den Falschmünzern hier ganz besonders unheimlich zumute sein muß. Was aber geschieht hier mit den Falschmünzern, die ertappt werden?

Postillion: Darüber gibt Ihnen die Inschrift der *Muwa* Auskunft. Ich lese vor: Dieses von den Müttern des Landes ausgegebene und verwaltete Geld wird dem Schutze des Publikums empfohlen. Fälscher haben mit der Möglichkeit zu rechnen, daß sie es mit dem Richter Lynch zu tun haben werden. Auf dem Büro der Muwa wird dem Fälscher das Wort „Fälscher“ in zehn Sprachen auf Stirn und Hände tätowiert. Außerdem hat er die Falschnoten mit den hier dafür bezahlten Prämien mit echten Noten einzulösen. – Hier kommt übrigens Direktor Mc Kenna. Ich empfehle mich.

Mc Kenna: Guten Morgen, meine Herren, schon lange hatte ich den Wunsch, mich mit Ihnen über Fragen der Wäh-

rungepolitik zu unterhalten. Ich kenne Sie aus Ihrer Schrift „Das Problem des deckungslosen Papiergeldes“. Sie haben gewiß von meinem Projekt einer interkontinentalen Währungs- und Valutakonferenz, die sich mit der Schaffung einer deckungslosen Weltwährung beschäftigen soll, gehört. Sie werden verstehen, daß ich das Bedürfnis empfinde, mich über die weitreichenden Wirkungen einer solchen Währung mit einem so angesehenen Fachmanne zu unterhalten. Sie haben gehört, daß die Midlandbank beschlossen hat, Pfandbriefe in unserer *Muwa-Währung* auszugeben, weil das englische Publikum unserer privaten Währungspolitik mehr Vertrauen entgegenbringt als der offiziellen englischen Pfundpolitik, die den Kapitalisten zur Zeit zu stark mit der Kohlenstreik- und Chinapolitik belastet zu sein scheint. Auch die Südafrikanische Union trägt sich neuerdings mit dem Gedanken einer Muwa-Anleihe, weil die Kapitalisten heute dem Gold viel Mißtrauen entgegenbringen. Sie wissen doch, wie die mit dem Automobil möglich gewordene plötzliche Erschließung der Wüstengebiete in Asien, Afrika, Arabien, Australien und Amerika die Entdeckung neuer, vielleicht großer Goldfunde erwarten läßt, weil in den Wüstengebieten die Erzadern nicht mit der Pflanzennarbe bedeckt sind. Diese Tatsachen entschleiern doch ein sehr dringendes Bedürfnis nach einer von jeder Politik und jedem Zufall unabhängigen Basis für langfristige Zahlungsverträge. Daß aber ausgerechnet das von einem Privatinstitut in einem abgebauten Staat wie dem unseren ausgegebene Geld als Grundlage solcher Geschäfte auserkoren wird, finde ich reizend.

B: Vielleicht liegt in diesen Entschließungen der Südafrikanischen Union und der Midlandbank eine Sympathiekundgebung für die Frauen dieses Landes, die sich so tapfer und fortschrittlich erweisen. Vielleicht ist es eine Kundgebung zu Gunsten des Staatsabbaues.

Mc Kenna: Vielleicht beides und dazu das Bedürfnis nach einer wirklichen Währung. Was wir hier unternommen haben, der Abbau des Staates, die Mutterrenten, die Indexwährung, das Freigeld, es sind alles Forderungen, die in der Luft liegen, und die sich früher oder später in der ganzen Welt durchsetzen werden. Ce n'est toujours que le premier pas, qui coûte. Wir haben diesen ersten Schritt gewagt, aber nun drückt mich etwas das Verantwortungsgefühl, und ich habe das Bedürfnis, die Verantwortung mit anderen zu teilen.

B: Ich verstehe. Was heute Midland und Südafrika tun, das kann morgen in Amerika, in Australien, in der ganzen Welt Mode werden. Alle Finanzminister können schließlich ihre Budgets auf Muwa-Währung einstellen, und dann ruht die ganze finanzielle Welt auf der Unterschrift von Li Shang Hu.

Mc Kenna: Wenn es allein auf Li Shang Hu ankäme! Am stärksten ist der Brave ja immer allein. Aber Li Shang Hu arbeitet nach den Ergebnissen der in unserem Büro geführten Preisstatistik. Von der Führung dieser Statistik hängt alles ab, wie die Arbeit des Steuermannes vom Kompaß. Li Shang Hu ist der Steuermann, den Kompaß liefern andere. So verteilt sich die Verantwortung, wodurch ihre Wirksamkeit selbstverständlich nicht gestärkt wird. Und man kann sich vorstellen, wie die an Inflation und Deflation interessierten Börsenkreise unser statistisches Büro umlagern würden, um die Beamten zu bestechen, falls die *Muwa* zur Weltwährung würde. Für die Unbestechlichkeit unseres Mongolen lege ich die Hand ins Feuer. Darum möchte ich unser statistisches Büro unter Kontrolle, unter Weltkontrolle stellen. Diesem Zwecke sollen die interkontinentale Konferenz und die dieser Konferenz vorzulegenden Vorschläge dienen. Mein Vorschlag geht dahin, ein unter der Kontrolle aller Staaten stehendes Weltindex-Büro zu schaffen, das allen Staaten eine gleichmäßige Grundlage für die Währungspolitik liefert.

B: Ich verstehe Sie nicht recht. Liegt nicht ein Widerspruch darin, daß Sie einerseits, von der Größe Ihres Vorhabens übermannt, die Verantwortung nicht allein tragen wollen, andererseits aber wieder diese Verantwortung mit einer von Staatsregierungen geschaffenen Instanz teilen wollen, von den Regierungen also, deren Einfluß auf die Währung die Wirtschaft von Katastrophe zu Katastrophe geführt hat? Sagen Sie: Mindert oder mehrt dieser neue Appell an die Regierungen die Gefahren für die Währungen? Wie können Sie aber von einer Mehrung der Gefahren eine Beruhigung für Ihr Verantwortungsgefühl erwarten? Die Verantwortung wollen Sie mit anderen teilen. Gut! Wird denn hier durch Teilung der Verantwortung das Verantwortungsgefühl etwa größer, wirksamer werden? Ein Mann ist immer mehr als zwei, viel mehr als hundert und mit tausend Mann gar nicht mehr zu vergleichen. *Senatores, boni viri, Senatus autem mala bestia.*

„Jeder, siehst du ihn an, ist leidlich klug und verständig. Sind sie in corpore, gleich wird dir ein Dummkopf daraus. Ehret ihr immer das Ganze, ich kann nur Einzelne achten: Immer im Einzelnen nur hab ich das Ganze erblickt.“

Und ich glaube, daß Sie in diesem Punkt mit Schiller einer Meinung sein werden. Die Klugheit muß man durch die Zahl der Menschen, aus denen sie hervorgehen soll, dividieren. Die Dummheit muß man dagegen mit ihr multiplizieren.

So sagt Sancho Panza. Wenn Havenstein nicht von seinem Direktorium umgeben gewesen wäre, ich glaube, er hätte dem Wahnsinn widerstanden. Warum also die Verantwortung teilen wollen?

Trug Atlas nicht ganz allein die physische Welt? Warum sollen Sie nicht imstande sein, die *finanzielle Welt* auf Ihren Schultern zu tragen? Noch dazu, wenn Ihnen ein so ausgezeichnete Charakter wie Li Shang Hu zur Seite sieht und es sich obendrein um ein so klares und durchsichtiges Ding handelt wie die Indexwährung, an der die geringste Abwegigkeit sofort vom ganzen Volk wahrgenommen wird? Ihre Währung hat sich bewährt. Sie währt jetzt schon eine Reihe von Jahren. Sie hat sich das Vertrauen weithin erworben und ist auf dem Punkte, sich die Welt zu erobern. Dem Beispiel Midlands und Neuseelands werden andere Länder folgen. Und in dem Maße, wie das geschieht, gewinnt Ihre Währung an Ansehen. Schaffen Sie meinetwegen aus Reklame, um auf die Unerfahrenen Eindruck zu machen, einen Aufsichtsrat aus den angesehensten Männern dieser Welt. Wenn Sie für einen solchen Aufsichtsrat den Papst, den Professor Einstein, Copernikus, Newton und Giordano Bruno gewinnen können, dann können Sie damit rechnen, daß alle Kapitalisten der Welt die Muwa für ihre Finanzgeschäfte vorziehen werden. Wenn sich aber die Muwa so privatim einmal eingebürgert hat, dann werden die Regierungen der Staaten bald folgen und die Muwa als gesetzliches Zahlungsmittel in ihren Ländern erklären. Sobald sich die Beamten der Staatsregierungen auf irgendeine Autorität berufen können, dann machen sie mit. Der Beamte will keinerlei Verantwortung tragen. Und diese nehmen Sie den Beamten, wenn Sie in Gestalt eines Aufsichtsrates eine Autorität schaffen, auf die die Beamten sich beziehen können. Bis dahin war es die Theorie der Goldwährung, unter deren Schutz und Schirm sich die Beamten flüchteten. Seitdem diese Theorie selber schutzlos geworden ist, suchen die Beamten nach neuen Autoritäten, nach einem neuen Schutzengel. Die Lage ist also außerordentlich günstig für Ihr Unternehmen. Drum:

Säume nicht, dich zu erdreisten,
 Wenn die Menge zaudernd schweift,
 Alles kann der Edle leisten,
 Der versteht und rasch begreift.

Ich habe mich all die Jahre viel mit dem Problem der Währung im abgebauten Staat beschäftigt und kam zu dem Ergebnis, daß der Abbau des Staates geradezu Voraussetzung ist für die Sicherung der Währung. Hier bei Ihnen, nicht bei den Staatsregierungen, die Sie anrufen wollen, sind die Voraussetzungen für eine ewige Währung erfüllt. Folgen Sie darum der kecken Aufforderung Goethes, packen Sie zu! Schaffen Sie, *Mc Kenna*, die Weltwährung, das Weltgeld! Sie kennen den Vorschlag der *internationalen Valuta Assoziation*. Es ist das Vernünftigste, das je vorgeschlagen wurde. Nehmen

Sie diesen Vorschlag zur Grundlage für *Ihr* Unternehmen. Nachdem Sie den Aufsichtsrat zusammengebracht haben werden, machen Sie den Staaten den Vorschlag, ihnen ein Weltgeld in Höhe von 20% ihres nationalen Geldumlaufes kostenfrei zu liefern gegen eine Gebühr von 1% jährlich unter dem Titel: „Verwaltungskosten“. Dieses eine Prozent würde nach Abzug der Verwaltungskosten, worin die Garantie gegen Falschmünzerei eingeschlossen ist, allein auf Europa berechnet rund 15 Millionen Dollar jährlich liefern, – Nettogewinn, den Sie als reinen Unternehmergewinn betrachten können. Auf die ganze Welt übertragen, werden es etwa 70 Millionen Dollar jährlich sein. Das ist doch ein hübsches Geschäft. Jetzt bezahlen die Staaten für die Währungsanleihen (Gold) 5 – 10% Zinsen jährlich und erreichen das Ziel doch nicht. Hier liegt also ein ungehobener, ungeheurer Schatz, der dem zufallen wird, der „nicht säumt, sich zu erdreisten, wenn die Menge noch zaudernd schweift“. Packen Sie zu, Mc Kenna. Und zeigen Sie dann der Welt, was *ein Mensch* gegenüber der Masse, dem Volke, der Nation, der Menschheit bedeutet. Sie stellen die Tat, einen Menschen, an die Stelle toten Metalles, das dem Zugriff der Politiker immer ausgeliefert sein wird. Havenstein zeigte ewig auf seinen Goldschatz, auf die Deckung hin und dieses Phantom brachte ihn auf die schiefe Ebene der Inflation, der goldgedeckten Inflation. Hätte er sagen können wie *Louis XIV: l'état c'est moi!*, die Währung, die deutsche Reichswährung – *das bin ich!* Hier stehe ich, ich kann nicht anders, der Index beweist, daß der Markt keinen Pfennig mehr an Geld aufnehmen kann, und nur über meine Leiche geht der Weg zur Notenpresse, dann hätte er das ganze Volk hinter sich gehabt, und den Schwindlern wäre es nicht gelungen, Geldpapier als Geld in Umlauf zu setzen. Sich einsühlend mit seinem Notenbankpräsidenten hätte das Volk das Regierungsgeld glatt repudiiert. Und so hätte es sich selbst vor der Inflation geschützt. Darum möchte ich Ihnen auch raten, um diesen Sachverhalt, den dynamischen Charakter des Geldes, seine vollkommene Abhängigkeit vom Charakter der Personen, die das Geld behüten, recht deutlich dem Volke vor Augen zu führen, daß Sie der Muwa-Inschrift: „Dies sind 100 Muwa.“ den Satz hinzufügten: „*Wert in mir selbst. Li Shang Hu.*“ Wie das die Kaufleute in prächtiger Selbsteinschätzung im Wortlaut ihrer Wechsel zu tun pflegen. Stellen Sie solcher Inschrift etwa diejenige der englischen Banknoten gegenüber: „*One Pound – – Currency Notes are legal tender for the Payment of any amount. Issued by the Lords commissioners of his Majesty Treasury under the Authority of act of parliament IV. and V. Geo. V. C h. XIV.*“ Lord,

Majestät, Schatzsekretär, Parlament und hinter dem Parlament die Wahlen, das Volk. Der Abwälzungsprozeß für die Verantwortung bis hinab zur Plebs ist geschlossen. Der Erfolg war auch entsprechend. Ein Weltreich, ein riesiger Goldschatz, die Goldfelder Afrikas, die größte Kriegs- und Handelsmarine, der Weltreichtum deckten den König, den Schatzsekretär, das Parlament und das Volk. *Aber alles dies konnte das „englische Pfund“ nicht decken. Es fehlte die Unterschrift eines selbstverantwortlichen Menschen.* Es fehlte die Unterschrift eines Li Shang Hu. Die englische Währung ging in die Brüche, weil ein Volk, eine Marine, ein Weltreich, ein Häufchen Dreck an Stelle eines Menschen die Note deckte. Sehen Sie, alles, restlos alles spricht gegen die Einmischung der Staaten in die Währungsfragen, alles spricht für Ihre Währung. Bleiben Sie Ihrem eigenen Unternehmen treu, dann wird Ihnen die Welt auch treu bleiben. Die Kapitalisten suchen nach einem Ruhepunkt in der Erscheinungen Flucht. Seien Sie dieser Punkt. *Die Muwa sei die Währung der Welt!* „So laßt uns sagen und so es behaupten. Wer fest auf seinem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich.“

Mc Kenna: Wie glücklich mich Ihre Worte machen! Sie bestätigen nur, was ich mir im Stillen tausendmal selber gesagt habe. Die Staatswährung ist und bleibt ein Gespenst, ein Schreckgespenst. Immer und immer wiederhole ich diese Worte aus tiefster Überzeugung. Immer sage ich mir, das Weltgeld ist entweder ein Privatgeld oder eine Utopie. Und trotzdem diese Pussilanimität, wenn es sich darum handelt, die Folgerungen zu ziehen. Es ist mir, als ob jemand mir ständig die Worte Buschs vorläse: „Wie klein ist einer, was er ist, wenn man's mit seinem Dünkel mißt.“ Oder liegt kein Dünkel darin, wenn ich durch mein Vorgehen die Meinung erwecke, *daß allein Ich in der Welt den zum Finanzatlas nötigen Charakter habe?*

B: Alle diese Schwächegefühle, die Sie übermannen, kommen letzten Endes nur daher, daß Sie die Sache mehr als eine Sache persönlicher Ehre denn als Geschäft betrachten. Verlassen Sie diesen Standpunkt und sehen Sie hier ausschließlich das Geschäft, den Profit von 70 Millionen Dollar jährlich, dann ergibt sich alles Übrige von selbst. Wenn alle Jahre die 70 Millionen Dollar auf Ihrem Tisch aufgezählt werden, dann werden Sie schon sehen, wie Ihr Selbstgefühl wachsen wird, wie Sie selbst es als eine Tat eines überragenden Genies betrachten werden, was Sie da unternommen haben. Und dann werden Sie die finanzielle Welt auf ihren Schultern tragen, wie Christophorus das Jesuskindlein. Jedoch, wenn es absolut nicht anders

geht, so gründen Sie doch eine Gesellschaft zur Ausbeutung des vor Ihnen liegenden Dorados. Besuchen Sie die Direktoren der Großbanken in der Welt, und zeigen Sie ihnen, daß hier ein Schatz zu heben ist von 70 Millionen Dollar jährlich, wozu Sie weiter nichts brauchen als das Renommee dieser Herren. Sonst keinen Pfennig Kapital und absolut ohne Risiko. Mich interessiert an der Sache hauptsächlich der akralische Gedanke, und so habe ich hier bereits einen Entwurf eines Prospektes für die Gründung einer solchen *The World's Bankers Association* ausgearbeitet. Darf ich Ihnen den Hauptinhalt vorlesen:

Schaffung eines unter Kontrolle der unten genannten Bankenvereinigung stehenden, der Willkür der Staaten entzogenen Weltgeldes, das für alle Handels- und Finanztransaktionen, auch solche von Ewigkeitsdauer eine feste, unverrückbare Unterlage schafft, Gläubiger wie Schuldner dadurch vor Schaden schützt; eines Geldes, das nach den Grundsätzen der Index-Währung verwaltet wird und automatisch seinen Dienst versagt, sobald die Staatsgewalt versucht, Mißbrauch mit ihm zu treiben.

The World's Bankers Association liefert dieses Weltgeld allen Staaten der Welt, die ihre Landeswährung nach den Grundsätzen der Indexwährung verwalten und dem Weltgeld den Charakter eines gesetzlichen Zahlungsmittels verleihen, gegen eine jährliche Miete von 1%, sonst unentgeltlich in einer einmaligen Menge von 20% des nationalen Geldbestandes. Alle Verwaltungskosten, namentlich auch die Garantie gegen Fälschungen, den Druck der Noten, ihre Erneuerung und den Unterhalt einer genügenden Anzahl von Wechselstuben trägt die W. B. A. In den Wechselstuben wird das Weltgeld zu einem unverrückbaren Kurs (soweit der Vorrat reicht) gegen Noten (Weltgeld) umgetauscht, die mit dem Landesgeld korrespondieren, so lange die Nationalgeldarten nominell untereinander divergieren [So würde das Weltgeld für England in Pfund, für Deutschland in Mark, für Frankreich in Franken lauten, jedoch *äußerlich* als Weltgeld kenntlich gemacht. In den Wechselstuben würden diese verschiedenen Noten gegen einander kostenlos zu festem Kurs (wie das frühere Fünf-Franken-Stück der lateinischen Münzunion) gewechselt.]. Das Weltgeld ist zwar äußerlich vom Nationalgeld sofort unterscheidbar, doch läuft es pari mit den nationalen Geldarten um. Wer im Auslande mit barem Geld Zahlungen leisten will, z. B. wenn der Wechselkurs über pari gestiegen ist, oder für die Reise, der findet das Material dazu unmittelbar im Umlauf. Wer dabei auf Schwierigkeiten stößt, der hat den Beweis dafür, daß durch eine fehlerhafte nationale Wäh-

runbspolitik zu viel Weltgeld über die Grenze getrieben worden ist. Die nationale Währungsverwaltung wird dann wissen, was sie zu tun hat, um dem Handel die Vorteile des Weltgeldes zu sichern, d. h. sie wird durch eine deflatorische Handhabung der Notenpresse das ausgewanderte Weltgeld wieder zurückrufen und im umgekehrten Falle durch eine inflatorische Politik etwaigen Überschuß an Weltgeld abstoßen.

Es liegt im unmittelbaren Interesse eines jeden, so weit seine Macht reicht, unserem Weltgeld die Bahn frei zu machen.
The World's Bankers Association.

Mc Kenna: Das ist allerdings ein viel weiter gehender Plan. Ich wollte nur die Weltwährung liefern, den Boden für kurz- und langfristige Zahlungsverträge. Sie aber wollen zu der Weltwährung auch noch das Geld, das Weltgeld liefern. In meinem Plan fehlte das Automatische, wie wir es im System der Goldwährung, wenn auch noch in roher Form, vorfinden, der Arbitrageautomat, den die Möglichkeit der Goldverschickung liefert. Die Wechselkurse konnten zwischen Goldwährungsländern, so lange die Goldwährung aufrechterhalten wurde, nur zwischen den Goldpunkten pendeln. Die Ein- und Ausfuhr von Gold, d. h. also von Geld, schuf so automatisch, was wir sonst durch eine übereinstimmende aktive Währungspolitik aller Länder hätten erreichen können. Für alle Zahlungsverträge der Welt wäre der Muwa-Kurs maßgebend gewesen. Und die Aufgabe wäre den einzelnen Staaten geblieben, diesen Kurs durch aktive Währungspolitik möglichst zu stabilisieren. Natürlich wäre es eine ewige Frage geblieben, auf welcher Seite die Ursache der Kursschwankungen zu suchen sei. Wir hätten unseren Index dem ihrigen gegenübergestellt. Mehr hätten wir, hätten auch die anderen nicht tun können. Gewiß, wenn überall die Währungspolitik nach den Grundsätzen der Indexwährung geführt wird, wenn außerdem überall nach den gleichen Methoden bei der Ermittlung des Index verfahren wird, dann dürften die Wechselkurse nur sehr geringe Schwankungen durchmachen, namentlich wenn solche Währungspolitik überall wie bei uns durch die Einführung des Freigeldsystems unterstützt wird. Aber auch die kleinen und kleinsten Schwankungen haben ihre Bedeutung, namentlich bei den großen Geschäften des Welthandels, wo pro Mille gerechnet wird, und wo darum auch eine Schwankung des Wechselkurses um ein Promille den Profit in Verlust umstürzen kann. Mit dem Vorschlag des Weltgeldes zusammen mit der Weltwährung müssen auch diese kleinsten Wechselkursschwankungen verschwinden, und ich begrüße Ihren Vorschlag mit großer Freude. Freilich in der Fassung Ihres Manuskriptes kann ich den Vorschlag nicht veröffentlichen; Sie setzen viel zu viel als bekannt voraus; Sie würden gewiß nicht von den

Leuten, an die ich mich nach Ihrem Vorschlag wenden soll, verstanden werden. Die Bankiers sind mehr als irgendwelche anderen Berufsleute auf die reine Empirie eingestellt. Auf dem Gebiet der Wahrung ist seit jeher so viel theoretisiert worden, ohne irgendwelche Klahrung zu gewinnen, daß in diesen Kreisen die wissenschaftlichen Wahrungsprobleme als unlosbar erklart worden sind. Geben Sie mir das Manuskript; ich werde es den Bankiers schon mundgerecht machen. Ich werde Sie über meine weiteren Schritte auf dem Laufenden halten. Nun kommen Sie mit Ihrem Freund mit zur Börse, damit Sie auch einen Einblick in die Akratie auf dem Gebiete des Großhandels gewinnen. In der Technik unserer Börse werden Sie kaum einen Unterschied wahrnehmen gegenüber der von London oder New-York. Die Börse ist ja immer schon eine Organisation von Akraten gewesen. Nirgendwo hat sich der Staat bisher so wenig Eingriffe erlaubt wie hier. Die Börse ist eine Autokratie im Staate. Sie hat ihre eigene Justiz und Exekutive. Wenn sie auch über keine Gefangnisse verfügt, so genügen ihre Zwangsmittel doch vollkommen, um, ohne an den Staat appellieren zu müssen, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Der Ausschluß von der Börse ist die gröſste und peinlichste Strafe, die den Makler treffen kann. Zu diesem akratischen Strafrecht und Strafvollzug, der ein Privileg aller Börsen der Welt bildet, tritt nun hier noch das Faustrecht, das dann in Aktion tritt, wenn ein Makler durch seine Handlungsweise nach Ansicht des Brsenrates den Tempel Merkurs entheiligt. He, he, wie da die Fauste des Faustrechtes auf den Sünder niedersausen. Aber kommen Sie, es wird Ihrer akratischen Seele wohl tun, wenn Sie auf einem so wichtigen Gebiete wie dem Börsenhandel den Staat als so vollkommen überflüssig erkennen können. Hören Sie das Geschrei? Es ist mehr ein Gebrüll wie aus einem Lwenzwinger. Es müssen aufregende Nachrichten eingetroffen sein. Die Goldwahrung wird wohl wieder irgendwo zusammengebrochen sein. Da gibt es natürlich Differenzen einzukassieren und zu bezahlen. Hören Sie doch! Wenn ich keine Zeit habe, den zoologischen Garten zu besuchen, dann gehe ich zur Börse. Heute geht es aber ganz besonders hoch her. Sehen Sie da, da haben sie einen Makler hinausgeworfen. Und wie sie ihn zugerichtet haben! Ich kenne ihn. Man halt ihn für einen geheimen Agenten der USA Federal Reserve Board, der Leute also, die die Goldwahrung für die ganze Welt manipulieren (manipulated Goldstandard).

B: Der Mann blutet stark. Wir msten ihn in eine Apotheke zum Verbinden tragen.

Mc Kenna: Wenn es Ihnen Spaß macht, diesem Lumpen beizustehen, so will ich Ihnen gerne helfen. Allerdings müssen wir ihm das Gesicht verdecken. Denn wenn er erkannt werden

würde, dann möchte ich nicht für sein Leben garantieren. Die Obermanipulatoren des *Federal Reserve Board* tun alles, was sie können, um unserer Muwawäh- rung Schwierigkeiten zu bereiten, denn sie erkennen in unserem Unternehmen den auf höherer Warte stehenden und darum gefährlichen Konkurrenten. Hier kommt übrigens schon eine Ambulanz, so daß unsere Hilfe sich erübrigt. Wenn er mit dem Leben davon kommt, unsere Börse wird er niemals mehr betreten. Er war von den Wallstreet-Manipulatoren dafür angestellt, die Muwa in der Person von Li Shang Hu zu diskreditieren. Das Schändlichste, was der Teufel erfinden konnte, verbreitete er über die Person unseres Mongolen. Unsere Arbeit richtet sich gegen die Börsenmanöver. Wir richten uns in unserer Währungspolitik nach klaren, für jedermann verständlichen, wissenschaftlichen Erkenntnissen. Die Manipulatoren der Goldwährung im Federal Reserve Board können solcher Währungspolitik keinen Geschmack abgewinnen. Sie wollen ja Differenzen, Hochkonjunktur und Krisen, eine Schaukel, keine Währung. Alle Preise und Kurse sollen immer in Bewegung sein. Dann können sie fischen, wie die Möwen auf der See auch nur bei bewegtem Wasser fischen können. Für den Börsen- mann ist wirkliche Währung das Abgeschmackteste, was es geben kann. Bisher konnten die Börsenmänner ihre Manöver immer vor den Augen der Bürger ver- decken, weil es keinen Vergleichspunkt gab, mit dem man Abweichungen von der Währung hätte feststellen können. Seitdem aber die Muwa beginnt, sich zu solchem Vergleichspunkt auszubilden, fürchten die Obermanipulatoren, daß ihre Manöver durchschaut werden könnten. Daher der Haß, den sie uns entgegen- bringen.

B: Ich finde einen Widerspruch in Ihren Ausführungen. Einerseits sagen Sie, daß die Börsianer allgemein und auch hier im Lande auf die Erzeugung von Differenzen hinarbeiten, und daß die General managers der Goldwährung in USA ihre Währungspolitik auch nur auf solche Differenzen lenken, andererseits aber wieder sehe ich hier, daß man den Geheimagenten der Differenzen-Fabrik schwer mißhandelt die Treppe der Börse hinabgeworfen hat.

Mc Kenna: O, dieser Widerspruch ist leicht zu lösen. Sehen Sie, dieser Mensch hier wurde von den Obermanipulatoren im Federal Reserve Board immer über die künftigen Manipulationen des Federal Reserve Board unterrich- tet, so daß er seine eigenen Geschäfte danach einrichten konnte. Für ihn war so jedes Risiko ausgeschlossen. Er heimste die Differenzen mit vollkommener Sicherheit und Regelmäßigkeit ein. Und ebenso sicher und regelmäßig verloren die anderen Börsenspekulanten, die nicht im Einvernehmen mit den Manipula- toren des Federal

Reserve Board handelten. Neid war es, purer Neid, der diese ewig Betrogenen veranlaßte, diesen Menschen so zu mißhandeln. Natürlich sind die Spekulanten unserer Währungspolitik auch nicht hold. Sie möchten uns am liebsten zum Teufel jagen. Aber sie wissen, mit wem sie es zu tun haben, daß die *Muwa*, die Mutterrentenwährung, im unmittelbarsten Interesse aller Frauen des Landes verankert ist. Mit unserer Indexwährung und mit der durch das Freigeld zur mathematischen Konstante gewordenen Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sind wir absolute Herren der Währung, die auf unsere Maßnahmen reagiert wie der Donner auf den Blitz. Hier wäre für die Spekulanten absolut nichts mehr zu tun, wenn in den anderen Ländern die Goldwährung nicht wäre. Mit der Einführung Ihres Muwageldes wird die Spekulation, so weit sie von der Währungsseite her unterstützt wurde, ganz aufhören. Es werden dann nur noch solche Spekulationen möglich sein, die sich auf die durch Produktionsausfälle und Produktionssteigerungen herbeigeführten Preisschwankungen gründen.

B: In der Industrie kamen die Produktionsstörungen so gut wie ausschließlich von den Währungspfuschiereien her, denn an sich ist die Industrie ja an größtmöglicher Regelmäßigkeit in der Produktion wie im Absatz interessiert. Mit der Weltwährung können dann nur noch die Ernteergebnisse Störungen verursachen. Mit der Ausbreitung des Welthandels gleichen sich aber die Ernteergebnisse erfahrungsmäßig immer mehr aus. Der Welthandel und die Indexwährung werden der Spekulation den Boden entziehen. Dann wird dem Publikum der Anblick solch widerwärtiger Szenen erspart bleiben.

A: Ich glaube wir können uns den Besuch der Produktenbörse sparen. Aber die Reeder- und Seefrachtenbörse möchte ich mir ansehen. Wir sind so mit dem Gedanken an den Schutz durch die Konsulate, durch die Marine, an die Notwendigkeit einer nationalen Schiffsflagge usw. aufgewachsen, daß es uns wirklich schwer fallen muß, zu glauben, es könne auch ohne alles das gehen. Der Hinweis darauf, daß die Hansa in früheren Zeiten auch keine andere Flagge führte und keinen anderen Schutz hatte, als den der Städte, genügt nicht, um solche Zweifel zu zerstreuen, denn schließlich: die Hansastädte konnte man als kleine selbständige Staaten betrachten, die im Verhältnis zu den ihnen entgegengesetzten Kräften stark genug waren. Wir möchten den Beweis haben, daß die Flagge der Reederei ganz allein genügen muß, und wir hoffen, diesen Beweis hier zu finden.

Mc Kenna: Die Geschichte des Welthandels spricht deutlich gegen die Nationalisierung des Seehandels. Alles spricht für die Entstaatlichung der See. Schon der Größe wegen läßt sich die See praktisch nicht verstaatlichen. So z. B. ist heute

noch eine Blockade völkerrechtlich nicht gestattet, sobald sie nicht effektiv, d. h. wirksam ist. Die See hat in dieser Beziehung Verwandtschaft mit der Luft. Wie will man eine Luftblockade wirksam machen? Die See ist anational mit allem, was darauf schwimmt. Die Schwierigkeiten, auf die der Seehandel stieß, sind erst durch die Nationalflaggen geschaffen worden. Von Seeräubern spricht man. Kein Land, kein Volk aber hat ein Interesse daran, in den Ruf zu kommen, den Seeräubern Schutz zu gewähren. Das Interesse, das die Völker am Seehandel hatten, brachte die Seefahrer immer in den unmittelbaren Schutz der Völker, die sie mit ihren Schiffen besuchten und beglückten. Weil die Seeräuber immer von den eigenen Volksgenossen als Schädlinge betrachtet wurden und im eigenen Lande keinen Hafen für ihre Schiffe fanden, konnte sich dieser Erwerbszweig nie recht entfalten. Wenn es umgekehrt wäre, hätten keine Kriegsmarinen ihnen jemals die Herrschaft streitig machen können. Das Faustrecht der in ihrem Handel gestörten Völker steht den Seeräubern entgegen. Und nehmen wir einmal an, daß sich irgendwo an unseren Küsten solch ein Seeräubernest festsetzte und die See unsicher machte, dann würden die Seeversicherungsgesellschaften eine besondere Prämie für solches Risiko fordern und mit dem Erlös dieser Sonderprämie könnten sie schnell dem „corsaire corsaire et demi“ entgegenwerfen. Solche Seeräuber hätten den Handel der ganzen Welt gegen sich. Nein, das Faustrecht der Geschädigten genügt vollauf für die Sicherung der See, und wirklich, der Seeräuberei wegen brauchen wir keinen Staat aufzubauen. Unsere Schiffe befahren alle Meere, und da niemand sie zu fürchten braucht, sind sie überall willkommen, was sich in allerlei kleinen Bevorzugungen bei den Hafenbehörden und Zollämtern kundtut. Man haßt ja im allgemeinen alle, die uns Furcht einjagen, und noch niemals hat eine Nationalflagge im Ausland eine andere Empfindung ausgelöst, als Furcht und Haß, wenn wirklich Macht dahinter steckt, oder Gelächter, wenn sich Ohnmacht dahinter verbirgt. Wir haben keine Konsulate, und noch niemals ist uns daraus ein Nachteil erwachsen. Die Flagge unserer Reeder genügt, wie zur Zeit der Hansa. Sie kennen die Verhältnisse auf Las Palmas, dem Freihafen der Canarischen Inseln. Dort laufen die Schiffe völlig unkontrolliert ein und aus. Keine politische und fiskalische Polizei kümmert sich um sie. In tiefer Nacht, um 2 Uhr morgens läuft das Schiff ein, löscht und ladet und fährt noch vor Sonnenaufgang wieder ab. Nur allein der Schiffsagent hat den Vorgang registriert. Und so geht es allgemein auch in unseren Häfen. Keine Statistik über Ein- und Ausfuhr, die so wie so noch keinem Kaufmanne jemals von irgendwelchem Nutzen gewesen ist. Niemand fragt, woher die Kisten kommen,

wohin sie gehen. An der Entwicklung der Preise, nicht an den Angaben der Statistik merkt es der Kaufmann, ob zu viel oder zu wenig Ware eingeführt wurde. Genau so, wie im Handel zwischen den einzelnen Gebieten und Provinzen der anderen Völker. In der Preisbewegung sind alle statistischen Arbeiten summiert. Die sanitären Fragen, die mit der Seeschiffahrt auftauchen, die haben wir dem Faustrecht zur Beantwortung überlassen. Die Reeder wissen, was sie zu gewärtigen haben, wenn sie Schiffe aus verseuchten Häfen leichtsinnig behandeln. Aus Furcht, mit dem Schiffe verbrannt zu werden, melden die Kapitäne aus eigenem Antriebe verdächtige Krankheitsfälle, die sich an Bord ereignet haben. Freilich, der Seuchen wird man nicht nur mit dem Faustrecht Herr. Die Prophylaxis erweist sich als die weitaus bessere Politik, und dafür, daß in dieser Hinsicht das Menschenmögliche getan wird, sorgen wieder die Mütter des Landes im Interesse der Grund- und Mutterrenten. Unsere Häfen entwickeln sich unter dem Schütze solcher Interessenpolitik zu wirklichen Welthafenplätzen. Nirgendwo in der Welt werden so hohe Pachtzinsen für den Boden bezahlt wie in unseren Hafenplätzen. Sehr interessant sind hier auch die Versuche, die von ganz privater Seite her gemacht werden, um diejenigen sanitären Interessen zu wahren, die sonst in den Hafenplätzen der sogenannten Sittenpolizei anvertraut werden. Da ist ein alter Kaufmann, dem in der Jugend die Seemanns-Seuche das Lebensglück vernichtete, und der nun sein Vermögen verausgabt, um die Seeleute vor ähnlichem Geschick zu bewahren. Ein großes Gelände in der Nähe des Hafens hat er zu einem Lustgarten gestaltet, zu dem die Seeleute nur nach gründlicher sanitärer Untersuchung Zutritt haben. Niemand darf Geld mitnehmen, die Kleider müssen sie ablegen, dann werden sie gebadet, von Friseuren geputzt und in den Garten geleitet. Eine Woche lang wird jeder unentgeltlich und königlich bewirtet. Alles zahlt der genannte Kaufmann. Und an Frauen, die sich vernachlässigt fühlen und einmal etwas in den starken Armen eines Seemannes erleben wollen, fehlt es in diesem Lustgarten nie. Sie kommen von weither gepilgert und können sich hier harm- und sorglos ihren Lustgefühlen überantworten, ohne von häßlichen Nebengedanken gestört zu werden.

A: Und solche „selbstlose“ Handlung des Kaufmannes nennt sich hier Verwirklichung der Individualität und des Egoismus! Das soll einer verstehen!

B: Nun, mir scheint in solcher Handlung im Gegenteil nur rechter und echter Egoismus zu liegen. Dieser Kaufmann ist offenbar so geartet, daß ihm der Gedanke Freude macht, Menschen eine glückliche Stunde zu bereiten und sie vor den Ge-

fahren zu schützen, denen er selbst zum Opfer fiel. Und ist die Selbstbereitung solcher Freude nicht wahrer Egoismus? Sucht der Egoist doch immer nur sein Wohl, seine Freude! Daß sich solche Freude in diesem wie in fast allen Fällen mit der Förderung des Lebensglückes anderer Menschen verbindet, ändert doch absolut nichts an den egoistischen Trieben dieses Kaufmannes.

A: Mag sein. Ich verfall' immer wieder, und wie es scheint, rettungslos in den mir in der Jugend anerzogenen engen Begriff des Wortes Egoismus. Aber hier sehe ich etwas, was mich interessiert. Ich wollte Sie, Herr Mc Kenna, schon fragen, wie es den Erfindern geht, in einem Lande, wo es keine Erfindungspatente gibt. Hier nun lese ich: Büro des Textilindustriellen-Verbandes zur Förderung der Erfindertätigkeit auf dem Gebiete der Textilie.

Mc Kenna: Ich gehöre zu den Gründern und bin Syndikus dieses Verbandes und glaube hier etwas geschaffen zu haben, dessen Grundidee sich schnell die Welt erobern wird. Wir wissen, wie wenig die Patentrechte die Interessen der Erfinder zu schützen vermochten. Die Industrie hat aber ein unmittelbares Interesse daran, die Erfindertätigkeit anzuregen. Dies geschieht nun hier in der Weise, daß die Industriellen durch das eben genannte Büro die Erfinder prämiieren, je nach der Bedeutung ihrer Erfindungen. Die Erfindungen werden dann allen Mitgliedern des Verbandes zur beliebigen Verwertung mitgeteilt. Um nun anderen Industrien, die sich ebenfalls solche Büros eingerichtet haben, die Erfinder abzuluxen, um die Erfindertätigkeit möglichst auf das eigene Gebiet zu lenken, sucht eine Industrie die andere in der Prämiierung der Erfinder zu überbieten. Ein Wettkampf, der den Erfindern wie Industriellen gleich viele Vorteile bringt. Wir haben kein Patentamt, keine Patentanwälte, keine Patentprozesse und keine Erfinder, die sich aus Not vergiften. Natürlich wurde auch von einzelnen Fabrikanten der Versuch gemacht, die Kosten des Erfinderbüros zu sparen. Sie kamen dadurch ins Hintertreffen, daß ihnen als Nichtmitgliedern des Büros auch die Mitteilungen über die neuesten Erfindungen nicht zugingen. Dann aber auch wurden ihre Produkte auf die schwarze Liste gesetzt, und das Publikum aufgefordert, im Interesse der Erfinder nur solche Waren zu kaufen, die den Stempel des Erfinderbüros tragen. So sind diese Schwierigkeiten völlig behoben worden.

B: Der Glaube versetzt Berge. Und ich sehe schon, daß, wenn man wirklich an die Möglichkeit der Akratie glaubt, dann auch die Kräfte wachsen, die für die Überwindung aller Schwierigkeiten nötig sind. Das haben Sie, Herr Mac Kenna, uns jetzt wieder mit dem Abbau des Patentamtes gezeigt. Und wie hier, so muß, ich bin davon felsenfest überzeugt, für alle,

restlos alle Schwierigkeiten des Staatsabbaues eine Lösung gefunden werden können. Nun aber haben wir Sie lange genug von Ihrer Arbeit abgehalten. Auch wollen wir uns noch über die Zustände orientieren, die durch den Abbau der Ehegesetze geschaffen wurden. Man empfahl uns den Besuch der Wochenendkolonie Frauenberg. Was meinen Sie dazu, Herr Mc Kenna?

Mc Kenna: Es ist das beste, was Sie tun können. In einer Stunde Autofahrt sind Sie da. Sie werden, wenn das Glück Ihnen ein bißchen hold ist, die Fahrt nicht bereuen. Auf keinem Gebiete der staatlichen Usurpationen hat der Abbau so viele glückliche Menschen geschaffen wie gerade hier. Hier ist wirklich keine Frau mehr, die sich nach dem „Schutze“ ihres Liebeslebens durch den Staat zurücksehnt. Und was der Abbau hier für den Nachwuchs für Folgen hatte, das werden Sie an den Kindern in Frauenberg sofort feststellen können. Gerade der Teil des Staatsabbaues, der auf den heftigsten Widerspruch stieß, hat in der Praxis die geringsten Schwierigkeiten bereitet. Jetzt können die Frauen kaum noch verstehen, wie sie so lange widerspruchslos die Vormundschaft des Staates ertragen konnten. Es erscheint den Frauen unfaßbar, daß man der „freien Liebe“ etwas anderes, also etwas, was doch einen Gegensatz zur freien Liebe bilden mußte, entgegenstellen konnte. Also, meine Herren, viel Glück. Ich empfehle mich.

—

A: Also, Herr Postillion, auf! Nach Frauenberg!

B: Ach, das ist ja hier eine der vielbesprochenen Wochenendkolonien, wo die Frauen mit den Kindern allein hausen, und wo die Männer aus der Stadt meistens nur zum Wochenend erscheinen. Hier werden wir erfahren, wie sich der Abbau der Ehegesetzgebung, des Zivilstandsregisters und anderer schönen Dinge bewährt. Da kommt uns auch schon eine junge Frau entgegen. Wie frei sie sich bewegt!

Junge Frau: Ich sehe, Sie sind fremd hier, und sehe Ihnen auch an, was Sie wünschen. Kommen Sie! Ich habe gerade meine Freundinnen zum Kaffeekränzchen eingeladen, da werden Sie alles erfahren, was Sie zu erfahren wünschen.

B: Prächtige Kinder. Sind das alles Ihre Kinder?

Junge Frau: Ich habe es leider noch zu keinem Kinde gebracht. Ich habe noch keinen Mann gefunden, der meinem Ideal entspricht, und so lange das nicht der Fall ist, suche ich weiter und will auch keine Kinder. Und wenn ich ihn finde, wer weiß, ob er mich dann mag.

B: Ja, wenn Sie sich in diesem kleinen Tal einschließen, da mögen Sie bei solch kleinem Wahlkreis und vielleicht hochgespannten Ansprüchen lange suchen.

Junge Frau: Ich habe erst vor kurzem, um meinen Wahlkreis zu erweitern, eine Weltreise zurückgelegt, und trotzdem mir nur an den persönlichen Eigenschaften des Mannes liegt, kehrte ich unverliebt heim. Wie klein erschien mir plötzlich mein Wahlkreis, als ich in Asien, Afrika, Australien mich umsaß! Wie groß erscheint er mir jetzt plötzlich. Der Wahlkreis der Frau ist kein geographischer Begriff.

A: Wir sind schon verheiratet.

Junge Frau: Hier ist niemand verheiratet, weder Mann noch Frau.

A: Das mag sehr schön sein für die, die noch keine Frauen haben.

Junge Frau: Hier hat man die Frauen nicht. Und man hat auch keine Männer.

A: Nun, dann will ich mich etwas gewählter und Ihrem Sinn entsprechender ausdrücken. Ich habe bereits gefunden, was ich suchte. Und suche nicht weiter.

Junge Frau: Was heißt hier suchen? Wenn der Zufall Ihnen nun, was doch möglich ist, eine Frau in den Weg stellt, deren Anblick, deren Wesen bei Ihnen die Frage auslöst, ob Sie wirklich schon gefunden hatten, was Sie suchten, was dann? Werden Sie dann die Augen zu Boden schlagen?

B: Dann werden die Rücksichten auf das Familienleben hoffentlich den Ausschlag geben. Ich gehe den Tragödien aus dem Wege.

Junge Frau: Sie können nur darum der Tragödie aus dem Wege gehen, weil Sie dem Sinne meiner Frage aus dem Wege gehen. Wenn ich wirklich den finden sollte, den ich suche, dann werde ich hoffentlich keinerlei Rücksichten, welcher Art sie auch seien, auch solche tragödienhafter Natur, walten lassen. Das ganze Leben ist und soll wohl nach den Intentionen der Natur nichts anderes als eine Kette von Tragödien sein, die bei manchen allerdings den Charakter einer Komödie annehmen mögen. Mein fruchtloses Suchen in allen vier Erdteilen ist auch schon eine Tragödie. Und was für eine! Diese erschütternden Enttäuschungen, die ich erlebte in Marokko, Abessinien, Kongo, Tibet, Alaska.

B: Der, den Sie suchen, den hat gewiß der Krieg erschlagen. Ich verlor drei Söhne, und der einzig überlebende kam erblindet heim. Der Krieg, der Krieg!

Junge Frau: Ja, der Krieg! – Verzeihen Sie, meine Herren, daß ich Sie so unvermittelt in ein Gespräch verwickelte, das ich hier mit meinen Freundinnen begonnen hatte. Aber wovon das Herz voll ist, davon läuft der Mund über. Darf ich vorstellen. Zwei schon gut bekannte, unbekanntere Reisende, die unsere

physiokratische Welt studieren wollen. Frau Berta, Ida, Rosa. Ich selbst heiße Lise. Die Herren sind schon in unser heutiges, unser ewiges Gesprchsthemata eingeweiht. Ich glaube aber, es liegt ihnen mehr daran, Tatsachen kennen zu lernen, als zu philosophieren. Vielleicht erzählt jede von uns etwas von ihren Verhältnissen.

Berta: Wenn von Verhältnissen gesprochen werden soll, dann dürfte ich mit meinen sieben Kindern von sieben verschiedenen Männern wohl berechtigt sein, den Anfang zu machen. Ich gehöre zu den Frauen der *Landmann'schen* Richtung, die den zur Gewohnheit entarteten Geschlechtsverkehr ablehnen und sich vom Manne nicht als Objekt seiner Lste mißbrauchen lassen wollen, weil sie darin den einzigen Weg zur Aufartung der Menschheit erblicken. Unser Ziel heißt: Kraft, Gesundheit, Geist, Schönheit; alles übrige, auch die Liebesfreuden, werden diesem Ziele untergeordnet. Ich suche mir also einen Mann, lebe und liebe mit ihm, bis ich mich schwanger fühle. Dann ziehe ich mich von ihm zurück und breche vollkommen mit ihm in erotischer Beziehung. Landmann nennt solches Verhalten, das übrigens auch meinen Empfindungen entspricht, „reine Mutterschaft“ [Landmann, Dr. med. F., „Reine Mutterschaft“. 5. Auflage, Greifenverlag in Rudolstadt (Thür.); 275 S., 2,25 RM.], wobei er aber meines Wissens den Ausdruck „rein“ nicht im Sinne von „befleckter“ bzw. „unbefleckter“ Empfängnis, sondern lediglich als die reine Natur, als das ursprüngliche physiologische Verhalten bei der Zeugung in der menschlichen Urzeit verstanden wissen will. Aus Rücksicht auf meine Freundinnen, die anders empfinden, oder ihren Instinkten nicht so blindlings gehorchen wie ich, nenne ich es „physiokratische Mutterschaft“. Dieser Ausdruck trifft das Wesen, die Natur der Sache besser und kann nicht so leicht im moralischen Sinne mißverstanden werden. Da ich nun eine möglichst gesunde und vollkommene Nachkommenschaft zu hinterlassen wünsche und dementsprechend den Vater meiner Kinder wähle, so habe ich es bereits zu sieben Gatten gebracht; denn in dem Maße, wie die Erfahrung mir die Augen öffnete, wuchsen auch meine Ansprüche an die Qualitäten des Mannes höher und höher. In diesem Streben konnte ich mich daher an keinen meiner bisherigen Gatten dauernd binden. Immerhin, – ich glaube, und meine Freundinnen werden es Ihnen ohne Zweifel gern bestätigen, daß ich mit meinen hohen Ansprüchen an die Väter meiner Kinder bereits einen großen Fortschritt in der Aufartung meiner Nachkommenschaft erzielt habe. Freilich, das Resultat wäre möglicherweise ein noch viel besseres gewesen, wenn meine Mittel es erlaubt hätten, meinen Mnnerwahlkreis durch eine Weltreise,

wie sie unsere Freundin Lise, allerdings fruchtlos, unternommen hat, zu einem Weltwahlkreise erweitern zu können. Ich habe mit dem fürlieb genommen, was ich in dem engen Kreise finden konnte. Ich bin derberer Natur als Lise. Aber mir scheint, wenn ich meine Kinder mit anderen vergleiche, daß hier etwas von dem eingetreten ist, was Landmann als Frucht solchen physiokratischen Verhaltens prophezeit. Obschon von sieben Vätern abstammend, läuft durch alle derselbe harmonische Zug. Sie sind alle einen Grad fröhlicher, natürlicher, weniger mit senilen Tönen behaftet und bei ihren Studien entschieden ausdauernder und konzentrationsfähiger. Es mag ja sein, daß meine Mutteraugen, meine Wünsche das alles in meine Kinder hineinprojizieren, und daß die Nachbarinnen, die mir meine Beobachtungen zu bestätigen belieben, mir nur eine Freude bereiten wollen. Wahrheit über diese Dinge wird allein die im Großen und im Laufe der Generationen gesammelte Erfahrung bringen können.

A: Das Landmann'sche Buch ist mir nicht unbekannt. Seine Beweise entnimmt er dem Tierleben. Die vollkommene Harmonie beim Tier und die so oft bis zur Karrikatur verzerrte Menschengestalt zeigen, daß irgendwo etwas nicht in Ordnung ist. Aber wollen wir nicht lieber von den wirtschaftlichen Dingen reden? Sie wissen doch, wie die Wirtschaft das menschliche Leben richtunggebend beeinflusst. Wieviel Schönes haben wir hier bereits beobachten können, was wir auf die hier herrschenden wirtschaftlichen Einrichtungen zurückführen. Auch Ihr Verhalten, Frau Berta, wäre in unserem Lande aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich. Sie sagten, daß Sie mit ihren sieben Männern jedesmal vollkommen gebrochen hätten. Sind diese sieben Männer denn damit einverstanden gewesen, und kümmern die sich gar nicht weiter um ihre Kinder? Es existiert doch sicher so etwas wie Vaterliebe. Und kommen Sie aus mit der Mutterrente, oder haben Sie noch andere Einnahmen?

Berta: Ich habe mit den Männern nur in erotischer Beziehung gebrochen. Es ginge auch gar nicht anders, wenn ich Katastrophen, Mord und Totschlag vermeiden will. Ich muß mich gegen alle gleichmäßig ablehnend verhalten. Dann geht's. Sie alle lieben ihre Kinder, einige vergöttern sie. Sie bringen ihnen Geschenke, Bücher, Kleider, sie bezahlen die Lehrer. Einige tun das summarisch für alle, andere haben nur Augen für das eigene Kind. Meine Einnahmen mehre ich mit einer kleinen Industrie, die ich mit meinen Kindern betreibe. Korbwaren. Dann habe ich hier einen Acker, den die sieben Väter meiner sieben Kinder nach Feierabend bestellen, und die es dabei, von Eifersucht getrieben, zu staunenswerten Leistungen bringen. Ich mit meinen sieben Kindern und sieben Männern

trage auf der jährlichen Ausstellung gärtnerischer Produkte immer die besten Preise weg. Mir geht es auch wirtschaftlich nicht schlecht, und empfehle ich immer mein Verhalten als mustergültig in jeder Hinsicht.

B: Sie werden sich gewiß mit dem demographischen Problem befaßt haben, das dann unweigerlich sein düsteres Haupt zeigen würde, wenn alle Frauen so mit sieben Kindern aufmarschierten. Wieviele Generationen gehören denn dazu, um bei solcher Fertilität das ganze Land 3 Meter hoch mit Menschen zu bedecken? Dabei sucht die Werbeschrift des Mutterbundes obendrein, noch die Einwanderung zu fördern.

Ida: Das Übervölkerungsproblem bildet ein ständiges Gesprächsthema in unseren Kreisen. Wir streben allerdings danach, die Bevölkerung so weit zu vermehren, wie die Rationalisierung der Arbeit Nutzen daraus ziehen kann, weil dadurch die Grundrenten und rückwirkend die Mutterrenten gehoben werden. Daß solche Entwicklung irgendwo eine Grenze haben muß, ist uns klar. Zunächst scheint sie ja noch in weiter Ferne zu liegen, und so benutzen wir diesen glücklichen Umstand dazu, um für die allgemeine Freizügigkeit zu werben, in der Hoffnung, daß die guten Wirkungen, die wir bei uns beobachten, alle Völker veranlassen werden, die Grenzen niederzulegen, sodaß unseren Ansprüchen auf den ganzen Erdball Erfüllung zu Teil wird. Daß die Auswanderung das Übervölkerungsproblem nicht lösen kann, wissen wir, denn wohin sollen wir noch auswandern, wenn die Übervölkerung zu einer universellen Erscheinung wird. Doch wir hier in dieser kleinen Kreise glauben, eine Lösung gefunden zu haben, eine eugenistische Lösung. Das malthusianische System der Empfängnisverhütung und das daraus sich entwickelnde Ein- und Zweikindersystem führt mit mathematischer Notwendigkeit zur Degeneration und zum Untergang, weil hier der wichtigste Faktor der Arterhaltung, die Auslese, wegen Mangel an Auslesematerial ausgeschaltet wird. Wir hier glauben nun, daß die Frauen der Zukunft immer wählerischer werden, daß sie sich nicht wie heute noch vielfach dem ersten besten in die Arme werfen werden, und daß sie auf der Suche, die sich auf die ganze Welt erstrecken wird, Zeit, sehr viel Zeit verlieren werden. Je höhere Ansprüche sie stellen werden, um so mehr Zeit verlieren sie, und Zeitverlust heißt in diesem Falle Einschränkung der Geburten. Da sehen Sie Frau Lise. Sie wird demnächst 30 Jahre alt und hat immer noch nicht das gefunden, was sie sucht. Vielleicht läuft sie einem Phantom nach. Aber von einem Phantom wird sie nicht schwanger werden. Sollte sie aber noch Glück haben und ihre hochgespannten Ansprüche noch befriedigt sehen, so können wir von ihr zwar Kinder besonderer Art erwarten, aber so viele wie Frau Berta wird sie nicht mehr

haben. Wir können aber schon beobachten, daß Frau Lises Vorgehen Nachahmung findet, daß es zum guten Ton in der Gesellschaft unserer physiokratischen Frauen zu werden verspricht, die Ansprüche an die physische und psychische Qualität der Väter unserer Kinder immer höher und höher zu schrauben, in dem Maße, wie sich unser Blick für solche Dinge schärft und erweitert. Es ist auch bereits zur Redensart geworden, daß die Qualität der Kinder den Maßstab für die Moral der Frau gibt. Glauben Sie, daß, wenn solches Verhalten zu einer allgemeinen Sitte wird, daß dann noch das Gespenst der Übervölkerung unsere Träume stören kann? Wir werden Moloch, das Kloster, Malthus und die Kriege durch Eugenik überwinden. Es ist das eine Sie überraschende Entwicklung, und ich verstehe diese Überraschung. Hatte man doch immer die Mutterrenten mit der Behauptung bekämpft, daß sie die Zucht der Minderwertigen begünstigen würde, daß viele Frauen auf die Mutterrenten, ähnlich wie andere Frauen auf das Ammengeld, spekulieren würden, wobei man bei so niedrigen Beweggründen allerdings annehmen müßte, daß solche Frauen sich von irgendeinem Manne schwängern lassen und Minderwertiges gebären werden. Es ist ganz anders gekommen. Die Mutterrente ist zwar ausreichend, um die Frau vor Not zu schützen. Aber auch nicht mehr. Sie reicht nicht an den Arbeitslohn heran, den eine Frau in der Industrie verdient, denn Sie wissen, daß hier, im Lande des vollen Arbeitsertrages, die Löhne hoch sind. So kommt es, daß alle diese rechnenden und spekulierenden Frauen sich lieber mit den neuen, verbesserten Verhütungsmitteln versehen und gegebenenfalls zur Abtreibung ihre Zuflucht nehmen. So bleiben gerade diese Elemente unfruchtbar und überlassen den Eugenikern das Feld. Berta hat sieben Kinder, Rosa fünf und ich vier. Wir haben aber noch nicht Schluß gemacht, und Lise wird sich wohl auch noch beteiligen. Das ist ja etwas viel für vier Frauen, aber dafür sind in unserer allernächsten Nähe mehr als 20 Frauen, die die Sterilität vorziehen, und die so den Durchschnitt der Fruchtbarkeit sehr stark herabsetzen. Nein, das Übervölkerungsproblem ist gelöst, und erlöst sind wir für immer vom Moloch.

B: Für solche Lösung könnte ich mich begeistern, wenn mir nicht noch starke Zweifel blieben, daß sich immer genügend Frauen für die Eugenik und die Sicherung des Menschengeschlechtes interessieren werden. Sie hier in diesem Klub sind nur vier Frauen, und Sie sprechen von 20 anderen in der Nähe, die die Unfruchtbarkeit, das persönliche Aussterben vorziehen. Das sieht doch sehr bedenklich aus. Allerdings wird durch solches Aussterben die kommende Generation nur noch aus Menschen bestehen, die von starken, das Leben bejahenden

Müttern abstammen, also auch diese Eigenschaften erben werden, wodurch das genannte Verhältnis von 4 zu 20 vielleicht wieder ins Gegenteil umkippen wird, und das Übervölkerungsproblem wird dadurch wieder eine Auferstehung feiern, wenn die eugenistischen Hemmungen, von denen Frau Lise sprach, nicht kompensatorisch wirken. Aber worauf es zunächst ankommt, der Weg, den dieser Klub betreten hat, der führt mit Bestimmtheit aufwärts. Wahlzucht und Erweiterung des Wahlkreises zum Weltwahlkreis. Das muß zur Hochzucht führen, und ich glaube dann, daß die aus solcher Zucht hervorgehenden Menschen den Problemen, die sich ihnen zeigen, gewiß eine ihrer Natur würdige Lösung geben werden, und daß wir uns darüber keine Sorge mehr zu machen brauchen. Und darum möchte ich Frau Lise sehr empfehlen, kein Haar von ihren hohen Ansprüchen fallen zu lassen und weiter zu suchen, bis sie findet, was ihr vorschwebt.

A: Es ist nun spät geworden. Wir müssen noch ein Hotel suchen.

Rosa: Warum in die Ferne schweifen? Bleiben Sie die Nacht bei Frau Berta, so knapp sind die Mutterrenten nicht bemessen, daß Frau Berta nicht einen Gast beherbergen könnte. Ein Gastzimmer ist hier in jedem Hause, und nur völlig Unbekannte suchen Obdach im Hotel. Uns seid Ihr aber bereits recht gute Bekannte. Und Lise, willst Du nicht den anderen lieben Gast bei Dir beherbergen?

Lise: Ja, warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nahe, lerne nur das Glück ergreifen ...

B: Den Schlußsatz lassen Sie wohl mit Bedacht fort?

Lise: Dinge, die immer „da“ sind, können nicht Gegenstand eines Glücksfalles ausmachen. Heute habe ich das seit zehn Jahren gesuchte Glück gehabt, und ich gedenke es beim Schöpfe zu fassen.

Ida: Wir entwickeln uns nach und nach zu einem Klub für Kuppelei.

Rosa: Gibt es etwas Schöneres als Kuppelei für Frauen, die mit geschärftem Blick und erweitertem Gesichtskreis Eugenik betreiben wollen? Eugenik ist nichts anderes als Kuppelei, physiokratische Kuppelei.

Ida: Ich glaube, es hätte in diesem Falle der kupplerischen Nachhilfe gar nicht bedurft. Lise hatte sich ja schon ganz rettungslos in ihn vergafft und er in sie. Was sie beim Antritt ihrer Weltreise in fünf Erdteilen suchte, fand sie am Ende derselben in der Heimat.

—

Ich habe mich bei allen bisher berührten Dingen bereits etwas lange aufgehalten. Aber diese Dinge halte ich für den

Bestand einer Gesellschaftsordnung für viel bedeutsamer als alles Übrige. Jeder wird auch gleich selber die Empfindung haben, als ob ich von einem hohen Postament hinabgestiegen sei, wenn ich jetzt die rein technischen Aufgaben des Staatsabbaues aufzeigen werde. Abbau der Schulen, der Volks- und Hochschulen. Abbau der Staatskirchen, Abbau des Ministeriums für äußere Angelegenheiten, für soziale Fürsorge, für Wirtschaft und Handel, für Justiz, für Kultur, für Kolonien, für Heer und Marine, für Medizinalangelegenheiten.

Alle, restlos alle diese Staatsangelegenheiten stehen und fallen mit dem Begriff des Machtstaates. Weil unsere Gesellschaftsordnung auf Gewalt aufgebaut ist, weil die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung sich ohne öffentliche, staatliche Gewalt nicht vorstellen läßt, darum, darum ganz allem sind sie dem Staate zu seiner Stärkung aufgebürdet worden. An diesem Satze müssen wir festhalten, denn er allein kann unseren Glauben festigen, daß der Abbau des Staates wirklich keine Utopie ist. Nur mit diesem Glauben bewaffnet können wir an die Aufgabe herantreten mit dem kecken Sicherheitsgefühl, daß der Ariadnefaden uns zweifellos aus dem Staatslabyrinth herausführen wird, mögen auch die Auswege dem Neuling noch so verschlungen erscheinen.

Staatsschulen und Staatsuniversitäten. Der Staat bemächtigt sich der Seele des Kindes ganz gewiß nicht aus pädagogischen und humanitären Gründen. Denn wer ist der Staat? Wenn man heute die Lehrer der Staatsschulen mit vollem Gehalt pensionieren würde, keiner von ihnen würde dagegen protestieren. Der Staat tritt uns immer nur entgegen in Gestalt der Beamten. Und diese Beamten haben es auf ihr persönliches Glück, auf das Gehalt abgesehen. Der Staat, d. h. die am Staate interessierten Kräfte, verfolgen ausschließlich politische Zwecke. Der Staat will nicht das Glück der Kinder. Er benutzt die Kinder für seine Ziele. Wer das eingesehen hat und über Mittel verfügt, der entzieht dem Staate seine Kinder. Der „Führer durch das private Unterrichtswesen Deutschlands“, Verlag Ullstein, Berlin, enthält die Adressen von über 2000 solcher Unternehmungen. Wie die Machthaber über ihr Machwerk denken und es im Grunde verachten, das erkennt man daran, daß sie ihre Kinder, die Prinzen z. B., nicht in die Staatsschule schicken. Dafür sind sie ihnen zu gut. Wie groß wäre die Zahl der privaten Schulen, wenn diese nicht mit dem unlauteren Wettbewerb der Staatsschulen zu kämpfen hätten. Die Eltern, die diese 2000 Privatschulen finanzieren, müssen nämlich obendrein noch die Staatsschulen mit ihren Steuern unterhalten. Der Staat macht also den Privatschulen den denkbar schmutzigsten Wettbewerb. Mit dem Abbau der Staatsschulen behält jeder die Mittel für den

privaten Unterricht seiner Kinder in der Tasche, nämlich das Geld, das der Staat ihm für den Unterhalt der Staatsschulen aus der Tasche nimmt. Ein finanzielles Problem liegt also nicht im Abbau der Staatsschulen für die Eltern der Kinder, höchstens darin, daß der Staat einen gewissen Ausgleich schafft zwischen den kinderlosen Eltern und solchen, die mit Kindern gesegnet sind. Der Staat arbeitet in diesem Falle nach kommunistischem Rezept, er erstrebt Gleichmacherei wenigstens in Bezug auf die Schulgelder. Aber gegen solche Gleichmacherei ist alles zu sagen, was gegen den Kommunismus überhaupt zu sagen ist. Warum die Gleichmacherei auf das Schulgeld beschränken? Warum nicht dann auch auf den Lebensunterhalt der Kinder, der doch noch viel wichtiger ist als die Schule? Warum bürdet man den Leutchen, die glauben, nicht mehr als zwei Kinder anständig durchbringen zu können, die Aufzuchtkosten der Kinder anderer Leute auf? Und wie oft mag es vorkommen, daß eine Frau ihrem Liebsten sagt: wenn wir einmal 100 Mark gespart haben, dann werden wir uns auch so einen Säugling leisten. Dem Wunsche wird nie Erfüllung, weil der Staat die 100 Mark für Schulzwecke, für die Kinder anderer Leute, immer und immer wegsteuert. Was gehen uns aber die Kinder anderer Leute an, solange wir nicht in der Lage sind, die Aufzucht eigener Kinder zu finanzieren? Mag doch ein jeder sehen, wo er bleibt. Wer den Kommunismus ablehnt, der muß ihn hier erst recht ablehnen, und übrigens, da im Kindersegen ein aleatorisches Element liegt, wie bei der Feuersgefahr, beim Hagel, bei Schiffbrüchen und Unfällen, so mag sich jeder für das Schulgeld seiner Kinder versichern. An entsprechenden Versicherungsanstalten wird es nicht fehlen, sobald Nachfrage danach entsteht.

Dies war die finanzielle Seite des Abbaues der Staatsschule. In kultureller Hinsicht steht es für die Staatsschule noch viel übler. Bei der Uniformierung der Soldaten war der Staat im Laufe der Jahrzehnte dahinter gekommen, daß die Menschen differenziert sind in Bezug auf den Körperbau [Für den Bürokraten ist das wirklich eine Entdeckung, die einen Orden verdient.]. Diese welterschütternde Entdeckung führte im Laufe weiterer Jahrzehnte wieder dahin, daß bei der Rekrutierung Rücksicht auf die Uniform genommen wurde. Denn Uniform heißt hier Einheitskleid. Für das Einheitskleid mußten die Rekruten selbstverständlich gleich groß und gleich dick ausgelesen werden. Als aber auf solche Weise nicht genug Rekruten aufzutreiben waren, kamen geniale Menschen auf dem Wege jahrzehntelanger Forschung auf die fernab vom Wege der Uniform liegende geistreiche Idee,

Uniformen *von verschiedener Größe* herzustellen, d. h. die Uniform wenigstens in der Länge der Individualität der Rekruten anzupassen! Dieser staatliche Entwicklungsprozeß nahm 200 Jahre in Anspruch. Mit drei verschiedenen Größen kommt die staatliche Konfektionsindustrie nun vollkommen aus.

An diesem Beispiel können wir erkennen, wie schnell der Staat zu arbeiten versteht, wenn es sich um Kasernen, um Uniformen, um Militarismus, um den physischen Menschen handelt. Wie aber steht es dort, wo der Staat mit der Psyche des Menschen, des Kindes in Kontakt kommt? Hier anerkennt der Staat überhaupt keine Individualität, keine Differenzierung. Von Berlin aus liefert ein geistloser, kleiner, aus dem Dreck des Parteistreiches hervorgegangener Schneidermeister die geistige Uniform für 10 Millionen Kinder. Ein einziges Schulprogramm für 10 Millionen Kinder! Seit hundert Jahren werden die Kinder auf das Prokrustesbett des Schulprogrammes gespannt. Was zu kurz ist, wird gestreckt, was zu lang ist, wird abgehauen. Und noch immer ist keiner der Schulminister auf den Gedanken des Generals Wrangel gekommen, daß es doch besser ist, den Leib des Soldaten für die Bemessung der Umform zu nehmen, als umgekehrt zu verfahren, daß es doch besser wäre, für die 10 Millionen Kinder, die alle verschieden sind, nicht ein, sondern genau 10 Millionen Schulprogramme herzustellen, die auch alle verschieden wären.

Wohin solche Uniformierung des Geistes der Kinder und damit selbstverständlich auch der Erwachsenen führt, das sehen wir heute. Statt 65 Millionen Menschen, Personen, Individualitäten, beherbergt das Reich nur einen Menschen, den uniformierten Menschen, wie ein Sandkorn unter 65 Millionen Sandkörnern, wie ein Schaf in einer Herde von 65 Millionen Schafen. Diese 65 Millionen betrachten natürlich alles, was sich ereignet, von einem und demselben Standpunkte, und, wie es scheint, sollen sie das auch, weil das als Zweck der geistigen Uniformierung, als Zweck der Staatsschule angesehen wird. Ein uniformiertes Volk von 65 Millionen, eine Herde von 65 Millionen Schafen läßt sich ja viel leichter führen, auch ins Unglück, in den Krieg, in Schmach und Schande und Reparationen als ein in 100 000 privaten Schulen mit 100 000 verschiedenen Programmen herangebildetes Volk von Individuen. Diese betrachten dann alle Ereignisse von 100 000 verschiedenen Standpunkten, es bilden sich 100 000 Gesichtswinkel, die sich gegenseitig kontrollieren und ergänzen. Unendlich wird so der Gesprächsstoff, unendlich werden die wissenschaftlichen Probleme, die die 100 000 Gesichtswinkel aufs Tapet werfen. Unendlich die Fortschritte, die aus solcher Einstellung zu erwarten sind. Das uniformierte Volk hat dagegen nur einen Standpunkt, einen Ge-

sichtswinkel. Die Möglichkeiten des Vergleiches, worin sich schließlich alles Denken auflöst und erschöpft, fehlen. Wenn ein solches System lückenlos durchgeführt würde, wenn nicht vom Ausland her das System durchlöchert würde, wenn die Handwerksburschen, die Wandervögel nicht wären, dann würde ein solches Volk an Entropie, an allgemeiner Lähmung, an Selbstvergiftung zugrunde gehen. Da alle das Bild von derselben Seite, mit denselben Augen sehen, stockt auch gleich die Unterhaltung, und die Gesellschaft nimmt dann ihre Zuflucht zum Klatsch, zum Parteiskandal, zum Trunk. *Die Uniform ertötet jeden Fortschritt.*

Mit den Hochschulen, den sogenannten Universitäten, steht es genau so. Ihnen wird ja bereits das Studentenmaterial in Uniform zugeführt, nicht wie in der Rekrutenuniform in drei verschiedenen Größen, sondern in einer einzigen Größe, in einer Nummer. Und an diesem uniformen Studentenmaterial uniformiert sich dann notwendigerweise auch das Lehrermaterial nach dem Grundsatz: dozierend bildet sich der Dozent.

Sobald der Staat in dieser Richtung abgebaut ist, stellt sich gleich das Bedürfnis ein nach privaten Lehranstalten, und mit dem Bedürfnis die Nachfrage, und mit der Nachfrage das Angebot. In erster Linie werden es natürlich die abgebauten Lehrkräfte sein, die ihren Beruf fortführen wollen. Einzelne Lehrer werden einzelne Säle, andere Gruppen von Lehrern ein ganzes Schulgebäude von der Stadt mieten. Daneben werden sich andere Lehrer melden, die, aus keiner Schule hervorgegangen, mit eigenen Plänen und Ideen sich dem Publikum präsentieren. Jeder, der glaubt, sich ganz besonders gut für das Lehrfach zu eignen, eröffnet den Lehrkräften der abgebauten Staatsschulen den Wettbewerb, und unter dem Druck solcher Konkurrenz wird der Geist des Fortschrittes Einzug halten in die Schule, auch dort, wo das Monopol bisher jeden Fortschritt lähmte, bei den abgebauten Lehrern der Staatsschule. Ach, wie schnell werden diese Herren umlernen, wenn sie sich einmal frei fühlen werden von den Ketten des offiziellen Schulprogrammes, wenn sie eigenen Eingebungen folgen können und auch sonst wie jeder Kaufmann, jeder Handwerker, der „Konkurrenz die Spitze bieten“ müssen.

Da im abgebauten Staate keine Beamten mehr gebraucht werden, sind auch dort alle Berechtigungsscheine unbekannt. Niemand wird noch solcher Wische wegen unbegabte Kinder zum Studium antreiben. Der einzige Grund zum Studium wird der innere Drang nach Erkenntnis sein, und so werden die Schulen entlastet sein von all dem geistlosen Material, das die Eitelkeit und der Geldbeutel der Eltern den Schulen zutragen. Denn wie können Eltern noch Befriedigung ihrer Eitelkeit in

einem Studium der Kinder und der damit verbundenen Quälerei finden, das nicht mehr öffentlich durch Titel und Diplome äußeren Ausdruck erhält? Das Studium wird dann den von Natur dazu Berufenen überlassen. Und es werden nicht weniger sein als heute, die sich dann noch berufen fühlen, weil wirtschaftliche Gründe niemanden mehr daran hindern können, seinen Erkenntnisgelüsten zu frönen. Eine Grenze für solches Studium gibt es nicht mehr, weder in der Zeit noch im Gebiete des Studiums. Menschen mit wirklich „abgeschlossener Bildung“ wird man dann nur noch auf dem Friedhofe finden. Das ganze Leben wird so zur „Studienzeit“. Wer zu solchen Studien nicht ohne Lehrer auskommen kann, der sucht die Schulen auf, und wer als Graukopf glaubt, noch etwas nachholen zu müssen, was er als Jüngling versäumte, der drückt noch als Graukopf neben anderen silberhaarigen Greisen die Schulbank, wie man das heute auch schon bei öffentlichen Vorträgen sehen kann. Und nach Schluß des Vertrages erhebt sich der Graukopf, um nun seinerseits den Lehrstuhl zu betreten, als Lehrer auf „seinem“ Spezialgebiete. So fließen schließlich die Begriffe Student und Lehrer über in den Sammelbegriff des Wissensdranges. Und irgendwo in einem kleinen Dachraume sitzen dann einige Menschen, ohne Titel irgendwelcher Art, bescheiden und anspruchslos, und schaffen das letzte Material zu den Erkenntnissen herbei, die dem Menschen ermöglichen werden, „die Welt von innen zu gestalten, statt sie im Kreis am Finger laufen zu lassen und von außen daran zu stoßen“.

Daß der Abbau des Staates in Bezug auf die Schulen praktisch keine Schwierigkeiten bietet, zeigen uns die bereits erwähnten 2000 deutschen Privatlehranstalten, und daß auch die höheren Lehranstalten des Staates nicht bedürfen, zeigen die in Amerika mit privaten Mitteln gegründeten Universitäten, die sich Weltruf erobert haben, zeigt auch der Umstand, daß in Deutschland die privaten technischen höheren Lehranstalten von 10 000 Schülern besucht werden, während der Staat auf diesem Gebiete, wo jeder Schwindel sich unmittelbar rächt, es nur auf 5000 gebracht hat. Das Technikum in Mittweida besteht als Privatschule z. B. seit 1867. Der praktische Beweis ist also erbracht. Der Staat ist auf dem Gebiete der Schule überflüssig, und wenn er trotzdem an seinen Usurpationen festhält, so nur aus Gründen, die absolut nichts mit Kultur und Wissenschaften gemein haben und verheimlicht werden müssen.

Auf dem Gebiete der *Kirche* liegen die Verhältnisse so klar zu Tage, daß bei der Schaffung der neuen Verfassung der Abbau des Staates nicht zurückgewiesen werden konnte, ohne daß man sich lächerlich gemacht hätte. Daß die Kirchenväter diesen Abbau bekämpfen, zeigt nur um so deutlicher, daß die

Kirche für sie kein religiöses Institut ist, sondern ein heute etwas schäbig gewordenes Mittel zur Stärkung ihrer Macht. Niemand, vielleicht sogar die Kirche nicht, wird vom Abbau des Staates in Kirchenangelegenheiten irgendwelchen Schaden wahrnehmen.

Nicht so klar liegen die Dinge auf dem Gebiete des *Gerichtswesens*, namentlich dort, wo es sich um die persönliche Sicherheit handelt. Denn Abbau des Staates heißt hier so viel wie Faustrecht. Der Schwache hat Grund dazu, das Faustrecht zu fürchten. Doch wer ist heute noch der Schwache, wo der stärkste Mann durch den Schuß aus einem Revolver niedergestreckt werden kann? Als der eisengepanzerte Raubritter sich noch auf seine Burg zurückziehen konnte, da war der Schwache einfach der Ungepanzerte, der kleine Bauer. Der mußte das Faustrecht immer nur passiv erdulden, der mußte es fürchten. Wer aber ist heute der Starke und der Schwache? Die Starken haben sich im Staate und seinem Gerichtswesen die Raubburg neu aufgebaut, und die Schwachen müssen, wie seinerzeit beim Bau der Burgen, die Steine zum Bau der Zwingburg herbeischleppen. Mit dem Abbau des Staates fällt diese Zwingburg, dann stehen sich mit dem Revolver in der Hand alle gleich stark gerüstet gegenüber, und da gleiche Rüstung praktisch Abrüstung bedeutet, so sind alle gleich stark, denn die natürliche Stärke gilt dem Revolver gegenüber nichts. Schutz vor Übergriffen kann sich dann der Einzelne nur noch dadurch verschaffen, daß er sich mit möglichst vielen treuen Freunden umgibt. Freundschaft, gute Nachbarn, öffentliche Beliebtheit, auch die Vendetta, die vielgelästerte, sind dann die Schutz- und Trutzborg des Bürgers. Wer solchem Bürger zu nahe tritt, hat es dann mit einem Wespennest zu tun. Räuber und Verbrecher sind unfähig, sich Freunde zu verschaffen. Sie stehen allein in der Welt. In ihren Kreisen finden sich immer Verräter. In der Hochburg der Verbrecher, in Chicago, sterben die meisten Verbrecher nicht durch die Schüsse der Polizei, sondern durch den Dolch anderer Verbrecher. Wie die Raubtiere bringen sie sich gegenseitig um. Findet man in den Straßen von Buenos Aires einen Menschen mit aufgeschlitztem Bauche, so ist es zumeist ein von der Polizei längst gesuchter Verbrecher, der mit seinen „Freunden“ einen Streit gehabt hat.

Wo das Faustrecht und die Vendetta walten, da gibt es gewiß keine Verbrecher, da braucht wirklich niemand zu fürchten, die „Beute des Mächtigen“ zu werden. Aus einem abgebauten Staate fliehen die Verbrecher sehr schnell in den Schutz der Polizei der Länder, in denen man den Staat aus Gründen der persönlichen Sicherheit für Leben und Eigentum ausgebaut zu haben vorgibt. Schicke man in Chicago die Polizisten nach

Hause und erkläre man dort das Faustrecht, dann wird das Volk schnell genug die Verbrecherherrschaft von sich abschütteln.

Der abgebaute Staat kennt keine verantwortlichen und unverantwortlichen Verbrecher, sondern nur gefährliche und harmlose Menschen. Der idiotische Verbrecher ist der gefährlichste aller Verbrecher. Gegen ihn heißt es, sich in erster Linie zu schützen. Strafe und Sühne gibt es im abgebauten Staate nicht, sondern nur Schutz. Wie sich die physiokratische Gesellschaft schützen wird, wird man allgemein heute nicht sagen können, da es im physiokratischen Volke keinen Strafkodex gibt. In der einen Stadt wird man die Idioten hängen, in der anderen wird man sie in Kurgärten zu Tode verhätscheln. Jeder nach seiner Façon. Den nicht idiotischen Verbrecher werden die Prügel, die er dann erhält, wenn er an den Richtigen kommt, bald davon überzeugen, daß ein Berufswechsel in Frage zu stellen ist. Wirklich, der Idioten wegen brauchen wir keinen Staat aufzubauen. Läßt man hier die heuchlerische Phraseologie des Staates über Moral, Verantwortlichkeit, freien Willen, Sühne, Beleidigung der Gesellschaft, Beleidigung der göttlichen Weltordnung, Besserung usw. ganz aus dem Spiele und redet dann nur noch vom Schutze der Gesellschaft vor den Missetaten der Idioten, dann löst sich das „schwierige Problem“ der Strafrechtspflege für den abgebauten Staat wirklich in blauen Dunst auf.

Für das Zivil- und Handelsrecht brauchen wir auch keinen Staat. Das, was Recht und Unrecht ist, sagt der Inhalt des Vertrages, den zwei Personen unter sich abgeschlossen haben. Ist der Inhalt dunkel, so kann kein Kodex ihn klarer machen. Dann ist es Sache eines Schiedsspruches. Und für Schiedssprüche können wir auch den Staat entbehren. Ist der Staat in seinem Mist einmal er-soffen, dann bürgert sich die schon weit verbreitete Sitte allgemein ein, in jedem Verträge auch einen Schiedsmann vorzusehen. Solche Schiedssprecherei wird dann auch berufsmäßig geübt, als freier Beruf selbstverständlich. Es wird dann Schiedsmänner und Schiedsfrauen geben, Privatpersonen, die Weltruf genießen, Juden und Chinesen natürlich, zu denen die Parteien pilgern werden wie zu wunder-tätigen Heiligen, denen sie opfern werden Gold, Weihrauch und Myrrhen. Den Namen solcher Schiedsmänner setzt man dann in jeden Vertrag ein, oben am Kopf als ersten Paragraphen. Wer dann solchem Schiedsspruch sich nicht fügen will, dem steht es frei, den Weg der Selbsthilfe einzuschlagen, wenn er nicht fürchtet, auf diesem Wege erschlagen oder erschossen zu werden von seinem zum Selbstschutze greifenden Vertragsmann. Auf alle Fälle steht er sich dann gar nicht schlechter als in den zahllosen Fällen, in denen heute der Bauer sagt: Ick hebbe Recht, aber de annere het Recht krägen. Was kann in solchen Fällen

der arme Bauer machen? Das einzig Vernünftige, das er machen kann, ist zu überlegen, ob es in Zukunft nicht besser wäre, klare Verträge abzuschließen und sich die Personen vorher anzusehen, mit denen man verkehrt. Das ist dann auch das beste Mittel, um den Betrügern das Handwerk zu legen. Die Gesellschaft scheidet solche Menschen automatisch aus. Ihr Ruf stellt sie kalt, und da in der arbeitsteiligen Gesellschaft jeder vom anderen abhängig ist, so gehen sie bald an ihren Taten zugrunde. Darin, darin ganz allein besteht die exekutive Gewalt für die Innehaltung der Verträge. Mehr aber ist nicht nötig.

Sehen wir uns doch einmal den Ablauf einer Tragödie an, wie sie heute monatlich zu Tausenden die Handelswelt erschüttern, den Bankrott eines kaufmännischen Unternehmens. Welchen Nutzen die Gesellschaft von der Existenz des Staates, vom Vorhandensein einer exekutiven Macht, vom Handelsgericht und von Strafandrohungen hat, das zeigt uns der Verlauf irgendeines Bankrottes. Was der Kaufmann im Interesse seiner Gläubiger gerettet zu haben glaubte, das verschlingt die gerichtliche Konkursverwaltung.

Im abgebauten Staate würde die Sache wesentlich anders, viel besser für beide Parteien, verlaufen. Erstens hätte der Kaufmann, da er mit dem Faustrecht zu rechnen gehabt hätte, die Chancen viel vorsichtiger erwogen. Er hätte sich mit erfahrenen Männern besprochen – weil im Hintergrunde der Revolver drohte.

Es gibt Kaufleute, die zwei- und dreimal bankrott machen. Ich denke hier z. B. an den famosen Schwindler La Rochette, von dem die Pariser Zeitungen jetzt wieder erzählen. Beim ersten Bankrott hatte er mit einem Bankgeschäft 10 000 Gläubiger, kleine Leute, betrogen. Jetzt ist er aus dem Zuchthause entlassen, und gleich beginnt er wieder genau denselben Schwindel mit demselben Erfolge. Auch hier steht im Hintergrunde solcher unglaublichen Vertrauensseligkeit die exekutive Gewalt des Staates. Und auch hier erweist sie sich als Trugbild. Dieser hier genannte Fall bildet keine Ausnahme, sondern eher die Regel. Erfahrene Kaufleute verzichten übrigens gerne auf die exekutive Gewalt des Staates und suchen ihre Interessen durch private oder kollektive Abmachungen der Gläubiger mit dem Schuldner zu regeln. Auch das ist ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zum Abbau des Staates. Es ist viel besser, wenn der Revolver, *der doch letzten Endes auch die ultima ratio des Staates ist*, in den Händen der direkt interessierten Parteien bleibt. Der Revolver in den Händen von Privatpersonen wirft seinen Schatten, zur Vorsicht mahnend, drohend voraus, weit voraus.

Genau dasselbe, was hier vom Handelsrecht gesagt ist, kann auch vom bürgerlichen Rechte gesagt werden. Durch private Abmachungen und private Schiedsgerichte können alle Verhältnisse zwischen einzelnen Personen, wie zwischen Gruppen von Personen, geregelt werden. Es ist nur nötig, daß in den Verträgen die Schiedsmänner, sowie die Rechtsbücher, nach denen die Schiedsrichter Recht sprechen sollen, vorher genannt werden. Diese Rechtsbücher werden von den angesehensten und erfahrensten Schiedsrichtern herausgegeben. Sie bilden deren Eigentum, und wer sie in einem Verträge als bindend für diesen nennt, hat den Eigentümern etwas dafür zu zahlen, wie beim Telegraphen-Code. Man überlege aber hier, wieviel beispiellose Weisheit mit einem Male überall in solchen privaten Rechtsbüchern zutage treten würde, sobald solche Rechtsbücher zu einer Geldquelle für die Verfasser werden. Wie klar, wie deutlich, wie ausführlich würden da alle Verhältnisse, alle Konfliktmöglichkeiten dem Publikum vor Augen geführt! Zum ersten Male würden die Juristen (private Juristen) deutsch, statt kauderwelsch reden.

Im Hinblick auf den Umfang dieser Schrift und die kostbare Zeit des Lesers muß ich mich jetzt kurz fassen und kann es auch tun. Was nach dem Abbau der Schule, der Kirche, der Ehe, der Rechtspflege vom Staate noch übrig bleibt, das sind Dinge minderer Ordnung, die wir summarisch behandeln können. Das Heer von 800 000 Mann, das in Deutschland vor dem Kriege kaserniert war, ist auf 100 000 Mann abgebaut worden. Wer empfindet das als einen Verlust? Wer fühlt sich heute unsicherer im Reiche? Sind die „Feinde“, die vier Jahre lang in das deutsche Reich eindringen wollten, nicht an der Grenze wie gebannt stehen geblieben, als sie nach dem Zusammenbruche sahen, daß diese Grenze unbewaffnet, unverteidigt war? Wie lächerlich sich doch damals der militaristische Gedanke des Grenzschutzes gemacht hat! Wozu nun noch dies lächerliche Häufchen Reichswehr? Brachte das große Heer uns keinen Schutz, dann können wir solchen erst recht nicht vom übrig gebliebenen Häufchen gedungener Landsknechte erwarten. Wenn wir, wie wir es doch in unserem physiokratischen Volke tun können, von der „Gefahr“ revolutionärer Putsche absehen, dann ist auch kein Schatten eines Grundes zu finden, warum wir ein Heer bewaffneter Soldaten kasernieren sollten. Und mit der Marine ist es genau dasselbe. Nichts ruft dem Heer, allein der Staat tut es, der Staat, den wir abbauen wollen.

Wie war es, wie ist es mit den Kolonien? Bis 1887 hatten wir keine Kolonien und lebten doch. Und jetzt haben wir sie verloren, und es geht auch so wieder. Wir verloren auch die polnisch-preußischen Kolonien Oberschlesien, Westpreußen, Posen. Merkt das jemand im Reiche? Das Getreide aus Posen und

Westpreußen mußten wir früher zu gehobenen, zollgeschützten Preisen bezahlen. Jetzt erhalten wir es von dort zu Weltmarktpreisen, d. h. um 6 Mark billiger für den Doppelzentner. Wer wird sich in Deutschland darüber beklagen? Den „Verlust“ dieser Getreide-Provinzen beantwortete Deutschland mit Abwehrzöllen! Die abgetretenen Provinzen lieferten uns das Korn zu billig!! Und weil die Polen uns die Kohlen aus Oberschlesien für die Reichsbahn auch zu *billig* lieferten, darum wurde ein Einfuhrverbot dekretiert. Daran erkennt man am besten, was es mit den Kolonien auf sich hat: private Geschäfte, die mit Reichsmitteln geschützt und gefördert wurden.

Was bleibt noch vom Staate übrig? Das auswärtige Amt. Das Institut der Staatsangehörigkeit. Ach, wieviel Segen hat uns bisher die Diplomatie gebracht, wie reich sind wir durch das auswärtige Amt geworden, welches Kapital hat der Deutsche in Händen, wenn er im Auslande ausrufen kann: *Civis prussianus sum!* Alles Schein und Schaum. Wer unser Land betritt, ist von dem Augenblick an Bürger dieses Landes, und wer es verläßt, ist vom ersten Schritt an Ausländer. Wer ins Ausland geht, tut es auf eigene Verantwortung. Und der Fremde, der sich in unser Land wagt, muß wissen, was er tut. Damit erledigt sich die Frage des Abbaues des auswärtigen Amtes und des Institutes der Staatszugehörigkeit. Ein Land tritt in Berührung mit einem anderen ausschließlich durch den Handel, und wenn es sich um eine stählerne Berührung handelt, dann ist es auch wieder der Eingriff des Staates in den Handel gewesen, der es so weit brachte. Der Minister für die auswärtigen Angelegenheiten hat heute direkt oder indirekt immer und ausschließlich nur die Suppen auszulöffeln, die ihm sein Kollege vom Ministerium des Handels eingebracht hat. Schickt man diesen Handelsminister ins Pfefferland, dann hat der andere nichts mehr zu tun. Die Handelsminister hat man aber erfunden, nicht um dem Handel Steine aus dem Wege zu räumen, sondern um ihm solche in den Weg zu wälzen (sogenannte Schutzzölle). Seitdem man den Handel durch Minister kontrollieren läßt, sind die Zollgrenzen entstanden, die die Reibungen hervorbringen, aus denen so leicht Funken ins Pulverfaß überspringen. Der abgebaute Staat kennt keine Grenzen, darum auch keine Zollgrenzen, darum auch keine Handelsverträge und die dazu nötigen Handelsminister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Für den abgebauten Staat gibt es keinen auswärtigen Handel, keine Einfuhr und keine Ausfuhr, keine auswärtigen Angelegenheiten. Der Freihandel ist Welthandel. Er ist unkontrolliert, genau wie der Handel zwischen den Staaten eines Zollvereinsgebietes. Nirgendwo ist der Staat so absolut überflüssig und darum auch so schädlich, wie im freiesten aller Berufe, wie im Handel. *Der Handel*

ist frei von jeder staatlichen Kontrolle. Oder er ist Schwindel. Der Handel aber ist die Voraussetzung der Arbeitsteilung, von der die modernen Völker abhängig sind wie von der Luft.

Ich habe hier den *abgebauten Staat* von allen Seiten in derbste Berührung mit der realen Welt gebracht, und überall hat er den Stoß vertragen. Nirgendwo erweckte diese Berührung den Eindruck, daß es sich mit dem *abgebauten Staate* um eine Utopie handelt, denn die Berührung mit der realen Welt ist es doch, durch die das Utopische einer Sache zum Vorschein gebracht wird. Es gibt Staaten, die keine Staatskirche haben (Frankreich, die U.S.A. z. B.), andere Staaten haben keine Staatsschulen (England z. B.), andere haben keine Zollgrenzen (England bis vor dem Kriege), bis vor wenigen Jahren hatte Deutschland keinen Wohlfahrtsminister, keinen Handelsminister, und viele andere Staaten sind heute noch in dieser Beziehung ebenso arm. In Berlin funktionierte lange Zeit eine Privatpost, der die Konkurrenz der Staatspost nach keiner Richtung hin gewachsen war. Die Eisenbahnen sind in den Hauptstaaten im Besitz von Privatgesellschaften (England, Frankreich, U.S.A.). Viele Staaten, z. B. auch Deutschland, haben keine Kolonien, und die Korruption der Staatsjustiz muß vielerorts durch den Richter Lynch korrigiert werden. Die wichtigste aller öffentlichen Angelegenheiten aber, das Geldwesen, hat bis heute noch nie ein Staat in seine Macht zu bringen verstanden (wenn wir höflicherweise von den Papiergeld-Pfuschereien absehen wollen).

Der *abgebaute Staat* existiert also schon heute, er ist eine Tatsache, nur daß der Abbau zerstreut ist auf mehrere Staaten. Legt man aber die hier und da und dort vom Staate amputierten, atrophiierten und resezierten Glieder hübsch ordentlich mit anatomischer Kunst zusammen, dann hat man das vollständige Kabinett eines modernen Kulturstaates. Und so fragt man: Wenn es erfahrungsmäßig möglich ist, ohne das Leben zu gefährden, dem Staate die Glieder sämtlich einzeln zu amputieren, warum könnte man ihm dann nicht auch noch glatt den idiotischen Kopf abhauen? Namentlich, wenn dieser Idiotenkopf den Frieden mit den Nachbarn stört und sein Schutz das Opfer von 2 Millionen Menschenleben fordert und uns eine Reparationsschuld von 132 tausend Millionen Goldmark aufbürdet?

Utopien! Ja wohl, es gibt Utopien. Eine solche ist der *Staatsgedanke*, der zu Ende gedachte, zum Weltbesitz, nach Versailles, zur Katastrophe führende *Staatsgedanke*.

Eine Gesellschaftsordnung schaffen, die keiner künstlichen Stützen bedarf, die in sich selbst völlig ausbalanciert ist, ohne Innenreibungen funktioniert, mit keinem Nachbarn kollidiert,

das ist der Physiokraten hohe Aufgabe, eine Aufgabe ähnlich der, die Goethe seinem Gotte mit den Worten aufbürdet:

Was wäre ein Gott, der nur von außen stieße, Im Kreis die Welt am Finger laufen ließe? Ihm ziemt's, die Welt von innen zu gestalten, Von innen in Balanz zu halten.

Solche ideale Gestaltung und Ordnung „von innen heraus“ schafft im abgebauten Staat mit elementarer Kraft der *Selbsterhaltungstrieb* des Menschen, der viel verlästerte, sogenannte Egoismus, der in seiner Wirkung aufs glücklichste dadurch unterstützt wird, daß ihm durch die *Arbeitsteilung* am wirkungsvollsten gedient wird. Die Arbeitsteilung aber, die aus der ursprünglichen Menschenherde überhaupt erst eine Gesellschaft, eine der Ordnung bedürftige Menschengesellschaft schuf, hat die als seltsame Fügung zu betrachtende Eigentümlichkeit, daß niemand ihre Vorteile persönlich nützen kann, ohne den vollen Gegenwert dieser Vorteile an die Gesellschaft (die die Arbeitsteilung ermöglicht und die rückwirkend die Herde in eine Gesellschaft verwandelt) abzuliefern.

Die Grundlagen für den Abbau des Staates liegen also bereits im Menschen, fest verankert im mächtigsten aller seiner Triebe und in dem gewaltigen Vorteile der durch die Gesellschaft ermöglichten Arbeitsteilung.

Bauen wir also ab, bauen wir sorglos ab, und das, was wir abbauen, sofern es der Erhaltung wert ist, bürden wir dem Individuum auf, in der gut gestützten Überzeugung, daß es dort gewiß gut und besser aufgehoben sein wird.

Anmerkung des Verlegers:

Wie im Text dieser Schrift vermerkt ist, setzt der Abbau des Staates eine Gesellschaftsordnung voraus, in der es keine Ausbeutung, also kein *arbeitsloses Einkommen* gibt, denn nur zum Schutze des arbeitslosen Einkommens und aus keinem anderen Grunde wurde ja der Staat von den Nutznießern des *arbeitslosen Einkommens* errichtet. Eine *Zwingburg* gegen die ausgebeuteten, stets zur Empörung neigenden Massen, das sollte der Staat sein, und mehr ist er auch niemals gewesen.

Wer sich nun vom Staate befreien will, der muß darum danach trachten, sich und die anderen von aller Ausbeutung zu befreien. Wie das geschehen kann, ist in *Silvio Gesells* Hauptwerk: „*Die Natürliche Wirtschaftsordnung*“ in aller Deutlichkeit gezeigt und theoretisch begründet. Der Beweis ist hier erbracht, daß mit Hilfe der in dieser Schrift des öfteren genannten Reformen: *Freiland – Freigeld – Freihandel* das arbeitslose Einkommen zwar nicht plötzlich durch ein Macht- oder Ohnmachtwort abgeschafft, aber doch auf dem Wege eines durch keine Krisen mehr gestörten Vollbetriebes der Weltwirtschaft, durch Sparsamkeit, Fleiß und Schweiß der gesamten Menschheit sicher und verhältnismäßig schnell bis auf Null gesenkt werden kann.

Dieses Buch ist bereits in mehreren Auflagen verbreitet. Die 6. Auflage, eine billige Massenaufgabe, ist völlig vergriffen. Von der vorangehenden 5. Auflage sind noch Exemplare zum Preise von 5,- RM. vom Verlage, sowie von den auf dem Umschlage verzeichneten Organisationen zum gleichen Preise zu beziehen. Das Buch ist nicht mit unnützem Beiwerk belastet. Es enthält aber in gut gewählten Beispielen alles Tatsachenmaterial, das zur Stütze seiner durchaus neuen Lehrsätze, sowie zu deren raschem Verständnisse nötig ist. Es setzt darum beim Leser nur die Fähigkeit zum logischen Denken voraus. Es kann also von Menschen jeden Bildungsgrades verstanden werden. Wer jedoch kein Vertrauen in die Logik seines Denkens hat, der sollte das Buch nur dann erwerben, wenn er es als Geschenk für Personen verwenden will, die nach seiner Meinung mit dieser göttlichen Gabe besser gesegnet sind.

Das Buch enthält eine völlig geschlossene Theorie der Güterverteilung, und die Zeit kommt, vielmehr, sie ist schon da, wo jeder, der in der Volkswirtschaftslehre, in der Soziologie, in der Geschichtslehre, in den Handels- und Börsenfragen, in Währungsfragen, in der Außen- und Innenpolitik, in der Frage des Bürger- und Völkerfriedens, in Zoll- und Freihandelsfragen (Paneuropa) ein vernünftiges Wort sagen oder in der Presse, im Stadtparlament, im Reichstag, in den wirtschaftlichen und

politischen Organisationen, in den Gewerkschaften eine Rolle spielen will, sich auf die in der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ entwickelten Lehrsätze berufen muß.

Als Beweis für die Richtigkeit und Gradlinigkeit der in der NWO aufgestellten Lehrsätze kann wohl der Umstand betrachtet werden, daß, während alle anderen Wissenschaftler, Politiker, Publizisten durch die Ereignisse, die der Krieg, die Revolution und die Inflation mit sich brachten, „umlernen“ und wesentliche Teile ihres geistigen Kapitals über Bord werfen mußten, *Gesell* von seinem Werk, das lange vor dem Kriege erschienen, kein Pünktchen zu- noch abzusetzen brauchte. Alle Ereignisse der Neuzeit haben *Gesell* recht gegeben.

Gesell, der den Autoritätsglauben bekämpft, hat es verschmäht, die vielen Aussprüche, mit denen sich angesehene Männer der Politik und Wissenschaft über die NWO äußerten, als Reklame zu verwenden, wie das sonst üblich ist. Aber in der englischen Ausgabe, die jetzt in Amerika gedruckt wird, mußte der Verfasser dem Wunsche der Verleger in diesem Punkte nachgeben. Dort sind nun mehrere Seiten mit solchen Aussprüchen dem Papierreichtum Amerikas geopfert worden.

Wer sich über Einzelfragen der in der NWO behandelten Themen, für öffentliche Debatten noch besser vorbereiten will, der findet in den Schriftenverzeichnissen, die die auf der letzten Seite des Umschlages verzeichneten Organisationen versenden, alles, was er braucht.

Hier seien nur einige dieser Schriften besonders erwähnt:

Für Vorträge in Kreisen von Anarchisten, Syndikalisten, Sozialisten und *für alle, die sich ausgebeutet und bedrückt fühlen*:

Georg *Blumenthal*: „Die Befreiung von der Geldherrschaft“.

Dr. Th. *Christen*: „Ausbeutungslose Freiwirtschaft“.

Otto *Weißleder*: „Die beiden Grundfehler unserer Wirtschaftsordnung“.

Dr. Th. *Christen*: „Freilandfibel“, „Freigeldfibel“.

Silvio *Gesell*: „Die Ausbeutung. Ihre Ursache und ihre Bekämpfung“.

Dr. *Sternberg*: „Warum und wie zur Freiwirtschaft?“.

Für Vorträge über die Währungsfrage:

Dr. Th. *Christen*: „Die Währungsfrage“. „Die absolute Währung des Geldes“. „Die Quantitätstheorie“. Und vieles andere mehr.

Dr. Paul *Diehl*: „Die Briefe des Bankdirektors Argentarius beantwortet von seinem Sohn“.

Ernst *Frankfurth* u. *Silvio Gesell*: „Aktive Währungspolitik“.

Silvio Gesell: „Das Reichswährungsamt“. „El sistema monetario argentino“.
„La cuestion monetaria argentina“.

Für Vorträge über den Bürger- u. Völkerfrieden:

Dr. *Rolf Engert*: „Frieden und Freiheit“.

Silvio Gesell: „Gold und Frieden?“.

Silvio Gesell: „Freiland, die eherne Forderung des Friedens“.

Für Vorträge über die Freihandelsfrage:

Silvio Gesell: „Internationale Valutaassoziation“.

Silvio Gesell: „Deutsche Vorschläge für die Neugründung des Völkerbundes“.

Für Gesetzgeber:

Albrecht von *Hoffmann*, Oberregierungsrat: „Währung und Wirtschaft“.

Für Geschichtsforscher:

Fritz Schwarz: „Segen und Fluch des Geldes“.

Für Gewerkschaftler:

Silvio Gesell: „Denkschrift f. d. deutschen Gewerkschaften“.

Für Techniker:

Schriften des Reichsbundes Deutscher Techniker, Berlin W, Lützowstr. 27.:
„Absatzstockung und Arbeitslosigkeit und ihre Beseitigung“.

Für Esperantisten:

Dr. *Paulo Stanisitsch*: „La reforma mono de Silvio Gesell“.

Dr. *Paulo Stanisitsch*: „Nova ekonomia Politiko“.

Alle diese Schriften können durch die auf dem Umschlag verzeichneten
Organisationen, sowie durch den Verlag dieser Schrift bezogen werden.

Eden-Druckerei Paul Beck, Oranienburg-Eden

An alle Freunde der Freiheit.

Gibt es noch einen intelligenten Menschen von umfassendem Blick, der mit den sozialen Verhältnissen wahrhaft zufrieden ist? Ich bezweifle, daß es ihn gibt.

Ein Teil der Unzufriedenen *resigniert* – der andere Teil will *ändern* und *bessern*: dem gehören *wir* an.

Ein Teil der Unzufriedenen flicht an der *Oberfläche* herum – der andere Teil will *grundlegende Umgestaltungen*: dem gehören *wir* an.

Ein Teil der Unzufriedenen strebt eine stärkere *Kollektivierung* der Lebensgestaltung an – der andere Teil eine stärkere *Individualisierung*: ihm gehören *wir* an.

Wir wollen ein äußerstes Maß

an Freiheit,

an Selbstgestaltung des Lebens,

an Selbstverantwortung.

In einer Wirtschaft, in der es ZINS und GRUNDRENTE, also AUSBEUTER und AUSGEBEUTETE, Sklavenhalter und Sklaven gibt, ist FREIHEIT NICHT MÖGLICH, nicht zu schaffen. Denn eine solche Wirtschafts-„Ordnung“ muß durch LIST UND ZWANG AUFRECHTERHALTEN werden. Die Mittel hierzu liefert der STAAT, der unser ganzes Dasein kontrolliert, von der Geburt an uns in Register zwingt, zum Impfen *zwingt*, zur Schule *zwingt* und so fort Der Staat ist nicht der „Vater aller“, er ist und kann nur sein INNERHALB DES KAPITALISMUS EIN KLASSENSTAAT, in dem diejenigen die Macht haben, die sie in der Wirtschaft auch haben: Die Großgrundbesitzer, die Industriekapitäne, die Hochfinanz. Die „erziehen“ und regieren uns nach *ihren* Interessen. Wir wollen aber nach *unseren* Interessen leben – Darum:

**Kämpft für den Sturz des Kapitalismus,
und ihr schafft den vollen Arbeitsertrag,
zu dem die persönliche Freiheit gehört.**

SILVIO GESELL liefert Euch alle theoretischen Waffen in seiner kristallklaren und umfassenden Wirtschaftslehre. Habt Ihr schon von FREILAND und FREIGELD gehört? Wisst Ihr *genau*, was FREILAND und FREIGELD bedeuten?

UNTERRICHTET EUCH, ehe Ihr urteilt, ehe Ihr handelt. Lest die Schriften Gesells und seiner Gesinnungsfreunde. (Bücherverzeichnis siehe Rückseite.)

WISSEN IST MACHT – erarbeitet Euch diese Macht, und die FÜHRUNG wird auf EUERER Seite sein und der SIEG sich an EUERE Fahnen heften.

Schriftenverzeichnis.

Silvio Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung	5,— RM.
Das Reichswährungsamt	2,—
Das Trugbild der Auslandsanleihe	0,10
Die Diktatur der Not	0,15
Die Bewaffnung des Proletariats	0,15
Internationale Valuta-Assoziation	0,50
2. Denkschrift: Die Ausbeutung, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung	0,30
Die allgemeine Enteignung im Lichte physokralischer Ziele	0,50
Der abgebaute Staat (Leben und Treiben in einem gesetz- und sittenlosen, dabei hochstrebenden Kulturvolk)	2,—
Gesell/Frankfurth: Aktive Währungspolitik?	1,50
Georg Blumenthal: Die Befreiung von der Geld- und Zinsherrschaft	1,50
Individuum und Allgemeinheit	0,40
Was ist der volle Arbeitsertrag?	0,30
Rolf Engert: Die Freiwirtschaft, ein praktischer Ausdruck Stirnerscher Philosophie	0,40
Frieden und Freiheit	0,30
Das Bildnis Max Stirners	2,—
Henrik Ibsen als Verkünder des dritten Reiches	geb. 5,— brosch. 3,60
Dr. Th. Christen: Nationale Währungspolitik	0,15
Die Quantitätstheorie des Geldes	0,15
Was muß der Arbeiter vom Gelde wissen?	0,30
Die gegenwärtige Teuerung und das schweizerische Nationalbankgesetz	0,25
Dr. Sternberg: Warum und wie zur Freiwirtschaft?	0,75
Dr. P. Stanisic: Marx oder Gesell?	0,15
Fritz Schwarz: Marxismus gegen Freiwirtschaft	0,40
Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker	4,—
Diogenes: Friede	0,45
M. Hoffmann: Das Geldproblem und seine Lösung	0,40
Wilh. Beckmann: Die Besteuerung der Sachwerte	0,10
Johannes Buchholz: Danziger Währung	0,10
Amtsrichter Alexander Schneider: Geldreform als Voraussetzung der Wirtschaftsgründung	1,—
Freilandfibel, Freigeldfibel	je 0,30
Juan Acratillo: Der verblüffte Sozialdemokrat	0,40
Philip Pye: Freiwirtschaft (Free Economy) aus d. Englischen	0,30
Jean Barral: Die Geldwährung des Völkerbundes	0,40
Hans Bernoulli: Der Hirtenknabe und andere mehr oder weniger harmlose Reimereien über Währung und Wirtschaft	1,50
John Henry Mackay: Der Freiheitssucher	2,—

Ferner werden Bestellungen auf jedes andere Buch ausgeführt. Postfreier Versand bei Voreinsendung des Geldes (Postsch.-Konto: Berlin 15942), sonst per Nachnahme.

A. Burmeister Verlag, Berlin-Friedenau, Stubenrauchstraße 9

Emil Wernitz, Berlin N 65, Müllerstraße 10